

Bündnis für Arbeit

Mehr Jobs durch mehr Umweltschutz

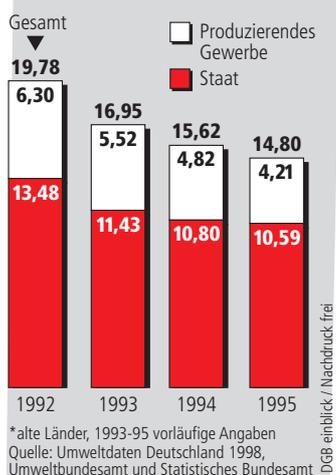
Der DGB will den Instrumenten-Kasten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereichern. Er schlägt vor, die kurzfristig umsetzbaren Ziele der ökologischen Modernisierung zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze zu nutzen. Im Bündnis für Arbeit Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit gleichzeitig zu bekämpfen, sei „das Gebot der politischen Vernunft“, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer.

Die DGB-Initiative ist sowohl bei Kanzleramtsminister Bodo Hombach (SPD) als auch bei Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/ Die Grünen) auf positive Resonanz gestoßen. Über das DGB-Positionspapier „Arbeit und Umwelt“ soll im Arbeitskreis „Fachdialoge“ des Bündnisses für Arbeit bereits im Juni diskutiert werden.

Danach sind Umweltpolitik und Umweltrecht stärker am Vorsorgeprinzip zu orientieren und auf den aktuellen Stand der Technik hin zu überprüfen. Den Unternehmern sollten ökonomische Anreize zu ökologisch richtigem Verhalten gegeben werden. Geeignet seien dazu Umweltafgaben und Umwelthaftpflichtprämien: „Eine Schadstoffverringerung führt zu

Stark nachgelassen

Umweltinvestitionen in Mrd DM*



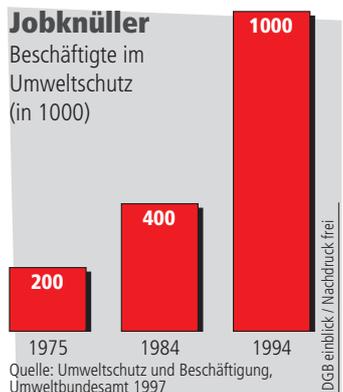
Um fünf Milliarden Mark sind die Umweltinvestitionen in Westdeutschland zwischen 1992 und 1995 gesunken.

Abgabenerlastung, eine Risikominimierung zur Absenkung der Versicherungsprämien.“ Erforderlich sei zudem die Weiterentwicklung der sozial-ökologischen Steuerreform, die den Umweltverbrauch verteuert und den Faktor Arbeit verbilligt.

Die konsequente Einhaltung des Umweltrechts könnte zusätzliche Umweltinvestitionen mobilisieren; deshalb sei eine bessere Ausstattung der Vollzugsbehörden erfor-

derlich. Die umweltorientierte Unternehmensführung solle durch Öko-Audit, Öko-Bilanzen und Umweltzeichen gestärkt werden. Außerdem sei die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von Umwelt-Institutionen notwendig.

Auf zehn Politikfeldern regt der DGB konkrete umweltpolitische



Die Zahl der Arbeitsplätze im Umweltschutz ist von 1975 bis 1994 um das Fünffache gestiegen.

Maßnahmen an: beispielsweise zu Luftreinhaltung, Abfallvermeidung, Klimaschutz, Energieeinsatz und Export von Umwelttechnologien. In der Umsetzung der DGB-Vorschläge steckt, bezogen auf die nächsten fünf Jahre, ein Beschäftigungspotenzial von rund 500 000 Arbeitsplätzen.

Der deutsche Umweltschutzmarkt hatte 1994 ein Volumen von über 60 Milliarden Mark. Die Umwelt- und Gesundheitsschäden belaufen sich jedoch allein in den alten Bundesländern auf mehr als 600 Milliarden Mark pro Jahr – Kosten, die auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Bereits 1994 wusste der damalige Umweltminister Klaus Töpfer (CDU): „Die Umweltpolitik verursacht selbst keine Kosten, sie ordnet sie lediglich verursachergerecht zu.“

inhalt

Seite 3

„Noch auf dünnem Eis“
Dem Bündnis für Arbeit fehlen Erfolge – und damit ist so rasch auch nicht zu rechnen

Seite 5

Gewerkschaften gespalten

Der Kosovo-Krieg treibt die einen hinter die rot-grüne Koalition, die anderen auf die Straße

Seite 7

Es geht nicht um Neoliberalismus

Dieter Wunder antwortet den Kritikern des „Sachverständigenrates Bildung“

Seite 8

INTERNET EXTRA

Im Test: Die Web-Seiten des DGB, der Gewerkschaften und gewerkschaftsnaher Institutionen



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/wsi/tarchiv/50jahre
50 Jahre Tarifvertragsgesetz im Zeitraffer



Im Faxabruf

0211 / 43 01 659

DGB-Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan zur Durchführung der beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999 (Auszüge)

plusminusBONN



Ursula Heinen, Vorsitzende der „Jungen Gruppe“ der CDU/CSU, will die Diskriminierung von Schwulen und Lesben „abschaffen“. Gleichgeschlechtliche Paare sollen im Mietrecht oder beim Besuchsrecht auf Intensivstationen nicht mehr benachteiligt werden.



Norbert Geis, CDU/CSU, fürchtet um die Sicherheit der Bundestagsabgeordneten, weil die Koalition die Verletzung des Bannkreises nur noch als Ordnungswidrigkeit ahnden will. Damit werde die „Handlungsfähigkeit des Parlaments“ zu einem „minderen Schutzgut“.

Gleichstellung in der Privatwirtschaft

Zum Handeln verpflichtet

Regelungsziele zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft haben Frauenministerin Christine Bergmann (SPD), DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer und Heide Pfarr, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung, in einer gemeinsamen Erklärung benannt. Dazu gehören u.a. die Erhöhung des Beschäftigtenanteils von Frauen in Be-

trieben, in denen sie unterrepräsentiert sind, und die Herstellung von Lohngerechtigkeit. Im Kern solle auf die Verpflichtung zum Handeln gezielt werden „und zwar gerichtet auf die jeweiligen Akteure, also die Tarifvertragsparteien, die Betriebspartner und Arbeitgeber“. Die Reglungsdichte solle dabei „so gering wie möglich“ und „so präzise wie

nötig“ sein. Engelen-Kefer betonte: Mit welchen Mitteln die betrieblichen Akteure die Ziele eines vom DGB geforderten Gleichstellungsgesetzes erreichten, sei von ihnen selbst zu entwickeln und auszuhandeln. Erfahrungen aus Unternehmen zeigten, dass dieser Weg erfolgversprechend sei. •
 Im Internet: www.einblick.dgb.de
 Im Fax-Abwurf: 0211 143 01 661
 DGB-Bundesfrauenausschuss:
 Eckpunkte zu einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Sozialwahl '99

DGB weist Kritik zurück

DGB-Vize Engelen-Kefer hat vor Journalisten in Bonn der Kritik widersprochen, die der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen mangelnden Einfluss unterstellt. Wichtige Entscheidungen seien vom Gesetzgeber der Selbstverwaltung übertragen worden, und durch die Renten- und Gesund-

heitsreform werde sie noch stärker gefordert. Noch bis zum 26. Mai können die Versicherten bei der Sozialwahl ihre VertreterInnen für die Selbstverwaltungsgremien bestimmen (einblick 7/99).

Engelen-Kefer betonte aber, „dass eine Reform des Sozialwahlrechtes notwendig und mehr Transparenz über die sozialpolitischen Programme der Listen erforderlich“ seien. Sogenannte freie Listen schmückten sich mit dem Namen der jeweiligen Kasse. „Der Versi-

cherte weiß nicht, wer sich dahinter verbirgt“, so Engelen-Kefer. Gewerkschaften seien dagegen bekannt: „Für unsere sozialpolitischen Vorstellungen werben und arbeiten wir in der Öffentlichkeit.“ Bonner OppositionspolitikerInnen hatten sich kritisch zu den Sozialwahlen geäußert. Das jetzige System, so etwa der CDU/CSU-Fraktionsvize Hermann Kues, könne „die Leute kaum hinter dem Ofen hervorlocken“. •

www.sozialwahlen.dgb.de

wiewardiewoche?



Foto: Gerd P. Müller

Martina Droll-Ruthenbeck, 42, bereitet als Organisationssekretärin im DGB-Kreis Dortmund die erste gemeinsame Mai-Kundgebung von DGB und DAG vor.

Ziemlich hektisch. Zur Zeit dreht sich fast alles um den 1. Mai. Zum ersten Mal veranstalten DGB und DAG ihre zentrale Kundgebung gemeinsam. Die Vorsitzenden beider Organisationen, Dieter Schulte und Roland Issen, werden in Dortmund reden. Entsprechende Plakate wurden verteilt, eine Straßenbahn fährt für den 1. Mai Werbung. Nach der Kundgebung findet das Mai-Fest statt. Rund 40 Gruppen – gewerkschaftliche, kirchliche, ausländische, Jugend- und Frauenorganisationen – werden Infostände aufbauen. Die Kinder können sich in einer Hüpfburg, auf Karussells und mit einem

Einrad-Jongleur vergnügen; die Jugend veranstaltet ein Mega-Kickerturnier, für Musik sorgt die Band „Birdie“. Die Medien sind informiert. Die drei Marschsäulen zum Friedensplatz können starten. Wir haben das Mai-Motto „Neues Handeln. Für unser Land.“ nicht besonders kontrovers diskutiert. Dortmunder sind da pragmatisch. Der Spruch mag nicht jedem gefallen, aber das ist angesichts von Massenarbeitslosigkeit nicht so lebensnotwendig. Ende der Woche habe ich an einer Konferenz über „Lokale Ökonomie in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ teilgenommen. Das sind Themen, die in einer krisengeschüttelten Stadt wie Dortmund eine Rolle spielen. Das Interesse am 1. Mai hat ein bisschen nachgelassen, 16 Jahre neoliberale Politik hinterlassen ihre Spuren; ich hoffe, das ändert sich jetzt wieder. Uns geht es darum, den Tag der Arbeit zu feiern und unsere Forderungen publik zu machen. Wir haben den Politikwechsel gewollt, jetzt müssen wir ihn mitgestalten. Sowohl im Bündnis für Arbeit wie auch vor Ort in Dortmund.

geplant... beschlossen

Der DGB wird elektronisch modernisiert: Alle PC-Arbeitsplätze werden auf MS Office Professional 97 umgestellt. Neben einem 17-Zoll-Bildschirm ist für jeden Rechner ein Internet-Zugang geplant. Das hat der GBV beschlossen. Die flächendeckende EDV-Modernisierung beginnt Mitte September und soll bis März 2000 abgeschlossen sein. Bei der Neuinstallation sollen bereits die Ergebnisse der Organisationsreform berücksichtigt werden. Zudem werden bislang gemeinsam von DGB und DGB Rechtsschutz GmbH genutzte Server durch separate DGB-Server ersetzt.

Bei der Europawahl am 13. Juni haben die WählerInnen die Chance, „für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Europa zu stimmen und durch eine hohe Wahlbeteiligung das Parlament zu stärken“, heißt es im Wahlauftrag des DGB-Bundesvorstandes.

DGB-Aufruf zur Europa-Wahl:
www.einblick.dgb.de
 Im Faxabruf: 0211 143 01 676

DGB-Studie

Steuererhöhung nicht erforderlich

Der Bundeshaushalt 2000, für den ein Defizit von bis zu 30 Milliarden Mark erwartet wird, kann ohne Steuererhöhung finanziert werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine DGB-Studie, die Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer in Bonn vorgestellt hat. Es bestünden „realistische Chancen“, dass die Haushaltslöcher des nächsten Jahres „durch einen günstigeren Wirtschaftsverlauf als für 1999 unterstellt“ geschlossen werden. •

„Noch auf dünnem Eis“

Die Gewerkschaften haben das Bündnis für Arbeit gewollt, jetzt sitzen sie mit am Tisch – und nur langsam wächst das Bewusstsein, dass Bündnis-Erfolge auch ihren Preis haben.

Kanzleramtsminister Bodo Hombach, Stargast im DGB-Presse-Workshop „Bündnis für Arbeit“ Mitte April in Bonn, wollte nicht viel sagen, hat auch nicht viel gesagt – und doch ein Wort zu viel: Jedenfalls nach Auffassung von Klaus Lang, rechte Hand des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel. Kaum war publik, was Hombach im Rittersaal der Bonner Godesburg

protestierte Lang – und das als Mitglied der von Hombach geleiteten Steuerungsgruppe des Bündnisses. Es sei gefährlich, rüffelte der Metaller den Minister, vor die „interne Information und Diskussion“ die „öffentliche Proklamation“ zu stellen.

Natürlich kennt Klaus Lang die Wissenschaftler-Diskussion, die in der Benchmarking-AG des Bünd-

„Uns fehlt ein breites Dienstleistungsangebot“

Das glaubt der Kanzleramtsminister und Chefkoordinator des Bündnisses für Arbeit, Bodo Hombach (Foto). Dabei läge in den Sektoren Service, Handel und Freizeit ein Beschäftigtenpotenzial von 3,4 Millionen. Hombach will deshalb die Erwerbschancen für Geringqualifizierte erhöhen, indem er die Sozialabgaben subventioniert, sprich, die gesetzlichen Lohnnebenkosten senkt. Obwohl die Löhne von 1994 bis 1998 um 8,3 Prozent gestiegen seien, seien sie netto um 1,9 Prozent gesunken. Missbrauch und Mitnahmeeffekte der Subvention von Niedriglöhnen will Hombach „minimieren“, es solle „kein Niedriglohnsektor außerhalb des Tarifsystems entste-



Foto: Ferdinand Ostrop/dpa

hen“. Nähere Angaben zum Subventionssystem, dessen Kosten und Beschäftigungseffekten macht er nicht. Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte signalisiert Gesprächsbereitschaft: Lohnkostenzuschüsse hätten sich trotz aller Kritik bewährt, dürften aber „kein Einfallstor für die allgemeine Senkung der Einkommen“ werden.

angedeutet hat, nämlich dass in der Juni-Runde des Bündnisses eine Initiative zur Subvention von Niedriglöhnen gestartet werden könnte, schrieb der Metall-Chefdenker einen bösen Brief, den die *Frankfurter Rundschau* prompt veröffentlichte. Er wisse von dieser Initiative nichts,

nisses zum Thema Jobs für Geringqualifizierte geführt wird (*einblick* 6/99). Seine Reaktion macht aber deutlich: Die Spitzentruppe der Bündnispartner ist noch kein eingespieltes Team.

Allzu viele stecken noch in allzu tiefen Schützengräben. Sie sind,

so Harald Schartau, Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, „immer noch in der Phase: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“.

Der Kölner Gesellschaftsforscher Wolfgang Streeck, der nicht müde wird, unser Beschäftigungssystem angesichts wachsender Arbeitslosigkeit als exklusiv zu geißeln, glaubt den Grund zu kennen: Den Bündnispartnern fehle das rechte Krisen-Bewusstsein. Themen werden tabuisiert und Ausstiegsszenarien skizziert, obwohl der Einstieg ins Bündnis – trotz glänzendem Start im Dezember '98 – noch nicht als gelungen bezeichnet werden kann.

Trotzdem ist der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte vorsichtig optimistisch: Es gebe „gesicherte Anzeichen für Vertrauensbildung“, sagt Dieter Schulte, doch man bewege sich „noch auf dünnem Eis“. Um nicht einzubrechen, drängt Schulte darauf, sich im Bündnis über „konkrete Projekte“ zu verständigen. Aber das gehe „nur auf der Grundlage von Vertrauen – und Vertrauensbildung braucht viel Zeit“.

Schultes Vorstandssekretär Günther Horzetzky weiß, dass die Bündnispartner „zum Erfolg verdammt“ sind. Von großer Bedeutung sei „die zeitnahe Balance zwischen Geben und Nehmen“. Horzetzky nennt auch „die Klippen“: die Schwierigkeit, unterschiedlichste Interessen einzubinden, die Befürchtung des Bundestages, das Bündnis für Arbeit könne sich zum Ständeparlament entwickeln – und die allzu großen Erwartungen auf Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite an den Staat.

Dieter Schulte jedenfalls ist bereit, eingetretene Pfade zu verlassen und alte Rituale zu vergessen: „Wir müssen versuchen, jede Form einseitiger Interessenpolitik zurückzudrängen. Es darf keine Sieger und Besiegten geben.“ ●

„Phantom-Diskussion“

Streit um Worte: Wird im Bündnis für Arbeit auch über Lohnpolitik gesprochen? IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel: „Über unsere Löhne und Gehälter wird in Tarifrunden entschieden, nicht an Bündnistischen verhandelt. Ich stehe dafür, dass Lohnleitlinien oder Tarifkorridore dort nicht beschlossen werden.“ DGB-Vorsitzender Dieter Schulte: „Im Bündnis für Arbeit wird's das Tabu Tarifpolitik nicht geben.“ Wenn das Bündnis „positive Ergebnisse“ zeitige, könne das „nicht spurlos“ an der Tarifpolitik vorbeigehen.

Widersprechen sich beide? Der Streit um die Lohnfrage sei eine „Phantom-Diskussion“, meint DAG-Vorsitzender Roland Isen: „Es gibt in den Gewerkschaften keine prinzipiell gegensätzlichen Auffassungen, sondern nur unterschiedliche Begrifflichkeiten.“

Tatsächlich steht in der „Gemeinsamen Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ vom 7. Dezember 1998, die auch die Unterschriften von Zwickel und Schulte trägt, dass die Bündnispartner „eine Tarifpolitik, die den Beschäftigungsaufbau unterstützt“, anstreben. Also werden sie im Bündnis auch darüber reden müssen.

Kinder- und Jugendpreis

Bunte Kunst statt brauner Propaganda

HipHop-Songs, Kurzgeschichten, Theaterstücke, Videos oder Plakate – alles ist gefragt beim Kinder- und Jugendpreis „Bunt statt braun“. Ausgezeichnet werden Einzelpersonen und Gruppen in den Sparten Musik, Literatur, Theater und Video sowie bildende Kunst. Der Wettbewerb soll dazu animieren, sich künstlerisch mit Fremdsein und

Ausgrenzung auseinanderzusetzen. Ausgeschrieben wurde der Wettbewerb von der DGB-Jugend Nord und dem IG Metall-Bezirk Küste. Neben Geldpreisen locken Reisen und Redaktionspraktika. Außerdem vergeben die Veranstalter einen „Preis für Zivilcourage“ an Menschen und Organisationen, die sich gegen Diskriminierung

einsetzen. Vorschläge für die Auszeichnung werden bis 15. Mai angenommen. Einsendeschluss für den Kinder- und Jugendpreis ist der 1. August. •

*DGB-Jugend Nord
Tel.: 0385/638 32 10
Fax: 0385/638 32 02
Internet:
www.bunt-statt-braun.de*



Solidaritätsgruppen

Brasilien im globalen Markt

Welche Auswirkungen hat die Asienkrise auf Brasilien? Diese Frage steht beim Jahrestreffen der gewerkschaftlichen Brasilien-Solidaritätsgruppen vom 7. bis 9. Mai in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald im Mittelpunkt. Vorträge zu Finanzkrise, internationalen Konvergenzstrategien und brasilianischem Arbeitsrecht sollen Antworten geben. •

*Tel.: 027 43/2091
Fax: 027 43/4645*

Arbeitslosengruppen

Euromarsch zum EU-Gipfel

Zu einer europäischen Demo gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus ruft die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher

Arbeitslosengruppen auf. Für die Protestveranstaltung zum Kölner EU-Gipfel am 29. Mai suchen die OrganisatorInnen noch UnterstützerInnen. •

*Infos: Bundesbüro Euromarsch
c/o Bündnis Köln '99
Tel.: 0221/9 52 00 08
Fax: 0221/9 52 00 77*

Ruhrfestspiele 1999

Kulturfest zum 1. Mai

Theater und Kabarett, Musik und Tanz, viel Unterhaltung für Groß und Klein: Vielseitig präsentiert sich das vom jungen forum und den Ruhrfestspielen gemeinsam mit dem DGB gestaltete Programm des Kulturfestes am 1. Mai in Recklinghausen, zu dem auch in diesem Jahr wieder über 100 000 BesucherInnen erwartet werden. Das Kulturfest rund um das Festspielhaus in Recklinghausen eröffnet gleichzeitig die diesjährigen Ruhrfestspiele. Kabarett gibt's u.a.

von Matthias Beltz, Jazz von Charlie Mariano und der Ingo Marmulla Band, Weltmusik von Gnawa Diffusion, Pop von Fruit und Echt. Ob Kinderprogramm oder Kunstführung: Der Eintritt ist kostenlos. •

DGB Bildungswerk

Seminare über Umweltschutz

„Umweltpolitik in Deutschland und Europa“ wird vom 20. bis 25. Juni im DGB Bildungszentrum Niederpöcking diskutiert. Die Tagung wird vom Projekt „Arbeitnehmerorientierte Qualifizierung für Umweltmanagement“ (AQU) im DGB Bildungswerk veranstaltet. Weitere Seminare informieren zum Beispiel über betriebliches Öko-Audit oder die „Lokale Agenda 21“. Aufgrund der großen Resonanz bietet AQU für das Seminar „Umweltschutz im Dienstleistungsbereich“ vom 30. Mai bis 2. Juni in Niederpöcking einen Zusatztermin an. •

Tel.: 0211/43 01 296

AFETT-Seminar

Wie Technik die Arbeit verändert

„Technologiebewertung auf Betriebsebene“ ist Thema eines Seminars im DGB Bildungszentrum Hattingen vom 13. bis 17. Juni. Ausrichter sind der „Verband für Europaweite Ausbildung von Arbeitnehmern in der Wirkung neuer Technologien“ (AFETT), die Gewerkschaft LO Schweden und das DGB Bildungswerk. •

*AFETT-Sekretariat, Brüssel
Tel.: 0032 2 224 05 18*

Amnesty International

Für Freilassung unterschreiben

Mit einer Unterschriftenaktion will Amnesty International (ai) die Freilassung des südkoreanischen Gewerkschaftsführers Dan Byung-ho erreichen. Der Präsident der Metallgewerkschaft und Vizepräsident des koreanischen Gewerkschaftsbundes (KCTU) wurde im Januar zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Beobachtet wird die Lage der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Südkorea von einer Münchner Amnesty International-Gruppe. •

*Infos: 089/78 66 99
Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211/43 01 679
ai zur Lage der Gewerkschaften in Südkorea*

in eigener Sache

Vier Seiten mehr *einblick* gibt es diesmal – prall gefüllt mit Infos rund ums Internet. Im Zentrum unseres EXTRAs steht ein Überblick über die Internet-Auftritte der Gewerkschaften. „Trocken, textlastig, aber effektiv“ hatte Internet-Tester Josef Haverkamp die *einblick*-Seiten im Netz bewertet und kritisiert, dass unsere Homepage keine Suchfunktion besitzt.

Wir haben uns seine Kritik zu Herzen genommen: Ab 26. April wird unser Internet-Auftritt aufgepeppt. Auf den *einblick*-Seiten gibt's demnächst neben Hintergrundtexten, Tabellen und Grafiken zum Download auch die komplette Ausgabe als pdf-Datei, jede Menge Links und eine Volltext-Suchfunktion. Unsere Adresse: **www.einblick.dgb.de**

GEWERKSCHAFTEN

Kosovo-Krieg

Gewerkschaften gespalten

Der Nato-Einsatz unter deutscher Beteiligung in Jugoslawien wird in den Gewerkschaften kontrovers diskutiert.

Während sich der DGB in einer ersten Stellungnahme hinter die Politik der rot-grünen Koalition gestellt hat (einblick 7/99), gehen in einer Erklärung, die inzwischen von mehr als 400 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet worden ist, die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder Margret Mönig-Raane (HBV), Detlef Hensche (IG Medien), Horst Schmitt-henner (IG Metall), Frauke Dittmann (NGG), Ursula Herdt (GEW) sowie Frank Spieth (DGB Thüringen) auf Distanz zum Dachverband. „Im Gegensatz zum DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte ... treten wir weiterhin dafür ein, Krieg als Mittel der Politik zu ächten und fordern dazu auf, die NATO-Angriffe gegen Jugoslawien sofort zu beenden“, heißt es in der Erklärung, die in der *Frankfurter Rundschau* als Anzeige veröffentlicht worden ist.

Auf seiner Sitzung am 6. April beschloss der DGB-Bundesvorstand eine Resolution, in der es heißt, vor dem Hintergrund der Menschen-

rechtsverletzung der serbischen Staatsführung habe der DGB die Haltung der Bundesregierung respektiert. Im Bemühen um eine friedliche Lösung sei es nun richtig, „unverzüglich den militärischen Druck durch die Suche nach einer Verhandlungslösung zu ersetzen.“

Einige Mitgliedsgewerkschaften wie ÖTV, Deutsche Postgewerkschaft und Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sind der Auffassung, in so wichtigen Fragen wie Krieg, Frieden und Völkerverständigung müsse man dem DGB die Meinungsführerschaft zugestehen. Demgegenüber behalten sich andere wie die IG Medien oder die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) das Recht vor, auch selbst Stellung zu beziehen: So forderte die IG Medien am 16. April – wie zuvor die DGB-Landesbezirke Hessen und Thüringen – die „sofortige Einstellung der NATO-Luftangriffe“; die GEW bezeichnete alle Formen kriegerischer Auseinander-

setzung als „ungeeignete Mittel zur Lösung politischer Konflikte“ (14. April). Die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen sei die Voraussetzung für eine Beilegung des Konflikts.

Stellungnahmen gibt es aus vielen Gliederungen der Mitgliedsgewerkschaften. So erklärten die Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherung (HBV), IG Medien und NGG in Baden-Württemberg gleich nach Kriegsbeginn gemeinsam, der Nato-Militärschlag verhindere nicht, dass die jugoslawische Armee „ihre mit den Menschenrechten nicht in Einklang stehenden Aktionen gegen die albanische Bevölkerung“ verschärfe.

Von führenden Vertretern der Gewerkschaftsbewegung werde keine „vaterländische Ergebnissadresse an die Regierung“ verlangt, sondern „aufständische Widerständigkeit“, schreiben 38 Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre aus Karlsruhe in einem Brief an Dieter Schulte. Sie erinnern an das DGB-Grundsatzprogramm: „Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zivilem Weg ohne militärische Gewalt gelöst werden.“ Michael Wendt, Vorsitzender der ÖTV in Bayern, warnt davor, das antimilitaristische gewerkschaftliche Selbstverständnis „eifertig“ preiszugeben. Die HBV Ludwigshafen nimmt an der Mai-Kundgebung nicht teil, weil dort Verteidigungsminister Rudolph Scharping (SPD) spricht.

Nach Auffassung des ÖTV-Bundesfachausschusses RichterInnen und StaatsanwältInnen verstoßen die Nato-Militäraktionen in Jugoslawien gegen das Völker- und Verfassungsrecht: „Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta verbietet jedem UN-Mitglied jede Androhung oder Anwendung von Gewalt... Es gibt auch kein Völkergewohnheitsrecht zur einzelstaatlichen ‚humanitären Intervention‘. Dieses steht allein der UNO zu.“ ●

Desinformation

Die Deutsche Journalistenunion (DJU) in der IG Medien hat zu Kriegsbeginn die Medien aufgefordert, „auch bei Kriegsberichterstattung Distanz (zu) halten“. Hat dieser Appell gefruchtet? DJU-Vorsitzende Franziska Hundseher: „Ich stelle fest, dass Prinzipien des Journalismus außer Kraft gesetzt werden. Danach dürfen Nachrichten erst veröffentlicht werden, wenn sie von mindestens zwei unterschiedlichen Quellen bestätigt worden sind. Häufig wird nicht gesagt, dass es sich um unbestätigte Informationen handelt. Beide Kriegsparteien betreiben Desinformation.“

Spendenaufrufe

✳ der IG Bergbau, Chemie, Energie:

ASB-Spendenkonto 18 88
Postbank Köln, BLZ 370 1005
„Kosovo-Flüchtlinge“

✳ des DGB

Niedersachsen/Bremen:
AWO-Spendenkonto 33 66 6
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00

„Kosovo-Flüchtlinge“

✳ des DGB Sachsen:
BfG Bank AG Dresden
Konto 141 05 64 02
BLZ 860 101 11

„Flüchtlingshilfe“

? nachgefragt



Kosovo-Spende statt Lohnerhöhung: In den Niederlanden haben die 20 000 Beschäftigten in den Agrar-Unternehmen und im Straßenbau für ein Jahr auf einen Teil ihrer Tarifsteigerung verzichtet. Gemeinsam mit den Arbeitgebern spendeten sie 650 000 Gulden (585 000 DM) – zugunsten der Opfer des Kosovo-Kriegs. Wie war das Echo darauf? Dazu Paul Andela, 51, Internationaler Sekretär der FNV-Bondgenoten.

Wir versuchen jedes Jahr in jedem Tarifvertrag einen Teil der Lohnsumme für unseren gewerkschaftlichen Solidaritätsfonds abzuzweigen. Wir unterstützen damit die Gewerkschaftsarbeit in der Dritten Welt, in Mittel- und Osteuropa. Für die niederländische Öffentlichkeit war unsere Aktion also keine große Überraschung. Neu war diesmal allerdings, dass wir das Geld nicht in den Soli-Fonds gesteckt, sondern dem Internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt haben. Das war eine spontane, emotionale Entscheidung aufgrund des Elends der Kosovo-Flüchtlinge.



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Faxabruf

0211 / 43 01 683

Die Stellungnahmen von IG Medien und GEW zum Kosovo-Krieg (Auszüge)

kurz & bündig



IG Metall-Vorsitzen-der Klaus Zwickel hat sich für eine Stärkung des DGB ausgesprochen. Die Gewerkschaften müssten dem Dachverband mehr Kompetenzen und notwendige Finanzmittel übertragen. Gleichzeitig müssten sie ihre eigenen Aktivitäten in den abgegebenen Bereichen einschränken.



Die NGG will in fünf Projektgruppen Perspektiven einer Gewerkschaftsreform erarbeiten. Ende Mai soll ein erster Zwischenbericht des Projekts Organisationsentwicklung 2000 vorliegen.



Tarifgebundene Unternehmen dürfen den Tarifvertrag nicht mit betriebsinternen Sonderregelungen unterlaufen. Andernfalls dürfen die Gewerkschaften dagegen klagen. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden. Anlass für die Entscheidung war u. a. ein Streit zwischen der IG Medien und der Druckerei des Burda-Verlages.



Am 14. April hat der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB dem Sozialplan zum Umzug der Zentrale nach Berlin zugestimmt. Über den Zeitpunkt der Versetzung der einzelnen Mitarbeiter nach Berlin soll „im Einvernehmen“ zwischen den Beschäftigten und dem DGB entschieden werden. Im Faxabruf: 0211/43 01 665 Sozialplan zum Berlin-Umzug des DGB

Imagekampagne der IG BCE

Die besten Jahre noch vor sich

90 Prozent der Beschäftigten hat die IG Bergbau, Chemie, Energie in der Glasindustrie und in der Feinkeramik organisiert. In der Chemieindustrie sind es erheblich weniger, bei Bayer Leverkusen liegt der Organisationsgrad nur bei 40 Prozent. Das soll sich ändern.

Mit einer Imagekampagne will die IG BCE bis Jahresende 25 000 neue Mitglieder gewinnen. Ein Pilotprojekt an den Chemiestandorten Bitterfeld, Leverkusen und Frankfurt/M. soll bis Juni Aufschluss geben, wie die IG BCE für Nichtmit-

glieder attraktiver werden kann. Drei Schlüsselbegriffe stehen im Vordergrund der Kampagne: „Erfolg“, „Zukunft“ und „Vorteil“.

Die IG BCE präsentiert sich als Gewerkschaft, die die Herausforderungen der Globalisierung „ausgesprochen erfolgreich meistert“ und als „zukunftsorientierte Gewerkschaft ihre besten Jahre nach vor sich hat“.

Transportiert wird die Kampagne durch einen Medienmix, vom Großflächenplakat bis zum Radiospot im Lokalsender. GewerkschafterInnen

gehen als Werbeteams in den Betrieb. Hans-Dieter Brand hat die Kampagne für den Vorstand vorbereitet. Schon deren Zustandekommen sei ein Erfolg. Es sei das erste Mal, „dass die IG Chemie den Mut hat, für eine reine Imagekampagne Geld auszugeben“.

Auch die IG Metall plant eine Imagekampagne. Mit professioneller Werbung sollen neue Mitglieder gewonnen werden. In beiden Gewerkschaften soll der Mitgliederzuwachs neben der Durchsetzungsmacht gegenüber den Arbeitgebern auch den Stellenwert der Industriegewerkschaften gegenüber der sich neu formierenden Dienstleistungsgewerkschaft stärken. ●

DGB-Reform

Frauenpolitik auf allen Ebenen

Mit einem Positionspapier mischt sich der DGB-Bundesfrauenausschuss in die DGB-Reformdebatte ein. Es beschreibt die zukünftigen

Aufgaben gewerkschaftlicher Frauenpolitik und betont, dass Frauenpolitik auch künftig von den Mitgliedergewerkschaften und vom DGB – in den Kreisen, Landesbezirken und auf der Bundesebene – betrieben werden sollte. Exemplarisch zeigt das Papier anhand von Politikfeldern wie Beschäftigungs- oder Strukturpolitik, wie das Zusammenspiel von Gewerkschaften und DGB funktionieren könnte. Während die Gewerkschaften Frauenbelange im Betrieb und in der Branche vertreten, soll der Dachverband die Veränderungen auf der gesellschaftlichen Ebene steuern. ●

Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211/43 01 684
Aufgaben der DGB-Frauenpolitik, Positionspapier des DGB-Bundesfrauenausschusses



Foto: Berliner Zeitung/Paulus Pontzak

Berlin-Umzug: Die künftige Adresse der DGB-Zentrale lautet wahrscheinlich Burgstr. 29-30, 10178 Berlin. Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand hat am 19. April beschlossen, zum 1. September einen Mietvertrag für das neue Bürohaus „Quartier an der Museumsinsel“ (Foto) in Berlin-Mitte abzuschließen. Unterschrieben ist er noch nicht. Das ursprünglich ins Auge gefasste Haus am Märkischen Ufer (einblick 2/99) hatte sich als zu klein erwiesen.

Open-Air-Konzert des DGB

Leipzig zeigt Courage

Die Prinzen, Bell, Book & Candle, Fools Garden und Ina Deter sind in diesem Jahr dem Aufruf des DGB gefolgt, am Vorabend des 1. Mai mit einem Open-Air-Konzert in Leipzig ein Zeichen gegen den Rechtsextremismus zu setzen. Das



So sieht es aus, das „Ampelmännchen mit Megaphon“, mit dem der DGB Thüringen Mitte April auf Großflächenplakaten seine Kampagne zur Landtagswahl am 12. September gestartet hat. Unter dem Slogan „Arbeit, Ausbildung, Gerechtigkeit“ wirbt der DGB für eine andere Politik: In Thüringen fehlen nach DGB-Berechnungen über 400 000 Arbeitsplätze. Lediglich jeder zweite Ausbildungsplatz wird von den Betrieben bereitgestellt.

Konzert knüpft an das Festival an, mit dem Arbeitgeber und Gewerkschaften im vergangenen Jahr gemeinsam gegen einen geplanten Aufmarsch der NPD demonstriert hatten. ●

Empfehlungen des Sachverständigenrats Bildung

Es geht nicht um Neoliberalismus



Dieter Wunder, 63, von 1981 bis 1997 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und einer der Initiatoren des Sachverständigenrats Bildung, vermisst konstruktive Alternativen zum Gutachten

Intensive Diskussionen über das Gutachten des Sachverständigenrats Bildung haben wir bisher vor allem in der GEW, bei Bündnis 90/Die Grünen und in Teilen der SPD erlebt. Neben Neugier und Aufgeschlossenheit gab es viel Abwehr – so möchte ich dies bewusst formulieren –, auch **Unwillen, das Gutachten sorgfältig zu lesen**. Auf eine kritische Auseinandersetzung in dem Sinne, dass zu unserem Vorschlag Alternativen vorgelegt werden, warten wir noch.

Es gibt **vier Haupteinwände**:

1. Wir gehen davon aus, dass das Bildungssystem zwar mehr Geld braucht, warnen aber vor der Illusion, der Staat werde unbegrenzt Mittel zur Verfügung stellen. Wir sehen eher die **Grenzen staatlicher Finanzierung**. Dies trägt uns den Vorwurf ein, wir passten uns „dem System“ an, unterwürfen uns der herrschenden finanzpolitischen Logik.

In dieser Auseinandersetzung geht es letztlich darum, wieweit Bildungspolitiker sich realistisch auf die politischen Gegebenheiten einstellen oder wieweit sie Hoffnungen auf eine grundsätzlich andere Wirtschafts- und Finanzpolitik setzen sollen. Wir befürchten bei letzterer Position bildungspolitischen Immobilismus – schließlich kennen wir alle das Schicksal des BAföG: Wir sehen nicht, dass die rot-grüne Regierung die Misere grundsätzlich beheben wird. Wer unter den schwierigen ökonomischen Bedingungen von heute die Hoffnung hegt, einen wohlhabenden Staat schaffen zu können, der alles Wünschenswerte bezahlt, der trägt dazu bei, die Finanzierungsbedingungen von Aus- und Weiterbildung grundsätzlich so zu belassen, die offensichtliche soziale Schieflage also zu verschärfen.

2. Unser Menschenbild ist individualistisch. Wir setzen auf eine stärkere Eigenverantwortung des einzelnen bei der Gestaltung seines Bildungsweges. Daher schlagen wir eine finanzielle Sicherung für alle Bildungswege vor, insbesondere auch für die berufliche Bildung (z. B. vollzeitschuli-

sche Gesundheitsberufe) und die Weiterbildung. Wir sehen ein staatlich begünstigtes Bildungssparen vor; wir wollen die bisher Eltern zustehenden Ausbildungszuschüsse an die Jugendlichen geben; wir ermöglichen Bildungsdarlehen. Der Einwand gegen diese Empfehlungen ist eigentümlich: Wir dächten mittelschichtgebunden. Mit anderen Worten: Die „kleinen Leute“, die Arbeiter, die Ausländer usw. sind nach dieser Einschätzung von Mittelschichtangehörigen nicht fähig, Eigenverantwortung wahrzunehmen. Dies ist eine Fehleinschätzung: Die Individualisierung betrifft alle Menschen – Gewerkschafter, die dies bezweifeln, sind auf einem falschen Weg in der Analyse.

3. Die Auseinandersetzung spitzt sich bei der Beurteilung der **sozialen Bedingungen und Auswirkungen** des Gutachtens zu. Wir glauben, durch vielfache Regelungen ein Maximum an Stärkung sozial Schwacher geleistet zu haben, so dass der Staat in der Gewährleistung von Bildungsfinanzierung mehr leisten muss. Unsere Kritiker sehen die Vorschläge anders, ihre Argumente können sich allerdings nicht auf unseren Text stützen; sie verteidigen zudem faktisch den sozial ungerechten Status quo.

4. Auf der prinzipiellen Ebene **wird uns Neoliberalismus vorgeworfen**, ein Totschlagargument, das schwer zu fassen ist. Manchmal gilt schon die Stärkung von Eigenverantwortung als neoliberal – als habe es nie die Forderung nach Emanzipation des Individuums gegeben. Die von uns vorgeschlagenen Bildungsgutscheine, die dem Lernenden mehr Einfluss auf seinen Bildungsweg einräumen, werden als „Privatisierung“ gebrandmarkt – wir sehen in der Stärkung des einzelnen einen Vorteil.

Für mich zeigt sich in der Argumentation „Neoliberalismus“ ein fundamentales Problem der Gewerkschaften. Bis in die 80er Jahre hinein hatten sie überzeugende Konzepte zur Ausbildung des Sozialstaates; seither sind sie in die Defensive geraten und haben es nur selten vermocht, im Zusammenhang der veränderten ökonomischen Lage das Konzept des Sozialstaates weiterzuentwickeln. Ein Freund-Feind-Denken angesichts des gesellschaftlichen Wandels beherrscht viele Diskussionen, mit der Folge, dass alle neuen Vorschläge an Maßstäben der Vergangenheit gemessen und daher verworfen werden; eigene weiterführende Gedanken fehlen vielfach. Wir wünschen uns, dass die Gewerkschaften aus dieser Defensive herauskommen. Der Sachverständigenrat mag sich im einzelnen in seinen Überlegungen irren. Daher warten wir auf Alternativen. ●

Modernisierungsblockaden

Das Gutachten, das der „Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung“ im Oktober 1998 präsentiert hat (einblick 21/98), ist nicht nur auf Gegenliebe gestoßen. Kritik hat vor allem die Forderung des Sachverständigenrates hervorgerufen, die Grenzen der Finanzierbarkeit von Bildung durch den Staat anzuerkennen. Das sei „neokonservativ“, argumentieren die Kritiker. Dieter Wunder, einer der Initiatoren des Sachverständigenrates, hält ihnen entgegen, dass die Gewerkschaften durch den Rückzug auf alte Gewissheiten nicht ihre bildungspolitische Defensive überwinden können.

Vorschlag an den Bundespräsidenten

Mitte April hat der Sachverständigenrat Bildung Bundespräsident Roman Herzog seinen Vorschlag präsentiert, eine ständige „Kommission für die Reform des Bildungswesens“ einzusetzen. Sie soll, ähnlich wie der „Deutsche Bildungsrat“ zwischen 1965 und 1975, Bildung wieder zu einem öffentlichen Thema machen. Die Blockaden in der Bildungspolitik sollen durchbrochen werden.

Sachverständigenrat Bildung: Vorschlag zur Berufung einer „Kommission beim Bundespräsidenten für die Entwicklung des Bildungswesens“
Einzel Exemplare kostenlos bei:
Der Setzkasten
Fax 0211 / 4 08 00 80

GEWERKSCHAFTEN IM INTERNET: Viel Text, wenig Fun

Noch vor wenigen Jahren waren Gewerkschaften im Internet gar nicht oder nur mit einem recht dürftigen Angebot vertreten. Das hat sich gewaltig verändert. Ein Überblick von Fachjournalist Josef Haverkamp

Die Zahl der gewerkschaftlichen Homepages ist kaum noch zu überblicken. Präsentation und Nutzwert für die Besucher sind aber sehr unterschiedlich. Standard sind trockene, textlastige Seiten mit wenig Überraschendem. Zudem wird das Internet oft nur als Möglichkeit zur Mitgliederwerbung genutzt. Dabei bietet das Internet weitaus mehr Chancen, sowohl bei der Mitgliederbetreuung als auch zur Vermittlung gewerkschaftlicher Positionen. Gemeint ist damit aber nicht nur die Verbreitung von Pressemitteilungen. Das wird fast überall schon gemacht. Viel zu selten werden bisher über die Webseiten aktuelle News, Untersuchungen, Hintergrundmaterial oder Broschüren zum Download angeboten.

Ich will Fun

Einen Spaßfaktor haben die gewerkschaftlichen Seiten kaum. Originelle Angebote sind an einer Hand aufgezählt. Da gibt es mal einen witzigen Cartoon oder, bei der HBV, die Möglichkeit per E-Mail

eine virtuelle Grußkarte zu verschicken. Bei der IG Metall kann man Sprüche an eine virtuelle Wand sprühen oder ein Spiel für Berufseinsteiger starten.

Auf der Höhe der Zeit ist hingegen die Möglichkeit, per E-Mail Fragen an die Gewerkschaftsvor-



Virtuelle Grußkarte der Gewerkschaft hbv

stände zu richten. Noch nicht ganz so weit sind einige Landes-, Bezirks- oder Ortsgeschäftsstellen. Sie haben entweder keine E-Mail-Adresse oder veröffentlichen sie nicht. Eine andere Möglichkeit zu Kontakt und Meinungsaustausch sind Diskussionsforen. Vielfach wird das schon online oder per E-Mail angeboten.

Auch die Gewerkschaftszeitungen sind im Netz vertreten. Aller-

dings oftmals nur mit dem Inhaltsverzeichnis der gedruckten Ausgabe und wenigen gekürzten Artikeln. Per Archiv kann auf ältere Ausgaben zurückgegriffen werden, aber auch hier nicht auf alle Artikel. Ein so reduziertes Info-Angebot lockt kaum jemanden auf eine Internetseite. Gute Artikel machen dagegen neugierig, werden in anderen Medien zitiert und bringen neue LeserInnen.

Auch Broschüren können zwar fast überall online bestellt werden, selten kann man sie aber im Internet lesen oder gar herunterladen. Das würde aber den Nutzwert erhöhen.

Das Info-Angebot ist sehr unterschiedlich. Es reicht von wenigen Verlautbarungen bis hin zu einer unglaublichen Fülle von Infos bei den Metallern. Unabhängig davon, wieviele Fakten präsentiert werden, ist die Pflege der Seiten wichtig. Dazu müssen die Texte regelmäßig überprüft und aktualisiert werden. Beispielhaft ist dafür ergo-online mit seinen Infos rund um Arbeit

und Gesundheit. Ein kostenloser Newsletter weist monatlich auf aktuelle Meldungen und die überarbeiteten Webseiten hin.

Newsletter bzw. Mailing-Listen bieten auch andere an: Man trägt sich ein und erhält dann per E-Mail Informationen. Das ist billiger und schneller als mit der Post. Die Hans-Böckler-Stiftung bietet sogar drei unterschiedliche Mailing-Listen an.

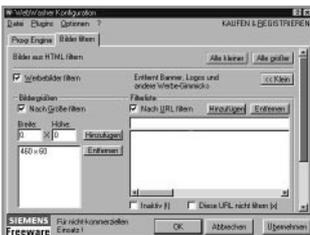
Schwierige Suche

Oft enthalten die Seiten keine oder schlechte Suchfunktionen. Eine gute Suchfunktion erschließt aber nicht nur die Webseiten optimal, die Seiten werden auch häufiger genutzt. Durch klare, durchschaubare Strukturen kann die Vermittlung gewerkschaftlicher Positionen unterstützt werden. Leider ist das oft noch nicht der Fall. Wer wissen möchte, was eine Homepage bietet, muss viele Seiten durchklicken, um ein Thema zu finden. Da bleibt manche gute Seite wohl unentdeckt.

-> Homepage-Test Seite 10/11

Werbekiller

Statt surfen – warten! Ursache für den schleppenden Aufbau mancher Internetverbindung ist die Werbung. Mit WebWasher, einer



kostenlosen Software von Siemens, kann man sie nun einfach blockieren. Das einfach zu bedienende Programm blendet die Reklame nicht einfach aus, sondern verhindert, dass der Browser Werbefbanner, Logos, Werbegrafiken oder Popup-Fenster überhaupt lädt. Was

der Werbekiller herausfiltert, kann selbst festgelegt werden. Wer ausnahmsweise eine Reklame sehen möchte, kann dies über eine Ausnahmeliste oder per Mausclick tun.

WebWasher läuft unter Win 95, 98 und NT 4.0. Download unter www.siemens.de/servers/wwwash/wwash_de.htm

Ergonomie zum Rollen

Dass Büromöbel ergonomisch, flexibel und schön sein können, beweist das Bürosystem „Move“ der Firma B 8. Die unterschiedlich großen, höhenverstellbaren Tische stehen auf Rollen und können kombiniert werden. So entstehen etwa der Teilnehmerzahl angepasste Besprechungstische. Dazu passend gibt es den „Caddie“, einen Roll-

container, der gleichzeitig auch als Stehpult zu benutzen ist.

Infos: 040/63 12 370

Mitarbeiter-Kontrolle

Ob Familienbetrieb oder multinationaler Konzern: Firmen aller Größenordnungen schließen ihre Computer an das Internet an. Mit Sicherheitssystemen wie zum Beispiel „Firewalls“ schützen sie sich davor, dass unbefugte Dritte firmeninterne Daten einsehen und missbrauchen. Solche elektronischen „Brandschutzmauern“ kontrollieren den Zu- und Ausgang des firmeninternen Netzes. ArbeitnehmerInnen haben allen Grund, Firewalls zu misstrauen. Darauf weist Karin Schuler, freiberufliche Beraterin für Datenschutz u.a. beim

Berufsforschungs- und Beratungsinstitut für interdisziplinäre Technikgestaltung (BIT e.V.) in *Computer-Fachwissen für Betriebs- und Personalräte* (4/99) hin. Um das Firmen-Netz zu schützen, sammelt das System Daten über Verhalten und Leistung seiner Benutzer. Es protokolliert, wer private E-Mails verschickt oder wer wie lange welche Seite im Internet gelesen hat. Insbesondere der Betriebsrat ist hier gefordert: Er sollte mit dem Arbeitgeber einen eindeutig definierten Einsatz des Systems vereinbaren und vor allem auf Art und Zweck der Protokollierung und der Auswertungen achten.

Was Betriebsrat und Datenschutzbeauftragte wissen müssen, wenn der Betrieb ans Netz geht, darüber informiert das BIT-Seminar

Gewerkschaften im Internet

NAME + ADRESSE	ANGEBOT	BEWERTUNG
DGB www.dgb.de	Viele Infos und Hintergrundmaterial zu wichtigen Themen (Bündnis für Arbeit, Mobbing ...), Veranstaltungskalender mit Kontaktperson und Telefonnummer, Datenbank mit rund 700 Dokumenten und Pressemeldungen. Infodienste und Broschüren können nur bestellt, aber nicht im Internet gelesen werden. Umfangreicher Adressenteil, viele Links.	 Nüchtern, klar strukturiert
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) www.dag.de	Hauptsächlich Mitgliederwerbung, ansonsten wenig Material. Großes Seminarangebot (577 Lehrgänge). Eigene Frauenseite mit Adressen und Aufgabengebieten von Ansprechpartnerinnen, Seminaren und Veröffentlichungen. Die angebotenen „aktuellen DAG-Publikationen“ im PDF-Format entpuppen sich nur als eine Beitrittserklärung.	 Geht so
Deutsche Postgewerkschaft (DPG) www.dpg-hv.de	Viele Infos, die über den engen gewerkschaftlichen Bereich hinausgehen (u. a. Werkkreis Literatur der Arbeitswelt.). Zeitschrift „Transparent“ mit Artikeln und Gewinnspiel. Starker Servicebereich: Seminare, verbilligte Reisen, Versicherungen ... Jugendseiten textlastig und veraltet. Veranstaltungskalender. Eine Broschüre zum Thema Computerarbeit kann heruntergeladen werden („Soziales Pflichtenheft“). Tips rund um die Jobsuche. Per Mailingliste können aktuelle Nachrichten abonniert werden. Kommentierte Links!	 Sehr informativ, Struktur für Nichtmitglieder nicht immer durchschaubar
Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) www.gded.de	Pressemitteilungen. Texte oft sehr knapp. Mitgliederwerbung. Keine Suchfunktion.	 Zu wenig Infos
Gewerkschaft der Polizei (GdP) www.gdp.org	Auszüge aus der Zeitschrift „Deutsche Polizei“. Bei der „Jungen Gruppe“ blinkt es überall auf den Seiten. Zu einem Text gelangt man dann über den Klick auf ein Blaulicht, eine blinkende Ampel oder auf ein Gesicht mit rotierenden Augen. Internetseiten befinden sich noch im Aufbau. Kein Broschürendienst. Flohmarkt: Dienstorte werden zum Tausch oder auch Dinge zum Kauf angeboten. Keine Suchfunktion.	 Klarer Aufbau, aber hausbacken. Nur für Mitglieder bzw. potenzielle Mitglieder
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) www.gew.de	Pressemitteilungen. Im „Kleinen ABC der GEW“ werden Positionen der Gewerkschaft zu den verschiedenen Themen kurz erläutert. Gute Mitgliederwerbung. Mitgliederzeitungen mit Inhaltsverzeichnis und einigen Artikeln. Die „Aktuelle Rechtsprechung“ ist total veraltet. Darüber hinaus findet sich hier auch mal Überraschendes, wie z.B. etwas über Nazis im Internet. Der Bereich „Material für Funktionärinnen und Funktionäre“ ist per Passwort geschützt. Keine Suchfunktion.	 Interessante Ansätze
Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) www.hbv.org	Vieleseitig gestaltete Seiten. Viele Unterpunkte, abwechslungsreich, manchmal sogar mit Überraschungen. Viele interessante Texte und konkrete Berichte. Manchmal ist der Seitenaufbau etwas langsam. HBV-Mitglieder können per E-Mail miteinander diskutieren oder am „Virtuellen Stammtisch“ chatten. Man kann sogar eine „virtuelle Postkarte“ an Freunde oder Bekannte verschicken.	 Interessant und überraschend. Gut gemacht
Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) www.ghk.de	Viele Tips für die Arbeitspraxis. Ansprechende Präsentation der „Holzarbeiterzeitung“ mit viel Text zum Schmökern. Pressemitteilungen. Ansprechende Präsentation der Geschäftsstellen mit Angeboten, Arbeitszeiten, E-Mail-Adresse. Hintergrundmaterial wie Bildschirmarbeitsverordnung, Gesetzestexte, Infos zum Arbeitsschutz oder das Bildungsprogramm können online gelesen oder heruntergeladen werden. Viele Links.	 Übersichtliche, gelungene Internetseiten
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) www.gewerkschaft-ngg.de	Optisch modern, Bildaufbau aber etwas langsam. Nur sehr kurze Texte pro Seite. Thema des Monats mit Hintergrundmaterial. Informationen teilweise veraltet. Die Fibel „Was Azubis wissen sollten“ kann als Dokument heruntergeladen werden. Keine Suchfunktion.	 Info-Suche manchmal etwas mühselig
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) www.oetv.de	Pressemitteilungen können nicht online gelesen werden, sondern müssen zuerst heruntergeladen werden. In sogenannten Kernthemen werden die Arbeitsgebiete der ÖTV und andere wichtige Themen vorgestellt (Text mit wenigen Bildern). Wenig Aktuelles! Ausführlich und gut wird der Mitgliederservice präsentiert. Keine Suchfunktion.	 Klarer Aufbau, aber Seiten versprechen mehr, als sie halten
IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) www.igbau.de	Klar strukturiert mit dem Ziel, Mitglieder zu werben. Da locken sogar Gewinne. Viel Werbung über die IG BAU, ansonsten wenig Interessantes. Etwas mehr bietet die Jugend: Tips und Infos für BerufanfängerInnen.	 Zu wenig Infos
IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) www.igbce.de	Fast nur Pressemitteilungen, ansonsten kaum Infos. Die Zeitschriften „Umschau“ und „Magazin“ werden mit Inhaltsangaben vorgestellt, Textproben gibt es nur als Mini-Zusammenfassungen. Archiv, Mitgliederwerbung.	 Zu wenig Infos

**NAME + ADRESSE****ANGEBOT****BEWERTUNG**

IG Medien www.igmedien.de	Konkrete Hilfen für den Berufsalltag, viele Infos. Die Zeitschriften „M“ (Menschen Machen Medien) und „Kunst + Kultur“ stellen viele Texte ins Netz. Interessante Texte können heruntergeladen werden. Gute Links auch auf relativ unbekanntere Seiten. Keine Suchfunktion.	 Nur auf den ersten Blick langweilig, inhaltlich ziemlich gut
IG Metall www.igmetall.de	Infos über Infos! Eine echte Fundgrube auch für Berufseinsteiger und Arbeitslose. Tariffdatenbank. Einige Broschüren (z.B. Mobbing) sind auch online zu lesen. Internetangebot mit Spaßfaktor: Per Sprühdose können Sprüche an eine virtuelle Wand geschrieben werden. Außerdem gibt's einen IG Metall-Bildschirmschoner (ein Sahnehäubchen) und bei der Jugend ein Berufseinsteiger-Spiel.	 Zählt zu den Topseiten

Umfeld

„Arbeitsrecht im Betrieb“ Verlagsgesellschaft mbH (AIB-Verlag) www.aib-verlag.de	Zeitschriften des Verlages wie „Arbeitsrecht im Betrieb“, „Computer-Fachwissen für Betriebs- und Personalräte“ und die „Arbeit & Ökologie-Briefe“ werden vorgestellt. Seminarangebote zum Arbeitsrecht. Das Seminarprogramm kann nur bestellt werden. Sehr textlastig. Beiträge aus den Zeitschriften leider zumeist nur als Auszug. Trotzdem immer wieder interessante Beiträge. Keine Suchfunktion.	 Sollte ausgebaut werden
Bildungsurlaub www.bildungsurlaub.de	Ausführliche Infos zu rund 1200 Bildungsurlaubsangeboten in NRW. Gezielte Suche nach Themen oder Veranstaltungsorten möglich. Auch rechtliche Grundlagen etc.	 Für die gezielte Suche
Bund-Verlag www.bund-verlag.de	Sehr trockene Startseite. Bücher werden ohne Titelbilder vorgestellt (da sind andere Verlage weiter). Bücher können online über eine Versandbuchhandlung bestellt werden. Keine Suchfunktion.	 Dürrtiges Angebot
Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (DGB und VHS) www.arbeitundleben.de	Weiterbildungsangebote. Infos zu Seminaren und Hintergrundmaterial zum Bildungsurlaub. Spezielle Angebote für Jugendliche und Frauen. Keine Suchfunktion.	 Etwas trocken präsentiert
DGB-Bildungswerk www.dgb-bildungswerk.de	400 Seminare, Workshops und Tagungen im Angebot. Per Link sind die Bildungsstätten mit Hausinformationen (sogar Zimmerfotos) zu erreichen. Seminaranmeldungen sind online möglich. Spannende Links zu Projekten, wie z.B. „Lernen via Internet“. Es werden offene und geschlossene Diskussionsforen angeboten. Sinnvolle Suchfunktion.	 Klarer Aufbau, informativ
Ergo-Online www.sozialnetz-hessen.de/ergo-online	Infos rund um Arbeit und Gesundheit mit dem Schwerpunkt Bildschirmarbeit. Fundiertes Grund- und Aufbauwissen plus aktuelle Infos. Verständlich geschrieben und trotzdem alles drin. Ansprechende Präsentation. Einführungskurs in ergo-online für Einsteiger. Kostenloser Newsletter über Neuigkeiten im Bereich Ergonomie / Gesundheitsschutz und Veränderungen auf der Webseite. Gute Links, z.B. Arbeitsschutzverwaltungen.	 Sehr gute Seiten
EXPO 2000 Büro der Gewerkschaften. www.expo-dgb-dag.org	Internetseiten über die Beteiligung der Gewerkschaften an der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Infos zu den Projekten „Zukunft der Arbeit“ und „Ökologisch Wirtschaften“ sowie über verschiedene dezentrale Projekte. Besonders stark ist hier auch die DGB-Jugend vertreten. Keine Suchfunktion.	 Noch zu wenig
Gewerkschaftliche Monatshefte www.gmh.dgb.de	Klare Struktur mit einigen Leseproben, allerdings gekürzte Texte. Wer einen Beitrag sucht, wird im Jahresinhaltsverzeichnis fündig. Suchfunktion umständlich.	 Ansprechend, aber noch zu wenig
Hans-Böckler-Stiftung www.boeckler.de	Pressemitteilungen. Auszüge aus den Zeitschriften „Mitbestimmung“ und „WSI-Nachrichten“. Nur wenige Artikel in Volltext. Es gibt aber die „Tarifpolitischen Monatsberichte“ zum kostenlosen Download. Drei Mailing-Listen rund um die Stiftung und zu aktuellen tarifpolitischen Entwicklungen. Geballte Infos der „WSI Nachrichten“ zu Tarifverträgen stehen unter www.tarifvertrag.de . Link zum Pressespiegel und Archiv des Dokumentationszentrums für Europäische Gewerkschaftspublikationen.	 Knallharte Infos
Technologie- u. Innovationsberatung für Arbeitnehmer (Tib) e.V. www.tib-hamburg.de	Infos und Hilfestellungen rund um ISDN, EDV und Bildschirmarbeit. Rund 300 Links zu Gewerkschaften, Betriebsräten, Technologieberatungsstellen, Datenbanken oder speziellen Fragen rund um die Arbeitswelt.	 Die vielen Links allein machen die Seiten lohnend

BEWERTUNG

= weiter so (heißt nicht, dass es nichts zu verbessern gibt: z. B. Suchfunktion einrichten, Broschüren oder Dokumente zum Download bereitstellen oder etwas für den Spaßfaktor tun)



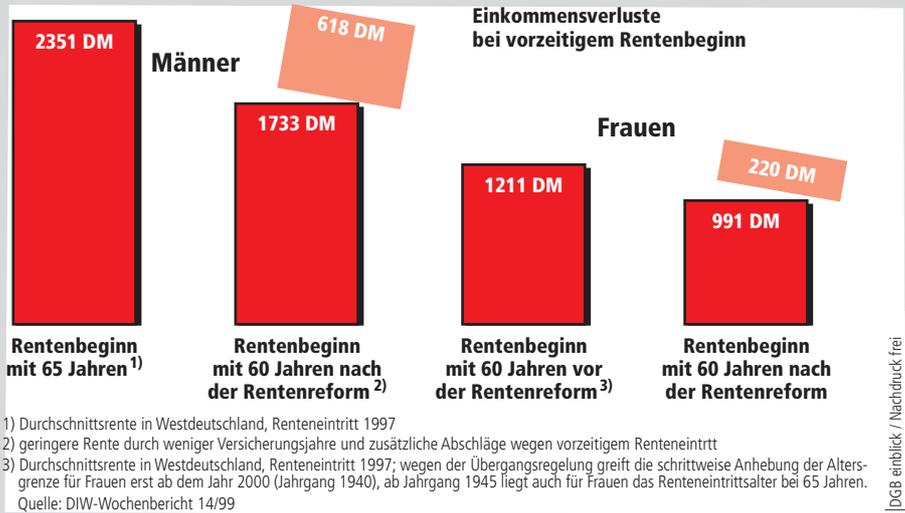
= Seiten sind nicht schlecht, sollten aber überarbeitet werden



= hier muss was getan werden

RENTE: Mehr Arbeitslose durch steigende Altersgrenzen

Die Erhöhung des Rentenalters für Arbeitslose, Frauen und langjährig Versicherte auf 65 Jahre führt in den nächsten Jahren zu massiven Problemen auf dem Arbeitsmarkt: Wer in Zukunft mit 60 in Rente gehen will, muss auf bis zu 600 Mark im Monat verzichten. Weil die meisten Betroffenen dazu nicht in der Lage sind, rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einem Anstieg des Arbeitskräftepotenzials bis 2003 um 1,3 Millionen. Von Arbeitslosigkeit sind neben den älteren ArbeitnehmerInnen vor allem Berufsanfänger bedroht.



Tip

Buch: Werner Lohre/Udo Mayer/Eckart Stevens-Bartol (Hrsg.), **Arbeitsförderung – Sozialgesetzbuch III, 2. überarbeitete Auflage, Bund-Verlag, Frankfurt/IM, 1999, 560 S., 78 DM**

Seit 1998 ist das Arbeitsförderungsrecht ein eigenständiger Teil des Sozialgesetzbuchs, kurz SGB III genannt. Die existenzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, das vom Gesetzgeber entwickelte Bündel von Arbeitsförderungsmaßnahmen und der aktuelle Stand der Rechtsprechung, insbesondere der Sozialgerichte, werden in dem Kommentar von

Lohre/Mayer/Steven-Bartold in einer auch für juristische Laien verständlichen Sprache erläutert.

Mit der Herausgabe der stark überarbeiteten 2. Auflage startet der Bund-Verlag eine neue Reihe: Die „Frankfurter Kommentare“ sollen, angesiedelt zwischen der Taschenbuchreihe des Verlags und den Großkommentaren, eine auch preisliche Alternative zu Standardwerken anderer Verlage bieten. Weil zur Zielgruppe auch juristisch interessierte Laien wie Betriebsräte oder MitarbeiterInnen von Personalabteilungen zählen, hat der Praxisbezug einen hohen Stellenwert.

Buch: Hermann Meyn, **Massenmedien in Deutschland, Neuauflage 1999, UVK Medien, Konstanz 1999, 366 S., 34 DM**

30 Minuten lesen die Bundesbürger Zeitung, je drei Stunden hören sie Radio oder sehen fern. Herbert Meyns Standardwerk über Funktion und Struktur der Medien bietet einen schnellen Überblick über die Arbeit von JournalistInnen, ihre Produkte und deren Wirkung. Meyn, ehemals Redakteur von Südwestfunk und Spiegel, war von 1989 bis 1999 Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV).

14 TAGE

- 30.4.** „Leipzig zeigt Courage“, Open-Air-Konzert des DGB, Leipzig
- 1.5.** Zentrale 1. Mai-Kundgebung von DGB und DAG, Dortmund
- 1.5.** Eröffnung der Ruhrfestspiele Recklinghausen
- 1.5.** Job Parade, DGB Nord, Schwerin
- 3.5.** Start der Demokratietour des DGB-Landesbezirks Sachsen zur Kommunalwahl
- 7.5.** Arbeitsmarktbericht für den Monat April
- 11.5.** Treffen der Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der G 8-Staaten mit Bundeskanzler Schröder, Bonn

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Karl-Heinz Stanzick **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Ich warte auf den Tag, an dem Herr Henkel in der Öffentlichkeit etwas Vernünftiges sagt. Es ist nicht gut, alles öffentlich kaputt zu reden.“

Wirtschaftsminister Werner Müller am 20. April auf der Hannover Messe zur Äußerung des BDI-Vorsitzenden, das Wirtschaftswachstum gehe zurück.

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

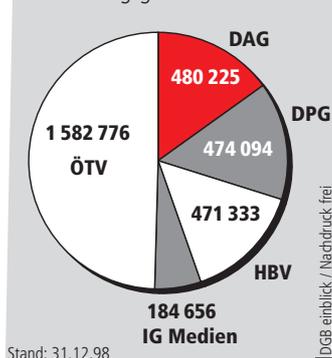
DAG-Chef Issen: „Kein trojanisches Pferd“

Premieren im Doppelpack: Erstmals organisierten DAG und DGB ihre zentrale Mai-Kundgebung gemeinsam, erstmals nahm der DAG-Vorsitzende Roland Issen drei Tage später an einer Bundesvorstandssitzung des DGB teil. Ein gutes Omen für ver.di, die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft von DAG, ÖTV, DPG, HBV und IG Medien? „Durchaus“, glaubt Roland Issen – ohne das Konfliktpotenzial zwischen dem künftigen Gewerkschaftsriesen und den Industriegewerkschaften zu verniedlichen. Das Problem der Abgrenzung, vor allem im Bereich der industrienahen Dienstleistungen, sei noch ungelöst.

Die Sorge von IG Metall, BCE und BAU, dass die neue Gewerkschaft in den wachstumsstarken Dienstleistungssektoren einen „universellen Geltungsanspruch“ erhebt, will Issen zerstreuen: ver.di sei „kein trojanisches Pferd“, habe „kein Interesse, zum Marsch auf die Festungen der anderen zu blasen“. Zweifel und Misstrauen will der DAG-Chef abbauen durch Gespräche, Verhandlungen und Vertrauensbildung, Issen setzt auf „Wandel durch Annäherung“. Konkurrenzkämpfe um alte und neue

ver.di – der neue Riese

Die Mitglieder der künftigen Dienstleistungsgewerkschaft



3,2 Millionen Mitglieder haben die vier DGB-Gewerkschaften und die DAG, die im November die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di aus der Taufe heben wollen.

Mitglieder widersprechen zudem der Philosophie von ver.di, die auch gegründet werde, um das gewerkschaftliche Neben- und Gegeneinander im Dienstleistungsbereich zu beenden. „Konkurrenz um Mitglieder ist kontraproduktiv; sie macht niemanden stärker.“

Für Issen, der seit seiner Wahl zum DAG-Vorsitzenden 1987 „die historische Fehlentwicklung“ der Spaltung von DAG und DGB korrigieren will, ist klar: „Die Entwicklungschancen der Gewerkschaften

hängen entscheidend davon ab, ob der Organisationsgrad im Dienstleistungssektor erhöht wird.“ Diese Frage könne keine Gewerkschaft allein, schon gar nicht in Konkurrenz zu anderen, beantworten. „Entweder gelingt uns das gemeinsam oder wir laufen Gefahr, dass die Geschichte über uns hinweggeht.“ Abgrenzungskonflikte müssten nach dem Prinzip „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ gelöst werden, fordert Issen – und wünscht sich, dass der DGB dabei „nicht nur eine Moderatorenrolle, sondern eine Führungsfunktion“ übernimmt. Dass ver.di die Machtblöcke im DGB verschiebt, weiss der DAG-Chef: „Die Kräfteverhältnisse“, so Issen gegenüber *einblick*, „werden besser austariert.“

Im November wollen DAG, ÖTV, DPG, HBV und IG Medien die Eckpunkte ihrer neuen Organisation beschließen. Die bestehenden Gewerkschaften sollen via Umwandlungsgesetz in die Rechtsform eines „e.V.“ überführt werden, um problemlos die Rechtsnachfolge der Gründer-Gewerkschaften antreten, sprich Tarifverträge, Mitglieder und Vermögen übertragen zu können. Gegründet werden soll ver.di Anfang 2001.

Um die ÖTV-Dominanz nicht übermächtig werden zu lassen, gilt in allen Gründer-Gremien das Prinzip der Einstimmigkeit. Auch später sollen „alle in allen Gremien vertreten sein“, so der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai. Fest steht, dass ver.di sich auf drei Ebenen (Bezirke, Landesbezirke, Bund) und in 12 oder 13 Fachbereiche gliedern wird. Als Sitz von ver.di sind Berlin und Frankfurt/M. im Gespräch. Die Entscheidung soll im Juni fallen. •

inhalt

Seite 3

Startschuss in Köln
Europäischer Beschäftigungspakt: Die Chancen stehen gut, dass beim Kölner EU-Gipfel Anfang Juni ein neues Kapitel in Sachen europäischer Beschäftigungspolitik aufgeschlagen wird

Seite 5

Modernisierungsdefizit
Was Mitglieder, ausgetretene Mitglieder und Nichtmitglieder von der IG Metall erwarten

Seite 7

Endlich wieder Politik machen
DGB-Landesvorsitzender Frank Spieth über falsche Rücksichtnahmen der Gewerkschaften im Kosovo-Krieg

plusminusBONN

+ **Klaus Wiese**hügel, Abgeordneter der SPD, hat die Schirmherrschaft des Vereins „Lobby für Wohnsitzlose und Armee“ übernommen. Er fordert, dass ein „Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum“ in die Verfassung aufgenommen wird.

+ **Entwicklungsministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul** (SPD) hat gefordert, dass alle EU-Staaten die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts anheben. Dies würde eine Umkehrung des Abwärtstrends der letzten Jahre bedeuten.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.stiftungsindex.de
 Anschriften und Links zu Stiftungen in Deutschland



Im Faxabruf

0211/43 01 652
 Stellungnahme des DGB zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (Auszüge)

wie war die Woche?



„Deutschlandweit die größte Maikundgebung“ jubelte die Schweriner Volkszeitung auf der Titelseite über die Job Parade, die 1999 zum zweiten Mal in Schwerin stattgefunden hat. Mehr als 40 000 junge Leute zogen am 1. Mai unter dem Motto „Youth can't wait“ (Jugend kann nicht warten) ravend und tanzend durch die Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern. Ingo Schlüter 39, stellvertretender Vorsitzender des DGB Nord, ist einer der Initiatoren des Mega-Events.

Überwältigend: Es waren noch mehr Leute da als im letzten Jahr, die Medienresonanz war riesig und die Stimmung super – trotz Sonnenbrand, Schlafdefizit und Schwielen an den Händen. Mehr als 300 ehrenamtliche HelferInnen waren fast 48 Stunden auf den Beinen. Allein 800 Meter Bauzaun mussten in wenigen Stunden aufgestellt werden. Aber alle Anstrengungen sind vergessen, wenn endlich alles rollt, sich 40 000 Menschen in Bewegung setzen und alle zufrieden sind. Die Gewerkschaften, die Sponsoren und vor allem die Jugendlichen: Denn es ist ihre Parade, ihre Musik. Sie selbst zeigen, dass sie nicht länger auf Jobs und Lebensperspektiven warten wollen. In Mecklenburg-Vorpommern beträgt die Arbeitslosigkeit der 20- bis 25jährigen 25,3 Prozent! Statt Reden zu schwingen, haben vier Jugendliche ihre Forderungen in einem „Youth can't wait“-Rap übergebracht. Auch die achtzehn Motto-Wagen

setzten deutliche Zeichen – angeführt von unserem Truck, der für unseren Jugendwettbewerb „Bunt statt braun“ warb (einblick 8/99). Leider gab es wieder einen traurigen Anlass dafür, mit der Job Parade zu zeigen, dass auch hierzulande die große Mehrheit tolerant und weltoffen ist: Die Autorin Amma Darko aus Ghana hatte kurz zuvor auf Rügen eine Lesereise abgebrochen, nachdem sie von Rechten angepöbelt worden war. Die Job Parade wirkt auch politisch, sie öffnet die Augen und die Herzen der Entscheidungsträger. Ob Minister oder Landtagsabgeordnete – alle waren da, wollten sich mit den jungen Menschen zeigen. Die Landesregierung setzt derzeit Forderungen und Vorschläge, die wir anlässlich der Job Parade 1998 gemacht haben, um. Zum Beispiel werden Jugendfirmen gefördert, die auf neue Dienstleistungen setzen. Oder das Programm „Jugend baut“, das Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen soll. **Im Internet: www.jobparade.de**

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB hat Grundsätze für die Besetzung frei werdender Stellen beschlossen. Danach ist zunächst zu prüfen, „ob das Aufgabengebiet in Form der bisherigen Stelle entbehrlich ist“ oder „durch interne Aufgabenverteilung anderweitig erledigt werden kann“. Falls die Stelle weitergeführt werden müsse, soll sie „DGB-intern“ wiederbesetzt werden. Nur wenn diese Maßnahmen nicht möglich seien, „entscheidet der GBV über eine externe Wiederbesetzung“.

630-Mark-Jobs

„Dem Druck nicht nachgeben“

Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, nicht dem Druck derjenigen nachzugeben, die derzeit gegen die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der Scheinselbständigkeit mobil machen. Die Medienkampagne, die nach Auffassung von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer gegenwärtig stattfindet, verstoße gegen die guten Sitten und richte sich gegen die Wiederherstellung der Ordnung am Arbeitsmarkt. Niemand bezweifle den Missbrauch der geringfügigen Beschäftigung oder die Unternehmerstrategie, ArbeitnehmerInnen in die Scheinselbständigkeit zu drängen. Jetzt habe der Gesetzgeber endlich gehandelt, nun wollten Arbeitgeberverbände wieder zum alten Zustand, zurück. ●

Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211/43 01 678
DGB zur Medienkampagne gegen die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung und der Scheinselbständigkeit

?...nachgefragt



Kaum hatte die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer (39) einen Arbeitsentwurf zur Gesundheitsreform 2000 vorgelegt, hagelte es Kritik – von Arbeitgebern, Ärztefunktionären, Pharmaindustrie, auch von SPD-Gesundheitspolitikern. Anders der DGB: Die Richtung stimme, erklärte DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Zum ersten Mal seit vielen Jahren werde ein Konzept vorgelegt, „das auf ein Abkassieren bei Patienten verzichtet“. Welche neuen Aufgaben durch die Reform 2000 auf die Selbstverwaltungen der Krankenversicherungen zukommen, das hat einblick die Ministerin gefragt.

Das Aufgabenspektrum der Krankenkassen wird sich erweitern. Die starre Aufgabenteilung zwischen der ambulanten und stationären Versorgung soll im Interesse einer besseren patientenorientierten Versorgung gezielt durchbrochen werden. Hierzu bedarf es integrierter Versorgungsformen zwischen Haus- und Fachärzten, zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungserbringern, zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich. Die Krankenkassen sollen die Möglichkeit erhalten, Verträge mit einzelnen oder Gruppen ambulanter Leistungserbringer und Krankenhäusern abzuschließen, die solche Versorgungsformen als Regelversorgung anbieten. Darüber hinaus werden die Krankenkassen

und ihre Verbände durch die Einführung der globalen Budgetierung zusätzlich gefordert. Krankenkassen und Ersatzkassen sind verantwortlich für die Verwendung und Einhaltung eines Gesamtbudgets in ihrem Bereich, dessen Steigerung an die Einnahmementwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung gebunden ist. Das Globalbudget soll zu Beitragsstabilität und zu einer flexibleren Verwendung der Mittel führen.

Apropos Selbstverwaltung: Die Sozialwahlen sind noch nicht abgeschlossen: Bis 26. Mai (Posteingang) können die Versicherten ihre VertreterInnen in der Selbstverwaltung wählen. **Im Internet: www.sozialwahlen.dgb.de**

POLITIK AKTUELL

Europäischer Beschäftigungspakt

Startschuss für „Kölner Prozess“

Vieles spricht dafür, dass auf dem EU-Gipfel Anfang Juni in Köln ein Europäischer Beschäftigungspakt ins Leben gerufen wird.

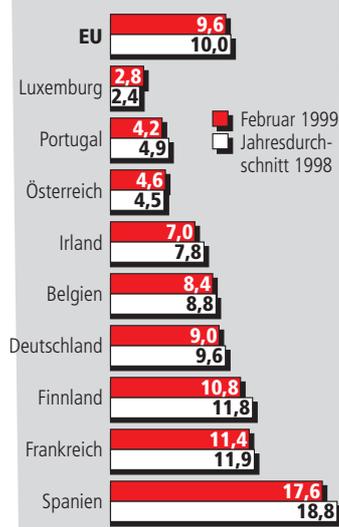
Köln im Gipfel-Fieber: In den nächsten Wochen jagt in der Domstadt ein Polit-Mega-Event das nächste. Am 3./4. Juni tagt der Europäische Rat, am 9./10. Juni treffen sich die Außenminister der G8-Staaten, am 17./18. Juni folgt der Wirtschaftsgipfel der G8-Staaten. Möglicherweise bleibt dabei die Küche kalt: Weil sie nicht genügend Aushilfskräfte fänden, haben Kölner Gastronomen angedroht, den Streit um die 630 Mark-Jobs in die Weltpolitik zu tragen.

Ganz andere Akzente in Sachen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik will die Bundesregierung im Kölner EU-Rat setzen. Vom Wiener EU-Rat im Dezember '98 war sie beauftragt worden, mit den Sozialpartnern bis zum Kölner Rat einen Europäischen Beschäftigungspakt zu entwickeln. Ihr erster Entwurf stieß gleich auf breite Zustimmung – nicht nur in den zuständigen EU-Ratsausschüssen. Das Neue an dem Modell: Künftig sollen die makroökonomischen Politikfeldern auf EU-Ebene besser koordiniert werden. Denn erhebliche Wachstumseinbußen in der Vergangenheit lassen sich allein auf Konflikte zwischen Geld-, Finanz- und Lohnpolitik zurückführen.

Auch Wim Duisenberg, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), der eine Mitverantwortung

Vorbild Luxemburg

Arbeitslosigkeit in der EU und in ausgewählten Mitgliedsländern (in Prozent)



Quelle: Eurostat

Die niedrigste Arbeitslosenquote verzeichnet Luxemburg (2,8 %), die höchste Spanien (17,6 %). Deutschland liegt mit 9,0 Prozent knapp unter dem EU-Durchschnitt.

Der EZB für die Beschäftigungspolitik bisher strikt ablehnte, hat das Modell ausdrücklich begrüßt. Attraktiv wird der neue „makroökonomische Dialogprozess“ zwischen den Regierungen, der EZB und den Sozialpartnern dadurch, dass er zunächst vor allem dem „vertrauensvollen Austausch von Informationen und Meinungen“ dienen soll. Das Ziel: Auf Dauer soll ein spannungsfreier Policy-Mix zwischen Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik Wachstum und Beschäftigung bei gleichzeitiger Preisstabilität fördern.

Der DGB unterstützt dieses Konzept ebenfalls. Eine Einbeziehung von verantwortlichen Vertretern der EZB, des Ecofin-Rates, der Kommission und der europäischen Sozialpartner könne, so DGB-Vorstand Heinz Putzhammer, nur dann erfolgen, „wenn alle Beteiligten sicher sind, dass keine Vorgaben für das Handeln des jeweilig anderen Akteurs gemacht werden.“ So seien für die Gewerkschaften Lohnleitlinien ebenso wenig akzeptabel wie für die EZB die Entwicklung von Zinsleitlinien. Alle Beteiligten sollten aber bereit sein, so Putzhammer, „ihr jeweiliges Handeln im Hinblick auf die Ziele hoher Beschäftigungsstandard und Preisstabilität auf den Prüfstand zu stellen.“

Die makroökonomische Koordinierung auf EU-Ebene („Kölner Prozess“) ist aber nur ein Teil des deutschen Vorschlages für einen Europäischen Beschäftigungspakt. Er soll die auf dem Luxemburger Beschäftigungsgipfel vom Dezember 1997 verabredete gemeinsame Beschäftigungsstrategie („Luxemburger Prozess“) sowie die in Cardiff im Juni 1998 initiierten Strukturreformen zur Förderung des Wettbewerbs im Binnenmarkt („Cardiff-Prozess“) ergänzen.

Das Echo auf dieses „Drei-Säulen-Modell“ (siehe Grafik) ist durchgängig positiv – sowohl beim Europäischen Arbeitgeberverband UNICE als auch beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Die Sozialpartner haben vereinbart, in der nächsten Sitzung des Ausschusses Sozialer Dialog am 19. Mai über eine gemeinsame Erklärung zum Pakt zu beraten. Am 25. Mai wollen die Räte der Arbeits- und Sozialminister sowie der Wirtschafts- und Finanzminister die Vorlage für Köln verabschieden. Es scheint, als hätte der Europäische Beschäftigungspakt und auch der Kölner Prozess die entscheidenden Hürden schon überwunden. •

Der Amsterdamer Vertrag vom Juni 1997 hat die Grundlage für eine gemeinsame Beschäftigungsstrategie geschaffen. Auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg im November 1997 wurden dazu erstmals 19 Leitlinien für eine verstärkte Koordinierung der nationalen Beschäftigungspolitiken verabschiedet. Diese Leitlinien werden alljährlich vom EU-Rat beschlossen und müssen von den Mitgliedsstaaten in ihre Beschäftigungspolitik miteinbezogen werden. Jeder Mitgliedsstaat muss jährlich einen Bericht, den sogenannten Nationalen Aktionsplan über die wichtigsten Maßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien abgeben. Neben dem Europäischen Beschäftigungspakt werden die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Köln am 4./5. Juni u. a. auch eine neue Strategie für die Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme der EU für Jugendliche („Jugend und Europa – Unsere Zukunft“) diskutieren. Zudem ist vorgesehen, eine erste Bilanz der nationalen Aktionspläne 1999 zu ziehen.

Das „Drei-Säulen-Modell“



DGB einblick / Nachdruck frei



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Fax-Abruf

0211 / 43 01 659

DGB-Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan für 1999 (Auszüge)

0211 / 43 01 655

Das „Drei-Säulen-Modell“:
Der Europäische Beschäftigungspakt



DGB Bildungszentrum Hattingen

Bestandsaufnahme zum 50. Geburtstag

ren bis zur Arbeit im kommenden Jahrtausend.

Während Dokumentarfilm und Diskussion mit Zeitzeugen die TeilnehmerInnen in die Anfänge der DGB-Bildungsarbeit zurückversetzen, wagen Fachleute aus Wissenschaft und Praxis Prognosen über Arbeit und Gewerkschaftsaufgaben der Zukunft.

So umfassend wie das Thema der Veranstaltung vom 31. Mai bis 2. Juni in Hattingen ist, so weit gefasst ist auch ihr Titel: „Gewerkschaftliche Bildung im Übergang zur Informationsgesellschaft: Zwischen betriebs- und funktionsorientiertem Kerngeschäft und politischem Diskurs“.

*Infos und Anmeldung:
Tel.: 023 24/5080*

Das DGB Bildungszentrum Hattingen feiert in diesem Jahr seinen 50. Geburtstag. Zu diesem Anlass will die Einrichtung in einem Seminar einen weiten Bogen spannen: von der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in den Nachkriegsjah-

lernen. Mit einem Faltblatt will die IG Metall junge Frauen für zukunfts- und technikorienteerte Berufe interessieren. „Junge Frauen – Lust auf Technik“ gibt es in allen IG Metall-Verwaltungsstellen.

DGB Bildungswerk

Psycho-Stress abbauen

„Psychische Belastungen aufdecken – Wege zur Entlastung entdecken“ ist Thema eines Seminars zur betrieblichen Gesundheitsförderung von DGB Bildungswerk, Hans-Böckler-Stiftung und Präventionsnetzwerk PräNet. Auf dem Programm stehen vom 29. August bis 1. September im DGB Bildungszentrum Niederpöcking auch Entspannungsübungen.

*Infos und Anmeldung:
Fax: 0211/43 01 500*

Multimedia

Arbeiten im Call Center

Harter Wettbewerb in der Call Center-Branche setzt Anbieter unter Druck: Rationalisierung und ungesicherte Beschäftigung sind die Folge. Eine umfassende Handlungsanleitung zu humanen Arbeitsbedingungen bietet die Tagungsdokumentation „Arbeiten im Call Center“ vom Kooperationsbüro Multimedia und Arbeitswelt von DPG, HBV und IG Medien.

*Gratis-Einzelexemplare: DPG
Fax: 069/66 95 25 44
Ab vier Exemplaren (je 5 DM):
Kooperationsbüro
Fax: 069/66 95 32 32*

Datenschützern und staatlicher Verwaltung soll dem Siegel zu internationaler Bedeutung verhelfen.

*Infos: www.quid.de
Tel.: 069/66 95 95 95*

WSI

Perspektiven für Ältere

„Arbeitsgestaltung, berufliche Perspektiven und soziale Sicherung für ältere Angestellte“ lautet der Titel einer Tagungsdokumentation von WSI und DGB-Angestelltensekretariat.

*DGB-Angestelltensekretariat
Fax: 0211/43 01 538*

DGB Bildungswerk

Job-Knüller Umweltschutz

Kann Umweltschutz Arbeitsplätze schaffen? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Seminars „Beschäftigung und Umweltschutz“ vom 5. bis 9. September in den Niederlanden. Veranstalter sind das DGB Bildungswerk, der niederländische FNV und der Verband für die europaweite Ausbildung von Arbeitnehmern in der Wirkung neuer Technologien (AFETT).

*Infos und Anmeldung:
AFETT-Sekretariat, Brüssel
Tel.: 0032/2/224 05 18
Fax: 0032/2/224 05 20*

IG Metall-Faltblatt

Junge Frauen: Lust auf Technik

Wenn Mädchen Lust auf Technik haben, sollten sie nicht davor zurückschrecken, einen bisher von Männern dominierten Beruf zu er-



Fachtagung in Berlin

„Für Europa lernen“

„Zukunft der Arbeit, Zukunft der beruflichen Bildung. Für Europa lernen“ ist der Titel eines Fachkongresses in Berlin. Die Veranstaltung am 7. und 8. Juni im Haus am Köllnischen Park wird organisiert von der Berliner Senatsverwaltung.

*Tel.: 030/3 99 98 567
Fax: 030/3 99 98 540*

Gütesiegel

Neuer Standard für Datenschutz

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) entwickelt zusammen mit der Fachhochschule Frankfurt/M. ein Gütesiegel für betrieblichen Datenschutz. Das Projekt wurde „quid!“ getauft und steht für „Qualität im betrieblichen Datenschutz“. Es soll die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben garantieren und Verwaltungsabläufe vereinfachen. Internationale Zusammenarbeit von Unternehmen, Verbänden,

DGB-Jugend

Interkulturell lernen

Wie Auszubildende verschiedener Nationalitäten in Berufsschule und Betrieb von- und miteinander lernen können, zeigt die Handreichung „Interkulturelles Lernen in der beruflichen Ausbildung“. Das Heft ist entstanden aus einem zwei-

jährigen Projekt von DGB-Jugend und dem Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft (IDA).

*Bestellungen:
Fax: 0211/43 01 134*

DGB Bildungswerk

Praxiserprobte Arbeitszeiten

Arbeitszeitmodelle stehen bei einer Fachtagung im Berliner Bildungs- und Begegnungszentrum der ÖTV auf dem Prüfstand. Unter dem Titel „Jahresarbeitszeit – Jahresentgelt – ein Widerspruch?“ werden praxiserprobte Lösungen vorgestellt. Das Seminar vom 30. Mai bis 2. Juni wird vom DGB Bildungswerk organisiert.

Fax: 0211/43 01 500

POLITIK AKTUELL

Mitgliederbefragung der IG Metall

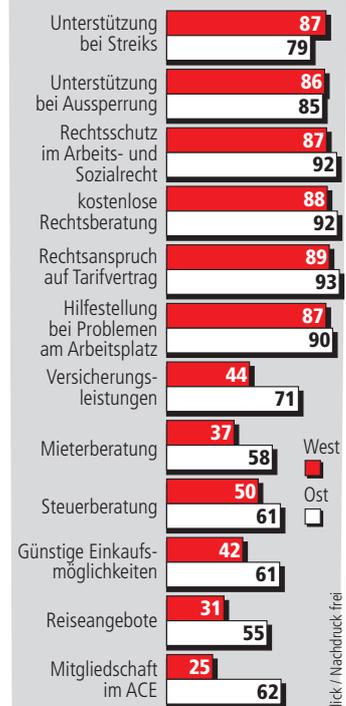
Zuwachs durch Flexibilität

700 000 Arbeitsplätze gehen laut Prognos AG in den nächsten zehn Jahren in der Metall- und Textilindustrie verloren. Damit dieser Arbeitsplatzabbau keine Schwächung der IG Metall nach sich zieht, will die Gewerkschaft neue Mitglieder werben. Mehr Flexibilität könnte ihr helfen.

Mehr als 1800 Mitglieder, Ex- und Nichtmitglieder hat das Münchener Polis-Institut im Auftrag der IG Metall befragt. Die Werte, die sie dabei ermittelt hat, sind nicht schlecht: Gut 80 Prozent der IG Metall-Mitglieder sind mit ihrer Gewerkschaft „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. 52 Prozent der Unorganisierten in den alten Ländern sehen das genauso, im Osten sogar 58 Prozent. Diese Zahlen müssten „geradezu elektrisieren“, meint IG Metall-Vorsitzender Klaus

Kaum mehr Attraktivität durch Zusatzangebote

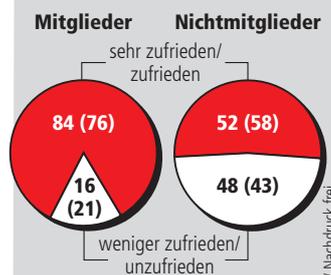
Welche Leistungen einer Gewerkschaft sind für Nichtmitglieder wichtig? (in Prozent)



Auch Nichtmitgliedern halten die politischen Aufgaben der Gewerkschaften für wichtiger als Serviceangebote. Durch deren Ausweitung lässt sich die Attraktivität der IG Metall nur begrenzt steigern.

Angesehen auch bei Nichtmitgliedern

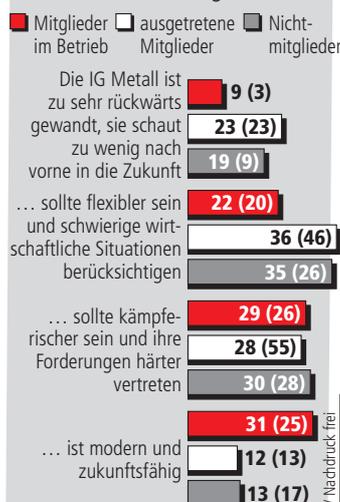
Wie beurteilen Sie die Politik der IG Metall? (Zustimmung in Prozent)*



Die IG Metall genießt nicht nur unter ihren Mitgliedern hohes Ansehen: Im Westen beurteilen 52 Prozent der Nichtmitglieder ihre Politik positiv, im Osten sogar 58 Prozent.

Kompromissfähigkeit vermisst

Wie beurteilen Mitglieder und Nichtmitglieder die Zukunftsfähigkeit der IG Metall? (Zustimmung in Prozent)*



Trotz generell hoher Zustimmung zur Politik der IG Metall gibt es auch Kritik aus den eigenen Reihen: Viele Mitglieder wünschen sich eine flexiblere Gewerkschaft.

Keine Kampfmaschine

„Nach Vorstellungen unsere Mitglieder hat die IG Metall Defizite bei der Modernität, Dynamik, Flexibilität und Offenheit für neue Ideen. Die selben Mitglieder sagen gleichzeitig, dass sie stolz sind auf ihre Gewerkschaft und dass die politische Richtung stimmt.“

„Besonders auffällig ist, dass unsere Mitglieder einen starken Wunsch nach Konsens haben und von ihrer Gewerkschaft eine entsprechende Politik erwarten. Sie wollen die IG Metall als Gegenmacht. Aber sie wollen keine Kampfmaschine. Im Gegenteil: die IG Metall soll auch Kompromissfähig sein und sie soll ohne Vorbedingungen gemeinsam mit den Unternehmen nach Wegen aus der Krise suchen.“

„Für mich war neu, dass die Mitglieder uns nicht nur eine hohe Kompetenz in den Kernaufgaben einer Gewerkschaft, also der Tarifpolitik, dem Rechtsschutz und der politischen Interessenvertretung, zubilligen, sondern weitere Angebote entweder für unwichtig halten oder sogar befürchten, dass wir uns dadurch verzetteln.“

IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel zu den Ergebnissen der Polis-Befragung über Erwartungen von Mitgliedern, ausgetretenen Mitgliedern und Nichtmitgliedern an die IG Metall

kurz & bündig



Die IG BCE und die französische Gewerkschaft Fédération Chimie-Énergie CFDT haben in Paris eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Beide Gewerkschaften wollen künftig bei europäischen Betriebsräten, länderübergreifenden Tarifverträgen, Seminaren und der Mitgliederbetreuung stärker zusammenarbeiten.



Die IG BAU und Greenpeace haben ein gemeinsames Projekt „Das Plus für Arbeit und Umwelt“ gestartet. Es soll Wohnungsbaunehmen einen Anreiz zur umweltfreundlichen Altbau-sanierung geben. Energiesparende Wohnungen sollen mit einem Gütesiegel ausgezeichnet werden.



Die europäischen Gewerkschaften im Lebensmittel-, Hotel- und Gaststättengewerbe wollen künftig ihre Mitglieder gegenseitig anerkennen. Ziel ist die Betreuung der Mitglieder, die befristet in anderen EU-Ländern eingesetzt werden.



Nach den DGB-Beschäftigten erhalten auch die der DGB Rechtsschutz GmbH höhere Gehälter: für 1999 gibt es ab April drei Prozent mehr, für Januar bis April 2000 ein weiteres Prozent. Das hat die HBV bei den Tarifverhandlungen durchgesetzt. Bei Neuanstellungen gelten allerdings während der ersten zwei Jahre abgesenkte Eingangstarife. Das Ergebnis bedarf noch der Zustimmung der Gremien.

Gewerkschaftstag der GEW

Ende der Lehrgewerkschaft

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will sich von Grund auf ändern: Die Organisations- und Finanzstrukturen sollen überprüft, das Verhältnis zwischen haupt- und ehrenamtlicher Arbeit neu bestimmt und die Interessenvertretung im außerschulischen Bereich gestärkt werden. Aus der Lehrgewerkschaft soll eine Bildungsgewerkschaft werden, die die Interessen aller im Bildungs-bereich Beschäftigten vertritt. Erste Entscheidungen sollen auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 18./19. Mai in Würzburg fallen.

Vorausgegangen ist dem Gewerkschaftstag eine zweijährige,

zeitweise heftig geführte Diskussion über die Beteiligung der GEW an der neuen Dienstleistungsgewerkschaft. Erst auf massiven Druck mehrerer Landesverbände hatte der Hauptvorstand der GEW im September 1998 beschlossen, seine Teilnahme an der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft „vorläufig“ auszusetzen.

Die jetzigen Reformvorschläge sollen vor allem die Handlungsfähigkeit der GEW im außerschulischen Bereich stärken. Hier sind gut 80 000 der 289 000 GEW-Mitglieder organisiert.

Entscheiden müssen die Delegierten auch über den bildungspolitischen Kurs der GEW. Auf

wenig Zustimmung dürfte bei der Mehrheit das im vergangenen Jahr vom Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung vorgelegte Bildungsgutachten stoßen – trotz seiner Initiatoren, zu denen nicht nur der ehemalige GEW-Vorsitzende Dieter Wunder zählt, sondern auch dessen Nachfolgerin Eva-Maria Stange. Kritisiert wird in der GEW vor allem die Forderung, das Verhältnis zwischen privater und öffentlicher Finanzierung von Bildung neu zu bestimmen. Kritiker sehen hierin eine „Privatisierung“ der Bildungskosten. Die Vorschläge seien „nicht geeignet, die Probleme einer sozial gerechten Bildungsfinanzierung zu lösen“, heißt es im Leitantrag für den Kongress. Die GEW soll ein eigenständiges Konzept zur Bildungsfinanzierung entwickeln. ●

ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service

Mit Rabatten Mitglieder locken

312 688 Mitglieder haben die DGB-Gewerkschaften 1998 verloren. Immer mehr Gewerkschaften setzen deshalb auf einen Zusatznutzen für die Mitglieder. Den bislang konsequentesten Weg geht die ÖTV. Seit Anfang April bieten unter dem Namen „ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service“ zwei eigens gegründete Dienstleistungsagenturen spezielle Versicherungspakete und Einkaufsrabatte an.

Die Idee, die Marktmacht der gut 8,3 Millionen DGB-Mitglieder zu bündeln, ist nicht neu. Auch andere Gewerkschaften organisieren Reisen zu Sonderpreisen oder vermitteln ihren Mitgliedern, wie die DPG, Handys und Autos zu Sonderkonditionen oder stellen spezielle Versicherungsangebote bereit. Neu an dem ÖTV-Konzept ist dagegen der Umfang des Service-Angebots und dessen rechtliche Konstruktion: Die ÖTV tritt nur als Ideengeberin auf. Durch einen „Marktbeirat“ soll sichergestellt werden, dass unter dem Label „ÖTV“ nur Produkte

oder Dienstleistungen angeboten werden, die im Vergleich mit frei auf dem Markt erhältlichen Produkten „besser abschneiden“ und „den politischen Zielen, Aufgaben und Werten der ÖTV nicht widersprechen“. Die ÖTV tritt jedoch nicht selbst als Unternehmen auf. Anbieter des „ÖTV-Mitglieder-

Vorteil-Service“ sind statt dessen die „ÖTV-Service GmbH für Dienstleistungen“ und die „ÖTV Dienstleistungs GmbH für Waren und Touristik“. Gesellschafter sind die Bausparkasse BHW, die Versicherungsunternehmen DBV-Winterthur und Volksfürsorge, das Dienstleistungsunternehmen Europlus sowie die Reiseunternehmen Hapag-Lloyd und DGB-Reisen. Sie entwickeln Dienstleistungsangebote, von der „ÖTV-Hausratsversicherung“ über eine private „ÖTV-Rentenversicherung“ bis zum „Einkaufsvorteilsservice“, die nur ÖTV-Mitgliedern und ihren Familien offenstehen. Bei der Produktentwicklung hat die ÖTV „ein Vetorecht“, so Willi Mück, Geschäftsführer der „ÖTV Service GmbH für Dienstleistungen“, aber sie erhält keine Lizenzgebühren: „Der Vorteil geht an die Mitglieder, nicht an die ÖTV“.

Durch die Trennung von ÖTV und Service-Gesellschaft liegt das wirtschaftliche Risiko bei den beteiligten Unternehmen. Für die ÖTV bleiben die Kernaufgaben einer Gewerkschaft im Vordergrund: die Interessenvertretung gegenüber Arbeitgebern und Politik. ●



„Angebote vom Feinsten“ mit dieser Botschaft will der „ÖTV Mitglieder-Vorteil-Service“ die Bindung an die Gewerkschaft stärken

Widerstand gegen den Kosovo-Krieg

Endlich wieder Politik machen



Frank Spieth, 52, Landesbezirksvorsitzender des DGB in Thüringen, fordert von den Gewerkschaften, ihre Kritik am Kosovo-Krieg nicht aus falscher Rücksichtnahme gegenüber der Bundesregierung zu verschweigen.

Der DGB Landesbezirksvorstand Thüringen hat am 7. April eine **eindeutige Aussage zum Krieg in Jugoslawien** getroffen: „Frieden schaffen ohne Waffen“. Diese Erklärung wendet sich an alle Kriegsparteien. Von der eigenen Regierung verlangen wir, dass sie sich für eine sofortige Beendigung des NATO-Kriegseinsatzes einsetzt; denn die NATO darf sich nicht zu einer „Weltpolizei“ aufschwingen und losgelöst von der

UNO, vom Völkerrecht und Grundgesetz agieren.

Alle Parteien im Kosovo-Konflikt haben wir aufgefordert, sofort die Feindseligkeiten zu stoppen und **an den Verhandlungstisch zurückzukehren**. Das Verhandlungsmandat soll der UNO und/oder der OSZE übertragen werden. Gleichzeitig sollte eine starke Beteiligung Russlands gewährleistet werden. Von den Serben fordern wir, den Kosovo-Albanern weitgehende Autonomierechte einzuräumen und verlangen dafür von den Kosovo-Albanern, ihre nationalistischen Bestrebungen aufzugeben.

Wir sind der Auffassung, dass beide Parteien die Waffen niederlegen und alles dafür tun müssen, ein friedliches Jugoslawien zu schaffen. Von den NATO-Staaten fordern wir, im Zusammenwirken mit der OSZE zivile und friedensschaffende Projekte in Jugoslawien zu installieren. Von Deutschland erwarten wir die **Aufnahme von Flüchtlingen unabhängig von Kontingenten**. An uns gerichtet haben wir die Aufforderung, für humanitäre Hilfsaktionen zu spenden.

Diese Positionen sind nach wie vor aktuell. Sie müssten aus meiner Sicht noch ergänzt werden um eine Forderung an uns als Gewerkschaften: Wir sollten mit **kritischen oppositionellen Kräften der Albaner und der Serben Kontakt aufnehmen**, insbesondere mit den oppositionellen Gewerkschaften. Mit ihnen sollten wir Überlegungen zum Aufbau eines demokratischen Jugoslawiens nach dem Krieg entwickeln. Aus meiner Sicht reicht es nicht aus, Erklärungen abzugeben und Spenden-

aufrufe zu verfassen. Es ist erforderlich, konkret zu helfen – so, wie wir auch in den 80er Jahren den KollegInnen der Solidarnosc in Polen geholfen haben.

Aus meiner Sicht ist Friedensengagement, das Engagement gegen Unrecht und Unterdrückung, **unteilbar**. 1981, als im DGB Bundesvorstand noch heftige Vorbehalte gegen die Friedensbewegung und deren Protest gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse bestanden, habe ich gemeinsam mit vielen anderen ähnlich konkret agiert wie heute. Mir ist gut in Erinnerung, dass mir untersagt wurde, in Fulda auf dem Domplatz als DGB-Vertreter gegen die NATO-Nachrüstung zu reden. Mir blieb nichts anderes übrig, als meine Rede als persönliche Meinungsäußerung zu deklarieren.

Erst 1982 ist der DGB auch offiziell in die Reihe der Kritiker des NATO-Doppelbeschlusses eingeschwenkt. Ich frage mich bis heute, ob dies nicht teilweise darauf zurückzuführen war, dass die damalige sozialliberale Koalition in Endzeitstimmung war und man deshalb nicht mehr soviel Rücksicht nehmen musste. Eine ähnliche Frage stellt sich heute wieder, wenn auch mit etwas anderem Akzent: Würden wir genauso regierungsgläubig agieren, wenn die konservativ-liberale Regierung regieren würde?

Ich will keinesfalls den Eindruck erwecken, dass ich das verbrecherische Regime von Milosevic verteidige; aber ich denke, dass wir eine kritische Bewertung der Politik der OSZE-Staaten bis zum 24. März vornehmen müssen. Dazu gehört auch eine kritische Bewertung des Rambouillet-Abkommens – es steht die Frage, ob dieses Abkommen nicht eigentlich ein Diktat war, das von einem souveränen Staat nicht akzeptiert werden kann. Gleiches gilt für die von Außenminister Fischer gemachten Vorschläge. Ich bin überzeugt, **dass eine Lösung mit Vorbedingungen** und die ultimative Forderung „Ergib dich oder wir bomben dich in die Steinzeit“ **keine Chancen für eine ernsthafte Friedensinitiative beinhaltet**.

Die Bombardements haben eindeutig das Gegenteil der ursprünglich vorgegebenen Ziele bewirkt. Sie müssen deshalb sofort gestoppt werden. **Und dann muß endlich wieder Politik gemacht werden**.

Die Rückkehr der Kosovo-Albaner wird nur mit den Serben realisierbar sein, nicht gegen diese. Wahrscheinlich auch nur mit und nicht gegen Milosevic. Ich halte es für unwichtig, angesichts des Dramas der Vertreibung und des Mordens, wer einen Gesichtsverlust hinnehmen muss. ●

Wachsender Widerstand

Kein anderes Thema hat die Mai-Kundgebungen so sehr beherrscht wie der Krieg im Kosovo.

Während DGB-Vorsitzender Dieter Schulte erklärte, erst müsse „das mörderische Treiben der serbischen Armee, aller Milizen und Sonderpolizisten aufhören“,

bevor es eine Pause bei den Nato-Luftangriffen geben könne, fordern nach der IG Metall auch Vertreter von HBV den „sofortigen Stopp des Bombardements“.

Ein dauerhafter Frieden auf dem Balkan sei nur über politische Lösungen möglich heißt es im Mai-Aufruf der HBV. Der Primat der Politik unter Federführung der UNO müsse wiederhergestellt werden. Der IG Medien-

Vorsitzender Detlef Henschel erinnerte daran, dass das Ziel der Nato, die Vertreibung im Kosovo zu verhindern, sechs Wochen nach Beginn der Luftangriffe „in weite Ferne gerückt“ sei.

Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der IG BAU, erklärte selbstkritisch, er habe nicht widersprochen, als die Entscheidung zum Angriff fiel. Jetzt frage er sich, ob „der Einsatz der Bomber nicht immer mehr zum Selbstzweck“ werde.



Im Faxabruf:

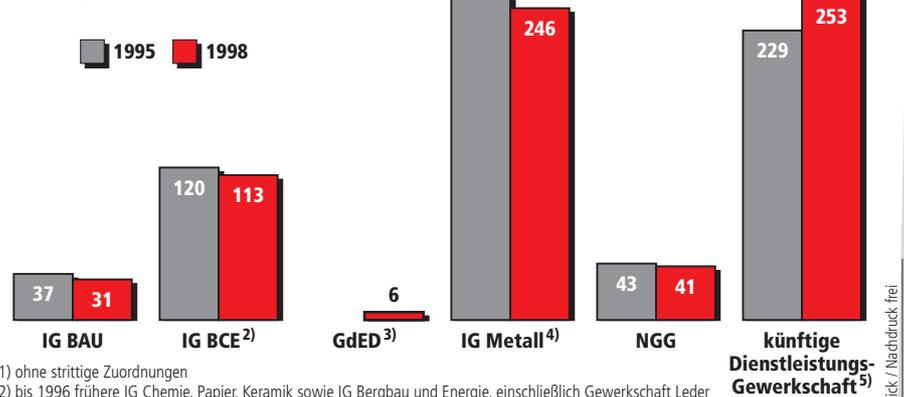
0211 / 43 01 685

*Einstellung des Nato-Bombardements
Auszüge aus der
Mai-Rede von Oskar
Lafontaine in Saarbrücken*

MITBESTIMMUNG: Dienstleistungsgewerkschaft vorn

1998 gab es 691 mitbestimmte Unternehmen, 18 weniger als drei Jahre zuvor. Während in den Industriegewerkschaften die Zahl der Unternehmen, die unter das Mitbestimmungsgesetz '76 fallen, von 444 auf 390 gesunken ist, stieg deren Zahl im Bereich der künftigen Dienstleistungsgewerkschaft von 229 auf 253. 1998 waren die DGB-Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich erstmals in mehr Aufsichtsräten vertreten als die IG Metall (246). Die DAG hatte Mitglieder in 161 Aufsichtsräten.

Zahl der mitbestimmten Unternehmen nach Organisationsbereich 1995-1998¹⁾



1) ohne strittige Zuordnungen
 2) bis 1996 frühere IG Chemie, Papier, Keramik sowie IG Bergbau und Energie, einschließlich Gewerkschaft Leder
 3) Wahl von Aufsichtsräten nach dem Mitbestimmungsgesetz '76 erst ab dem Wirksamwerden der Bahnreform
 4) einschließlich Gewerkschaft Textil-Bekleidung sowie Gewerkschaft Holz und Kunststoff
 5) jetziger Organisationsbereich der HBV, IG Medien, ÖTV und DPG, ohne DAG

Quelle: DGB Bundesvorstand; DAG

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

- **Bodo Ramelow**, 43, Landesvorsitzender der HBV in Thüringen, ist als Parteiloser zum männlichen Spitzenkandidaten der PDS für die Landtagswahl am 12. September gewählt worden. Ramelow will sein HBV-Amt am 5. Juni niederlegen.
- **Hanjo Lucassen**, 54, Landesbezirksvorsitzender des DGB in Sachsen, ist zum Mitglied der Wahlkampfmannschaft von SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz-Kunkel für die Landtagswahl in Sachsen berufen worden. Gewählt wird am 19. September.
- **Ulrich Thöne**, 47, Berufsschullehrer, ist am 3. Mai zum neuen Landesverbandsvorsitzenden der GEW in Berlin gewählt worden.

- Er löst **Erhard Laube**, 52, ab, der nach zehnjähriger hauptamtlicher Arbeit für die GEW in den Schuldienst zurückkehren will.
- **Eberhard Schönberg**, 46, Landesbezirksvorsitzender der GdP in Berlin, ist aus Protest gegen die Zustimmung der SPD zum „Freiwilligen Polizeidienst“, zusammen mit GdP-Vize **Uwe Hundt**, 45, und Kassierer **Karl-Heinz Dropmann**, 45, aus der SPD ausgetreten.
- **Wolfgang Römisch**, 47, bis 1993 beim DGB-Bundesvorstand, danach Bonns Sozial- und Kulturreferent bei der EU in Brüssel, ist seit Anfang des Jahres stellvertretender Pressesprecher der niedersächsischen Landesregierung.

14 TAGE

- 11.5.** EGB/AFL-CIO, Transatlantischer Gewerkschaftsdialog, Bonn
- 11.5.** Treffen der Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde der G-8-Staaten mit Bundeskanzler Schröder, Bonn
- 13.5.** Außerordentlicher Bundesparteitag von Bündnis 90/

- Die Grünen zum Krieg im Kosovo, Hagen
- 18./19.5.** Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Würzburg
- 23.5.** Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, Berlin

Schlusspunkt



„Endlich! Ausbildungsplätze für alle !!!
Die DGB-Jugend sagt: Schluß damit!“
 Postkarte der DGB-Jugend Thüringen gegen die wachsende Ausbildungslücke

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Karl-Heinz Stanzick **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Mit Sozialplänen Arbeitslosigkeit verhindern

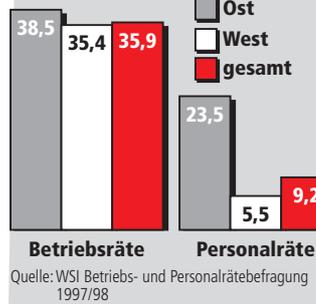
Brücken zum ersten Arbeitsmarkt

Sie ist nicht unumstritten – die Idee, bei Entlassungen statt Abfindung Geld für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen, um die Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Als die IG Bergbau, Chemie, Energie im vergangenen Jahr gemeinsam mit den Arbeitgebern das Konzept ihres „Transfer-Sozialplans“ präsentierte, erntete sie nicht nur Beifall. Inzwischen findet das Modell in anderen Branchen Nachahmer.

Wenn der Transfer aus der Arbeitslosigkeit funktionieren soll, müssen nicht nur die Beschäftigten umdenken, sondern auch die Unternehmen. 1998 hat der Lackkonzern BASF Coatings seine Produktion in Köln eingestellt. 180 Arbeitsplätze sollten wegfallen. Ein Teil der von Entlassung bedrohten ArbeitnehmerInnen ging in den Vorruhestand oder wechselte in andere Betriebe. Für die übrigen 42 MitarbeiterInnen gründete die Chemiefirma nach langwierigen Verhandlungen eine Personalentwicklungsgesellschaft. Die Firma wird es nur zwei Jahre geben. Die MitarbeiterInnen absolvieren ein Bewerbungstrai-

Sozialplan: in jedem dritten Betrieb

Betriebs- und Personalräte, die in den letzten fünf Jahren mit dem Thema Sozialplan beschäftigt waren (in Prozent)



35,9 Prozent aller Betriebs- und 9,2 Prozent aller Personalräte haben sich in den vergangenen Jahren mit Sozialplänen auseinandergesetzt.

ning, nehmen an Seminaren teil und machen Praktika, bevor sie eine endgültige Anstellung erhalten. Statt Abfindung bekommen sie Kurzarbeitergeld, das die BASF auf 90 Prozent des letzten Nettogehalts aufstockt. Noch wichtiger: Bei der Beratung und Vermittlung hilft eine Outplacement-Agentur, ein Service, der sonst Führungskräften vorbehalten ist.

Im IG Metall-Bereich wurde ein ähnliches Modell für die von Entlassung bedrohten MitarbeiterInnen der Nobilis Textil GmbH in Stadtlohn (NRW) vereinbart. 180 000 Mark Sozialplanmittel bringen die Beschäftigten in eine vom DGB-Bildungswerk getragene Qualifizierungsgesellschaft ein. Und im Bereich der GdED gibt es ein bahneigenes „Arbeitsamt“ mit 6000 Beschäftigten, die DB Arbeit GmbH. Damit die früheren Bundesbahnangestellten nicht nur geparkt werden, hat die GdED Ende Mai einen Tarifvertrag abgeschlossen. Er regelt nicht nur die Qualifizierung, sondern auch die Einsatzmöglichkeiten der früheren Bahnangestellten.

Ob Qualifizierungsgesellschaften eine Alternative zur Jobsuche auf dem Arbeitsmarkt sind, hängt von den Bedingungen ab. „Erst wenn alle tariflichen Instrumente wie Arbeitszeitflexibilisierung, Freizeitausgleich bei Mehrarbeit, Teilzeitarbeit und Altersteilzeit ausgeschöpft worden sind“, will IG Chemie-Vorsitzender Hubertus Schmoltd sie nutzen. Erfolgreich sei dieses Instrument nur, so Schmoltd Anfang Mai bei einer Veranstaltung der Bayer-Stiftung, wenn das beteiligte Unternehmen „die Idee mitträgt und das für die Umsetzung notwendige Know-how zur Verfügung stellt“.

Skeptisch ist Jörg Widemuth von der HBV. Tausende von Arbeitsplätzen werden in den nächsten Jahren im Bankensektor durch Fusionen und den Einsatz neuer Technologien wegfallen. Die Versuchung der Banken, Mitarbeiter ohne Abfindung in „als Qualifizierungsprojekt getarnte Dienstleistungsfirmen abzuschieben“, sei groß. ●

plusminusBONN

+ Gernot Erler, Markus Meckel, Angelica Schwall-Düren und Gert Weisskirchen (SPD) haben ihre FraktionskollegInnen aufgefordert, den sozialdemokratischen Solidaritätsfonds „Demokratisches Serbien“ zu unterstützen. Demokratische Opposition brauche „in repressiven Regimen“ Unterstützung von außen.

- Heinrich-Wilhelm Ronsöhr (CDU) ist gegen die Zertifizierung deutschen Holzes. Deutsche Wälder würden „schon immer“ nachhaltig bewirtschaftet. Die Zertifizierung würde nur Kosten verursachen und die nachhaltige Bewirtschaftung „eher gefährden“.

inhalt

Seite 3

Gesundheitsreform 2000

Der Interessenausgleich muss organisiert werden, sonst geht die Reform den Bach runter, warnt DGB-Sozialexperte Erich Standfest

Seite 5

Jede sechste Stelle weg

DGB, DAG und Gewerkschaften haben 2500 Stellen abgebaut

Seite 7

Gewerkschaften müssen Druck machen

Klaus Lang will die Schaffung von Arbeitsplätzen und mehr sozialer Gerechtigkeit wieder ins Zentrum des Bündnisses für Arbeit rücken



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.db-decision.de
Umfrage zum Wahlverhalten von Frauen in Europa



Im Faxabruf

0211 143 01 651
Niedriglohn als Beschäftigungschance?
Positionspapier des DGB

wie war die Woche?



Foto: Manfred Vollmer

Heinz Cholewa, 48, ist seit dem 1. März 1. Bevollmächtigter der IG Metall im niederrheinischen Bocholt. 6000 Textil-Beschäftigte machen die IG Metall-Verwaltungsstelle zur größten im Bereich des Textilhandwerks.

Turbulent und erfolgreich — zumindest zum Teil. Die Arbeit in unserer Verwaltungsstelle wird derzeit davon bestimmt, dass innerhalb kürzester Zeit zwei Textilunternehmen Schließungen oder Teilschließungen ankündigten. Im aktuellen Fall, einer Teilschließung der Nobilis Textil GmbH, konnten wir eine Qualifizierungsgesellschaft in die Sozialplangespräche einbringen und umsetzen. Die Unternehmensgruppe Daun & Cie. hat mitgespielt, Arbeitsamt, Landesregierung und die Europäische Union unterstützen das Projekt. Am Dienstag hat auch der Rat von Stadtlohn, dem Sitz von Nobilis, sein Versprechen wahrgemacht. 239 000 Mark wurden einstimmig für die Finanzierung der Sozialversicherungsabgaben für die knapp 50 Betroffenen bewil-

ligt, die am 1. Juli mit der Qualifizierung beginnen können. Denn die Qualifizierungsgespräche laufen bereits. Ein anderes Thema, bei dem es auch um Massenentlassungen ging, war die Firma Westfleisch in Coesfeld. Sie hat den Werkvertrag mit einem Unternehmen in unserem Arbeitsamtsbezirk gekündigt, um einen neuen Werkvertrag mit „Profleisch“ zu vereinbaren. „Profleisch“ heuerte für die Erfüllung des Vertrags 90 rumänische Werkvertragsarbeiter an. Der Tausch zu Lasten der deutschen Vollzeit- arbeiter war ein Grund, einen Brief an Walter Riestler zu schreiben. Das kann nicht der Sinn des Werkvertragsabkommens mit Rumänien sein.

Am Dienstag gab es noch ein Tagesseminar zum Thema Scheinselbständigkeit und 630-Mark-Gesetz. Da zeigte sich, dass der Weg korrekt ist. Wir hatten über 40 Teilnehmer. Die 630-Mark-Arbeitskräfte sind in der Textilbranche ein ganz heißes Thema. Mittwoch ging es um die Neuorganisation unserer Arbeit im Handwerk — abends führten wir die wöchentliche Anrufaktion bei Mitgliedern durch, die austreten wollen. „Warum Austritt? Was könnten wir besser machen?“ fragen wir. Und zwischen 40 und 50 Prozent ziehen ihren Austritt zurück.

geplant... → beschlossen

Am 1. Juni will der DGB-Bundesvorstand erste Entscheidungen über künftige Aufgaben und Strukturen des DGB fällen. Grundlage der Beratung ist die Beschreibung der „Zentralen Aufgaben des DGB“, die der Bundesvorstand bereits während der Klausur im Januar beraten hat (Fax-Abruf 0211 / 43 01 680). Entschieden werden soll außerdem über die Bildung von Regionen als dritter hauptamtlicher Ebene sowie über die Reduzierung der zur Zeit noch zwölf Landesbezirke. Nach der Entscheidung über Aufgaben und Strukturen will der DGB ein Anforderungsprofil für die im Rahmen der Neuausrichtung erforderlichen Stellen entwickeln.

Rentenversicherung

Beitrag bleibt unter 20 Prozent

Für das Jahr 2000 rechnet die gesetzliche Rentenversicherung noch mit einem Beitragssatz von 19,5 Prozent. Für die Jahre 2001 bis 2003 müsse von einem Anstieg auf 19,9 Prozent ausgegangen werden. Das berichtete der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Erich Standfest, anlässlich der VDR-Mitgliederversammlung in Bielefeld. Längerfristig könne der Beitragssatz nur dann unter 20 Prozent gehalten werden, wenn entweder der Rentenversicherung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt oder die Rentenausgaben vermindert würden. Weiter erklärte Standfest, dass die Sozialpartner in der Selbstverwaltung der Rentenversicherung — Arbeitgeberverbände, DAG und DGB — ein Diskussionspapier zur Organisationsreform der Rentenversicherung vorgelegt haben. Nach ihrer Auffassung

müssten aus dem einheitlichen Beitrags- und Leistungsrecht für Arbeiter und Angestellte auch Konsequenzen für die Organisationsstruktur der Rentenversicherung gezogen werden. Notwendig sei eine flächendeckende, versicherten- nahe, dienstleistungsorientierte Struktur, in die alle Rentenversicherungsträger und der VDR integriert werden sollten. Beitrag und Leistung sollten künftig bundeseinheitlich gestaltet werden. ●

Arm & Reich

Rot-Grün will Jahresbericht

Die Bundesregierung soll ab 2001 regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen. Das fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Armutsberichterstattung in

Deutschland sei rückständig, eine offizielle Reichtumsberichterstattung fehle völlig. Der geforderte Bericht soll keine reine Datensammlung sein, sondern die Ursachen von Armut und Reichtum aufzeigen und Perspektiven zur Bekämpfung der Armut entwickeln. ●

Bertelsmann Stiftung

Netzwerk Beschäftigung

Auf Krisen flexibel reagieren, nicht MitarbeiterInnen entlassen — das ist das Ziel des von der Bertelsmann Stiftung gegründeten Netzwerks „Systematisches Beschäftigungsmanagement“. Damit will die Stiftung interessierten Unternehmen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch bieten. In vier Arbeitsgruppen zu den Themen Personalplanung, Personalentwicklung, Arbeitszeitmanagement und flexible Entgeltsysteme können je sechs bis neun TeilnehmerInnen ein Jahr lang an Problemlösungen ar-

beiten. Die Stiftung baut ihnen ein Diskussionsforum im Internet auf, vermittelt Paten- und Beratungsunternehmen. Grundlage des Netzwerks ist das von Bertelsmann herausgegebene Handbuch „Systematisches Beschäftigungsmanagement in der Praxis. Kosten senken — Beschäftigung sichern“. ●

Kindergärten

GEW fordert Gebührenfreiheit

Vor höheren Kindergartengebühren hat die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eva-Maria Stange, gewarnt. Kindergeld-Erhöhlungen seien bisher immer durch höhere Gebühren „abkassiert“ worden. Sinnvoll wäre es, im Zusammenhang mit der Neuordnung des Familien-Lastenausgleichs den Kindergartenbesuch völlig gebührenfrei zu stellen. In Deutschland werden laut dpa 6,5 Milliarden DM Kindergartengebühren entrichtet. ●

Wirtschaftlichkeitsreserven mobilisieren

■ Was sagt der DGB zum Arbeitsentwurf einer Gesundheitsreform?

■ Die Richtung stimmt, auch wenn man sicherlich noch Feinarbeit leisten muss. Er entspricht im wesentlichen dem, was der DGB seit Jahren fordert. Vor allem ist zu begrüßen, dass die Reform nicht die Patienten durch höhere Zuzahlungen belastet, sondern zentrale Problem-bereiche des Gesundheitswesens angeht.

■ Welche sind das?

■ Die fehlende Verzahnung im ambulanten Bereich, zwischen Haus- und Fachärzten, und die zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich. Der Entwurf sieht vor, dass Verträge über integrierte Versorgungsformen geschlossen werden können. Das zweite ist die strikte Ausgabenbegrenzung. Dazu ist die Einführung eines Globalbudgets geplant.

■ Budgets gibt es schon länger.

■ Ja, aber das waren Budgets für die einzelnen Sektoren – Arzneimittel, ambulante und stationäre Versorgung. Es gab bisher keine geeigneten Mittel, ihre Einhaltung zu kontrollieren. Die Budgetierung einzelner Sektoren zementiert zu dem vorhandene Strukturen.

■ Wer soll das Globalbudget überwachen?

■ Dazu hat der Entwurf Rahmenbedingungen formuliert, die Einzelheiten überlässt er den Krankenkassen. Im Prinzip gilt und sollte gelten, dass die Budgetverantwortung dort angesiedelt wird, wo die beitragsatzrelevanten Entscheidungen fallen.

■ Kritisiert wird, dass das Globalbudget zu einer stärkeren Bürokratisierung führt.

■ Nicht nur bei diesem Gesetzentwurf wird der Bürokratieworwurf vorgeschoben, weil man ein Vorhaben aus anderen Gründen ablehnt. Wenn von Ärzten und von anderen Leistungserbringern jetzt schon dieser Vorwurf erhoben

wird, geht es wohl eher um Eigeninteressen.

■ Als Teil der integrierten Versorgung sollen Praxisnetze zur Regelversorgung werden.

■ Als Modellversuche arbeiten einige Praxisnetze in der Bundesrepublik bereits recht erfolgreich. Die Ärzte in den Netzen sind ganz



Erich Standfest, 55, leitet die Abteilung Sozialpolitik beim DGB Bundesvorstand.

angetan, weil die Patientenbetreuung viel besser klappt.

■ Welchen Anreiz haben die Versicherten, sich von Praxisnetzen medizinisch betreuen zu lassen?

■ Bonus-Systeme sind überflüssig. Am ehesten wird man die Versicherten durch eine qualitativ bessere Versorgung überzeugen. Durch Praxisnetze lassen sich Behandlungsabläufe verbessern und Mehrfachuntersuchungen vermeiden. Mit der Stärkung der Hausärzte soll ein ähnlicher Effekt erzielt werden.

■ Mehr Qualität, weniger Kosten – die Kritiker bezweifeln, dass das mit dem Entwurf funktioniert.

■ Das Ministerium und die Regierungsfractionen haben als Hauptziele vereinbart, die Leistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit hochwertig zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Beiträge stabil zu halten. Dahinter steht die von uns geteilte Überzeugung, dass in fast allen Sektoren der Gesundheitsversor-

gung Wirtschaftlichkeitsreserven stecken. Sie sollen zugunsten verbesserter Qualität mobilisiert werden. Es soll weder mehr Geld ins System gepumpt, noch soll der Leistungskatalog extrem beschnitten werden. Der Arbeitsentwurf ist ein erster Ansatz für einen „dritten Weg“ in der gesetzlichen Krankenversicherung.

■ Was heißt das?

■ Die einen sagen, wir müssen die Leistungen auf ein Mindestmaß beschränken, um die Kosten nicht unendlich steigen zu lassen. Wenn die Versicherten Zusatzleistungen wollen, müssen sie extra bezahlen. Das wäre das Ende der solidarischen Krankenversicherung. Noch mehr Geld ins System zu stecken, ist aber auch unmöglich. Die Beitragssätze würden steigen. Wir wollen weder das eine noch das andere.

■ Eine Chance hat die Reform nur, wenn alle zusammenarbeiten.

■ Die größte Leistung der Gesundheitsministerin würde darin bestehen, die unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen. Gegen die Ärzte oder die Krankenkassen kann man Reformen nicht durchsetzen.

■ Gibt es da schon Ansätze?

■ Leider nicht. Ich finde auch schade, dass die Auseinandersetzung als Grabenkampf geführt wird. Der Interessenausgleich muss organisiert werden. Sonst geht die Reform den Bach runter.

■ Der Fahrplan für die Reform ist eng. Ist es realistisch, dass sie am 1. Januar 2000 in Kraft tritt?

■ Es gibt einen heilsamen Zwang: Wenn nichts passiert, steigen möglicherweise die Beitragssätze. Rot-Grün muss sich zusammenraufen und den Entwurf zügig überarbeiten. Wenn wir keine Strukturreform schaffen, müssen wir entweder die Patienten belasten oder Leistungen rationieren, und dann stellt sich die Systemfrage: Die solidarische Krankenversicherung stünde vor dem Aus. •

Kaum hatte die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer den Arbeitsentwurf zur Gesundheitsreform 2000 vorgelegt, hagelte es Kritik von Arbeitgebern, Lobbyisten und auch von SPD-Gesundheitspolitikern.

Unausgegoren, patientenfeindlich, bürokratisch: Besonders heftig sind die Vorwürfe der Leistungsanbieter.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung lehnt eine Begrenzung der Ausgaben im Gesundheitswesen grundsätzlich ab. Umstritten ist auch der Bereich der Krankenhausfinanzierung.

Die Länder wehren sich dagegen, dass ihnen Kompetenzen in der Krankenhausplanung entzogen werden sollen.

Die Krankenkassen haben dagegen der Regierung eine konstruktive Mitarbeit angeboten. Auch wenn einige Regelungen des Entwurfs unzureichend seien, besteht

„Aussicht auf eine Reform aus einem Guss“. Derzeit beraten die Koalitionsfraktionen über die strittigen Punkte. Geplant ist, dass der Referentenentwurf zum Gesetz Ende Juni vorliegt.



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Fax-Abwurf

0211/43 01 667

Langfassung des Interviews mit Erich Standfest zum Arbeitsentwurf für die Gesundheitsreform 2000

Bund-Verlag

Kittner auf CD-ROM

Die bewährte Textsammlung „Arbeits- und Sozialordnung“ des Arbeitsrechtlers Michael Kittner aus dem Bund-Verlag gibt's jetzt auch auf CD-ROM. Die bedienerfreundli-

che Software ermöglicht eine schnelle Suche in über 80 Gesetzestexten nach einzelnen sowie verknüpften Stichworten. Wie die Buchversion (24. Auflage) ist die CD-ROM auf dem neuesten Stand, sie erhält u.a. die rot-grünen Änderungen des Kündigungsschutz-, des Betriebsverfassungs- und des Entgeltfortzahlungsgesetzes sowie die neue Insolvenzordnung. Aktualisierungen erfolgen in Jahren starker Gesetzgebungsaktivitäten halbjährlich, ansonsten jährlich. •

Michael Kittner, Arbeits- und Sozialordnung, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 1999, 78 Mark (bei Abonnement von mindestens zwei Updates, je Update 49 Mark), ohne Fortsetzungsbezug 148 Mark.

IG Metall-Ratgeber

Arbeitsverträge unter der Lupe

Längst nicht alle Klauseln in Arbeitsverträgen sind rechtlich zulässig. Was in den Vereinbarungen stehen darf, soll oder muss, erklärt der „Ratgeber Arbeitsvertrag“ der IG Metall. •

*Bestellungen:
Tel.: 069/66 93 26 72
Fax: 069/66 93 28 70*

Alternativer EU-Gipfel

Gegen Krieg und Sozialabbau

Im Zeichen des Kosovo-Krieges wird der Alternative EU-Gipfel stehen, der im Vorfeld des offiziellen EU-Gipfels vom 26.5. bis 2.6. in Köln stattfindet. Wie bereits bei den Gipfeln in Cardiff und Amsterdam wollen soziale Bewegungen und Initiativen aus verschiedenen Ländern Alternativen zur EU-Politik entwickeln, Kontakte knüpfen und sich vernetzen. Auf Foren zu Themen wie Umwelt, Bildung, Frauenpolitik, oder Wirtschaft und Soziales werden sich die TeilnehmerInnen mit den Folgen neoliberaler Politik auseinandersetzen. Geplant ist u.a. ein Erwerbslosenparlament. Gegen Erwerbslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung starten bereits am 24. 5. von Brüssel und am 17.5. von Freiburg aus Euromärsche nach Köln, eine Fahrrad-Demo führt von Prag über Dresden in die Domstadt. Für den 29. 5. haben die Initiatoren zu einer Großdemo in Köln aufgerufen. Auch zum G 8-Gipfel wird es

einen Alternativen Weltwirtschaftsgipfel geben (16. - 18. Juni). •

*Bündnis Köln '99
Körnerstr. 69, 50823 Köln
Tel.: 0221/95 20 008
E-Mail: koeln@gmx.net
Internet: www.weedbonn.org*

Arbeit und Leben

Zukunftstagung

Vergangenheit und Zukunft politischer Bildung in Deutschland soll eine Fachtagung des Bundesarbeitskreises „Arbeit und Leben“ beleuchten. Das Seminar „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 50 Jahre politische Weiterbildung: Perspektiven für das 21. Jahrhundert“ am 8./9. Juni in Bonn ist zugleich Mitgliederversammlung des Vereins von DGB und VHS. •

*Tel.: 0211/43 46 86
Fax: 0211/43 95 93*

EIAB/TU Berlin

Spielregeln für Firmen

Welche Verträge regeln das Verhalten weltweit tätiger Firmen, wie können Regierung und Gewerkschaften auf sie Einfluss nehmen? Dies will die Tagung „Völkerrechtliche Rahmenregelungen für multinationale Unternehmen“ am 28. Mai in Berlin beantworten. Ausrichter sind das Europäische Institut für Arbeitsbeziehungen (EIAB) und die Kooperationsstelle Wissenschaft/Arbeitswelt an der TU Berlin. •

*Infos und Anmeldung:
Tel.: 0561/93 24 136
Fax: 0561/93 24 137*

Solidaritätsfonds

Für freie Information

Der Krieg in Jugoslawien zerstört Arbeitsgrundlage und Infrastruktur der unabhängigen Medien dort. Um Journalisten im Krisengebiet zu helfen, sammelt die IG Medien Spenden für den „Solidaritätsfonds demokratische Medien in der Welt e.V.“. Das Geld wird an Initiativen wie „Journalisten helfen Journalisten“ weitergeleitet und ist steuerlich absetzbar. •

*BfG Bank AG, Stuttgart
Stichwort „Jugoslawien“
Konto: 1 049 948 300
BLZ: 600 101 11*

Auto Club Europa

Primus in Pannenhilfe

„Das beste Preis-Leistungs-Verhältnis unter zehn Konkurrenten“ bescheinigt die Stiftung Warentest dem Auto Club Europa (ACE) in der Mai-Ausgabe von *Test*. Ausschlaggebend war neben der schnellen Pannenhilfe der günstige Jahresbeitrag von 87 Mark. •

*ACE-Info-Service
Schmidener Straße 233
70374 Stuttgart*

WSI-Tarifarchiv

Flexible Flächentarife

„Die Behauptung vom starren Flächentarifvertrag hat mit der tarifpolitischen Realität nichts zu tun.“ Zu diesem Fazit kommt eine Studie des WSI-Tarifarchivs, bei der Regelungen in rund 100 Tarifbereichen unter die Lupe genommen wurden. Überall, heißt es, bestünde die Möglichkeit, Tarifbestimmungen der jeweiligen Betriebssituation anzupassen. •

*Reinhard Bispinck, Das Märchen vom starren Flächentarifvertrag, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 37, 10 Mark.
Tel.: 0211/77 78 150
Fax: 0211/77 78 250*

Auch in den Betrieben kämpfen Gewerkschafter um den Erhalt des Flächentarifvertrags. Einen solchen Arbeitskampf hat die IG Medien in einem Taschenbuch dokumentiert. Nacherzählt wird der Streik in einer Druckerei in Schwäbisch Hall vom Sommer 1997. Die Dokumentation kostet 10 Mark. Bestellungen: IG Medien, Bezirk Heilbronn, Tel.: 0 71 31 18 33 25, Fax: 0 71 31 199 36 56



Arbeitsmarkt Gewerkschaft

Jede sechste Stelle weg

2446 Arbeitsplätze haben die Gewerkschaften in den letzten fünf Jahren abgebaut. Der Personalabbau soll die laufenden Ausgaben an die durch den Mitgliederrückgang gesunkenen Einnahmen anpassen. In der Öffentlichkeit hat der Stellenabbau den Gewerkschaften den Vorwurf eingehandelt, selber „Jobkiller“ zu sein.

Den stärksten Personalabbau gab es bei der ÖTV (850 Stellen bis Mai 1999), der IG Metall (636 Stellen einschließlich GTB) sowie beim DGB (613 Stellen). Während es zum Beispiel beim DGB und bei der HBV auch betriebsbedingte Kündigungen gab, wurde der Abbau bei der IG Metall durch Altersfluktuation, Vorruhestand sowie durch Anwendung eines bereits 1995 geschlossenen Interessenausgleichs erreicht. Betriebsbedingte Kündi-

gungen „spielten mit Ausnahme der Schließung der beiden Ferioteils (1994 und 1995) keine Rolle“, so Rainer Gröbel, Leiter der Abteilung Personal der IG Metall. Auch die ÖTV hat ihr Ziel durch „umfangreiche Versetzungen, die Ausweitung von Teilzeitstellen“ sowie einen „sozialverträglichen Übergang in die Rente“, aber „unter Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen“ erreicht, betont Udo Buchholz, Personalverantwortlicher der ÖTV.

Auch in den meisten anderen Gewerkschaften sind die Beschäftigten überwiegend über Abfindungen und Vorruhestandsregelungen ausgeschieden. Bei den IG Medien gilt das für 60 von 80 abgebauten Stellen; bei der GHK wollen sogar 79 der 83 Beschäftigten, die in diesem Jahr nicht zur IG Metall übergehen werden, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Eine besondere Rolle spielt bei der Personalanpassung die Altersteilzeit.

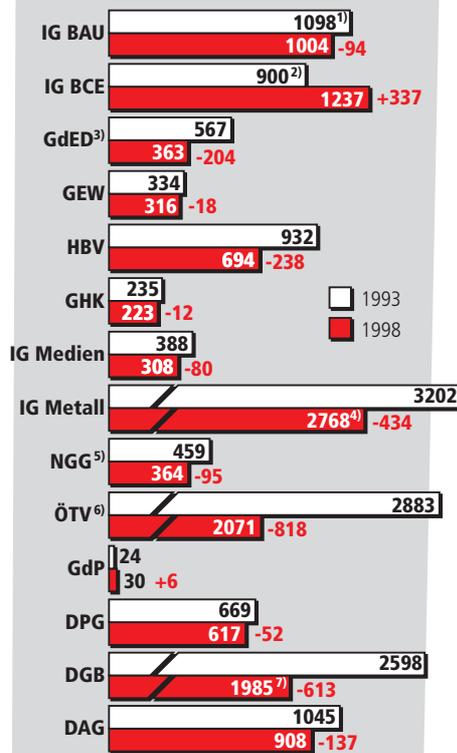
Vorreiter ist hier unter den Gewerkschaften die IG BAU, die bereits zum 1. Januar 1998 eine entsprechende Betriebsvereinbarung in Kraft gesetzt hat, nach der das Altersteilzeitentgelt auf 80 Prozent angehoben und die Rente aufgestockt wird sowie die Zahlungen an die Unterstützungskasse (UK) unangetastet bleibt. 120

Beschäftigte haben inzwischen bei der IG BAU Altersteilzeit beantragt. „Die Konditionen regen an, sie in Anspruch zu nehmen“, so Wolfgang-Peter Müller, Referatsleiter der Abteilung Personal der IG BAU.

Neben dem DGB haben auch andere Gewerkschaften inzwischen eine Altersteilzeitvereinbarung. Jüngste Beispiele sind die ÖTV und die IG BCE, für deren erst im April abgeschlossene Betriebsvereinbarung das IG BAU-Modell Pate stand. •

2500 Stellen abgebaut

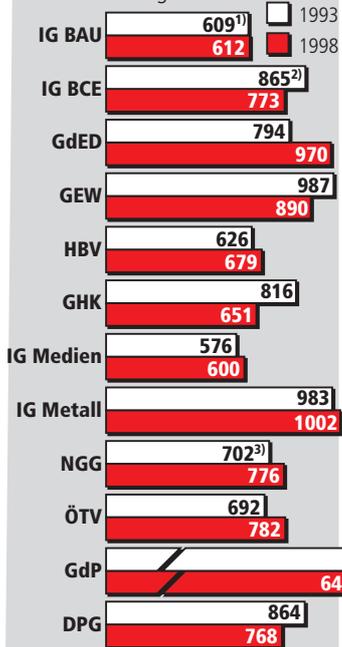
Personalentwicklung bei den Gewerkschaften 1993-1998



1) IG Bau-Steine-Erden, ohne Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten
 2) IG Chemie-Papier-Keramik, ohne IG Bergbau und Energie sowie Gewerkschaft Leder
 3) einschließlich Tochterunternehmen
 4) einschließlich der 202 Beschäftigten der ehemaligen Gewerkschaft Textil-Bekleidung
 5) Als einzige Gewerkschaft hat die NGG keine Daten zur Verfügung gestellt; die Zahlen entstammen *Impulse* 2/99; der tatsächliche Personalabbau ist größer als hier angegeben: statt 1993 wurde das Jahr 1995 zu Grunde gelegt
 6) Vollzeitstellen, entsprechen 2400 Beschäftigten
 7) Beschäftigtenzahl vor Ausgliederung des Rechtsschutzes Beschäftigtenzahl ohne Rechtsschutz: 1004
 Quelle: Gewerkschaften, DGB, DAG

Ressourcen konzentriert

Wieviele Mitglieder betreut ein Gewerkschaftsangehender?



1) IG Bau-Steine-Erden, ohne Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten
 2) IG Chemie-Papier-Keramik, ohne IG Bergbau und Energie sowie Gewerkschaft Leder
 3) Quelle: *Impulse* 2/99; Stand: 1995
 Quelle: Gewerkschaften, DGB, DAG

Zum Teil haben die Gewerkschaften überproportional zum Mitgliederrückgang Personal abgebaut. Eine Sonderrolle spielt die IG BCE, die 1997 relativ mehr MitarbeiterInnen als Mitglieder von der IG Bergbau und Energie übernommen hat.

Druck durch Fusionen

Der Zusammenschluss von Gewerkschaften hat den Handlungsdruck in den letzten Jahren noch erhöht. Funktionen sind doppelt besetzt, Standorte werden zusammengelegt. Hinzu kommen spezifische Probleme:

✳ Bei der Fusion von IG Chemie und IG Bergbau und Energie sind nicht nur „zwei Gewerkschaftskulturen“ aufeinander gestoßen, sondern auch zwei Apparate mit voll kommen unterschiedlichen Strukturen.

✳ Durch den Beitritt der Gewerkschaft Textil Bekleidung und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zur IG Metall sind etliche Funktionen dreifach besetzt: Während 1998 immerhin 202 ehemalige GTB-Beschäftigte bei der IG Metall eine Anstellung fanden, werden ihnen in diesen Jahr nur 138 der 223 Beschäftigten der GHK folgen.

✳ Bei der geplanten Gründung der neuen Dienstleistungsgewerkschaft sind etliche Funktionen sogar fünffach besetzt. Weil die Gründungsändernde Mehrheiten in allen fünf beteiligten Gewerkschaften braucht, hat die DAG frühzeitig einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen. Inzwischen haben die anderen ver.di-Gewerkschaften nachgezogen.

Noch ist nicht entschieden, wer bei ver.di arbeiten wird. Die fünf Gründungsgewerkschaften haben zur Zeit 4500 Beschäftigte.

kurz & bündig



ÖTV-Vorsitzender Herbert Mai will die Stromproduzenten gesetzlich verpflichten, acht Prozent ihrer Produktion aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Die von den Grünen geforderte Stilllegung von Atomkraftwerken vor 2002 bezeichnet er dagegen als „Illusion“.



Die IG Medien will „Freie Radios“ und „Offene Kanäle“ aufwerten. Eine gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung organisierte Tagung am 21./22. Oktober in Lage-Hörste soll die Perspektiven dieser „Dritten Säule der Medienlandschaft“ beleuchten.



Im neuen Outfit präsentiert sich im sechsten Jahr seines Erscheinens „Frau geht vor“, der Info-Brief der DGB-Abteilung Frauenpolitik. Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe: „Europawahl 1999: Frauen haben die Wahl!“
Bestellungen:
DGB-Bundesvorstand, Abt. Frauenpolitik, Hans-Böckler-Str.39, 40476 Düsseldorf



Stuttgarts IG Metall-Bevollmächtigter Jürgen Stamm hat den geplanten freiwilligen Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft für NS-ZwangsarbeiterInnen scharf kritisiert. Das „omnifonöse Fondsmodell“ sei ein „Placebo“. Stattdessen forderte Stamm eine Bundesstiftung zur Entschädigung der NS-Opfer.

Bündnis für Arbeit

Gewerkschafts-Offensive geplant

Mit ihren Austrittsdrohungen, Protesten und Forderungen haben die Arbeitgeber monatelang das Medien-Bild des Bündnisses für Arbeit beherrscht. Spätestens seit das Thema Subventionierung von Niedriglöhnen für Wirbel sorgt, sind die DGB-Gewerkschaften entschlossen, sich öffentlich wieder stärker Gehör zu verschaffen. Unmittelbar nach Pfingsten steht eine Gewerkschafts-Offensive im Rahmen des Bündnisses für Arbeit auf der Tagesordnung eines Treffens der PR-Fachleute im Düsseldorfer Hans-Böckler-Haus.

Intern und vor allem extern sollen die gewerkschaftlichen Themen in der Bündnis-Debatte in den Vordergrund geschoben werden. „Ausbildung für alle“ und die Arbeitsumverteilung mit den Elementen Überstundenabbau, Altersteilzeit, Rente mit 60 und Teilzeitarbeit bilden das Zentrum. Aufforderungen, ihre Öffentlichkeitsarbeit für ein erfolgreiches Bündnis zu verstärken, wird der Bundesvorstand Anfang Juni voraussichtlich an alle Mitgliedsgewerkschaften sowie an alle DGB-Ebenen richten. •

Tarifpolitische Tagung

Perspektive für Beschäftigung

„Gesellschaftspolitische Perspektiven für mehr Beschäftigung“ stehen im Mittelpunkt einer tarifpolitischen Tagung am 1./2. Juni in Düsseldorf. Ausrichter sind die Dienstleistungsgewerkschaften DAG, DPG, HBV, ÖTV und IG Medien. Zu Beschäftigung durch Refor-

men spricht Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Geplant sind außerdem Vorträge zu Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhnen, Tarif- und Verbandsflucht. •

Tel.: 0711 / 20 97 224
Fax: 0711 / 20 97 399

Aktion in Bonn

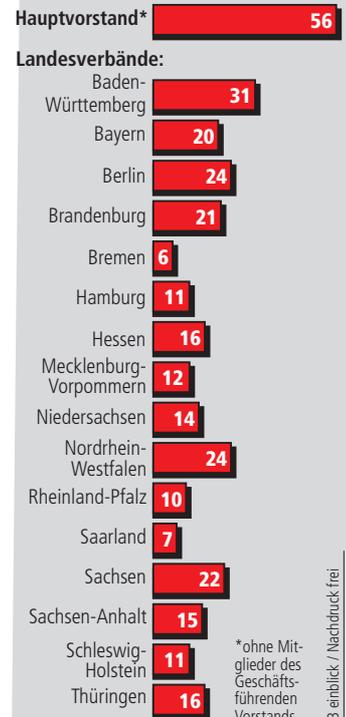
Schluss mit der Wackelpolitik

Ein ganz besonderes Präsent soll der SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder am 28. Mai in seinem Bonner Parteibüro erhalten: Jugendliche wollen dem Kanzler rote und grüne Wackelpuddinge überreichen. Motto der Aktion des süd-hessischen „Bündnis gegen Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit“, das von SchülerInnen und Gewerkschaftsjugendlichen getragen wird: „Schluss mit der Wackelpolitik!“ Anlass: Vor einem Jahr, am 28. Mai 1998, scheiterten im Bundestag die drei von den damaligen Oppositionsparteien SPD, Grüne und PDS eingebrachten Entwürfe für ein Ausbil-

dungsfinanzierungsgesetz. Ein Jahr später hat sich trotz Regierungswechsel an der Misere wenig verändert. Statt – wie noch als Opposition gefordert – ein Gesetz zur Umlagefinanzierung der Ausbildung einzubringen, hat Rot-Grün lediglich das 100 000-Jobs-Programm gestartet. Auch im Mai 1999 fehlen bundesweit weit über 200 000 Ausbildungsplätze. Die Jugendlichen wollen die Koalitionsparteien mit der Aktion an ihre Forderungen vor der Regierungsübernahme erinnern: „Was 1998 richtig war, kann 1999 nicht falsch sein. Sofortprogramme sind Notprogramme, aber keine nachhaltigen

Starke Landesverbände

Hauptamtliche MitarbeiterInnen der GEW



Quelle: GEW Hauptvorstand und Landesverbände

Die GEW will sich vorläufig nicht an der Dienstleistungsgewerkschaft beteiligen. Das hat der Gewerkschaftstag am 19. Mai bestätigt. Bis November soll der Vorstand ein Konzept vorlegen, wie die Zusammenarbeit von Landesverbänden und Vorstand verbessert werden kann.

DGB einblick / Nachdruck frei

Bündnis für Arbeit

Gewerkschaften müssen Druck machen

Sechs Monate nach dem Start des neuen Bündnisses für Arbeit ist es höchste Zeit, das **eigentliche Ziel des Bündnisses wieder ins Zentrum der öffentlich Diskussion** zu rücken: Mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze und größere soziale Gerechtigkeit. Es geht darum, **eine Strategie** zu verwirklichen, die **aus drei Bündeln** besteht: Arbeitsumverteilung und Arbeitszeitverkürzung, aktive Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung sowie Förderung von Investitionen und Innovationen.

Vor allem muss die **Ausbildungsplatzgarantie '99** stehen. Das ist eine zentrale Bewährungsprobe für das Bündnis für Arbeit. Wer hierzulande über Zukunfts- und Wettbewerbsicherung spricht, muss jedem Jugendlichen, der will, einen Ausbildungsplatz und zukunftssträchtige Ausbildungsberufe anbieten.

Das auf kurze Sicht wirksamste Mittel, Arbeitsplätze zu schaffen, ist nach wie vor die **andere Verteilung und Verkürzung der Arbeitszeit**. Das Bündnis für Arbeit muss hier rasch Projekte auf den Weg bringen: Alle Parteien können sich auf eine Kampagne verpflichten, Überstunden zu verringern und unvermeidbare Überstunden durch Freizeit auszugleichen. Die Tarifverträge müssten verbessert, die gesetzliche Höchstarbeitszeit könnte der tariflichen Realität angepasst werden. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit können ein Drittel der Überstunden abgebaut und ein weiteres Drittel durch Freizeit ausgeglichen werden. Das brächte insgesamt 600 000 Arbeitsplätze.

Ein anderer Punkt: Die Altersteilzeit kann gesetzlich und tariflich verbessert und das **Ausscheiden mit 60 ohne Rentenabschläge** über einen Tariffonds auf den Weg gebracht werden. Hier geht es um mehr als 1,5 Millionen Arbeitsplätze für jüngere ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose.

Schließlich muss eine Teilzeittoffensive gestartet werden, durch die 250 000 zusätzliche Arbeitsplätze angeboten werden können. Noch immer ist in Deutschland die **Nachfrage nach Teilzeitarbeit weit größer als das Angebot**. Auch hier könnten tarifliche Initiativen, etwa ein Recht auf Teilzeitarbeit, mit staatlichen Impulsen verzahnt werden, etwa wenn im Rahmen der Rentenreform Al-

tersarmut für Teilzeitbeschäftigte verhindert würde.

Das zweite Bündel umfasst aktive Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierung und öffentliche geförderte Beschäftigung. Hier muss nicht Beschäftigung, sondern **Qualifizierung für Geringqualifizierte an erster Stelle** stehen. Die Vorschläge für eine steuerfinanzierte Subvention der Sozialabgaben verbaut die Diskussion über Qualifikationsmöglichkeiten und -notwendigkeiten von registrierten Arbeitslosen und stiller Reserve. Erst am Ende dieser Rangfolge können auch Überlegungen zu gezielten Lohnsubventionen für bestimmte Zielgruppen oder Beschäftigungsbereiche ihren Platz haben. Hier könnte man auch über sozial vertretbare und tariflich geregelte Zeitarbeit reden, um Arbeitslosen leichter den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Statt über die steuerliche Nettoentlastung der Unternehmen muss gesprochen werden über Investitionen und Innovationsförderung im privaten und öffentlichen Sektor. Es gibt im Energie-, Umwelt- und Verkehrssektor, in der Weiterbildung, im Gesundheitssektor und Pflegebereich, im Bereich Information, Kommunikation und neue Medien Wachstums- und Beschäftigungspotenziale, die definiert und erschlossen werden müssen. Dazu dienen die Fach- und Themendialoge des Bündnisses für Arbeit, die allerdings sicher erst auf mittlere Sicht Ergebnisse bringen werden. In Deutschland, das mit Gütern und Dienstleistungen auf der Grundlage qualifizierter und produktiver Arbeit im internationalen Wettbewerb steht, sollte nicht die **Steuerfinanzierung von Sozialabgaben als Rezept gegen Arbeitslosigkeit**, sondern Investitionsprogramme in Milliardenhöhe empfohlen und umgesetzt werden.

Ob das neue Bündnis für Arbeit seine Ziele erreicht und dauerhafte Grundlage für einen neuen Beschäftigungs- und Sozialstaatskompromiss werden kann, wird sich erst Mitte der Legislaturperiode herausstellen. Aber erste Schritte müssen im Verlauf dieses Jahres sichtbar werden, ausgehend von der nächsten Bündnisrunde auf Spitzenebene Anfang Juli. Bis dahin müssen die Gewerkschaften auch **öffentlich für ihre unmittelbaren Forderungen Druck machen**, für die Ausbildungsplatzgarantie '99 und für eine Arbeitszeitpolitik, die rasch zu mehr Arbeitsplätzen führt. •



Foto: Jürgen Seidel

Klaus Lang, 55, ist Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender der IG Metall

Krach

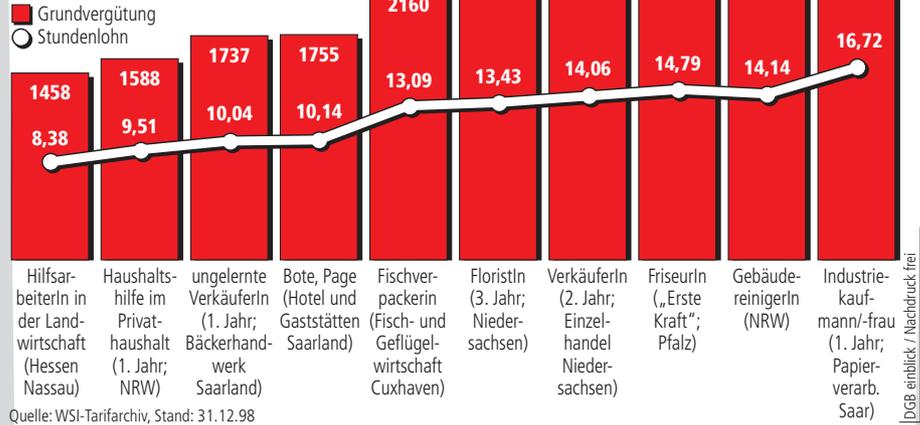
So schnell ist selten eine Idee von der Polit-Bühne verschwunden: Das von Kanzleramtsminister Bodo Hombach (SPD) favorisierte Modell der Subventionierung von Niedriglöhnen landete - kaum hatte es der SPIEGEL („Der Plan“) publiziert - prompt im Reißwolf. Schon anderntags war das Thema „erstmal ausgestanden“, so DGB-Chef Dieter Schulte.

Auch Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt fand an der „Subventionierung nach dem Gießkannenprinzip“ keinen Gefallen. Die Bündnis-Professoren Streeck (Köln) und Heinze (Bochum) hatten vorgeschlagen, dass der Staat die Sozialabgaben für Löhne bis 1500 DM ganz, bis 2800 DM zunehmend zahlt. Kommentar von Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD): „Nicht machbar“. Er und Bernhard Jago da, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, warnten vor den hohen Kosten derart subventionierter Niedriglöhne. Im Arbeitsministerium wird stattdessen überlegt, nur die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung von Ex-Langzeitarbeitslosen Geringqualifizierten und Sozialhilfeempfängern bis zur Lohnhöhe von 1575 oder 1890 DM zu bezuschussen. Ob das Thema Niedriglohnsektor beim dritten Spitzentreffen der Bündnis-Partner am 6. Juli eine Rolle spielen wird, ist fraglich. Die Gewerkschaften sind dagegen, die Arbeitgeber dafür.

Niedriglöhne: Arbeit ab 8,38 Mark die Stunde

„Deutschland droht zur Dienstleistungswüste zu verkommen, wenn die Tarifgehälter nicht deutlich gesenkt werden“ – mit solchen und ähnlichen Behauptungen wird die Forderung nach Niedrigsteinkommen unterhalb des jetzigen Tarifniveaus begründet. Wie niedrig für viele Menschen bereits heute die Einkommen sind, von den denen sie im Monat leben müssen, zeigt ein Blick ins Tarifarchiv des WSI. Arbeit gibt es in Deutschland ab 8,38 Mark die Stunde. Selbst nach einer Lehre gibt es oft kaum mehr.

Tätigkeiten mit niedriger tariflicher Grundvergütung in ausgewählten Bereichen in DM (in Klammern: Tarifgebiet)



personalien

••• **Anne Jenter**, 46, Grund- und Hauptschullehrerin, bislang stellvertretende Landesbezirksvorsitzende der GEW in Baden-Württemberg, ist am 8. Mai zur stellvertretenden Landesbezirksvorsitzenden des DGB in Baden-Württemberg gewählt worden. Sie folgt **Ruth Weckenmann**, 39, die Ende 1998 nach internen Auseinandersetzungen von ihrer Funktion zurückgetreten war.

••• **Andreas Braun**, 35, Referent für Europa und Internationale Politik beim Hauptvorstand der ÖTV, ist am 24. April zum Landesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg gewählt worden.

••• **Peter Berkessel**, 54, von 1995 bis 1998 Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft HBV, ist seit Anfang Mai Mitarbeiter des Rhein Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) der Universität Duisburg.

••• **Dr. Dorothee Bittscheid**, 56, Lehrbeauftragte für Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, von 1993 bis 1996 Staatssekretärin im schleswig-holsteinischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit, ist am 11. Mai zur Präsidentin der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg gewählt worden.

••• **Gudrun Pausewang**, 71, ist für ihr Buch „Hörst du den Fluß, Elin?“ mit dem Heinrich-Wolgast-Preis der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ausgezeichnet worden. Mit dem 1986 gestifteten Preis werden Jugendbücher zum Thema Arbeitswelt prämiert.

••• **Christian Paulsen**, 37, wird ab 1. Juli neuer Geschäftsführer der Bund-Verlag Gruppe, Frankfurt/Main. Er tritt die Nachfolge von **Karl-Heinz Stanzick**, 62, an, der in den Ruhestand geht. Paulsen war zuletzt als Prokurist der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG tätig und zuvor Leiter des Controlling der SAT 1 Satelliten Fernsehen GmbH.

14 TAGE

- 26.5.** Verhandlungen des Landesarbeitsgerichts NRW in Sachen Unterstützungskasse des DGB, Düsseldorf
- 27.5.** 50 Jahre Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Königswinter
- 3.6.** Außerordentliche Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Magdeburg
- 3./4.6.** Gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Forum der IG Metall, Bad Orb
- 4.6.** 1. gemeinsamer Frauentag der „ver.di“-Gewerkschaften, Magdeburg
- 6.6.** Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Karl-Heinz Stanzick **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Gut, dass Sie Lehrling sagen. Hätten Sie Auszubildender gesagt, hätten wir Streit gekriegt.“

Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) am 12. Mai im Radio Lausitz. Der Freistaat Sachsen will eine Bundesratsinitiative zur Verbannung des Begriffs „Auszubildender“ aus dem offiziellen Sprachgebrauch starten.

DGB zur Steuerreform

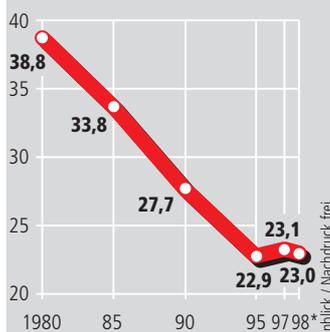
„Konjunktur nicht abwürgen“

DGB-Vorstand Heinz Putzhammer hält den „Brandbrief“, mit dem Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) einen Einsparbedarf von 30 Milliarden Mark für den Bundeshaushalt 2000 vorgegeben hat, für „wohl etwas übertrieben“. Im Gespräch mit *einblick* erklärte Putzhammer: „Die Staatsfinanzen in Deutschland stehen nicht am Abgrund.“ Allein das bessere Wirtschaftswachstum werde dem Bund im nächsten Jahr Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben wegen sinkender Arbeitslosigkeit in zweistelliger Milliardenhöhe bescheren. Dennoch nehme er das Bonner Sparpaket sehr ernst.

Fest stehe, dass der deutsche Vereinigungsprozess die Schuldenlast aller Gebietskörperschaften in die Höhe getrieben habe. Ebenso, dass der Bund fast jede vierte Steuermark für Zinsen ausgeben müsse. „Diese Dinge irgendwie zu beschönigen wäre nicht nur falsch, sondern auch äußerst gefährlich“, so Heinz Putzhammer. Deshalb müssten auch die Gewerkschaften

Abgesahnt

Gewinnsteuerquote (Anteil der Unternehmer-Steuern am Unternehmer-Einkommen) in Prozent



*Arbeitskreis Steuerschätzung 11/99
Quelle: Statistisches Bundesamt, DGB-Berechnung

Die Unternehmersteuern sind in den vergangenen 18 Jahren zwar von 97,5 auf 175,2 Milliarden DM gestiegen, gleichzeitig verdreifachten sich aber die Einkommen aus Unternehmertätigkeit von 251,2 auf 763,1 Milliarden DM.

von einem „verstärkten Konsolidierungsbedarf“ ausgehen.

Die Haushaltskonsolidierung habe jedoch Grenzen, sagte das DGB-Vorstandsmitglied. „Sie darf nicht so weit gehen, dass die

Konjunktur abgebremst wird, denn dann droht wieder mehr Arbeitslosigkeit“. Die Folge davon wiederum seien geringere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben, also „genau das Gegenteil von dem, was mit der Sparaktion von Hans Eichel erreicht werden soll“. Außerdem müsse für die Modernisierung der Infrastruktur – vor allem für Verkehr, Bildung, Kommunikation und Wohnungsbau – „dauerhaft mehr Geld“ zur Verfügung gestellt werden. Auch die aktive Arbeitsmarktpolitik dürfe „nicht unter die Räder geraten“.

Für die jetzt anstehende gewerkschaftliche Diskussion – Finanzminister Eichel präsentiert sein Sparpaket am 30. Juni – benennt DGB-Vorstand Putzhammer erstmals die Eckpunkte:

„Erstens sehe ich keinen Spielraum für geringere Unternehmenssteuern, was einen geringen Steuersatz ja nicht ausschließt. Zweitens sehe ich keine Möglichkeit für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, zumindest darf sie nicht erhöht werden zur Finanzierung geringerer Einkommen- und Gewinnsteuern. Drittens darf die Ökosteuer nur für einen einzigen Zweck zur Verfügung stehen: um versicherungsfremde Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu finanzieren.“

Die Ökosteuer dürfe nicht zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden – „auch nicht zur Finanzierung der Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Familienbesteuerung“. Wie dieses Familienpaket von zehn Milliarden Mark bis 2002 finanziert werden könne, lasse der DGB untersuchen. „Wir hoffen bis Mitte Juni auf Ergebnisse.“

inhalt

Seite 3

Gewerkschaftskongress in Helsinki

EGB-Präsident Fritz Verzetnitsch wünscht sich ein konkretes Programm zur Durchsetzung sozialer Grundrechte statt schöner Resolutionen zur Arbeitszeitverkürzung

Seite 5

Tarifflicht

Erstaunlich viele Firmen wechseln jedes Jahr die tarifpolitische Ebene: vom Flächentarif zum Haustarif – und umgekehrt

Seite 7

Kein Krieg in unserem Namen

Eckart Spoo und Rolf Becker über ihre Reise nach Jugoslawien

plusminusBONN

Arbeitsminister Walter Riester (SPD) hat in

seinem Ressort eine eigene Abteilung „Prävention, Rehabilitation und Behindertenpolitik“ eingerichtet. Durch die Zusammenfassung der bislang verstreut angesiedelten Zuständigkeiten soll die politische Bedeutung von Rehabilitation und Eingliederung Behinderter ins Arbeitsleben unterstrichen werden.

Günther Nolting, sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, will erreichen, dass „das letzte geschlechtsspezifische Berufsverbot im öffentlichen Dienst“ aufgehoben wird. Das von der Regierung angekündigte Gleichstellungsgesetz soll um ein besonderes Ziel ergänzt werden: den „Zugang weiblicher Bewerber zum Truppendienst“ bei der Bundeswehr.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.unerwuenschtd.de
Für kurze Zeit in die Haut eines anderen schlüpfen, mit seinen Augen sehen.
Link in die Ausstellung „Unerwünscht – eine Reise wie keine andere“



Im Faxabruf

0211 / 43 01 653
Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs: Was geringfügig Beschäftigte beachten sollten

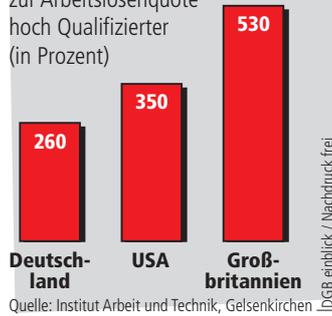
Öffentliche Aufträge

DGB fordert Landesgesetz

Ein Landesgesetz über Vergabekriterien für öffentliche Aufträge hat Walter Haas, Vorsitzender des DGB NRW, gefordert. Neben Kriterien wie Preis, Fachkunde oder Leistungsfähigkeit sollten bei der Vergabe ausbildende, tarifvertragstreue oder frauenfördernde Betriebe besonders berücksichtigt werden. Am 1. Januar 1999 wurde auf Bundesebene mit dem Vergaberechtsänderungsgesetz die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt (einblick 11/98). Kriterien wie Tarifvertragstreue dürfen danach nur noch berücksichtigt werden, wenn sie in Bundes- oder Landesgesetzen geregelt sind. Zwar werden in Bund, Ländern und Kommunen zusätzliche Kriterien berücksichtigt. Da die Bestimmungen aber nicht gesetzlich verankert sind, gelten sie nur noch bis 30. Juni 2000 und fallen dann ersatzlos weg, wenn sie nicht in Gesetzen umgewandelt sind. •

Niedriglohn fördert Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquote gering Qualifizierter im Verhältnis zur Arbeitslosenquote hoch Qualifizierter (in Prozent)



In Deutschland ist die Wahrscheinlichkeit, dass gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen keine Arbeit finden, 2,6-mal höher als die der am besten Qualifizierten. In den USA und in Großbritannien, in denen es einen großen Niedriglohnsektor gibt, ist die Wahrscheinlichkeit gering Qualifizierter, keine Arbeit zu finden, hingegen 3,5 bzw. 5,3 Mal so hoch.

Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211 143 01 656
DGB-Positionspapier „Arbeitsplätze für gering Qualifizierte – Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich“

Gesundheitsreform 2000

ÖTV und DAG: Protest in Berlin

Mit dem Referentenentwurf zur Gesundheitsreform 2000 wird nach Auffassung des DGB die Chance eröffnet, die Abschottung zwischen hausärztlicher, fachärztlicher und stationärer Versorgung zu überwinden. Insgesamt sei das Gesetzesvorhaben ein positives Signal, Beitragssatzstabilität bei hohem Versorgungsniveau zu erreichen.

Die Änderungen in der Krankenhausfinanzierung dürften allerdings nicht zu Lasten der Beschäftigten erfolgen. Dagegen wertete Ulla Derwein vom ÖTV-Vorstand den Entwurf als „unzureichend und enttäuschend“. Nach wie vor sei die Personalkostenerstattung für Krankenhäuser ungesichert. Weiterer Personalabbau im stationären Bereich sei zu erwarten. Bereits nach der letzten Tarifrunde hätten die Arbeitgeber damit gedroht, in den Krankenhäusern 18 000 Stellen abzubauen, wenn der Tarifab-

geplant... beschlossen

Der DGB will dem Bündnis für Arbeit stärker seinen Stempel aufdrücken. Das wird auch zum Ausdruck kommen auf dem Plakat, das mit Blick auf die große Bündnisrunde am 6. Juli die gewerkschaftliche Botschaft transportiert: Der Bündnistisch trägt den Stempel „Ausbildung sichern, Arbeit gerecht verteilen“. Die begleitende, wiederkehrende Wortmarke lautet: „So wird es ein Bündnis für Arbeit“ – mit Betonung auf Arbeit.

schluss nicht durch Einkommensverzicht an anderer Stelle, zum Beispiel bei der Überstundenbezahlung, kompensiert werde. Für den 15. Juni haben ÖTV und DAG gemeinsam mit dem Ärzteverband Marburger Bund die Krankenhausbeschäftigten zu einer Demonstration in Berlin aufgerufen. •

wiewardiewoche?



Foto: Weseling

EU-Gipfel, G 8-Gipfel, dazwischen Alternativgipfel und Demos: 12 000 PolizistInnen sollen knapp vier Wochen lang das Gipfel-Geschehen in Köln überwachen. Erstmals bei einem solchen Großeinsatz wird es für die Einsatzkräfte eine eigene Zeitung geben – nicht nur von der Einsatzleitung, auch von der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Gerd Diefenthaler, 49, zuständig für die Kommissarsausbildung im Polizeipräsidium Köln, macht bei beiden Projekten mit.

Ein rotes Ohr hab' ich mir geholt: Vom vielen Telefonieren. Der Gipfelausgang ist wie ein Sahnehäubchen obendrauf, das flächendeckend runterfließt und alles überdeckt. Die normale Arbeit läuft natürlich weiter: Zusätzlich kümmerne ich mich mit um die Betreuung der 12 000 Einsatzkräfte. Die kommen von überall aus der Republik, und wissen, wenn sie nach Köln reisen, nicht mal, wie lange sie dort eingesetzt werden. Das einzige, was wir ihnen sicher sagen können, ist: Für jeden steht ein Bett zur Verfügung, und Verpflegung gibt's genü-

gend. Untergebracht sind sie von Wesel im Norden bis Andernach im Süden, von der Schneeeifel im Westen bis Waldbröl im Osten. Seit einem Jahr wird an der Einsatzplanung für den Gipfel gearbeitet, tagtäglich ändern sich die Details. Da ist viel Flexibilität erforderlich, wichtig ist, dass der Informationsfluss durchgängig funktioniert. Daran hat es in der Vergangenheit oft gehapert. Deshalb wurde – erstmals bei einem solchen Einsatz – eine Zeitungsredaktion gebildet. Wir haben vorab eine Info-Broschüre erstellt, die über das Geschehen während der Gipfel-Tage informiert und jede Menge Service bietet, bis hin zu Kultur-Tipps. Und wir werden bis zum 21. Juni jeden Tag einen achtseitigen Newsletter für die Einsatzkräfte produzieren. Der soll rechtzeitig über Änderungen in der

Ablaufplanung berichten und vor allem für Transparenz sorgen, um Gerüchtebildung und Verunsicherung vorzubeugen. Zusätzlich wird es außerdem alle zwei Tage eine Einsatzzeitung der GdP geben – auch das ein Novum. Ein solcher Großeinsatz erfordert ganz eigene Formen der gewerkschaftlichen Betreuung. Rund um die Uhr, 24 Stunden lang, ist eine Hotline der GdP erreichbar. Der GdP-Landesbezirk NRW nutzt das Bürgerzentrum in Köln-Poll während der gesamten Zeit, um dort zentral Beschwerden der Einsatzkräfte entgegenzunehmen und bei den Zuständigen initiativ zu werden. Eine Belastung werden wir ihnen nicht nehmen können: Die Mehrarbeit beim Gipfel ist ein Riesenbaustein im Überstundenberg der PolizistInnen. Dass der jemals abgebaut werden kann, ist kaum abzusehen. Das ist wie die Quadratur des Kreises: Die Innenminister wollen von Neueinstellungen derzeit wenig wissen. Und schicken uns tags drauf zum nächsten Großeinsatz.

EUROPA AKTUELL

Fragen an ■■■



Foto: W. Hienisch

Fritz Verzetnitsch, 54, ist seit 1993 Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und seit 1987 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB).

- Jeder Mitgliedsbund zahlt pro Mitglied und Jahr vier belgische Franc an den EGB. Reicht das?
- Ich stelle eine stärkere Bereitschaft der Mitgliedsbünde fest, dem EGB mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Weil man zunehmend merkt, dass daraus Nützliches entsteht – ich denke an die EGB-Abkommen mit den Arbeitgeberverbänden zum Elternurlaub, zur Teilzeitarbeit und zu befristeten Arbeitsverhältnissen. Oder die Initiativen verschiedener Bünde in Sachen grenzüberschreitender Tarifpolitik.
- In den umfangreichen, schwer lesbaren Resolutionen zum Kongress in Helsinki heißt es, der EGB müsse sich erneuern, effizienter werden, sich profilieren. Mehr als schöne Worte?
- Was ich mir wünsche, wäre ein konkretes Programm. Was nützt mir die schönste Resolution zur Arbeitszeitverkürzung in Europa, wenn es dabei bleibt? Wir müssen konkrete, erreichbare Ziele formulieren. Ähnlich wie's die EU-Staaten geschafft haben, bestimmte Kriterien zu erfüllen, um den Euro einzuführen. Solche Zieldefinitionen können immens viel bewegen.
- Welche Ziele sollten angepeilt werden?
- Ich glaube, dass es richtig ist, den Weg fortzusetzen, den wir mit den Abkommen zu Elternurlaub, Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen gegangen sind, nämlich soziale Grundrechte europaweit zu fixieren. Solche Zielprojekte brauchen wir mehr denn je.

- Die Hauptaufgabe des EGB besteht darin, aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine echte Sozialunion zu machen. Auf wen muss er dabei mehr setzen – auf die Kommission, das Parlament oder die Arbeitgeberverbände?
- Hier besteht die Herausforderung der Gleichzeitigkeit.
- Für wie groß hältst du das Interesse der Arbeitgeberverbände, vor allem der UNICE, am Sozialdialog?
- Es gibt keinen Arbeitgeberverband, der den Sozialdialog offen und aus Prinzip ablehnt. In der Realität sind allerdings noch viele Steine wegzuräumen. Wir, der EGB und die Arbeitgeberverbände UNICE und CEEP, wären durchaus in der Lage, mit Unterstützung von Eurostat, dem Statistik-Amt der EG, eine gemeinsame Datenbasis zu erarbeiten, eine Verständigung beispielsweise über die Entwicklung von Inflation und Produktivität zu erzielen. Das wäre auch wichtig für die Tarifgespräche der sektoralen Gewerkschaftsverbände mit den Arbeitgeberverbänden ihrer Branchen.
- Stichwort Ost-Erweiterung der EU. Treibt der EGB diese Entwicklung voran oder ist er – aus Angst um den sozialen Besitzstand der Gemeinschaft – da eher zurückhaltend?
- Wir sollten uns auf zweierlei konzentrieren: Wie können wir es schaffen, dass die sozialen Grundrechte, die wir in der EU erkämpfen, auch Mindeststandard in den Beitrittsländern werden? Und wie können wir dafür sorgen, dass dort die Einbindung der Gewerkschaften in diesen Prozess gewährleistet ist? Wir müssen im EGB fair diskutieren. Für Finnland, Deutschland und Österreich liegt das Problem der Erweiterung direkt vor der Haustür. Sie sind die Auffänger dieser Entwicklung, aber – zugegeben – langfristig auch die Profiteure.

Der Kongress

Vom 29. Juni bis 2. Juli findet in Helsinki der 9. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) statt. Die über 530 Delegierten von 68 nationalen Gewerkschaftsbünden aus 29 Ländern bestimmen dort Strategie und Politik des EGB für die nächsten vier Jahre. Im Mittelpunkt ihrer Beratung stehen vor allem Fragen der europäischen Beschäftigungspolitik und des sozialen Dialogs.

Das Magazin

Der Kongress ist auch Anlass einer Premiere: Die einblick-Redaktion hat erstmals ein Magazin für die acht deutschsprachigen EGB-



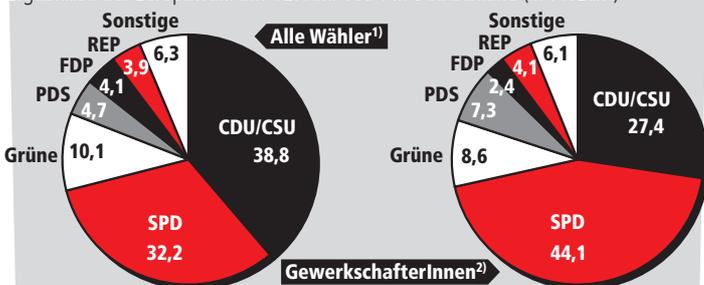
Gewerkschaftsbünde in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Luxemburg produziert.

Die Themen: Euro-Betriebsräte und europäische Tarifpolitik, EU-Osterweiterung, Grenzgänger und Telearbeiter. Im Service-Teil: Tipps und Infos für alle, die im europäischen Ausland einen Job oder einen Ausbildungsplatz suchen.

Das einblickMAGAZIN ist 44 Seiten stark und kostenlos. Erhältlich u.a. bei den DGB-Kreisen.

Europa: GewerkschafterInnen wählen rot

Ergebnisse der Europawahl am 12. Juni 1994 in Deutschland (in Prozent)



1) Amtliches Endergebnis der Europawahl 1994; 2) Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen
Quelle: Bundeswahlleiter/Forschungsgruppe Wahlen, Analyse der Europawahl 1994

Bei vielen der 298 Millionen Wahlberechtigten in den 15 EU-Staaten stößt die Europawahl auf wenig Interesse. In Deutschland war die

Beteiligung mit 60 Prozent 1994 vergleichsweise hoch. In den Niederlanden oder in Großbritannien betrug sie nur 36 Prozent. Dabei hat sich

das Parlament in den fast 50 Jahren seiner Geschichte von einer Schwatzbude zu einer relativ einflussreichen Institution gemauert. Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. Mai wurden seine Kompetenzen noch erweitert. Ein Mitspracherecht haben die EU-Parlamentarier jetzt auch in Sachen Beschäftigung und Sozialpolitik.

Im Internet: www.einblick.dgb.de
Im Faxabruf: 0211 143 01 676
DGB-Aufruf zur Europawahl
Im Faxabruf: 0211 143 01 682
Kompetenzen des EU-Parlamentes

Hans-Böckler-Stiftung

Auswirkungen der Flexibilisierung

Der Trend zur Flexibilisierung der Arbeit hat sich gegen die Politik der Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt. Wie sich dies auf Beschäftigte und Erwerbszahlen auswirkt, hat die Hans-Böckler-Stiftung in einer Broschüre zusammengefasst. Das

kostenlose Heft „Arbeitszeit zu kunftsfähig gestalten – Impulse aus der Forschung“ zeigt Ergebnisse mehrerer geförderter Projekte. •

Bestellungen:
Tel.: 0211/77 78 194
Fax: 0211/77 78 283

IG Metall-Ratgeber

Arbeitsverträge unter der Lupe

Längst nicht alle Klauseln in Arbeitsverträgen sind rechtlich zulässig. Was in den Vereinbarungen stehen darf, soll oder muss, erklärt der „Ratgeber Arbeitsvertrag“ der IG Metall. Er kostet 5,20 Mark und kann bei der Union-Druckerei in Frankfurt/Main bestellt werden. •

Bestellungen per Fax:
069/79 52 242

Gesundheitsbranche

Strategien für Arbeitsplätze

Was in der Sozial- und Gesundheitsbranche auf regionaler Ebene für mehr Beschäftigung sorgt, das erklärt die ÖTV-Tagungsdokumentation „Strategien zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in lokalen Arbeitsmärkten“. Der rund 170seitige Band kostet zehn Mark. •

Bestellungen:
Tel.: 0711/20 97 446
Fax: 0711/20 97 634

DGB-Bundesvorstand

Lohnsteuer verstehen

Von A wie Abfindungen über K wie Kirchensteuer bis Z wie Zuschläge – ein allgemeinverständlich formulierter Wegweiser im Regeldickicht ist das „ABC der Lohnsteuer

er-Grundbegriffe“. Das 40seitige Heft der Abteilungen Wirtschafts- und Strukturpolitik des DGB-Bundesvorstands ist kostenlos. •

Bestellungen:
Tel.: 0211/43 01 302
Fax: 0211/43 01 218

Bund-Verlag Gruppe

Auf Erfolgskurs

Die Bund-Verlag Gruppe ist auf Erfolgskurs. 1998 konnte sie ihren Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um über 30 Prozent auf rund 25 Millionen Mark steigern. Hauptumsatzträger war der Bund-Verlag mit Büchern zum Arbeits- und Sozialrecht, Handlungshilfen für Betriebs- und Personalräte sowie Ratgebern. Zur Gruppe gehören außerdem die „Arbeitsrecht im Betrieb“ Verlagsgesellschaft, die Versandbuchhandlung Buch & Mehr direkt, der im Herbst '98 von der Gewerkschaft ÖTV übernommene Courier-Verlag sowie die einblick Verlagsgesellschaft. •

WSI-Tarifarchiv

Urlaubsgeld ganz unterschiedlich

Fast alle ArbeitnehmerInnen erhalten tarifliches Urlaubsgeld. Das geht aus einer Untersuchung des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Die Höhe der Gelder in den 22 untersuchten Branchen schwankt allerdings beträchtlich. Beschäftigte in der mittleren Lohn- und Gehaltsgruppe



„Das neue 630-Mark-Gesetz: Es erwischt die Richtigen.“ Mit Plakaten, Flug- und Faltblättern hat der DGB-Landesbezirk Bayern eine Kampagne zur Verteidigung des neuen Gesetzes gestartet. Plakat-Bestellungen:

Tel.: 089/54 330 239
Fax: 089/54 330 241

100 000 Jobs-Programm

Erste Bilanz

Mit einer Fachtagung will die Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes eine erste Bilanz des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht ziehen und daraus Forderungen für den Fortgang des Programms entwickeln. Die Tagung „Zwischenbilanz des Sofortprogramms“ findet am 1. Juli in Düsseldorf statt. •

Tel.: 0211/43 01 381
Fax: 0211/43 01 409

Multimedia

Arbeiten im Call Center

Harter Wettbewerb in der Call Center-Branche setzt Anbieter unter Druck: Rationalisierung und ungesicherte Beschäftigung sind die Folge. Eine umfassende Handlungsanleitung zu humanen Arbeitsbedingungen bietet die Tagungsdokumentation „Arbeiten im Call Center“ vom Kooperationsbüro Multimedia und Arbeitswelt der DPG, HBV und IG Medien. •

Gratis-Einzelexemplare
Fax: 069/66 95-25 44

Bildungs-Tagung

Lernen lebenslang

Alternativen zur Umstrukturierung des Bildungswesens will die Fachtagung „Zukunft des Bildungssystems und lebenslanges Lernen – Marktanpassung oder Emanzipation?“ vom 18. bis 20. Juni im IG Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel aufzeigen. Ausrichter ist die Initiativegruppe Bildung und Arbeit, die sich aus Vertretern von Hochschule und Gewerkschaften zusammensetzt. •

Tel.: 0641/4 50 23
Fax: 0641/4 71 13

Internationale Tagung

Rechte der Wanderarbeiter

„Globalisierung und Migration – Die Bedeutung von internationalen Konventionen für WanderarbeitnehmerInnen“ ist Titel einer internationalen Arbeitstagung am 18./19. Juni in Düsseldorf. Schwerpunkt der Veranstaltung des Referats Migration beim DGB-Bundesvorstand sind die Europäische Sozialcharta sowie Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). •

Tel.: 0211/43 01 351
Fax: 0211/43 01 134

www.tarifvertrag.de

GEWERKSCHAFTEN

Tarifflucht

Rückkehr nicht ausgeschlossen

Erstaunlich viele Firmen wechseln von Jahr zu Jahr die tarifpolitische Ebene. Vom Flächentarif zum Haustarif – und umgekehrt.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat diese Erkenntnis mit Zahlen belegt. So gingen in Westdeutschland von 1632 Betrieben einer Stichprobe, die im Jahr 1995 Flächentarifverträgen unterlagen, 145 Betriebe zur betrieblichen Lohnfindung über. Umgekehrt wechselten von 614 Firmen mit Haustarifen 110 zum Flächentarif. Von 1553 ostdeutschen Betrieben, für die die 1996 ein Flächentarifvertrag galt, wanderten 195 in den Haustarif ab. Umgekehrt gingen von 1211 Betrieben mit Firmentarifverträgen 156 zu Flächentarifverträgen über.

Für fast die Hälfte der Westbetriebe, die 1995/96 ihre Flächentarifbindung aufgaben, galt sie bereits 1997 wieder. Selbst in Ostdeutschland revidierten gut 40 Prozent der Abwanderer von 1996/97 ihre Entscheidung und kehrten bis 1998 zum Flächentarif zurück.

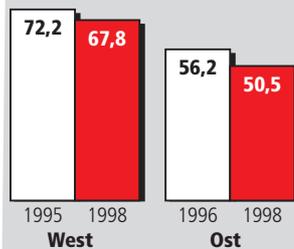
Dieser kurzfristige Wiedereintritt in den Arbeitgeberverband ist selbst für die IAB-Forscher Lutz Bellmann und Susanne Kohaut „auf den ersten Blick überraschend“. Verständlich wird er, wenn man die Abwanderung als die stärkste Form des Widerspruchs begreift, der einen Arbeitgeberverband durchaus veranlassen kann, seine Tarifpolitik zu verändern und unzufriedene Firmen zum Wiedereintritt zu bewegen.

Obwohl das IAB über die bundesweit aussagekräftigsten Zahlen verfügt: Von einem systematischen Rückzug aus der Flächentarifbindung kann – jedenfalls noch – keine Rede sein. Zumal die Alternative zum Flächentarif oft nicht „kein Tarif“, sondern „Haustarif“ heißt. Inzwischen gelten für 8,0 Prozent der westdeutschen und 12,7 Pro-

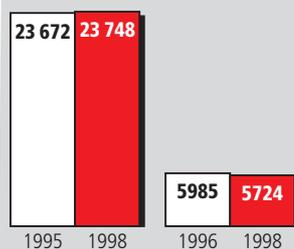
zent der ostdeutschen Beschäftigten Firmentarife. Seit 1990 hat sich die Zahl der Unternehmen, die ihre Löhne und Arbeitsbedingungen eigenständig regeln, auf 5369 erhöht – und damit mehr als verdoppelt; allein die IG Metall hat in den vergangenen Monaten eine Flut von Firmentarifverträgen abgeschlossen (bis Ende Mai 1414 – 657 Anerkennungs- und 757 Haustarifverträge).

Bindung gelockert

Anteil der Beschäftigten, für die ein Flächentarifvertrag gilt (in Prozent)



Anzahl der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden (in 1000)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Statistisches Bundesamt

Flächentarife sind tendenziell auf dem Rückzug: Der Anteil der ArbeitnehmerInnen, für die ein Branchentarifvertrag gilt, hat in West (-4,4 %) wie Ost (-5,7 %) abgenommen. Weil gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten um 185 000 gesunken ist (Westen +76 000; Osten -261 000), ist die absolute Zahl tarifgebundener Arbeitsplätze noch stärker zurückgegangen.

Gleichzeitig stehen knapp ein Viertel der west- und gut ein Drittel der ostdeutschen ArbeitnehmerInnen ohne Tarifvertrag da.

Laut Tarifregister beim Bundesarbeitsministerium waren Ende vergangenen Jahres 31 721 Flächentarifverträge gültig. „Trotz der unbestreitbaren Krisentendenzen“,

so Reinhard Bispinck, Tarifexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, seien Flächentarife „nach wie vor das dominierende Regulierungsmuster für die Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Bundesrepublik.“ Sie gelten im Westen noch für gut zwei Drittel der Beschäftigten und knapp die Hälfte aller Betriebe, im Osten aber nur noch für jeden zweiten Beschäftigten und jeden vierten Betrieb. Die Geltung von Flächentarifverträgen nimmt seit Mitte der 90er Jahre tendenziell ab (Grafik). Sie sind in größeren und älteren Unternehmen verbreiteter als in mittelständischen und Jungunternehmen, im Dienstleistungssektor sogar relativ selten.

In der Metall- und Elektroindustrie macht sich inzwischen „organisierte Tarifflucht“ (Wirtschaftswoche) breit: Die Verbände Rheinland-Rheinessen und Siegerland werden in diesem Jahr den Firmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung (OT) anbieten, in Bayern, Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen wird darüber nachgedacht. Südwestmetall und Nordmetall haben seit Jahren OT-Verbände. Und Ostmetall räumt seinen Mitgliedern ein fristloses Kündigungsrecht ein, „falls denen ein Tarifabschluss nicht passt“ (Die Zeit).

Ost-Firmen unterlaufen Tarifverträge

90 Prozent aller Betriebe in den neuen Bundesländern unterlaufen die Tarifverträge. Das erklärte der Regionalbeauftragte für den Rechtsschutz beim DGB Sachsen, Werner Haußmann, gegenüber der Nachrichtenagentur AP. Stundenlöhne zwischen fünf und sechs Mark seien keine Seltenheit, auch wenn der Tarif einen

Mindestlohn von 15 Mark vorschreibe. Der DGB stoße erst dann auf solche Fälle, wenn die Kündigung schon ausgesprochen sei. Vorher schwiegen die Betroffenen aus Angst um ihre Arbeitsplätze. Auch die Bereitschaft der Betriebsräte, für ihre Rechte einzutreten, sei gering. Im Osten gebe es „nur eine schwache Streitkultur“.

Flucht sinnlos

„Der IG Metall entkommen sie sowieso nicht“, begründete IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel seine Aufforderung an die Arbeitgeber, in ihren Verbänden zu bleiben. Anderenfalls werde für die Gewerkschaft „jede einzelne Firma zur Tarifpartei“.

Selbst die „Frankfurter Allgemeine“ warnte vor übereilten Verbandsaustritten. Die Tarifbindung entfallt nicht schon mit dem Austritt. Sie bleibe laut Tarifvertragsgesetz bestehen, „bis der Tarifvertrag endet“. Und dessen Rechtsnormen könnten sogar danach noch gelten, „wenn keine neue Abmachung getroffen wird“.

Wollten Arbeitgeber betriebliche Tätigkeiten einem neu gegründeten Unternehmen übertragen, das keinem Verband angehört, müssten sie Paragraph 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches beachten. Er sieht vor, dass der alte Tarifvertrag ein Jahr lang nicht zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen geändert werden darf.

kurz & bündig

DGB

Der DGB Sachsen hat rechtliche Schritte gegen eine

Verordnung des Freistaates Sachsen angekündigt, nach der Geschäfte in Touristenzentren auch sonntags öffnen dürfen. Die Regelung soll durch eine Klage betroffener VerkäuferInnen zu Fall gebracht werden.



Die Gewerkschaft der Polizei will die Eltern strafunmündiger

Kinder stärker in die Pflicht nehmen. Notfalls sollten sie verpflichtet werden, mit einem Jugendsachbearbeiter der Polizei „über die Kriminalitätsperspektive ihres Kindes“ zu reden. 1998 gab es 153 000 tatverdächtige Kinder.

NGG

Nach einer Umfrage der Gewerkschaft Nahrung, Genuss,

Gaststätten gibt es keinen Beleg für massenhafte Eigenkündigungen von 630-Mark-Kräften in Gaststätten und Lebensmittelbetrieben. Demgegenüber spricht der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband von rund 200 000 Kündigungen. Noch vor wenigen Monaten hat derselbe Verband die Zahl der Billig-Jobber in seinem Bereich mit 150 000 beziffert.



Die IG Medien hat die Einrichtung eines Medien- und Kommunikationsrats (MKR) gefordert. Er soll das „medien- und kommunikationspolitische Regulierungsdickicht“

in Deutschland entflechten und Streitfragen zwischen Bund und Ländern „verbindlich entscheiden“.

Industriennahe Dienstleistungen

Konkurrenz um Mitglieder

Für den Dienstleistungsbereich ist nicht allein die künftige Dienstleistungsgewerkschaft zuständig. Das haben die fünf DGB-Gewerkschaften IG BCE, IG Metall, IG BAU, NGG und GdED in einem Ende Mai präsentierten Thesenpapier zur „Organisation von industriellen Dienstleistungsbereichen“ festgestellt. Zudem machen die fünf Gewerkschaften Vorschläge, wie die drohende Konkurrenz um Mitglieder im Dienstleistungsbereich verhindert werden könne.

Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze ist im Dienstleistungssektor angesiedelt. „Die Betriebs- und Organisationsstrukturen der Gewerkschaften“ seien auf diese Situation „nicht hinreichend ausgerichtet“. Strittig ist nicht nur die Frage, wer ausgegründete Betriebe organisieren soll, sondern auch wie die gewerkschaftliche Präsenz in den Zukunftsbranchen verbessert werden kann.

Bei der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen soll nach dem Willen von IG BCE, IG Metall,

IG BAU, NGG und GdED die Zuständigkeit der bisherigen Gewerkschaft „faktisch und nach Satzung“ bestehen bleiben. Dies gelte auch für die bisher von ihnen organisierten „Dienstleistungs-, Industrie- und Handwerksbetriebe“. Bei Neugründungen und Fusionen seien dagegen die Zuständigkeiten der Gewerkschaften „in aller Regel nicht eindeutig zu klären“. Ausgehend vom Grundsatz „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ streben die Industriegewerkschaften hier eine Entscheidung auf der Grundlage der „Entschließung zur Organisationsabgrenzung“ des DGB-Bundesausschusses vom Dezember 1997 an.

Wichtiger als formale Verfahren seien jedoch „veränderte Kooperationsformen und Verständigungen im Vorfeld“. Diese sollten sich an der Frage orientieren: „Wie kann die Stärke erreicht werden, um zu einem akzeptablen Tarifvertrag für die Beschäftigten zu kommen.“ Zudem soll in praktischen Experimenten geprüft werden, ob in den Bereichen, in denen die einzel-

nen Gewerkschaften nicht „über die nötigen Ressourcen“ verfügen, durch eine Zusammenarbeit „über Gewerkschaftsgrenzen hinaus“ Synergieeffekte erzielt werden können. •

Im Fax-Abruf: 0211 / 43 01 662
„Diskussionsthesen:
Organisation von industriellen Dienstleistungsbereichen“

Rechtsextremismus

DGB legt Bericht vor

Die Rechtsextremismus-Kommission des DGB hat sich auf eine Arbeitsplanung verständigt. Das geht aus ihrem ersten Zwischenbericht hervor. Bis Ende Juli sollen u.a. „gewerkschaftsspezifische Bedingungen für Rechtsextremismus“ und bis Ende Dezember „Elemente einer zukünftigen Gewerkschaftspolitik gegen Rechtsextremismus“ erarbeitet werden. Der DGB-Bundesvorstand hatte die Kommission im Oktober 1998 eingesetzt – alarmiert durch das überdurchschnittlich hohe rechtsextreme Wählerpotenzial unter Gewerkschaftsmitgliedern (einblick 17/98). •

? ... nachgefragt



Mitte Juni will die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag ihren Beitritt zur IG Metall beschließen. Was bleibt von der 1893 als „Deutscher Holzarbeiter Verband“ (DHV) gegründeten GHK? Gisbert Schlemmer, 53, ist ihr letzter Vorsitzender.

Wir wollen weiter vernünftige Gewerkschaftsleistungen sicherstellen und tarifpolitische Forderungen durchsetzen. Zugleich ist die GHK ein aktiver, linker Teil der Gewerkschaften, und das soll so bleiben. Auch in Zukunft wollen wir uns selbstbewusst in die Politik einmischen. Das ist auch der Grund, warum wir uns für die IG Metall entschieden haben. Im Vorfeld gab es auch mit der IG BAU und der IG Chemie Gespräche, und wir haben uns an der Diskussion der

„fünf kleinen Tigergewerkschaften“ beteiligt. Am Ende haben wir in der IG Metall die größten Chancen gesehen, eine zukunftsorientierte, selbstbewusste Gewerkschaftspolitik zu machen.

Mit dem Beitritt sind nicht alle Fragen gelöst. Wir müssen die ungelösten Probleme angehen – die Abgrenzung zwischen den Gewerkschaften, die geringe Mitgliederzahl in kleinen Betrieben, im Handwerk und in den neuen Wirtschaftszweigen sowie die fehlende Attraktivität für Frauen und Jugendliche.

Wir diskutieren zu viel über organisationspolitische Maßnahmen und zu wenig über inhaltliche Konzepte. Auch was die Rolle des DGB betrifft, sehe ich noch viele Fragezeichen. Es gibt kaum eine Rede, in der nicht die „Stärkung des DGB“ gefordert wird; aber das heißt, dass die Gewerkschaften Kompetenzen abtreten müssen. Damit tun sich alle schwer, egal ob IG Metall, IG Chemie oder die ver.di-Gewerkschaften.

Nato-Bomben auf Jugoslawien

Kein Krieg in unserem Namen

Nach sechs Tagen in Jugoslawien wissen wir, gegen wen dieser Krieg geführt wird. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat zu Beginn des Angriffs gesagt: „Die Militäraktion richtet sich nicht gegen das serbische Volk.“ Nachdem wir in Novi Sad, Belgrad, Kragujevac, Nis und Aleksinac mit eigenen Augen die zerstörten Fabriken, Fernsehsender, Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, Wohnviertel, Straßen und Brücken gesehen und durch Gespräche mit Beschäftigten, Vertretern der Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und des Roten Kreuzes, Ärzten, Lehrern und Wissenschaftlern erfahren haben, was die Bombardements für die Menschen in Jugoslawien bedeuten, können wir mit Sicherheit sagen: **Der „saubere“ Krieg der Nato ist kein „Krieg gegen Milosevic“, sondern ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung.**

Hauptleidtragende sind die Arbeiter der zerstörten Fabriken, ihre Frauen und Kinder, die Überlebenden in den zerbombten Arbeiterwohnvierteln, die ihre Angehörigen und ihre Habe verloren haben. Die Reichen haben ihre Familien ins Ausland gebracht. Unser Resümee lautet: Durch Vernichtung von Produktionsanlagen, durch Zerschlagung der Infrastruktur wird Jugoslawien auf das Niveau einer Kolonie zurückgebombt.

Die Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung erwartet tiefe Armut, denn die materiellen Schäden sind nach zwei Kriegsmonaten bereits größer als am Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Nervenzentren der Wirtschaft sind zerstört, zum Beispiel die großen Komplexe der erdölverarbeitenden Chemieindustrie bei Belgrad und Novi Sad, wo Milliardeninvestitionen ruiniert und Umweltschäden entstanden sind, deren ganzes Ausmaß erst künftige Generationen erkennen werden.

In Deutschland kämpfen wir um den Erhalt unserer Arbeitsplätze – **in Jugoslawien haben die Bomben der Nato die Arbeitsplätze von 500 000 Kolleginnen und Kollegen zerstört.** Allein im Automobilwerk Zastava in Kragujevac verloren 37 000 Arbeiter – darunter 2000 albanische Kollegen – durch die Bombardierungen am 9. und 12. April ihre Zukunftsperspektiven; mitbetroffen sind die Beschäftigten in 229 Zulieferbetrieben. Das Heizkraftwerk von Zastava speiste 30 Prozent seiner Energie in das öffentliche Netz ein, in Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen. Nichts lief in Kragujevac ohne Zastava – ähnlich wie in Wolfsburg ohne VW. In diesem Bewusstsein versuchten allnächtlich viele Beschäftigte, **durch einen „menschlichen**



Eckart Spoo, 62,
Journalist
aus Hannover



Rolf Becker, 63,
Schauspieler
aus Hamburg

Foto: Rüdiger Lühr

Schutzschild“ das Werk zu retten. Dabei ging es ihnen auch um die Zukunft ihrer Kinder. 2000 Jugendliche konnten im Ausbildungszentrum von Zastava einen Metallverarbeitungsberuf erlernen. Aber „erbarmungslos“ (US-Präsident Bill Clinton), wie die Nato diesen Krieg führt, nahm sie auch keine Rücksicht auf die ihr Werk bewachenden Menschen. 160 wurden verletzt, viele von ihnen schrecklich verstümmelt.

Die Betriebsratsvorsitzende Rusica Milsavljovic nennt die Folgen der Bombardements für die Stadt **eine humanitäre Katastrophe.** Noch herrscht kein Hunger, aber die Verelendung ist unausweichlich, wenn die letzten Ersparnisse aufgebraucht sind. Die Arbeitslosen erhalten für ein Vierteljahr 330 Dinar im Monat (35 Mark), danach für ein weiteres Vierteljahr 100 Dinar. Die Gewerkschaft versucht über einen Fonds, in den die Arbeiter einen Teil ihres Lohns eingezahlt haben, die größte Not zu lindern. Aber nun kann niemand mehr in diesen Fonds einzahlen, sein Ende ist absehbar.

Und dies alles geschieht auch im deutschen Namen in Kragujevac, an einem Ort, der 1941 Schauplatz des grausamsten von der Naziwehrmacht verübten Massakers auf dem Balkan gewesen ist: 7000 Menschen wurden an einem einzigen Tag als „Geiseln“ erschossen. Nato-Raketen trafen jetzt auch die Gedenkstätte, zerstörten das Dach des Museums.

Wir haben dort gesagt, dass dieser Krieg nicht in unserem Namen geführt wird. Die Arbeiter von Zastava, die Einwohner von Kragujevac sind nicht unsere Gegner. Die jugoslawischen Kolleginnen und Kollegen brauchen nicht unser Mitleid, sondern unsere tätige Solidarität: die Verbreitung der Wahrheit über diesen Krieg entgegen der Propaganda der Nato, politisches Engagement für die sofortige Beendigung der Bombardements und Hilfe zum Überleben. ●

„Dialog von unten statt Bomben von oben!“

Unter diesem Motto waren zehn „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen den Krieg“ aus IG Medien, GEW und IG Metall vom 23. bis 28. Mai in Jugoslawien unterwegs. Zu den zehn gehörten Rolf Becker und Eckart Spoo. Für „einblick“ schildern sie ihre Eindrücke.

Gemeinsam rufen sie zur Spendensammlung auf. Stichwort „Hilfe für Kragujevac“ (Josef Bergmann), Konto 1230 499 335, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Fax-Abruf

0211 / 43 01 679

Die vier Reiseberichte der Gewerkschaftergruppe:

- „Der zwölfte Angriff“
- „Grüße aus dem Feindesland“
- „Wenn die schnellen Sterne kommen“
- „Auch die Fähren gibt es nun nicht mehr“



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Fax-Abruf

0211 / 43 01 687

Erstmals auf deutsch: Die „1. Mai-Erklärung“ des unabhängigen serbischen Gewerkschaftsbundes Nezavisnost und der „Brief an albanische Freunde“, den neben zahlreichen anderen Nichtregierungsorganisationen – auch Nezavisnost unterschrieben hat

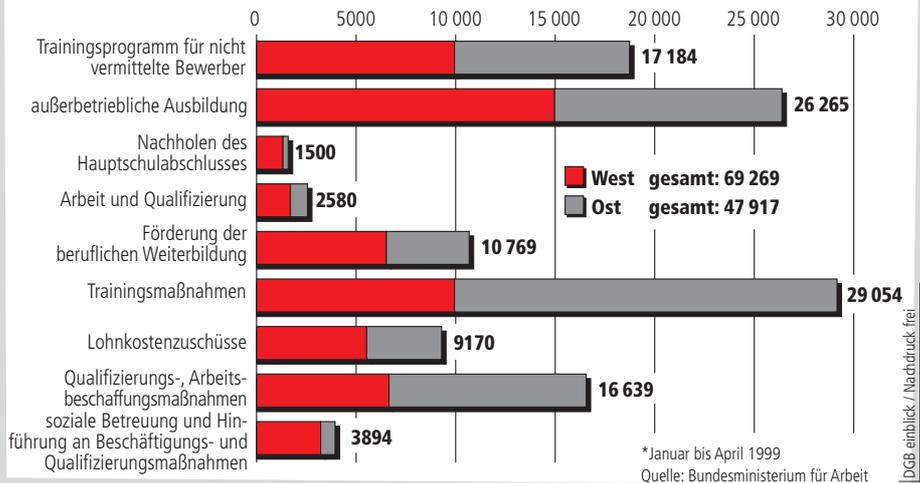
DIES & DAS

die DGB grafik

„100 000-JOBS“: Das bisher beste Notprogramm

Bis April haben über 117 000 Jugendliche eine Maßnahme im Rahmen des Sofortprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit begonnen. Das Programm soll auch im Jahr 2000 fortgesetzt werden. In die Kritik war es geraten, weil nur 3100 der Jugendlichen in einen festen Job vermittelt wurden. Es sei „besser als alle bisherigen Programme, weil auf viel Bürokratie verzichtet wurde“, meint dagegen DGB-Vorstand Regina Görner. Um der Ausbildungsmisere grundlegend zu begegnen, müssten aber vor allem die Unternehmen in die Pflicht genommen werden.

Eintritte in Maßnahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland*



14 TAGE

- 10.6.** Arbeitsmarktbericht für den Monat Mai
- 13.6.** Wahlen zum Europaparlament
- 13.6.** Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Thüringen
- 16.-20.6.** Evangelischer Kirchentag, Stuttgart
- 17.-19.6.** Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Bielefeld; Auflösung der GHK und Beitritt der Mitglieder zur IG Metall zum 1. Januar 2000
- 18.-20.6.** Gipfeltreffen der acht führenden Wirtschaftsmächte (G 8), Köln

personalien

- **Wolfgang Rohde**, 48, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), ist vom Beirat der GHK als Mitglied für den Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall benannt worden. Die Entscheidung muss noch vom außerordentlichen Gewerkschaftstag der GHK am 17. - 19. Juni in Bielefeld bestätigt werden. GHK-Vorsitzender **Gisbert Schlemmer**, 53, soll nach dem Beitritt seiner Organisation zur IG Metall weiterhin die Interessen der bisherigen GHK-Mitglieder im Internationalen Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) vertreten.
- **Dr. Martina Klein**, 39, wissenschaftliche Mitarbeiterin am

Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen und zuvor Mitarbeiterin des Gewerkschaftsbüros der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in

Genf, ist seit dem 15. April Leiterin des Wissenschaftlichen Sekretariats Bündnis für Arbeit in der Hans-Böckler-Stiftung.

Tipp

Buch: Brigitte Stolz-Wilg/Mechthild Veil (Hrsg.), Es rettet uns kein höh'res Wesen ... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, VSA, Hamburg 1999, 36,80 DM

Weltweit ändern sich die Erwerbsbiographien dramatisch, das Normalarbeitsverhältnis befindet sich auf dem Rückzug, zunehmend entstehen prekäre

Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor. Zeichnen sich im Gefolge der Veränderungen traditioneller, oft nach Geschlecht geteilter Arbeitsmärkte neue Perspektiven für Frauen ab? Was muss die Politik dem ökonomischen Diktat nach mehr Deregulierung und Flexibilisierung entgegen setzen? Das sind die zentralen Fragen, denen die Autorinnen in diesem Buch nachgehen.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Karl-Heinz Stanzick **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Regierungsumzug steigert Kriminalität in Berlin“
Überschrift eines Beitrags im Newsletter der Berliner Zeitung vom 28. Mai über eine Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei. Weil mit der Regierung auch viel Firmen und Topmanager in die Stadt kommen, befürchten Fachleute einen Anstieg der Zahl schwerer Verbrechen wie Geiselnahme, Erpressung und Wirtschaftskriminalität.

Langzeitarbeitslosigkeit

Bonn wälzt Problem auf Kommunen ab

Ein Sparpaket von 30 Milliarden Mark will Finanzminister Hans Eichel am 30. Juni präsentieren. Acht Milliarden davon könnten durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenkommen. Dank Verwaltungsvereinfachung und Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe. Zwar hat das Arbeitsministerium entsprechende Presseberichte umgehend als „Spekulation“ zurückgewiesen, über „Art und Umfang“ der Vorschläge könne erst geredet werden, wenn sie „geprüft, gerechnet und entschieden“ seien; aber der Druck wächst. Die Integration der Arbeitslosen in die Sozialhilfe sei ein „richtiger Ansatz“, meint Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Durch die Koppelung der Arbeitslosenhilfe an das letzte Erwerbseinkommen bestehe für die Erwerbslosen „kein ausreichender Anreiz, sich intensiv um einen Arbeitsplatz zu bemühen“. Sie sei „ein Beschäftigungshindernis“.

Widerstand haben dagegen Gewerkschaften und Städte angekündigt. Eine Zusammenlegung bringe „erhebliche Probleme“ mit sich, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. „Eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose wäre

Überschätztes Potenzial

Stille Arbeitsmarktreserve unter den Sozialhilfeempfängern

1 548 000	Sozialhilfeempfänger im arbeitsfähigen Alter (18-59 Jahre)
davon 44 000	in Aus- und Weiterbildung
133 000	Erwerbstätige
100 000	Alleinerziehende
274 000	Personen, die aus häuslichen Gründen, wegen Krankheit oder Behinderung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen
75 000	Empfänger von Arbeitslosengeld
215 600	Empfänger von Arbeitslosenhilfe
411 900	Arbeitslose, die keine Leistungen vom Arbeitsamt erhalten
294 500	Sozialhilfeempfänger, die nicht arbeitslos gemeldet sind*

*die tatsächliche Reserve liegt noch niedriger, da diese Gruppe auch Personen umfasst, für die eine Arbeitsaufnahme nicht möglich ist bzw. nicht lohnt (z.B. wg. Drogenproblemen oder Überschuldung)
Quelle: DGB

DGB einblick / Nachdruck frei

in Zukunft unmöglich“, warnt DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Dabei sind deren Erfolge durchaus vorzeigbar: 55 Prozent aller Arbeitsmarktmittel wurden 1998 im Westen für Weiterbildung ausgegeben.

In Deutschland gibt es gibt es 1,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 59 Jahren, die Sozialhilfe erhalten. Nur 290 000 sind nicht arbeitslos gemeldet.

Zwei Drittel der Teilnehmerinnen fanden anschließend einen Job.

Sowohl Arbeitslosen- als auch Sozialhilfe sind steuerfinanziert und – trotz aller Unterschiede in der Höhe und bei der Anrechnung anderer Einkommen – am Bedürftigkeitsprinzip ausgerichtet. „Eine bessere Koordination zwischen beiden Systemen“, so Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags sei „durchaus hilfreich“. Eine Zusammenlegung lehnt der Städtetag allerdings „kategorisch“ ab. Die Städte fürchten „eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit“. 200 000 Arbeitslose sind bundesweit im kommunalen Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ beschäftigt. Mit der Aufgabe, alle Empfänger von Arbeitslosenhilfe in den Arbeitsmarkt zu integrieren, seien die Städte „überfordert“. Zudem befürchtet Articus, dass die 28 Milliarden Mark, die der Bund bislang pro Jahr für die Arbeitslosenhilfe aufbringen muss, langfristig auf die Kommunen abgeschoben werden. •

inhalt

Seite 3

Gewerkschaften gehen in die Offensive

Vom Spitzengespräch des Bündnisses für Arbeit am 6. Juli erwartet der DGB konkrete Schritte gegen die Arbeitslosigkeit

Seite 5

Mitgift für ver.di

Kommunikation und Information sind Schlüssel für eine effektive Gewerkschaftsarbeit. Am neuen Kommunikationskonzept der ÖTV hat die Bertelsmann-Stiftung mitgeschrieben

Seite 7

Veränderungsdebatte aufnehmen

DGB-Vorsitzender Schulte rät den Gewerkschaften, sich mit eigenen Vorstellungen in die Debatte um das umstrittene Schröder/Blair-Papier einzumischen

plusminusBONN

+ Hermann Gröhe, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte, hat Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan geäußert. Begründung: die Umstände der Entführung Öcalans in die Türkei und die Unmöglichkeit vertraulicher Gespräche zwischen dem Angeklagten und seinen Verteidigern.

+ Rezzo Schlauch, Vorsitzender der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, hat die Ablehnung der umstrittenen Milliarden-Kredite für zwei ukrainische Atom-Reaktoren zur „Koalitionsfrage“ erklärt. Er erwarte von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), „dass er die vitalen Interessen des kleinen Koalitionspartners im Blick hat“.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bma.bund.de
(Link: Statistiken)

Statistisches Taschenbuch 1998, Arbeits- und Sozialstatistik im Volltext



Im Faxabruf

0211 / 43 01 668

IAO-Abkommen zur Ächtung der Kinderarbeit

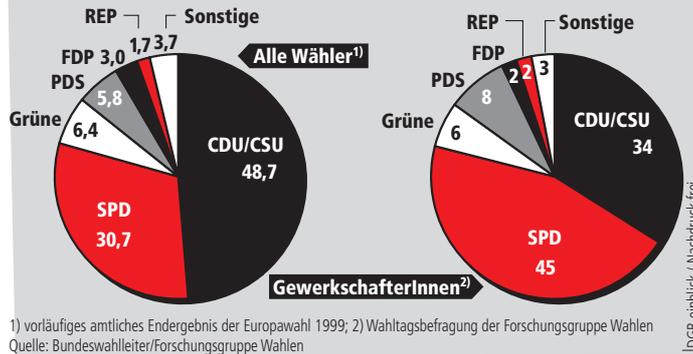
Euro AG gescheitert

Mitbestimmung in Gefahr

Nach dem Scheitern der Euro AG könnten europäische Firmenzusammenschlüsse auf anderem Wege – unter Umgehung der Mitbestimmung – zustande kommen. Das mutmaßt der DGB-Mitbestimmungsexperte Hans-Detlev Küller: „Die EU-Kommission könnte die 10. Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung von Aktiengesellschaften aus der Schublade ziehen, die seit zehn Jahren auf Eis liegt.“ Diese Richtlinie hätte zur Folge, dass der mitbestimmte Aufsichtsrat einer deutschen Aktiengesellschaft, die ihr Vermögen auf eine Aktiengesellschaft in einem anderen EU-Land überträgt, verschwände. Die Ausgestaltung der Mitbestimmung war das Hauptproblem der seit 30 Jahren diskutierten Euro AG. 14 der 15 EU-Arbeits- und Sozialminister hatten sich darauf verständigt, dass die Mitbestimmung erhalten bleibt, aber Spanien, Empfängerland Nummer 1 in der EU, blieb auch auf dem Kölner Gipfel bei seinem Veto. •

Europawahl: GewerkschafterInnen gegen den Trend

Ergebnisse der Europawahl am 13. Juni 1999 in Deutschland (in Prozent)



1) vorläufiges amtliches Endergebnis der Europawahl 1999; 2) Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen
Quelle: Bundeswahlleiter/Forschungsgruppe Wahlen

Verglichen mit der Europawahl 1994 hat sich die CDU/CSU bei allen WählerInnen um rund 10 Prozent von 38,8 auf 48,7 Prozent verbessert, die SPD um 1,5 Prozent von 32,2 auf 30,7 Prozent verschlechtert. Bei den gewerkschaftlich organisierten

WählerInnen hat sich die SPD dagegen im Vergleich zu 1994 sogar um knapp ein Prozent verbessert – von 44 auf 45 Prozent. Auch der Stimmengewinn für die CDU/CSU fiel geringer aus: von 27 Prozent (1994) auf 34 Prozent (1999).

Ausbildungsplätze

Bescheidener Anfang

In einer Untergruppe der Bündnis-AG Aus- und Weiterbildung ist auf Initiative der IG Metall, des Fachverbandes Informationstechnik und des Bildungsministeriums eine erste konkrete Vereinbarung zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze

getroffen worden. Sie soll am 6. Juli offiziell verkündet werden. In der Zukunftsbranche Informationstechnik (IT) soll danach die Zahl der Lehrstellen in den nächsten drei Jahren von 14 000 auf 40 000 fast verdreifacht werden. DGB-Vorstand Regina Görner befürchtet, dass auch 1999 jede/r vierte der rund 800 000 BewerberInnen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz leer ausgeht. Der gegenwärtige Zu-

geplant... beschlossen

Nach der Sommerpause werden **Gremiensitzungen des DGB nicht mehr in Düsseldorf, sondern in Berlin stattfinden. Das hat der Bundesvorstand beschlossen.**

Drei Tage lang wird der DGB im Oktober seinen 50. Geburtstag am Gründungs-ort München feiern: mit einer wissenschaftlichen Konferenz unter dem Titel „Arbeit an der Zukunft“ am 11./12. Oktober und einem Festakt am 13. Oktober. Mitfeiern werden auch die Gewerkschaftlichen Monatshefte, die ebenfalls 50 werden, und am 12. Oktober zu einem „Feier-Abend“ einladen.

wachs in der Ausbildungsstatistik um knapp 22 000 Plätze sei allein dem Jump-Programm der Bundesregierung zu verdanken. Görner: „Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildung – und die bekommen wir nur mit einer Umlage.“ •

wiewardiewoche?



Michael Rittmeier, 41, ist Sekretär in der Abteilung Politische Planung, Presse und Öffentlichkeitsarbeit des DGB Nord. Seetauglich ist er auch, das hat er auf dem DGB-Schiff bei der Ostsee-Rosenregatta gerade bewiesen.

Eine Chaos-Woche – anders ist sie kaum zu bezeichnen. Es begann mit einem Anruf, demzufolge sich der DGB Nord mit der dänischen Flagge schmückt. Hintergrund: Für das Medienspektakel „Internationale Rosenregatta“ hatten wir in der Vorwoche gemeinsam mit der IG Metall Küste und der Projektgruppe Expo 2000 von Mecklenburg-Vorpommern ein Schiff gechartert. Insgesamt segelten mehr als 200 Journalisten aus der ganzen Republik, aus

Dänemark und Russland eine Woche lang die Ostseeküste entlang und bekamen Projekte im Küstenland vorgestellt. Selbstverständlich, dass unser Schiff während des Segeltörns die DGB-Fahne führte. Weniger selbstverständlich allerdings, was dem Skipper nach dem Törn beim Übergang in dänische Hoheitsgewässer widerfuhr. Da es Pflicht ist, die Fahne des Gastlandes zu führen, sollte die dänische Flagge gehisst werden. Als die sich voll entfaltete, entpuppte sie sich als die Fahne des DGB. Unser Gepäck – wieder in Schwerin – enthielt statt dessen die dänische Flagge. Die Woche ging so weiter: Bänderrisse scheinen ansteckend zu sein. Nicht nur der mecklenburg-vorpommersche Minister für Arbeit und Soziales, Helmut Holter, wurde damit außer Gefecht gesetzt, auch ein IG Metall-Kollege. Und so musste ein Gespräch mit dem

Ministerium über unser Projekt gegen Rechts-extremismus verschoben werden. Begonnen hat das Projekt schon im letzten Jahr: mit örtlichen Bündnissen von Neustrelitz bis Neubrandenburg, einem „Ratschlag gegen Rechts, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit“ und einer Demokratietour durch Berufsschulen. Die Arbeit im „Verein für Demokratie und Toleranz“ soll nun professionalisiert und mit wissenschaftlicher Begleitforschung in den nächsten fünf Jahren abgesichert werden. Derzeit bereiten wir außerdem eine Kampagne zur neuen 630-Mark-Regelung vor. Erste positive Auswirkungen: Es gibt eine große Zahl von Neuanmeldungen bei den Krankenkassen, in vielen Bereichen sind bereits neue Teilzeitleisten entstanden. Da fällt es nicht schwer, klarzumachen, dass die ganze Aufregung um das neue Gesetz scheinheilig ist.

POLITIK AKTUELL

Bündnis für Arbeit

DGB dringt auf konkrete Verabredungen

Vom nächsten Spitzengespräch der Bündnispartner am 6. Juli erwartet der DGB konkrete Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitgeber sollen erklären, wie sie ihre Zusage einlösen wollen, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt. Zudem sollen drei schnell wirksame Instrumente der Arbeitsumverteilung eingesetzt werden: Abbau von Überstunden, Verkürzung der Lebensarbeitszeit, mehr Teilzeitarbeit.

Mehr Ausbildungsplätze

„Jeder Jugendliche, der will und kann, soll einen Ausbildungsplatz erhalten“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 7. Dezember 1998. Die Realität sieht bislang anders aus. In den neuen Bundesländern bietet nur ein Viertel aller Betriebe überhaupt Ausbildungsplätze an. Die Berufsausbildung ist dort praktisch zu einer staatlichen Veranstaltung geworden. In Westdeutschland rettet man sich mit Appellen und Sonderprogrammen über die Runden. Das Sofortprogramm der Bundesregierung für 100 000 Jugendliche ist zwar ein wichtiger Schritt, die vom DGB geforderte „tragfähige und zukunftsichere Lösung“ jedoch nicht. Schlimmer noch: In den Großunternehmen ist die Ausbildungsquote auf den historischen Tiefstand von drei Prozent gesunken. Deshalb wollen die Gewerkschaften hier den Hebel ansetzen und „Vereinbarungen über die Erhöhung der Ausbildungsquote“ treffen.

Überstundenabbau

Die Zahl der Überstunden ist im vergangenen Jahr noch einmal gestiegen – um 20 Millionen auf 1,83 Milliarden. In zehn Prozent aller Betriebe werden sogar ständig Überstunden geleistet; sie addieren sich pro ArbeitnehmerIn auf 62 im Jahresdurchschnitt. Das gesamte Überstundenvolumen entspricht rein rechnerisch einer Million Vollzeit-Arbeitsplätzen. Dieser Überstundenberg müsse „so rasch wie möglich“ abgebaut und in neue Arbeitsplätze verwandelt werden,

fordert der DGB. Die Mehrarbeit der einen dürfe nicht die Arbeitslosigkeit der anderen zementieren. Mit dem Abbau der Überstunden müsse „jetzt“ begonnen, ein Drittel könne „sofort“ abgebaut werden.

Verkürzung der Lebensarbeitszeit

Länger arbeiten oder weniger Rente – vor dieser fatalen Alternative stehen Millionen ArbeitnehmerInnen, nachdem die Kohl-Regierung die Altersgrenze für den Rentenbezug heraufgesetzt hat. Damit es dabei nicht bleibt und der Anstieg des Rentenalters nicht alle beschäftigungspolitischen Anstrengungen zunichte macht, soll die Lebensarbeitszeit sozialverträglich verkürzt werden. Ziel ist, die Rente ab 60 per Tariffonds – und damit den vorzeitigen Ruhestand ohne Rentenabschläge – zu ermöglichen. Schätzungsweise 80 Prozent der rund drei Millionen ArbeitnehmerInnen zwischen 55 und 65 Jahren könnten die Rente mit 60 in Anspruch nehmen. Das wären 2,4 Millionen in den nächsten fünf Jah-

ren. Wenn nur zwei Drittel der Stellen wiederbesetzt würden, könnten 1,6 Millionen junge Menschen und Arbeitslose einen Job finden.

Außerdem wollen die Gewerkschaften das Altersteilzeitgesetz attraktiver gestalten, damit mehr Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr schrittweise aus dem Arbeitsleben ausscheiden können. Das Gesetz müsse auch für Teilzeiterkräfte gelten, die vorgeschriebene Halbierung der Arbeitszeit solle aufgehoben werden. Es müsse möglich sein, jede Reduzierung der bisherigen Arbeitszeit bis auf 50 Prozent zu vereinbaren.

Mehr Teilzeit

Würde die deutsche Teilzeitquote auf das Niveau der Niederlande aufgestockt, könnten nach Berechnung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 490 000 Arbeitsplätze entstehen. Erforderlich dafür ist aus DGB-Sicht ein individueller Anspruch jedes Beschäftigten, seine Arbeitszeit nach seinen Wünschen reduzieren zu können – beispielsweise per Gleitzeit, Sabbatjahr, verlängerten Urlaubszeiten oder Vier-Tage-Woche. Außerdem dürften Teilzeitbeschäftigte nicht länger benachteiligt werden, zum Beispiel bei der Bezahlung, der Weiterbildung oder den Aufstiegsmöglichkeiten. •

Kein Niedrigsteuerland?

Die Wissenschaftlertruppe des Bündnisses für Arbeit (Benchmarking AG), die in Sachen Niedriglohn-Subvention so viel Aufsehen erregt hat, mag sich bei der Einschätzung des deutschen Steuersystems nicht recht entscheiden. Die nationalen Steuersysteme ließen sich nicht auf eine einzige Maßzahl reduzieren, anhand der

sich entscheiden ließe, welchen Rang das deutsche System im internationalen Vergleich einnehme, heißt es in einem dreiseitigen Ergebnis-Papier der AG. Dennoch ist sie sich einig, „dass Deutschland kein Niedrigsteuerland ist“. Sondern? „...dass die effektive Steuerbelastung deutscher Unternehmen im oberen Mittelfeld liegt“.

„Offensiv“

wollen der DGB und seine Gewerkschaften das Bündnis für Arbeit „begleiten“. Den gewerkschaftliche Botschaften sind in der öffentlichen Debatte über das Bündnis zur Zeit unterrepräsentiert; die Proteste der Arbeitgeber gegen Rot-Grün dominieren das Bild. Mehr noch: Gewerkschaftspolitik wird oft als Teil des Problems dargestellt, nicht als Lösungsangebot.

Deshalb soll der internen und externen Öffentlichkeit vermittelt werden, wie aus gewerkschaftlicher Sicht ein Bündnis für Arbeit zustande



kommen kann. Vorrang hat dabei die Forderung „Ausbildung sichern, Arbeit gerecht verteilen“. Sie mündet in die Schlussfolgerung: „So wird es ein Bündnis für Arbeit“.

Ein Plakat, ein Argumentationsfaltblatt, eine Anzeige in der Gewerkschaftspresse und Publikationen auf der DGB-Homepage mit hohem Service-Anteil für Jugendliche auf Ausbildungsplatzsuche, Pressekonferenzen und Interviews sollen die Aktion befördern.

Umbau des WSI-Gebäudes

3,5 Mio für Multimedia

Das DGB Bildungswerk will in den nächsten fünf Monaten 3,5 Millionen Mark investieren, um den Anbau der Düsseldorfer DGB-Zentrale in ein multimediales Bildungszentrum zu verwandeln. Schwerpunkt des neuen Bildungszentrums sind Tagesseminare zum EDV-Einsatz, die Themenpalette reicht von Bürosoftware bis Internet.

Neben insgesamt 45 PC-Arbeitsplätzen wird auch ein eigener Bildungsserver installiert, auf dem



Foto: Hoppe

die Gewerkschaften Online-Kurse und Seminarprogramme ins Internet einstellen können. Außerdem sollen im Haus 40 Büroräume entstehen, in die auch der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben einziehen wird.

Genutzt werden soll für das neue Bildungszentrum auch der Saal drei des DGB, in dem bislang

Vier Jahre nach dem Auszug des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) wird der Anbau der DGB-Bundesvorstandsverwaltung zum Bildungszentrum umgebaut.

die Bundesvorstandssitzungen vorbereitet werden. Eröffnet wird das umgebaute Gebäude am 9. Dezember. Dann feiert das DGB Bildungswerk seinen 25. Geburtstag. •

DGB-Jugend

Junge Ausländer im Blick

Ob in Schule, Ausbildung, Beruf oder Alltag – Jugendliche ausländischer Abstammung stehen zahlreichen Problemen gegenüber. Das Heft „Lebenssituation von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ der DGB-Jugend zeigt mit Tabellen und Statistiken, wo es an Chancengleichheit mangelt. •

Einzelexemplare kostenlos
Fax: 0211/43 01 409

Heinrich-Böll-Stiftung

Zur Zukunft der Demokratie

Wie steht's um das vereinte Deutschland? Antworten auf diese Frage sucht eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 2./3. Juli in Berlin. Unter dem Titel „Welche Demokratie? 10 Jahre nach der Wende. Eine Bilanz“ sollen sieben Foren in die Zukunft der deutschen Demokratie blicken. •

Infos und Anmeldung
Tel.: 0172/785 48 85
E-Mail: demokratie@boell.de

Weiterbildung

„Kurs direkt“ aus Nürnberg

Das ausführliche Informationsangebot zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Online-Datenbank „Kurs direkt“, präsentiert das Arbeitsamt künftig auf den eigenen Internet-Seiten. Bislang wurde die nach eigenen Angaben weltweit größte Datenbank zur Weiterbildung vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, betreut. Ab dem 5. Juli ist „Kurs direkt“ neben SIS, dem „Stellen-Informationen-Service“ und ASIS, dem „Ausbildungs-Stellen-Informationen-Service“, im Internet unter www.arbeitsamt.de zu finden. Das komplette Angebot ist auch auf den Arbeitsamt-Computern abrufbar. •

was sie kosten und welche finanziellen Förderungen existieren. Anhand einer Checkliste können Interessierte prüfen, ob eine Teilnahme für sie sinnvoll ist. •

Bestellungen (Preis 3,95 DM): BiBB
Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin
Zum Download: www.zfu.de

DGB Berlin-Brandenburg

Antworten auf hohle Phrasen

Schlaue Antworten auf ausländerefeindliche Sprüche gibt ein Falblatt des DGB Berlin-Brandenburg und der Aktion Gelbe Hand. Von Kriminalität bis zu Arbeitslosigkeit räumt „Döner, Pizza, Nachos und Co. – die Gerüchteküche“ mit landläufigen Vorurteilen auf. •

Infos und Bestellungen
Tel.: 030/212 40 321

IG Metall Hannover

Arbeit reduziert, Jobs geschaffen

ArbeitnehmerInnen in sechs Betrieben der niedersächsischen Metallindustrie haben ihre Arbeitszeit reduziert und damit Arbeitsplätze geschaffen. Grundlage hierfür ist ein 1998 geschlossener Tarifvertrag. Eine Zwischenbilanz des Pilotprojekts zieht die IG Metall-Bezirksleitung Hannover in der Broschüre „Das Niedersächsische Modell: Der Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung“. Neu am Modell: ein Verein von Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Land Niedersachsen, der den Lohnverlust, der durch die Arbeitszeitverkürzung entsteht, größtenteils ausgleicht. •

Bestellungen
Fax: 0511/161 22 73

Fernunterricht

Neuer Ratgeber mit Checkliste

Geld verdienen und sich trotzdem weiterbilden – diese Chance bietet Fernunterricht. Alle wichtigen Infos zum Thema stecken im neuen „Ratgeber für Fernunterricht '99“ des Bundesinstituts für Berufsbildung“ (BiBB) und der Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU). Er listet auf, welche Fernlehreurse es gibt,

Arbeitsrecht

Wegen Schmähe im Netz gekündigt

Wer im Internet seinen Arbeitgeber verunglimpft oder sich negativ über Betriebsinterna äußert, muss mit Kündigung rechnen. Das schreibt das Magazin *Computer-Fachwissen für Betriebs- und Personalräte* der Bund-Verlag Gruppe in ihrer Juni-Ausgabe. Konkret hatte

der Angestellte einer Kommune im Internet mehrfach seinen Dienstherrn kritisiert und Gemeindestatistiken als gefälscht bezeichnet. Seine verhaltensbedingte Kündigung wurde in erster und zweiter Instanz bestätigt (Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, 2 Sa 330/98). •

DGB Bildungswerk

Firmencheck für die Umwelt

Ist die Firma reif für die Umwelt? Die Sommeraktion „Fitnessprogramm für Umweltmanagement“ des AQU-Projekts richtet sich an Firmen, die ihren Umweltschutz ausbauen möchten. Ist ein Fragebogen ausgefüllt, stellen die AQU-Mitarbeiter des DGB Bildungswerks maßgeschneiderte Vorschläge zur betrieblichen Weiterbildung im Sinne der EG-Öko-Audit-Verordnung zusammen. •

Checkliste und Infos
DGB-Bildungswerk
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Fax: 0211/43 01 500

GEWERKSCHAFTEN

ÖTV-Projekt: Kommunikationsstrategie

Mitgift für ver.di

„Zielgruppenorientiert und erfolgskontrolliert“ soll die Öffentlichkeitsarbeit der ÖTV künftig sein. Das ist eine Schlussfolgerung aus dem Projekt „Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für die ÖTV“, das die Gewerkschaft gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung durchführt. Im Juli beginnt die Umsetzung.

„Mehr als 75 Prozent aller ÖTV-Aktivitäten sind dem Kernprozess Kommunikation zuzurechnen“, stellte die Münchener Unternehmensberatung Beck, Fuchs und Wiegmann bei der Analyse der ÖTV-Kommunikationsstrukturen fest. Keine Aktivität binde mehr Ressourcen. „Mangelnde Zielgerichtetheit und Reibungsverluste innerhalb des Prozesses schlagen unmit-

Gestartet wurde die Kooperation im Frühjahr 1998. Das Modellprojekt ist auf etwa zweieinhalb Jahre angelegt, das Budget von rund 1,1 Millionen Mark bringen ÖTV und Bertelsmann Stiftung je zur Hälfte auf. Für die Stiftung ist das Kooperationsprojekt eingebettet in ihre Studien zur politischen Kommunikation. „Für uns ist der Modellcharakter entscheidend“, er-

Bereitschaft der Beschäftigten, am Thema Kommunikation zu arbeiten, ist groß“, sagt auch Claudia Langen. Seit April 1998 nimmt die Projektgruppe unterstützt von externem Sachverstand Öffentlichkeitsarbeit und innergewerkschaftliche Kommunikation unter die Lupe. Das Kölner Institut für empirische Psychologie (ifep) befragte 1200 ÖTV-Mitglieder, 800 Nichtmitglieder aus dem Organisationsbereich der ÖTV und 3000 weitere Personen zum „Image“ der ÖTV und führte eine LeserInnen-Befragung zum ÖTV-Magazin durch. „Ungeordnet und unsystematisch“ seien die ÖTV-Publikationen, befand die Unternehmensberatung Beck, Fuchs und Wiegmann. Dringend notwendig sei, das Thema Mitgliederwerbung verstärkt zu bearbeiten, die EDV- und Kommunikations-Infrastruktur neu auszurichten und das ÖTV-Magazin neu zu gestalten.

Mit einer Medienresonanz-Studie wird die Analyse in Kürze abgeschlossen, „ab Juli werden die Erkenntnisse umgesetzt“, erklärt Herbert Mai. So sollen die Abteilungen Presse, Werbung und Redaktion beim Hauptvorstand stärker miteinander verzahnt werden und durch einen Kommunikationsmanager koordiniert werden. Das ÖTV-Magazin wird wie die anderen ÖTV-Publikationen einem kompletten Relaunch unterzogen und von „Funktionärs-Ballast“ befreit. Die Pressearbeit der ÖTV soll Zielgruppen stärker berücksichtigen. Inter- und Intranet werden weiter ausgebaut. Gedacht ist auch daran, ein Info-Center aufzubauen, das die Bibliothek und die Archive für Recht und Tarifpolitik zusammenführt und das gesamte Wissen der ÖTV übers Netz den Funktionären und Mitgliedern zur Verfügung stellt.

„Die guten Erfahrungen mit dem Projekt und die zahlreichen Erkenntnisse sind auch ein Stück Vorarbeit für ver.di“, so der ÖTV-Vorsitzende. „Wir wollen nichts überstülpen, aber die neue Gewerkschaft kann sicher davon profitieren.“ •

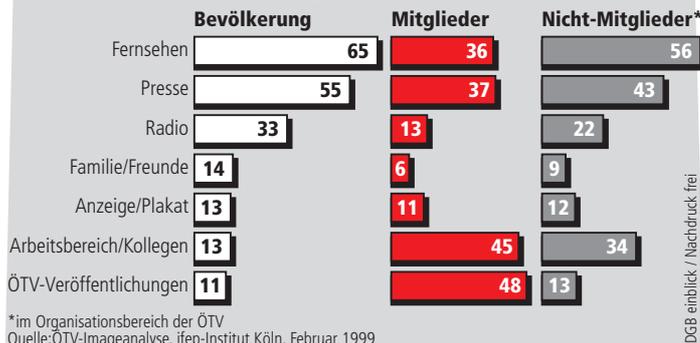
Ziele des Modellprojektes

Die moderne Informationsgesellschaft ist gekennzeichnet durch den Einsatz neuer Medien und eine zunehmende Informationsflut. Sie stellt neue Herausforderungen an die Informationsarbeit und die politische Kommunikation von Gewerkschaften, Parteien, Ministerien, Kirchen und Interessenverbänden.

- In dem Modellprojekt von Ötv und Bertelsmann-Stiftung soll eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden, die zum Ziel hat,*
- ✳ die strategische Planung von politischer Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern,*
 - ✳ das Kommunikationsmanagement im Hinblick auf eine sachgerechte und zielgruppenorientierte Vermittlung politischer Informationen zu optimieren,*
 - ✳ den Medieneinsatz im Dialog mit den Zielgruppen effektiver zu gestalten und*
 - ✳ die Organisationsstrukturen für die Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren,*
 - ✳ die kommunikative Kompetenz für Mitarbeiter aufzubauen oder zu fördern,*
 - ✳ sachgerechte Kooperationsformen mit externen Medienexperten zu entwickeln.*

Fernsehen ist Hauptinformationsquelle

Wo haben Sie zuletzt von der ÖTV gehört? (in Prozent)



87 Prozent der Bevölkerung, so die Imageanalyse, kennen die ÖTV, 62 Prozent finden sie sympathisch, und 19 Prozent wollen mehr Informationen.

telbar auf die Leistungsfähigkeit der Gesamtorganisation durch“, warnen die Unternehmensberater. Dass Kommunikation „der Schlüssel für effektive Gewerkschaftsarbeit“ ist, so der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai, hat die Gewerkschaft schon vor längerem erkannt. Und die großen Mängel und Schwächen der ÖTV in den Bereichen Information und Kommunikation sind seit zehn Jahren bekannt. Mai: „Unser Problem ist oft, den Veränderungsprozess zu gestalten. Für diese Veränderungen haben wir mit der Bertelsmann Stiftung eine kompetente Partnerin gewonnen.“

läutert Claudia Langen von der Bertelsmann Stiftung, die gemeinsam mit Werner Albrecht von der ÖTV die Projektarbeit koordiniert. „Viele Erkenntnisse lassen sich auf andere Gewerkschaften oder Mitgliederorganisationen wie Parteien, Kirche oder Non-Profit-Organisationen übertragen.“

Anfangs waren in der ÖTV die Vorbehalte gegen die Kooperation ziemlich groß. Viele Bedenken sind inzwischen ausgeräumt, das Projekt bezieht die ÖTV-Beschäftigte mit zahlreichen Workshops in die Erarbeitung der neuen Kommunikationsstrategie stark mit ein und setzt auf Transparenz. „Zwischenergebnisse werden laufend veröffentlicht, und im Intranet kann sich jeder an der Diskussion beteiligen“, erläutert Werner Albrecht. „Die

kurz & bündig

DGB

DGB und Deutscher Naturschutzring haben sich für eine stufenweise Erhöhung der Ökosteuern um 30 Milliarden Mark ausgesprochen. Damit könnten die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent reduziert werden.

GEW

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat bei der Bundesregierung ein Verbot von Studiengebühren angemahnt. Dieses Wahlkampfversprechen dürfe nicht einem „kleinkarierten Bund-Länder-Streit“ geopfert werden.

DAG

Die Pilotenvereinigung Cockpit hat das Kooperationsabkommen mit der DAG gekündigt. Grund des Unmuts ist die Tarifpolitik der DAG, die mit der Durchsetzung von Sockelbeträgen vor allem den Interessen der schlecht bezahlten Service-Mitglieder diene, während die Piloten mehr an prozentualen Gehaltserhöhungen interessiert seien, sowie die geplante Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

DGB

Der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen hat die Bundesregierung aufgefordert, soziale Mindeststandards für Call Center vorzuschreiben. Für die 120 000 in diesem Dienstleistungssektor arbeitenden Menschen gebe es kaum Tarifverträge. Die Beschäftigten müssten 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche kurzfristig zur Arbeit zur Verfügung stehen.

Gewerkschaftsprotest in Hessen

Schwarz-Gelb auf Konfrontationskurs

In einem „Hau-Ruck-Verfahren“ will die hessische CDU/FDP-Regierung in nur wenigen Wochen gravierende Verschlechterungen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) und des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGIG) vom Parlament beschließen lassen. Ihr Entwurf eines „Gesetzes zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung“ sieht u.a. vor, die Rechte der Personalräte wesentlich einzuschränken. So soll die Mitbestimmung bei ordentlichen Kündigungen auf eine Mitwirkung reduziert werden. Mit den geplanten

Veränderungen im Gleichberechtigungsgesetz wird Gleichstellungspolitik auf Landesebene erheblich an Bedeutung verlieren. So soll es Frauenbeauftragte und Frauenförderpläne künftig in Dienststellen unter 50 Beschäftigte nicht mehr geben und das Widerspruchsrecht der Gleichstellungsbeauftragten verschlechtert werden. Unter dem Motto „Es ist 5 Minuten vor 12“ rufen DGB und DAG Hessen zu einer Protestkundgebung am 21. Juni im Wiesbadener Kurhaus auf. Mehrere Tausend Demonstranten werden erwartet. •

Infos: 069/2730 05 52

IG BCE gründet Service GmbH

Mehr Nutzen für Mitglieder

Nach der ÖTV hat auch die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) eine eigene Mitgliederservice GmbH gegründet. Durch spezielle Angebote in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Freizeit und Multimedia, die nur Mitgliedern der IG BCE und ihren Familienangehörigen vorbehalten sind, soll die Gesellschaft die Attraktivität der Gewerkschaft erhöhen. Gesellschafter der neuen „IG BCE Mitglieder-Service GmbH“ sind die Allgemeine Deutsche Direktbank in Frankfurt/M., die Bausparkasse BHW in Hameln sowie das Versicherungsunternehmen Volksfürsorge in Hamburg.

Durch die Trennung zwischen IG BCE auf der einen Seite und Service-GmbH auf der anderen Seite werden nicht nur wirtschaftliche Risiken des neuen Serviceangebotes für die Gewerkschaft vermieden, sondern es wird auch steuerrechtlichen Anforderungen Genüge getan. Weil Gewerkschaften gemeinnützig sind, dürfen sie sich nicht selbst wirtschaftlich betätigen.

Auch in der IG BAU gibt es Pläne zur Gründung einer Service

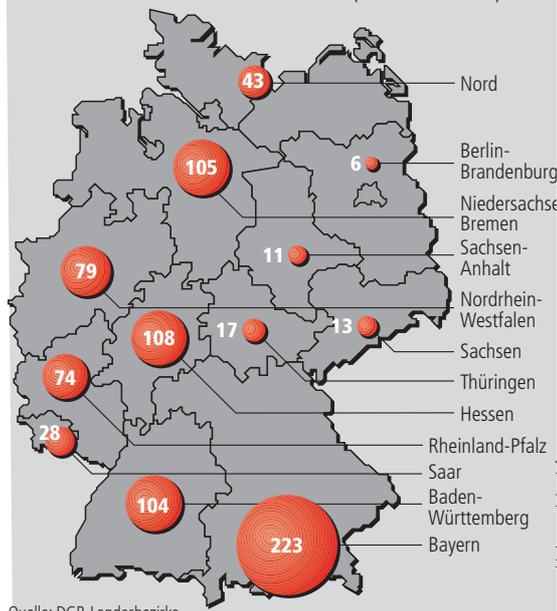


GmbH. Noch sind die Verhandlungen mit den potenziellen Gesellschaftern nicht abgeschlossen, das

Bundesweit mehr als 100 neue Ortskartelle in nur zwei Jahren: Seit Anfang 1997 ist ihre Zahl von 684 auf 811 angewachsen. Das hat eine einblick-Umfrage ergeben. Alle DGB-Landesbezirke haben zugelegt. Bayern liegt mit 223 Ortskartellen weiterhin vorn.

Noch mehr Ortskartelle

Ortskartelle nach DGB-Landesbezirken (Stand 1.1.1999)



Quelle: DGB-Landesbezirke



„Ein zugleich trennendes wie verbindendes Quadrat“, mit diesem Logo will die neue

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in den nächsten Jahren öffentlich auftreten. Präsentiert werden soll das Logo nicht nur auf Briefbögen und Broschüren, sondern auch auf Plakaten und Transparenten. Entwickelt hat das Markenzeichen die Kölner Werbeagentur Hansen. Es soll zeigen, dass der Zusammenschluss von ÖTV, DAG, DPG, HBV und IG Medien zu ver.di mehr ist als die Summe der bisherigen Einzelgewerkschaften: ein „Neubeginn mit einem modernen, starken, selbstbewußten Design“ und einer „offensiven, attraktiven und selbstbewussten Sprache“.

Konzept soll aber Ende August stehen, damit es auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Karlsruhe den Mitgliedern präsentiert werden kann. Starten soll die geplante Service GmbH der IG BAU im Oktober. •

DGB-Chef zum Thesenpapier Schröder/Blair

„Veränderungsdebatte aufnehmen“

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte schaltet sich in die Debatte um das strittige Thesenpapier der sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs Gerhard Schröder und Tony Blair ein: Er rät den Gewerkschaften, sich mit eigenen Vorstellungen an der Diskussion zu beteiligen.

Gerhard Schröder und Tony Blair werden sich freuen. Sie haben mit ihrem Papier erreicht, was sie wollten: eine Debatte. **Wir sind gut beraten, uns an ihr zu beteiligen.** Mit eigenen, politikfähigen Vorstellungen. Mich stört nicht, dass der BDI-Präsident als einer der ersten das Papier lobt – vermutlich, ohne es gelesen zu haben. Mich stört schon eher, dass einige kritische Äusserungen aus unseren Reihen wie ein Versuch gewertet wurden und zuweilen auch gewertet werden konnten, Denkverbote zu verordnen. Und mich stören natürlich auch Floskeln, einige Inhalte und Formulierungen in dem Papier selbst.

Aber bei allen Störgedanken bleibt richtig: Wir brauchen eine breite Debatte über die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Europa, und wir brauchen sie nach meiner Einschätzung mehr als andere. Nicht etwa, weil wir nicht selbst richtungsweisende Aussagen zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und Verantwortung hätten. Nein, wir verfügen über solche Konzepte. Erst Ende 1996 haben wir ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Aber ist es uns auch gelungen, diese Grundsätze in eine belastbare, von einer großen Mehrheit getragene Strategie für politisches Alltags Handeln zu übersetzen? Wer hat in den letzten Tagen schon unser Grundsatzprogramm zitiert?

Nehmen wir also die Herausforderung an, die sich in der Diskussion in der europäischen Sozialdemokratie abzuzeichnen beginnt, formulieren wir unsere Politik und machen sie zum Maßstab der Beurteilung für all das, was Tony Blair und Gerhard Schröder von ihren Parteien einfordern. **Vieles davon ist diskussionsfähig, manches durchaus diskussionswürdig.**

Ich halte viel davon, der Steuerpolitik auch eine wachstumsorientierte Funktion zuzumessen, ange-



Foto: Jürgen Seidel

DGB-Vorsitzender Dieter Schulte, 59: „Keine Denkverbote“

bots- und nachfrageorientierte Elemente der Wirtschaftspolitik intensiver miteinander zu verzahnen, den Staat stärker als bisher für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zu aktivieren, die gesetzlichen Lohnnebenkosten durch die Erhebung von Steuern auf den Verbrauch von Umweltgütern abzusenken oder über die Sicherung unserer sozialen Sicherungssysteme nachzudenken. Manche der von Blair und Schröder vorgestellten Überlegungen, manche der verwandten Bilder werden nicht unsere werden, aber **die Fragen, die sie aufwerfen, lassen sich nicht nur rhetorisch lösen.** Auch in unserem Grundsatzprogramm sprechen wir von der Zunahme von gebrochenen Erwerbsbiographien oder fordern mehr Zeitsouveränität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zusammen mit der demographischen Entwicklung werden damit Herausforderungen für unser System der sozialen Sicherheit beschrieben, die ohne Veränderungen nicht bewältigt werden können. Und wir müssen sie bewältigen, wenn wir die Interessen der Arbeitnehmer und

Arbeitnehmerinnen weiterhin vertreten wollen. Nutzen wir also die losgetretene Veränderungsdebatte, treten wir in den europäischen Dialog ein, den Tony Blair und Gerhard Schröder fordern und erweisen uns in dieser Veränderungsdebatte als die gesellschaftliche Zukunftskraft, an der – wie früher – niemand vorbei kommt. •



Foto: dpa/AP, Jordan

„Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn – zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben“

Tony Blair/Gerhard Schröder

Hohe Wellen

schlagen die Aussagen von Schröder und Blair auch in den Gewerkschaften. Die Stellungnahmen reichen von Zustimmung bis Ablehnung. Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, kommentiert: „ein guter Diskussionsansatz, den wir aufgreifen müssen“. Es müsse „überprüft werden, ob alle sozialen Leistungen, die bisher selbstverständlich waren, auch in Zukunft gewährt werden können“. Ähnlich IG Metall-Chef Klaus Zwickel: „Der Staat ist nicht für alles zuständig.“ Kritik kommt vom DAG-Vorsitzenden Roland Isen: „Vieles steht im Widerspruch zum Wahlprogramm der SPD.“ DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer: „Das sind überwiegend alte Botschaften an die Adresse der sogenannten Neuen Mitte. Hier werden Mehrheiten gesucht, wo keine sind. Nicht überall, wo modern draufsteht, ist Zukunft drin. IG Medien-Vorsitzender Detlef Hensche: „ein dümmliches Papier“.



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Faxabruf

0211/43 01 676

„Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten – ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair“ (Auszüge)

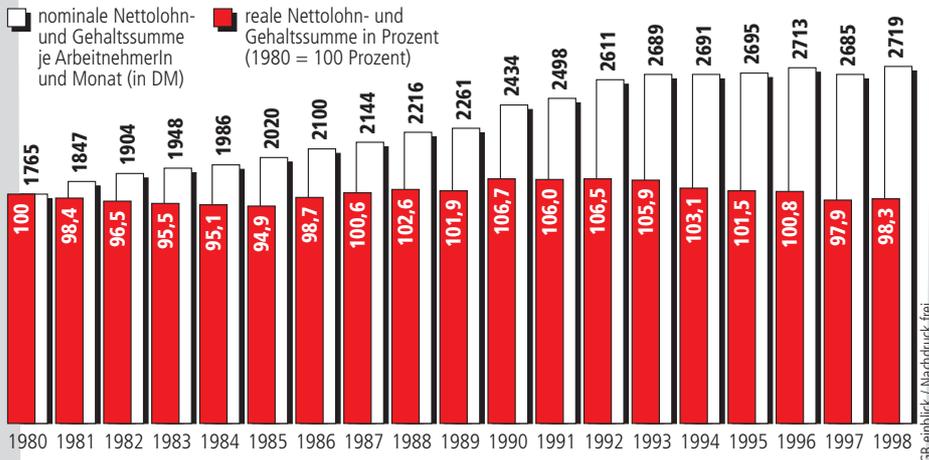
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITNEHMEREINKOMMEN: Weniger in der Tasche als vor 20 Jahren

Zwischen 1980 und 1998 sind die Nettoeinkommen je ArbeitnehmerIn um knapp 1000 DM gestiegen, von 1765 auf 2719 DM. Real, also um die Preissteigerungsrate bereinigt, hatten die ArbeitnehmerInnen 1998 allerdings 1,7 Prozent weniger zur Verfügung als zwanzig Jahre zuvor. Lediglich 1986 und 1990 sind die Nettoeinkommen stark gestiegen (um 4,1 bzw. 4,8 Prozent). In zwölf der letzten neunzehn Jahre ist die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen dagegen gesunken.

Entwicklung der Nettoeinkommen der ArbeitnehmerInnen 1980 - 1998



Tip

Buch: Hubert Kleinert/ Siegmund Mosdorf, *Die Renaissance der Politik*, Siedler Verlag, Berlin 1998, 281 S., 16 DM

In Zeiten der Globalisierung brauchen wir nicht weniger, sondern mehr politische Steuerung. Diese These zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch von Hubert Kleinert, dem Vordenker der Grünen, und dem SPD-Abgeordneten Siegmund Mosdorf. Doch was den beiden Vordenkern vorschwebt ist alles andere als eine Wiederbelebung des Rheinischen

Kapitalismus der siebziger Jahre. Zum Leitbild einer „modernen Linken“ gehört für sie vielmehr „ein unverkrampftes Verhältnis zu Markt und Gewinnstreben“ und ein „sozial verantwortlicher Individualismus“. Der Marktgläubigkeit der Neoliberalen setzen Kleinert/Mosdorf den Primat der Politik entgegen, aber einer Politik, die anerkennt, dass die Gesellschaft sich immer mehr in eine „wachsende Autonomie von Teilsystemen“ auflöst und deshalb neuer Regelungsmechanismen bedarf.

personalien

- **Karola Grodzki**, 43, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Technikbüros des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETB) in Brüssel, ist ab Juli Referatsleiterin für Arbeits- und Gesundheitsschutz beim DGB-Bundesvorstand. Sie folgt **Bruno Zwingmann**, 45, der im Januar zum Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften gewechselt hat. Dienort von Karola Grodzki ist Berlin.
- **Jürgen Hoffmann**, 56, Betriebsratsmitglied der DI Deutsche BauBeCon AG, **Willi Nau**, 56, Betriebsratsvorsitzender der Allgemeinen Deutschen Direktbank, **Edith Schwarz**, 51, seit 1998 Vorsitzende des Konzernbetriebsrates der BGAG, und **Rolf Hoßfeld**, 40, Betriebsratsvorsitzender des Bund-

14 TAGE

- 29.6.-2.7.** Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Helsinki
- 30.6.** Präsentation des Sparkonzepts der Bundesregierung
- 1.7.** Amtsantritt von Johannes Rau als Bundespräsident
- 6.7.** Drittes Spitzentreffen des Bündnisses für Arbeit, Bonn
- 6.7.** Arbeitsmarktbericht für den Monat Juni
- 6.7.** Letzte Sitzung des DGB-Bundesvorstands in Düsseldorf

Verlags, sind am 28. Mai als ArbeitnehmervertreterInnen für den Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) gewählt worden.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Airt, Karl-Heinz Stanzick **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38
Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689
Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Puccini soll ruhig kommen“

Button auf der Internet-Seite der HBV Berlin, unter der Kritiker der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ihre Vorbehalte gegen die neue Mega-Gewerkschaft präsentieren (www.hbv-berlin.de).

630-Mark-Gesetz

Viel Lärm um nichts?

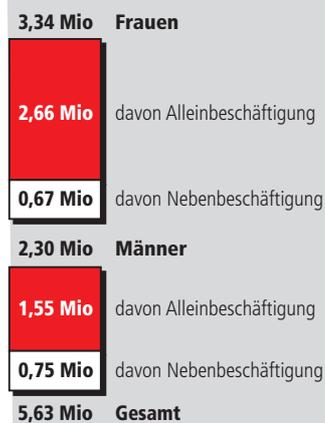
DGB undercover: Anonym haben sich MitarbeiterInnen des DGB Hanau bei 16 Firmen im Main-Kinzig-Kreis um einen 630-Mark-Job beworben. Verblüffendes Ergebnis der verdeckten Umfrage bei Zeitungsverlagen, Hotels, Restaurants, Warenhäusern und Reinigungsfirmen: Kein Unternehmen leidet unter Kündigungen geringfügig Beschäftigter, nur eines sucht 630-Mark-Kräfte. Der Taxi-Dienst Hanau erklärte sogar, nur aus Sympathie mit den Arbeitgeber-Protesten gegen das Gesetz demonstriert zu haben; kein Fahrer sei geringfügig beschäftigt, alle seien selbständig.

Auch die Bundesanstalt für Arbeit (BA) konnte bislang „nichts Auffälliges feststellen“, so BA-Sprecher Roland Schütz. Zwar haben geringfügig Beschäftigte, die weniger als 15 Wochenstunden arbeiten und nicht mehr als 630-Mark verdienen, keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Trotzdem könnten sie sich – in der Hoffnung auf einen Job – beim Arbeitsamt arbeitssuchend melden. Haben sie jedoch nicht. Umgekehrt haben

630-Mark Jobber:

Frauen vorn

Geringfügig Beschäftigte 1997



Quelle: Bundesarbeitsministerium

DGB einblick / Nachdruck frei

Als Ausnahme gestartet, zur Regel geworden: Allein von 1992 bis 1997 stieg die Zahl der nicht sozialverpflichtigen Mini-Jobber um fast ein Viertel von knapp 4,5 auf über 5,6 Millionen.

die Arbeitgeber auch nicht mehr offene Stellen gemeldet.

Seit 1. April zahlen Arbeitgeber für 630-Mark-Kräfte einen Krankenkassen- und Rentenbeitrag von 22 Prozent. Zwar können der AOK-Bundesverband und der Verband

Deutscher Rentenversicherungsträger noch keine aussagekräftigen Zahlen zu den Auswirkungen des umstrittenen Gesetzes liefern. Doch erste konkrete Erfahrungen deuten darauf hin, dass ein Großteil der Mini-Jobs in sozial gesicherte Teilzeitarbeit umgewandelt wird. „Nur ein ganz kleiner Teil geringfügig Beschäftigter – vorwiegend im Nebenjob – hat gekündigt“, so Inga Kulms von der IG Medien. Dennoch: Als die ZeitungszustellerInnen auf ihrem ersten Bundeskongress Ende Mai die Regierung aufforderten, keine Ausnahmen vom Gesetz für Verlage zu erlassen, empörte sich der Zeitungsverlegerverband über diese „Gewerkschaftsideologen“.

„Unterschiedliche Signale“ empfängt Christa Stadler, Gewerkschaft HBV, aus dem Einzelhandel: von „keine Einstellung mehr auf 630-Mark-Basis“ bis „Stundenaufstockung für geringfügig Beschäftigte“. Elisabeth Bothfeld von der Gewerkschaft NGG macht im Bäckerhandwerk die Erfahrung, dass Mini-Jobs „überwiegend“ in reguläre Teilzeit-Jobs umgewandelt werden. Das rechne sich auch für die Arbeitgeber. Sie müssten dann weniger als 22 Prozent Sozialabgaben zahlen. Teilzeitbeschäftigte (Steuerklasse V) müssen jedoch 1120 Mark brutto verdienen, um auf 633 Mark netto zu kommen.

„Bei uns hat sich gar nichts geändert“, lautete ein E-Mail der IG BAU Mainfranken an den Bundesvorstand. Zwar habe es bei manchen Reinigungsfirmen „ein bisschen Ärger“ gegeben „wegen neuer Verträge, die sie den Mädels aufzwingen wollten“, aber den habe man „in den Griff gekriegt“. ●

plusminusBONN

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat den Abschiebestop für Flüchtlinge, die nur unter Anwendung von körperlicher Gewalt abgeschoben werden können, aufgehoben. Allerdings soll in Zukunft auf die Verwendung von Integralhelmen verzichtet werden, „damit die freie Atmung des Rückzuführenden gewährleistet ist“.

Gisela Frick, steuerpolitische Sprecherin der FDP, will die Wirtschaft durch die Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung fördern. Wer größere Servicebereitschaft fordert, dürfe „die Belohnung für guten Service nicht bestrafen“. Trinkgeld sei nicht Teil von Lohnzahlungen, „sondern freiwillige Leistung Dritter“.

inhalt

Seite 3

Rentenerhöhung nach Kassenlage

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer sieht durch die Rentenpläne der Regierung das Vertrauen in die gesetzliche Alterssicherung gefährdet

Seite 5

Vorzeitig ausgebremst

Die Vorschläge der Grünen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben kaum Chancen, beim nächsten Spitzentreffen des Bündnisses für Arbeit gehört zu werden

Seite 7

Der Krieg ist nicht vorbei

Branislav Canak, Präsident des größten unabhängigen Gewerkschaftsbundes Jugoslawiens, beurteilt die Demokratisierung Serbiens skeptisch



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ipn.delaric
Anschriften und Materialien für die Antirassismus-Arbeit



Im Faxabruf

0211 / 43 01 663
Stellungnahme des DGB zum Bundeshaushalt vom 6. Juli

? ...nachgefragt



Am Widerstand Deutschlands ist am 24. Juni die EU-Richtlinie zur kostenlosen Rücknahme von Altautos gescheitert. „Dient die Entscheidung den Autofahrern?“ Rainer Hillgärtner, 47, ist Pressesprecher des Auto-Club-Europa (ACE).

„Die Entscheidung ist gegen die Interessen der Verbraucher gerichtet. Bundeskanzler Schröder hat sich als Mann der Autoindustrie geoutet, nicht als Vertreter der Autofahrer. Denn in einem

entscheidenden Punkt hebt sich die gescheiterte EU-Richtlinie positiv von der deutschen Altauto-Verordnung ab: in der Verpflichtung der Industrie, alle gebrauchten PKW kostenlos zu entsorgen. Bei der Anhörung zur deutschen Altauto-Verordnung hatten die Gewerkschaften die unverbindliche Selbstverpflichtungserklärung, nur Altautos zurückzunehmen, die nicht älter als zwölf Jahre sind, als Placebo gegeißelt. Klaus Zwickel fand sie damals „halbherzig“. „Die Selbstverpflichtung ist Propaganda“, sagte er. Heute sind gewerkschaftliche Stellungnahmen eher von selten anmutender Mehrdeutigkeit geprägt. Dass die Bundesregierung auf Grund einer Intervention von VW-Chef Piëch von ihrer ursprünglichen Position abgerückt ist, fügt nicht nur der Umwelt Schaden zu. Wenn der Eindruck entsteht, dass sich ein gewählter Kanzler von der Autoindustrie fernsteuern lässt, schadet das auch unserer Demokratie. Die Gewerkschaften sollten sich ihrer Argumente erinnern, die sie seinerzeit gegen die deutsche Altauto-Verordnung formuliert haben.“

Sozialwahlen: Gewerkschaftslisten in der Minderheit

Vergleich der Sozialwahlen 1999 und 1993

	1999		1993	
	Wahlergebnis in Prozent	Sitze	Wahlergebnis in Prozent	Sitze
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	27,8	8 (von 30)	30,1	9 (von 30)
Barmer Ersatzkasse (BEK)	28,1	9 (von 30)	—*	8 (von 30)
Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK)	23,6	7 (von 30)	29,2	—*
Hanseatische Ersatzkasse (HEK)	22,2	6 (von 27)	31,6	8 (von 25)
Kaufmännische Krankenkasse (KKH)	13,4	4 (von 30)	17,6	4 (von 30)
Techniker Krankenkasse (TK)	19,6	6 (von 30)	18,1	5 (von 30)
Hamburg-Münchener-Ersatzkasse (HaMü)	24,9	5 (von 21)	23,9	5 (von 29)
AOK Rheinland-Pfalz	67,1	—*	—**	—**

*keine Angaben; **keine Urwahl

Quelle: DGB-Bundesvorstand

DGB einblick / Nachdruck frei

Die Ergebnisse der Sozialwahlen 1999 bestätigt die Schlussfolgerung aus der vergangenen Wahl: Unter den Bedingungen des geltenden Wahlrechts – danach dürfen Wählerlisten unter dem Namen des Versicherungsträgers antreten – werden diese Interessengemeinschaften ihre hohen Stimmenanteile behalten, Gewerkschaftslisten in einer Minderheitenposition stagnie-

ren. Bei der AOK Rheinland-Pfalz, wo der DGB nur gegen die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) kandidiert hat, errang er dagegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Insgesamt unterscheiden sich die Wahlergebnisse 1999/93 kaum. Die Wahlbeteiligung ist hingegen gesunken, bei der BfA beispielsweise um drei auf 39 Prozent.

wiewardiewoche?



Hartmut Meine, 47, Bezirksleiter der IG Metall in Hannover, hat im Auftrag von sechs Gewerkschaften einen Tarifvertrag für die 7000 LeiharbeiterInnen abgeschlossen, die im kommenden Jahr auf der Expo in Hannover arbeiten werden.

Foto: NOVUM/Walter Schmidt

Angefangen hat die Woche mit einer Unterschrift. Über ein Jahr haben wir verhandelt, um vernünftige Arbeitsbedingungen für die 7000 Küchenhilfen, Hostessen und Medienbetreuer durchzusetzen, die der Personaldienstleister Adecco für die Expo in Hannover einstellen will. Die Leiharbeiter werden zwischen 13,50 Mark und 26 Mark verdienen. Und vor allem: Alle werden in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis beschäftigt, mit Urlaubsanspruch und Zahlungen in die Rentenkasse. 630-Mark-Jobs werden auf der Expo keine Rolle spielen. Das ist für uns besonders wichtig, denn in Hannover wird die Welt zu Gast sein, und wir wollen zeigen, dass das deutsche Arbeitssystem auch unter den besonderen

Bedingungen einer Weltausstellung zukunftsfähig ist. Der Expo-Vertrag beschreitet gewerkschaftspolitisches Neuland. Er ist zwar nicht der erste Tarifvertrag, den die IG Metall mit einer Zeitarbeitsfirma abschließt, aber der erste in dieser Größenordnung. Für fünf Monate entsteht in Hannover ein Großbetrieb auf Zeit mit 23 000 Beschäftigten. Der Expo-Tarifvertrag ist ein wichtiger Schritt zur Öffnung gegenüber dieser Branche. Nach der Beschlusslage hätten wir nämlich nicht mit Adecco verhandeln dürfen, offiziell lehnt die IG Metall Zeitarbeitsfirmen noch immer ab. Neuland ist der Tarifvertrag aber auch, weil nicht nur die IG Metall am Tisch gesessen hat, wir haben die Verhandlungen auch im Namen von IG BAU, HBV, ÖTV, NGG, DAG und DGB geführt.

Der Rest der Woche war weniger spektakulär, aber nicht weniger wichtig. Am Dienstag und Mittwoch habe ich mit den KollegInnen aus den Geschäftsstellen über die Mitgliederwerbung diskutiert. Und am Donnerstag stand ein Treffen mit Betriebsräten aus der Automobilzulieferindustrie auf der Tagesordnung. Alles gewerkschaftliche Kärnerarbeit, aber das ist es doch, was unsere Arbeit ausmacht.

geplant... → beschlossen

Der DGB will mit dem Gesamtbetriebsrat Verhandlungen über eine neue Gehaltsstruktur aufnehmen. Ausschlaggebend für die Definition von Gehaltsgruppen sollen künftig „Anforderungsprofile und Qualifikationen“ sowie „Festlegungen von Mitgliedsgewerkschaften“ und „tarifvertragliche Regelungen in vergleichbaren Dienstleistungsbereichen“ sein. Geplant ist zudem die Einführung eines Beurteilungssystems, die Einführung „besonderer Gehaltsgruppen für Aushilfs- und befristete Tätigkeiten“ und die „Festlegung von Eingangs-Gehaltsgruppen“ bei Neueinstellungen. Das haben die Vorstandsekretäre des DGB empfohlen.

Das öffnet der Willkür Tür und Tor

Rentenerhöhungen nach Kassenlage lehnt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer strikt ab: „Dafür gibt's keinen akzeptablen Grund.“ Die Kürzung der Sozialabgaben des Bundes für Arbeitslosenhilfeempfänger dokumentiere „in Verbindung mit dem Verzicht auf Unternehmens- und Vermögenssteuern die soziale Schieflage des Sparpakets“.

■ Was ist dran am Vorwurf der „Rentenlüge“? Rot-Grün hat zwar den Blümschen Demographiefaktor ausgesetzt, der langfristig das Rentenniveau von 70 auf 64 Prozent abgesenkt hätte. Jetzt aber sinkt das Niveau in nur zwei Jahren auf 66 Prozent, die Rente soll nicht einmal um die Inflationsrate steigen.



Ursula Engelen-Kefer,
stellvertretende
Vorsitzende des DGB

■ Der Vorwurf wird von denen erhoben, die am wenigsten dazu Anlass haben. Die alte Regierung hat die Rentenversicherung in die Schwierigkeiten gebracht, aus denen die neue sie herauszuholen versucht.

■ Der Überschuss in den Rentenkassen steigt bis Jahresende auf 27 Milliarden Mark. Warum sollen die RentnerInnen trotzdem verzichten?

■ Dafür gibt's keinen akzeptablen Grund, zumal die RentnerInnen in den letzten Jahren mit niedrigen Rentensteigerungen auskommen mussten. Jetzt, wo die Nettolöhne wieder steigen, kann man ihnen doch nicht in die Tasche greifen.

■ Die Nettorentenformel wird außer Kraft gesetzt. Müssen wir künftig mit Rentenerhöhungen nach Kassenlage rechnen?

■ Wenn das einmal gelingt, habe ich die große Sorge, dass man diesen Versuch wiederholt. Das öffnet der Willkür Tür und Tor. Wir brauchen in der Rentenversicherung aber Vertrauen.

■ Wer garantiert, dass die Nettorentenformel 2003 wieder gilt?

■ Eben, das ist die große Frage.

■ Wäre es nicht besser, die Lohnbezogenheit der Rentenanpassung beizubehalten, aber die Nettolohn-

erhöhungen herauszurechnen, die sich durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und das Karlsruher Familienurteil ergeben?

■ Ja. Beides könnte man herausrechnen, weil es für bestimmte Personengruppen gilt. Diese Vorteile müssen nicht unbedingt an die Rent-

nerInnen weitergeben werden.

■ Die geplante private Pflichtvorsorge ist vom Tisch. Leider? Immerhin hätte sie die Rentenkasse entlastet, den Rentenbeitrag stabilisiert und das sinkende Rentenniveau kompensiert.

■ Das Ding hatte einen wahnsinnigen Haken: Es sollte nur von den ArbeitnehmerInnen aufgebracht werden.

■ Die meisten ArbeitnehmerInnen sorgen schon privat vor.

■ Daran wollen wir auch niemanden hindern. Aber wir wollen nicht, dass das zu Lasten der gesetzlichen Rente geht. Wir wollen die Betriebs- und Tarifrenten durch steuerliche Erleichterungen ausbauen. Wenn darüber hinaus jemand private Altersvorsorge betreibt, soll auch das gefördert werden. Aber das steht für uns erst an dritter Stelle.

■ Riester legt auf Teamarbeit wert, hat aber die Gewerkschaften in seine Rentenpläne nicht eingeweiht. Bis Jahresende soll sein Konzept stehen. Was muss aus DGB-Sicht drinstehen?

■ Verlässlichkeit in der Rentenberechnung; des weiteren – und das ist teils geschehen, teils geplant – Verbreiterung der Einnahmehasis

und Verwendung der Ökosteuern zur Senkung des Rentenbeitrags. Das Verfassungsgerichtsurteil zur Besteuerung der Renten sollte abgewartet werden, um es bei der Anpassung der Rentenformel berücksichtigen zu können. Die Lohnbezogenheit muss aufrecht erhalten und die Absenkung des Rentenniveaus in ganz engen Grenzen gehalten werden. Das ist für uns unverzichtbar. Und die steuerliche Förderung einer Kapitalstockbildung sollte vorzugsweise für tarifliche Rentenmodelle gelten.

■ Die Sozialversicherungsbeiträge des Bundes für Arbeitslosenhilfebezieher sollen sich künftig an der Arbeitslosenhilfe statt an 80 Prozent des letzten Bruttoentgelts bemessen. Erhöht das tatsächlich den Anreiz zur Arbeitsaufnahme?

■ Dieses Argument kennen wir ja schon, dazu bräuchten wir keine rot-grüne Koalition, das hat uns die alte auch geboten. Man sollte mehr Arbeitsplätze schaffen statt die Schwächsten dafür zu bestrafen, dass es zu wenige gibt. Nein, es geht hier um eine Verschiebung der Lasten vom Bund auf die Sozialversicherung. Das zeigt in Verbindung mit dem Verzicht auf Unternehmens- und Vermögenssteuern die soziale Schieflage des Sparpakets.

■ 18,4 Milliarden muss Riester zum Sparpaket beisteuern. Tut Sparen à la Rot-Grün weniger weh als Sozialabbau Kohlscher Prägung?

■ Wir hoffen, noch für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen zu können. Kohl hat's übrigens noch drastischer und viel ungerechter gemacht. Die neue Regierung hat sofort nach Amtsantritt einen Teil der Ungerechtigkeiten behoben, aber das macht die soziale Schieflage, die sie uns jetzt bietet, nicht besser. ●

„Finanzpolitisch durchdacht aber in Teilen sozial ungerecht“ – so beurteilt der DGB den Bonner Sparhaushalt.

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat die Bundesregierung aufgefordert, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer anzuheben.

„Damit könnte die Gerechtigkeitlücke zumindest verkleinert werden.“ Die geplante Unternehmenssteuerreform lehnt Schulte ab: „Steuergeschenke sind nicht drin.“ Die seien auch völlig überflüssig, da die Arbeitgeber schon von der Senkung der Lohnnebenkosten durch die Ökosteuern profitierten. Positiv wertet Schulte, dass die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht heruntergefahren werden.

Die fünf ver.di-Gewerkschaften ÖTV, DAG, DPG, HBV und IG Medien haben Sparbeschlüsse und Steuerreform nachdrücklich kritisiert:

„Die rot-grüne Koalition droht die soziale Balance zu verlieren, wenn sie die Unternehmen um rund acht Milliarden entlasten will und gleichzeitig Rentnern und Arbeitslosen erhebliche Opfer zumutet.“



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Faxabruf

0211/43 01 666

Langfassung des Interviews mit DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer zu Rentenreform und Sparpaket

Europaweites Seminar

Firmenwandel im Vergleich

Lässt sich der Wandel der deutschen Telekom AG mit den Veränderungen anderer europäischer Firmen vergleichen? Dieser Frage gehen Akteure betrieblicher Umstrukturierungsprozesse, Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte aus Deutschland, Frankreich und Spanien in vier aufeinanderfolgenden Seminaren nach. Unter dem Titel „Umstrukturierung von Unternehmen und Veränderungen der Arbeit“ soll ein länderübergreifender Vergleich Ziele, Techniken und Ergebnisse des Strukturwandels offenlegen.

Firmenrecherchen bei der deutschen Telekom sowie bei spanischen und französischen Unternehmen sind Bestandteil der Veranstaltungsreihe, die am 16./17. September in Straßburg beginnt. Das Projekt endet im Februar kommenden Jahres mit einem zweitägigen Seminar in Madrid. Veranstalter sind das Europäische Institut für Arbeitsbeziehungen (ElfAB), die Université Européenne du Travail und das DGB Bildungswerk. • *ElfAB-Geschäftsstelle Deutschland Postfach 41 05 38, 34067 Kassel*

Experten-Workshop

Dem Tarifbruch auf der Spur

Verstöße gegen gesetzliche Mindestbestimmungen und offener oder verdeckter Tarifbruch – Lohn- und Sozialdumping hat viele Gesichter. Wie es in der Praxis aussieht, das soll der Experten-Workshop „Was tun gegen Tarif- und Gesetzesbruch“ von Hans-Böckler-Stiftung und DGB zeigen. Zum Abschluss des Seminars am 9. Juli in Berlin stellen sich Bundestagsabgeordnete den Fragen der TeilnehmerInnen. •

*Tel.: 0211/7778111
Fax: 0211/7778411*

Hans-Böckler-Stiftung

Wie steht es um das Arbeitsrecht?

Zu Reformvorhaben der Bundesregierung äußert sich Arbeitsminister Walter Riester beim zweiten „Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht“. Während der Tagung am 24./25. September in Kassel werden auf Diskussionsforen außerdem aktuelle Rechtsprobleme im Kündigungsschutz, bei der Tarifbindung und der Durchsetzung von

Arbeitnehmerrechten beleuchtet. Wegen der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung bis zum 15. August notwendig. •

*Tel.: 0211/7778111
Fax: 0211/7778411*

Heinrich-Böll-Stiftung

Wie wichtig ist der Bürgerfunk?

Welche Bedeutung haben Freie Radios, Bürgerfunk und Offene Kanäle für die Demokratie? Dies steht im Mittelpunkt der „Medienpolitischen Tagung zum nichtkommerziellen Rundfunk in Deutschland“. Initiatoren der Veranstaltung am 21./22. Oktober in Lage-Hörste bei Bielefeld sind die IG Medien, die Heinrich-Böll-Stiftung und der Solidaritätsfonds demokratische Medien in der Welt. •

*Tel.: 0711/2018114
Fax: 0711/2018199*

DGB Frauenpolitik

Gesundheit aus weiblicher Sicht

Frauen sind anders gesund und anders krank als Männer – zu dem Schluss kommt der aktuelle Infobrief „Frau geht vor“ der Abteilung

Frauenpolitik des DGB. Das kostenlose Heft mit dem Schwerpunkt „Frauen und Gesundheit aus anderer Perspektive“ zeigt, dass die Medizin die Besonderheiten von Frauen zu wenig berücksichtigt. Weitere Themen sind die Weltfrauenkonferenz in Rio und die Lage brasilianischer Gewerkschafterinnen. •

*DGB Abteilung Frauenpolitik
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf*

Sozialreportagen

DGB verleiht Medienpreis

Zum dritten Mal haben das Land Mecklenburg-Vorpommern, der DGB Nord und die Heinrich-Böll-Stiftung den „Medienpreis für die kritische Sozialreportage in und über Mecklenburg-Vorpommern“ verliehen. Die mit 2000 Mark dotierten ersten Preise in den Bereichen Print, Hörfunk und Fernsehen erhielten Claudia Thoelen für eine Fotoreportage über Obdachlose, Alexa Hennings für einen Beitrag über Kindererziehung in der DDR sowie die Macher des NRD-Films „Braune Wahlschlacht“. •



Böckler-Preis 1999

IBFG ausgezeichnet

Der Internationale Bund Freier Gewerkschafter (IBFG) erhält den Hans-Böckler-Preis 1999. Mit dem mit 20 000 Mark dotierten Preis werden Personen und Institutionen ausgezeichnet, die sich „um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von ArbeitnehmerInnen verdient gemacht haben“. Mit der Ehrung soll der Einsatz des IBFG „für Menschenrechte, gegen Kinderarbeit und für soziale Mindeststandards“ gewürdigt werden. •

DGB Bildungspolitik

Azubis in die Call-Center

Von der Telefonauskunft bis zur fachkundigen juristischen Beratung reicht das Tätigkeitsfeld der Call-Center-Agenten. Wie in anderen Berufen ist auch hier qualifizierte Ausbildung erforderlich. Zu diesem Schluss kommt die DGB-Fachschrift *Gewerkschaftliche Bildungspolitik* in ihrer aktuellen Ausgabe. •

*Bestellungen
Fax: 0211/43 01 410*

Transfair

Orangensaft fair gehandelt

Mit einer Verbraucheraktion will die Initiative Transfair gerecht gehandelten Orangensaft in die Regale der Supermärkte bringen. Gezielte Gespräche und eine Unterschriftenaktion sollen die Handelsketten vom Kundeninteresse überzeugen. Wie bei Kaffee oder Bananen garantiert das Transfair-Siegel angemessene Arbeitsbedingungen. •

*Transfair e.V., Köln
Tel.: 0221/94 20 40 0
Fax: 0221/94 20 40 40*

Tagesseminar

Hemmschuh Personalrat?

Ob Mitbestimmung durch Personalräte dem Ruf nach einem effizienten Staat widerspricht, das ist Thema der Tagung „Perspektiven der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst“ von DGB und Hans-Böckler-Stiftung. Hintergrund der Veranstaltung am 28. September in Berlin ist die Einschränkung der Personalratsarbeit in Niedersachsen und Sachsen. Der Anmeldeschluss für das Tagesseminar ist der 16. August. •

*Tel.: 0211/7778123
Fax: 0211/77784123*

GEWERKSCHAFTEN

Bündnis für Arbeit

Den Knoten aufknüpfen

Die Grünen haben das Bündnis für Arbeit entdeckt. Ihre vier Modellvorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bieten zwar eine interessante Diskussionsgrundlage. Deren Chancen aber, beim Spitzentreffen der Bündnispartner am 6. Juli abgesegnet zu werden, tendieren gegen Null.

Sie wollen „den Dialog der Funktionäre öffnen“ (Kerstin Müller) und „den Knoten im Bündnis aufknüpfen“ (Rezzo Schlauch). Deshalb haben sie ihre Fraktion hinter die Idee geschart, die da lautet: „Jedes Modell, dass Menschen eine realistische Erwerbsperspektive bietet, ist es wert, erprobt zu werden.“ Mit diesem Spruch wollen die Grünen dem Streit um das richtige Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entrücken. Und da ihnen die aktive Arbeitsmarktpolitik, die sie als „öffentliche Verwaltung von Arbeitslosigkeit“ abtun, nicht schmeckt, kreieren sie „dynamische Beschäftigungsverhältnisse“. Die „kombinieren staatliche Transfer-

zahlungen mit Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt“. Sie schlagen vor, vier Modelle mit je 100 000 TeilnehmerInnen befristet zu testen, um – einschließlich dem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – „500 000 neue Jobs“ zu schaffen.

Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose

Langzeitarbeitslose, die eine Arbeit aufnehmen, erhalten ein Einstiegsgeld in Höhe des Regelsatzes der Sozialhilfe von 540 Mark pro Monat. Gesamtkosten: 648 Millionen Mark. Begründung: Für einen Teil der Arbeitslosen sei es rein rechnerisch vernünftiger, „im Transferbezug zu verharren und sich

gegebenenfalls eine ergänzende, geringfügige Beschäftigung zu suchen“, als eine geringer bezahlte reguläre Tätigkeit anzunehmen.

Geförderte Teilzeitarbeit

ArbeitnehmerInnen mit einem Einkommen zwischen 631 und 1575 Mark (brutto) erhalten einen degressiv gestaffelten Zuschuss zu den Sozialabgaben. Gesamtkosten: 156,5 Millionen Mark. Begründung: Viele Menschen schreckten vor der – jenseits von 630 Mark – „abrupt einsetzenden Steuer- und Abgabenlast“ zurück. Um diese „Teilzeitmauer“ zu schleifen, sollten die Sozialabgaben „nicht sofort in voller Höhe einsetzen, sondern langsam ansteigen“.

Modernisierung der Arbeitsvermittlung

Die Arbeitsämter beauftragen Vermittlungsbüros mit der Wiedereingliederung arbeitsfähiger Sozial- und ArbeitslosenhilfeempfängerInnen. Behält der oder die Arbeitslose die Stelle länger als sechs Monate, erhält das Büro 4000 Mark. Gesamtkosten: 400 Millionen.

Aktivierung von Beschäftigungspotenzialen

Gemeint ist der umstrittene Vorschlag der Bündnis-Wissenschaftler (Benchmarking AG), die Lohnnebenkosten von Niedrigverdienern im Dienstleistungssektor zu senken.

Die Gesamtkosten der vier Modelle belaufen sich nach Berechnung der Grünen auf 1,9 Milliarden Mark. Aufbringen soll sie die Bundesanstalt für Arbeit – zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Das Bundesarbeitsministerium ist davon nicht begeistert, ebenso wenig von der Modell-Idee der Grünen insgesamt. Wahrscheinlich, so heißt es in Bonn, werde beim Spitzentreffen der Bündnispartner am 6. Juli nur die Benchmarking AG beauftragt, alle bislang vorgeschlagenen Modelle auf ihre Beschäftigungseffekte hin zu prüfen. Vorschläge gibt es auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Mainzer Landesregierung, den Arbeitgeberverbänden und dem Bundesarbeitsministerium selbst. ●

Neue Ideen

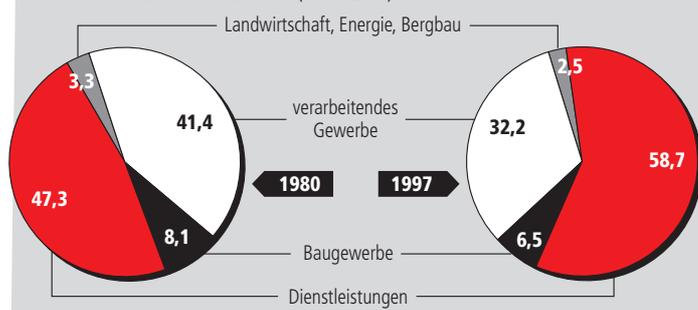
Der DGB lehnt die Subvention von Niedriglöhnen ab. Er sieht keine Notwendigkeit für eine weitere Lohnspreizung. Sie schaffe keine neuen Arbeitsplätze.

Niedriglohn-Subventionen stehen im Widerspruch zur gewerkschaftlichen Strategie: Spürbare Arbeitszeitverkürzungen und mehr Billigjobs schließen sich aus. Denn mehr Freizeit bedeutet mehr Zeit für Eigenarbeit – und untergräbt die Marktpotenziale für einfache Dienstleistungen. Zudem fördert der Ausbau des Niedriglohnssektors die Spaltung der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes. Für die Beschäftigten entwickelt er sich zur Sackgasse, weil die Qualifikationsanforderungen überall sonst kontinuierlich steigen.

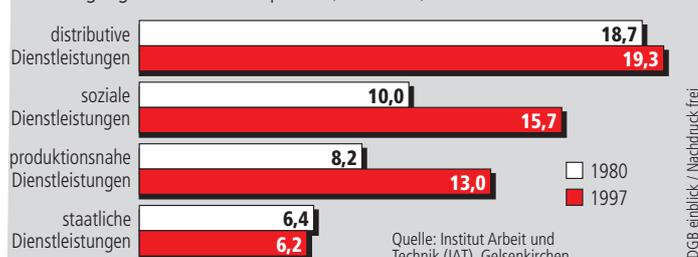
„Die großen beschäftigungspolitischen Potenziale liegen im Bereich der qualifizierten Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich“, heißt es in einem Diskussionspapier der Grundsatzabteilung des DGB. Da weder die Dienstbotengesellschaft à la USA noch die Ausdehnung des öffentlichen Sektors à la Schweden ein Vorbild sein könne, komme es bei der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder im Bereich personennaher Dienstleistungen darauf an, „private Organisation und öffentliche Mittel sinnvoll miteinander zu verknüpfen“.

Dienstleistungssektor wächst

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Branchen, Westdeutschland 1980 und 1997 (in Prozent)



Beschäftigungszuwachs nach Sparten (in Prozent)



Nur der Dienstleistungssektor ist gewachsen, die Zahl der Beschäftigten dort ist von 9,9 Mio (1980) auf 13 Mio (1997) gestiegen. Den prozentual stärksten Anstieg (+5,7) verzeichneten die sozialen Dienstleistungen (Pflege, Betreuung, Bildung), gefolgt von den produktionsnahen (Versicherung, Werbung). Den stärksten Anteil halten die distributiven Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Kommunikation).

kurz & bündig



Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich gegen eine generelle Absenkung des Einschulungsalters auf fünf Jahre, aber für „flexiblere Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule“ ausgesprochen. Dazu sei eine veränderte zweijährige Schuleingangsphase notwendig.



Der Bezirk Küste der IG Metall will auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation im Oktober eine verbindliche Frauenquote durchsetzen. Die Frauenquote müsse in der Satzung verankert werden, „da bloße Appelle oft verhallen“.



Die IG Bauen-Agrar-Umwelt will stärker mit der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc zusammenarbeiten, um der untertariflichen Bezahlung polnischer Arbeiter auf der Expo-Baustelle entgegenzutreten. Solidarnosc will dazu eigene Mitarbeiter nach Hannover schicken. Jeder zweite ausländische Arbeiter auf der Expo-Baustelle kommt aus Polen. Zum Teil müssten sie unter sittenwidrigen Bedingungen arbeiten.



Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und die Bundestagsfraktion von CDU/CSU haben die Einrichtung gemeinsamer Arbeitsgruppen beschlossen. Ziel ist die Entwicklung von Konzepten zur Schaffung von Arbeit und zur Erschließung neuer Arbeitsfelder.

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

IG Metall fordert Sensibilität

In parallelen Sitzungen haben DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV am 19. und 20. Juni in Magdeburg die Struktur der künftigen „Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft“ (ver.di) beschlossen.

Die Supergewerkschaft, die nach heutigem Stand 3,2 Millionen Mitglieder haben wird, soll sich horizontal in drei Ebenen gliedern: 120 Bezirke auf der unteren Ebene, 13 Landesbezirke als Mittelinstanz sowie einen Hauptvorstand. Ihm sollen neben 19 hauptamtlichen auch 100 ehrenamtliche Mitglieder angehören. Lange umstritten war vor allem die Zahl der Bezirke und Landesbezirke. Während die IG Medien als kleinste der fünf ver.di-Gewerkschaften mit 55 Bezirksbüros auskommt, ist die ÖTV bislang an 164 Orten präsent. Als Kompromiss sehen die in Magdeburg verabschiedeten „Eckpunkte des Zielmodells“ der neuen Gewerkschaft die Möglichkeit zur Bildung von „örtlichen Untergliederungen“ vor. Zudem sollen bis 2005 die Landesbezirke Hamburg, Schleswig-Holstein und

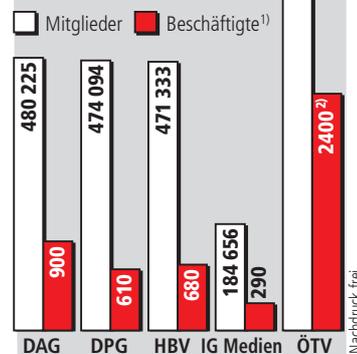
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammengelegt werden.

Vertikal wird die neue Gewerkschaft in 13 Fachbereiche gegliedert, von den Finanzdienstleistungen über die Ver- und Entsorgung bis zum Handel. Keine Einigkeit konnte dagegen über die Verteilung der Finanzmittel erzielt werden. Während in den Eckpunkten vorgesehen ist, dass die Fachbereiche über „eigene Budgets“ verfügen, wurde dies in Magdeburg von der ÖTV in Frage gestellt. In einem unmittelbar vor dem Magdeburger Treffen gefassten „Begleitbeschluss“ der größten ver.di-Gewerkschaft ist lediglich von „Unterbudgets für die Fachbereichsarbeit“ die Rede, die der „Verfügung der Bezirke“ unterliegen. Dennoch stimmten 10 von 66 Mitgliedern des Hauptvorstands der ÖTV gegen die Eckpunkte.

Ungeklärt ist zudem die Abgrenzung der neuen Gewerkschaft gegenüber den Industriegewerkschaften. In einem Brief an die Vor-

ver.di: Gründungsgewerkschaften bringen 4500 Beschäftigte mit

Mitglieder und Beschäftigte der künftigen Dienstleistungsgewerkschaft



1) Prognose der Personalabteilungen der Gewerkschaften auf Grund der jetzigen Beschäftigtenzahl
2) entspricht 2071 Vollzeitstellen
Quelle: DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV

Die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) wird nach heutigem Stand 4500 Beschäftigte haben.

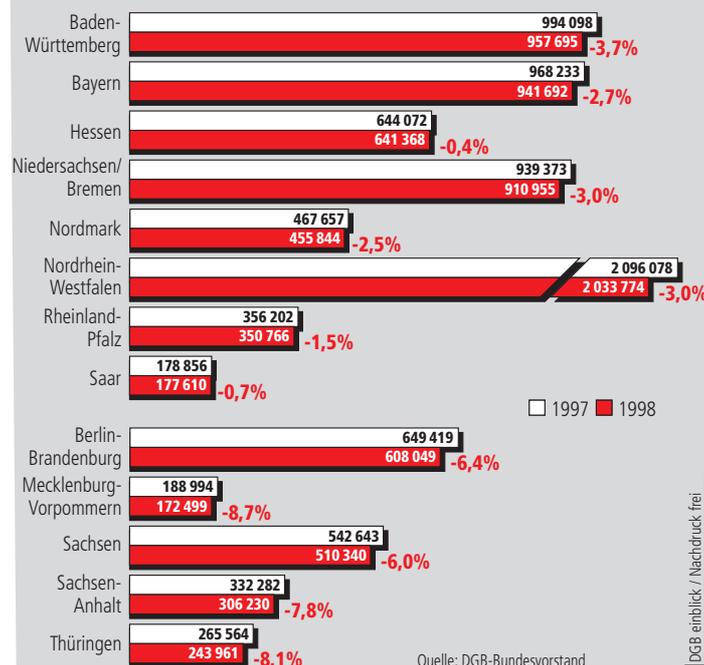
sitzenden der fünf ver.di-Gewerkschaften von Ende Mai „begrüßt“ IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel zwar „ausdrücklich“ die Gründung der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft „unter Einschluss der DAG“, fordert aber von allen Beteiligten „ein Höchstmaß an Sensibilität“. Die Zuständigkeit der Dienstleistungsgewerkschaft müsse auf die „bisherige satzungsrechtliche Zuständigkeit der vier DGB-Gewerkschaften ÖTV, HBV, DPG und IG Medien“ beschränkt und DAG-Funktionäre, die im Organisationsbereich der IG Metall tätig sind, müssten „mittelfristig“ in die IG Metall integriert werden.

Im Faxabruf: 0211/43 01 664
Eckpunkte des Zielmodells der neuen Gewerkschaft (Auszüge)

In den DGB-Landesbezirken Ost sind die Mitgliederzahlen im vergangenen Jahr um 137 823 oder 7,0 Prozent gesunken, in den Landesbezirken West um 174 865 oder 2,6 Prozent. Insgesamt verloren die DGB-Gewerkschaften 3,6 Prozent (312 688 Mitglieder). Die Aufteilung der Mitgliederzahlen auf die DGB-Landesbezirke ist nicht in jedem Fall exakt. Die Gewerkschaften haben wegen des Neuzuschnitts ihrer Organisationsgrenzen zunehmend Mühe, ihre Mitgliederzahlen entsprechend den Grenzen der DGB-Landesbezirke mitzuteilen.

Ost-Verluste überdurchschnittlich

Mitgliederentwicklung 1997/98 nach DGB-Landesbezirken



Quelle: DGB-Bundesvorstand

DGB einblick / Nachdruck frei

Zur aktuellen Situation in Serbien

„Der Krieg ist nicht vorbei“

Branislav Canak, 54, der Präsident von Nezavisnost, des größten unabhängigen Gewerkschaftsbundes Jugoslawiens, warnt vor Slobodan Milosevic: Der Serbenführer könne erneut einen Krieg anzetteln, so Canak. In Pristina bereitet der Gewerkschaftsbund die Eröffnung eines multiethnischen Zentrums vor.

Für Serbien ist der Krieg nicht vorbei. Er kehrte zurück, nachdem er jahrelang das ehemalige Jugoslawien bereist hatte. Ein tragisches und blutiges Projekt ist, nachdem ein Staat nach dem anderen und zahlreiche Städte zerstört, Hunderttausende unschuldiger Menschen getötet, Millionen von Menschen zu Flüchtlingen und ganze Industrien zerstört wurden, zu seinem ideologischen Vater heimgekehrt – zu Slobodan Milosevic. Da er alle Kriege im ehemaligen Jugoslawien angezettelt hat, um an der Macht zu bleiben, könnte er jetzt einen weiteren beginnen. Die serbischen Flüchtlinge aus dem Kosovo melden sich jeden Tag lauter zu Wort. **Er muss einen neuen Feind für das serbische Volk finden**, um ihm zu erklären, dass seine derzeitige Tragödie nichts ist im Vergleich zu dem, was ihm der neue Feind zufügen könnte. Gleichzeitig will er die jugoslawische Armee auf Trab halten, damit sie nicht an den verlorenen Krieg denkt, an die Greuelthaten, die sie im Kosovo begangen hat, und vielleicht auch an seine Absetzung. Das einzig Gute ist, dass er niemals schwächer war als jetzt und seine Armee diese Bezeichnung gar nicht mehr verdient.

Zur Zeit kann man auch nicht behaupten, der Krieg im Kosovo sei vorüber. Der Fall Bosnien mag uns als Lektion dienen, dass der Krieg nicht vorbei sein muss, nur weil die Waffen schweigen. Bosnien ist noch immer instabil und wird es auch bleiben, bis Vernunft, Demokratie, wirtschaftliche Interessen und eine zivile Gesellschaft die Oberhand gewinnen. Das gleiche Muster lässt sich auch auf den Kosovo übertragen. Wenn Albaner ihre langersehnte Freiheit als gute Gelegenheit zur Vergeltung statt zur Versöhnung betrachten, zur Rache statt zum friedlichen Zusammenleben, werden sie selbst ihre Freiheit verlieren und zwar durch die Serben. **Wenn wir einen Kosovo mit nur einer Nation wollen, macht es gar keinen Unterschied, wenn dies eine albanische statt einer serbischen Nation ist.**

Deshalb wird Nezavisnost sehr bald mit mehr als 50 anderen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs/Non-Government-Organizations) zusammen das Bürgerhaus (Civic House) in Pristina eröffnen, wo NGOs aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo den Kern einer zivilen Gesellschaft mit multiethni-

schem Radio und Fernsehen, Bibliothek und einem Zentrum für Kleinunternehmen gründen werden.

Dieses Projekt könnte dem Versöhnungsprozess starken Auftrieb verleihen und gleichzeitig den Beginn der Demokratisierung Serbiens unterstützen. Wenn ich von der Demokratisierung Serbiens spreche, **bin ich nicht sehr optimistisch, wenn wir das mit den jetzigen politischen Kräften versuchen.** Die meisten Oppositionsparteien in Serbien haben all die Jahre einen ungeheuren Beitrag zu Milosevics zerstörerischer nationalistischer und chauvinistischer Politik geleistet. Sie sprechen heute von der notwendigen Demokratisierung Jugoslawiens. Warum jetzt? Warum nicht 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997 und 1998? Und selbst die seltenen Gelegenheiten, bei denen sie diese Notwendigkeit erwähnten, endeten jedes Mal in politischem Betrug. Noch bis zum Beginn dieses Jahres verwendeten sie dieselbe Sprache wie Milosevic, wenn sie über den Kosovo sprachen. Nezavisnost war im April 1998 die einzige Organisation in Serbien, die eine internationale Präsenz im Kosovo – repräsentiert durch die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) – befürwortete. Milosevic und die gesamte Opposition brandmarkten uns als ausländische Söldner und Verräter, weil wir diese Position bezogen haben. Jetzt reden dieselben Leute von Demokratie.

Ich kenne eine simple Formel, mit deren Hilfe sich feststellen lässt, ob politische Führer zu Demokratisierungsprozessen bereit sind. Ein solcher Führer müsste nach Zagreb, Sarajevo und Pristina – in die Hauptstädte Kroatiens, Bosniens und des Kosovo – fahren können und dort als möglicher Partner empfangen werden. Zur Zeit verfügen wir über keine derartige Persönlichkeit. Eine zusätzliche Formel könnte lauten: Wenn man sieht, dass eine politische Partei oder ihr Führer sich den Fragen der Arbeit und des Sozialwesens widmet, so könnten wir uns von dort Aussichten auf Demokratie erhoffen. **Zur Zeit gibt es niemanden, der die Tragödie der arbeitenden Menschen und Rentner in Serbien auch nur erkennen würde.** Sie werden nur wieder und wieder belogen. •

„Das Ende von Gewalttätigkeit und Krieg heißt nicht notwendigerweise, dass Frieden erzielt worden ist“, so der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Emilio Gabaglio, in einer Erklärung zum Kriegsende in Jugoslawien.

Weiter heißt es darin: „Der EGB ersucht die Europäische Union, all diejenigen Kräfte in Serbien, Montenegro und im Kosovo – einschließlich der Gewerkschaftsbewegung – zu unterstützen, die ihre Verpflichtung zur Demokratie bewiesen haben und weiterhin beweisen wollen. Die Zukunft der Menschen kann nicht in den Händen einer zynischen politischen Klasse bleiben. Die Kriegsverbrecher, deren Namen bekannt sind, müssen vom Haager Tribunal abgeurteilt werden. Geschieht das nicht, bleibt der Frieden zerbrechlich.“



NEZAVISNOST

Der jugoslawische Gewerkschaftsbund Nezavisnost (Unabhängigkeit) ist 1991 gegründet worden und hat 180 000 Mitglieder. Nezavisnost ist Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Europa-Forums des EGB.



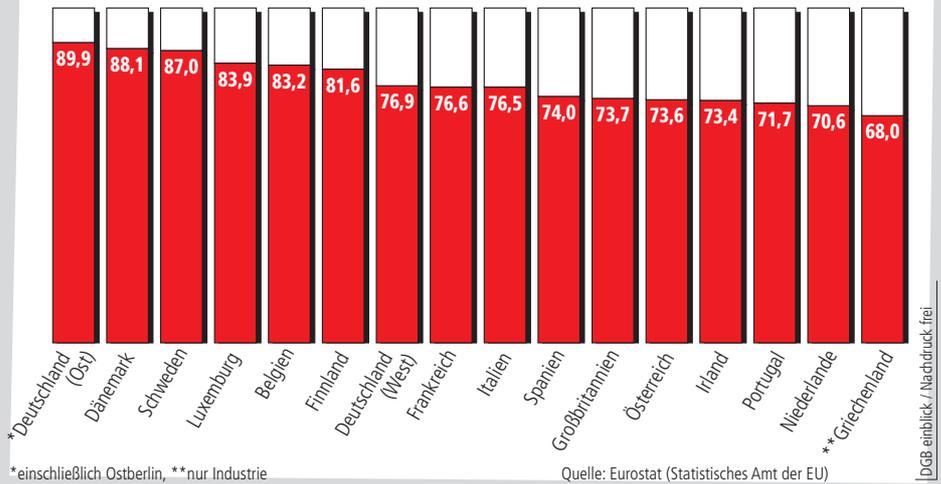
Im Internet

www.etic.org/Kosovo
Stellungnahmen zum Thema Kosovo auf der Web-Site des EGB

FRAUENLÖHNE IN EUROPA: Ein Viertel weniger als Männer

Frauen verdienen in der EU im Schnitt ein Viertel weniger als Männer (76,3 Prozent). Die geringsten Unterschiede gibt es in den neuen Bundesländern, wo die Frauen 89,9 Prozent der Verdienste von Männern erreichen, gefolgt von Dänemark und Schweden. In Westdeutschland verdienen Frauen hingegen 12 Prozent weniger als im Osten (76,9 Prozent). Zu den Schlusslichtern gehören neben Griechenland und Portugal auch die wegen ihres hohen Anteils erwerbstätiger Frauen oft gelobten Niederlande (70,6 Prozent).

Bruttostundenlöhne der Frauen in Prozent der Löhne von Männern (Vollzeitverdienste ohne Prämie)



Tip

Buch: Deutsches Institut für Altersvorsorge (Hrsg.), Reformvorschläge zur gesetzlichen Alterssicherung in Deutschland, Eigenverlag, Köln 1999, 128 S., kostenlos. (Fax: 0221/92 39 49)

Vorschläge zur Reform des Rentensystems gibt es zuhauf, und alle Parteien und Verbände trommeln für ihr Modell. Genau dort setzt die Dokumentation des von der Deutschen Bank finanzierten Instituts für Altersvorsorge an: Sie gibt einen umfassenden

Überblick über die Modelle von Parteien, Verbänden und Institutionen – von SPD bis FDP, von DGB bis Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die unterschiedlichen Vorschläge wurden im November vergangenen Jahres in einem Bonner Kreis von 25 Experten diskutiert. Doch entgegen mancher fachchinesischen Dokumentation ist der Tagungsband kein bloßer Selbstzweck. Es stellt nicht nur die verschiedenen Vorschläge gegenüber, sondern führt auch Laien in die komplexe Materie ein.

3x14TAGE

- 3.-30.7.** Bus-Tour der DGB-Jugend Thüringen im Rahmen der Kampagne Arbeit, Ausbildung, Gerechtigkeit in 24 Städte
- 6.7.** Drittes Spitzentreffen des Bündnisses für Arbeit, Bonn
- 6.7.** Arbeitsmarktbericht für den Monat Juni
- 9.7.** DGB/HBS, Expertenworkshop „Was tun gegen Tarif- und Gesetzesbruch“, Berlin
- 14.7.** DGB Thüringen/Start e.V., Tagung Geringfügige Beschäftigung nach der Gesetzesreform, Erfurt
- 20.7.** Konstituierung des neu gewählten EU-Parlaments
- 5.8.** Arbeitsmarktbericht für den Monat August

personalien

- **Reinhard Kuhlmann**, 53, bis 1996 Leiter der Grundsatzabteilung der Frankfurter Zentrale der IG Metall und seitdem stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB) in Brüssel, ist am 17. Juni zum Generalsekretär des EMB gewählt worden.
- **Christian Paulsen**, 37, zuletzt bei der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften in Frankfurt/M. tätig und seit dem 1. Juli Geschäftsführer der Bund Verlag GmbH in Frankfurt/M., ist in Personalunion zum Mitgeschäftsführer der einblick Verlagsgesellschaft mbH bestellt worden.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Art, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Der nächste einblick erscheint am 16. August

Schlusspunkt

„Es war für diejenigen, die diesen Krieg für richtig hielten, die ideale Regierungskonstellation. Die SPD machte ihn staatstragend und die CDU war nicht laut dagegen. Wäre es andersherum gewesen, hätte es heftige Debatten gegeben, Anti-Kriegs-Demonstrationen – und das zu Recht.“

Franz Steinkühler, ehemaliger Vorsitzender der IG Metall, am 27. Juni im Berliner Tagesspiegel über den Kosovo-Krieg.

Überstundenabbau

Zahlenspiele um Beschäftigungseffekte

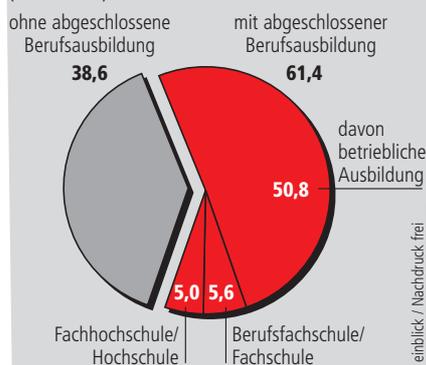
Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat mit seiner überraschenden Feststellung – „kaum Beschäftigungseffekte durch Abbau von Überstunden“ – die Diskussion um den Überstundenabbau neu belebt. Die Berliner Forscher behaupten einen Beschäftigungseffekt von nur „gut 20 000“ bis „maximal 185 000 neuen Arbeitsplätzen“. Ihre Argumentationslinie: Mehrarbeit wird vor allem von höherqualifizierten ArbeitnehmerInnen geleistet und kann deshalb „nur sehr begrenzt von Arbeitslosen übernommen werden“.

Diese These bestreitet Hartmut Seifert vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung – auch unter Berufung auf das Kölner Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO): „Der Arbeitsmarkt besteht doch nicht nur aus Langzeitarbeitslosen und Unqualifizierten. Im Gegenteil.“ (Grafik)

Dass vorrangig nur die relativ wenige Mehrarbeit Geringqualifi-

Ausgebildet, aber arbeitslos

Erwerbslose nach Art der Berufsausbildung (in Prozent)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Strukturanalyse 1998

Fast zwei Drittel aller Arbeitslosen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Unter ihnen waren Ende September 1998 mehr als eine Million FacharbeiterInnen und 846 000 Angestellte mit gehobener Tätigkeit.

zierter beschäftigungswirksam abgebaut werden kann, weist auch Steffen Lehndorff vom Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen als „völlig unrealistisch“ zurück. Das sei „statisch gedacht, abstrahiert von den tatsächlichen Arbeitsmarktprozessen“. Den DGB irritieren die DIW-Zahlen nicht. Er hält an seinen eigenen Zahlen fest:

Eine Reduzierung der 1,8 Milliarden bezahlten Überstunden von 1998 um 50 Prozent brächte 250 000 bis 400 000 Arbeitsplätze.

Zurückhaltender ist das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit. Es schätzt den Beschäftigungseffekt mittlerweile geringer ein als in den vergangenen Jahren. IAB-Experte Hans Kohler: „Nur 25 Prozent der Überstunden sind abaufähig.“ Das sichere und schaffe 250 000 Jobs. Skeptisch äußerte sich auch der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt: „Es wird auch den

einen oder anderen neuen Arbeitsplatz geben“, sagte er in der ARD. Die IG Metall geht von 900 000 Arbeitsplätzen aus, die ein Abbau der insgesamt 4,2 Milliarden Überstunden bringen könnte.

Steffen Lehndorff vom IAT: „Es kommt nicht so sehr auf die Zahlen an, sondern auf das politische Konzept.“ Je mehr in Ausbildung investiert werde, desto wirksamer werde Arbeitszeitverkürzung, „weil dann Qualifikationsengpässe besser beseitigt werden können“. Jenseits aller Zahlenspiele haben Arbeitgeber und DGB am 6. Juli im Bündnis für Arbeit vereinbart, „für den beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden“ einzutreten. Acht Tage später hat die IG Metall den Arbeitgeberverband Gesamtmetall zu einem „Sondierungsgespräch“ aufgefordert. •

Weitere Informationen: www.div.de (Wochenbericht 31/99), WSI-Mitteilungen 8/99

inhalt

Seite 3

Unterschätztes Potenzial
Mit über 30 Milliarden Mark rechnet Rudolf Hickel bei einer Wiedereinführung der Vermögensteuer für Privathaushalte

Seite 4

Highlights vor Ort
Die neue Rubrik interregio sagt, was es Neues gibt in Bezirken und Kreisen – von Kiel bis Dresden

Seite 7

Kreativität gefragt
Die wachsende Konzentration von Vermögen ist kein Argument, nicht nach neuen Wegen in der Beschäftigungspolitik zu suchen, sagt Wim Kok, Ministerpräsident der Niederlande.

Seite 9

BGAG Spezial
Sonnenaufgang bei der Gewerkschafts-Holding

plusminusBERLIN

+ **Otto Graf Lambsdorff, (FDP) Beauftragter der Bundesregierung für die Verhandlungen über Entschädigungen von NS-Zwangsarbeitern, will, dass die Gelder von den Organisationen der NS-Opfer direkt verteilt werden. So könne man unbürokratisch „lebende Menschen“ erreichen und „nicht nur Gräber“.**

- **Bundesverkehrsminister Franz Müntefering (SPD) will ähnlich wie die alte Regierung 110 000 Eisenbahnerwohnungen zu einem Spottpreis an ein privates Konsortium verkaufen. Damit „schmierer wir Monopoly-Spielern den fetten Hintern“, meint Münchens Altoberbürgermeister Kronawitter (SPD).**



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.labournet.de
Gewerkschaftsnews, die man in keiner Zeitung findet
Im Faxabruf



0211 / 43 01 670

Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 1. September

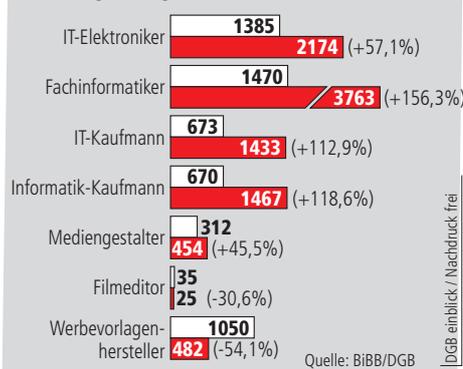
Montanmitbestimmung

DGB schlägt neues Gesetz vor

Der DGB-Bundesvorstand hat Eckpunkte zur Änderung des Montan-Mitbestimmungs-Ergänzungsgesetzes beschlossen. Das war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe dieses Gesetz im März für teilweise verfassungswidrig erklärt hatte, weil Konzerne auch dann in der Montan-Mitbestimmung verbleiben mussten, wenn sie nur noch 2000 Beschäftigte im Bergbau-, Stahl- oder Eisenktor hatten. Der DGB schlägt deshalb vor, diese Zahl auf 5000 ArbeitnehmerInnen zu erhöhen, „die mindestens zehn Prozent der Inlandsbeschäftigten des Konzerns ausmachen“.

Nur zögerlich

Umsetzung neuer Ausbildungsberufe in
Ausbildungsverträge □ 1997 ■ 1998



Vor übertriebenen Erwartungen an Effekte neuer Berufe für den Ausbildungsmarkt hat DGB-Vorstand Regina Görner gewarnt. Die Einführung neuer Ausbildungsgänge etwa für IT- und Medienberufe vollziehe sich in den Unternehmen nur langsam, mitunter auch mit Rückschritten (siehe Grafik). Im Vorfeld seien die Erwartun-

gen deutlich höher gewesen, da sich bereits jetzt im IT-Bereich ein Mangel an Fachkräften abzeichnen. Die Vereinbarung im Bündnis für Arbeit, dass die Zahl der neuen Azubis in dieser Branche innerhalb der nächsten drei Jahre auf 40 000 gesteigert werden solle, sei zu begrüßen, zeige aber auch, „wie lange es dauert, bis neue Berufe angenommen werden“. In der Bündnis-Runde am 6. Juli wurde außerdem vereinbart, möglichst viele zusätzliche Ausbildungspotenziale in neuen Berufsfeldern zu erschließen. 1999 kommen 30 neu geordnete Berufe auf den Markt, darunter vier gänzlich neue Berufe, für das Ausbildungsjahr 2000 dürften etwa 25 Neuordnungen zur Verfügung stehen.

geplant... beschlossen

„Wer, wenn nicht wir“, unter diesem Motto soll eine Image-Kampagne stehen, die der DGB für das Jahr 2000 plant. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand vorgeschlagen. Die Kampagne soll die Gewerkschaften als gesellschaftliche Kraft präsentieren, die die Zukunft der Arbeit zu ihrer zentralen Aufgabe gemacht hat. Teil der Kampagne ist der Auftritt der Gewerkschaften auf der Expo 2000 in Hannover. Über Konzept und Finanzvolumen will der DGB-Bundesvorstand am 7. September entscheiden.

wie wardiewoche?



Anja Weber, 38, von der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat die bundesweite Aktionswoche der NGG in Sachen McDonald's organisiert.

Rundum erfolgreich, mit so viel Medien-Resonanz wie noch nie. Wir haben quer durch die Republik – von Hamburg bis Stuttgart, von Berlin bis Leipzig – das wirklich „etwas andere“ Restaurant besucht, die Beschäftigten über ihre Rechte auf-

geklärt und die Gäste gebeten, sich per Postkarte an die McDonald's-Zentrale für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Ziel der Aktionswoche war, den ArbeitnehmerInnen Mut zu machen und öffentlichen Druck zu erzeugen, damit sich McDonald's nicht mehr alles erlaubt. In dieser Fastfood-Kette herrschen nämlich skandalöse Zustände. Nur 50 der fast 1000 Lokale, in denen immerhin 50 000 Menschen arbeiten, haben einen Betriebsrat. Das ist kein Wunder. Uns sind allein 30 Rechtsverstöße wie Urkundenfälschung, Wahlbeeinflussung und Behinderung der Betriebsratsarbeit bekannt. Zudem wächst der Arbeitsdruck: Seit 1990 hat sich zwar der Umsatz verdreifacht, die Zahl der Beschäftigten aber nicht einmal verdoppelt. Gleichzeitig ist McDonald's Vorreiter in der Niedriglohnpolitik. Die meisten Beschäftigten verdienen nur zwischen 1910 und 2190 Mark brutto, ihr Verdienst liegt oft unter der Sozialhilfegrenze. Und die 630-Mark-Kräfte müssen gesetzwidrig die Hälfte der Sozialabgaben selbst tragen, die US-Firma spart auf diese Weise Millionen. Damit muss endlich Schluss sein. Wer übrigens mehr wissen will: Wir haben eine Dokumentation erstellt, und wir präsentieren das Thema im Internet: www.gewerkschaft-ngg.de.

?...nachgefragt



Streitfall Ladenschluss: DAG und HBV lehnen die – wahrscheinlich erfolgreiche – Berliner Bundesratsinitiative zur Verlängerung der Ladenöffnung an allen Werktagen bis 22 Uhr strikt ab. „Verweigern statt verhandeln – ist das die richtige Strategie?“ Hubert Gartz, 59, ist stellvertretender Vorsitzender der DAG.

„Der Ladenschluss ist in der Tat ein Streitfall – seit über 40 Jahren! Jetzt soll durch die Bundesratsinitiative die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft vorbereitet werden. Wir verweigern uns dieser Debatte nicht, sondern kämpfen dagegen – mit guten Argumenten. Die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben darf für Einzelhandelsbeschäftigte kein Traum werden. Im übrigen lässt das geltende Gesetz eine wöchentliche Öffnungszeit von 80 Stunden zu – das reicht aus. Und wir sind im Einzelhandel nicht machtlos. Das Beispiel der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall müsste Regierung und Arbeitgebern ein Warnsignal sein. Kaum war seinerzeit die gesetzliche Lohnfortzahlung gekürzt worden, hatten wir die 100-Prozent-Regelung per Tarifvertrag gesichert. Wir werden uns – sollte es erforderlich sein – auch in künftigen Konfliktfällen an die Arbeitgeber halten und tarifliche Absicherungen fordern. Das wird kein billiges Vergnügen. Hinzu kommt das Verwirrspiel um die Sonntagsöffnungen. Selbst Gerichte können sich nicht auf eine einheitliche Interpretation der Ausnahmeregelungen verständigen. Der Bundespräsident und die Kirchen verweisen wie wir darauf, dass man die Umsatzmark nur einmal ausgeben kann. Und das sollte allen klar sein: Wenn im Einzelhandel die Sonntagsarbeit durchgesetzt würde, hätte das auch für andere Wirtschaftsbereiche fatale Folgen.“

Fragen an ■■■



Prof. Rudolf Hickel, 57, ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik

■ Sollte die Vermögensteuer wieder eingeführt werden?
 ■ Ich bin entschieden der Meinung, ja. Allerdings nicht für Unternehmen, weil sonst

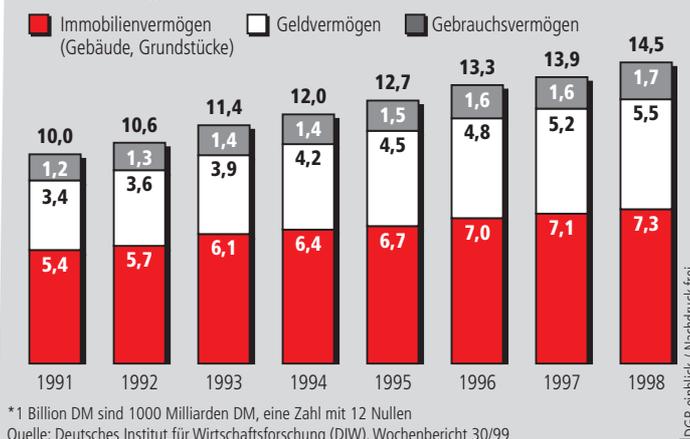
auch Firmen, die Verluste einfahren, besteuert würden, und das ginge an die Substanz, sondern nur für Privathaushalte – zumal alle ausgeschütteten Gewinne Privatvermögen werden. Die Steuerpolitik muss sich wieder stärker am Prinzip der Leistungsfähigkeit orientieren. Und Vermögen stellt eine eigenständige Komponente der Leistungsfähigkeit dar. Darin war sich die Finanzwissenschaft übrigens immer einig.

- Das ist völlig in Vergessenheit geraten.
- Es hat insgeheim ein Paradigmenwechsel stattgefunden: weg von der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit hin zur „Besteuerung nach der angebotsorientierten Effizienz“. Dabei kommt immer raus, dass hohe Einkommensbezieher und Unternehmen relativ gering besteuert werden. Nach dem Motto: Die sollen ihr Geld in Sachkapital investieren. Ob sie das tun, ist viel zu ungewiss. Das steckt hinter der aggressiven Ablehnung der Vermögensteuer.
- Wie müsste die neue Vermögensteuer aussehen, um vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand zu haben?

- Ab wann sollte die Vermögensteuer greifen, wie hoch sollte der Steuersatz sein und welche Einnahmen brächte sie?
- Zunächst sollte der Freibetrag mindestens 500 000 Mark betragen, damit Arbeitnehmer, die sich ein Haus vom Munde abgespart haben, nicht betroffen sind. Dann sollte der Steuersatz progressiv gestaffelt sein – über 500 000 Mark ein Prozent, ab eine Million Mark drei Prozent. Das brächte zwischen 30 und 40 Milliarden pro Jahr.
- Zuletzt, 1996, hat sie nur gut neun Milliarden gebracht.
- Sie war relativ unergiebig, weil die Immobilien nur zu einem Viertel ihres Marktwertes besteuert worden sind.
- Kritiker behaupten, ein Großteil der Einnahmen würde durch die Erhebungskosten aufgefressen...
- In den ersten Jahren fallen höhere Kosten im Rahmen der Ermittlung der Immobilienwerte an. Wenn die Immobilienbewertung aber einmal vorliegt, amortisieren sich deren Kosten. Die Besteuerung der Geldvermögen bringt ohne große Erhebungskosten öffentliche Einnahmen.
- ...und sie weisen darauf hin, dass Vermögen aus bereits versteuertem Einkommen entsteht.
- Das konsumierte Vermögen wird doch auch noch

Wachsender Reichtum

Das Bruttovermögen der privaten Haushalte in Billionen Mark*



Das Geld-, Immobilien- und Gebrauchsvermögen der Privathaushalte summierte sich Ende vergangenen Jahres auf 14,5 Billionen Mark – im Vergleich zu 1991 eine Steigerung um 45 Prozent. Die Nettolohn- und -gehaltssumme hingegen ist im selben Zeitraum nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur um knapp 11 Prozent gestiegen.

Mehr Infos: www.div.de
 (Wochenbericht 30/99)

■ Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995 muss sichergestellt werden, dass Immobilien genauso besteuert werden wie Geldvermögen – und nicht nach dem sogenannten Einheitswert, der ursprünglich 1936 einmal festgelegt worden ist und längst nicht mehr dem Marktpreis entspricht. Es muss eine marktorientierte Neubewertung der Immobilien stattfinden.

mal besteuert – durch die Mehrwertsteuer. Bei denen, die Vermögensteuer zahlen sollen, führt die Ersparnis nicht zum Konsumverzicht, sondern zur ökonomischen Besserstellung.

- Wäre es nicht besser, alle Steuerschlupflöcher zu schließen?
- Wir brauchen beides, die Vermögensteuer und den Abbau von Steuerprivilegien.

Der Streit um die Vermögensteuer

hat auch DGB, DAG und Gewerkschaften erfasst.

DGB-Chef Dieter Schulte ist für ihre Wiedereinführung, um die Gerechtigkeitslücke im Bonner Sparpaket zu schließen.



DGB-Finanzexperte Hartmut Tofaute hält Einnahmen von acht Milliarden Mark für realistisch, und einen der Haupteinwände gegen die Steuer – die komplizierte Wertermittlung von Immobilien – für vorgeschoben. Es sei „eine Frage des politischen Willens, ob man die Vermögensteuer reaktivieren will“.

Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG BCE, ist der Auffassung, die Vermögensteuer sei „kein geeignetes Instrument zum Ausgleich sozialer Ungerechtigkeiten“ Steuergerechtigkeit müsse vorrangig durch möglichst vollständige Besteuerung aller bereits jetzt zu versteuernden Einkünfte erreicht werden. Auch DAG-Vize Ursula Konitzer steht der Vermögensteuer „skeptisch gegenüber, sie sei „wenig ergiebig“.

Auf wenig Gegenliebe stößt in der DGB-Zentrale der Vorschlag der DGB-Landesbezirke Sachsen und Sachsen-Anhalt, aus private Geldvermögen über 500 000 Mark zwei Jahre lang eine Abgabe von einem Prozent zu kassieren. Ein Freibetrag von nur 500 000 Mark sei kaum mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu vereinbaren.

OnForTe

Kurs auf den Media-Oskar

Gemeinsam mit 22 anderen Projekten wurde das *Online Forum Telearbeit* für den DigiGlobe, den Multimedia-Preis der Zeitschrift *Focus* und der Telekom AG, nominiert. Pünktlich zur Anwartschaft auf den Internet-Oskar ist auch der Zweite Band der „Basisinformation Telearbeit“ des Online-Projekts von DPG, HBV und IG Medien erschienen. •
Tel.: 01805/245678
Fax: 0941/7813303

Arbeitsschutz

Olympiareife Arbeitnehmer?

Wie wirkt sich die Arbeitszeitflexibilisierung der Deutschen Bahn AG auf weibliche Beschäftigte aus? Praxis-Beispiele sollen während der Tagung „Olympiareife Mannschaften

interregio



••• Mit einer **Postkartenkampagne** begleitet der **DGB Berlin-Brandenburg** die Wahlkämpfe in beiden Bundeslän-

dern. Die in Kneipen ausliegenden Karten richten sich gegen Rechts-Extremismus und fordern zur Wahlbeteiligung auf (Foto). Mehr Infos: Stefan Collm, Tel. 030/21240140
••• Neue Wege in der **Mitgliederwerbung** geht der **DGB Kreis Region KERN** (Kiel/Neumünster): Die Volksfürsorge, die GewerkschafterInnen auf Versicherungen einen Beitragsnachlass von bis zu 15 Prozent gewähren kann, wirbt mit diesem Argument neue Mitglieder für die Gewerkschaften und erhält pro Neuaufnahme 25 Mark.

gesucht? Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsschutz“ die gesundheitlichen Auswirkungen neuer Arbeitszeitmodelle demonstrieren. Auf der von der Hans-Böckler-Stiftung und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin organisierten Tagung am 22. September werden auch die Chancen gesundheitsfördernder Arbeitszeitmodelle dargestellt. •
Fax: 0211/77784111

Lobby für Wohnsitzlose

Obdachlosigkeit bekämpfen

Armut und Reichtum – die Spaltung unserer Gesellschaft ist auf den Straßen deutscher Städte sichtbar. Die Zahl der Obdachlosen wächst stetig und hat inzwischen die Millionen-grenze überschritten. Den Teufelskreis aus Arbeits- und Obdachlosigkeit durchbrechen, das hat sich die bundesweite „Lobby für Wohnsitzlose und Arme e.V.“



Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmung im Bund-Verlag

Die *Mitbestimmung*, die Monatszeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung, erscheint ab Januar 2000 im Bund-Verlag. Durch den Wechsel der seit 1992 vom Nomos Verlag betreuten Zeitschrift soll die Zahl der AbonnentInnen im gewerkschaftlichen Kernbereich gestärkt werden. Die Erwartung, über den Nomos Verlag die Zahl der Abonnenten außerhalb der Gewerkschaften zu erhöhen, habe sich „nicht erfüllt“, so HBS-Pressesprecher Ditmar Gatzmaga.

auf die Fahnen geschrieben. Abhilfe schaffen soll ein Verfassungszusatz, der den Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum als Grundrecht garantiert. Um den Bundestag von der Idee zu überzeugen, sammelt die Interessenvertretung unter der Schirmherrschaft des IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel Unterschriften, die den Fraktionen im Herbst übergeben werden sollen. Die Initiative will damit den Verkauf der staatlichen Sozialwohnungen stoppen und ein preiswertes Wohnungsangebot für Geringverdienende garantieren. •
Tel.: 069/3140800
Fax: 069/31408166

HBS-Tagung

Was wird aus der Rente?

Was sind die Kernpunkte der Rentenreform? Welche Pläne auf den Schreibtischen der Bundesregierung liegen, das verrät Ulrike Mascher, Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, während einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung zur „Zukunft der Alterssicherung“ am 23./24. September in Berlin. Außerdem stehen alternative Modelle auf dem Prüfstand. •
Tel.: 0211/7778123

Nur gut 1000 der 10 000 BezieherInnen zahlen ihr Abonnement selbst. Die übrige Auflage wird an Förderer der Stiftung und an Multiplikatoren kostenlos abgegeben. Ebenfalls im Bund-Verlag erscheint *Böckler im Quartal*. Der neue Newsletter der HBS wird viermal im Jahr als Beilage in den Zeitschriften *Die Mitbestimmung*, *WSI-Mitteilungen*, *Arbeitsrecht im Betrieb* und *Der Personalrat* herausgegeben sowie im Einzelversand. •

Referat Migration

Es kommen Menschen

ArbeitnehmerInnen ausländischer Herkunft haben es schwer im Arbeitsalltag. Wie der DGB Betroffene unterstützt, zeigt die Broschüre „... es kommen Menschen – Herausforderungen an eine gewerkschaftliche Migrationspolitik“. Das knapp 40-seitige Heft des Referats Migration zeigt, welche Chancen für Gewerkschaften aus dem multikulturellen Mix erwachsen. •
toennes.satz+druck
Fax: 0211/9200838

Technologieberatung

Neue Seminare

Von Controlling über Mobbing bis zum multimedialen Arbeitsplatz – die Seminarprogramme der Technologieberatungsstellen (TBS) der DGB Landesbezirke Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen spannen einen weiten Bogen. Selbstverständlich stehen auch Klassiker wie Daten- und Arbeitsschutz auf dem Kalender. •
Niedersachsen
Fax: 0511/1630420
Nordrhein-Westfalen
Fax: 0208/8207641

GEWERKSCHAFTEN

DGB Nord

Flächendeckend gegen Rechts

Es reicht nicht, zu verhindern, dass rechte Parteien in die Parlamente einziehen. Deshalb setzt der DGB Nord seine erfolgreiche Kampagne gegen Rechts, die er im letzten Bundestagswahlkampf startete, fort. Ein neuer Verein soll die Basis verbreitern.

Ob bei Kommunal- oder Landtagswahlen, rechte Parteien suchen ungebrochen ihren Weg in die Entscheidungsgremien der Politik. Wie man rechten Parolen im Wahlkampf den Wind aus den Segeln nimmt, das hat der DGB Nord in Mecklenburg-Vorpommern bei den Bundes- und Landtagswahlen im letzten Jahr gezeigt. Mit einer breit angelegten Kampagne, die alle gesellschaftlichen Bereiche miteinbezog, rückte der DGB Nord braunem Gedankengut zu Leibe. Was einmal mit Ratlosigkeit begann, hat sich inzwischen zu einem Verein von Gewerkschaften, Initiativen und Projekten manifestiert, der auch im nächsten Wahlkampf wieder aktiv sein wird.

Gisela Ohlemacher, Kreisvorsitzende des DGB in Neubrandenburg, brachte den Stein Anfang '98 ins Rollen. Die NPD trat massiv in Mecklenburg-Vorpommern auf und benutzte Slogans, die denen der Gewerkschaften nicht unähnlich waren. „Wir müssen was machen, das stand fest“, so Michael Rittmeier, Pressesprecher des DGB Nord. Im April, zwei Tage nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt, die den Rechten den Einzug in den Landtag

verschafften, rief der DGB in Schwerin den „Ratschlag gegen Rechts“ zusammen. Das Forum aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen, wie Parteien, Initiativen und Verbänden, das sich nach den Brandanschlägen von Rostock-Lichtenhagen 1992 gebildet hatte, war voll besetzt. Der Schock von Sachsen-Anhalt saß tief.

„In der Diskussion wurde klar, dass es nichts nützen würde, z.B. allein in den Schulen aktiv zu werden“, erzählt Michael Rittmeier. „Wir mussten alle gesellschaftli-

„Wir konnten feststellen, dass sich Haltungen auch kurzfristig ändern lassen. Es ist aber wichtig, dass wir das langfristig schaffen.“

chen Bereiche bearbeiten, wenn wir erreichen wollten, dass sich Haltungen ändern.“ Der DGB schnürte aus verschiedenen Komponenten „einen dicken Tampon“ für eine flächendeckende Kampagne zusammen. Auf breiter Ebene sollten Haushalte und Medien, Schüler und Betriebe angesprochen werden. So führte eine Aktionstour

mit einem Feuerwehrmobil in 25 Kleinstädte. Sie brachte große Medienresonanz und sprach die Menschen direkt auf der Straße an. Es gab Gespräche mit Medienvertretern, die das Verantwortungsbewusstsein in der Berichterstattung thematisierten. Rundbriefe schufen Kontakt zu Betriebsräten und hielten sie über die Kampagne auf dem Laufenden.

In einer Berufsschul- bzw. „Demokratietour“ wurden mit SchülerInnen Unterrichtseinheiten in Form von Expertenanhörungen mit anschließender Bundestagsdebatte gestaltet. „Zu Beginn des Unterrichts meinten manchmal bis zu 40 Prozent der Jugendlichen, dass Ausländer Deutschen den Arbeitsplatz wegnehmen. Danach „sank die Zahl auf etwa 20 Prozent“, sagt Michael Rittmeier. „Wir haben festgestellt, dass es auch kurzfristig möglich ist, Einstellungen zu ändern. Wichtig ist aber, dass wir das langfristig schaffen.“

Inzwischen wurde der Verein „Für Demokratie und Toleranz“ gegründet, der ein Klima gegen Rechtsextremismus und Gewalt schaffen und die Arbeit der Kampagne fortführen soll. In einer Landesgeschäftsstelle in Schwerin und mehreren Regionalbüros sollen ab Oktober u. a. Beratung, Informations- und Bildungsarbeit stattfinden. Zum Beirat des Vereins gehören neben WissenschaftlerInnen und StaatssekretärInnen verschiedener Ministerien auch Landtagspräsident Hinrich Kuessner und der SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Schlotmann. •

Kontaktadresse:
Für Demokratie und Toleranz
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
c/o Arbeit und Leben
Eckdrift 83, 19061 Schwerin

Die Eckpfeiler der Kampagne

Mit der Kampagne des DBG Nord gegen Rechts werden alle gesellschaftlichen Bereiche angesprochen:

- Haushalte
- SchülerInnen
- Betriebsräte
- MedienvertreterInnen
- Initiativen und Bündnisse gegen Rechts

Die Arbeit der Kampagne wird im Verein für Demokratie und Toleranz fortgeführt

Die Ziele:

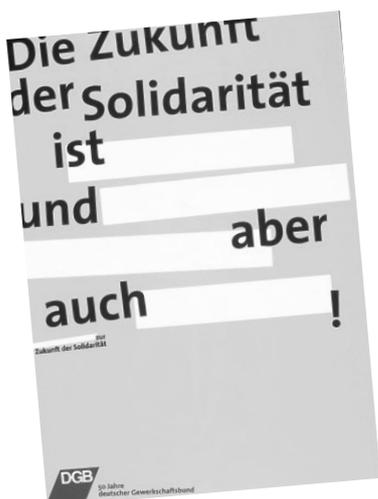
✳ **Beobachtung und Analyse**
Beobachtung der rechten Szenen, Sammlung, Speicherung und Analyse von Informationen und Daten

✳ **Informationsarbeit**
Dokumentierte Daten und Informationen sollen der Öffentlichkeit, PolitikerInnen und MultiplikatorInnen zur Verfügung stehen

✳ **Bildungstätigkeit**
Fachkenntnisse und Erfahrungen werden in geeigneter didaktischer Form für Bildungsveranstaltungen aufbereitet

✳ **Beratung**
Der Verein berät u.a. Opfer fremdenfeindlicher Gewalt, Kommunen, MitarbeiterInnen von Jugendzentren

✳ **Initiierung von Kooperationen**
Unterstützung der Vernetzung von Projekten, Fachleuten und interessierten Einzelpersonen



Was Solidarität ist, sollen die ZuschauerInnen selbst auf den Plakaten ergänzen, die Christiane Möller zum fünfzigjährigen DGB-Geburtstag entworfen hat. Die Studentin der Fachhochschule Dortmund ist Gewinnerin des mit 8000 Mark dotierten Plakatwettbewerbs des DGB. Das Plakat Museum Essen zeigt vom 3. bis 17. September alle prämierten Arbeiten.

kurz & bündig



„Wettbewerb und Qualität“ ist das Thema einer ÖTV-

Veranstaltung am 8./9. September in Stuttgart. In Diskussionen und Arbeitsgruppen werden die Bedeutung neuer Wettbewerbsformen im öffentlichen Sektor untersucht und künftige Handlungsstrategien erarbeitet.



Die Gewerkschaft der Polizei warnt vor dem wachsenden Einfluss

organisierter Kriminalität im Baugewerbe. Speziell die italienische Mafia verdränge zunehmend mit Scheinfirmen und illegal Beschäftigten legale Unternehmen. Der Staat sei mehr denn je gefordert.



Die Berliner Katharina Leubner erhält den mit 15 000 DM

dotierten Kunstpreis der IG Metall. Weitere Preisträger sind Gero Hellmuth und Lothar Seruset. Die 32 besten von über 500 eingegangenen Arbeiten zum Thema „Miteinander leben und arbeiten“ sind im November in der Metall-Galerie in Frankfurt/IM. zu sehen.



Die Broschüre „Geringfügige Beschäftigung –

ein Dauerbrenner“ informiert umfassend und praxisnah über die Neuregelung der 630-Mark-Jobs sowie weitere arbeitsrechtliche Bestimmungen, die für geringfügig Beschäftigte gelten. Bestellungen: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauenpolitik, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf.

Organisationsreform

Kernelemente beschlossen

Der DGB gliedert sich in Zukunft in drei hauptamtliche Ebenen: Bund, Bezirke und Regionen. Das hat der DGB-Bundesvorstand sechs Monate nach seiner Hattinger Klausur beschlossen. Zugleich hat er die Aufgaben des DGB weiter konkretisiert: Für die Mitgliederbetreuung bleiben die Gewerkschaften zuständig, der DGB soll hier aber künftig im Einzelfall „besondere Aufgaben“ für die Gewerkschaften übernehmen. Seine „jugendpolitische Kompetenz“ soll gestärkt und die Bildungspolitik von DGB und Mitgliedsgewerkschaften „im Hinblick auf eine intensivere Nutzung von Synergiepotenzialen“ überprüft werden. Auch die Koordination eines „kompatiblen Mitgliederverwaltungswesens“ und eines „bundeseinheitlichen Ansprechangebotes für Gewerkschaftsmitglieder“ gehört in Zukunft zu den Aufgaben des DGB.

Das Wahlmandat bleibt auf allen drei Ebenen erhalten. Kreis- und Landesbezirkskonferenzen sollen aber nicht mehr antragsberechtigt sein. Eine „ebenenübergreifende politische Willensbildung“ soll es nur noch auf der Ebene der Mitgliedsgewerkschaften geben.

Der Beschluss sei „kein Sparpapier“, so DGB-Vorstand Günter Dickhausen. Wichtig sei insbesondere, dass die ehrenamtliche vierte Ebene eine eigene Finanzausstattung erhält, dass das Wahlmandat erhalten bleibt und die Frauen-, Gleichstellungs- und Jugendpolitik weiter zu den Aufgaben des DGB gehören. Eine weitere Konkretisierung der Aufgaben und Struktur des DGB will der Bundesvorstand bis Mitte kommenden Jahres beschließen. ●

Im Faxabruf: 0211/43 01 680
Kernelemente der
DGB-Organisationsreform

IG BAU-Kongress

Landesverbände abschaffen

Auf ihrem 4. Außerordentlichen Gewerkschaftstag vom 26. bis 28. August in Karlsruhe will die IG BAU eine Zwischenbilanz ihres Organisationsentwicklungsprozesses ziehen und Vorentscheidungen über die künftige Struktur der Gewerkschaft treffen. Den Branchen außerhalb des Bauhauptgewerbes soll mehr Gewicht eingeräumt werden. Ab 2001 soll auf die Landesverbände verzichtet, die Bezirksverbände sollen stärker in die politische Führung der IG BAU eingebunden werden. ●

DGB-Bundesvorstand

Countdown für den Berlin-Umzug

Ab 1. September ist der Sitz des DGB Bundesvorstands faktisch nicht mehr Düsseldorf, sondern Berlin. Neben den fünf Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) werden zu diesem Zeitpunkt auch 73 der 179 Beschäftigten der Bundesvorstandsverwaltung ihre Arbeit an der Spree aufnehmen. Während fünf von zwölf AbteilungsleiterInnen und 45 der 61 ReferatsleiterInnen nach Berlin gehen, wollen nur 6 von 53

Sekretärinnen in die Bundeshauptstadt umziehen. Um die Arbeitsfähigkeit der neuen DGB-Zentrale in der Anfangsphase zu gewährleisten, sollen Verwaltungsangestellte auf freiwilliger Basis befristet in Berlin arbeiten.

Formal bleibt der Sitz des DGB noch bis zum nächsten Kongress Düsseldorf. Ein Antrag, den Sitz nach Berlin zu verlegen, hatte im vergangenen Jahr nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. ●

DGB-Zentrale

Abmahnungen zurückgezogen

Der DGB hat vor dem Arbeitsgericht Düsseldorf erklärt, zwei Abmahnungen gegen einen Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand aus der Personalakte zu entfernen. Beide Abmahnungen sahen die Arbeitsrichter als nicht haltbar an. Gegenstand der Abmahnungen war eine kritische Analyse, die der Referatsleiter für Europäische Tarifpolitik Ende Januar über das Verhandlungsergebnis der europäischen Sozialpartner zu befristeten Arbeitsverhältnissen verfasst und den Tarifabteilungen der Gewerkschaften sowie einigen Mitgliedern des EGB-Ausschusses „Arbeitsbeziehungen“ per E-Mail als „bisher persönliche Analyse“ zugesandt hatte. Der EGB-Generalsekretär Emilio Gabaglio hatte sich darüber beim DGB-Vorstand beschwert. Gegen beide Abmahnungen hatte der Referatsleiter Klage eingereicht. ●

DGB-Rechtsschutz GmbH

Call Center im Test

Gewerkschaftsmitglieder sowie Betriebs- und Personalräte aus den DGB-Kreisen Hamburg, Kleve, Augsburg und Dresden erhalten ab November bei Arbeits- und Sozialrechtsproblemen eine erste Rechtsberatung auch per Telefon. Von montags bis freitags stehen zwischen 15 und 20 Uhr über eine 0180er-Nummer acht RechtsschutzsekretärInnen zur Verfügung.

Der neue Service soll die bisherigen Rechtsschutzleistungen ergänzen. Das Angebot des „Help Desk“ ist auf eine einmalige Beratung beschränkt, komplizierte Rechtsfälle werden weitergeleitet. Das zunächst auf ein halbes Jahr befristete Pilotprojekt ist Teil der Bemühungen zur Verbesserung der Qualität des DGB-Rechtsschutzes. ●

Modell Niederlande

Der Charme der Flexibilisierung



Wim Kok, 61, ehemaliger Vorsitzender des niederländischen Gewerkschaftsbundes NVV, ist seit 1994 Ministerpräsident der Niederlande

Auch in einer internationalisierten Wirtschaft sieht der niederländische Ministerpräsident Wim Kok Chancen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

■ In der Arbeitswelt steht heute größere Flexibilität einer Verbesserung der Arbeitsqualität gegenüber. Gleichzeitig nimmt für Menschen mit geringerem Einkommen

die Flexibilität zu, nicht aber die Arbeitsqualität. *Arbeit“ hat nichts an Aktualität verloren. Die Arbeitsplatzentwicklung ist positiv, aber die Erwerbsquote liegt in den Niederlanden nur wenig über dem europäischen Durchschnitt. Wir benötigen auch in Zukunft eine hohe Erwerbsbeteiligung, um beispielsweise die Renten finanzieren zu können. Die Teilnahme am Arbeitsmarkt bedeutet zudem, dazugehören. Wir knüpfen daran jedoch Bedingungen an die Arbeitsqualität und das Lohnniveau.*

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze – auch für Menschen mit schlechterer Ausbildung – hat nicht zu einer ungleicheren Einkommensverteilung beigetragen. Ich denke, dass mehr Menschen durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze an der Vermögensbildung, und sei es nur in einem bescheidenen Maß, teilhaben können. Ohne diese Entwicklung wäre es nicht möglich gewesen, die Kopplung zwischen Lohnniveau und staatlichen Leistungen zu finanzieren, und gerade dann wären die Menschen, die nicht am Arbeitsprozess beteiligt sind, am meisten benachteiligt worden.

■ Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung hat seit Beginn der achtziger Jahre zugenommen. Ist es mit der Internationalisierung der Ökonomie noch möglich, das starke Wachsen vor allem der Vermögen in den Griff zu bekommen?

■ Auch früher war es nicht möglich, die Spitze in den Griff zu bekommen. Jetzt, da die Grenzen eine immer geringere Rolle spielen, ist natürlich das grenzüberschreitende Wachsen der Vermögenseinkommen ein Faktor, bei dem die Steuergesetzgebung nur in einem sehr geringen Maße eine korrigierende Wirkung ausübt.

■ Ist das nicht eine betrübliche Schlußfolgerung für einen Sozialdemokraten?

■ Wenn ich das Gegenteil behaupten würde, würde ich eine illusorische Politik betreiben. Das soll nicht heißen, dass es keine Instrumente gibt, um der Vermögensungleichheit Schranken zu setzen. Aber Menschen, die in der Lage sind, über die Grenzen hinweg ihr Geld zu investieren, haben häufig unbegrenzte Möglichkeiten. Das bringt mich aber nicht von der Notwendigkeit ab, dafür zu sorgen, dass Menschen, welcher Herkunft auch immer, an einer Wirtschaft partizipieren können, die durch eine stürmische technologische Entwicklung gekennzeichnet ist. Es bringt mich nicht davon ab, das Steuersystem zu ökologisieren und gerechter zu gestalten. ●

die Flexibilität zu, nicht aber die Arbeitsqualität.

■ Wir erfahren tatsächlich eine spektakuläre Entwicklung, die nur in beschränktem Maße beeinflussbar ist. Sie bietet beträchtliche Chancen, aber es gibt einen Generationsunterschied. Für die Jüngeren steht die Möglichkeit, dem Leben eine eigene Richtung zu geben, im Vordergrund. Auch viele Ältere können mit dieser Entwicklung mithalten. Es gibt jedoch Menschen, die nicht mit dem Modernisierungsprozess Schritt halten können. Ich behaupte nicht, dass es eine Lösung für diese Problemstellung gibt. Aber man kann für die verschiedenen Teilprobleme politische Initiativen entwickeln. Wir haben beispielsweise in den Niederlanden die Nebenkosten für einfache Tätigkeiten gesenkt. Und wir haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeführt.

■ Schießt für manche Gruppen die Flexibilisierung nicht über das Ziel hinaus?

■ Flexibilisierung ist heute kein Begriff mehr, bei dem die Unternehmer den Ton angeben und der sich ausschließlich auf die Arbeitsorganisation bezieht. Es geht mehr darum, wie zum Beispiel Arbeit und Erziehung kombiniert werden können. Da bald die Mehrheit der Arbeitnehmer Doppelverdiener sind, werden wir intelligente Möglichkeiten finden müssen, um die Verpflichtungen, die sich aus der Arbeit ergeben, mit den Prioritäten im häuslichen Bereich zu kombinieren. Ich sehe aber nicht, dass die Vielzahl der Arbeits- und Lebensmuster etwas Bedrohliches ist, soweit wir Politiker für einen Ausgleich sorgen und zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften Konfrontation und Zusammenarbeit herrscht – Konfrontation, wo notwendig, und Zusammenarbeit, wo möglich.

■ Muss der Einkommenspolitik wieder eine stärkere Position zukommen?

■ Der Slogan „Arbeit, Arbeit und noch einmal

Auf dritten Wegen ins dritte Jahrtausend?

Auch in den Niederlanden hat in den achtziger Jahren die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung zugenommen. Aber für Ministerpräsident Wim Kok ist die fehlende Möglichkeit, das Wachstum spekulativer Vermögen wirksam zu begrenzen, kein Argument, keine Arbeitsplätze für Menschen mit geringer Qualifikation zu schaffen. In der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeit sieht er keine Bedrohung, sondern die Chance, die sich wandelnden Anforderungen der Arbeit und der privaten Lebensplanung besser miteinander zu vereinbaren.

Der auszugsweise wiedergegebene Beitrag von Wim Kok erscheint Ende August in den **Gewerkschaftlichen Monatsheften** (Heft 7-8/1999) Unter dem Titel **Auf dritten Wegen ins dritte Jahrtausend** präsentieren dort auch Bundeskanzler Gerhard Schröder, der britische Premierminister Tony Blair sowie der französische Europaminister Pierre Moscovici ihre Zukunftsentwürfe.

Wissenschaftlich unterfüttert wird das Heft unter anderem mit Beiträgen von Ulrich Beck, Norman Birnbaum, Andrei S. Markovits und Fritz W. Scharpf.

E-Mail:

redaktion.gmh.@t-online

Im Internet:

www.gmh.dgb.de

BGAG 1998 – ein erfolgreiches Jahr: Schwarze Zahlen in allen Unternehmen

Und sie können es doch – die Gewerkschaften – als Unternehmer erfolgreich sein: Erstmals in der 25-jährigen Geschichte der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), Frankfurt/M., haben im Geschäftsjahr 1998 alle Unternehmen, an denen die BGAG beteiligt ist, im operativen Bereich schwarze Zahlen geschrieben. Vorstandssprecher Rolf-J. Freyberg kündigte vor der Presse an, „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ im nächsten Jahr eine Dividende zu zahlen. Die Anteilseigner wird's freuen, zuletzt wurde Mitte der 80er Jahre eine Dividende ausgeschüttet. Größter Einzelaktionär ist mit 24,97 Prozent die IG Metall, gefolgt von der IG BCE (24,9 %), dem DGB (20,48 %) und der IG BAU (8,17 %).

Der Jahresüberschuss der BGAG stieg im vergangenen Jahr um 20 Prozent auf 30 Millionen Mark bei einer Bilanzsumme von 4,6 Milliarden Mark. Nicht enthalten sind dabei Ausschüttungen der Allgemeinen Hypothekenbank AG, der Allgemeinen Deutschen Direktbank AG sowie der BfG Bank AG. Erstmals werden diese Beteili-

Wesentlicher Anteilsbesitz der BGAG-Gruppe

Anteil am gezeichneten Kapital zum 31.12.1998

	in TDM	in Prozent
Allgemeine Deutsche Direktbank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	51 000	51,0
Allgemeine Deutsche Direktbank International S.A., Luxemburg	20 000*	66,7*
Allgemeine HypothekenBank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	85 000	50,0
Allgemeine Immobilien Holding Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	25 361	72,5
BfG Bank AG, Frankfurt am Main	379 018	25,0
BGAG Immobilien Ost GmbH, Frankfurt am Main	1 000	100,0
BG-Immobilien-gesellschaft mbH, Hamburg	73 500	98,0
BHW Holding Aktiengesellschaft, Berlin	307 350	34,2
Bund-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	1 000	100,0
DI Deutsche BauBeCon Aktiengesellschaft, Hannover	81 030	99,0
GGI-Gesellschaft für Gewerbeimmobilien mbH, Frankfurt am Main	50 000	100,0
GIMET Gewerkschaftliche Immobilien Metall GmbH, Frankfurt am Main	5 100	51,0
GINO Gewerkschaftliche Immobilienverwaltung Nord-Ost GmbH, Berlin	47	93,0
GIRO Gewerkschaftliche Immobilien-gesellschaft für Restitutionsobjekte mbH, Frankfurt am Main	5 810	96,8
ISA Consult Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH, Bochum	3 000	100,0
Neue Heimat-Vermögensverwaltungs- und Betreuungsgesellschaft mbH, Hamburg	20 000	100,0
NH-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	49	98,0

*Anteil der Allgemeine Deutsche Direktbank Aktiengesellschaft

Wenn es angesichts begrenzter eigener Ressourcen sinnvoll ist, geht die BGAG Partnerschaften ein, um die Rentabilität der Unternehmen zu steigern. Als strategische Managementholding ist die BGAG aber vor allem an maßgeblichen Beteiligungen interessiert. Die Beteiligung an der BfG Bank (25 Prozent minus zwei Aktien) fällt aus den Rahmen. Sie hat ihre Ursache in einer existenzbedrohenden Krise der BfG vor einigen Jahren, die die beiden Aktionäre, die BGAG und die Aachen-Münchener Versicherungsgruppe, allein nicht bewältigen konnten. Deshalb wurde der größte Teil der Bank an den Crédit Lyonnais verkauft.

gungsergebnisse von zusammen 170 Millionen Mark nicht im laufenden, sondern phasenverschoben erst im 99er Abschluss berücksichtigt. Ohne diesen Sonderfaktor wä-

re bereits 1998 das beste Geschäftsjahr in der Geschichte der BGAG gewesen, so Freyberg. Mit der BGAG der 70er und 80er Jahre sei die BGAG nicht mehr vergleich-

bar. Aufgabe der BGAG sei es heute, den Wert des ihr anvertrauten Vermögens kontinuierlich zu steigern und eine angemessene Verzinsung zu erzielen. ●

Wechselvolle Geschichte

Vor 25 Jahren, im November 1974, wurde die BGAG als „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft“ gegründet. Aufgaben und Ziele haben sich im Laufe ihrer wechselhaften Geschichte mehrmals grundlegend geändert. Ursprünglich sollte die BGAG das notwendige Eigenkapital zur Finanzierung des stürmischen Wachstums der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) als ehemals viertgrößte Privatbank bereitstellen. Zu Beginn der 80er Jahre verlagerten sich mit der Beteiligung der BGAG an dem Wohnungsbaukonzern Neue Heimat die Aufgaben immer mehr auf die Bewältigung von wirtschaftlichen und finanziellen Problemen. Krisenmanagement, Liquidation und Sanie-

rung standen im Zentrum. Die Schwierigkeiten der BfG und der Niedergang des Einzelhandelsriesen coop fügten sich nahtlos an. Erst Mitte der 90er Jahre konnten die Sanierungsaufgaben mit dem Verkauf von drei Viertel des Kapitals der BfG an den Crédit Lyonnais abgeschlossen werden. Trotz erheblicher Verluste blieben beachtliche Vermögenswerte und wertvolle Substanz im Finanzdienstleistungs- und Immobilienbereich erhalten. Der Abschluss der Krisenphase und die Abkehr von der Gemeinwirtschaft als Unternehmensphilosophie spiegeln sich auch in der Umbenennung des Firmennamens BGAG in „Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften“ 1994 wider.

Anfang 1997 leitete die BGAG eine strategische Neuausrichtung ein und definierte ihre

Aufgaben und Ziele neu. Sie versteht sich heute als eine strategische Beteiligungs- und Managementholding. Ihre Aufgabe ist es, einen wesentlichen Teil des Vermögens der Gewerkschaften zu verwalten. Dieses Vermögen setzt sich zusammen aus Unternehmensbeteiligungen, eigenen Unternehmen, Immobilien sowie Wertpapieren. Die Ziele, die die BGAG dabei verfolgt, sind, den Unternehmenswert der Beteiligungen zu steigern und nachhaltige Erträge zu erwirtschaften. Zur Strategie gehört außerdem, angesichts begrenzter eigener Ressourcen Allianzen und Partnerschaften einzugehen, wenn so Marktpositionen ausgebaut werden können. Erfolgreich wurde auch vor zwei Jahren mit der BHW-Holding der Gang an die Börse zur Kapitalverbreiterung genutzt.

Interview mit Vorstandssprecher Rolf-J. Freyberg: Sonnenaufgang bei der BGAG

DGB und Gewerkschaften dürfen sich freuen: Erstmals seit Mitte der 80er können die Anteilseigner der BGAG im nächsten Jahr mit einer Dividende rechnen.

■ Um ihr Vermögen sicher anzulegen, müssten die Gewerkschaften keine eigene Beteiligungsgesellschaft haben. Welche strategischen Vorteile bietet die BGAG?

■ **Finanzkraft ist Kampfkraft: Nur wer Finanzkraft hat, kann auch die gewerkschaftlichen Ziele im Falle eines Falles durchsetzen. Zur Finanzkraft gehört ein guter Mix an Vermögen, und zwar nicht nur Geldvermögen, das der Inflation unterliegt, sondern auch Sachvermögen. Man könnte sich natürlich auch an Immobilien- und Aktienfonds beteiligen, nur da unterliegt man eben auch den Unwägbarkeiten des Marktes. Die Aktien- und Rentenmärkte sind volatil, bei den Immobilien gibt es Zyklen. Anders verhält es sich, wenn man eine signifikante Unternehmensbeteiligung an einer Aktiengesellschaft wie der BGAG hat. Wir wollen die Erträge verstetigen. Wir wollen zu einer ansehnlichen und nachhaltigen Dividende kommen, die die Gewerkschaften in Zukunft einplanen können, weil sie bei der BGAG sicher ist.**

■ Die Gemeinwirtschaft ist tot, die BGAG blüht und gedeiht. Was unterscheidet die BGAG heute von der alten Gemeinwirtschaft? Was macht die BGAG im Bereich Immobilien anders als früher die Neue Heimat?

■ **Die Kongressbeschlüsse des DGB und verschiedener Mitgliedsgewerkschaften zielen auf den Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft ab. Das ist richtig. Die Gemeinwirtschaft als Unternehmensphilosophie gibt**

es nicht mehr. Anders als die Neue Heimat und die frühere Bank für Gemeinwirtschaft geht die BGAG dieser Philosophie nicht nach. Wir sind heute ein Unternehmen, das sich im Markt bewegen und bewähren muss. Unser Ziel ist, den Wert des uns von den Gewerkschaften anvertrauten Vermögens

„Unser Ziel ist es, den Wert des uns von den Gewerkschaften anvertrauten Vermögens inflations sicher zu steigern.“

und des Portfolios inflations sicher zu steigern. Deswegen haben auch die Unternehmenswertsteigerung und eine angemessene Rendite, das heißt die Verzinsung und die Dividende, Priorität.

■ Um jeden Preis?

■ **Natürlich nicht um jeden Preis. Aber das Verhältnis und die Reihenfolge der Ziele haben sich umgekehrt. Früher standen die hehren gemeinwirtschaftlichen Ziele an erster Stelle, und man meinte, die Ökonomie bringe immer alles. In der Tat herrscht jetzt das Primat der Ökonomie und der Betriebswirtschaft. Wenn und soweit das einen Spielraum auch für soziale Belange hergibt, machen wir davon Gebrauch.**

■ Die BGAG hatte in den 80ern und bis Mitte der 90er vor allem Sanierungsaufgaben zu bewältigen. Seit Anfang 1997 stellt die BGAG als strategische Managementholding die Weichen für die Zukunft neu. Spiegeln sich erste Erfolge im Geschäftsbericht 1998 wider?

■ **Ja. Nach langer, dunkler Winterzeit ist Frühlingsanfang und Sonnenaufgang bei der BGAG. Der schon im Vorjahr positive**



Dr. Rolf-J. Freyberg, 56, ist seit dem 1. Februar 1997 Sprecher des Vorstandes der BGAG

Jahresüberschuss hat sich in 1998 um 20 Prozent erhöht. Noch wichtiger aber ist, dass 1998 erstmals in der 25-jährigen Geschichte der BGAG alle Beteiligungsbereiche des Konzerns im operativen Geschäft schwarze Zahlen schreiben. Die für das erste Halbjahr 1999 vorliegenden Zahlen belegen, dass sich die positive Entwicklung auch im neuen Jahr fortsetzt. Die BGAG wird mit an Sicher-

„Ich würde den Aktionären empfehlen, nur Teilausschüttungen der Gewinne zu beschließen und immer etwas für die innere Stärkung der Unternehmen zu tun.“

heit grenzender Wahrscheinlichkeit 1999 eine Dividende ausschütten.

■ Wie haben die Anteilseigner reagiert? Sind sie zufrieden?

■ **Mit der Frage machen Sie**

mich verlegen. Sie kennen sicher den Spruch, dass Beifall und Anerkennung das Brot des Künstlers sind. Im Gewerkschaftsbereich geht man im Allgemeinen damit spärlich um. Ich will es mal so formulieren: Wir haben jedenfalls kein missfallendes Wort gehört, sondern wir haben den Eindruck eines anerkennenden Nickens.

■ Reichte es den Anteilseignern, dass der BGAG-Vorstand eine Dividende angekündigt hat?

■ **Ja. Wir haben das Jahresergebnis '98 nochmals zur Substanzstärkung verwendet. Wir werden aber im Jahr 2000 für das Jahr 1999 eine Dividende ausschütten, d.h. in einem Jahr um diese Zeit werden wir die Ausschüttung einer Dividende an unsere Aktionäre vollziehen.**

■ Die BGAG-Unternehmen entwickeln sich gut. Besteht nicht die Gefahr, dass das über die Dividende hinaus noch mehr Begehrlichkeiten weckt? Die Finanzen der Gewerkschaften sind alles andere als rosig. Könnte es sein, dass die Anteilseigner die Substanz, die jetzt wieder aufgebaut und gefestigt wurde, angreifen?

■ **Die BGAG verfügt inzwischen wieder über ansehnliche stille Reserven, und über das Eigenkapital hinaus ist so weitere Substanz angewachsen. Ich rate den Aktionären aber dringend davon ab, an die Substanz zu gehen. Selbstverständlich bestimmen die Aktionäre, was mit ihrem Kapital geschieht. Ich würde ihnen aber stets empfehlen, keine Vollausschüttung, sondern nur eine Teilausschüttung der Gewinne zu beschließen und in Zukunft immer auch etwas für die innere Stärkung der Unternehmen zu tun – so wie das auch anderswo üblich ist. •**

Das Dresdner Gewerkschaftshaus gehört zu den schönsten Gewerbeimmobilien im Besitz der BGAG. Die Sanierung des 1930 erbauten Gebäudes wurde nach zweijähriger Bautätigkeit Ende 1998 abgeschlossen. Ziel der Sanierung war es, nicht nur die markante

Fassade des Gebäudes zu erhalten, sondern auch an die alte Tradition der „Volkshäuser“ anzuknüpfen. Das Gewerkschaftshaus am Schützenplatz ist nicht nur Sitz der Gewerkschaften, sondern soll auch eine offene Begegnungsstätte für die Dresdner sein. Ein Saal

steht für Großveranstaltungen zur Verfügung, im Erdgeschoss finden sich Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen, ein Restaurant und ein Jugendcafé. Etwa die Hälfte der Gewerbeobjekte der BGAG befinden sich in den neuen Bundesländern. Dabei handelt es sich überwiegend um 1994 im Rahmen eines Vergleiches der Gewerkschaften mit der früheren Treuhandanstalt rückerworbene Gewerkschaftshäuser. 1996 wurde damit begonnen, diese Gebäude zu sanieren. In vielen Fällen werden die Häuser nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wieder von den Gewerkschaften genutzt. Zu den künftigen Nutzern eines der attraktivsten Objekte, dem Haus des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) am Märkischen Ufer in Berlin, wird der DGB nicht zählen. Kurzzeitig hatte er geplant, dort seine neue Berliner Zentrale anzusiedeln. Nachdem sich der DGB für eine andere Immobilie entschieden hat, hat sich die BGAG nach anderen Mietern umgesehen. Zu den künftigen Nutzern wird u. a. die BGAG selbst gehören. Sie wird dort im nächsten Jahr eine Außenstelle eröffnen.



Foto: Jürgen von Oheimb

Zur Geschichte des Dresdner Gewerkschaftshauses hat der DGB-Kreis Dresden eine informative Broschüre herausgegeben: Peter Russig, Das Dresdner „Volkshaus“ der Gewerkschaften 1902 bis 1999.

Finanzdienstleistungen

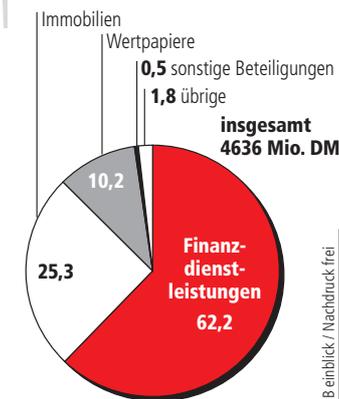
Der größte Anteil am Anlagevermögen der BGAG entfällt nach wie vor auf die Beteiligungen an Finanzdienstleistern – insbesondere die Beteiligungen an der BHW Holding, der Allgemeinen Deutschen Direktbank und der BfG Bank AG. Schwerpunkt sind das Privatkundengeschäft und die Immobilienfinanzierung. Von besonderer Bedeutung war 1998 die Vereinbarung einer Partnerschaft zwischen der BGAG und der niederländischen ING-Gruppe über die gemeinsame Führung der Direktbank. Erneut erhöhte sich das Geschäftsvolumen der Direktbank um eine Mrd. auf 7,4 Mrd. Mark. Insbesondere haben sich die Sparanlagen erhöht, auch bei Girokonto und Tagesgeldkonto ist die Nachfrage aufgrund der hohen Guthabenverzinsung weiter gestiegen.

Gegen den Branchentrend konnte der BHW-Konzern in seinem wichtigsten Kerngeschäft, dem Bausparen, auch 1998 wieder ein Plus von 5,1 Prozent verzeichnen. Überdeutliches Wachstum verzeichnen bei der BHW auch die vom

Bausparen unabhängigen Immobilienfinanzierungen, die BHW Lebensversicherungs AG oder die BHW Immobilien GmbH. •

Zwei Drittel Finanzdienstleistung

Beteiligungs- und Immobilienvermögen, Stand: 31.12.98 (in Prozent)



Quelle: BGAG-Geschäftsbericht 1998

Insgesamt betreut die BGAG ein Beteiligungs- und Immobilienvermögen, dessen Gesamtwert sich Ende 1998 auf rund 4,6 Milliarden Mark belief. Der größte Teil davon entfällt mit knapp zwei Dritteln auf Beteiligungen an Finanzdienstleistungsunternehmen.

Neuordnung der Immobilien

Ein Viertel des Vermögens der BGAG entfällt auf Immobilien. Insgesamt verfügten die Immobilienunternehmen Ende 1998 über etwa 30 000 Wohnungen und 60 Gewerbeobjekte und erwirtschafteten im letzten Jahr einen Umsatz von 562 Mio. Mark.

1998 hat die BGAG mit der Schaffung von zwei Kompetenzzentren für die Bereiche Wohn- und Gewerbeimmobilien die Weichen für eine Neuordnung des Immobilienbereiches gestellt. Ziel ist, gleichartige Aufgaben der im Immobiliensektor tätigen Gesellschaften zusammenzufassen.

Das Kompetenzzentrum für Gewerbeimmobilien ist die GGI Gesellschaft für Gewerbeimmobilien mbH, Frankfurt/M., das für Wohnimmobilien bildet die DI Deutsche BauBeCon AG, Hannover, die aus der ehemaligen Neue Heimat Niedersachsen hervorgegangen ist. Die DI Deutsche BauBeCon AG, eines der großen deutschen Wohnungsunternehmen, ist mit ihren Beteiligungsgesellschaften schwerpunktmäßig in Nord- und Ostdeutschland tätig.

Ende 1998 umfasste ihr eigener Wohnungsbestand 20 900 Wohneinheiten. Geplant ist, den Wohnungsbestand zu optimieren, sich von unrentablen Beständen zu trennen und gleichzeitig die neugewonnenen Wohnungsbestände im Osten zu sanieren. Dafür sollen in den nächsten Jahren rund 500 bis 700 Mio. Mark investiert werden. •

Rückerstattung von enteignetem Gewerkschaftsbesitz

Zwei BGAG-Unternehmen, die GIRO mbH sowie die BGAG Immobilien Ost GmbH, beschäftigen sich erfolgreich mit der Rückerstattung von ehemals gewerkschaftlichen Vermögenswerten, die 1933 von den Nationalsozialisten enteignet wurden. Die GIRO konnte 1998 Vermögenswerte von knapp 12 Mio. Mark realisieren. Der BGAG Ost ist es seit ihrer Gründung gelungen, etwa 50 Verfahren positiv abzuschließen. Allein 1998 wurden dem Unternehmen 5000 Wohneinheiten in Berlin, Magdeburg und Lauta übertragen. •

Service- und Verlagsbereich

Wegen ihrer geringen Kapitalbindung fallen die sonstigen Beteiligungen der BGAG, insbesondere die Bund-Verlag-Gruppe sowie die ISA Consult Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH, Bochum, als Vermögen kaum ins Gewicht. Gewerkschaftspolitisch ist die Bedeutung dieser Unternehmen, die vor allem in den Bereichen Information, Kommunikation und Beratung tätig sind, ungleich höher. 1998 hat die Bund-Verlag-Gruppe erstmals seit längerer Zeit einen operativen Gewinn von 1,2 Mio. erzielt. Der Bund-Verlag konnte seine Marktposition als Fachverlag für Arbeits- und Sozialrecht weiter ausbauen. Zur Gruppe gehören neben der Bund-Verlag GmbH, Frankfurt/M., die „Arbeitsrecht im Betrieb“ Verlagsgesellschaft mbH, die „einblick“ Verlagsgesellschaft mbH, die Buch & Mehr direkt Vertriebsgesellschaft mbH sowie die Verlagsanstalt Courier GmbH. ISA Consult hat ein besonderes Beratungsangebot entwickelt, das sich vor allem an Unternehmen, Institutionen und Organisationen richtet, die vor grundsätzlichen Modernisierungs- und Umstrukturierungsaufgaben stehen. Im Rahmen der Vorbereitungen der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover wurde ISA Con-



Der Aufsichtsrat der BGAG hat am 20. Juli **Bertin Eichler** (Foto: rechts), 46, zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Eichler, der in dem Gremium die IG Metall vertritt, löst **Egon Schäfer**, 60, von der IG Bergbau, Chemie, Energie ab, der dem Aufsichtsrat weiter als stellvertretender Vorsitzender angehört. **Personelle Veränderungen gibt es auch im Vorstand der BGAG. Manfred Wiesmeier**, 60, scheidet Ende September nach 15 Jahren aus dem Vorstand aus, um in den Ruhestand zu gehen. **Stephan Schlingmann**, 50, bisher Leiter des Referates Finanzen der BGAG, ist seit 1. Juli stellvertretendes Vorstandsmitglied.

sult von Gewerkschaften und Unternehmen u.a. die Leitung des Projekts „Einkommen der Zukunft“ übertragen. Ziel ist, Modelle von Beteiligungen von ArbeitnehmerInnen an Unternehmen auszuwerten und auf der Expo zu präsentieren. ●

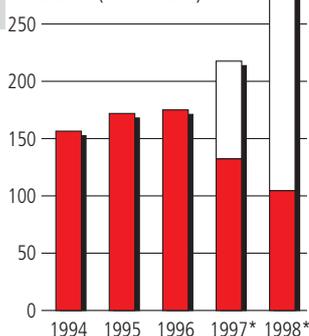
Vermögensmanagement

Zunehmend an Bedeutung hat in der BGAG die Betreuung von Wertpapierbeständen gewonnen. Die BGAG unterstützt die Gewerkschaften und andere institutionelle Investoren bei der Anlage ihrer Mittel, legt mit ihnen gemeinsam Spezialfonds auf und wirkt bei der Betreuung der Fonds mit. Die BGAG selbst besitzt Wertpapierbestände mit einem Volumen von mehr als 470 Millionen Mark (gut zehn Prozent des Vermögens): 1998 konnte aus diesen Anlagen ein laufender Ertrag von gut 36 Mio. Mark erwirtschaftet werden. ●

Insgesamt summiert sich das Beteiligungsergebnis der BGAG 1998 auf 104,3 Millionen Mark. Dabei sind allerdings mehr als 170 Millionen Mark an Beteiligungserträgen nicht berücksichtigt, da die BGAG die Vereinnahmung dieser Dividenden auf das Folgejahr verschoben hat. Diese Phasenverschiebung gibt mehr Planungssicherheit und ermöglicht es etwa, dass der BGAG-Vorstand schon jetzt fürs nächste Jahr eine Dividende in Aussicht stellen kann.

Ergebnis erneut verbessert

Beteiligungsergebnis der BGAG (in Mio. DM)



*wegen Phasenverschiebung wird ein Teil der Dividenden erst im Folgejahr vereinnahmt
Quelle: BGAG-Geschäftsbericht 1998

IGB einblick / Nachdruck, frei

? ... nachgefragt

Vier Jahre lang war Egon Schäfer Aufsichtsratsvorsitzender der BGAG. einblick hat ihn nach seiner persönlichen Bilanz gefragt.

Als ich im November 1995 den Vorsitz übernahm, waren die existentiellen Sorgen der BGAG weitestgehend überwunden. Es ging jetzt darum, die BGAG-Unternehmen zu konsolidieren. Das ist uns gemeinsam mit dem Vorstand gut gelungen. Ich habe mich immer als Moderator verstanden, regelmäßig mit dem Vorstand Gespräche geführt und die gemeinsam entwickelten Strategien in die Anteilseigner-Vorbesprechungen eingebracht. Im Aufsichtsrat haben wir oft kontrovers und lebhaft diskutiert, aber alle Entscheidungen letztlich im Konsens gefällt. Das wird sich auch mit dem Wechsel im Vorsitz kaum ändern. Der ist im Übrigen schon vor längerem vereinbart worden. Die Arbeit hat mir viel Spaß gemacht, und sie war nicht erfolglos. Nur ein paar Stichworte: die gelungene Börseneinführung der BHW-Holding vor zwei Jahren, die strategische Partnerschaft der Allgemeinen Deutschen Direktbank mit der ING-Gruppe oder die Neuordnung des Immobilienbesitzes. Froh war ich auch, als wir mit dem Management-Buy-Out endlich eine für alle zufriedenstellende Lösung für die Bücher-gilde gefunden hatten. Die Gilde liegt mir nach wie vor sehr am Herzen, und ich versuche sie zu unterstützen, wo ich kann. Ich denke, die Gewerkschaften werden künftig viel Freude an der BGAG haben. Dank der phasenverschobenen Vereinnahmung der Erträge der großen Beteiligungen ist jetzt zum Beispiel möglich, dass der Vorstand bereits für das nächste Jahr eine Dividende ankündigen kann. Bei der BGAG ist das Know-how da, den Wert des Gewerkschaftsvermögens zu erhalten und für eine vernünftige Rendite zu sorgen. Welche weiteren Dienstleistungen die Gewerkschaften von BGAG-Unternehmen erfüllen lassen wollen, müssen sie entscheiden. Ganz wichtig ist sicher der Bund-Verlag als Fachverlag für Arbeitsrecht, auch die Betreuung der Gewerkschaftshäuser durch BGAG-Unternehmen könnte ausgebaut werden – zu marktüblichen, konkurrenzfähigen Bedingungen. BGAG-Unternehmen wie die Direktbank oder das BHW bieten ihre Leistungen auch in den neu gegründeten gewerkschaftlichen Servicegesellschaften für Mitglieder zu günstigen Konditionen an. Vorstellbar ist viel – aber klar ist: Die Ökonomie muss stimmen.

DIES & DAS

die DGB grafik

AUSBILDUNGSPLÄTZE: Zuwachs nur durch das Sofortprogramm

Gegenüber '98 hat sich die Zahl der Ende Juni bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze zwar um 22 554 erhöht, aber allein aus dem Sofortprogramm sind in diesem Jahr 24 300 außerbetriebliche Angebote hinzugekommen. Wenn man den Sofortprogrammeffekt herausrechnet, haben alle Bundesländer eine negative Entwicklung oder allenfalls kümmerliche Zuwächse zu verzeichnen. Der „Ruck“, der eigentlich durch die Betriebe gehen müsste, sei noch nicht zu erkennen, so DGB-Vorstand Regina Görner.

Veränderungen im Angebot von betrieblichen sowie außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen nach Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr, Stand: Ende Juni 1999

Bundesland	Zuwächse/Rückgänge insgesamt	ohne Sofortprogramm
Schleswig-Holstein	-938	-479
Hamburg	-116	+312
Mecklenburg-Vorpommern	-1724	+318
Niedersachsen	-363	+2003
Bremen	-532	-106
Nordrhein-Westfalen	+735	+7204
Hessen	+1227	+2755
Rheinland-Pfalz	-532	+670
Saarland	+239	+625
Baden-Württemberg	+555	+1426
Bayern	-906	+281
Berlin	-993	+1538
Brandenburg	-1113	+634
Sachsen-Anhalt	+557	+2346
Thüringen	-2249	-539
Sachsen	-1150	+2012

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit/DGB

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

- **Dieter Schmidt**, 62, ehemaliger Chefredakteur der *Welt der Arbeit* und Gründer der DGB-Jugendzeitschrift *'ran*, seit 1992 Leiter der Außenstelle Berlin des DGB, scheidet Ende August aus dem DGB-Dienst aus.
- **Hans-Detlev Küller**, 55, Mitbestimmungsexperte des DGB-Bundesvorstandes, ist ab dem 1. September Sozialattaché der Deutschen Botschaft in Riga mit Zuständigkeit für Estland, Lettland und Litauen.
- **Karola Pelzer**, 48, ehemalige Gesamtbetriebsratsvorsitzende des DGB und seit November 1998 Referatsleiterin in der Abteilung Organisation des DGB-Bundesvor-

- stands, wechselt zum 1. September zum DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg.
- **Marina Schröder**, 40, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts PräNet des DGB Bildungswerks, ist ab dem 15. September Referatsleiterin für Arbeits- und Gesundheitsschutz beim DGB-Bundesvorstand.
- **Klaus Wuggazer**, 34, seit April 1998 verantwortlich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DGB Thüringen, ist seit Mitte August Pressesprecher der Stadt Eisenach.
- **Siegfried Bleicher**, 58, **Gudrun Hamacher**, 53, und **Joachim Töppel**, 52, sollen aus

dem Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall ausscheiden. Das hat der Vorstand der IG Metall vorgeschlagen. Für sie sollen **Wolf Jürgen Röder**, 51, Leiter der Verwaltungsstelle Reutlingen, **Kirsten Rölke**, 50, Erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Flensburg, und **Manfred Schallmeyer**, 51, bislang kooptiertes Vorstandsmitglied für den Bereich der ehemaligen Gewerkschaft Textil-Bekleidung, nachrücken. Gewählt wird auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag Anfang Oktober in Hamburg.

••• **Ulf Rödde**, 37, Pressereferent der GEW Baden-Württemberg, ist ab dem 1. September Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim Hauptvorstand der GEW.

14 TAGE

- 18.8.** Treffen des DGB-Vorsitzenden mit dem Ratspräsidenten der EKD, Manfred Kock, Düsseldorf
- 26.-28.8.** Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bauern-Agrar-Umwelt, Organisationsreform und 50-jähriges Bestehen, Karlsruhe
- 28.8.** Sommerfest mit Spendenaktion des Fördervereins zur Rettung des Hauses der Gewerkschaftsjugend, Oberursel
- 1.9.** Arbeitsaufnahme des DGB-Bundesvorstandes in Berlin
- 1.9.** Antikriegstag; sechzigster Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs
- 3./4.9.** Heinrich-Böll-Stiftung, Konferenz Neue Arbeitsplätze im Dritten Sektor, Berlin

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Art, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Wir werden gewinnen. Schließlic ist Gott ein Gewerkschafter.“

Larry Little, Arbeiter bei dem US-Tochterunternehmen des Reifenmultis Continental, über den elfmonatigen Streik dort (zitiert aus „Die Zeit“ vom 05.08.1999)

Umzug der DGB-Zentrale nach Berlin

Einstand ohne Tamtam

Am 1. September, neun Tage nach dem ersten Arbeitstag von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Berlin, nimmt auch die neue DGB-Zentrale in Berlin offiziell ihre Arbeit auf. Mit dem Umzug vom Rhein an die Spree will der DGB politische Flagge zeigen. „Der Umzug ins neue politische Zentrum Deutschlands“, so DGB-Vorsitzender Dieter Schulte, „unterstreicht den Stellenwert des DGB als die politische Stimme der Gewerkschaften.“

Die neue DGB-Zentrale liegt mitten in Berlin, kaum zehn Minuten Fußweg von Reichstag und provisorischem Kanzleramt entfernt. Neben den fünf Vorstandsmitgliedern werden dort am 1. September auch 50 der 73 Beschäftigten der Düsseldorfer Zentrale, die bis 2002 nach Berlin gehen, ihre Arbeit aufnehmen. Hinzu kommen weitere zehn MitarbeiterInnen, die während der Aufbauphase vorübergehend in Berlin arbeiten. Die übrigen DGB-Beschäftigten bleiben bis Ende 2002 in Düsseldorf, wo auch bis zum nächsten Bundeskongress formal der Sitz des DGB bleibt.



Vom Rhein an die Spree: Die Postkarte, mit der sich die Pressestelle des DGB von den Düsseldorfer JournalistInnen nach Berlin verabschiedet hat.

Der Umzug der DGB-Spitze vollzieht sich auf leisen Sohlen: ein geschäftsmäßiger Umzug ohne großes Tamtam. Der Wechsel des politischen Machtzentrums vom Rhein an die Spree sei dennoch „mehr als ein Ortswechsel“, so Schulte. Die Strukturen und die öffentliche Wahrnehmung politischer Entscheidungsprozesse wür-

den sich in Berlin nachhaltig ändern. Auch der DGB müsse sich auf dem neuen Terrain in Berlin seine Rolle als Lobby für Arbeitnehmerinteressen „erst noch erarbeiten“.

Dass dem DGB weitere Gewerkschaften nach Berlin folgen werden, ist unwahrscheinlich. Deren Zentralen befinden sich in den Städten Hamburg (DAG, NGG), Hannover (IG BCE), Düsseldorf (HBV, GHK, GdP), Frankfurt/Main (DPG, GdED, GEW, IG BAU, IG Metall) und Stuttgart (IG Medien, ÖTV). Lediglich die neue Dienstleistungsgewerkschaft ver.di könnte sich in Berlin ansiedeln. Neben der Hauptstadt ist auch Frankfurt/Main als Sitz von ver.di im Gespräch. Entschieden ist noch nichts. Auch nicht, wie groß die ver.di-Vorstandsverwaltung sein wird und ob ihre Fachbereiche dezentral angesiedelt werden.

Dennoch zeigen die Gewerkschaften in Berlin Präsenz. Neben der DAG mit drei Beschäftigten unterhalten fünf der zwölf DGB-Mitgliedsgewerkschaften eigene Hauptstadtbüros. Deren Mitarbeiterzahl liegt zwischen drei und fünf Beschäftigten: IG BAU (3), IG BCE (3), GdP (3), ÖTV (4) sowie GEW (5). Hinzu kommt die IG Metall, deren Wirtschaftsabteilung in Berlin eine Außenstelle mit fünf Beschäftigten unterhält. Zu deren Aufgaben zählt allerdings nicht die politische Lobbyarbeit, sondern die Unterstützung von Betriebsräten im Bereich der Treuhandnachfolgerin BvS. Zwei Gewerkschaften werden in Bonn weiter Verbindungsbüros unterhalten: Die DPG – alle drei Postunternehmen haben in der ehemaligen Bundeshauptstadt ihren Sitz – und die GEW. •

plusminusBERLIN

+ **Klaus Kirschner (SPD), Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bundestags, will von der Bundesregierung einen Bericht über die Gefahren durch britisches Rindfleisch haben. Die Aufhebung des Exportverbots durch die EU sei „ein Fehler“, solange in England nach wie vor „einige hundert Rinder an BSE erkranken“.**

- **Wenn die FDP bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland schlecht abscheidet, liegt das an der Dummheit der Wähler. Das glaubt jedenfalls FDP-Chef Wolfgang Gerhardt. Die verblüffende Begründung: „Zu oft“ könnten sich die Ostdeutschen „neben der Demokratie“ auch andere Staatsformen vorstellen.**

inhalt

Seite 3

Heißer Herbst?

Ob der Streit ums rot-grüne Sparpaket ohne öffentliche gewerkschaftliche Proteste über die Bühne geht, ist noch nicht ausgemacht – Stellungnahmen zum Konflikt von Dieter Schulte, Roland Issen, Herbert Mai, Hubertus Schmoldt, Detlef Hensche, Harald Schartau und Jürgen Peters

Seite 6

Grenzüberschreitend fusionieren

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel macht einen überraschenden Vorschlag

Seite 7

Pro Niedriglohnssektor

Eine Nestbeschmutzung von Helmuth Schütte, DGB-Bildungszentrum Hattingen



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.igmetall.delrecht_und_ratrechtsdatenbank
Der schnelle Zugriff aufs Arbeitsrecht



Im Faxabruf

0211/43 01 652

Die Position des DGB zur Rentenstrukturreform

Kündigung

DGB fordert Schriftform

Der DGB fordert die obligatorische Einführung der schriftlichen Kündigung. Er unterstützt damit einen Vorschlag des Bundesrats, den die Bundesregierung bislang ablehnt. Die Schriftform schaffe „mehr Rechtssicherheit für die Arbeitsvertragsparteien“ und entlaste die Arbeitsgerichte von zeitaufwendigen Beweisaufnahmen, erklärte DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Laut WSI-Tarifarchiv ist für 9,4 von 14 Millionen Beschäftigten in 57 von 107 ausgewerteten Tarifbereichen die Schriftform bei Kündigungen bereits jetzt erforderlich. •

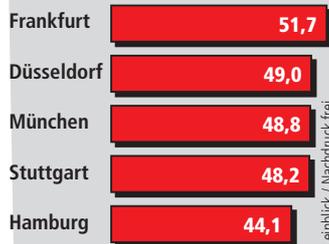
Scheinselbstständige

Vertreter ohne Versicherung

Von den 360 000 selbstständigen AußendienstmitarbeiterInnen der Versicherungsbranche sind nur 60 000 echte Selbstständige.

Top Five der Bürostädte

Anteil der im Büro Tätigen an allen Beschäftigten in ausgewählten Städten Westdeutschlands 1998 (in Prozent)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit/DGB

DGB einblick / Nachdruck frei

290 000 AußendienstmitarbeiterInnen gelten als „nebenberuflich“ tätig, obwohl für einen Großteil von ihnen die Arbeit für das Versicherungsunternehmen die einzige Einnahmequelle ist. Darauf hat die Gewerkschaft HBV aufmerksam gemacht. Kurioser Nebeneffekt dieser unsicheren Jobs: Wegen „eng bemessener Kundenstämme und brutaler Provisionen“ sei für viele Außendienstler, die während ihrer Arbeit eine private Altersvorsorge verkaufen, eine eigene Alterssicherung „nicht zu finanzieren“, so HBV-Vorstand Klaus Carlin. •

Bereits jeder dritte westdeutsche Beschäftigte verdient sein Geld am Schreibtisch. Von 1980 bis 1998 erhöhte sich im Zuge des Strukturwandels die Zahl der im Büro Beschäftigten allein im Westen um 1,6 Mio. Menschen (von 5,7 Mio. auf 7,3 Mio.). Während 1980 erst 27,1 Prozent aller ArbeitnehmerInnen im Büro arbeiteten, waren es 1998 bereits 33,1 Prozent. Gleichzeitig hat sich in Westdeutschland die Zahl der Beschäftigten, die außerhalb des Büros arbeiten, um 235 000 verringert. Das geht aus Auswertungen des DGB auf der

Basis der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit hervor. Die größten Zuwächse verzeichnete Bayern: Dort sind seit 1980 mehr als 400 000 neue Büroarbeitsplätze entstanden. Spitzenreiter als Bürostadt ist nach wie vor die Finanzmetropole Frankfurt/Main. Mehr als jeder zweite Beschäftigte arbeitet dort im Büro (51,7 Prozent). Der DGB geht davon aus, dass Büroarbeit noch an Bedeutung gewinnt. Die Tätigkeiten werden sich aber durch die Informations- und Telekommunikationstechnik grundlegend wandeln.

Spendenaufruf

Hilfe für Erdbebenopfer

Der DGB und die Gewerkschaften rufen zu Spenden für die Erdbebenopfer in der Türkei auf. Gezielte Hilfe für betroffene Familien will die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in Zusammenarbeit mit türkischen Gewerkschaften leisten (Konto 353 535 606, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60, Stichwort: Erdbebenhilfe Türkei). Auch die IG Metall (Konto 1 000 212 120, BfG Frankfurt/Main, BLZ 500 101 11,

Stichwort Erdbebenopfer Türkei), und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Konto 1 707 274 700, BfG Frankfurt/Main, BLZ 500 101 11, Heinrich-Rodenstein-Fonds) haben eigene Spendenkonten eingerichtet. Die IG BCE arbeitet mit dem Arbeiter-Samarter-Bund (ASB) zusammen. Das Konto des ASB: 1888, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Stichwort Erdbeben Türkei. •

wiewardiewoche?



Regina Görner, 49, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, ist im Schattenkabinett von Peter Müller, dem CDU-Spitzenkandidaten für die saarländische Landtagswahl am 5. September, als Arbeits- und Sozialministerin vorgesehen.

Eigentlich sollte es eine ruhige Woche werden: Zeit zum Packen für den Berlin-Umzug und für immer wieder verschobene

Termine. Nebenher ein bisschen „Stallwache“ in der Sommerpause. Aber die Umzugskartons mussten warten: In der nachrichtenarmen Zeit entdecken die Journalisten wieder einmal die Mitgliederentwicklung beim DGB. Der negative Trend ist noch nicht gebrochen, aber es gibt ermutigende Signale: Neuerdings steigen die Neuaufnahmen junger Mitglieder bei IG Metall und IG Bergbau, Chemie, Energie wieder an. Interviewanfragen zuhauf, auch zum Verhältnis von Gewerkschaften und Bundesregierung.

Die Sonnenfinsternis erlebe ich in Amsterdam, wo ich mich über die Erfahrungen niederländischer Gewerkschaften mit Reformen in der Berufsbildung informiere. Es gibt viel Übereinstimmung und den Wunsch, künftig gemeinsam strategische Überlegungen für die Weiterentwicklung dualer Ausbildungssysteme anzustellen. Wir verabreden einen Workshop, der auch die Gewerkschaften anderer Länder mit dualer Berufsausbildung einbeziehen soll.

Ab Freitag dann Wahlkampftermine im Saarland, wo ich zum Team des CDU-Spitzenkandidaten Müller zähle. In Saarlouis höre ich mir die Sorgen freier Wohlfahrtsverbände bei der Arbeit mit Wohnungslosen und Drogenabhängigen an, in Püttlingen diskutiere ich mit

Erzieherinnen über ihre Ausbildung. In Riegelsberg informiere ich mich in einer außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtung. Auch im Saarland bleiben viel zu viele Jugendliche ohne betriebliche Lehrstelle. Ich bin mir mit den dort Verantwortlichen einig: Benachteiligte Jugendliche brauchen keine Schmalspurausbildungen, sondern eine bessere Förderung. Anschließend Diskussion mit Betriebs- und Personalräten über die Zukunft des Saarbergbaus.

Der Samstagvormittag gehört dem Straßewahlkampf. Die Menschen auf dem Markt in St. Wendel nehmen die Infoblätter zur Rentenreform trotz des Nieselregens gern entgegen. Gut ist die Stimmung auch bei einem großen Familienfest am Bostalsee. Ob die Menschen im Saarland tatsächlich den Wechsel wollen oder einfach nur ein bisschen freundlicher sind als anderswo, wird sich am 5. September zeigen. Dann ist Wahltag im Saarland.

Konflikt mit Rot-Grün

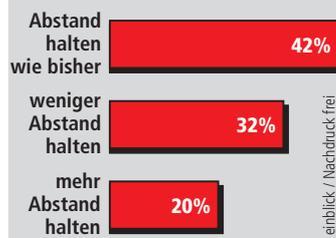
In der IG Metall gärt es

Eskaliert der Streit der Gewerkschaften mit Bundesregierung und Schröder-SPD um Sparpaket, Rentenreform und die Grundwerte sozialdemokratischer Politik? Einblick hat sich umgehört.

DGB-Chef Dieter Schulte ist bemüht, kein Öl ins Feuer zu gießen: „Wir wollen keine hochgepuschten Konflikte.“ Von seiner harschen Kritik am Kanzlerkurs – die Regierung müsse höllisch aufpassen, dass sie „den Arbeitgebern nicht alles hinten reinstopft“ – nimmt Schulte jedoch nichts zurück: „Wo wir sozial gerechte Lösungen vermissen, werden wir das auch künftig laut und deutlich sagen.“ Die Koalition habe „viele gute Vorschläge“ zu bieten, „aber auch einiges, was so nicht geht“. Dazu zählt der DGB-Vorsitzende „die Koppelung der Renten an den Inflationsausgleich“ – und hofft, „dass die Bundesregierung da einschichtig wird“.

Mehr Nähe

SPD sollte zu den Gewerkschaften ...



Dass die SPD sich den Gewerkschaften entfremdet hat, kommt in den eigenen Reihen nicht gut an: Ein Drittel der SPD-Anhängern fordert „weniger Abstand“. So das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen.

Diesen Punkt betont auch DAG-Vorsitzender Roland Issen: In der Rentenpolitik dürfe keine Willkür herrschen, „die Verlässlichkeit des Systems“ – die Lohnbezogenheit der Rentenzahlung – „darf nicht zur Disposition gestellt werden.“ Umgekehrt konstatiert Issen, dass die rot-grüne Koalition einen Politikwechsel herbeigeführt und

„einen nicht unbeträchtlichen Teil“ bereits eingelöst habe, von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall über die Erhöhung des Kindergelds bis hin zur steuerlichen Entlastung von Arbeitnehmerhaushalten. Beide Seiten müssten akzeptieren, dass sie nicht der Transmissionsriemen des jeweils anderen seien. Der DAG-Chef plädiert dafür, „zu einer vernünftigen Arbeitsatmosphäre zurückzukehren“. Die Gewerkschaften warnt er: „Wir müssen ungeheuer aufpassen, dass wir über Kontroversen in Einzelfragen die Strategie, den Politikwechsel, nicht aus den Augen verlieren.“

Der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai appelliert „an alle Beteiligten, mit gegenseitiger Schuldzuweisung endlich Schluss zu machen“. Regierung und Gewerkschaften hätten sich „gemeinsam vorgenommen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen – und darauf sollten wir uns konzentrieren“. Die nächste Bündnisrunde Ende Oktober müsse in dieser Frage „echte Fortschritte bringen“, mahnt Mai. „So müssen wir sehr schnell eine Lösung finden, wie ältere ArbeitnehmerInnen, die nicht bis 65 schuften, sondern Jüngeren einen Platz freimachen wollen, ohne Abschlüsse vorzeitig ausscheiden können.“

Mit einem konfliktfreien Verhältnis der Gewerkschaften zur Bundesregierung rechnet Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zu keiner Zeit: „Es wird immer wieder Konflikte mit jeder Bundesregierung geben, das ergibt sich doch bereits aus der unterschiedlichen Rollenverteilung.“ Entscheidend sei, „dass solche Auseinandersetzungen konstruktiv geführt werden“. Dass der Gewerkschaftsrat jetzt zusammenkomme, sei „gut“.

Mit Blick auf das umstrittene Schröder-Blair-Papier zur Zukunft der Sozialdemokratie empfiehlt der IG BCE-Vorsitzende: „Wir sollten nicht auf jede neue Idee sozusagen mit der Bratpfanne draufhauen.“

Nach Auffassung von IG Medien-Chef Detlef Hensche, der Schröders Sparprogramm als „hässliche Fortsetzung der früheren Regierungspolitik“ bezeichnet hat, sieht es hingegen so aus, „dass sich die Konflikte mit der Bundesregierung verschärfen“. Es müsse aber nicht notwendigerweise ein heißer Herbst ins Haus stehen. Seine Kritik an Berlin bekräftigt Hensche: „Die Bundesregierung muss zu Beschäftigungsförderung und sozialer Gerechtigkeit zurückkehren“, beides habe sie „mit dem Sparpaket preisgegeben“.

Bundeskanzler Schröder hält seine Politik jedoch für fehlerfrei. Aller Kritik zum Trotz gab er, kaum aus dem Urlaub zurück, Durchhalteparolen aus: „Nicht wackeln.“ Harald Schartau, IG Metall-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen, hat seine Zweifel, ob der Regierungschef damit richtig liegt: „Es ist noch nicht raus, ob der Kanzler für seine ‚richtige Politik‘ auch die richtige Bevölkerung hat.“ Eine Eskalation der Kritik am Regierungskurs könne sich „durch Massenprotest bei den anstehenden Wahlen ergeben“.

An Proteste der etwas anderen Art denkt IG Metall-Vize Jürgen Peters. Unter den Funktionären mache sich „zunehmend Unbehagen bis offene Ablehnung“ breit, „weil sie nicht das sehen, wofür sie eingetreten sind – einen Politikwechsel und mehr soziale Gerechtigkeit“. In der Organisation werde vielerorts diskutiert, ob im September/Oktober gegen die Politik der Bundesregierung nicht „Proteste in größerem Stil“ laut werden sollten. Frage: Würde die IG Metall diese Proteste auch organisieren? Jürgen Peters: „Davon gehe ich aus.“

Heißer Herbst?

Die Auseinandersetzung um das rot-grüne Sparpaket – offiziell „Zukunftsprogramm genannt – hat gerade erst begonnen. Lautstarke gewerkschaftliche Proteste sind nicht auszuschließen, in der IG Metall jedenfalls gärt es.



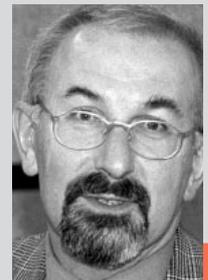
Foto: Jürgen Seidel

DGB-Vorsitzender Dieter Schulte: „Konflikt nicht hochpuschen“



Foto: Vario Press

DAB-Vorsitzender Roland Issen: „Keine Alternative zu Rot-Grün“



IG Metall-Vize Jürgen Peters: „Proteste in größerem Stil“

Zumindest ihre Kommunikation wollen Gewerkschafter und Schröder-SPD verbessern. Am 6. September tagt in Berlin der Gewerkschaftsrat, dem das Parteipräsidium und die Gewerkschaftsvorsitzenden mit SPD-Partei-buch angehören.

Workshop

Frauen im „globalen Dorf“

Der Workshop „Frauen und Globalisierung“ von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB-Bildungswerk beschäftigt sich mit Chancen und Risiken, die „das weltweite Dorf“ für Arbeitnehmerinnen bringt. Gewerkschafterinnen aus Südafrika, Brasilien und Deutschland vergleichen ihre Situation vom 20. bis 24. September im DGB-Bildungszentrum Hattingen. •

Tel.: 0211/43 01 592
Fax: 0211/43 01 500

Heinrich-Böll-Stiftung

Wachstum ohne Umweltschutz?

Chancen und Schattenseiten des globalen Wachstums beleuchtet die internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung „Beyond Growth – Nachhaltige Entwicklung versus Wirtschaftswachstum?“ Pro-

interregio

••• Zu einer **Demonstration gegen die Abschaffung von Sparkassen** in Sachsen ruft der **DGB Sachsen** am 11. September auf. Die Staatsregierung plant derzeit, die Sparkassen im Freistaat durch ein Holding-Modell zu ersetzen. Mehr Infos: Markus Schlimbach, Tel. 0351/86 33 104

••• Im **Projektbericht Neue Arbeitsmarktpolitik** des **DGB Rheinland-Pfalz** fasst Autor Bernd Karolat die Ergebnisse einer regionalen Initiative für eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure am Arbeitsmarkt zusammen. Kostenlos erhältlich bei: Ruth Gieray, Tel. 0 61 31 / 28 16 18

••• In der „Wismarer Erklärung“ fordern die Delegierten der **1. Seniorenkonferenz** des **DGB Nord** mehr Beteiligung älterer Mitglieder in den Gewerk-

minente Referenten diskutieren in zahlreichen Foren, welchen Wachstumszwängen die Wirtschaft ausgesetzt ist und welche Spielräume ihr für nachhaltige Strategien bleiben. Redner sind unter anderem Professor Elmar Altvater von der Freien Universität Berlin und Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker, Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie. •

Tel.: 030/28 53 4214
Fax: 030/28 53 4109

Expo-Jugendprojekt

Bilder aus der Zukunft

Ein Jugendprojekt zur Expo 2000 in Hannover hat die Jugend der IG BCE gestartet. Organisiert vom *jungen forum* in Recklinghausen soll unter dem Titel „Bilder aus der Zukunft“ bis zum Start der Expo eine Kunstaktion gestaltet werden. Unterstützt von KünstlerInnen werden junge GewerkschafterInnen in Workshops bis zum Mai 2000 dreidimensionale Traumwel-

schaften. Infos: Karl-Heinz Köpke, Tel. 040/82 95 75

••• Ein **Bündnis für soziale Gerechtigkeit** fordert der **DGB-Kreis Region Mittlerer Niederrhein**. Die Bundestagsabgeordneten der Region werden aufgefordert, sich für eine Korrektur des Regierungskurses stark zu machen. Infos: Hartmut Wellssow, Tel. 0 21 51 / 81 895 11

••• Dem **DGB-Kreis Region KERN** (Kiel/Neumünster) ist es gelungen, für seine Mitgliederwerbeaktion (*einblick* 14/99) ein **gemeinsames Aufnahmeformular** für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu gestalten. Die Aktion ist ein Vorgriff auf das im Aufbau befindliche gemeinsame Service-Büro der regionalen Gewerkschaften. Infos: Horst Herchenröder, Tel. 0431/51 95 001



Wie können sich Frauen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wehren? Darüber informiert ein Faltblatt, herausgegeben von der Abteilung Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Erhältlich bei DGB-Landesbezirken und -Kreisen, Einzel Exemplare gibt's außerdem kostenlos bei: DGB, Abt. Frauenpolitik, Burgstr. 29 – 30, 10178 Berlin. Größere Kontingente können bestellt werden bei: toennes satz + druck GmbH, Fax: 0211 / 920 08 38. 1000 Exemplare kosten 248 Mark (+ MwSt., Porto und Verpackung).

ten bauen, filmische Zeitreisen unternehmen, ein Theaterstück inszenieren und ihre persönliche Vision über das nächste Jahrhundert mit einer Foto- und Klanginstallation darstellen. Die Ergebnisse werden auf der Expo präsentiert. •

Tel.: 02361/91 84 82

TBS Niedersachsen

Arbeit im Team

Wer im Team arbeitet, profitiert vom Know-how der KollegInnen. Wie sich Gruppenarbeit am besten im Unternehmen umsetzen lässt, erklärt der Leitfaden „Gruppenarbeit“ der Technologieberatungsstelle des DGB Niedersachsen. Auf 200 Seiten und einer CD-ROM zeigen die TBS-ExpertInnen, wie man es richtig macht (178 Mark). •

Fax: 0221/80 63 510

Intranet & Internet

Schreibtisch an der Leine

Immer mehr Unternehmen nutzen die Möglichkeiten der globalen und betriebsinternen Vernetzung. Internet und Intranet aber bergen auch Risiken. Eine Seminarreihe des Projekts Qualifizierungsberatung der Technologieberatungsstelle Nordhessen informiert über alles – vom Multimedia-Lernen bis zum elektronischen Zahlungsverkehr. •

Tel.: 0561/93 24 845

DGB-Bildungswerk

Megaprojekt auf der Zielgeraden

Das Ruhrgebiet ist mehr als Zechen, Schalke und Schornsteine. Das zeigt zum Beispiel das „Finale der Internationalen Bauausstellung Emscher Park“, ein Megaprojekt von 17 Städten im Norden des Ruhrgebiets. Zum Projektschwerpunkt „Integrierte Arbeitsmarktpolitik“ bieten das Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen, die lokale Entwicklungsgesellschaft und das DGB-Bildungswerk NRW vom 20. bis 22. und vom 27. bis 29. September Seminare an. •

Tel.: 0211/36 83 138
Fax: 0211/36 83 161

Arbeitsrechtstagung

Alltag in der Japan AG

Für Japaner ist das Unternehmen wie eine Familie. Ob das Vorurteil zutrifft und was das fernöstliche Arbeitsleben wirklich ausmacht, steht im Mittelpunkt einer Tagung der Deutsch-Japanischen Gesellschaft für Arbeitsrecht am 9. und 10. September in Köln. Deutsche und japanische ExpertInnen vergleichen Arbeitsordnung, Tarifverträge und Kündigungsschutz beider Industrienationen. •

Tel.: 022 03/93 52 511
Fax: 022 03/93 52 515

GEWERKSCHAFTEN

DGB fordert Recht auf Verbandsklage

„Das wird nicht einfach“

Die Forderung ist gut zu begründen; auch SPD und Grüne haben sich im Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen: Ein Klagerecht bei Tarif- und Gesetzesverstößen gesetzlich zu verankern, werde dennoch „nicht einfach“, glaubt DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer.

Tarifverträge abschließen dürfen sie, eine Handhabe gegen Tarifbruch besitzen sie jedoch nicht. Diesen Missstand wollen die Gewerkschaften jetzt beseitigen – und damit einen Auftrag des DGB-Kongresses von 1998 erfüllen. Auf der Tagesordnung der ersten DGB-Bundesvorstandssitzung in Berlin am 7. September stehen „Eckpunkte zur Ausgestaltung der gesetzlichen

auf gesetzlichen Mindestbedingungen aufbauen und Tarifverstöße nur dann wirkungsvoll verhindert werden können, wenn dasselbe für Gesetzesverstöße gilt. Nicht unumstritten, weil für die Einhaltung von Gesetzen traditionell die Gewerbeaufsicht zuständig ist. Sie gilt in der Praxis jedoch vielerorts als zahloser Tiger, ist politisch nicht unabhängig, ihre Möglichkeiten sind objektiv begrenzt (siehe Grafik). Zudem muss, wer weniger Staat fordert, den Sozialpartnern mehr Verantwortung zugestehen.

Die bestehende Rechtslage ist unzureichend. So erlaubt Paragraph 9 Tarifvertragsgesetz nur, Streitfragen zur **Auslegung** eines Tarifwerks zu klären. Er umfasst also weder Tarif- noch Gesetzesbruch. Paragraph 23 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) eröffnet den Gewerkschaften zwar eine Klagemöglichkeit, setzt aber einen **groben Verstoß** gegen das BetrVG voraus, was bei Tarif- und Gesetzesbruch nicht immer der Fall ist.

Mehr oder weniger nur auf dem Papier existiert das Arbeitnehmerrecht, gegen rechtswidriges Arbeitgeberverhalten vor den Kadi zu ziehen. „Nur ein Bruchteil aller Rechtsverstöße landet vor Gericht“, mutmaßt Armin Höland vom Zentrum für Europäische Rechtspolitik in Bremen. Aus Angst vor Sanktionen verhalten sich betroffene ArbeitnehmerInnen passiv, neun von zehn Klagen werden erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses erhoben. Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter Hannover (Niedersachsen, Sachsen-Anhalt): „Die individuelle Rechtsdurchsetzung läuft faktisch ins Leere.“

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, heißt es

im „Eckpunkte“-Papier des DGB-Bundesvorstands: „Mit der Klage sollen nicht einzelne Leistungsansprüche von einzelnen ArbeitnehmerInnen verfolgt werden.“ Wenn aber der Verstoß gegen kollektive Leistungsansprüche dank Verbandsklage erst einmal festgestellt sei, nähme das den ArbeitnehmerInnen die Scheu, ihre Ansprüche einzuklagen. DGB-Rechtsexpertin Helga Nielebock: „Sie wissen dann, dass sie gewinnen.“

Wie ein Treibsatz zugunsten der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Verbandsklage hat das Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts zur Verbandsklage (BAG – 1 ABR 72/98) vom 21. April gewirkt, dessen Begründung inzwischen vorliegt. Danach besitzen Gewerkschaften ein Recht, gegen tarifwidrige Betriebsvereinbarungen zu klagen. Auch eine Beschäftigungsgarantie rechtfertigt keine Tarifverstöße, begründeten die Richter ihr Urteil, Äpfel seien nicht mit Birnen vergleichbar. Prompt erwog die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände eine Verfassungsklage gegen das BAG-Urteil. Sie wäre „völlig aussichtslos“, so der Leiter der DGB-Bundesrechtsstelle in Kassel Rudolf Buschmann – schon aus formalen Gründen, das BAG habe das Verfahren an die Vorinstanz zurückverwiesen.

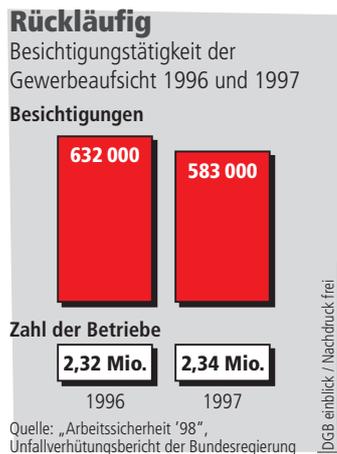
Schützenhilfe erhalten die Gewerkschaften auch von der Bundesregierung: Im Koalitionsvertrag sprechen sich SPD und Grüne dafür aus, die Tarifautonomie zu stärken, „vor allem durch ein Klagerecht der Verbände“. Die Vorarbeiten dazu seien eingestellt worden, so ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums, nachdem das BAG sein Grundsatzurteil zur Verbandsklage angekündigt hatte. Ob jetzt noch gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe, werde geprüft. Mit dem Ergebnis sei im September zu rechnen. •

Tarifverstöße – von der Ausnahme zur Regel?

Wolfgang Rhode spricht nicht mehr nur von Tarifverstößen – es werde vielmehr „eine Kultur der Missachtung von Tarifregelungen“ gepflegt, hat der Tarifpolitiker im Vorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) festgestellt. Ähnliche berichtet Frauke Dittmann

← vom Vorstand der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG): Im Gastgewerbe seien Verstöße gegen Tarife und Gesetze „an der Tagesordnung“, Arbeitszeiten von 60 Stunden und mehr ohne Zeitausgleich und Überstundenvergütung „keine Seltenheit“. Und im Organisationsbereich der IG Bauern Agrar-Umwelt (IG BAU), so ihr Berliner Geschäftsführer Rainer Knerler, reicht das Problem Tarifbruch „von mafiosen Strukturen mit menschenverachtender Ausbeutung bis zu Tarifbruch, der von Betriebsräten sanktioniert wird, weil sie hoffen, so Kündigungen zu verhindern oder Konkurse abzuwenden“.

Laut WSI-Betriebs- und Personalrätebefragung 1997/98 haben 17,5 Prozent aller Betriebsräte Tarifverstöße festgestellt. Die „Unterschreitungen von Tarifstandards“ bezogen sich vor allem auf Arbeitszeiten sowie Lohn und Gehalt, gefolgt von den Tatbeständen „Zulagen, Zuschläge“ und „Jahressonderzahlung“.



Obwohl die Zahl der Betriebe leicht zugenommen hat, ist die Gesamtzahl der Besichtigungen durch die Gewerbeaufsicht rückläufig. Dasselbe gilt für deren „Durchsetzungsmaßnahmen“: Erließ sie 1996 knapp 37 000 Anordnungen, Verwarnungen, Bußgeldbescheide und Strafanzeigen, waren es 1997 noch gut 31 000. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist mit rund 4400 in beiden Jahren gleich geblieben.

Regelung eines Verbandsklagerechts“. Damit soll „der angekündigte oder durchgeführte Gesetzes- oder Tarifverstoß des einzelnen Arbeitgebers geahndet werden“.

Diese Reihenfolge – „Gesetzes- oder Tarifverstoß“ – ist bewusst gewählt und nicht unumstritten. Bewusst gewählt, weil Tarifverträge

kurz & bündig



Der IG Metall-Bezirk Küste und der Arbeitgeberverband Nord-

metall melden große Erfolge der gemeinsamen Ausbildungsagentur EXAM. Die Initiative konnte in wenigen Monaten 80 Unternehmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen motivieren.



Die von einigen Bundesländern geplante Verkürzung der

gymnasialen Schulzeit auf zwölf Jahre hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert. Dies sei angesichts der „mittelprächtigen“ Ergebnisse deutscher SchülerInnen im internationalen Vergleich wenig sinnvoll.



Einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der die in der Bau-

branche üblichen Winterkündigungen verhindern soll, hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt begrüßt. Die Arbeitgeber sollen künftig das Arbeitslosengeld der witterungsbedingt gekündigten ArbeitnehmerInnen zahlen.



Mit der Broschüre „Einkaufen rund um die Uhr?“ infor-

miert die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen über den Sinn des Ladenschlussgesetzes und die „wirklichen Probleme im Einzelhandel“ wie den Personalabbau.

Bestellungen:

HBV

**Abt. Einzelhandel
Kanzlerstraße 8
40472 Düsseldorf**

Vermögenssteuer

Konzept vorgestellt

Mehrere DGB-Landesbezirke haben die Bundesländer zu einer Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer aufgefordert. Sie sei ein geeignetes Mittel, die öffentlichen Haushalte zu sanieren und die sinkenden öffentlichen Investitionen wieder zu erhöhen. Gegen den Vorwurf, eine Steuererhöhungsdebatte loszutreten, verwahren sich die Initiatoren, die Landesbezirke von Berlin-Brandenburg, Bayern und Rheinland-Pfalz, ausdrücklich. Schließlich beinhaltet das von ihnen vorgelegte Konzept eine stufenweise Reduzierung des Solidaritätszuschlages auf null. Der Entwurf sieht vor, Privatvermögen

von mehr als 500 000 Mark mit einem Steuersatz zwischen ein und zwei Prozent zu belegen. Dadurch könnten jährliche Mehreinnahmen von über 30 Mrd. Mark erzielt werden. Erste Reaktionen auf die Vorschläge waren eher negativ. Beim rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) stieß das Konzept auf Ablehnung. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern (SPD/PDS) bezeichnete die Debatte als „unsinnig“. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) plädierte in der Steuerdebatte zwar „für eine Beteiligung der Vermögenden in unserem Land“, ließ aber offen, wie dies aussehen solle. •

Im Internet: www.einblick.dgb.de

Im Faxabruf: 0211/43 01 669

Konzept zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Duisburger Appell

„Verzicht für alle!“

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der Region Duisburg/Niederrhein hat im „Duisburger Appell“ ArbeitnehmerInnen zum Verzicht auf Lohnerhöhungen über den Inflationsausgleich aufgefordert. Die Unterschriftensammlung unter dem Motto „Verzicht für alle!“ soll entsprechende Forderungen der Ministerpräsidenten Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) und Wolfgang Clement (NRW) unterstützen. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören u.a. der Duisburger DGB-Kreisvorsitzende Rainer Bischoff, Duisburgs Altoberbürgermeister Josef Krings (SPD) und der Schriftsteller Max von der Grün. •

? ...nachgefragt



Foto: Johannes Haas

Wie sieht die künftige Gewerkschaftslandschaft aus? Einen überraschenden Akzent in dieser Diskussion hat Klaus Wiese, 46, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), gesetzt. Anstelle von nationalen Zusammenschlüssen branchenfremder Gewerkschaften favorisiert er grenzüberschreitende Fusionen branchengleicher Gewerkschaften. Wieso das?

Ursprünglich sind Gewerkschaften entstanden, um die Konkurrenz der ArbeitnehmerInnen untereinander auszuschalten. Dieses Problem stellt sich jetzt auf einer neuen Ebene. Mit rein nationalen Organisationsformen bekommt man die globale Konkurrenz von ArbeitnehmerInnen nicht in den Griff. Branchenfremde Fusionen auf nationaler Ebene lösen bestenfalls kurzfristig Finanzprobleme oder verbessern Organisationsmöglichkeiten. Aber sie reichen nicht aus, um der Globalisierung adäquat zu begegnen. Der Ausbau der europäischen Föderationen der Fachgewerkschaften hin zu echten europäischen Branchengewerkschaften ist angesichts von Euro-Einführung, Dienstleistungsfreiheit oder europäischem Binnenmarkt viel sinnvoller. Eine Ursache des Mitgliederrückgangs bei der IG BAU ist die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem durch Billiglohn-Dumping verursacht. Entsandte Arbeiter sind oft weder im Herkunfts- noch im Aufnahmeland gewerkschaftlich organisiert. Hier müssen die Gewerkschaften in beiden Ländern eng zusammenarbeiten. Eine einheitliche Mitgliedschaft macht dabei Sinn,

auch wenn noch Details geklärt werden müssten. Ähnliches gilt für europäisierte Firmen. Hier brauchen wir eine enge Koordinierung der Tarifpolitik auf europäischer Ebene. Auch Berufsbildung und Arbeitsschutz – um zwei klassische Gewerkschaftsthemen zu nennen – werden künftig europäisch geregelt. Wenn wir unseren Gestaltungsanspruch nicht aufgeben wollen, müssen wir neue Organisationsformen entwickeln. Nationale Gewerkschaften sind langfristig unzureichend. Im letzten Jahrhundert begannen die Arbeiter in Deutschland schon vor Gründung des Deutschen Reiches, sich staatenübergreifend zu organisieren, weil sie unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Kleinstaaten untereinander in Konkurrenz gerieten. Die Situation heute ist durchaus vergleichbar. Im Bereich der Bau- und Holzgewerkschaften haben wir gerade mit einer engeren Koordinierung unserer Tarifpolitik begonnen – aus reiner Notwendigkeit heraus. Es macht Sinn, schon jetzt die nächsten Schritte zu überlegen. Um diesen Prozess anzustoßen, habe ich etwas zugespitzt gesagt, dass für mich eher eine Fusion mit einer Schwestergewerkschaft in Europa infrage kommt als eine weitere innerdeutsche Fusion.

Bündnis für Arbeit

Subventionierter Niedriglohnsektor? Eine polemische Nestbeschmutzung

Selten war eine DGB-Kampagne so erfolgreich wie die Rote-Mund-Kampagne für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ während der Bundestagswahl 1998. Ohne die Gewerkschaften stünde die Forderung nach einem Bündnis für Arbeit nicht auf der Tagesordnung. Die Gewerkschaften müssten ihren Erfolg aber nutzen und selbst mehr Beweglichkeit zeigen, meint Helmuth Schütte.



Helmuth Schütte, 50, ist Referent für Gesellschaftspolitik und Zeitgeschehen am DGB-Bildungszentrum Hattingen.

Eigentlich sind sich ja alle einig: Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist viel zu hoch, und insbesondere zur Reduzierung ihres auf 1,5 Millionen angewachsenen harten Kerns von oftmals gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen muss etwas passieren. Als allerdings Mitte Mai aus der Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit der Vorschlag kam, die Sozialbeiträge für Monatseinkommen bis 1500 Mark

gänzlich und bis 2800 Mark degressiv zu subventionieren, um so Anreize zur Entwicklung eines Marktes für niedrigproduktive (Dienstleistungs-) Arbeit zu schaffen, war die Ablehnung durch den DGB schroff. Die Vorzüge des Konzepts mit einer im Vergleich zur konventionellen Arbeitsmarktpolitik geringen Zuschussquote (max. 40 statt 100 Prozent) sowie einem verminderten bürokratischen Aufwand sozialversicherungspflichtige Niedriglohnarbeit zu schaffen, die den Beschäftigten gleichwohl noch ein Auskommen oberhalb des Status eines „working poor“ ermöglichen könnte, wurden souverän ignoriert und die Protagonisten dieses Reformansatzes in die neoliberale Ecke gestellt.

Es wurde nicht konstruktiv über reale Schwachstellen des Konzepts diskutiert, zum Beispiel wie Mitnahmeeffekte wirksam begrenzt werden könnten bzw. ob die Einkommensgrenzen, unterhalb deren die Sozialbeiträge (teilweise) übernommen werden sollten, optimal angesetzt seien. Auch flankierende Überlegungen zur schonenden Besteuerung von Niedriglöhnen (Senkung des Eingangsteuersatzes auf 10 Prozent) wurden gar nicht erst angestellt. Stattdessen ließen GewerkschafterInnen, von denen Derartiges sonst noch nie zu hören war, pauschal verlauten: „Zu teuer“ oder „Dauersubventionen lehnen wir ab“.

Weiterhin hielten die Kritiker des Benchmarking-Konzepts in den Gewerkschaften die Flagge altver-

trauter Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hoch: Belebung der Konjunktur und des Arbeitsmarkts durch Ausweitung der Konsumnachfrage („Ende der Bescheidenheit“), Arbeitsumverteilung durch Überstundenabbau und „Rente mit 60“ – eine vergleichbare Stilllegung von Arbeitskraft qua Vorruhestand hatte zwar in den neunziger Jahren nur die Kosten der personellen Verschlangung von Großunternehmen sozialisiert, die Lohnnebenkosten hoch getrieben und kaum Neueinstellungen gebracht, **aber deutsche Gewerkschaften bleiben ihren Fehlern treu.**

Zurück zum Hauptstreitpunkt: Von GewerkschafterInnen, die früher neue Technologien bzw. die Globalisierung als Ursache von „Arbeitsplatzvernichtung“ ausgemacht hatten, wird heute argumentiert, dass „Qualifizierung“ ein probateres Mittel gegen Arbeitslosigkeit darstelle als Niedriglöhne, weil mit diesen keine innovativen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Produkte produzierbar seien. Das stimmt zwar im Grundsatz, geht aber dennoch haarscharf am zentralen Strukturproblem des Arbeitsmarkts vorbei: Der Übergang von der fordistisch-tayloristischen Industriegesellschaft zur wissensbasierten Informationsgesellschaft wird die Erwerbchancen gering qualifizierter Arbeitskräfte weiter drastisch verschlechtern und zugleich offen legen, dass es – biografisch bedingte und natürliche (ja, auch die!) – Grenzen der Qualifizierbarkeit gibt. **Nicht alle wollen oder können lernen, was zur Erledigung von Jobs mit jener hohen Produktivität bzw. Professionalität erforderlich ist,** die das hohe deutsche Lohnniveau erst ermöglicht.

Unter den Bedingungen liberalisierter Märkte hat das zur Konsequenz, dass künftig weniger „Gleichheit des Ungleichen“ möglich sein und „soziale Gerechtigkeit“ wieder mehr als Chancengleichheit buchstabiert werden wird. Gewerkschaften können sich deshalb einer stärkeren Lohnspreizung nur um den Preis verweigern, dass diese faktisch über billigere Produkte importiert wird bzw. die Arbeitslosigkeit hierzulande hoch bleibt. Für die davon schon länger Betroffenen dürfte eine Subventionierung von Niedriglöhnen die bessere Alternative sein. ●

Zwischenbilanz

Ende Oktober, ein Jahr nach der Bundestagswahl, wollen Bundesregierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften ihre Verhandlungen über ein Bündnis für Arbeit auf Spitzenebene fortsetzen. Beim letzten Spitzentreffen, am 6. Juli, hatten sich die Bündnispartner auf erste Schritte zum Abbau von Überstunden und zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen verständigt. Aber ein Durchbruch steht noch aus. Ob er beim vierten Treffen gelingt, hängt vor allem davon ab, ob sich alle drei auf ein Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit verständigen können.

Die bisherigen Erfahrungen der auch auf regionaler Ebene geführten Bündnisgespräche geben allerdings wenig Anlass, auf einen schnellen Durchbruch zu hoffen. Erst am 16. August ist in Nordrhein-Westfalen der Versuch der rot-grünen Landesregierung, einen Lohnkostenzuschuss für Geringqualifizierte als Modellversuch einzuführen, am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert.



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Fax-Abwurf:

0211 / 43 01 683

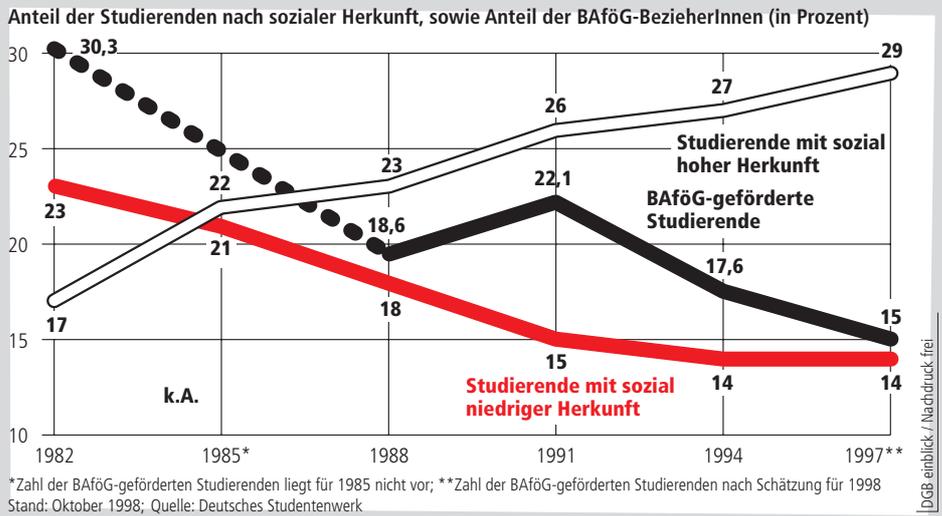
Das NRW-Konzept für „Neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte“

DIES & DAS

die DGB grafik

STUDIENFÖRDERUNG: Rückgang zu Lasten sozial Schwacher

Die Zahl der Studierenden, die eine staatliche Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten, ist inzwischen auf 15 Prozent gesunken. Gleichzeitig sank die Zahl der Studierenden aus sozial niedrigen Schichten. DGB-Vorstand Regina Görner hat deshalb gefordert, dass Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn die große BAföG-Reform schnell vorantreibe und für eine Anhebung der Elternfreibeträge Sorge, um den Kreis der BAföG-BezieherInnen wieder zu vergrößern.



personalien

••• **Anette Lutter**, 45, eine der beiden PressesprecherInnen des DGB Landesbezirks Nord, wechselt zum 1. September als Direktionsbeauftragte für das neue Geschäftsfeld „Gewerkschaftlicher Vertrieb“ zum Organisationsbereich Nord der Volksfürsorge AG, Hamburg. Alleiniger Pressesprecher des DGB Nord ist nun Michael Rittmeier, 41, der frühere Pressesprecher des DGB-Landesbezirks Mecklenburg-Vorpommern.

••• **Jörg Dalibor**, 35, persönlicher Referent des IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel, ist ab 1. September Fachreferent für Forstwirtschaft beim Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

Er folgt **Eva-Maria Pfeil**, 48, die die Geschäftsführung der neuen IG BAU Mitglieder-Service GmbH übernimmt. Die Gründung der Mitglieder-Service GmbH erfolgt Anfang Oktober, nach Zustimmung durch das Bundeskartellamt.

••• **Dr. Jürgen Schmidt**, 46, bisher leitender Lektor beim Bund-Verlag, Frankfurt/Main, ist ab 1. Oktober Leiter Programm und Herstellung bei dem Fachverlag für Arbeits- und Sozialrecht. **Joachim Schwede**, 35, bisher Verlagsleiter Programm und Herstellung beim Frankfurter Bund-Verlag, wechselt als Programmleiter zum Verlag Recht und Praxis (WEKA-Gruppe), Kissing.

Tip

Software: PinKing 3.0, Kreativsoftware Anne Stein, 680 Mark (Internet: www.pinking.de)

Ohne Pinnwand, Heftzwecken und Papier war bisher kaum eine Präsentation möglich. Den Materialkoffer können ModeratorInnen nun durch den Bildschirm ersetzen. Die Moderationssoftware PinKing 3.0 bietet alle Materialien und vereinfacht die Erstellung und Präsentation der Folder. Video-Hilfen demonstrieren anschaulich die Arbeitsschritte. Großes Plus: die einfache Bedienung. Großes Minus: der hohe Preis.

14TAGE

- 1.9. Arbeitsaufnahme des DGB-Bundesvorstands in Berlin
- 1.9. Antikriegstag; 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs
- 3.-17.9. Ausstellung „Die Zukunft der Solidarität“, Ergebnisse des Plakatwettbewerbs des DGB, Deutsches Plakat-Museum, Essen
- 5.9. Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland
- 7.9. Erste Sitzung des DGB-Bundesvorstands in der neuen Berliner Zentrale
- 7.9. Arbeitsmarktbericht für den Monat August
- 12.9. Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38 **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Rot-Grün hat eine Methode entwickelt, absoluten Stillstand als hektische Betriebsamkeit zu verkaufen. Und man fragt sich verzweifelt: Muss das kleinere Übel immer so groß sein?“

Aus dem aktuellen Programm des Düsseldorfer Kabarettisten Volker Pispers

Steuereinnahmen

Verschenkte Milliarden

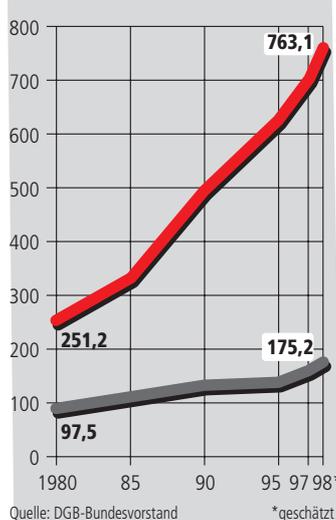
Während allseits der Sparzwang beschworen wird, geraten Steuerschlupflöcher – und damit potenzielle Einnahmequellen – in Vergessenheit. Das könnte sich ändern. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) im Deutschen Beamtenbund will die gesamte Steuerpraxis auf den Prüfstand stellen. Sie hat bereits 1998 eine Klage mit dem Ziel der Vorlage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und rechnet „jeden Tag“ mit Prozessbeginn vor dem Finanzgericht Hannover, so ihr Bundesgeschäftsführer Rafael Zender.

Die DSTG hält die Besteuerungspraxis für verfassungswidrig. Lohnsteuerzahler würden gegenüber Selbstständigen benachteiligt, denn deren Einkünfte würden selten geprüft. Das verstöße aber gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Tatsächlich hat sich ein Zweiklassensystem entwickelt: Lohn- und Mehrwertsteuer werden vollständig eingezogen, alle anderen Steuerarten nur teilweise. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht längst den Staat verpflichtet, für

Fiskus hinkt hinterher

— Einkommen aus Unternehmertätigkeit und — Steuern auf Unternehmereinkommen in Milliarden Mark



Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit sind im Vergleich zu den Steuereinnahmen überproportional gestiegen – die Gewinnsteuerquote sank im Zeitraum 1980 bis 1998 von 38,8 auf 23 Prozent.

eine gleichmäßige Besteuerung sowie die Nachprüfung der Angaben der Steuerpflichtigen zu sorgen. Verfassungsrichter Paul Kirchhof hat daran erinnert. Im Südwestfunk

plädierte er dafür, die Steuern auf Kapitalerträge konsequenter durchzusetzen. Hier versteckte sich ein Potenzial für „gewaltige zusätzliche Steueraufkommen“, sagte er.

Die DSTG schätzt den Steuerausfall durch Steuerkriminalität auf 150 Milliarden Mark. Jährlich würden 20 Milliarden Mark an Steuern auf Zinserträge hinterzogen. Die teils mit Bankenhilfe am Fiskus vorbeigeschleusten und im Ausland angelegten Guthaben betrügen 600 Milliarden Mark.

Ganz legal – wenn auch schwerlich nachvollziehbar – ist hingegen das Steuergeschenk, das die Bundesregierung den Unternehmern machen will. Für 2001 plant sie eine Unternehmenssteuerreform mit einem Steuerausfall von acht Milliarden Mark. Dabei bedürfen nach DGB-Einschätzung deutsche Unternehmen keiner umfangreichen Steuerentlastungen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Die effektive Steuerbelastung der Unternehmen liegt laut Bundesbank im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1997 mit 36,7 Prozent ganz in der Nähe des von den Unternehmerverbänden selbst geforderten Steuersatzes von 35 Prozent.

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe bescherten könnte, ist zwar vom Tisch. Das gilt jedoch nicht für Überlegungen zur Anhebung der Erbschaftsteuer oder zur Einführung einer befristeten Vermögensabgabe. Diese Überlegungen sollen laut Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) außerhalb des Sparpakets von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe geprüft werden. •

inhalt

Seite 3

Rote Fahnen eingerollt
Der DGB zeigt Verständnis für die Berliner Sparbeschlüsse

Seite 5

Chancen für grünen Strom
Der Preisverfall auf dem Strommarkt treibt die Kraft-Wärme-Kopplung in die Krise. Für ökologisch erzeugten Strom entstehen dennoch neue Chancen

Seite 7

Ein Zweckbündnis von Konservativen
Der Berliner Publizist Claus Koch wirft einen skeptischen Blick auf das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Es sei „ein Verhältnis aus beiderseitiger Schwäche“

plusminusBERLIN

+ **Wilhelm Schmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, hat sich gegen eine Erhöhung der Fraktionszuschüsse ausgesprochen. Die SPD sei bereit, in Zeiten allgemeiner Sparprogramme selbst „einen wesentlichen Sparbeitrag“ zu leisten.**

- **Für Günter Verheugen (SPD), noch amtierender Staatsminister im Auswärtigen Amt, macht die Haushaltssanierung „eine weitere Straffung des Netzes der Auslandsvertretungen unumgänglich“. Die Folge: Allein auf dem Krisenkontinent Afrika sind sieben diplomatische Vertretungen von der Schließung bedroht.**



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.50jahre.dgb.de
Bewegte Zeiten: Plakate, Fakten, Chronik zu 50 Jahren DGB



Im Faxabruf

0211 / 43 01 670
Eckpunkte des DGB zum Arbeitnehmerdatenschutzgesetz (Auszüge)

Görner-Nachfolge

CDA besteht auf DGB-Posten

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) besteht darauf, dass der frei werdende Posten im fünfköpfigen Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) des DGB wieder mit einem Unionsmitglied besetzt wird. Das bestätigte CDA-Sprecher Uwe Schummer gegenüber *einblick*. Namen nannte Schummer nicht. Darüber müsse erst CDA-intern und mit dem DGB gesprochen werden. Hintergrund: GBV-Mitglied Regina Görner (CDU) wechselt in die Landesregierung des Saarlandes. Sie war im Schattenkabinett des CDU-Spitzenkandidaten Peter Müller als Arbeits- und Sozialministerin vorgesehen. Görner, 49, ist seit 1990 als GBV-Mitglied zuständig für die Abteilungen Öffentlicher Dienst/Beamte, Jugend und Bildung. Der DGB Saar gratulierte Müller zum Wahlsieg und hofft, „dass insbesondere DGB-Bundesvorstandsmitglied Regina Görner im Regierungskabinett eine starke Position erhält“.

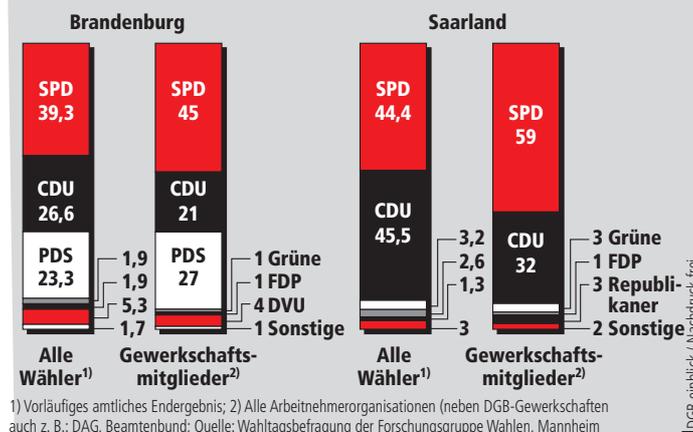
WSI-Bilanz

Ausbildung per Tarif gefördert

Die Tarifparteien haben im ersten Halbjahr 1999 in 16 Wirtschaftszweigen mit 6,2 Millionen Beschäftigten Tarifvereinbarungen zum Erhalt und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und zur Übernahme nach der Ausbildung getroffen. Das hat eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung ergeben. Die Tarifregelungen reichen von Appellen über Absichtserklärungen bis zu quantifizierten Zusagen. Mehr Infos: Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv, Förderung der Ausbildung – Tarifliche Regelungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und zur Übernahme von Ausgebildeten, 44 S., 10 DM.

Gewerkschafter: Union und Grüne chancenlos

Stimmenanteile bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Saarland am 5.9.1999 in Prozent



GewerkschafterInnen wählen anders: Bei den Landtagswahlen in Brandenburg votierten über zwei Drittel der gewerkschaftlich organisierten Wähler für SPD und PDS (insgesamt 72 Prozent). Im Saarland steht Reinhard Klimmt bei den GewerkschafterInnen nach wie vor an erster Stelle: 59 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten dort SPD. Die CDU kam hingegen lediglich auf 32 Prozent, in Brandenburg sogar nur auf 21 Prozent.

wiewardiewoche?



Seit 1. September arbeitet Maria Kathmann, 49, Referatsleiterin in der Abteilung Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, im neuen Berliner Domizil der Bundesvorstandsverwaltung in der Burgstraße. Als einzige Referatsleiterin ihrer Abteilung.

Anstrengend und aufregend: Der Umzug nach Berlin – privat wie dienstlich – war doch mit etlichen Fragezeichen versehen. Ist die Wohnung in Ordnung? Ist das Büro bezugsfertig? Wie sind die Räume? Kommt alles heil an? Funktioniert die Verbindung nach Düsseldorf? Es war alles bestens bestellt. Es fehlte nur eine einzige – unverzichtbare – Büroutensilie: mein Papierkorb. Das Problem konnte gelöst werden. Auch die technischen Probleme scheinen nun alle bewältigt. In den ersten Tagen brach schon mal die Telefonleitung zusammen. Wir hatten zunächst von Berlin aus keinen Zugriff auf die Abteilungsdaten, und die Mail-Verbindung stand auch nicht immer.

Die Verbindung zu den Kolleginnen in meiner Abteilung am alten Standort ist aber nicht abgebrochen, und sie wird auch in Zukunft standhalten. Schließlich arbeiten wir gemeinsam an inhaltlichen Schwerpunkten und werden uns auch künftig abstimmen. Schön war der Empfang des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg. Die KollegInnen kamen mit Leierkastenmann, Buletten, Getränken und ihrem Vorsitzenden. Mit einem Szene-Stadtplan und einem Wegweiser durch die „offene Stadt Berlin“ setzten sie uns auf die „richtige Spur“. Da fühlt man sich doch gleich heimisch. Aufbruchstimmung, die gab es bei uns „Neu-BerlinerInnen“ schon vor dem Umzug ein wenig. Seit dem Einzug in die Büros am neuen Standort ist sie noch spürbarer geworden. Durch die räumliche Nähe zum Parlament und zur Regierung wird sich unsere Arbeit verändern. Aber nicht nur die Politik hat Erwartungen an uns, auch die Gewerkschaften, die DGB-Landesbezirke und Kreise. Daran ändert sich durch den Umzug nichts. Sie fordern – zu Recht – Unterstützung in vielfältiger Form: gemeinsame politische Strategien, Initiativen und Aktionen.

in eigener Sache

Internet-Präsenz ausgebaut: Wir haben unsere Links (Verbindungen) ins World Wide Web erheblich ausgeweitet. Wer auf unserer Homepage (www.einblick.dgb.de) „Links“ anklickt, kann jetzt nicht nur zu DGB, DAG und den Gewerkschaften surfen, sondern zu exakt 61 weiteren In-

ternet-Seiten – kurz erläutert und fein säuberlich gegliedert in acht Rubriken (von „Kampagnen und Projekte“ über „Technologieberatung“ bis „Europa/Internationale Organisationen“).
April-Scherz im August: Beim „Duisburger Appell“ (*einblick* 15/99: „Verzicht für alle!“),

in dem analog zur geplanten Renten-Nullrunde zum Verzicht auf Lohnerhöhungen über den Inflationsausgleich aufgefordert wird, handelte es sich um eine Satire!
Neue Adresse: Unsere neue Postfach-Adresse lautet *einblick*, Postfach 102145, 40012 Düsseldorf

Rote Fahnen eingerollt

Die erste ausführliche DGB-Analyse der Berliner Sparbeschlüsse weckt – bei aller Kritik an Einzelmaßnahmen – Verständnis für die Politik der Bundesregierung.

Der DGB-Finanzexperte Hartmut Tofaute war selbst überrascht: „Mein erster Eindruck, dass das Sparpaket von erheblicher sozialer Schiefelage geprägt sei, ist doch etwas ins Wanken geraten.“ Tofaute redet nichts schön. Das mit dem Haushaltsentwurf 2000 vorgelegte Konsolidierungsprogramm sei zu ehrgeizig, stellt er fest, und weder unter ökonomischen noch unter sozialen Gesichtspunkten die beste aller Lösungen. Das angestrebte Konsolidierungsziel könne auch erreicht werden, wenn die Sparmaßnahmen zeitlich gestreckt würden.

Steuereinnahmen. Die Nettokreditaufnahme soll deshalb in aller Eile von 53,5 Milliarden Mark (1999) bis 2006 auf null heruntergefahren werden.

Der DGB kritisiert nicht nur die rückläufigen Investitionsausgaben, sondern den durch die Einsparungen insgesamt ausgelösten Nachfrageausfall: Für die Konjunktur seien die Ausgabenkürzungen „Gift“. Sie würden Wachstum kosten und Arbeitsplätze gefährden.

Trotz aller Spar-Aktionen: Das Haushaltsjahr 2000 ist in der Finanzplanung bis 2003 das einzige mit rückläufigen Ausgaben. Und dennoch gehen auch vom Haushalt 2000 positive Impulse aus:

■ Die aktive Arbeitsmarktpolitik und der Aufbau Ost werden auf hohem Niveau verstetigt.

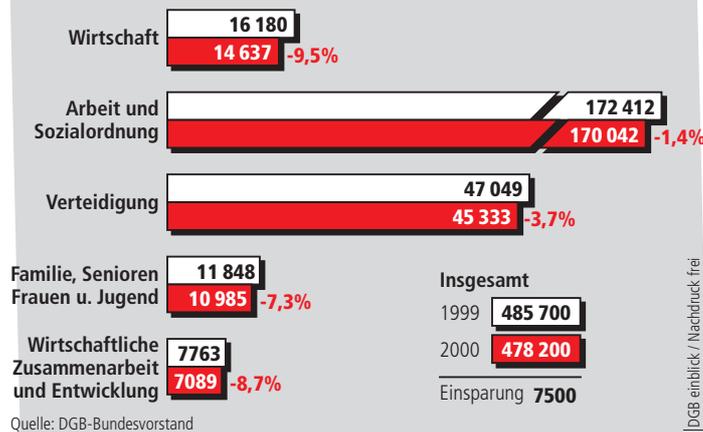
weiter von 19,5 auf 19,1 Prozent reduzieren.

Verwirrung stiftet nach wie vor das Ausmaß der Sparpolitik. Mal ist von 30, mal von 7,5 Milliarden Mark die Rede. Beides stimmt. 30 Milliarden meint die Differenz zwischen der Waigelschen Finanzplanung für 2000 und der seines Nachfolgers Eichel. Ein Vergleich des tatsächlichen Haushalts 1999 und des Haushaltsentwurfs 2000 ergibt jedoch 7,5 Milliarden (Grafik). Zum einen heißt es, der Etat von Arbeitsminister Walter Riester verringere sich um 2,4 Milliarden Mark, zum anderen um 12,8 Milliarden Mark. Auch diesmal stimmt beides. 2,4 Milliarden meint den Saldo von Ausgabensteigerungen und -kürzungen, 12,8 Milliarden die Summe aller Einsparungen im Riester-Haushalt. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um echte Einsparungen, sondern auch um die Abwälzung von Ausgaben auf Länder und Kommunen.

Hauptbetroffene sind die BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe und die RentnerInnen. Den einen sollen die Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung gekürzt werden (Bemessungsgrundlage ist nicht mehr das letzte Arbeitsentgelt, sondern die tatsächlich ausgezahlte Arbeitslosenhilfe), die anderen sollen sich mit einem Rentenzuwachs in Höhe der Preissteigerungsrate (2000: 0,7 %) zufrieden geben. Langzeitarbeitslose werden so um 4,5 Milliarden Mark geschröpft – das ist der mit Abstand größte Sparposten. RentnerInnen sollen auf 2 Milliarden Mark verzichten. Hier richtet sich die DGB-Kritik jedoch weniger gegen den niedrigen Einkommenszuwachs in Höhe der Inflationsrate, sondern mehr gegen die willkürliche Abkehr von der Rentenanpassung an die Nettolohnentwicklung. Der DGB akzeptiert, dass auch Rentner einen Beitrag zur Stabilität der Rentenversicherung leisten sollen. ●

Minus 7,5 Milliarden DM

Bundshaushalt 1999 (Soll) und 2000 (Entwurf) – Sparpolitik an Beispielen (in Millionen DM)



Per saldo reduziert sich der Bundshaushalt im nächsten Jahr um 7,5 Milliarden Mark. Mit 2,4 Milliarden Mark leistet das Arbeitsministerium den größten Sparbeitrag.

Dass der Marsch in die Staatsverschuldung gestoppt werden muss, ist unstrittig. Allein die Schulden des Bundes sind seit 1982 von 350 Milliarden auf über 1,5 Billionen Mark gestiegen. Dafür müssen 82 Milliarden Mark Zinsen gezahlt werden; das sind 22 Prozent der

■ Das Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird um ein Jahr verlängert.

■ Auch im nächsten Jahr kommen die ArbeitnehmerInnen in den Genuss von Steuersenkungen, wird das Kindergeld weiter erhöht und ein Kinder-Betreuungsfreibetrag eingeführt.

■ Die Einnahmen der 2. Ökosteu-erreform (Erhöhung der Mineralöl- und Stromkosten) sollen den Beitragssatz zur Rentenversicherung

Kritik relativiert

„Wir sehen die Notwendigkeit des Sparens, weil das die einzige Chance ist, unseren Sozialstaat zu erhalten und Arbeitsplätze zu schaffen“, so der DGB-Vorsitzend

Dieter Schulte gegenüber dem Düsseldorfer „Handelsblatt“. Die DGB-Kritik am Sparpaket betreffe „nur einen einzigen Punkt“, nämlich dass in den Jahren 2000 und 2001 die Rentenformel außer Kraft gesetzt werden soll. Der DGB werde gegen das Sparpaket nicht mobil machen. Das „Handelsblatt“: „Die Kritik des DGB an der Bundesregierung ist großer Zustimmung gewichen.“

DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer kritisierte einerseits „deutliche Gerechtigkeitslücken“ im rot-grünen Sparpaket, andererseits „die Großbeuchelei von Union und FDP“. Unter Anspielung auf Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz erklärte sie: „Wer sich die Mühe macht zu bilanzieren, wer für was verantwortlich ist, der muss zu dem Urteil kommen, dass Rot-Grün so schlecht nicht dasteht.“



Im Faxabruf

0211/43 01 679

Bundshaushalt 2000 und Zukunftsprogramm – Beschlüsse der Bundesregierung und Bewertungen des DGB (Auszüge aus „DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 7/1999“)

Öffentlicher Dienst

Frauenpfade nutzen

Familie, Teilzeit oder Altersversorgung – zahlreiche Gesetze fördern Frauen im öffentlichen Dienst. Um davon zu profitieren, muss sich frau im Gesetzesdschungel auskennen. Praktische Tipps gibt der Ratgeber „Frauen im öffentlichen Dienst“, veröffentlicht von ÖTV und Deutschem Beamtenwirtschaftsring. Die Broschüre kostet zehn Mark. •

Fax:

Expo 2000

Tag der Gewerkschaften

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Expo 2000 in Hannover nimmt Konturen an. Ein erster Vertrag zwischen dem Expo-Büro der Gewerkschaften und der Expo 2000 GmbH wurde jetzt unterzeichnet. Er regelt die Mitgliedschaft der Gewerkschaften im Expo-Themenpark. Der Themenpark greift in elf Einzelausstellungen Aspekte des Expo-Leitthemas „Mensch – Natur – Technik“ auf. Die Gewerkschaften beteiligen sich am Schwerpunkt „Zukunft der Arbeit“. Auch der Termin des offiziellen „Tages der Gewerkschaften“ während der Expo steht fest: der 2. September 2000. Mit ihrer Beteiligung wollen DGB und DAG die Chance nutzen, sich der internationalen Öffentlichkeit als moderne, zukunftsorientierte Organisationen zu präsentieren. •

www.expo-dgb-dag.org

IG Metall

Know-how von alten Hasen

Ältere ArbeitnehmerInnen haben mit neuen Arbeitstechniken oft Probleme. Doch gerade das Know-how der alten Hasen ist besonders wertvoll. Die Handlungshilfe der IG

Metall „Gruppenarbeit und ältere Arbeitnehmer“ zeigt, wie die Betriebe das Teamwork junger und alter KollegInnen besser gestalten können. •

Tel.: 069/66 93 28 37

Seminar-Reise

Eurochancen für Gewerkschaften

Welche Chancen bietet die europäische Einigung für Gewerkschaften? Dem gehen die TeilnehmerInnen einer Seminar-Reise des DGB-Bildungswerks NRW vom 3. bis 8. Oktober in Straßburg nach. Sie besuchen europäische Institutionen, besichtigen einen Betrieb und diskutieren mit französischen GewerkschafterInnen. •

Tel.: 0211/36 83 138

ÖTV-Broschüre

Schlanke Verwaltung

Die Rufe nach einer schlanken Verwaltung werden immer lauter. Wie die neuen Modelle staatlicher Organisation anwendbar sind, prüft

interregio

••• Mit einem **Kulturprogramm** will der **DGB Berlin-Brandenburg** die neue Bundeshauptstadt als historischen Ort für die Gewerkschaften vorstellen. Zum 50-jährigen Jubiläum des DGB werden Ausstellungen, Vorträge und eine Busrundfahrt angeboten. Infos: Marija Kobialka, Tel. 030/2 12 40 111.

••• Ein **Pilotprojekt für junge Frauen** hat der **DGB Nordrhein-Westfalen** gemeinsam mit der Sozialforschungsstelle Dortmund gestartet. Die stärkere Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung soll die Chance auf eine qualifizierte Tätigkeit erhöhen. Infos: Gertrud Kühnlein, Tel. 0231/85 96 226.

DGB-Bildungswerk

Arbeit und Umwelt schützen

Belastungen für ArbeitnehmerInnen schaden oft auch der Natur. Wo sich Arbeits- und Umweltschutz überschneiden, klärt ein Seminar des DGB-Bildungswerks vom 17. bis 20. Oktober im DGB-Bildungszentrum Niederpöcking. Das Bon-

bon der Veranstaltung des AQU-Projekts „Aus zwei mach eins: Integration von Arbeits- und Umweltschutz im Betrieb“ ist eine Exkursion zu einem Beispielbetrieb. •

Tel.: 0211/43 01 329

Fax: 0211/43 01 500

die ÖTV-Broschüre „Lernen im Netzwerk – Kommunen der Zukunft“ (20 DM). •

Tel.: 07 11/20 97 0

Fax: 07 11/20 97 634

UNO-Broschüre

Arbeit im Umbruch

Weltweit gewinnt die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes an Bedeutung. Der englischsprachige Band „Negotiating flexibility“ (30 DM) des International Labour Office der UNO beleuchtet diesen Prozess anhand von 22 Länderstudien aus vier Kontinenten. •

Fax: 0228/35 21 86

TBS NRW

Boom am Telefon

Immer mehr Unternehmen sehen in Call-Centern die Zukunft des Kundenservice. Handlungshilfen für Betriebsräte zur Gestaltung dieses wachsenden Dienstleistungsbereiches bietet die Broschüre „Call Center“ der Technologieberatungsstelle beim DGB Nordrhein-Westfalen: Informationen von Teamarbeit bis Gesundheitsschutz für sieben Mark. •

Fax: 0208/82 07 641



Computer-Fachwissen

Extra-Heft zum Datenschutz

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift *Computer-Fachwissen* für Betriebs- und Personalräte widmet sich dem Schwerpunktthema „Arbeitnehmer-Datenschutz“. Die AutorInnen aus der DV- und Beratungsbranche informieren auf 80 Seiten ausführlich und verständlich über Entwicklungen im Datenschutz, neue technische Möglichkeiten, rechtliche Probleme und aktuelle Fragen aus der Praxis. •

Bestellungen: Bund-Verlag
Zeitschriftenvertrieb

Tel.: 069/79 50 10 51

Fax: 069/79 50 10 10

Preis: 10 DM

GEWERKSCHAFTEN

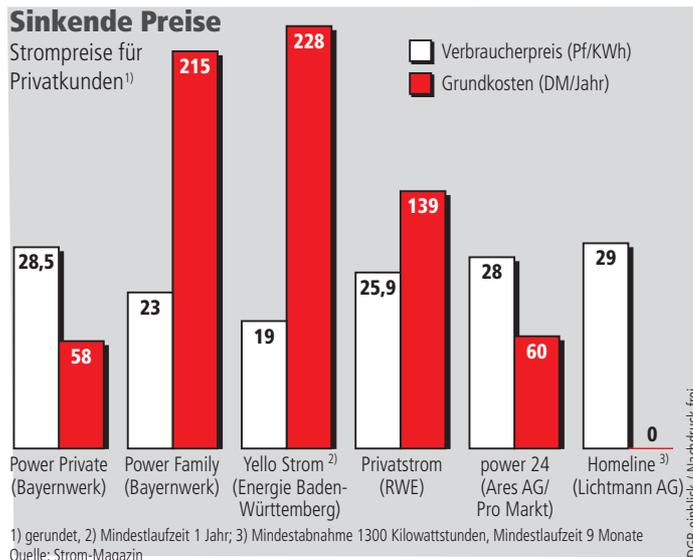
Chancen für grünen Strom

Die Stunde der Energiedienstleister

Ist Strom gelb? Keine andere Frage hat so schlagartig das Ende des letzten öffentlich regulierten Monopols, der Stromversorgung, ins Bewusstsein gerückt. Die Gewerkschaften trifft das Wegbrechen der Strompreise doppelt: Sie fürchten den Verlust ökologischer Standards bei der Stromerzeugung und sehen mehrere zehntausend Arbeitsplätze gefährdet. Zugleich profitieren ihre Mitglieder von den sinkenden Energiepreisen.

Holger Krawinkel, Vorstandsmitglied der Energiestiftung Schleswig-Holstein, bewertet die Bewegung, die den jahrzehntelang festgefühten Energiemarkt aufgebrochen hat, positiv: „Die bisherigen Monopolrenditen werden ausgedünnt“, der Preis werde „dauerhaft sinken“. Beim Strom gibt es Überkapazitäten

Zukunft“. Zudem würde der Preisanstieg eine Innovationswelle in der Energie- und Gebäudetechnik auslösen. Weil alle Stromanbieter auch Energie verstärkt auf den neu entstehenden Strombörsen zukaufen würden, statt sie selbst zu erzeugen, entstünden auch für „grünen Strom“ neue Absatzchancen.



Nicht jeder Strompreis, der auf den ersten Blick günstig erscheint, rechnet sich. Entscheidend ist neben dem Verbrauchspreis und den Grundkosten die Versorgungssicherheit. Verbraucherschützer raten zur Zeit von Verträgen mit einer langen Laufzeit ab.

von 30 bis 40 Prozent. Deren Wegbrechen werde zwar zu einer „riesigen Kapitalvernichtung“ führen, müsse aber nicht notwendigerweise zu einer Verdrängung von Ökostrom durch Atomstrom führen. Mittelfristig sieht der Energieexperte in sinkenden Strompreisen sogar „ökologische Chancen“: Dezentral arbeitende Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung hätten eine „große

In den nächsten Jahren sieht die Öko-Bilanz allerdings negativ aus: Vor allem die bisherige öffentliche Kraft-Wärme-Kopplung, bei der ganze Stadtteile nicht nur mit Strom, sondern auch mit Fernwärme versorgt werden, sei „nicht mehr wettbewerbsfähig“. Betroffen sind neben Hamburg und Berlin 64 der bundesweit 900 Stadtwerke. 40 000 Arbeitsplätze sind nach ÖTV-Berechnung akut gefährdet, weitere 40 000 drohen durch Rationalisierung verloren zu gehen.

„Wir reagieren nicht, wir agieren“, bringt Klaus Wefelmeier, Betriebsrat bei den Kölner Gas- und Elektrizitätswerken (GEW), die Stra-

tegie des Betriebsrates des kommunalen Energieversorgers auf den Punkt. Wie andere Stadtwerke auch hat die GEW im August ihre Strompreise um 10,5 Prozent gesenkt, von 27,8 auf 23,9 Pf/Kilowattstunde. „Die Preissenkung hätte es auch ohne Yello-Strom gegeben“, sagt Wefelmeier.

Der Betriebsrat der GEW hat in den letzten Jahren seine Mitbestimmungsmöglichkeiten genutzt, um die Kölner Stadtwerke wettbewerbsfähiger zu machen. Selbst den Abbau von 450 Stellen hat er mitgetragen. Wefelmeier, der auch Sprecher der Stadtwerke im Bundesbereichsvorstand Energie der ÖTV ist, sieht sich in seiner Politik, frühzeitig auf die Liberalisierung des Energiemarktes zu reagieren, bestätigt. Aber er vermisst die Unterstützung der Politik für die um ihr Überleben kämpfenden Stadtwerke. Diese seien in den vergangenen Jahren „aus politischen Gründen gezwungen worden“, riesige Kraft-Wärme-Anlagen zu bauen. Eine Quote für alle Energieanbieter müsste diesen Wettbewerbsnachteil ausgleichen.

Auch in einem anderen Punkt sehen die Betriebsräte die Stadtwerke benachteiligt: in der durch Landesgesetze festgeschriebenen Beschränkung auf die „kommunale Daseinsvorsorge“. „Die Stadtwerke“, fordert Jürgen Schöning, Betriebsratsvorsitzender aus Duisburg, „müssen wie jeder Handwerksbetrieb Serviceleistungen bei Strom, Gas und Wasser auf dem Markt anbieten können.“ Dann hätten sie eine Zukunftschance. Für ihre Forderungen wollen die Betriebsräte am 27. September in Berlin auf die Straße gehen. Unterstützung fordern sie von Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos). Dieser hatte zwar Mitte Juni öffentlich seinen Widerstand gegen eine „generelle Änderung“ des Energiewirtschaftsgesetzes erklärt, will aber eine Quotenregelung „zur Not“ ins Auge fassen. ●

Wann lohnt der Wechsel?

Ende September wollen sich Energieversorgungsunternehmen auf Preise für die Durchleitung von fremdem Strom verständigen. Nach Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) werden die Strompreise im Laufe des nächsten Jahres um 20 bis 25 Prozent sinken. Noch warnen die Verbraucherschützer allerdings vor einem schnellen Wechsel.

Wer dennoch wechseln will, sollte

✳ **darauf achten, dass die Lieferangebote komplett und umfassend sind, vor allem muss geprüft werden, ob eine Vollversorgung mit Strom angeboten wird**

✳ **prüfen, ob ein Endpreis mit allen Preisbestandteilen (Arbeitspreis, Grundpreis, Verrechnungspreis, Durchleitung, Konzessionsabgabe) genannt wird**

✳ **darauf achten, dass ein konkreter Termin für den Beginn der Stromlieferung genannt wird**

✳ **keine neuen Verträge abschließen, die länger als ein Jahr laufen.**



Im Faxabruf

0211 | 43 01 687

ÖTV-Konzept zur Absicherung der Kraft-Wärme-Kopplung im entstehenden Wärmemarkt

kurz & bündig



Die ÖTV hat gemeinsam mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und dem Berufsverband für den Rettungsdienst eine Unterschriftensammlung gestartet. Die „chaotische und mangelhafte Ausbildungssituation“ für RettungsassistentInnen müsse durch eine dreijährige Vollausbildung ersetzt werden.



Der Präsident der internationalen Polizeigewerkschaft und frühere Vorsitzende der GdP Hermann Lutz bemängelt, dass in mehreren EU-Staaten immer noch ein Verbot für Polizisten gelte, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Dies sei „finsteres europäisches Mittelalter“ und verstoße gegen eine Resolution des Europarates.



Die IG Bauen-Agrar-Umwelt hat eine „verstärkte Kontrolle“

des neuen Mindestlohns in der Baubranche durch die Arbeitsämter gefordert. Prüfungen hätten ergeben, dass zur Zeit nicht einmal der bis Ende August gültige bisherige Mindestlohn gezahlt würde.



IG Medien und DAG stellen am 30. September das gemeinsame Medienprojekt Connexx.AV für ArbeitnehmerInnen im privaten Rundfunk und bei Audio-Visuellen (AV-) Produktionen vor. Drei Jahre lang sollen mit speziellen Service- und Beratungsangeboten Mitglieder gewonnen werden.

Image-Kampagne

Die Messlatte liegt hoch

Mit der Präsentation möglicher Kampagnenmotive vor dem DGB-Bundesvorstand haben die Vorbereitungen für eine Image-Kampagne der Gewerkschaften eine neue Stufe erreicht. Falls der Bundesvorstand im Oktober abschließend positiv entscheidet, wird der DGB wenige Monate nach seinem 50. Geburtstag einen seiner größten öffentlichen Auftritte haben.

Für Plakate und Anzeigen, einen Kinospot und Hörfunkspots liegt das Werbebudget der geplanten Image-Kampagne ähnlich hoch wie bei der Wahl-Kampagne 1998. Der

Beschlussvorschlag legt die Messlatte für Erfolg oder Misserfolg sehr hoch: Die Image-Kampagne soll nach außen und nach innen wirken. Sie soll die Kernkompetenzen der Gewerkschaften kommunizieren. Sie soll vor allem die Bedeutung der Gewerkschaften für die Zukunft der (Arbeits-) Gesellschaft in der Bevölkerung und besonders bei jüngeren Menschen neu vermitteln.

Ende Oktober wollen die gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeiter das Kampagnen-Konzept weiter ausarbeiten. Beantwortet werden soll dabei auch die Frage, wie sich die DGB-Dachkampagne für die Mitglieder-Werbekampagnen der einzelnen Gewerkschaften nutzen lässt. •

IG Metall-Initiative

Weg mit Paragraf 116 AFG

Die IG Metall hat eine Initiative zur Sicherung des Streikrechts gestartet. Die Bundesregierung soll den so genannten Anti-Streik-Paragrafen 116 AFG aufheben. Seit 1986 dürfen die Arbeitsämter kein Kurzarbeitergeld mehr an indirekt vom Streik Betroffene („kalt Ausgesperrte“) zahlen. Rot-Grün will laut Koalitionsvereinbarung „die Chancengleichheit der Tarifvertragsparteien sichern“. Konkrete Pläne gibt es noch nicht. Eine Gelegenheit, das Versprechen einzulösen, bietet sich im Jahr 2000. Dann soll das Sozialgesetzbuch (SGB III) reformiert werden. •

Fragen an

Der DGB kommt, und er geht: Am 1. September quittierte Dieter Schmidt, 62, zuletzt Leiter der Außenstelle Berlin des DGB, seinen Dienst. 40 Jahre und einen Monat war er Hauptamtlicher beim DGB. Einige Stationen: Jugendsekretär in Baden-Württemberg, Mitarbeiter der Pressestelle, Gründer des Jugendmagazins 'ran und Chefredakteur der Welt der Arbeit.



die komplette 'ran-Redaktion wegen eines kirchenkritischen Cartoons gefeuert. Als Chefredakteur wurde ich zum Rapport zu den Vorsitzenden bestellt. Ich wurde ziemlich heruntergeputzt, man hat mir nicht mal einen Stuhl an-

- Seit einer Woche arbeitest du nicht mehr beim DGB. Vermisst du was?
- Nein, gar nichts. Ich wundere mich selbst. 40 Jahre bestimmte die Gewerkschaftspolitik mein Leben, sechs DGB-Vorsitzende habe ich aus nächster Nähe erlebt, zigmal stand ich kurz vor der Entlassung. Das ist alles schon weit weg. Als ich während meiner ersten Woche außerhalb des DGB zufällig einen DGB-Kollegen traf, mit dem ich über 35 Jahre immer wieder zu tun hatte, hatten wir uns nichts zu sagen.
- Hast du Pläne?
- Ich will wieder mehr als Schriftsteller (unter dem Pseudonym Hans Dieter Baroth; Anm. d. Red.) arbeiten. Eine erste Kurzgeschichte ist in Arbeit, und vor ein paar Tagen habe ich endlich eine Veranstaltung der Literarischen Gesellschaft Berlin besucht. Ein Panoptikum von skurrilen Typen. Es war nicht nur unterhaltsamer, sondern auch lockerer als eine Bundesvorstandssitzung.
- Deine beste Erinnerung an die Zeit beim DGB ...
- Mein bestes Erlebnis hatte ich in einer der schlimmsten Stunden meiner Laufbahn: 1979 wurde

- geboden. Als ich danach allein in der Ecke stand, da hat Gerd Muhr, damals DGB-Vorstand, als einziger versucht, mich wieder aufzumuntern. Diese menschliche Geste hat mich sehr berührt.*
- Etwas, an das du dich lieber nicht mehr erinnern möchtest ...
- Das war, als der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter mir verkündete: „Ich übergebe dir die Welt der Arbeit.“ Ich hätte nein statt ja sagen sollen. Bald wurde mir klar, dass die Einstellung der Welt der Arbeit längst beschlossene Sache war, auch wenn bis zum tatsächlichen Beschluss noch Jahre vergingen.
- Was wünschst du dem DGB für die Zukunft?
- Dass im Umgang innerhalb der Organisation wieder mehr Menschlichkeit einzieht. In den letzten Jahren hat mich der Verfall des Betriebsklimas sehr bedrückt. Vor 40 Jahren habe ich noch viele der Gründungsleute kennen gelernt – ausgeprägte, kernige Persönlichkeiten. Heute herrscht der Typus des Verwaltungsmenschen vor.
- Wirst du über die 40 Jahre beim DGB schreiben?
- Ja.

Gewerkschaften und SPD

Ein Zweckbündnis von Konservativen



Foto: Rolf Schulten

Claus Koch, 70, Berlin, ist Publizist und Buchautor („Die Gier des Marktes“) und arbeitet als Kolumnist für taz und Süddeutsche Zeitung.

Auch Sozialdemokratie und Gewerkschaften blockieren sich gegenseitig. „Bleibt es dabei, können beide nur schwächer werden.“ Ein skeptischer Blick auf die aktuellen Probleme einer alten Dauerbeziehung.

Eine Sozialdemokratie an der Macht und die Gewerkschaften, die ihr auf dem Weg dorthin geholfen hatten – das lebt sich meist rasch auseinander. Das ist normal, und so geht es auch mit der neuen Bundesregierung. Es war ohnehin ein lockeres, leicht resigniertes Verhältnis. Die Gewerkschaften hatten nicht viel gefordert und die Sozialdemokraten wenig versprochen. So müssen sie nun auch kein Versprechen brechen. Gewiss hätte die Mehrzahl der Gewerkschaftsfunktionäre und der aktiven Mitglieder lieber eine rot-schwarze Koalition gesehen, ebenso wie der Kanzler selbst. Aber es hat sich schon gezeigt, dass sie für ihre Interessen vom grünen Regierungsfügel, also von potenziellen Reformern, wenig zu befürchten haben.

Auch diese Regierung ist zu schwach, um anstrengende und schmerzhaft Reformen zu unternehmen, die den korporatistischen Konsens des noch immer halbwegs funktionierenden rheinischen Kapitalismus beschädigen könnten.

Das Wahlbündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften war ein Interessenbündnis zwischen Konservativen – zu dem Zweck, zu konservieren: die Institutionen des Wohlfahrtsstaates und die Mechanismen der sozialen Sicherung; ein Wachstum nach gehabter Art und eine Verteilung des Zuwachses wie bisher; ein Subventionsnetz, das weiterhin die Besitzer von Normalarbeitsplätzen schützt – insgesamt also die Erhaltung einer Gesellschaft, die in Produktion und Konsumtion noch immer der westdeutschen Welt der siebziger Jahre entspricht. Nicht viel anderes hatte übrigens auch die Kohl-Regierung gewollt. Sie hatte einen harten Neoliberalismus nach der Methode von Margaret Thatcher oder Hans-Olaf Henkel weit mehr gefürchtet als das Radikalste, was eine rot-grüne Linke jemals in ein Zukunftspapier geschrieben hat.

Ein Herzensverhältnis zwischen einer Sozialdemokratie, die kaum Herr im Regierungshaus ist, und Gewerkschaften, die von ihren Mitgliedern hauptsächlich als Interessenvertretung angesehen werden, kann es heute nicht mehr geben. Es ist

vielmehr ein Verhältnis aus beiderseitiger Schwäche. **Sobald eine Großorganisation oder eine politische Partei Bewegung ins System bringen möchte, wird von den anderen geklammert.** Wollte eine Regierung, gleich welcher Couleur, sich aus dem Korsett der verfestigten Subventionen befreien, um freie Arme zu bekommen und dem Staatshaushalt etwas Flexibilität zu geben – sofort klammern Wirtschaft und Gewerkschaften im schönen Verein. Wollen Gewerkschafter mit etwas Weitblick eine vorsichtige Umverteilung der Arbeit einleiten, um Arbeitslosigkeit zu verringern – sofort klammern zusammen mit der Industrie die eigenen Mitglieder und die Schwestergewerkschaften. So geschah es vor einigen Jahren Herbert Mai und Klaus Zwickel, die immerhin einmal vorgeschlagen haben, auf Lohn oder Lohnzuwächse zu verzichten, falls dafür neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und die Sozialdemokraten schauten schweigend zu.

Dieses eng verklammerte Institutionensystem hat zwar die beträchtliche Kraft aufgebracht, um den von heute auf morgen institutionenlosen deutschen Osten zu integrieren. Eine gewaltige Leistung, obwohl daraus nicht der geringste neue Impuls für den Westen erwachsen ist. Doch es ist nach wie vor eine blockierte Gesellschaft, in der Sozialdemokratie und Gewerkschaften miteinander umgehen müssen. Bleibt es dabei, können beide nur schwächer werden. Aber ans Schwächerwerden haben sie sich in dem Vierteljahrhundert, das die große soziale Krise nun schon anhält, beängstigend gut gewöhnt. Eine Chance, die Blockade aufzubrechen, gäbe es: Der DGB könnte eine stärkere Rolle im Konzert der Gewerkschaften spielen, nämlich **als strategischer Denker, der die Probleme der Arbeitsgesellschaft und des europäischen Sozialmodells offen diskutiert.** Noch vor zwanzig Jahren haben sich die Gewerkschaften überall in der Gesellschaftspolitik zu Wort gemeldet, heute kaum mehr. Der DGB hatte dabei eine führende Rolle eingenommen, er sollte sie wieder einnehmen.

Ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist nicht mehr sinnvoll. Die Gewerkschaften gewinnen nichts dabei, sie fesseln sich eher unnötig. Von Schröder haben sie nichts zu erwarten, eher etwas zu befürchten. ●

„Überhaupt nicht langweilig“

war die Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrats am 6. September in Berlin, so der Kommentar von DGB-Chef Dieter Schulte. Thema der roten Runde: das Sparprogramm der Bundesregierung. In der Rentenpolitik und beim Thema Vermögenssteuer seien die Gewerkschaften mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zwar nach wie vor uneins, berichtete Schulte, aber in Sachen Rente mit 60 sei der Bundesregierung klar geworden, dass auch sie – nicht nur Arbeitgeber und Gewerkschaften – ihren Teil beitragen müsse.

Auch die HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane sieht weiterhin Nachbesserungsbedarf. Die Sparpolitik der rot-grünen Koalition verlange Arbeitslosen und RentnerInnen zu viel ab. Stattdessen sollten diejenigen stärker belastet werden die auch stärker belastbar seien. Ob mit einer Vermögen- oder Erbschaftsteuer – „das ist mir egal“.

Für Norbert Hansen, den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, war das Gespräch mit Schröder „ein sehr gutes Gespräch“. Von der Kritik an den Sparbeschlüssen der Regierung gebe es zwar nichts zurückzunehmen. Doch es müsse auch deutlich werden, dass Rot-Grün „eine Fülle von Entscheidungen“ zugunsten der ArbeitnehmerInnen getroffen habe.

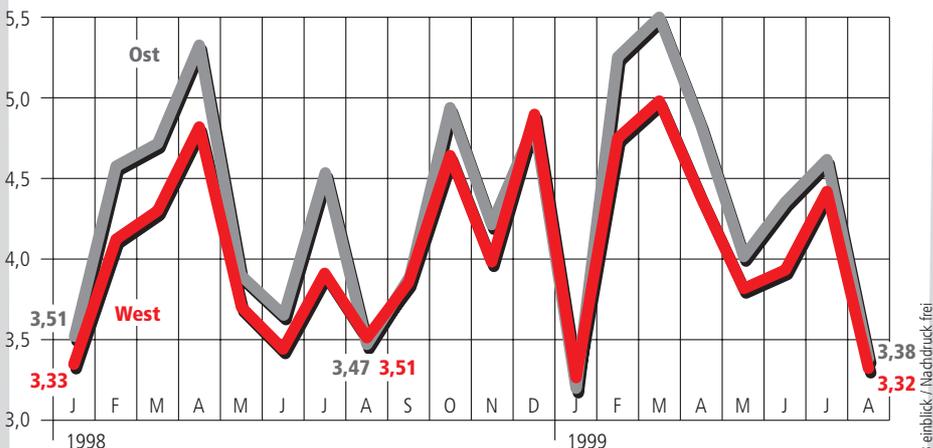
DIES & DAS

dieDGBgrafik

KRANKMELDUNGEN AM ARBEITSPLATZ: Rekordtiefstand

Noch nie gab es Anfang August so wenige Krankmeldungen: Im Westen betrug der Krankenstand 3,32 Prozent, im Osten 3,38 Prozent. Damit ist die Behauptung widerlegt, die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zum 1. Januar lasse den Krankenstand in die Höhe schnellen. 1996, im Jahr der Abschaffung der vollen Lohnfortzahlung, lag der Krankenstand noch bei 4,69 Prozent im Westen und 4,96 Prozent im Osten. Seitdem ist er jährlich gesunken.

Krankmeldungen West/Ost 1998/99 nach Monaten in Prozent



Quelle: Bundesgesundheitsministerium

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

••• **Horst Palik**, 46, Referatsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand, ist seit dem 1. September Leiter des Sekretariats des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte. Er folgt Wolfgang Uellenberg-van Dawen, 48, der im März als Leiter der Abteilung Politik zum SPD-Vorstand gewechselt war.

••• **Brigitte Busweiler**, 44, Fachreferentin für den Bereich Innere Organisation der IG Bauen-Agrar-Umwelt in Frankfurt/M., leitet seit dem 6. September das neu eingerichtete Büro Berlin der IG BAU.

14 TAGE

- 14.-17.9.** Bundestag, 1. Lesung des Bundeshaushalts 2000, Berlin
- 19.9.** Landtagswahl in Sachsen
- 22.9.** Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich, Karlsruhe
- 24.-25.9.** Schulpolitische Ost-West-Konferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Berlin
- 25.9.-1.10.** Bundesseniorentreffen der ver.di-Gewerkschaften, Zell am See, Österreich

Tipp

Buch: Eckart Hildebrandt, Eberhard Schmidt (Hrsg.), Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz, edition sigma, Berlin 1999, 164 S., 29,80 DM.

Umweltschutz findet nicht nur in den eigenen vier Wänden statt. Auch in Unternehmen und Betrieben wird Umweltschutz geleistet. Mit dem Verhältnis zwischen Industrie und Umweltschutz beschäftigt sich seit 1990 das europäische Forschungsnetzwerk IRENE. Den aktuellen Forschungsstand fasst der Band „Arbeitnehmerbeteiligung am Umweltschutz“ zusammen. Anhand von aktuellen Berichten aus acht Mitgliedsstaaten der EU werden verschiedene Konzepte,

Strategien und staatliche Initiativen zum betrieblichen Umweltschutz vorgestellt. Experten vergleichen praxisnah die Zusammenarbeit von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Bislang erreichte Erfolge werden hervorgehoben, Misserfolge aufgedeckt.

Die übersichtliche Gliederung der Texte macht einen schnellen Vergleich zwischen den einzelnen Ländern möglich und bietet auch Laien einen einfachen Zugang. Neben Umweltextperten richtet sich der Reader an Arbeitnehmervertreter im Betrieb, die für ihre Interessenvertretung einen aktuellen Überblick über den betrieblichen Umweltschutz in der EU brauchen.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Einem Teil der Auflage liegt eine Werbung der Zeitschrift Reden-Berater bei.



Schlusspunkt

„Ich freue mich, dass uns Regina erhalten bleibt.“

Aus dem vor der Saar-Wahl am 5. September entworfenen Redemanuskript des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte für den DGB-Bundesvorstand am 7. September. DGB-Vorstand Regina Görner (CDU) wird Arbeits- und Sozialministerin im Saarland.

SPD mit neuer Führungsstruktur

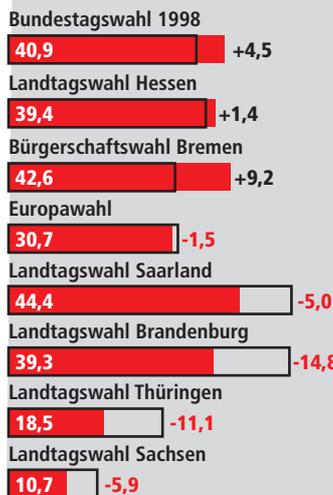
Müntefering unter Erfolgsdruck

Verbessern sich die Beziehungen der Gewerkschaften zur SPD unter Franz Müntefering, dem designierten SPD-Generalsekretär? Führende DGB-Funktionäre mögen das nicht bestätigen. Denn so könnte im Umkehrschluss leicht der – unerwünschte – Eindruck entstehen, die Beziehungen seien verbesserungsbedürftig. Außerdem soll kein allzu großes Interesse am Schicksal der SPD herausgekehrt werden. Trotzdem setzt der DGB offenkundig Hoffnungen auf den alten und neuen Parteimanager. Müntefering wisse, „woher die SPD kommt und wohin sie gehen soll“.

Im Berliner Willy-Brandt-Haus wird die Rückkehr von „Mün-te“, Bundesgeschäftsführer von 1995 bis zur überraschend gewonnenen Bundestagswahl, mit Erleichterung aufgenommen. Jetzt würden endlich keine Interna mehr raussickern, glaubt einer, mit Flurfunk sei Schluss. Tiefer greift eine andere Begründung für die ersehnte Wende zum Besseren: Münteferings Vorgänger Ottmar Schreiner war „kein Organisator“, sagt jemand, der ihn täglich erlebt hat.

SPD im Abwind

Gewinne/Verluste der SPD in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Wahlschlappen im Abo: Seit der Hessenwahl im Februar, die für die SPD trotz Stimmenzuwachs verloren ging, geht's bergab. Außer bei den Wahlen in Bremen kassierte die SPD Niederlagen.

Anders der frühere Wahlkampfleiter, er hat längst Fakten geschaffen. Münteferings Mitstreiter Matthias Machnig und Michael Donnermeyer sind dem Ex-Verkehrsmi-nister schon in die Parteizentrale gefolgt, als Vize-Geschäftsführer

und Pressesprecher. Büroleiter Kajo Wasserhövel komplettiert das eingespielte Team.

Die überlasteten MitarbeiterInnen in Berlin, gebeutelt von den Wahlschlappen der letzten Wochen und Monate, brauchen jemanden, dem sie zutrauen, die Partei wieder auf Zack zu bringen. Müntefering gilt dafür als prädestiniert. Er besitze Autorität, sei aber auch autoritär. Aus seiner engeren Umgebung verlautet: „Sein Geheimnis heißt Kommunikationsdisziplin.“ Will sagen, Müntefering kann widerstreitende GenossInnen zusammenführen, Gemeinsamkeiten erarbeiten, Absprachen treffen – kurzum: Geschlossenheit organisieren. Dass er sich auf seinen Orga-Job konzentriert, ist wohl auch die Erklärung dafür, dass er seinerzeit den Spagat zwischen Schröder und Lafontaine geschafft hat.

Gerade jetzt braucht Kanzler und Parteichef Schröder Münteferings Ruf als rechtschaffener Sozi mit Bodenhaftung („Ich kann nur kurze Sätze“). „Mün-te“ soll realisieren, was Schröder will: „Kurs halten.“ Das kann normalerweise nur, wer Wind in den Segeln hat. Doch der bläst der SPD zur Zeit voll ins Gesicht. Also muss der General gegen den Wind kreuzen. Es ähnelt der Quadratur des Kreises, den Kanzlerkurs zu verteidigen und gleichzeitig die SPD zusammenzuhalten.

Schon bis zum Parteitag im Dezember muss Müntefering Erfolge vorweisen. Denn in der mächtigen NRW-SPD, deren Chef er auch ist, geht nach den verheerenden Ergebnissen der Kommunalwahlen die Angst um, die Landtagswahl Mitte Mai 2000 zu verlieren. ●

inhalt

Seite 3

Rote Fahnen eingerollt Berlin schaltet auf stur
Im Rentenstreit ist kein Kompromiss in Sicht – Arbeitsminister Walter Riester hält an den geplanten Nullrunde in 2000 und 2001 fest

Seite 5

Der DGB wird 50
Was Prominente aus Politik, Wirtschaft und Medien dem Gewerkschaftsbund wünschen

Seite 7

NichtwählerInnen sind hochpolitisch
Geringe Wahlbeteiligung ist kein Zeichen für Politik- und Demokratieverdrossenheit, meint der Politikwissenschaftler Peter Lösche

plusminusBERLIN

+ Für den rechtspolitischen Sprecher der Grünen **Volker Beck** kommt eine Unterzeichnung der Bioethik-Konvention in ihrer jetzigen Form nicht in Frage. Hauptkritikpunkt am Genforschungs-Papier des Europarates: „Versuche an nicht einwilligungsfähigen Menschen lehnen wir generell ab.“

- Mehr Verkehr fordert **Dirk Fischer**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in einer Pressemeldung mit dem Titel „Verkehr tut gut“. Verkehrswachstum steigere das Bruttosozialprodukt und sei „einer der wichtigsten Faktoren für Wirtschaftswachstum und Wohlstand“.

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.wsi.de
EGI goes Web – das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI) ist jetzt auch im Internet erreichbar

Im Faxabruf
0211 / 43 01 673
„Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Beschäftigungspolitik statt Sparbesessenheit“
Das Sondermemorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Auszüge)

E-Mail-Urteil

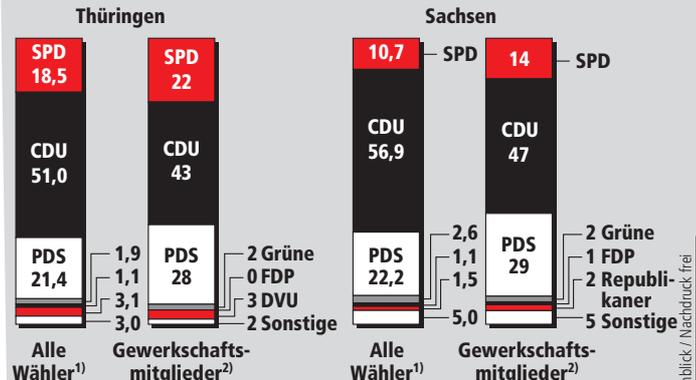
IG Metall geht in Berufung

Ein betriebliches E-Mail-System darf nicht für gewerkschaftliche Mitgliederwerbung genutzt werden. Gegen dieses Urteil des Arbeitsgerichts Elmshorn (3 Ca 653 a/99) – das erste seiner Art – wird die IG Metall Hamburg Berufung beim Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein einlegen. Das erklärte ihr Rechtsexperte Christian Schoof gegenüber *einblick*. Schoof weist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Vor vier Jahren hat Karlsruhe entschieden, dass Gewerkschaftswerbung während der Arbeitszeit grundsätzlich erlaubt ist, wenn es dadurch nicht zu „nennenswerten Betriebsstörungen“ komme (1 BvR 601/92). Wenn es rechtens sei, auf dem Betriebsgelände Flugblätter zu verteilen, argumentiert Schoof, müsse Ähnliches auch mit Hilfe neuer Medien möglich sein. Schützenhilfe gibt der Hamburger Arbeitsrechtler Ulrich Zachert: „Eine E-Mail ist nichts anderes als ein elektronisches Flugblatt.“

GewerkschafterInnen im Trend: In Sachsen votierten gerade mal 14 Prozent der gewerkschaftlich organisierten WählerInnen für die SPD, in Thüringen 22 Prozent. Sie landet in beiden Ländern auch bei den GewerkschafterInnen weit abgeschlagen hinter CDU und PDS. Für die CDU stimmten in Sachsen 47 Prozent, für die PDS 29 Prozent. Nicht anders das Bild in Thüringen: Dort betrug der Stimmenanteil der GewerkschafterInnen für die CDU 43 Prozent, für die PDS 28 Prozent.

Gewerkschafter: SPD abgeschlagen

Stimmenanteile bei den Landtagswahlen in Thüringen am 12.9.1999 und in Sachsen am 19.9.1999 (in Prozent)



1) Vorläufiges amtliches Endergebnis; 2) Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B.: DAG, Beamtenschaft, Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim

DGB einblick / Nachdruck frei

Beamtenbesoldung

DGB kündigt Protest an

Der DGB mobilisiert BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen gegen die Besoldungs-Sparpläne der rot-grünen Koalition. Er plant für den 19. Oktober eine zentrale Protestkundgebung der Gewerkschaften in Berlin, so DGB-Vorstand Regina Görner. Hintergrund: Die Beamtenbezüge sollen in den Jahren 2000 und 2001 nur um die Inflationsrate steigen, zudem soll die Erhöhung

vom 1. Januar auf den 1. Juli verschoben werden. Laut Görner nutzt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundesregierung den unterschiedlichen Status von Beamten und Arbeitnehmern zum „Tarifdiktat“.

Studie

Weniger Angst

Die Deutschen blicken 1999 etwas zuversichtlicher nach vorn. Ihre Ängste sind im Vergleich zum Vorjahr teilweise deutlich zurückgegangen. Das geht aus einer reprä-

sentativen Umfrage im Auftrag der Wiesbadener R+V Versicherung hervor. Stark zugenommen hat aber die Furcht vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung. Davor haben 42 Prozent der Befragten große Angst. Danach bestimmen die Arbeitslosigkeit und die Entwicklung der Lebenshaltungskosten das Angstprofil der Deutschen: 37 Prozent der Bundesbürger hegen starke Befürchtungen, dass die Zahl der Erwerbslosen weiter steigt. Ein Drittel der abhängig Beschäftigten fürchtet, den eigenen Job zu verlieren.

Im Internet: www.ruv.de

wiewardiewoche?



Foto: Helmut Biele

Jeden Monat vermittelt das in Berlin beheimatete Verbrauchermagazin „Guter Rat“ seine Ratschläge in Sachen Recht an 230 000 LeserInnen. Nur innerhalb der Redaktion, die hauptsächlich aus so genannten festen Freien besteht, spielte das Recht keine Rolle. Innerhalb eines Jahres bekamen zehn von 30 MitarbeiterInnen die Kündigung oder gingen von selbst. Seit dem 16. September gibt es in der Redaktion einen Betriebsrat. Rolf Fischer, 37, Jurist, Journalist und IG Medien-Mitglied, sorgte trotz Entlassung und laufender Kündigungsschutzklage als Mitglied des Wahlvorstandes noch für die ordnungsgemäße Wahl.

Die Woche war aufregend. Sie begann am Montag mit meinem Gutetermin vor dem Arbeitsgericht. Er verlief in etwa so, wie mein Vertreter und ich das erwartet hatten. Chefredaktion und Verlag bestreiten natürlich, dass meine Kündigung etwas mit meinen Aktivitäten zur Wahl eines Betriebsrates zu tun hat. Trotzdem kam der Anwalt des Gong-Verlages am Ende mit dem Angebot auf mich zu: „Wir kommen Ihnen ja entgegen, aber das

mit der Betriebsratswahl machen Sie doch rückgängig.“ Am Donnerstag haben wir den Betriebsrat gewählt. Die Stimmung in der Redaktion war desolat. Die Leute waren sichtlich unter Druck gesetzt worden. Das Problem in dieser Redaktion liegt darin, dass nicht klar ist, wer fest angestellt ist und wer nicht. Chefredaktion und Verlag haben einigen KollegInnen Verträge angeboten, die aber weit unter Tarif liegen. Nur ein Kollege

hat bereits unterschrieben. Nun behauptet der Verlag, es gebe nur vier Festangestellte. Da man für die Betriebsratswahl fünf braucht, wäre unsere Wahl ungültig und der Verlag fein raus. Mit dieser Argumentation wird er aber nicht durchkommen, weil für diejenigen, die ein Vertragsangebot erhielten, bereits Sozialabgaben abgeführt wurden. Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass sich der Gesamtbetriebsrat der Gong-Gruppe während der ganzen Vorbereitung zur Betriebsratswahl nie mit uns in Verbindung gesetzt hat. Der neu gewählte Betriebsrat hat nun vor allem die Aufgabe, den Kontakt aufzubauen und für den Informationsfluss zwischen Verlag und Redaktion zu sorgen. Bisher wurde uns nur sehr deutlich vermittelt, dass wir überhaupt nichts zu fordern haben.

Berlin schaltet auf stur

Obwohl die Gewerkschaften der Bundesregierung im Rentenstreit entgegenkommen, lässt Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen. Er will die Rente 2000 und 2001 nur um die Teuerungsrate erhöhen.

Es hatte so gut angefangen: Nach dem sommerlichen Schlagabtausch per Interviews redeten GewerkschafterInnen und Sozis wieder miteinander. Beim Rentengipfel am 24. August in Berlin erklärten beide Seiten, die Reform der Alterssicherungsgebiete „einen möglichst breiten Konsens“. Und die SPD-Fraktion versicherte, sie lege auf den Dialog über die Zukunft der Alterssicherung „großen Wert“. DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer nahm das wörtlich und machte am 6. September im SPD-Gewerkschaftsrat

Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags werden herausgerechnet, denn beides hat die Nettolöhne – und damit ungewollt auch die Renten – um 1,4 Prozent erhöht. Die geplante Renten-Nullrunde kostet die Ruheständler im nächsten Jahr vier Milliarden Mark, der DGB-Vorschlag nur 2,5 Milliarden. Dementsprechend harsch reagierte Arbeitsminister Riester. Der DGB-Vorschlag sei „keine Grundlage für einen Kompromiss“. Dass Riester dem DGB auch noch vorwarf, „Menschen zu verwirren und

0,2 Prozentpunkte über der dank Öko-Steuer geplanten Absenkung auf 19,1 bis 19,3 Prozent. Doch auch diese relativ geringen Spielräume sieht der Arbeitsminister nicht. Zumal er selbst noch nicht ganz genau weiß, wie er das Spar-diktat von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) erfüllen soll.

Dabei steht ihm die eigentliche Rentenreform noch bevor. Allen Parteien ist zwar klar, dass das Rentenniveau, das Verhältnis von Durchschnittsrente zu Durchschnittslohn, sinken wird – laut Rot-Grün von 70 auf 67 Prozent. Damit wäre auch der DGB einverstanden. Problematischer ist aber die künftige Rentenformel, die Beziehung von Einkommens- und Rentenentwicklung. Der DGB favorisiert einen Vorschlag des Sozialbeirats der Bundesregierung, die so genannte modifizierte Brutto-lohnanpassung. Danach steigen die Renten entsprechend den Brutto-löhnen, bereinigt um die Veränderung des Rentenbeitrags. Konkret: Sinkt der Beitrag zur Rentenversicherung, steigt die Rente – und umgekehrt; zudem spielen steuerpolitische Entscheidungen sowie Veränderungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträge dann keine Rolle mehr.

Erschwert wird die Lösung des Formelproblems durch das mit Spannung erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung von Renten. Dürfen sie weiterhin erheblich geringer besteuert werden als Pensionen? Der DGB hält sich bedeckt. Das Thema sei „höchst delikat“: Äußerungen zugunsten der Pensionäre verärgern die Rentner – und umgekehrt. In diesem Jahr ist mit einem Urteil kaum mehr zu rechnen. Die Verfassungshüter haben mit dem Streit um den Länderfinanzausgleich genug zu tun, und ihr Steuerexperte Paul Kirchhof geht Mitte November in den Ruhestand. •

Licht und Schatten

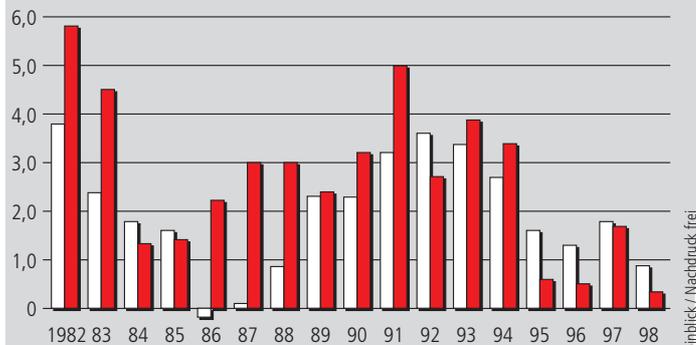
Die meisten älteren Menschen leben in günstigen finanziellen Verhältnissen, so das Ergebnis einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Es gibt zwar nach wie vor arme Senioren, doch verliert ihre Zahl an Bedeutung“, heißt es im DIW-Wochenbericht 37/99 (www.diw.de). Das durchschnittliche Monatseinkommen der Senioren-Haushalte habe 1998 bei 2710 Mark gelegen, das von Arbeitnehmer-Haushalten bei 2790 Mark.



Nach Berechnungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) sind die Leistungen der Rentenversicherung in ihrer jetzigen Form künftig kaum mehr zu bezahlen. Denn das Verhältnis von Rentnern und Beitragszahlern verschiebt sich – zu Lasten Letzterer. Kamen 1995 noch 389 Ruheständler auf 1000 Erwerbstätige, so werden es im kommenden Jahr schon 425 sein, im Jahr 2010 dann 444 und in den Jahren 2020 beziehungsweise 2030 immerhin 493 beziehungsweise 606.

Rente meist über Inflation

Vergleich von Preissteigerungsrate* und Rentenanpassung 1982-1998 (alte Bundesländer, in Prozent)



*Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesarbeitsministerium

DGB einblick / Nachdruck frei

Zehnmal übertraf in den vergangenen Jahren die Rentenanpassung die Inflationsrate, siebenmal lag sie darunter. In den Jahren 2000 und 2001 sollen die Renten nur entsprechend der Preissteigerungsrate erhöht werden.

den Vorschlag, im nächsten Jahr die Renten um 1,7 statt wie geplant um 0,7 Prozent anzuheben.

Der große Vorteil dieses Vorschlags: Er hebt nicht willkürlich die Nettolohn-Bezogenheit der Rentenanpassung aus, sondern modifiziert sie. Und zwar begründbar. Die Kindergelderhöhungen der vergangenen Jahre und die jüngste

Ängste zu mobilisieren“, war Engelen-Kefer dann doch zu viel. Prompt spielte sie den Ball zurück: Verunsichert würden die Menschen, wenn nicht konsensfähige Rentenpläne „mit Gewalt“ durchgesetzt würden, heißt es in ihrem Antwortbrief.

Zumindest ruhiger wurde der Ton Mitte September. Mit spitzem Bleistift rechneten Experten des Ministeriums, der Koalition und der Gewerkschaften den DGB-Vorschlag durch. Er würde den Bundeshaushalt 2000 um ein bis zwei Milliarden Mark belasten, und der Beitragssatz läge um 0,1 bis



Im Faxabruf

0211 / 43 01 652

Die Position des DGB zur Rentenstrukturreform

IG BAU Magdeburg

Service rund um die Uhr

Wer beim Bezirk Altmark-Börde-Harz der IG BAU anruft, tut das nie vergebens. 24 Stunden täglich – auch am Wochenende – können Mitglieder ihre Sorgen und Wünsche loswerden. Außerhalb der Bürozeiten nimmt ein Call-Center die Anrufe entgegen. „Viele unserer Mitglieder sind auf Montage. Sie können nur am Wochenende oder spätabends Kontakt mit der Gewerkschaft aufnehmen – zu Zeiten, die wir selbst mit erweiterten Öffnungszeiten nicht abdecken können“, erläutert der Magdeburger IG BAU-Sekretär Peter Schulze den in den Gewerkschaften einzigartigen Service. „Oft hieß es früher, wenn man die Gewerkschaft mal braucht, ist keiner da.“ Wer jetzt

anruft, dem wird innerhalb von 24 Stunden geholfen – „indem wir die gewünschten Infos per Post schicken, das Mitglied am Telefon beraten oder auch schon mal Hausbesuche machen.“ Jeden Morgen pünktlich um sieben Uhr liegt bei den IG BAU-Sekretären ein Fax auf dem Schreibtisch, das über die außerhalb der Bürozeiten eingegangenen Anrufe informiert. Ein Service, der nicht mal viel kostet. „Für bis zu 300 Anrufe stellt uns das Call-Center 605 Mark in Rechnung“, sagt Schulze. „Einziges Wermutstropfen: Das Call-Center, mit dem wir zusammenarbeiten, ist wie fast alle in diesem Bereich nicht tarifgebunden.“ •
Peter Schulze, Tel.: 0391/56 161 08

DGB-Bildungswerk

Hat Blair das Blatt gewendet?

Was von sozialer Politik nach der Ära Thatcher übrig geblieben ist und ob Premier Tony Blair das Blatt wenden konnte, klärt ein Studienseminar vom 5. bis 10. Dezember in London. Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich mit der Privatisierung von British Railways, untersuchen das deutsch-britische Verhältnis und erleben die multikul-

turelle Millionenmetropole London. Das Seminar des DGB-Bildungswerks NRW kostet 850 Mark. •
Tel.: 0211/3683 138

Herbsttagung

Politik im Netz

Online-Banking und Internet-Shopping – meist sprechen PolitikerInnen nur vom Geschäft mit dem Internet. Dass das weltweite Netz aber auch zur politischen Bildung taugt, beweist die Herbsttagung

der Arbeitsgemeinschaft „Computernetzwerke und Linksysteme“. Die Veranstaltung vom 8. bis 10. Oktober in Nürnberg wird organisiert von der Medienakademie Nürnberg sowie von der Friedrich-Ebert-Stiftung Regensburg. •
Tel.: 089/16 75 106
E-Mail: c-l-service@link-m.de

Forum Migration

Im neuen Gewand

Ab 1. Oktober erscheint *Forum Migration*, der Newsletter des Referates Migration, in neuem Outfit. Der künftig monatlich erscheinende Newsletter bietet Nachrichten, Hintergrund sowie Infos zu Publikationen oder Tagungen zur Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik. Der Bezug ist kostenlos. •

DGB, Referat Migration,
Fax: 0211/43 01 134
E-Mail: migration@bundesvorstand.dgb.de



Otto-Brenner-Stiftung

Newsletter erschienen

Die Situation in Osteuropa und Programme zur Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern sind Themen des ersten *BrennerBriefs* der Otto-Brenner-Stiftung (OBS). Der *BrennerBrief* soll künftig vier- bis sechsmal im Jahr erscheinen. Er kann kostenlos bezogen werden. •

Tel.: 030/25 39 60 10

WSI im Internet

Neuer Auftritt im Netz

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hat seine Web-Seiten gründlich überarbeitet. So wurde der Überblick über Forschungsprojekte und -ergebnisse neu gestaltet und aktualisiert, Kurzinfos stellen die WissenschaftlerInnen und ihre Arbeit vor. •

Im Internet: www.wsi.de

Hans-Böckler-Stiftung

Flexibel fürs Ehrenamt

Immer weniger Menschen opfern ihre Zeit unbezahlt für Turnverein, Rotes Kreuz oder Caritas. „Flexible Zeitkontenmodelle – Mehr oder weniger Zeit für ehrenamtliche Tätigkeit?“ ist der Titel eines Workshops des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung am 20. Oktober in Duisburg. •

Fax: 0211/77 78 41 11

interregio

••• Einen **Schülerzeitungswettbewerb** hat die **DGB-Jugend Braunschweig** gestartet. Teilnehmen können mit Artikeln zum Thema „Wie (er)lebe ich Demokratie?“ Redaktionen aus der Region Südostniedersachsen. Die kritischsten, informativsten oder witzigsten Beiträge prämiert die Jury mit Geldpreisen bis 2000 Mark oder einem Wochenende in Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar

2000. Infos: Gabriele Peters, Tel. 0531/480 96 37.

••• In einem offenen Brief zur **Schwangeren-Konfliktberatung** hat der **DGB-Landesfrauenausschuss Hessen** den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann aufgefordert, einen Ausstieg der katholischen Kirche aus dem Beratungsangebot zu verhindern. Dadurch würde der Anspruch auf Hilfe und seelsorgeri-

sche Beratung „einem unverständlichen Dogma“ geopfert. Infos: Marita Eilrich, Tel. 069/27 30 05 52.

••• Mit der **Ausstellung** „8 Stunden sind kein Tag“ begleitet der **DGB Bayern** vom 11. bis 18. Oktober in München den Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Gewerkschaftsbundes. Die Exponate zeigen die Geschichte der Gewerkschaften im Freistaat. Infos: Heide Langguth, Tel. 089/543 30 240.

GEWERKSCHAFTEN

50. Geburtstag des DGB

Wünsche an den DGB zum Fünfzigsten

Der DGB wird 50 und feiert das Ereignis mit einem Wissenschaftler-Kongress am 11./12. Oktober und einem Festakt am 13. Oktober in München – dort, wo der Bund der Gewerkschaften 1949 gegründet wurde. *einblick* hat Prominente aus Politik, Wirtschaft und Medien gefragt, was sie dem DGB für die nächsten fünfzig Jahre mit auf den Weg geben.

WIR LEBEN HEUTE ANDERS als vor 50 Jahren. Wir essen anders, trinken anders, lieben anders, erziehen unsere Kinder anders und machen anders Urlaub. Wir haben andere



Einstellungen und arbeiten nicht mehr wie früher. Anders genug? Die Frage sollte man sich generell so um die 50 stellen. Jubiläen sind auch Bilanztage. Ich hoffe sehr, dass es denen, die sich im DGB engagieren, gelingt, Arbeitsmodelle durchzusetzen, die es für Frauen einfacher machen, Job und Familie unter einen Hut zu bringen. Auch das muss endlich anders werden.

Anne Volk,
Chefredaktion Brigitte

DIE GRÜNDUNG DES DGB im Oktober 1949 war ein wichtiges Signal für die junge Bundesrepublik. In der Folge haben die Gewerkschaften einen unschätzbaren Beitrag zur Entwicklung unseres Landes geleistet. Auch für die Zukunft sind starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften unverzichtbar. Mit dem Beschluss zur Bildung der neuen „Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft“ haben die Gewerkschaften gezeigt, dass sie nicht nur Entwicklungen in der Arbeitswelt aufnehmen, sondern Veränderungen auch aktiv gestalten wollen.



Für die Zukunft wünsche ich mir, dass Gewerkschaften und Sozialdemokratie weiterhin verlässliche Partner bleiben. Dazu gehört auch, dass wir auf der Grundlage

gemeinsamer Werte eine konstruktive inhaltliche Debatte führen.

**Bundeskanzler
Gerhard Schröder**

DER DGB BENÖTIGT für die nächsten 50 Jahre beides – die Weisheit einer gestandenen Organisation und die Dynamik einer lebendigen Institution, damit auch 2049 wieder gefeiert werden kann. Dass die zweiten 50 Jahre für den DGB ungleich schwieriger sein werden, ist kaum zu bestreiten. Der Megatrend zur Individualisierung wird die Gewerkschaften, wie die Arbeitgeberverbände auch, vor die Aufgabe stellen, den Wind der Veränderung einzufangen, anstatt sich ihm entgegenzustellen. Wenn wir die gesellschaftliche Entwicklung auch künftig mitgestalten wollen, dann werden wir die Maurerkelle mit dem Surfbrett vertauschen müssen.

Werner Stumpfe,
Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall

DIE GEWERKSCHAFTEN werden zum auslaufenden Modell, wenn sie es nicht schaffen, sich wieder stärker mit sozialer Bewegung zu verbinden und für organisierte Selbsthilfe zu öffnen. Die gewerkschaftliche Zukunft ist keine Marketing-Frage. Gewerkschaftsmitglieder als „Kunden“ – das funktioniert nicht. Die Parteien mögen sich zu Wahlapparaten wandeln; die Gewerkschaften haben nur als Mitgliederorganisationen eine Chance. Und was das Programm angeht: Die Gewerkschaften würden sich

selbst überflüssig machen, wenn sie auf deutliche Opposition zur Eigenmacht der Kapitalverwertung verzichten.



Arno Klönne,
**Professor für
Soziologie,
Universität/
Gesamthochschule Paderborn**

WAS MAN EINEM FÜNFZIGJÄHRIGEN WÜNSCHT? Wenn nicht ewiges, so doch langes Leben. Und das heißt Jugendfrische! Die Erkenntnis also, dass man nicht mehr der ist, der man einmal war. Wer sich auf eigenen Verdiensten ausruht, altert vor. Rapide. Gerade das sollte der DGB nicht. Wir brauchen ihn, als Korrektiv, selbstbewusste Interessenvertretung, erst recht als treibende Kraft. Denn die Zeiten sind nicht nach Bewahren, sondern nach Verändern.

Hilmar Kopper,
**Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Deutschen Bank**

IN DER BIBEL gibt es die Geschichte von einer beharrlichen Witwe, die solange einen Richter nicht in Ruhe arbeiten lässt, bis er sein Desinteresse an ihrer Not überwindet und Gerechtigkeit herstellt – diese Beharrlichkeit und Unerschrockenheit im Einsatz für sozialen Frieden und soziale Gerechtigkeit wünsche ich weiterhin dem DGB! Und solche Frauen an der Basis und in den Führungsetagen!



**Maria Jepsen, Bischöfin der
Nordelbischen Evangelisch-
Lutherischen Kirche, Hamburg**

Blick nach vorn

600 Prominente aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden am 13. Oktober in München erwartet, wenn der DGB seine Gründung vor fünfzig Jahren feiert.



Geburtstage sind Bilanztage. Eine Chance, auf das Erreichte zurückzublicken und Pläne für die Zukunft zu schmieden. Die einblick-Redaktion gratuliert dem DGB mit einem MAGAZIN.

Im einblickMAGAZIN vier sagen Mitglieder und Prominente, was sie dem DGB für die nächsten fünfzig Jahre mit auf den Weg geben. Publizisten fragen nach der Solidarität der Zukunft, DesignerInnen und PR-ExpertInnen zeigen, wie ein neues, offensives Image des DGB aussehen könnte. Wie sieht die Zukunft der Gewerkschaften aus? Ander und vielfältiger. Bunter und individueller. Nicht nur die Arbeit wird „anstrengender, aber aufregender“, wie Warnfried Dettling im einblickMAGAZIN schreibt, die Gewerkschaften werden es auch.

Das einblickMAGAZIN gibt es kostenlos bei den DGB-Kreisen, Kostproben im Internet www.einblick.dgb.de

kurz & bündig



Mit einem neuen Energieversorgungsvertrag für das gesamte Bundesgebiet senkt die IG Metall ihre Energiekosten um rund 30 Prozent. Der Modellabschluss mit Mainova, einem Konsortium mehrerer Elektrizitätswerke, sichert einen Anteil von zehn Prozent Öko-Strom zu und steht allen Gewerkschaften offen. IG BAU und DPG sind bereits in den Pool-Vertrag eingestiegen.

Die IG BAU will gemeinsam mit der Firmenkooperation Arbeitsgemeinschaft Mittelstand die illegale Beschäftigung auf der ICE-Neubaustrecke Köln – Rhein/Main bekämpfen. Eigene Kontrollen sollen die staatliche Überwachung ergänzen und die Qualität der Hightech-Strecke sichern.



Die IG BAU will gemeinsam mit der Firmenkooperation

Arbeitsgemeinschaft Mittelstand die illegale Beschäftigung auf der ICE-Neubaustrecke Köln – Rhein/Main bekämpfen. Eigene Kontrollen sollen die staatliche Überwachung ergänzen und die Qualität der Hightech-Strecke sichern.



Der GdED-Vorsitzende Norbert Hansen fordert, die

Arbeiten an der Transrapid-Strecke Hamburg – Berlin einzustellen, da kein privater Investor die Finanzierungslücke der Magnetschwebebahn schließen könne. Dadurch würden 6,1 Milliarden Mark zur Sicherung des Verkehrs haushaltes frei.



Die GEW unterstützt den Vorstoß Berliner und Brandenburger

Kirchenverbände, an Schulen eine Fächergruppe Religion anzubieten, die wahlweise auch jüdischen und moslemischen Religionsunterricht sowie das Fach Ethik umfasst.

Benelux – Deutschland

Tarifkooperation funktioniert

Eine erste positive Zwischenbilanz ihrer tarifpolitischen Zusammenarbeit haben die belgischen, niederländischen, luxemburgischen und deutschen Gewerkschaftsbünde am 10./11. September im westfälischen Haltern gezogen. Vor einem Jahr hatten sie in Doorn (Niederlande) vereinbart, tarifliche Unterbietungskonkurrenz zu verhindern und den neutralen Verteilungsspielraum – die Summe von Preisentwicklung und Produktivitätssteigerung – voll

auszuschöpfen. Dieses Ziel sei erreicht worden, heißt es. Die durchschnittlichen nationalen Lohnerhöhungen bewegten sich zwischen 2,6 und 3,1 Prozent. Hinzu kamen Verbesserungen anderer Arbeitsbedingungen und beschäftigungspolitische Maßnahmen. •

DGB - Tagung

Jobs durch Umweltschutz

Die DGB-Initiative „Arbeit durch Umweltschutz“ im Rahmen des Bündnisses für Arbeit ist Thema einer Veranstaltung des DGB, der

Hans-Böckler-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Naturschutzringes am 21. Oktober im Berliner Reichstag. Im Frühjahr hatte der DGB vorgeschlagen, die kurzfristig umsetzbaren Ziele der von Rot-Grün geplanten ökologischen Modernisierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen (einblick 8/99). Durch mehr Umweltschutz könne ein Beschäftigungspotenzial von 500 000 Arbeitsplätzen realisiert werden. An der DGB-Tagung in Berlin nehmen auch Umweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) und Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) teil. •

Fragen an



Foto: Manfred Vollmer

„Aufbruch ins neue Jahrtausend. Mit einer starken IG Metall.“ Unter diesem Motto steht der Gewerkschaftstag der IG Metall vom 3. bis 9. Oktober in Hamburg. Die 595 Delegierten – sie repräsentieren 178 Verwaltungsstellen und 2,75 Millionen Mitglieder – wählen einen neuen Vorstand und beschließen 545 Anträge.

Klaus Zwickel, 60, ist seit 1993 Vorsitzender der IG Metall.

- Du trittst deine letzte Amtszeit an. Was willst du bis 2003 auf den Weg bringen?
- Ich wünsche mir eine effizient, mitgliederfreundlich und kostengünstig arbeitende IG Metall.
- Stichwort Tarifpolitik: Ihr setzt weiter auf Arbeitszeitverkürzung, haltet die 30- oder 32-Stundenwoche, eine verkürzte Jahres- und Lebensarbeitszeit oder weniger Mehrarbeit für „denkbar“. Kann sich die IG Metall nicht entscheiden?
- Gewerkschaftstage der IG Metall beschließen in der Tarifpolitik immer ein Gesamtprogramm. Neu in unserem Forderungskatalog wird die 32-Stunden-Woche sein. Aber das heißt nicht, dass sie morgen bereits verwirklicht wird. Welche Blume aus dem Strauß möglicher Arbeitszeitverkürzungen gepflückt wird, müssen Vorstand, Bezirksleitungen und Tarifkommissionen der IG Metall in der jeweiligen praktischen Situation entscheiden.
- Ihr wollt die Rente mit 60 realisieren, was die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) strikt ablehnt.
- Es gibt eine von der BDA und dem DGB unterschriebene Willenserklärung im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, in der es ausdrücklich heißt: „Es müssen auch Wege gefunden werden, ein beschäf-

tigungswirksames vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu zumutbaren Bedingungen für die Betroffenen zu ermöglichen.“ Offensichtlich hat BDA-Präsident Dieter Hundt das vergessen. Wir werden trotzdem versuchen, die Rente mit 60 durchzusetzen. Dabei hoffen wir natürlich auch auf die

Unterstützung der Bundesregierung. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat dies versprochen. Ich hoffe, dass sein Arbeitsminister es richtet.

■ Zum Sparpaket: Hat Berlin von der IG Metall mehr als verbalen Protest zu befürchten, geht ihr auf die Straße?

■ Zur Zeit läuft es andersherum. Unsere Mitglieder gehen aus Wut über das Sparpaket nicht auf die Straße, sondern bleiben bei den Wahlen zu Hause. Es ist auch nicht so sehr das Sparen, was uns stört, sondern es ist der Mangel an sozialer Gerechtigkeit.

■ Sollte die Regierung das Sparpaket aufschneiden?

■ Welche Technik sie anwendet, ist mir ziemlich egal. Sie kann das Paket ergänzen, beispielsweise durch eine Vermögensabgabe. Wer mehr hat, muss auch mehr geben.

■ Auf eurem Gewerkschaftstag sprechen sowohl Bundeskanzler und SPD-Chef Gerhard Schröder als auch der Berliner PDS-Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi. Wer kriegt den meisten Applaus?

■ Ich kann nur vom vergangenen Gewerkschaftstag berichten. Da ist Gysi nicht besonders gut angekommen, und der SPD-Vorsitzende bekam donnernden Applaus – er hieß damals allerdings nicht Schröder, sondern Lafontaine.

Wahlverweigerung

NichtwählerInnen sind hochpolitisch

Geringe Wahlbeteiligung ist kein Zeichen für Politik- und Demokratieverdrossenheit, meint der Politikwissenschaftler Peter Lösche: „Kein Grund zum Dramatisieren, wohl aber dazu, politisch wach zu sein.“

Natürlich, die niedrige Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen treibt manchem den Sorgenschweiß auf die Stirn und lässt daran zweifeln, ob es denn wirklich so gut um unsere Demokratie bestellt sei, wie wir bislang angenommen haben. Da hatte bei den Bundestagswahlen in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren die Beteiligung knapp unter oder sogar über 90 Prozent gelegen. Und dann dieser Sinkflug nach der deutschen Vereinigung mit dem Tiefpunkt in diesen Wochen.

Realistische Interpretation ist angesagt. Wer gehört zur „Partei der Nichtwähler“?

Erstens: Jene WählerInnen, die bei einer Bundestags- oder Landtagswahl eine bestimmte, von ihnen prinzipiell präferierte Partei mit hohen Erwartungen und Hoffnungen auf dem Stimmzettel angekreuzt haben – und jetzt bitter enttäuscht werden. Konkret: Dies sind die mit Rot-Grün Unzufriedenen. Sie wollen heute den Sozis einen Denkmittel verpassen, die Rückkehr zu einer anderen Politik anmahnen. Dies sind hochpolitische NichtwählerInnen.

Zweitens: Ferner gibt es diejenigen, die meinen, die Parteien böten weder inhaltlich noch personell eine Alternative. Die Botschaft, die diese NichtwählerInnen aussenden, lautet: Ich wähle erst dann, wenn eine Partei mir ein überzeugendes Konzept und Spitzenleute offeriert, denen ich vertrauen kann. Auch hier: eine politische Nachricht.

Drittens: Nicht zu vergessen die NichtwählerInnen, die im Prinzip mit der Politik, die betrieben wird, zufrieden sind. Sie sind grundsätzlich politisch interessiert, gehen auch wählen, wenn es – aus ihrer Sicht – darauf ankommt.

Viertens: Politisch verhalten sich auch diejenigen, die über das ganze „System“ frustriert sind. Diese Superverdrossenen gehen nicht wählen – es sei denn, ihnen platzt der Kragen, dann tauchen sie bei den Rechtsextremen auf.

Fünftens: Dann gibt es noch die Gleichgültigen, denen – wie man in Berlin sagt – „allem Wurscht“ ist. Sie empfinden sich nur als Objekt und wählen demzufolge auch nicht.

Sechstens: Schließlich sind die zu nennen, die aus Überzeugung nicht wählen, beispielsweise auf Grund religiöser Auffassungen, so die Zeugen Jehovas. Dies sind nicht viele unter den Wahlberechtigten, aber zwei Prozent machen sie schon aus.

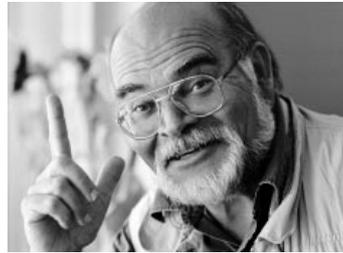
Eines scheint klar: Es kommt immer auf das jeweilige Politikverständnis des Interpreten an, ob man unsere sechs Typen als

politisch bezeichnet oder nicht. Aber selbst wenn mit einem engen Politikbegriff operiert wird, dann senden Typ eins und zwei klare politische Botschaften aus, ihr Nichtwählen ist Ergebnis einer gezielten politischen Entscheidung. Sie sind für die Demokratie und den Parteienstaat keineswegs verloren. Gäbe es eine Wahlpflicht, könnten sie ihre politische Nachricht nicht senden.

Die Parteien interpretieren das Verhalten der NichtwählerInnen ganz verschieden und in der Regel zu ihren Gunsten. Dabei geht eine Frage unter: Bis zu welchem Punkt darf die Wahlbeteiligung sinken, damit die Legitimation unseres parlamentarischen Regierungssystems nicht in Frage gestellt wird? Liegt die Grenze bei 50 Prozent Wahlbeteiligung, wenn eine Regierungskoalition also nur mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich weiß? Eine wahre und richtige Antwort gibt es nicht, es kommt auf das Demokratieverständnis an.

Ein Blick in alte, gefestigte Demokratien mag uns etwas beruhigen. In der Schweiz oder den Vereinigten Staaten liegt die Wahlbeteiligung bekanntlich niedrig. Generell lässt sich sagen: Wahlbeteiligung ist kein Gradmesser für „politische Reife“, nicht einmal ein Gradmesser für politische Partizipation. Auch wenn in den USA nur ein Drittel an den Kongresswahlen teilnimmt, so nominieren doch acht bis zehn Prozent der WählerInnen die KandidatInnen in den Vorwahlen. Bei uns werden die KandidatInnen für den Bundestag bestenfalls von 15 Prozent der Parteimitglieder aufgestellt, das sind höchstens 0,5 Prozent der Wahlberechtigten. Ganz andere Formen politischer Partizipation kommen hinzu: Mitarbeit in Nachbarschaftsinitiativen, Kirchengemeinden, Vereinen und Bürgerinitiativen. Und diese Art politischer Teilnahme hat bei uns seit der 68er Kulturrevolution zugenommen.

Bedenklich ist allerdings die geringe Zahl der jüngeren WählerInnen, vor allem der ErstwählerInnen. ●



Peter Lösche, 60, ist Politikwissenschaftler an der Uni Göttingen und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.

Foto: Marc Dörchinger

Verrückte Folgen

„Wir bleiben zu Hause“. Dieses – scheinbar – passive Verhalten vieler Wahlberechtigter verändert die politische Landschaft.

✦ Bei der Kommunalwahl in Köln verlor die CDU im Vergleich zu 1994 knapp 30 000 Stimmen und stellt trotzdem die stärkste Ratsfraktion.

✦ Im Saarland verlor die CDU gegenüber der Landtagswahl vor fünf Jahren fast 12 000 Stimmen und stellt trotzdem die neue Regierung.

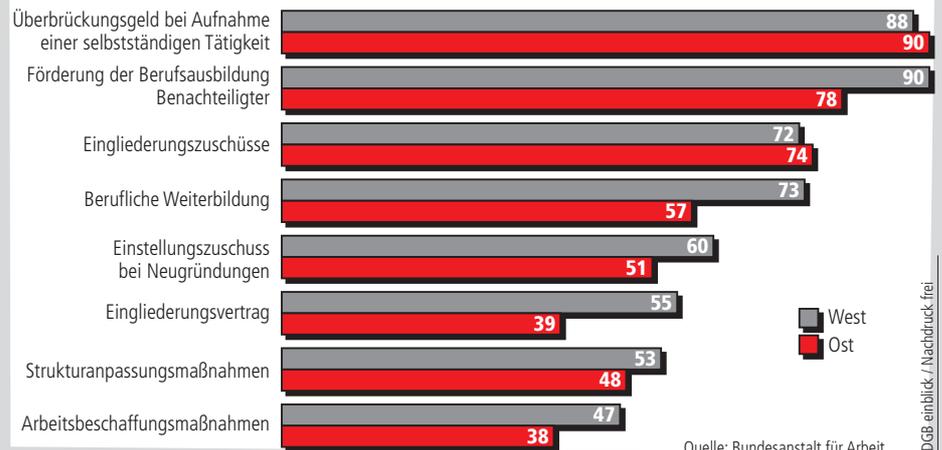
✦ Umgekehrt: Wäre die Wahlbeteiligung in Brandenburg nur 2,5 Prozentpunkte höher gewesen, hätte die rechtsextreme Deutsche Volkunion (DVU) nicht den Sprung in den Landtag von Potsdam geschafft.

Bei der Bundestagswahl 1998 stieg die Wahlbeteiligung um 3,2 auf 82,2 Prozent. Bei der Hessenwahl im Februar konnte sie mit 64,2 Prozent noch gehalten werden. Doch schon bei der Europawahl im Juni sackte sie um 14,8 auf 45,2 Prozent ab. Das wiederholte sich Mitte September in Thüringen: Wahlbeteiligung 59,8 Prozent (1994: 74,8 Prozent). Noch krasser zeitgleich das Ergebnis bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen: Die Wahlbeteiligung stürzte um 27 auf 55 Prozent ab. In Brandenburg kam die Gruppe der NichtwählerInnen Anfang September gar auf 46 Prozent.

ARBEITSMARKTFÖRDERUNG: Geld gut investiert

Bis zu 90 Prozent der TeilnehmerInnen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind anschließend nicht mehr arbeitslos. Am meisten profitierten die TeilnehmerInnen von beruflicher Weiterbildung. Die relativ geringe Eingliederungsquote von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) hängt damit zusammen, dass ABM ausschließlich schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen vorbehalten sind. Die Erfolgsquote des von den Arbeitgebern durchgesetzten Eingliederungsvertrags liegt nur unwesentlich höher als die von ABM.

TeilnehmerInnen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die nicht mehr arbeitslos sind (in Prozent, sechs Monate nach Beendigung der Maßnahme)



14 TAGE

- 27.9.** DAG-Diskussionsforum „Zukunft der Arbeit“ mit Roland Isen (DAG), Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, München
- 1.10.-2.10.** Hauptversammlung des ACE Auto Club Europa, Fellbach bei Stuttgart
- 3.10.-9.10.** 19. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Hamburg
- 10.10.** Landtags- und Kommunalwahlen in Berlin
- 11.-13.10.** Wissenschaftliche Konferenz und Festakt 50 Jahre DGB, München

- 3.10.** Feiern zum Tag der Deutschen Einheit, Wiesbaden
- 5.10.** Arbeitsmarktbericht für den Monat September
- 9.10.** Hessen-Forum des DGB, Rot-grüne Rentenreform – eine Systemveränderung? Gießen

personalien

••• **Elke Brix**, 45, PC-Anwendungsberaterin der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Düsseldorf, wechselt zum 1. Oktober zu einem Duisburger Wohnungsverwaltungsunternehmen. Die PC-Betreuung des DGB wird in Berlin angesiedelt.

Tipp

Kalender: Michael Bachner/Christian Schoof Betriebsrats-Fachkalender 2000, Bund-Verlag, Frankfurt/IM., 368 S., 29,90 DM

Auch im Jahr 2000 steht Betriebs- und Personalräten wieder der praxisnahe Fachkalender für die Betriebsratsarbeit aus dem Bund-Verlag zur Verfügung. Neben einem Wochenkalender enthält er einen umfangreichen Fachteil mit praktischen Hilfen für Betriebsräte. Auf über 200 Seiten finden sich Übersichten, Ablaufpläne, Checklisten und Musterschreiben, die die tägliche Arbeit erheblich erleichtern. Zusätzliche Formblätter zu Be-

triebsratsitzungen, Monatsgesprächen oder Betriebsversammlungen sind als Kopiervorlage aufbereitet worden. Außerdem gibt's ein Kalendarium mit Jahresübersicht, Ferien und Feiertagen sowie Rubriken für Personalien, Unternehmensdaten und AnsprechpartnerInnen im Betrieb. Aufgeführt sind auch Kontaktadressen von Gewerkschaften und Serviceeinrichtungen für Betriebsräte sowie ein Seminarverzeichnis des DGB. Erhältlich im Fachbuchhandel oder bei der Versandbuchhandlung Buch & Mehr direkt.
Buch & Mehr direkt
Fax: 0 60 74 / 82 02 41,
E-Mail: service@buchundmehr.de

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abwurf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„44 Prozent der Bundesbürger halten die FDP als Partei in der deutschen Politik für überflüssig.“

Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag von Deutsche Welle-tv

Image-Kampagne fürs Jahr 2000

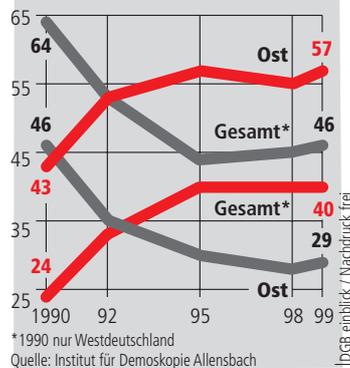
Gewerkschaft als Markenprodukt

Am fünfzigsten Geburtstag des DGB feiern die Gewerkschaften nicht nur ihre Erfolge von gestern. Rechtzeitig vor dem Festakt am 13. Oktober in München hat der DGB-Bundesvorstand grünes Licht für eine Image-Kampagne der Gewerkschaften im Jahr 2000 gegeben. Die Kampagne soll am 1. Mai 2000 beginnen und die Bedeutung der Gewerkschaften für die Zukunft der (Arbeits-)Gesellschaft besonders jüngeren Menschen neu vermitteln. Das Ziel: Gewerkschaftliche Leistung soll unverwechselbar und zu einer „Marke“ werden.

Die Situation sei heute „paradox“, so die Diagnose der Werbeagentur FGK, die den werblichen Auftritt konzipiert hat: Einerseits bräuchten die arbeitenden Menschen angesichts der rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt mehr denn je Hilfe. Andererseits erreichten die Gewerkschaften – „die einzige Kraft, die ihre Interessen als ureigensten Daseinszweck hat“ – mit ihren alten Botschaften und Ritualen immer weniger Menschen. Die Konsequenz, die die Agentur den Gewerkschaften empfiehlt: „Wir müssen die Leute mit Nase

Wertewandel: Trend zur sozialen Gerechtigkeit

Antworten auf die Frage, ob Freiheit oder soziale Gerechtigkeit Priorität haben (jeweils Gesamt- und Ostdeutschland, in Prozent)



„Was hat Priorität – Gleichheit und soziale Gerechtigkeit oder Freiheit?“ Seit den 70er Jahren ergründet das Institut für Demoskopie Allensbach in regelmäßigen Umfragen, welcher der beiden Werte der Bevölkerung wichtiger ist. Während zur Zeit der Wiedervereinigung Freiheit höher eingeschätzt wurde, legen seit Mitte der 90er immer mehr Deutsche Wert auf „soziale Gerechtigkeit“.

und Hirn darauf stoßen, dass es absolut niemanden gibt, der ihnen im Mahlstrom der Veränderungen

Orientierung und Hilfe gibt, für ihre Interessen kämpft – außer den Gewerkschaften.“ Offensiv und selbstbewusst soll die Frage „Wer, wenn nicht wir?“ als zentraler Slogan für all das stehen, was die Gewerkschaften als schützende, korrigierende und gestaltende Kraft leisten und erreichen wollen.

Bis zu 10 Millionen Mark wollen die Gewerkschaften für die Kampagne investieren. Ein integriertes Kommunikationskonzept soll den werblichen Auftritt – Plakate, Anzeigen, ein Kino- und mehrere Hörfunkspots – mit PR-Aktivitäten und den Mitglieder-Werbeaktivitäten der Gewerkschaften verzahnen. Integriert werden sollen in die Kampagne auch die Aktivitäten des DGB und der Gewerkschaften auf der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover.

Ende Oktober wollen die gewerkschaftlichen Öffentlichkeitsarbeiter das neue Kampagnen-Konzept weiter ausarbeiten und mit Inhalten füllen.

„Es ist das große Risiko von Image-Kampagnen“, so Dieter Schulte, „dass die Wirklichkeit den Vergleich mit den schönen Bildern und den großen Worten nicht aushält“. Deshalb dürfe keine Glaubwürdigkeitslücke entstehen zwischen dem Bild, das die Kampagne zeichnet und den alltäglichen Erfahrungen der Menschen mit den Gewerkschaften. „Über Werbung gibt es ein aufschlussreiches geflügeltes Wort: Die Hälfte des Geldes, das für Werbung ausgegeben wird, wird umsonst ausgegeben; man weiß nur nicht, welche Hälfte. Bei Imagekampagnen ist es die Hälfte, die in solche Glaubwürdigkeitslücken fällt.“ •

inhalt

Seite 3

„Bereitschaft zum Lohnverzicht nutzen“
Interview mit Regina Görne (CDU), Sozialministerin im Saarland, über ihre politischen Ziele und die Bilanz ihrer Arbeit im DGB

Seite 5

Gewerkschaftstag der IG Metall
Zwickel kämpft für die Rente mit 60 – die Erfolgsaussichten sind derzeit nicht rosig

Seite 7

50 Jahre DGB – Wo ist das Zukunftsangebot?
ÖTV-Jugendsekretär Steffen Kühnhirt empfiehlt den Abschied von alten Rezepten

plusminusBERLIN

Ulrike Mascher (SPD), Staatssekretärin im Arbeitsministerium, hält die Situation deutscher Seeleute auf Schiffen unter fremder Flagge für „unbefriedigend“: Diese müssten in Deutschland Einkommensteuer zahlen, seien aber von den Sozialversicherungen ausgeschlossen.

Das Bundesverteidigungsministerium von Rudolf Scharping (SPD) hat unter Billigflagge fahrende Schiffe mit dem Transport von Material für die deutschen Kfor-Truppen im Kosovo beauftragt. Das Ministerium sei gehalten, „auf das wirtschaftlichste Angebot zu achten“.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.buendnis.de

Infos der Bundesregierung zum Bündnis für Arbeit mit Links zu Arbeitgeberverbänden und DGB



Im Faxabruf

0211 / 43 01 685

Ausbildungschancen von Jugendlichen ausländischer Herkunft. Eine Analyse des DGB

Arbeitslosen-Gruppen

Aktionstag gegen Sparpaket

Unter dem Motto „Sparpaket: Böse Überraschung!“ rufen die gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Gruppen zu einem Aktionstag gegen das rot-grüne Sparpaket auf. Für den 29. Oktober, den Weltspartag, sind zahlreiche Aktionen geplant. Zu den ersten Unterstützern des Aufrufs gehören die Gewerkschaften ÖTV, IG Medien, GEW und HBV.

Infos: Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-Gruppen
Tel.: 0521 / 17 99 22

Niedriglohn-Debatte

NGG fordert Mindestlohn

In Deutschland gibt es mehrere Millionen Menschen, die trotz Vollzeittätigkeit ein Einkommen haben, das nicht für eine eigenständige Existenzsicherung ausreicht. Darauf hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) aufmerksam gemacht.

Statt neuer Niedriglohnssektoren fordert die Gewerkschaft die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Damit ArbeitnehmerInnen nicht von ergänzender Sozialhilfe und Wohngeld abhängig seien, müsse der Mindestlohn bei 2500 Mark/Monat liegen.

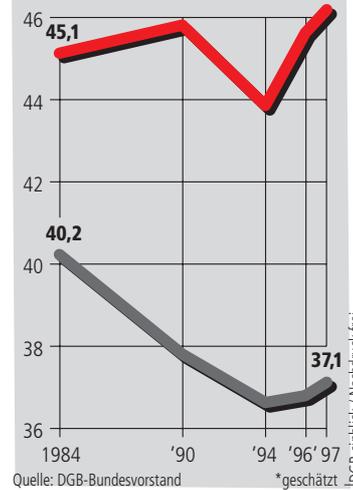
630-Mark-Jobs

Positive Effekte

Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hat nach Auffassung von DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer positive Effekte. Es zeichne sich ab, dass die enorme Ausweitung der 630-Mark-Jobs gestoppt werden konnte. Bei einer Bundestags-Anhörung widersprach sie der Ansicht, dass durch das neue Gesetz zigtausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden seien. So seien vom Gastgewerbe der westlichen Bundesländer im Zeitraum von April bis Juli 1999 bei den Arbeitsämtern 14 Prozent mehr freie Stellen gemeldet worden als im Vorjahreszeitraum. Im Einzelhandel betrug die Steigerungsrate

Maloch ohne Ende

Die tatsächliche und die vereinbarte Wochenarbeitszeit von hoch qualifizierten Angestellten in Westdeutschland (in Stunden)



Die Arbeitszeit der hoch qualifizierten Angestellten wird immer länger, der Abstand zwischen tatsächlicher und vereinbarter Arbeitszeit immer größer. Das hat eine Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik (IAT) ergeben. Von den 3,8 Millionen hoch qualifizierten Angestellten (Wissenschaftler, Ingenieure, Abteilungs- und Gruppenleiter) arbeiten 730 000 ohne Arbeitszeitvereinbarung. Ihr Arbeitgeber kauft nicht die Nutzung der Arbeitskraft, sondern ein Arbeitsergebnis. Das ist der wesentliche Grund für die länger werdende Arbeitszeit der hoch Qualifizierten. Das IAT vermutet, dass diese Arbeitsweise nicht auf die Fach- und Führungskräfte beschränkt bleibt, diese vielmehr Vorläufer in Sachen unkontrollierte Arbeitszeiten sind.

Mehr Infos: Tel.: 02 09 / 1 70 70

12 Prozent. Daraus könne man höchstens den Schluss ziehen, dass geringfügig Nebentätige ihre Jobs aufgegeben hätten und die Arbeitsplätze neu zu besetzen seien. Eine positive Entwicklung sei auch hinsichtlich der Sozialversicherung zu verzeichnen. 2,5 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigte seien den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung bis Ende August gemeldet worden.

Nach Erkenntnissen des Kölner Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) sowie der Unternehmensberatung Kienbaum sank die Zahl der geringfügigen Beschäftigungen zwischen April und Ende August um 700 000 auf 5,8 Millionen. 13 Prozent der befragten Firmen wandelten die Mini-Jobs in Voll- oder Teilzeitstellen um. 14 Prozent stellten regulär Beschäftigte ein.

wie wardiewoche?



Seit zehn Jahren ist die freie Journalistin und Autorin **Christiane Gibiec, 50**, für die IG Medien Mitglied im Deutschen Presserat. 1997 vertrat sie das Selbstkontrollorgan der Printmedien, das von dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV), der IG Medien, dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) und dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) getragen wird, als Sprecherin.

Spannend war vor allem die letzte Presserats-sitzung: Gleich drei wichtige Themen standen auf der Tagesordnung. So haben wir uns mit der geplanten Novellierung des Datenschutzgesetzes nach den Vorgaben einer EU-Richtlinie beschäftigt. Bisher gilt das so genannte „Medienprivileg“, das heißt, dass die Nutzung von personenbezogenen Daten nicht dem Datenschutz unterworfen ist, wenn sie zu journalistisch-redaktionellen Zwecken verwendet werden. Zukünftig soll zum Beispiel ein Daten-

schutzbeauftragter für jede Redaktion eingesetzt werden, der im Zweifel Recherchen und Veröffentlichungen über Personen verhindern kann. Dies führt zu Zensur durch die Hintertür. Der Presserat warnt vehement davor, das Gesetz in

der geplanten Form zu erlassen, er ist auch schon bei Justizministerin Herta Däubler-Gmelin vorstellig geworden, die allerdings wenig Entgegenkommen signalisierte. Außerdem ging es um das Zeugnisverweigerungsrecht, speziell um eine alte Forderung der Presseverbände: das Recht der Journalisten auf Geheimhaltung ihrer Informanten auch auf selbst recherchiertes Material auszudehnen. Das würde zum Beispiel willkürliche Redaktionsdurchsuchungen, wie wir sie ja schon oft

erlebt haben, unmöglich machen. Die FDP-Fraktion hat jetzt einen Novellierungsentwurf vorgelegt, der dem endlich Rechnung trägt. Hier hat Frau Däubler-Gmelin erfreulicherweise Verständnis geäußert und den Presserat gebeten, sich am weiteren Verfahren zu beteiligen. Schließlich befasste sich der Presserat mit einer Eingabe der IG Medien, in der es um die Sonderseiten vieler Zeitungen zum 630-Mark-Gesetz ging. Der BDZV hatte eine massive Kampagne dagegen gefahren und die Zeitungen mit redaktionellem Material versorgt. Zum Teil erschienen Sonderseiten, bei denen die Herkunft des Materials nicht kenntlich gemacht war – ein eindeutiger Verstoß gegen den Presserkodex. Einvernehmlich stellte der Presserat fest, dass das Material der Verlegerverbände von den Redaktionen genauso zu behandeln ist wie andere PR-Veröffentlichungen, das heißt, die Quelle muss benannt werden.

Bereitschaft zum Lohnverzicht nutzen



Als erste „Schwarze“ wechselt CDU-Mitglied Regina Görner aus dem DGB-Vorstand in eine Landesregierung. Sie ist seit Ende September Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland. Im einblick-Interview skizziert sie ihre Pläne und zieht eine Bilanz ihrer DGB-Zeit.

■ Welche Ziele hast du dir im neuen Amt gesetzt?

■ Ich möchte den Menschen im Saarland aus meinem Ministerium eine hohe Dienstleistungsqualität sichern. Dazu habe ich mir vorgenommen, in dieser Legislaturperiode jede Einrichtung, mit der mein Ressort zu tun hat, zu besuchen und vor Ort mit den Menschen über ihre Situation und ihre Probleme zu sprechen.

■ Thema Arbeitslosigkeit: Welche Möglichkeiten hat eine Landesarbeitsministerin, sie zu bekämpfen?

■ Den Strukturwandel zu begleiten ist zunächst Aufgabe der Forschungs- und Wirtschaftsförderung. Das Arbeitsministerium muss sich mehr mit den Folgen auseinandersetzen, wenn dort etwas schief geht. Aber die CDU Saar hat auf meinen Vorschlag hin den Gedanken in ihr Wahlprogramm aufgenommen, Forschungs- und Wirtschaftsförderung auf ihre Beschäftigungswirkung hin zu überprüfen. Im CDU-Wahlprogramm steckt auch meine Idee mit den Beschäftigungspools im öffentlichen Dienst: Die Beschäftigten in der Verwaltung sollen ihre Arbeitszeit gegen die Zusage reduzieren können, dass aus den frei werdenden Zeiteinheiten Einstellungsmöglichkeiten geschaffen werden, zum Beispiel für Jugendliche nach der Ausbildung, die sonst nicht übernommen werden könnten. Das werde ich für die saarländische Landesverwaltung auf den Weg bringen.

■ Die Besoldung würde entspre-

chend der Arbeitszeit gekürzt?

■ Ja, sicher. Und dazu gibt es auf freiwilliger Basis auch Bereitschaft, wenn tatsächlich neue Arbeitsplätze entstehen. Wenn es im öffentlichen Dienst funktioniert, wird sich auch in jedem größeren Betrieb die Frage stellen: Warum bieten wir unseren Leuten das nicht auch an? Es kostet ja nichts, allenfalls ein bisschen Gehirnschmalz, kann aber jungen Leuten den Einstieg ins Arbeitsleben verschaffen.

■ Umstritten ist stets, ob die Tarifierhöhungen für die Arbeiter und Angestellten auf die Beamtenbesoldung übertragen werden. Das hast du bisher immer gefordert. Und jetzt?

■ Wir waren im DGB immer der Meinung, es solle keine Privilegien und keine Benachteiligungen für Beamte gegenüber dem Tarifpersonal geben. Daran werde ich auch in einer CDU-Regierung getrost festhalten. Allerdings bin ich ja keine Innenministerin.

■ Thema Bündnis für Arbeit. Einige Fragen lassen sich sicher schon im Kabinett klären. Dort sind die wichtigen Sozialpartner vertreten.

■ Genau das ist Peter Müllers Absicht. Er hat mich gezielt als ausgewiesene Gewerkschafterin angesprochen, weil er von der Volkspartei nicht nur reden, sondern sie auch im Kabinett verwirklicht sehen will: Wirtschaftskompetenz und Sozialkompetenz gleichermaßen. Deshalb sitzt der IHK-Chef neben der Gewerkschafterin.

■ Wie sieht die Bilanz deiner neun Jahre im DGB-Vorstand aus?

■ Das Wichtigste war für mich, die bildungspolitische Diskussion wie-

der mit in Gang gebracht zu haben. Als wir in der DGB-Jugend das Thema Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben wieder auf die Tagesordnung gebracht haben, haben ja sogar die Experten in den Gewerkschaften zunächst abgewunken. Heute ist das wieder ein relevantes Thema in der Öffentlichkeit. Natürlich bin ich unzufrieden, dass wir die Umlage nicht durchgesetzt haben. Im öffentlichen Dienst konnten wir erste Erfolge für unsere Forderung „Verhandeln statt Verordnen“ im Beamtenbereich verbuchen. Im Jugendbereich bin ich stolz darauf, dass es das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit gibt. Nicht zufrieden bin ich mit der Zukunft von Jugendlichen in den Gewerkschaften. Wir müssten viel stärker auf junge Leute zugehen, die den traditionellen Organisationsstrukturen bei uns nicht viel abgewinnen können. Mehr Vorfelddarbeit hätte ich mir gewünscht.

■ An was denkst du eher ungern zurück?

■ Besonders ungern an die oft kleinlichen Auseinandersetzungen, ehe man die diversen Hürden im DGB selbst überwunden hatte. Gut, es muss auch Bedenkenräger geben, aber wir könnten ein bisschen mehr Kreativität und Dynamik gut gebrauchen.

■ Deine Nachfolge: Überlässt du es den anderen, sie zu regeln?

■ Natürlich nicht. Ich habe einen Vorschlag gemacht und setze darauf, dass sich der Bundesvorstand schnellstens mit der Frage auseinandersetzt und zu einem guten Ergebnis kommt. Das kann ein paar Wochen dauern. Dieter Schulte, der Vorsitzende, hat dem DGB-Vorstand gesagt, es solle jemand gefunden werden, der „das Spektrum von Regina“ abdeckt. Da wird man gegebenenfalls auf Seiteneinsteiger zurückgreifen müssen. Aber das muss ja kein Nachteil sein. ●

„Mut und Kompetenz“

„Eine Mannschaft, die Kraft, Mut und Kompetenz hat, das Saarland in den nächsten fünf Jahren zum Aufsteigerland zu machen.“ So charakterisiert der neue saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) sein Kabinett – zwei Frauen und fünf Männer.

Zu den bekanntesten Namen zählt Ex-DGB-Vorstand Regina Görner, 49. Ihr Staatssekretär Josef Hecken war

Büroleiter von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Wirtschaftsminister ist der frühere IHK-Hauptgeschäftsführer Hanspeter Georgi.

Mut hat Müller bereits mit der Ankündigung bewiesen, er wolle 60000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2010 schaffen.

„Manche Gewerkschaften haben gesagt“, so Görner, „das könne gar nicht funktionieren. Ich finde, man sollte froh sein, wenn sich jemand mit solch einem Ziel den Wählern stellt. Immer nur zu sagen, wir tun etwas gegen Arbeitslosigkeit, ohne Zahlen zu nennen, halte ich für kleinmütig.“

Görner will sich künftig auch in der CDU stärker engagieren. Sowohl die Sozialpolitiker in der Union als auch die in der SPD hätten dem Neoliberalismus zu wenig Widerstand entgegengesetzt. „Wir sind viel zu lange stumm geblieben.“ Der DGB-Bundesausschuss wird voraussichtlich im März 2000 über die Görner-Nachfolge im geschäftsführenden DGB-Vorstand entscheiden.

DGB-Bildungswerk

Weiterbildung per Mausclick

Weiterbildung begleitet ArbeitnehmerInnen häufig über ihre gesamte Berufszeit. Deshalb hat das Bundesministerium für Bildung das Projekt „Lebenslanges Lernen – Weiterbildung als Grundbedürfnis“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Projektes baut das DGB-Bildungswerk ein Lernzentrum auf, das Weiterbildung per Internet ermöglicht. Bis 2002 soll gemeinsam mit WissenschaftlerInnen eine Einrichtung realisiert werden, die den Bedürfnissen von Beschäftigten und Unternehmen im Computerzeitalter entspricht. •

Tel.: 0211/43 01 296

Jahr-2000-Problem

Digitaler Silvesterknall

Der Wechsel ins neue Jahrtausend ist nicht nur ein Anlass zum Feiern: Ein Programmierfehler könnte Computer, Alarmanlagen

interregio

••• Ein **Informations- und Beratungsbüro** hat der **DGB Berlin-Brandenburg** am 1. Oktober mit DAG und sieben DGB-Gewerkschaften eröffnet. Das Pilotprojekt im Innovationszentrum Adlershof dient der Beratung von Mitgliedern und der Zusammenarbeit mit Unternehmen und Wissenschaft. Infos: Bernd Rissmann, Tel. 030/24 03 00.

••• Mit einem **Projekt zur Früherkennung von Beschäftigungsrisiken** will der **DGB NRW** gemeinsam mit der DGB-Technologieberatungsstelle NRW (TBS) Beschäftigte stärker an Umstrukturierungen von Betrieben beteiligen. Durch die Einbeziehung der Erfahrungen der MitarbeiterInnen ließen sich betriebsbedingte Kündigungen eher vermeiden. Mehr

oder sogar die Wasserversorgung außer Betrieb setzen. Der Ratgeber „Das Jahr 2000 – Kein Problem?“ bietet praktische Tipps zum Schutz vor unerwünschten Neujahrsüberraschungen. Wie mit einfachen Mitteln die Jahr-2000-Tauglichkeit des eigenen Computers überprüft werden kann und ob am 1. Januar der Wasserhahn streikt, erfährt man für fünf Mark. •

Verbraucher-Zentrale NRW
Tel.: 0180/500 1433

Internet

EGI goes Web

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI) ist nun auch per Internet erreichbar. Unter www.etuc.org/etui können zahlreiche Links angeklickt sowie Informationen über Forschungsprojekte, Veranstaltungen und Publikationen abgerufen werden. Hauptsprache ist Englisch, manche Informationen sind auch auf Deutsch verfügbar. •

Im Internet: www.etuc.org/etui
Kontakt: Alfons Grundheber
Tel.: 00 32/2/224 04 86
E-Mail: agrundhe@etuc.org

Infos: Wolfgang Nettelstroth, Tel. 0211/36 83 145.

••• Eine **Plakataktion** des **DGB Sachsen** soll die Akzeptanz für Tarifverträge steigern. Die Botschaft „Mit Tarifverträgen stimmt die Richtung“ unterstützt die Kampagne „Klar: Sachsen braucht Tarifverträge“. Infos: Markus Schlimbach, Tel. 0351/86 33 104.

••• Mit einem **Spendenaufruf** will der **DGB-Kreis Freiburg/Breisgau** die Erdbebenopfer in der Türkei unterstützen. Die Spenden sollen den Transport eines Wohncontainers in das Katastrophengebiet ermöglichen. Spenden: Ev. Rechnungsamt Emmendingen, Konto: 5 020 514, BLZ: 660 608 00, Verwendungszweck: Erdbebenopfer Türkei.

Ein **Night-Event** besonderer Art veranstaltet die **DGB-Jugend NRW** am **22. Oktober um Mitternacht** auf dem **Dortmunder Innenstadtring**. Unter dem Motto **„Skate 4 Jobs“** gehen junge Leute für **Ausbildungs- und Arbeitsplätze** auf die Rollen. **Treffpunkt ist der Dortmunder Hauptbahnhof**. **Dort gibt's ab 23 Uhr Live-Musik, Aktionen, Half-Pipes und vieles mehr**. **Infos: 0231/55 70 44 19**.



Messe für Arbeitsschutz

Schutzausrüstung und Mobbing

Auch in Zeiten von Multimedia und Hightech verlieren Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin nicht ihre Aktualität. Das beweist vom 2. bis 5. November die 26. Fachmesse A+A '99 in Düsseldorf. Die Themen der Informationsangebote reichen von Schutzausrüstungen über Mobbing bis zu theoretischen Arbeits-

schutzstrategien. Der DGB ist mit einem Gemeinschaftsstand und einer Veranstaltung über psychische Belastungen im Arbeitsleben auf der Messe vertreten. Außerdem präsentiert die IQ-Consult ihr Arbeitsschutzprojekt KompAS. •

DGB, Tel.: 0211/43 01 277

IQ-Consult, Tel.: 0211/43 01 380

Metropolen-Konferenz

Großstädte bauen Europa

Welche Rolle spielen Großstädte beim Aufbau Europas? Diese Frage wird auf der „Metropolen-Konferenz“ vom 4. bis 6. November in Frankfurt/M. diskutiert. Vom Wandel der Verwaltungsarbeit über andere Arbeits- und Lebenszeiten bis zur neuen Armut reichen die Themen, die GewerkschafterInnen aus Barcelona, Lyon, Mailand und der Mainmetropole erörtern. Veranstalter ist der DGB-Kreis Frankfurt/M. •

Tel.: 069/27 30 05 0

Bündnisse vor Ort

Gekonnter Spagat

Betriebliche Vereinbarungen sind die kleinen Bündnisse für Arbeit. Die Hans-Böckler-Stiftung hat 139 solcher Regelungen unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Betriebsvereinbarungen sind ein ge-

konnter Spagat zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Gesetzliche Spielräume werden genutzt und Arbeitsmodelle weiterentwickelt. Das Heft 8 der Edition der Hans-Böckler-Stiftung gibt es für zwölf Mark. •

Fax: 0211/40 80 080

Umweltmanagement

Innovative Ökologie

Umweltmanagement heißt das Schlagwort, das Ökologie und Innovation verbindet. Konzepte dazu sollen im Werkstattgespräch „Innovation durch Umweltmanagement?“ des DGB-Bildungswerks am 9. November entwickelt werden. Das komplexe Thema wird von zwei Seiten aufgearbeitet: Wie viel innovatives Potenzial hat Umweltmanagement, und wie lässt sich Ökologie in betriebliche Innovationsprozesse einbinden? •

DGB-Bildungswerk, Projekt AQU

Tel.: 0211/43 01 270

Fax: 0211/43 01 500

GEWERKSCHAFTEN

IG Metall-Gewerkschaftstag

Rente mit 60: Viel Feind – viel Ehr?

IG Metall-Chef Klaus Zwickel hält an der Rente mit 60 fest. Doch derzeit stehen die Chancen dafür schlecht.

Die Phalanx der Gegner lässt erschauern: Bundeskanzler Schröder („Wir können das jetzt nicht beschließen“) und Arbeitsminister Riester („Ich werde das nicht machen“) lehnen die – auf fünf Jahre befristete – Rente mit 60 ab, ebenso Arbeitgeberpräsident Hundt, Gesamtmetall-Chef Stumpfe und die Rentenversicherungsträger. Selbst in der IG Metall, so ein Insider, ist die Forderung umstritten.

Fünfmal sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je 0,5 Prozentpunkte der Lohn- und Gehaltserhöhung in einen Tariffonds zahlen. Damit Ältere nach 35 Jahren sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit ab 60 ohne Einkommensverlust ausscheiden können. Die Rentenkürzung um 0,3 Prozent je Monat bei vorzeitiger Inanspruchnahme – bei fünf Jahren sind das 18 Prozent – soll per Tariffonds ausgeglichen werden.

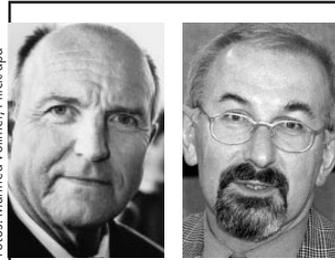
Das ist die Grundidee von „Ältere raus – Jüngere rein“. Zwickel rechnet auf diese Weise mit insgesamt 1,2 Millionen Neueinstellungen, DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer mit 250 000 bis 300 000 – wie Franz Ruland vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR). Ruland bezieht sich auf Erfahrungen mit dem alten Vorruhestand, bei dem nur jeder siebte frei werdende Arbeitsplatz wieder besetzt wurde. Zwickel hält dagegen, die Belegschaften seien mittlerweile derart ausgedünnt, dass die Wiederbesetzungsquote jetzt zwangsläufig steige. Die Altersteilzeit hingegen sei relativ ineffektiv; auf diesem Weg sind seit 1996 nur 30 000 Ältere ausgeschieden.

Wird die Rente früher ausbezahlt, entstehen den Rentenkassen

Kosten. Laut VDR zwischen 6,25 und 7,5 Milliarden Mark in den ersten drei Jahren. Deshalb ist die Bundesregierung nicht bereit, das Rentenalter auf 60 herunterzuschrauben. Sonst müsste der Rentenbeitrag – gerade erst auf 19,5 Prozent abgesenkt – um 0,4 Prozent angehoben werden. Zwickels Gegenvorschlag: Nutzt die Ökosteuer-Einnahmen zur Finanzierung der Rente ab 60. „Nein“, antwortet Riester auf die *einblick*-Frage, ob er

dass er und Schröder im November 1998 noch voll für die Rente mit 60 waren, ist heute keine Rede mehr. DGB-Chef Dieter Schulte ist dennoch überzeugt, dass bis Jahresende eine Lösung des Problems gefunden werden kann.

Ohne Rente mit 60, so Zwickel in Hamburg, „weiß ich nicht, was die Gewerkschaften noch im Bündnis für Arbeit sollen“. Es gäbe dann auch keine längerfristige Tarifpolitik. Der IG Metall-Vorsitzende steht



Fotos: Manfred Vollmer, Pflück/dpa

Wiedergewählt: Klaus Zwickel (links), der 1. Vorsitzende, und Jürgen Peters (rechts), der 2. Vorsitzende der IG Metall: Bei den Vorstandswahlen auf dem 19. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 3. bis 9. Oktober in Hamburg erhielt Zwickel 87,8 Prozent der Delegierten-Stimmen. Vor vier Jahren waren es noch 92,4 Prozent gewesen. Peters

erhielt 77,4 Prozent. 1998, als er zum Nachfolger von Walter Riester gewählt wurde, hatte er's auf 89,7 Prozent gebracht. Das mit 94,2 Prozent beste Ergebnis erzielte Hauptkassierer Bertin Eichler, 1996 vom Beirat in den Vorstand gewählt. Die Wahlergebnisse der übrigen sechs geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Karin Benz-Overhage 73,7 Prozent (1995: 88,6 %), Horst Schmitthener 66,7 Prozent (1995: 77,8 %) und Erwin Vitt 66,7 Prozent (1995: 59,6 %). Erstmals zur Wahl stellten sich Kirsten Rölke (84,6 %), Manfred Schallmeyer (79,7 %) und Wolf Jürgen Röder (71,2 %).

das zu tun gedenke. Zwickels Konter: Die Kosten der Rente mit 60 werden durch den Abbau der Arbeitslosigkeit „mehr als kompensiert“.

„Wir streiten nicht ums Prinzip“, sagt Kanzler Schröder, „sondern um die Finanzierung“. Das ist denn auch die frohe Botschaft vom Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg: Zwickel und Riester reden wieder miteinander. Bislang hat der Arbeitsminister jedoch nur seine Zusage bekräftigt, den Tariffonds steuerfrei zu stellen. Davon,

unter Zeitdruck. Schon im Januar 2000 werden die Tarifforderungen aufgestellt. Ohne Rente mit 60 sei die IG Metall gezwungen, sich auf eine reine Lohnrunde zu konzentrieren, kündigte er an.

Selbst wenn die Rente mit 60 alle politischen Hürden nimmt: Die Tariffunkommissionen haben noch nicht zugestimmt. Und diese Forderung stellt die Solidarität der Jüngeren auf eine harte Probe. Sie müssten in einen Tariffonds einzahlen, von dem sie selbst nichts hätten. ●

Auf Sparflamme

Vergleichsweise moderat ist die Kritik der Spitzen-Gewerkschafter an der rot-grünen Bundesregierung. Bei Eröffnung des Gewerkschaftstages der IG Metall sandte DGB-Chef Dieter Schulte in Richtung Berlin „keine Empfehlung für eine Kurskorrektur“, sondern forderte nur „im Detail eine andere Politik“.

IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel erklärte: „Mir ist eine rot-grüne Mehrheit, die wir zum Politikwechsel tragen und zur Reformpolitik treiben müssen, allemal lieber als andere politische Farbkombinationen.“ Dass die Staatsfinanzen geordnet werden müssten, sei richtig. „Aber ich sage auch: Diese Regierung ist zuallererst zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht zur Bekämpfung der Staatsverschuldung gewählt worden!“

Auch IG Metall-Vize Jürgen Peters goss kein Öl ins Feuer der Kritik an Rot-Grün:

„Unsere Hoffnung war, dass mit dem Regierungswechsel vor gut einem Jahr ein Politikwechsel verbunden sein würde. Diese Hoffnung haben wir nicht aufgegeben.“

Auf Sparkurs

Die IG Metall hat trotz Aufnahme der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nur noch 2,71 Millionen Mitglieder – 240 000 weniger als 1995. Das Kassen-Defizit von damals 60 Millionen Mark soll 2001 beseitigt sein, die Mitgliederwerbung an Bedeutung gewinnen.

kurz & bündig



Eine Aufweichung des Sonn- und Feiertagsfahrverbotes für

Lastkraftwagen lehnt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Norbert Spinrath, ab. Entsprechende Pläne der EU würden langfristig zur völligen Aufhebung des Fahrverbots führen. Die Interessen der Bürger dürften nicht dem Druck der Transportindustrie untergeordnet werden.



Die Zukunft der Stadtwerke soll trotz Liberalisierung

des Strommarktes gesichert werden. Darauf haben sich Vertreter der Regierungskoalition und der Gewerkschaften verständigt. Die Sonderstellung der Stadtwerke sei „fair“, so ÖTV-Chef Herbert Mai, da diese maßgeblich am Aufbau des Versorgungsnetzes mitgewirkt hätten.



Noch vor der Beschlussfassung über die Gründung der

Dienstleistungsgewerkschaft verstärken die ver.di-Gewerkschaften ihre Präsenz in Berlin. Im Beisein von Kanzler Schröder eröffnen DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV am 18. Oktober ihre „Botschaften“ im Haus der DAG in Berlin.



Eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts für Bildungsfor-

schung, wonach die Notengebung an Gesamtschulen im Vergleich zu Gymnasien „zu gut“ sei, bezeichnet die GEW als „unseriös und unhaltbar“. Sie fordert eine unabhängige Kontrolluntersuchung.

Kongress der IG BCE

Verkleinerung des Vorstands

Der Vorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) soll von neun auf acht Mitglieder verkleinert werden. Das sieht ein Antrag vor, über den die Delegierten des ersten außerordentlichen Gewerkschaftskongresses der IG BCE am 12. Oktober in Berlin entscheiden sollen. Für die beiden ausscheidenden Vorstandsmitglieder Manfred Kopke und Gabriele Glaubrecht soll der Landesbezirksvorsitzende von Brandenburg/Sachsen, Ulrich Freese, in den Vorstand nachrücken.

Ergänzt wird der eintägige Kongress durch eine politische Tagung zum Thema „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Aufgaben und Zukunft der sozialen Marktwirtschaft“ am 11. Oktober. Arbeitsgruppen wollen über die soziale Sicherheit, die Perspektiven der Mitbestimmung und über „Kooperation als Politikmodell“ im Bündnis für Arbeit diskutieren. Zu den TeilnehmerInnen zählen Arbeitsminister Walter Riester, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sowie der Chef des Bundeskanzleramtes, Frank Walter Steinmeier. ●

Scheinselbstständigkeit

Gesetz nicht aushöhlen

Der DGB hat das Bundesarbeitsministerium (BMA) gewarnt, das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit auszuhöhlen. Entsprechende Vorschläge einer Experten-Kommission dürften nicht übernommen werden. Auf Kritik stößt vor allem die vorgeschlagene dreijährige Befreiung von der Rentenversicherung für Existenzgründer. Das provoziere diejenigen zur Umgehung der Sozialversicherungspflicht, die in Wirklichkeit Arbeitnehmer seien. Das seit Jahresanfang geltende Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbst-

ständigkeit soll Anfang 2000 geändert werden. Rot-Grün wollte mit dem Gesetz verhindern, dass immer mehr Firmen Arbeitnehmer entlassen, um sie – unter Umgehung der Sozialabgaben – als „Selbstständige“ weiterzubeschäftigen. ●

DGB-Forderung

Noch mehr Betriebsprüfer

Der DGB fordert von den Finanzministern des Bundes und der Länder, die Zahl der Betriebsprüfer weiter zu erhöhen. Pro Prüfer könnten über eine Million Mark zusätzliche Steuereinnahmen erzielt werden. Das Mehrsteueraufkommen durch Betriebsprüfungen 1995 von 14,6 Milliarden Mark sei 1996 – bedingt durch mehr Prüfer – auf 16 Milliarden Mark erhöht worden, 1997 sei es auf 18,5 und 1998 auf 22,2 Milliarden Mark angestiegen. ●

EMB-Initiative

Europaweiter Aktionstag

Die im Europäischen Metallarbeiterbund (EMB) organisierten Schiffsbauer machen am 5. November vor, was in Europa bislang nur für die Bauern galt: Mit einem europaweiten Aktionstag wollen die Beschäftigten aller großen Werften in der EU und in Polen zum ersten Mal gemeinsam auf die schwierige Situation ihrer Branche aufmerksam machen. Ziel ihrer Forderung sind nicht mehr die nationalen europäischen Regierungen, sondern die EU selbst. Diese solle faire Wettbewerbsbedingungen für den Standort Europa durchsetzen und eine „europäische maritime Industriepolitik“ entwickeln. Hintergrund der Forderung ist der durch weltweite Überkapazitäten ausgelöste Preisverfall für Schiffe. ●

Workshop: EU-Strukturfonds

Frauenförderung als Querschnittsaufgabe

Mit der Neuordnung der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 sind die Möglichkeiten und Chancen für eine integrierte, frauengerechte Arbeits- und Strukturpolitik erheblich erweitert worden. Bereits seit dem Luxemburger EU-Gipfel 1997 ist die Chancengleichheit von Frauen und Männern eine der vier Prioritäten der europäischen Beschäftigungspolitik. Wesentliches Kennzeichen der Reform der EU-Strukturfonds ist das neue Konzept der Partnerschaft. Dezentralisierung und Partnerschaft sollen die Beteiligung der BürgerInnen an der EU-Förderpolitik sichern. Die Gewerkschaften werden künftig – wie die Wirtschafts- und Sozialpartner insgesamt – aktiv beteiligt. Durch EU-Strukturfonds geförderte Maßnahmen müssen – wie alle Aktivitäten auf EU-Ebene – auf ihre

geschlechtsspezifischen Auswirkungen überprüft werden. Sie sollen der Herstellung von Chancengleichheit als horizontaler Aufgabe, dem so genannten „Gender-Mainstreaming“, genügen.

Mit dem Workshop „Gender-Mainstreaming in der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik“ will die Abteilung Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand den AkteurInnen in den DGB-Landesbezirken einen Überblick über die neuen Förderungs-Richtlinien und -Instrumentarien verschaffen und mit ihnen Strategien für eine frauengerechte Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik entwickeln. Der Workshop am 27. Oktober in Berlin wird in Kooperation mit ISA Consult, der Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit, durchgeführt. ●

Infos: Maria Kathmann
Tel.: 030 / 2 40 60 246

50. Geburtstag des DGB

Wo ist das Zukunftsangebot?

Den Abschied von alten Rezepten empfiehlt Steffen Kühhirt dem DGB zum Fünfzigsten. Seine These: Eine Zukunft haben der DGB und seine Gewerkschaften nur dann, wenn sie ihre Strukturen dem veränderten Politikverständnis der jungen Generation anpassen.

Der DGB wird fünfzig: Herzlichen Glückwunsch! Es gibt Grund zum Feiern, denn der DGB hat in den zurückliegenden Jahrzehnten viel erkämpft und verändert. Und zum Fünfzigsten werden die mittlerweile vergilbten Fotos noch einmal aufgefrischt. Feierstimmung also.

Wirklich? Die Gesellschaft und mit ihr die Arbeitswelt haben sich rasant geändert. Individualisierung, Emanzipation und die dadurch entstandenen neuen Freiheiten haben das Gesellschaftsgefüge durcheinander gewirbelt. Die neue Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft macht den traditionellen GewerkschaftsfunktionärInnen Angst. Die Kette Ausbildung – Berufsmeisterschaft – Rente ist gerissen. Der Einstieg in das Arbeitsleben ist zur Generationenfrage geworden. Immer weniger junge Menschen stimmen in das Wehklagen ein, immer mehr stürzen sich in Arbeitswelten ohne Tarifvertrag und festgesetzte Arbeitszeiten, mit neuer Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und eigenem unternehmerischen Risiko. **Das Vertrauen in politische Verbände schwindet.** Der Sozialwissenschaftler Heinz Bude spricht vom „unternehmerischen Einzelnen“.

Die neue Flexibilität schlägt auch auf die sozialen Sicherungssysteme durch. 40 Jahre lang erprobte westdeutsche Rezepte bieten keine Lösungen mehr. Die Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen sind in den Generationen ganz verschieden.

Die Gewerkschaften haben kaum Rezepte für die rasanten Veränderungen. Die Folge: Sie erreichen die Jungen nicht mehr. Die Kommunikationswege sind beidseitig verstopft. Politische Entscheidungen werden oft zu Gunsten der älteren Generation gefällt, zum Beispiel in der Tarifpolitik.

Seit 1989 wächst eine Jugend jenseits der großen Ideologien heran. Sie erlebt ein wiedervereintes Land mit einer Politik der Sachzwänge, aber auch mit viel mehr Wahlmöglichkeiten als je zuvor. Sie wächst mit dem Gefühl auf, dass im Grunde auch alles anders sein könnte. Die Jungen wissen um die Krisen im Bildungssystem und in der Sozialversicherung. Sie erleben aber, dass Politik und Gewerkschaften nicht ernsthaft an wirklichen Lösungen arbeiten. Wer jahrelang von politischen Entscheidungen abgekoppelt wird, glaubt keinen Erklärungs-ideologien. Altes Lagerdenken in links und rechts,

antiquierte Dogmen nerven die junge Generation. Jahrelang haben ihnen die „68er“ erzählt, dass Lösungen zeitnah erlebbar sein sollen, jetzt fordern sie dies ein. Der Zauber einer linken Heilandstheorie ist verflogen! Dennoch stehen die Jungen für soziale Politik und Demokratie, nur fallen ihre Lösungen nüchterner, realistischer aus. Politische Rituale sind ihnen fremd, weil sie ihnen sinnentleert erscheinen. Das lebendige Mittendrin, das machbare Reale ist ihnen wichtiger als der kritisch-moralische Draufblick und politische Betriebsamkeit.

Will der DGB doppelt so alt werden, muss er sich entscheiden: die junge Generation verstehen lernen, sie beteiligen und die Strukturen schnell ändern oder die neue Generation weiterhin verleugnen. Die Jungen haben sich längst von den alten Strukturen verabschiedet, die FunktionärInnen müssen ihnen folgen. Nicht umgekehrt! Gewerkschaftsjugend muss neu gedacht werden. Wir müssen die Individualisierung als Chance begreifen und lernen, außerhalb der gewerkschaftlichen Dogmen zu denken. Das ängstigt die Altvorderen in der DGB-Jugend. Das Licht der Moderne blendet sie in ihren Bibliotheken voll mit angestaubten blauen Gesamtwerken und Leitfäden, das Durcheinander der Formen und Farben entspricht nicht ihrem Denken in Leitanträgen, Grabenkämpfen und Beschlussgremien. So gilt in vielen Bereichen der Gewerkschaftsjugend Kuba immer noch als sozialistisch, wird auf Seminaren marxistische Mehrwerttheorie als moderne Volkswirtschaft verklärt oder werden rechts-extreme Tendenzen zu kapitalistischem Machwerk erklärt. Damit muss endlich Schluss sein!

Wollen die Gewerkschaften auch künftig Gestaltungskraft sein, müssen sie die neuen Anforderungen annehmen. **Sie müssen die Köpfe und Herzen der „Berliner Generation“ für sich gewinnen.** Das heißt die Ansichten der Jungen ohne Vorbedingungen akzeptieren. Dafür braucht es lebendige und transparente Kommunikationsstrukturen. Erst wenn die Vorstellungen der Jungen auch in den Gewerkschaften gehört und nicht verhöhnt werden, wird es wirkliche Zukunftslösungen geben. Einer muss den ersten Schritt wagen. •



Steffen Kühhirt, 32, ist Bundesjugendsekretär der ÖTV.

Foto: Maucher

Der 50. Geburtstag des DGB wird u.a. mit einem Wissenschaftler-Kongress am 11./12. Oktober in München gefeiert. In der Abschlussveranstaltung suchen die Gewerkschaften den Dialog mit der Jugend: Unter dem Motto „Arbeiten um zu leben oder leben um zu arbeiten“ diskutieren SchülerInnen, Azubis und StudentInnen mit Herbert Mai (ÖTV) und Franz-Josef Möllenberg (NGG) über gewerkschaftliche Perspektiven und ihre Anforderungen an gewerkschaftliches Handeln.



Anlässlich der Präsentation der Sonderbriefmarke „50 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund“ am 14. Oktober in Berlin wird neben einem Gewerkschafter, der seit 80 Jahren Mitglied ist, auch eine junge Frau, die gerade in die Gewerkschaft eingetreten ist, eine symbolische Auszeichnung erhalten

Jugendliche Mitglieder*

	1998 (absolut)	Veränderung zu 1997 (in Prozent)
DGB (Gesamt)	570 608	-4,6
DGB (West)	469 696	-2,5
DGB (Ost)	100 912	-13,0
IG BAU	62 142	-11,4
IG BCE	67 336	-5,9
HBV	31 547	-16,2
IG Metall	198 969	-2,8
ÖTV	74 168	-15,5

* Altersgrenze zwischen 25 und 30 Jahren

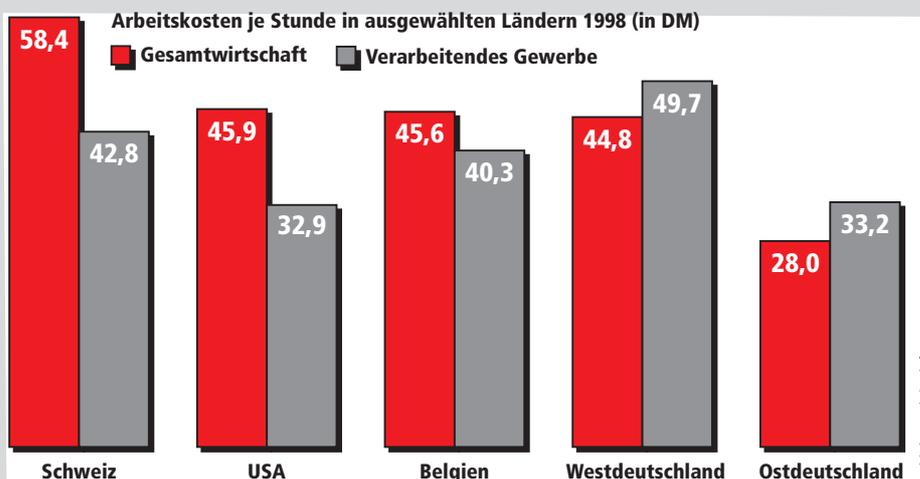
Auch 1998 musste die Gewerkschaftsjugend Mitgliederverluste hinnehmen - obwohl immer mehr Gewerkschaften die Altersgrenze hochgesetzt haben.

DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSKOSTEN-VERGLEICH: Deutschland besser als behauptet

Deutschland schneidet bei den Arbeitskosten keineswegs so schlecht ab wie oft behauptet: In der Standortdebatte werde übersehen, dass diese Vergleiche „lediglich auf den Stundenlöhnen von Arbeitern im verarbeitenden Gewerbe basieren, also nur einen kleinen Teil der Beschäftigten repräsentieren“, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Würden die Arbeitskosten in der Gesamtwirtschaft berechnet, liege Westdeutschland im internationalen Vergleich auf dem vierten, Ostdeutschland auf dem 14. von 15 Plätzen.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin; Wochenbericht 38/99

DGB einblick / Nachdruck frei

Tipp

Buch: Hans-Jürgen Arlt/ Sabine Nehls: Bündnis für Arbeit – Konstruktion, Kritik, Karriere. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 1999, 312 S., 49,80 DM

Noch ist offen, ob das Bündnis für Arbeit gelingt. Das Bündnis ist das derzeit wichtigste Werkzeug gegen die Arbeitslosigkeit. Es ist auch die politische Bühne, auf der die Zukunft der (Arbeits-)Gesellschaft und des Sozialstaates verhandelt wird, die Weichen für den Transformationsprozess der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft gestellt werden. In dem Band kommen Spitzenakteure und BeraterInnen ebenso zu Wort wie kritische BeobachterInnen und Visionäre. Gerhard Schröder, Dieter Hundt, Dieter Schulte, Angela Merkel, Wolfgang Streeck, Rolf G. Heinze, Claus Leggewie, Ingrid Kurzscherf, Warnfried Dettling u.a. diskutieren kontrovers über Arbeitslosigkeit und Modernisierung. Ein frisches, lebendiges Buch, das das Bündnis-Projekt aus neuen Blickwinkeln zeigt.

schaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft gestellt werden. In dem Band kommen Spitzenakteure und BeraterInnen ebenso zu Wort wie kritische BeobachterInnen und Visionäre. Gerhard Schröder, Dieter Hundt, Dieter Schulte, Angela Merkel, Wolfgang Streeck, Rolf G. Heinze, Claus Leggewie, Ingrid Kurzscherf, Warnfried Dettling u.a. diskutieren kontrovers über Arbeitslosigkeit und Modernisierung. Ein frisches, lebendiges Buch, das das Bündnis-Projekt aus neuen Blickwinkeln zeigt.

14 TAGE

- 12.10.** Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG BCE, Berlin
- 13.10.** Festakt 50 Jahre DGB mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, München
- 14.10.** Seniorenpolitische Fachtagung des DGB, Düsseldorf
- 14.-15.10.** Zukunftskongress des Naturschutzbunds Deutschland „Umwelt und Naturschutz im 21. Jahrhundert“, Hamburg
- 22.10.** Verleihung des Hans-Böckler-Preises an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), Berlin
- 24.10.** Verleihung des „Medienpreises Entwicklungspolitik 1999“ durch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

personalien

- **Claus Eilrich**, 50, Redakteur der Pressestelle der IG Metall, wird zum 1. Januar 2000 ihr Leiter. Eilrich, bis 1997 Pressesprecher der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, folgt **Jörg Barczynski**, 58, der 25 Jahre Pressesprecher der IG Metall war.
- **Ulrich Freese**, 48, Landesbezirksleiter Brandenburg/Sachsen der IG Bergbau, Chemie, Energie, soll auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG BCE am 12. Oktober in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt werden. Das hat der Hauptvorstand der IG BCE vorgeschlagen. Zugleich soll der Vorstand durch das Ausscheiden von **Manfred Kopke**, 56, und **Gabriele Glaubrecht**, 53, von 9 auf 8 Mitglieder verkleinert werden.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abwurf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Einem Teil der Auflage liegt eine Werbung der Zeitschrift Der persönliche Organisations-Berater bei.



Schlusspunkt

„Ich hätte erwartet, dass die IG Metall souveräner damit umgeht, wenn sie nach der Bildung von ver.di von Platz eins auf Platz zwei im DGB rutscht.“

ÖTV-Vorsitzender **Herbert Mai** in der *Frankfurter Rundschau*, 4.10.1999. IG Metall-Chef **Zwickel** hatte erklärt, ver.di drohe den DGB zu sprengen.

Jobs durch Niedriglohn-Subventionen

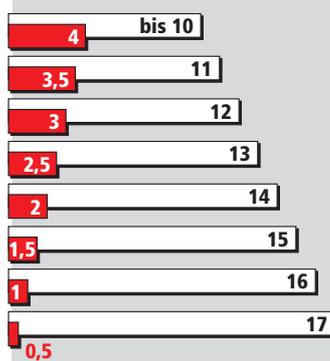
Blümenträume zerplatzt

Die staatliche Subvention von Löhnen oder Sozialabgaben bringt keine nennenswerten Beschäftigungseffekte, ihre Kosten stehen nicht in einem vertretbaren Verhältnis zum Ertrag. Das sind die zentralen Ergebnisse eines Gutachtens des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. Viktor Steiner, Leiter des fünfköpfigen ZEW-Projektteams, gegenüber *einblick*: „Lohnsubventionen sind kein geeignetes Instrument, um die Beschäftigung gering Qualifizierter zu erhöhen.“

Die komplexen Simulationsrechnungen der Mannheimer Ökonomen haben ergeben, dass sich die Zahl der Beschäftigten bundesweit nur um 45 000 bis 55 000 steigern ließe, wenn alle Stundenlöhne zwischen zehn und 17 Mark dauerhaft mit bis zu vier Mark bezuschusst würden (Grafik). Die Kosten, die dem Staat entstünden, beliefen sich – selbst unter Berücksichtigung zusätzlicher Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge – per Saldo auf sieben Milliarden Mark pro Jahr. Sie würden also „nicht annähernd durch zu erwartende

Modell-Rechnung

- Bruttostundenlöhne und
- Lohnsubvention in DM



Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim

Dieses Subventionsmodell bildet die Grundlage der Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Es ist mit den bisher diskutierten Vorschlägen zur Subvention von Niedriglöhnen vergleichbar.

Mehreinnahmen des Staates auf Grund der höheren Beschäftigung kompensiert“, heißt es in der 171-seitigen ZEW-Studie.

Die Idee, Niedriglöhne zu subventionieren, hatte im Bündnis für Arbeit Furore gemacht. Die Arbeitsgruppe Benchmarking, der wissenschaftliche Beraterkreis der Bündnispartner, hatte „die Einführung

eines (degressiv gestaffelten) Freibetrags für Sozialabgaben“ angeregt. Damit könnten im Dienstleistungssektor die Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte ausgeweitet werden, propagierten vor allem die Sozialwissenschaftler Streeck (Köln) und Heinze (Bochum), ohne jedoch Beschäftigungseffekte zu quantifizieren. Ex-Kanzleramtsminister Bodo Hombach (SPD), ehemals auch Chefkoordinator des Bündnisses für Arbeit, hatte sich ihren Optimismus zu Eigen gemacht – und in den Sektoren Service, Handel und Freizeit ein Beschäftigtenpotenzial von über drei Millionen entdeckt.

Der DGB lehnt Niedriglohn-Subventionen ab, es sei denn, es handelt sich um befristete und zielgruppenorientierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Die Gewerkschaften können sich durch die ZEW-Studie bestätigt fühlen, zumal auch die Gutachter befürchten, dass die Mitnahme- und Verdrängungseffekte genereller Niedriglohn-Subventionen „meist sehr hoch sein dürften“. Ein weiterer Nachteil bestehe darin, „dass keine umfassende Einkommensprüfung erfolgt“. Deshalb könnten auch Beschäftigte Lohnsubventionen beanspruchen, „die zwar einen niedrigen Stundenlohn erzielen, jedoch über ein relativ hohes Haushaltseinkommen verfügen“. Eine Einkommensprüfung wäre zwar machbar, „würde aber zu einem erheblichen Verwaltungs- und Organisationsaufwand führen“. Ein zusätzlicher Nachteil von Lohnsubventionen sei, „dass Aus- und Weiterbildungsaktivitäten eingeschränkt und die zukünftigen Beschäftigungschancen reduziert werden“.

inhalt

Seite 3

Countdown der ver.di-Gründung

Vor dem Start der Gründungsorganisation im November streiten die ver.di-Mitglieder noch ums Geld

Seite 5

Gewerkschaften im Osten

Zehn Jahre nach der Wende ist die anfängliche Euphorie verfliegen

Seite 7

Rente mit 60

Bis zu 100 000 Arbeitsplätze bringt die Rente mit 60 allein in der Metall- und Elektroindustrie, meint der Chefplaner der IG Metall Klaus Lang

plusminusBERLIN

+ **Horst Kubatscha, umweltpolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, hat die Rücknahme des von 570 deutschen Professoren unterzeichneten Memorandums gegen den Atomausstieg gefordert. Das Papier sei nach dem jüngsten Atomunfall in Japan widerlegt.**

- **Dietrich Austermann, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, fordert eine Aufstockung des Verteidigungsetats um 1,7 Milliarden Mark im Jahr 2000. Das sei nötig, um die „Kernfähigkeiten“ der wehrtechnischen Industrie zu erhalten.**

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ace-online.de
Die Online-Präsentation des Auto Clubs Europa (ACE) mit Reiseangeboten und Fahrzeugtests, Tourenservice, „Spielstraße“ und Diskussionsforum

Im Faxabruf
0211 / 43 01 665

„Die Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit“ – Referat von Wolfgang Streeck beim Wissenschaftler-Kongress anlässlich des 50. Geburtstages des DGB (Auszüge)

Rot-grünes Sparpaket

Starke Proteste in Berlin

Mit einer Großdemonstration mit rund 75 000 TeilnehmerInnen haben mehrere DGB-Gewerkschaften am 19. Oktober in Berlin gegen das rot-grüne Sparpaket und staatliche Lohnleitlinien im öffentlichen Dienst protestiert. Anlass der Kundgebung war unter anderem das Vorhaben der Koalition, den Einkommens- und Pensionszuwachs der BeamtInnen in den nächsten zwei Jahren an das Inflationsniveau zu koppeln.

Die Gewerkschaften würden das „Besoldungsdiktat“ der Regierung und den „rigiden Sparkurs gegenüber Beamten und Pensionären“ nicht dulden, so der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai. Die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange forderte „mehr Respekt vor gewachsenen demokratischen Prinzipien“. Sie wandte sich außerdem gegen die geplante Streichung der originären Arbeitslosenhilfe für junge PädagogInnen. Mit Teilen des Sparpaketes hätte die Koalition „tarif-

und sozialpolitisch danebengegriffen“. Der Deutsche Beamtenbund beteiligte sich mit einer eigenen Kundgebung an den Protesten. •

Im Internet:
www.einblick.dgb.de
 Im Faxabruf:
 0211/43 01 671
 Beamten-Demo: Statements, Forderungen, Fakten

Ausbildung in Europa

Wachsendes Interesse

Im vergangenen Jahr haben sich insgesamt 13 500 ArbeitnehmerInnen, Auszubildende und StudentInnen in den fünfzehn Europäischen Berufsberatungszentren der Bundesanstalt für Arbeit (BA) beraten lassen. Die Zahl der InteressentInnen für Informationen zu Studien-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im europäischen Ausland ist seit 1996 auf das Doppelte gestiegen. Auch Möglichkeiten für Praktika in anderen EU-Staaten würden vermehrt nachgefragt, teilte die BA mit. Ab Mitte November wird eine Info-Bro-



Zum 50. Geburtstag des DGB hat das Bundesministerium für Finanzen eine Sonderbriefmarke herausgegeben. In einer Auflage von 50 Millionen ist sie seit Mitte Oktober

bei der Post erhältlich. Den vor einem Jahr ausgeschriebenen Wettbewerb zur Gestaltung der Briefmarke gewann der Wuppertaler Kommunikationsdesigner Hans Günter Schmitz. Der klare grafische Entwurf des Professors für visuelle Kommunikation überzeugte den Kunstbeirat der Deutschen Post AG. Der Wuppertaler, der bislang rund 25 Briefmarken entworfen hat, wählte als Hintergrund ein kräftiges Rot, das die Assoziation zum DGB herstellen soll. Schmitz: „Die politischen Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte können nicht auf eine Briefmarke reduziert werden.“

schüre dazu in allen Arbeitsämtern erhältlich sein. •

630-Mark-Jobs

Rentenbeitrag aufstocken

Nur knapp 58 000 geringfügig Beschäftigte haben bis Ende August von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Pauschalbeitrag der Arbeitgeber zur Rentenversicherung um 7,5 Prozent Eigenbeitrag aufzustocken und somit die vollen Rentenansprüche zu erwerben.

Dabei lohne sich dies für viele 630-Mark-Beschäftigte durchaus, so Maria Kathmann von der Abteilung Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand. So haben viele Frauen durch Unterbrechung der Erwerbsarbeit Lücken in ihrer Rentenbiografie, ihnen fehlen „Jahre in der Rentenversicherung“. Diese könnten durch die Aufstockung der Pauschalbeiträge geschlossen werden. •

Im Internet:
www.einblick.dgb.de
 Im Faxabruf:
 0211/43 01 672
 Rentenbeitrag aufstocken

wiewardiewoche?

Zwar ist es bisher kaum gelungen, neue Arbeits- oder Ausbildungsplätze zu schaffen. Aber immerhin ist es uns geglückt, einen ersten Handlungsrahmen für lokale Beschäftigungsinitiativen zu entwickeln. Anlass für ein wenig Freude – und solche Anlässe sind angesichts einer Arbeitslosenquote von 21,2 Prozent rar. Rund 35 000 Einwohner hatte Guben 1990, über 8000 haben seitdem die Stadt verlassen.

Am „Runden Tisch Arbeit für Guben“ sitzen alle maßgeblichen Akteure: Bürgermeister, Arbeitsamt, Gewerkschaften, Kirche, Innovationszentrum Wirtschaftsförderung des Spree-Neiße-Kreises, Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammer, Vereine, Verbände und Bildungseinrichtungen. So langsam können wir erste Früchte dieser Vernetzung sehen: So haben wir analysiert, welche Berufe vor Ort besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen

sind. Über 700 Frauen mit kaufmännischer Ausbildung sind zum Beispiel arbeitslos. Klar ist nun, dass kaufmännische Umschulungen in Guben wenig Sinn haben. Geglückt ist uns, das Thema Arbeit im Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu verankern. Alle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen müssen jetzt darauf überprüft werden, ob sie Arbeitsplätze schaffen. Und demnächst wird der Rat der Stadt sich mit der „Charta des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zu lokalen Beschäftigungsinitiativen“, kurz Bonner Charta, befassen. Das ist eine europaweite Kampagne, in der Städte, Gemeinden und Kreise ihren Willen bekunden sollen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Ich bin ganz hoffnungsvoll, dass unsere Gemeinde dieser Kampagne beitrifft.

Enttäuscht bin ich aber – wie alle an unserem Runden Tisch – vom Fortgang des bundes-

Irmgard Schneider, 66, Gewerkschafterin im (Un-)Ruhestand, ist Sprecherin der Ortsstelle Guben im Ortsverband Niederlausitz (Brandenburg) der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED). Seit der letzten Kommunalwahl sitzt sie im Rat der Stadt als Vertreterin des „Bündnis für Guben“, einer Listenverbindung von Bündnis 90/Die Grünen und dem Seniorenschutzbund Graue Panther. Im Februar 1998 hat sie den „Runden Tisch Arbeit für Guben“ mit begründet. Er tagte Mitte Oktober bereits zum 21. Mal.



weiten Bündnis für Arbeit. Es wäre richtig, wenn es endlich konkrete Ergebnisse der Bündnis-Arbeitsgruppen geben würde. Was wir vor allem vermissen, sind Rahmenbedingungen, die einen wirklichen Aufbau Ost ermöglichen.

POLITIK AKTUELL

Countdown der ver.di-Gründung

Streit ums Geld

Vier DGB-Gewerkschaften und die DAG wollen Mitte November einen Kartell-Verein ins Leben rufen – den Vorläufer der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), die im Frühjahr 2001 gegründet werden soll.

Zeitgleich und dezentral sollen die Entscheidungen fallen – auf fünf außerordentlichen Gewerkschaftstagen vom 17./18. bis 20. November. Die ÖTV tagt in Dortmund, die DPG in Bremen, die HBV in Würzburg, die IG Medien in Kassel, die DAG in Magdeburg. Gleich lautend sind die entscheidenden Anträge zur Satzungsänderung: „Die (ÖTV, DPG, HBV, IG Medien, DAG) soll ins Vereinsregister eingetragen werden. Nach ihrer Eintragung führt sie den Namenszusatz e. V.“

Dieser Rechtsformwechsel ermöglicht die Anwendung des so genannten Umwandlungsgesetzes. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Tarifverträge der fünf Gewerkschaften auf ver.di übergeleitet werden können.

Zweck des Kartell-Vereins mit Sitz in Hamburg sowie Verwaltungen in Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt/M. ist „die Verschmelzung der an dieser Gründerorganisation beteiligten Gewerkschaften zu ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft“. Schlussakt und Höhepunkt dieses Prozesses, falls alles klappt: der Gründungskongress im Frühjahr 2001. Alle 3,2 Millionen Mitglieder (Stand Ende 1998) gehen dann automatisch auf ver.di über. Unmittelbar vor dem Gründungskongress muss sich jede Gewerkschaft auflösen.

Verabschiedet werden sollen auf den Gewerkschaftstagen im November auch die „Eckpunkte des Zielmodells“. Dieses dritte Grundlagenpapier (nach „Politische Plattform“ und „Ideenskizze“ von

Anfang bzw. Mitte 1998) präzisiert den Aufbau der neuen Gewerkschaft: Geplant sind drei Ebenen – Bezirk, Region, Bund – und 13 Fachbereiche. Frauen, Jugendliche, Senioren und Arbeitslose erhalten eigene Strukturen. Einige Punkte, wie Anzahl der Bezirke, Frauenquo-

te und Wahlmodus der Delegierten, werden offen gelassen. Wird es 100 bis 120 Bezirke oder, so die HBV, nur 60 bis 80 Bezirke geben? Prinzipiell sollen Frauen in allen Gremien „mindestens entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Mitgliedschaft vertreten sein“ – allerdings erst ab dem zweiten Bundeskongress. In Sachen Delegiertenwahl ist bereits festgeschrieben, dass hauptamtliche MitarbeiterInnen kein Delegiertenmandat ausüben dürfen.

Hauptstreitpunkt ist die Budgetierung – die Frage, wie viel Geld



Das Logo der neuen Gewerkschaft

den Ebenen und Fachbereichen zur Verfügung steht. Der Lenkungsausschuss der ver.di-Gewerkschaften gibt den Gewerkschaftstagen im November keine Empfehlung zur Budgetierung. Und in den „Eckpunkten“ heißt es lediglich, dass der Anspruch auf Anteile des Beitragsaufkommens in der Satzung festzuschreiben ist: „Näheres regelt die Budgetierungsrichtlinie.“

Ausgangspunkt des Streits ist der Begleitbeschluss des ÖTV-Hauptvorstands zu den „Eckpunkten“ vom 19. Juni. Danach haben die Bezirke von ver.di „die Verfügung über ein Budget, das auch die Unterbudgets für die Fachbereiche umfasst“. Damit stelle die ÖTV die Kompetenzordnung der neuen Gewerkschaft in Frage, heißt es in einem Antrag der IG Medien: „Bisher war immer davon die Rede, dass auch die Fachbereiche über ein eigenständiges Budget verfügen müssen.“ Und daran wolle die IG Medien festhalten: „Für uns ist ein eigenständiges Budget der Fachbereiche eine der zwingenden Voraussetzungen für unsere Zustimmung zur neuen Gewerkschaft.“

Nach Auffassung des IG Medien-Vorsitzenden Detlef Hensche wird sich auf den Gewerkschaftstagen im November zeigen, ob der Wunsch nach einer schlagkräftigen Organisation oder „das Funktions-Klein-Klein“ obsiege. Sollte sich die ÖTV-Mehrheit nicht von dem höheren Ziel überzeugen lassen, werde die einmalige Chance vertan, die DAG in den DGB zurückzuholen. Diese Rückkehr der DAG aber wäre, so ÖTV-Vorsitzender Herbert Mai, „ein Riesenpluspunkt“, und DGB-Chef Dieter Schulte sieht darin sogar „eine historische Tat“.



Foto: Jürgen Seidel



Die Vorsitzenden von ÖTV und HBV, Herbert Mai, 52, und Margret Mönig-Raane, 51. Wer wird im Frühjahr 2001 Vorsitzender bzw. Vorsitzende von ver.di? Möglicherweise beide. Denn im Gespräch ist auch eine Doppelspitze. Die Vorsitzenden von DAG, DPG und IG Medien, Roland Issen, Kurt van Haaren und Detlef Hensche, werden bei der Gründung von ver.di 63 Jahre alt sein.

ver.di – der neue Riese im DGB

3,19 Millionen Mitglieder organisieren die fünf ver.di-Gewerkschaften (Stand Ende 1998).

ÖTV:	1 582 776
DAG:	480 225
DPG:	474 094
HBV:	471 333
IG Medien:	184 656

Die fünf ver.di-Gewerkschaften haben 1,59 Millionen weibliche Mitglieder. Damit liegt der Frauenanteil bei rund 50 Prozent.

Die 13 Fachbereiche von ver.di:

- * **Finanzdienstleistungen**
- * **Ver- und Entsorgung**
- * **Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen**
- * **Sozialversicherung**
- * **Bildung, Wissenschaft, Forschung**
- * **Bund und Länder**
- * **Gemeinden**
- * **Kunst und Kultur, Medien**
- * **Druck und Papier, industrielle Dienstleistungen und Produktion**
- * **Telekommunikation, Datenverarbeitung, Informationstechnologie**
- * **Logistik und Postdienste**
- * **Verkehr**
- * **Handel**
- * **Besondere Dienstleistungen**



Im Internet

www.hbv.org

Das umfassendste Info-Angebot zu ver.di



Im Faxabruf

0211 / 43 01 664

„Eckpunkte des Zielmodells“

Das Grundlagenpapier zu ver.di

OnForTe

Info-Chat zur Telearbeit

Wie werde ich TelearbeiterIn? Fragen rund um die Fernarbeit am Bildschirm beantworten ExpertInnen live im Internet-Chat. Vom 2. bis 5. November jeweils von 9 bis 16 Uhr – am 4. November bis 13 Uhr – bietet das Online Forum Telearbeit (OnForTe) professionelle Hilfe zu den Themen Telearbeit im Betrieb (2.11.), Datenschutz und Telearbeit (3.11.), Call-Center (4.11.) sowie Selbstständigkeit und Telearbeit (5.11.). Anlass der Extra-Sprechstunden ist die „European Teleworking Week '99“.

www.onfortede.net/NetChat
Tel.: 0 18 05/24 56 78

HBS-Ratgeber

Weiterbildung konkretisieren

Betriebsvereinbarungen zur Weiterbildung regeln meist nur den Anspruch auf sie oder ihre Dauer. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Betriebliche Weiterbildung – Analyse und Handlungsempfehlungen“ der Hans-Böckler-Stiftung. In 290 untersuchten Vereinbarungen war nur selten von den Bildungsinhalten die Rede. Die Broschüre gibt Tipps, wie Betriebsvereinbarungen zur Weiterbildung konkretisiert werden können.

Bestellungen (14 DM):
Fax: 0211/408 00 80

Arbeitslosengruppen

Protestpost gegen Sparpaket

Mit einem Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit und Armut will die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen gegen die Sparpolitik der Bundesregierung protestieren. Unter dem Motto „Sparpaket: Böse Überraschung“ verteilt sie am Weltspartag, 29. Oktober, Postkarten vor den Arbeits-

ämtern. Die sollen als Protestpost in den Briefkästen der Bundestagsabgeordneten landen. Postkartenbestellung mit Verrechnungsscheck (50 Exemplare kosten 43 DM):

Koordinierungsstelle
Marktstraße 10
33602 Bielefeld
Tel.: 0521/96 78 40



DGB-Bildungswerk

Südafrika nach den Wahlen

Wohin steuert Südafrika nach den zweiten demokratischen Wahlen im Juli 1999? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung „Südafrika auf dem Weg zur Normalität“. Experten diskutieren vom 19. bis 21. November im Bildungszentrum Hattingen auch die Situation der Gewerkschaften am Kap. Die Teilnahme kostet 100 Mark.

Fax: 0211/43 01 500

WSI-Tagung

Flexible Zeit für Job und Familie?

Bringen flexible Arbeitszeiten Männer ans Bügelbrett? Lassen Wahlarbeitszeiten Frauen mehr Zeit für den Job? Das untersucht der Workshop „Arbeitszeitgestaltung und Chancengleichheit für Frauen“ am

18. November in Bonn. Die Veranstaltung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) stellt neue Forschungsergebnisse und Beispiele aus der Praxis vor.

Fax: 0211/77 78 41 11

Drei-Länder-Seminar

Von Europol zum Rechnungshof

Europa-Einrichtungen satt bietet ein Drei-Länder-Studienseminar zu EU-Institutionen. Der sechstägige Info-Marathon des DGB-Bildungswerks NRW beginnt mit einem Besuch bei Europol in Den Haag. In Brüssel stehen Parlament, Kommission und Europäischer Gewerkschaftsbund auf dem Programm. In Luxemburg sind Visiten bei Europäischem Gerichts- und Rechnungshof geplant. Abhängig von den Sitzungswochen liegt der Fahrttermin zwischen 16. und 28. Januar 2000. Die Teilnahme kostet 650 Mark.

Tel.: 0211/36 83 - 147

Arbeit und Recht

Sonderausgabe

Rund um die Gewerkschaften dreht sich die Sonderausgabe der Fachzeitschrift Arbeit und Recht (10/99) zum 50. Geburtstag des DGB. Thema u. a.: gewerkschaftliches Zutrittsrecht im Arbeitskampf. Die Sonderausgabe kostet 14 Mark.

Fax: 069/79 50 10 10

Otto-Brenner-Stiftung

Soziales Europa

„Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend“: Unter diesem Motto findet am 4. und 5. November die Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung in Berlin statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen – u. a. mit Klaus Zwickel und Franz Müntefering – soll die Gestaltung eines neuen europäischen Sozialmodells stehen.

Fax: 030/25 39 60 11

WSI-Herbstforum

Flexibilität kontra Sicherheit?

Die Arbeitswelt gestaltet sich zunehmend flexibler, die Lebensformen werden vielfältiger. Welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf die sozialen Sicherungssysteme haben, soll am 25. und 26. November auf dem Herbstforum des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in Düsseldorf diskutiert werden.

Tel.: 0211/77 78 123

interregio

••• Einen **Liederwettbewerb** hat der **DGB-Kreis Dortmund** mit den regionalen Verbänden der evangelischen und katholischen Kirche ausgeschrieben. Für den gemeinsamen traditionellen Gottesdienst am 1. Mai suchen die Veranstalter einen zeitgemäßen Text für ein Kirchenlied zum Thema Arbeit.

Mehr Infos: Eberhard Weber, Tel. 0231/55 70 44 22.

••• Mit einer **Postkartenaktion** setzt der **DGB Landesbezirk Sachsen** seine Kampagne „Klar: Sachsen braucht Tarifverträge“ fort. Die Postkarten, die in Szenekneipen ausgelegt und von JugendvertreterInnen der Gewerkschaften verteilt



werden, sollen speziell bei jungen Menschen für Tarifverträge werben. Mehr Infos: Markus Schlimbach, Tel. 0351/86 33 104.

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften im Osten

Quoten-Ossis und verpasste Chancen

1,8 Millionen Mitglieder hat der DGB in den neuen Bundesländern und in Berlin organisiert. Doch zehn Jahre nach der Wende fällt auch in den Gewerkschaften die Bilanz der Wiedervereinigung zwiespältig aus: Die anfängliche Euphorie ist wachsendem Desinteresse gewichen.

Die Wende vom November 1989 traf die Gewerkschaften in der Bundesrepublik unvorbereitet. Auch der DGB hatte sich auf die

Vorsitzenden der neuen DDR-Gewerkschaften – auch auf Druck des DGB – dem FDGB das Vertrauen entzogen und einen unabhängigen Sprecherrat bildeten. Die formale Auflösung des FDGB folgte vier Monate später, am 14. September 1990. Die Frage einer Zusammenarbeit mit ehemaligen FDGB-Funktionären haben die DGB-Gewerkschaften hingegen unterschiedlich beantwortet: Während sich vor allem die IG Metall gegenüber früheren kommunistischen Funktionsträgern abgrenzte und sich für einen Neuaufbau der Organisation im Osten entschied, waren in der IG Chemie „auch Funktionsträger willkommen“, so ihr damaliger Vorsitzender Hermann Rappe. Sie mussten aber mit der Vergangenheit brechen: „Wir wollten keinen alten Wein in neuen Schläuchen“, so Rappe, der damals die Formulare zum Parteieintritt in die SPD gleich mitbrachte.

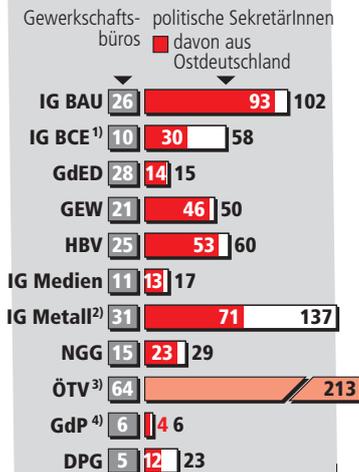
Dass die Strategien der westdeutschen Gewerkschaften unterschiedlich waren, lag auch an den Hoffnungen auf Übernahme der 9,6 Millionen FDGB-Mitglieder. Die Erwartung, dass im Osten praktisch jeder Gewerkschaftsmitglied bleibt, erwiesen sich schnell als „ziemliche Blümenträume“, erinnert sich Albert Rozsai, Leiter der Abteilung Organisationspolitik der HBV. In der HBV führte sie zu einer „absoluten finanziellen Fehlkalkulation“. Es kam zu einem „riesigen Aderlass“, die MitarbeiterInnen wurden von über 1000 auf 700 reduziert.

Zehn Jahre nach der Wende verschieben sich die Fragen: „Für ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder“, beklagt Eva-Maria Stange, 1996 als erste und bislang einzige Ostdeutsche an die Spitze einer

DGB-Gewerkschaft, der GEW, gewählt, „ist es nicht einfach, in den immer noch westdeutsch geprägten Gewerkschaftsstrukturen zu überleben. Ihnen wird vorgeworfen, die Beschlusslage vor 1989 nicht zu kennen“. „Der Westen“, ergänzt Jürgen Weißbach, vor zehn Jahren zugewanderter „Wessi“ und seither DGB-Landesbezirksvor-

Präsenz im Osten

Hauptamtlich besetzte Gewerkschaftsbüros und politische SekretärInnen in den neuen Bundesländern und Berlin



1) Herkunft geschätzt
 2) ohne die Ende 1999 in die IG Metall übergehende GHK
 3) Wegen der Gleichbehandlung von Ost- und Westbeschäftigten wird die Herkunft nach Bundesländern in der ÖTV nicht gesondert erfasst
 4) Die Stellen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind z.Zt. nicht besetzt
 Quelle: DGB-Gewerkschaften; Stand: 31.12.1998
 DGB einblick / Nachdruck frei

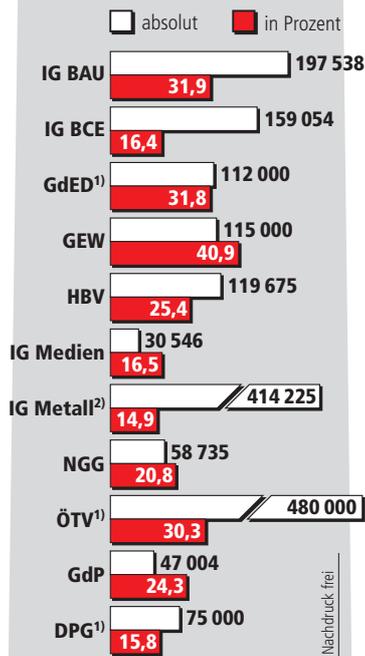
242 Büros unterhalten die DGB-Gewerkschaften in den neuen Ländern. Die Mehrheit der politischen SekretärInnen kommt inzwischen aus dem Osten.

Existenz zweier deutscher Staaten eingestellt. Dennoch reagierten die Gewerkschaften im Herbst 1989 schnell: Innerhalb weniger Monate bauten die DGB-Gewerkschaften in der DDR eigene Strukturen auf und suchten nach Bündnispartnern im Osten. Strittig waren in den Anfangsmonaten zwei Fragen: eine mögliche Zusammenarbeit mit dem FDGB und der Umgang mit den SED-Funktionären.

Die erste Frage wurde faktisch am 9. Mai 1990 entschieden, als die

Große Unterschiede

Anteil ostdeutscher Mitglieder in den Gewerkschaften (einschließlich Berlin)



1) Mitgliederzahl gerundet
 2) ohne die Ende 1999 in die IG Metall übergehenden Mitglieder der GHK
 Quelle: DGB-Gewerkschaften; Stand: 31.12.1998
 DGB einblick / Nachdruck frei

1,8 Millionen Mitglieder hat der DGB in den neuen Ländern und Berlin organisiert. Ihr Anteil liegt zwischen 14,9 (IG Metall) und 40,9 Prozent (GEW).

sitzender in Sachsen-Anhalt, „muss die ostdeutsche Realität endlich zur Kenntnis nehmen. Und der Osten muss mehr Selbstbewusstsein gewinnen und die wirtschaftliche Entwicklung im Zweifel auch ohne Hilfe von außen in die eigenen Hände nehmen.“

10 Jahre Wende in der DDR –

das ist auch die Geschichte verpasster Chancen und eines auch in den Gewerkschaften noch nicht geglückten Zusammenwachsens von Ost und West.

„10 Jahre nach dem Mauerfall“ – unter diesem Titel wollen 120 Beteiligte der Wendedemonate 1989/90 am 9. November im Haus des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg ihre Bilanz der Wende ziehen. Sie wollen diskutieren, was bei den Feiern des DGB zu seinem

fünfzigsten Geburtstag im Oktober in München nur am Rande eine Rolle gespielt hat: die anderen Zukunftsentwürfe und Lebenserfahrungen der 1,8 Millionen im Osten Deutschlands organisierten Mitglieder. Diskutiert wird über die „Erwartungen und Perspektiven der Gewerkschaftsjugend 1989 und heute“.

Andreas Walde, 1989/90 Mitbegründer der „Initiativgruppe der Gewerkschaftsjugend“ in Ostdeutschland und heute Jugendsekretär beim DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, formuliert seine Wende-Erfahrungen so: „Jugendarbeit galt als Luxus, weil die Diskussion über den Verlust der Arbeit alles überlagert hat. Dabei ist es bis heute geblieben.“



Im Faxabruf

0211 / 43 01 681

Eva-Maria Stange: Ohne Quoten-Ossi ins zweite Jahrzehnt. Ostdeutsche Biografien in der gesamtdeutschen Gewerkschaft

kurz & bündig



Software billiger einkaufen: IG Metall und DGB haben erstmals

einen Rahmenvertrag für Softwareprodukte der Firmen Microsoft, Seagate und Veritas abgeschlossen. Der Vertrag ist seit dem 1. Oktober europaweit für alle Gewerkschaften offen und bietet Preisvorteile bis zu 30 Prozent.



„Erhalten statt abschalten“: Die IG Medien und die anderen ver.di-Gewerkschaften

DAG, ÖTV, DPG und HBV haben an die Ministerpräsidenten der Länder appelliert, die kleinen Sendeanstalten in der ARD zu erhalten. Die im neuen Rundfunkstaatsvertrag vorgesehene Streichung des ARD-internen Finanzausgleichs gefährde ihre Existenz.



Die GEW hat gemeinsam mit dem Grundschulverband die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg aufgefordert, an ihren sechsjährigen Grundschulen festzuhalten.

Eine längere Grundschulzeit vermeide verfrühten Stress durch Selektion und fördere die Solidarität der Kinder durch das Lernen in leistungsgemischten Gruppen.



Die Sonderausgabe des DGB-Infobriefs „Frau geht vor“ zum

Internationalen Frauentag am 8. März 2000 steht unter dem Motto „1000 Pläne + 1000 Ideen = 2000 Taten“. Bestellungen bei der Abteilung Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstands per Fax: 0211/43 01 520.



Betriebsverfassung

Mängelbericht aus der Praxis

Ein neues Betriebsverfassungsgesetz tut Not. Das ist den Gewerkschaften seit langem klar, auch im rot-grünen Koalitionsvertrag wurde eine Änderung des Gesetzes beschlossen. Wo es konkret hapert, zeigt eine Broschüre des DGB mit 20 Beispielen: „Betriebsverfassungsgesetz: (An-)Forderungen aus der Praxis“. Auf rund 70 Seiten schildern Betriebsräte von Commerzbank, Opel oder McDonald's ihre Probleme (3 DM plus Versandkosten). •

toennes satz + druck
Niermannsweg 3-5
40699 Erkrath
Fax: 0211/920 08 38

Arbeitslosen-Gewerkschaft

„Das läuft sich tot“

Von der geplanten Gründung der Deutschen Arbeitslosen-Gewerkschaft Mitte November in Köln hält die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Bielefeld, „nichts“, so ihr Sprecher Uwe Kantelhardt. Für die Koordinierungsstelle sei die Organisationsfrage im Prinzip gelöst – „die Gewerkschaften haben eine Million erwerbslose Mitglieder“. Die neue Organisation könne zudem keine Gewerkschaft sein, weil sie keine Streikfähigkeit besitze. Hinter der Gründungsinitiative, die ein beacht-

liches Medienecho gefunden hat, stehe außer zwei engagierten Frauen niemand. Kantelhardt: „Arbeitslosen-Gewerkschaften kommen und gehen. Jedes Jahr eine. Das läuft sich tot.“ Zur Gründungsversammlung am 15. November hat die Arbeitslosen-Offensive Lichtblick aus dem nordrhein-westfälischen Geldern eingeladen. Laut Pressemitteilung soll die Arbeitslosen-Gewerkschaft „eine unabhängige Gewerkschaft sein, die sich ganz klar von allen bestehenden Gewerkschaften abgrenzt“. •

Wochenarbeitszeit

Stillstand auf breiter Front

Die Entwicklung der tariflich vereinbarten Wochenarbeitszeit stagniert. In Westdeutschland beträgt sie seit Jahren durchschnitt-

lich 37,4 Stunden, in Ostdeutschland liegt sie mit 39,2 Stunden deutlich darüber. So das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung. Änderungen in naher Zukunft sind möglich: Für rund neun von zehn ArbeitnehmerInnen können die Regelungen bis Ende 2000 gekündigt werden. •

? ...nachgefragt



Foto: Werner Weitzel

Mit großer Mehrheit hat der Hamburger Gewerkschaftstag der IG Metall eine verpflichtende Frauenquote für alle Gremien beschlossen. Vor vier Jahren war ein entsprechender Satzungsantrag der IGM-Frauen noch knapp an der Zwei-Drittel-Mehrheit gescheitert. einblick fragte Gaby Bischoff, 38, Leiterin der Abteilung Frauenpolitik beim IGM-Vorstand, nach den Gründen des Sinneswandels.

der Vorstand verstand das Signal und verabschiedete entsprechende Richtlinien. „Seitdem ist vieles besser, aber noch lange nicht gut geworden“, so Klaus Zwickel, der die Quote vor vier Jahren noch ablehnte, aber diesmal selbst für sie in die Bütt gegangen ist. Trotz aller Appelle wurde eben nicht erreicht, dass in allen Gremien Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten sind. So ist nur in gut der

Ich bin froh, dass wir trotz des Misserfolges vor vier Jahren nicht resigniert haben. Natürlich gab es in den Diskussionen vor dem Kongress Widerstände – zum Beispiel dagegen, dass künftig, falls im ersten Wahlgang die Quote nicht erreicht wird, bis zu zwei weitere erforderlich sein könnten. Dies sei zu bürokratisch und langwierig, hieß es. Das muss es aber nicht sein – wenn von vornherein genügend Kandidatinnen aufgestellt werden. Das Quoten-Debakel auf dem letzten Gewerkschaftstag war sehr lehrreich für die IG Metall. Gerade mal drei Stimmen fehlten damals an der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit,

Hälfte der Ortsverwaltungen die Frauenquote erfüllt. Der Vorstand hat erkannt, dass es ohne verbindliche Regelungen nicht geht, und hat in Hamburg einen eigenen Antrag zur Quote eingebracht. In der Debatte gab es zwar auch Redebeiträge dagegen, aber wesentlich mehr dafür – und zwar von Männern und Frauen! Sie machten deutlich: Die Quote ist kein Geschenk für die Frauen, sondern ist für eine moderne Organisation derzeit unverzichtbar. Vielleicht ist unser Beschluss ja auch ein Signal für die ver.di-Gewerkschaften: Bei ihnen ist im Gespräch, im Übergang die Quote auszusetzen.

Rente mit 60

„Wir werden Druck machen“

Bis zu 100 000 Arbeitsplätze bringt die Rente mit 60 allein in der Metall- und Elektroindustrie. Damit rechnet Klaus Lang, Chefplaner der IG Metall. Er geht davon aus, dass die Metallarbeitgeber im Streit um die Rente mit 60 einlenken: „Notfalls werden wir in der Tariffbewegung 2000 Druck machen.“

■ Das Thema Rente mit 60 hat eine überraschende Wende genommen: Schröder und Riester sind jetzt doch wieder dafür, und auch die Rentenversicherer ziehen mit. Womit habt ihr sie überzeugt?

■ Wir haben nochmals unterstrichen, dass die Rente mit 60, wie sie die Gewerkschaften von Anfang an wollten, ohne höhere Beiträge zur Rentenversicherung möglich ist. Gerhard Schröder und Walter Riester haben ja das Prinzip einer Rente mit 60 als Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt begrüßt, aber Vorbehalte bezüglich der Finanzierbarkeit gehabt. Wir wollten nie, dass das Rentenalter generell auf 60 heruntergesetzt wird. Wir wollen die Zugangsmöglichkeiten für ein Ausscheiden mit 60 mit Rentenabschlägen verbreitern und die Rentenabschläge über Tariffonds ausgleichen. Das soll jetzt über eine einmalige Beitragsnachzahlung in die Rentenversicherung geschehen, die heute schon ab dem 63. Lebensjahr möglich ist.

■ Riester will die Einzahlungen in den Tariffonds steuerfrei stellen lassen. Spielt Eichel mit?

■ Eindeutig ja. Denn die Steuerfreiheit der Fondsbeiträge ist schon in den zuständigen Arbeitsgruppen des Bündnisses für Arbeit am 21. September von der Bundesregierung definitiv zugesagt worden.

■ Wie hoch veranschlagt ihr die Steuerausfälle?

■ Wir haben das nicht berechnet. Das ist Sache des Bundesfinanzministers. Zudem gilt: Auch die Massenarbeitslosigkeit verursacht riesige Steuerausfälle.

■ Reicht ein Prozent vom Bruttolohn tatsächlich aus, um sowohl die Vorfinanzierungskosten der Rentenversicherer als auch die Rentenabschläge voll auszugleichen?

■ Prinzipiell ja. Hier ist durch die Aussagen der Rentenversicherer eine falsche Vorstellung entstanden. Die so genannten Vorfinanzierungskosten sind die Kosten, die durch die Zahlung der Rente ab 60 ohne Abschläge entstehen. Sie beinhalten also auch den Ausgleich der Rentenabschläge. Es handelt sich hier somit um kein „Sowohl-als-auch“.

■ Die Arbeitgeberverbände haben ihr kategorisches Nein zur Rente mit 60 bekräftigt. Wie wollt ihr dennoch mit Gesamtmetall „ins Geschäft kommen“?

■ Die Möglichkeit, mit 60 in Rente zu gehen, erfreut sich hoher Zustimmung. Zwischen 70 und 80 Prozent der Bevölkerung sagen Ja zu diesem Konzept;

auch 70 Prozent der unter 30-Jährigen. Und es ist zurzeit die einzige greifbare Möglichkeit, um einen großen Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun. Die Arbeitgeberverbände haben im DGB/BDA-Papier vom 6. Juli außerdem eine sozialverträgliche Regelung für ein früheres Ausscheiden mit gefordert. Ich setze daher darauf, dass die Metallarbeitgeber noch einlenken.

Immerhin soll ja das Ausscheiden mit 60 zur Hälfte durch geringere Lohnerhöhungen finanziert werden. Notfalls werden wir für diesen Tariffonds in der Tariffbewegung 2000 auch Druck machen.

■ Wie viele Ältere könnten im Organisationsbereich der IG Metall die Rente mit 60 in Anspruch nehmen?

■ Zurzeit sind mehr als 60 000 Arbeitnehmer über 60. Sie könnten nach der gesetzlichen Neuregelung und der Schaffung des Tariffonds sofort ausscheiden. 300 000 Beschäftigte sind zwischen 55 und 59 Jahre alt.

■ Wie hoch schätzt ihr die Quote der Inanspruchnahme und die der Wiederbesetzung der frei gewordenen Stellen ein?

■ Wir gehen von rund 70 Prozent Inanspruchnahme aus und wollen eine möglichst hohe Wiederbesetzung. Ich rechne mit mindestens 50 Prozent. Wir wollen durch Tariffregelungen eine höhere Quote erreichen. Allein im Bereich der Metall- und Elektroindustrie wäre also mit mindestens 90 000 bis 100 000 Arbeitsplätzen für Jüngere zu rechnen.

■ Wie wollt ihr jüngere Metaller überzeugen, einen Teil ihrer Lohnerhöhung in einen Tariffonds einzuzahlen, von dem sie selbst nicht profitieren?

■ Wie jede Arbeitsumverteilung ist auch die Beschäftigungsbrücke Jung–Alt ein Akt der Solidarität, von dem alle Vorteile haben: Arbeitslose und junge Menschen nach der Ausbildung, Ältere und Jüngere, weil ihre Arbeitsplätze sicherer werden.

■ Werden andere Gewerkschaften eurem Beispiel folgen und ebenfalls Tariffonds vereinbaren?

■ Ich gehe davon aus. Denn das Konzept Rente mit 60 ist ja im DGB unter Mitwirkung der DAG gemeinsam verabredet worden. ●



Klaus Lang, 55, Leiter der Abteilung 1, Vorsitzender der IG Metall

Foto: Jürgen Seidel

Widerstand gegen Rente mit 60

„Tariffonds für eine Rente mit 60 wird es mit uns nicht geben.“ So der Kommentar von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt zur Einigung zwischen IG Metall, Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) und dem Verband der Rentenversicherungsträger während der DGB-Geburtstagsfeier am 13. Oktober in München. „Tariffonds erhöhen die Lohnzusatzkosten, senken das Netto-Einkommen der Arbeitnehmer und schaffen zusätzliche Bürokratie.“

← Laut Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) ist es „ungeheuerlich“, dass mit den Tariffonds Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit Kosten belastet würden, die in den nächsten fünf Jahren zu Gunsten der Generation verbraucht würden, die noch eine Chance auf eine gute Rente hätte. Auf Ablehnung stößt die Rente mit 60 auch in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sowie bei jüngeren SPD-Abgeordneten. Der Generationenvertrag stoße immer mehr auf Ablehnung, wenn die Belastungen zwischen Alten und Jungen ungleich verteilt würden.

Arbeitsminister Riester verteidigt den Vorstoß: Es sei „sehr honorig“ von den Gewerkschaften, dass sie einen Teil des Lohnzuwachses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen wollten.

DIES & DAS

dieDGBgrafik

RENTE MIT 60: Das theoretische Potenzial

2,8 Millionen Beschäftigte könnten in den nächsten fünf Jahren ab 60 in Rente gehen, 500 000 davon sofort. Dieses gewaltige Potenzial ist jedoch eine rein rechnerische Größe. Denn nach jetzigem Stand der Diskussion müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Arbeitgeberverband und Gewerkschaft müssen einen Tariffonds zur Finanzierung der vorgezogenen Rente ohne Abschlag vereinbaren, und die Beschäftigten müssen 35 Jahre lang Rentenbeiträge eingezahlt haben.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsgruppen und ausgewählten Altersgruppen*



Tipp

Buch: Max Gussone/Achim Huber/Martina Morschhäuser/Johannes Petrenz: Ältere Arbeitnehmer – Altern und Erwerbsarbeit in rechtlicher, arbeits- und sozialwissenschaftlicher Sicht. Bund-Verlag, Frankfurt/M. 1999, 327 S., 98 DM

Dass die Gesellschaft altert, ist nicht nur ein Problem der Rentenkasse. Der Alterungsprozess wirkt sich auch in den Unternehmen aus. In den nächsten zwanzig Jahren wird der Anteil der über 50-Jährigen im

Betrieb von einem Viertel auf ein Drittel wachsen. Gleichzeitig verändern sich die Arbeitsbedingungen auf Grund technischer Modernisierungsprozesse und neuartiger Organisationskonzepte immer schneller, klaffen Leistungsanforderungen und -fähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen auseinander. Der Bund-Verlag hat deshalb ein Handbuch herausgegeben, das sich mit den Konsequenzen der alternden Erwerbsbevölkerung befasst. Ein Schwerpunkt des Buches liegt auf der altersgerechten Gestaltung der Arbeit.

14 TAGE

- 25.10.-5.11.** UN-Klima-Konferenz, Bonn
- 26.10.** Hans-Böckler-Gespräch „Mehr Beschäftigung durch Lohnsubventionen?“, Berlin
- 26.10.** Verhandlung über die Klage der Republikaner gegen ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz, Bundesverwaltungsgericht, Berlin
- 27.10.** Tagung „Transformation wohin? – Sozialpolitik und soziales Engagement in Ostdeutschland“, Hans-Böckler-Stiftung, Berlin
- 29.10.** Aktionstag der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
- 4./5.11.** „Ein dritter Weg in

das dritte Jahrtausend“, Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung, Berlin

9.11. Arbeitsmarktbericht für den Monat Oktober

personalien

- **Hanjo Lucassen**, 55, DGB-Vorsitzender von Sachsen und Landtagsabgeordneter der SPD, ist zum arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion ernannt worden.
- **Reinhard Hahn**, 43, bisher Bundesjugendsekretär der IG Metall, ist ab dem 1. November beim Vorstand der IG Metall für die Integration der GHK sowie die Branchenarbeit Holz und Kunststoff zuständig.

Schlusspunkt

„Zumindest in einer wissenschaftlichen Konferenz sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, als ob wir gegenwärtig den DGB stärken. Das Gegenteil ist der Fall. Auch die ver.di-Gründung ist eine Schwächung des DGB, wenn wir ihm nicht gleichzeitig eine Reform verpassen.“

IG Medien-Vorsitzender Detlef Hensche während der wissenschaftlichen Konferenz zum 50. Geburtstag des DGB am 12. Oktober in München.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niessen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Einem Teil der Auflage liegt eine Werbung der Zeitschrift Der persönliche Organisations-Berater bei.



Panzer-Export und Gewerkschaften

Kein Widerstand zu erwarten

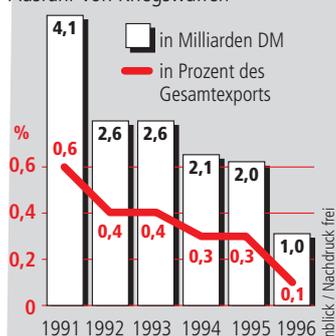
Für die IG Metall geht's beim Streit um die 1000 Kampfpanzer Leopard 2, die ab 2004 in der Türkei in Lizenz produziert werden sollen, um die Sicherung von 5000 Arbeitsplätzen bei Kraus-Maffei Wegmann (München, Kassel) und 1500 Zulieferbetrieben. Die Türkei will den Panzer ab Dezember testen und frühestens 2001 über die Auftragsvergabe im Wert von sechs Milliarden Mark entscheiden. Mitbewerber sind Firmen aus den USA, Frankreich, Italien und Russland. Sollte Deutschland den Zuschlag erhalten, will die Berliner Koalition ihre Zustimmung von „überprüfbar Fortschritten“ bei der Verwirklichung der Menschenrechte in der Türkei abhängig machen.

Der IG Metall-Arbeitskreis Wehrtechnik, dem Betriebsräte aller Rüstungsbetriebe angehören, fordert „verlässliche Vorgaben für die Belegschaften und Unternehmen“. Die Zahl der Arbeitsplätze ist von 1990 bis 1998 radikal um 200 000 auf 80 000 reduziert worden.

Deutschland hat die europaweit strengsten Waffenexportbestimmungen. Peter Schaaf, Leiter

Export rückläufig

Ausfuhr von Kriegswaffen



Quelle: Bonn International Center for Conversion (BICC), Bundestagsdrucksache 13/10104

Der Export von Kriegswaffen und sein Anteil am Gesamtexport haben sich stark verringert.

des Arbeitskreises Wehrtechnik, hält nichts davon, sie noch weiter zu verschärfen. „Die anderen lachen sich kaputt über uns“, erklärt er mit Blick auf die USA, Frankreich und Großbritannien.

„Da hat er Recht“, bestätigt Reinhard Kuhlmann, der Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes. Auch die europäischen Metallgewerkschaften seien – mit Ausnahme der IG Metall – „selbstverständlich dafür, dass kräftig exportiert wird“.

Schaaf kann die moralischen Redeschlachten um den Leopard 2 nicht nachvollziehen. Dabei handle es sich um „ideologische Flausen“.

Bereits im März hat die Bundesregierung auf PDS-Anfrage mitgeteilt, sie verfüge „über keine Erkenntnisse, dass aus Deutschland gelieferte Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden“. Schon Ende 1996 berichtete hingegen amnesty international, dass insbesondere Panzerwagen aus NVA-Beständen ins Zwielfelt geraten seien: „Regelmäßig dokumentieren Menschenrechtsgruppen den Einsatz solcher Fahrzeuge gegen die Zivilbevölkerung.“

Für die IG Metall sind Waffenexporte kein Mittel der Beschäftigungspolitik. Umgekehrt dürften allzu restriktive Exportbestimmungen aber auch nicht zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen. Die IG Metall lehnt Rüstungsexporte nicht grundsätzlich ab – nur solche „in Krisenregionen“. Das hat sie auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober in Hamburg beschlossen.

Der DGB hat sich zuletzt auf seinem Bundeskongress 1994 mit dem Thema befasst. Die Delegierten beschlossen auf Antrag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (A24) die Forderung, auf Waffenexporte „gleich welcher Art“ zu verzichten. Vier Jahre später lautet der „Erledigungsvermerk“ zu A24: „Entgegen der Forderung verzichtet die Bundesrepublik nicht auf Waffenexporte.“

Schon einmal hat die Türkei einen Testpanzer erhalten, einen Leopard 1. Nach der Erprobung 1994 bis 1996 erhielten die Militärs mehrere hundert Exemplare aus Bundeswehrbeständen geschenkt. •

inhalt

Seite 3

„Das Gesetz ist in die Jahre gekommen“

Hellmut Wißmann, Präsident des Bundesarbeitsgerichts, plädiert für ein neues Betriebsverfassungsgesetz, das die Bildung von Betriebsräten erleichtert

Seite 6

Kampf um die Mehrheit

Um die Zustimmung zu ver.di zu erhöhen, setzen ihre Anhänger auf den Faktor Zeit: Die Eckpunkte des Zielmodells sollen nachgebessert werden

Seite 7

Kein Gerangel um Posten und Positionen?

Noch ist ver.di eine Kopfgeburt, meint Berndt Keller, Professor für Arbeits- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz

plusminusBERLIN



Anette Schavan, stellvertretende CDU-Vorsitzende, hat Kritik an der Familienpolitik der alten Bundesregierung geübt: Ex-Familienministerin Claudia Nolte (CDU) habe nicht genügend für die Familien getan. „Deshalb gibt es jetzt Nachholbedarf“, so Schavan im Rheinischen Merkur.



Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fordert härtere Gesetze gegen „Graffiti-Schmierereien“. Rechtsexperten bemängeln am Gesetzentwurf der Union das Fehlen rationaler Argumente, Sachbeschädigung sei zudem nach bereits geltendem Recht strafbar.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.buendnis.de
Daten und Fakten zur Rente mit 60



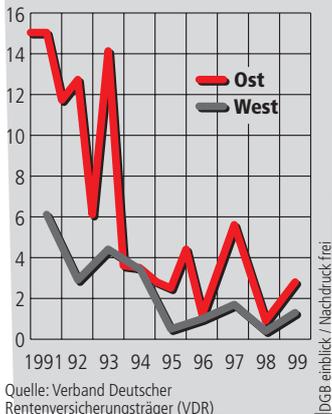
Im Faxabruf

0211 / 43 01 654
Standort 2000:

Deutschland gut gerüstet
DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik (Auszüge)

Ost-Rente zieht nach

Rentensteigerungen Ost/West seit 1991 in Prozent



Die Altersrente der Ostdeutschen ist in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung wesentlich stärker gestiegen als die der Westdeutschen – allerdings auf sehr viel niedrigerem Niveau. Seit 1997 werden die Renten in West wie Ost nur einmal jährlich, am 1. Juli, der Lohnentwicklung angepasst. Die Steigerungsraten gleichen sich an.

Unterschriftenaktion

Politikwechsel gefordert

„Wir brauchen eine andere Politik!“ Unter diesem Titel steht eine Unterschriftenaktion des „Forums Gewerkschaften“, eines Zusammenschlusses linker GewerkschafterInnen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Regierungswechsel von 1998 jetzt einen Politikwechsel folgen zu lassen. Die Bekämpfung der Massen- und Jugendarbeitslosigkeit, der Abbau von Überstunden und die „Rente mit 60“ bilden den Kern der geforderten Maßnahmen. Zu den 78 Erstunterzeichnern gehören die Gewerkschaftsvorsitzenden Margret Mönig-Raane (HBV) und Detlef Hensche (IG Medien).

Kontakt: Forum Gewerkschaften
c/o VSA-Verlag
Fax: 040/28 05 05 68
E-Mail: aufruf@sozialismus.de



Aus dem Plakatwettbewerb „Die Zukunft der Solidarität“ hat der DGB einen Kalender für das Jahr 2000 gemacht. Wir haben 50 davon. Wer ihn haben will, schickt uns eine E-Mail, ein Fax oder eine Postkarte. Die ersten 50 erhalten ihn frei Haus.

E-Mail: red.einblick@t-online.de
Fax: 0211/43 01 587
Postanschrift: Redaktion einblick,
Postfach 102145, 40012 Düsseldorf

Staatsbürgerschaftsrecht

Kampagne für Einbürgerung

Mit einer bundesweiten Kampagne wirbt die Bundesregierung seit dem 25. Oktober für die Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts, die zum Jahreswechsel in Kraft tritt. Großflächenplakate, Anzeigen in der Tagespresse und Postkarten mit dem Slogan „Einbürgerung: Fair. Gerecht. Tolerant.“ sollen in Deutschland lebende AusländerInnen auf die neuen und vereinfachten Möglichkeiten zur

Einbürgerung aufmerksam machen. Der DGB wird Anfang 2000 eine eigene Kampagne zum Staatsbürgerschaftsrecht starten: Ausländische ArbeitnehmerInnen sollen gezielt über ihre neuen Rechte informiert werden.

www.einbuengerung.de

geplant... → beschlossen

Bei der **Neustrukturierung des DGB soll jetzt über die Frage der Zusammenlegung einzelner Landesbezirke sowie über Größe und Zugschnitt der geplanten rund 100 Regionen als neue dritte Ebene entschieden werden. Das hat der Lenkungsausschuss am 27. Oktober beschlossen. Orientierungspunkt für den Zuschnitt der dritten Ebene sollen die 97 Raumordnungsregionen der Bundesrepublik sein. Deren Grenzen entsprechen in den ostdeutschen Landesbezirken weitgehend den bereits bestehenden DGB-Kreisen. Größeren Abstimmungsbedarf gibt es hingegen in den Landesbezirken Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Grundzüge der neuen Struktur sollen bis zur DGB-Klausur im Januar stehen. Entscheiden muss der Bundesausschuss im März 2000. Bereits im Dezember will der DGB-Bundesvorstand über Aufgaben und Richtlinien für Kreise und Ortskartelle als vierte, ehrenamtliche Ebene entscheiden.**

wiewardiewoche?

Wir sind im Endspurt. Alles konzentriert sich auf die kommende Woche: Dann sind die Prüfer des TÜV Rheinland bei uns im Haus, und es muss sich zeigen, ob die Anstrengungen, die wir in den letzten zwei Jahren unternommen haben, erfolgreich waren und wir das begehrte Qualitätssiegel bekommen. Es geht um die ISO-Norm 9001 bis 9004. Hinter dem komplizierten Namen verbirgt sich eine einfache Idee: Die ISO-Norm garantiert einen hohen Qualitätsstandard unserer Bildungsangebote – von den Seminarinhalten über die Qualifikation der MitarbeiterInnen bis hin zur Verpflegung. Und das nach international anerkannten Maßstäben. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die TeilnehmerInnen sehen in Zukunft nicht nur sofort, dass unsere Seminare hohen Qualitätsansprüchen genügen, sondern haben es auch einfacher, ihren Rechtsanspruch auf Freistellung von der Arbeit und auf Kostenübernahme durch den Arbeitgeber durchzusetzen, weil auch die Unternehmen die ISO-Norm anerkennen. Noch fehlt das offizielle Siegel des TÜV. Aber dass wir die Ersten sind, die im Gewerkschaftsbereich nach der ISO-Norm 9001 bis 9004 zertifiziert werden, ist schon ein besonderer Reiz. Das macht die Anstrengungen, die mit der Zertifizierung verbun-

Heike Hombach, 42, ist als Mitglied des Management-Teams des DGB-Bildungswerks mitverantwortlich für die Zertifizierung nach der ISO-Norm 9001 bis 9004. Das Bildungswerk ist die erste gewerkschaftliche Einrichtung, die sich dieser Form der Qualitätskontrolle unterzieht.



den sind, erträglicher. Noch wichtiger sind die Reaktionen der Beschäftigten. Anfangs gab es erhebliche Vorbehalte, weil buchstäblich jeder Arbeitsplatz analysiert wurde und Arbeitsabläufe vollkommen umstrukturiert werden mussten. Aber seitdem die Beschäftigten merken, dass die Zertifizierung ihrer Arbeit zugute kommt, hat sich die Stimmung vollkommen geändert. Sie ist jetzt absolut positiv. Die Zertifizierung bedeutet auch, dass wir uns verpflichtet haben, unsere Arbeit beständig zu verbessern. Ein Beispiel: Im nächsten Jahr werden wir im Bildungswerk zum ersten Mal einen eigenen Weiterbildungsetat haben. Und der steht allen offen. Warum auch nicht? Wenn zum Beispiel der Hausmeister unseres Jugend-Bildungszentrums in Hattingen ein Seminar über neue Heizungstechnik besuchen will, profitiert auch das Bildungswerk davon.

„Das Gesetz ist in die Jahre gekommen“

Für ein neues Betriebsverfassungsgesetz plädiert der Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Hellmut Wißmann. Die Bildung von Betriebsräten solle erleichtert, das Wahlverfahren vereinfacht werden.

■ Wenn Sie drei Wünsche an den Gesetzgeber richten könnten, welche wären das?

■ Zunächst halte ich eine Reform der Betriebsverfassung für dringlich. Das Gesetz ist in die Jahre gekommen. Von den Organisationsmustern, auf denen es aufbaut, hat sich die betriebliche Wirklichkeit längst entfernt. Entsprechendes gilt für die Mitbestimmung im Aufsichtsrat: Hier wäre ein zweiter Reformwunsch anzumelden, auch wegen des unzumutbar komplizierten Wahlverfahrens. Und im Arbeitsvertragsrecht, das wäre mein dritter Wunsch, warten wir immer noch darauf, dass die wild gewachsene und lückenhafte Gesetzeslandschaft durch ein Arbeitsvertragsgesetz geordnet wird.

■ Zur Betriebsverfassung: Wo ist der dringendste Reformbedarf?

■ Voraussetzung einer funktionierenden Betriebsverfassung ist, dass es überhaupt Betriebsräte gibt und sie da angesiedelt sind, wo die wesentlichen Entscheidungen fallen. Und weil die Variationsbreite wirtschaftlicher Organisationsformen groß ist, muss das Gesetz beim Betriebsbegriff so flexibel sein, dass die Betriebsverfassung der Unternehmensstruktur folgen kann.

■ Ist eine Vereinfachung der Betriebsratswahlen erforderlich?

■ Die erleichterte Bildung von Betriebsräten setzt auch eine Vereinfachung des Wahlverfahrens voraus. So kann man sich fragen, ob die Gruppenwahl wirklich noch zeitgemäß ist. Auch lässt sich in Betrieben mit überschaubaren Belegschaften an die Möglichkeit denken, den Betriebsrat in einem verkürzten Verfahren in einer Versammlung zu wählen.

■ Enthält das jetzige Betriebsverfassungsgesetz von 1972 Grundregeln, die man nicht antasten sollte?



Hellmut Wißmann, 59, Präsident des Bundesarbeitsgerichts

Foto: dpa/Uwe Zucchi

■ Eine ganze Reihe. Beispielsweise den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat. Dann das gesetzliche Verbot, mit Betriebsvereinbarungen den Tarifvertragsparteien Konkurrenz zu machen. Würde der Tarifvertrag zu Gunsten der Betriebsverfassung zurückgedrängt, könnte der Betriebsrat ein anderes, konfliktorientiertes Gesicht bekommen.

■ Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass eine Gewerkschaft gerichtlich gegen tarifwidrige betriebliche Regelungen vorgehen kann. Die Arbeitgeber kritisieren diese Entscheidung, weil sie nicht anerkennen, dass eine mehrjährige Arbeitsplatzgarantie für ArbeitnehmerInnen günstiger sei als der Verzicht auf den Lohn für ein paar Arbeitsstunden. Ein berechtigter Vorwurf?

■ Nein. Die Kritik verkennt, dass wir eine solche Abwägung gar nicht vorgenommen haben. Natürlich kann die Arbeitsplatzsicherheit für den Einzelnen wertvoller sein als ein begrenzter Teil seines Arbeitsentgelts. In dem erwähnten Beschluss ging es aber um die Vorschrift des Tarifvertragsgesetzes, die vom Tarifvertrag abweichende Abmachungen nur zulässt, wenn sie für den Arbeitnehmer günstiger sind. Dieser Günstigkeitsbegriff ist ein Rechtsbegriff und setzt gerichtlich handhabbare Vergleichsmaß-

stäbe voraus. Daher kann nicht die ganze Bandbreite tarifpolitischer Wertungen der richterlichen Günstigkeitskontrolle unterworfen werden.

■ Sondern?

■ Viele arbeitsplatzrelevante Entscheidungen wie über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit sind Sache der Tarifparteien. Schließlich hat der Staat seine Normsetzung auf diesem Gebiet durch die Gewährleistung der Tarifautonomie nicht zurückgenommen, um sie durch die Hintertür der gerichtlichen Günstigkeitsprüfung wieder einzuführen.

■ Es gibt immer mehr Varianten von Quasi-Selbstständigkeit. Die Schutzfunktion des Arbeitsrechts schwindet. Sollten die Gerichte bei der Frage der Schutzbedürftigkeit neue Kriterien anwenden?

■ Ich weiß nicht, ob eine Neudefinition oder Erweiterung des Arbeitnehmerbegriffs die angemessene Antwort auf dieses Problem wäre, das uns ja in ganz unterschiedlichen Formen begegnet. Es ließe sich das Recht der arbeitnehmerähnlichen Personen ausbauen. Vielleicht müssten auch neue Schutzvorschriften jenseits des Arbeitsrechts geschaffen werden.

■ Arbeitgeber berufen sich bei Kündigungen gern auf die freie Unternehmerentscheidung, die nicht vom Gericht überprüft werden dürfte. Ist dem so?

■ Die Kündigung selbst ist keineswegs der gerichtlichen Überprüfung entzogen, sondern sie hat nur Bestand, wenn sie als letztes Mittel zur Umsetzung einer unternehmerischen Entscheidung erforderlich ist. Diese wird allerdings vom Gericht in der Regel als vorgegeben hingenommen. Die Arbeitsgerichte würden sich überheben, wollten sie die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit unternehmerischer Entscheidungen im Einzelfall überprüfen. ●

Die wichtigsten Forderungen

Der DGB-Bundesvorstand hat im Februar 1998 die grundlegende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 gefordert. Seine Verbesserungsvorschläge reichen von der vereinfachten Betriebsratswahl über die Einführung einer Frauenquote im Betriebsrat bis zur Mitbestimmung des Betriebsrats bei Kündigungen.

Laut rot-grüner Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 will die Bundesregierung „die Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie in Betrieb und Verwaltung im Interesse der Beteiligung und Motivation der Beschäftigten stärken“. Überaus wichtig sei dazu „eine grundlegende Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes (Betriebsbegriff, Arbeitnehmerbegriff, Telearbeit, Vereinfachung des Wahlverfahrens)“

Auf dem Forum Arbeits- und Sozialrecht der Hans-Böckler Stiftung am 24. September in Kassel bekräftigte Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) diese Absicht und bezeichnete die Reform der Betriebsverfassung als ein zentrales Vorhaben der Koalition. Mit dem Referentenentwurf sei „bis Mitte 2000“ zu rechnen.



Im Faxabruf

0211 / 43 01 659

Neue Betriebsverfassung:
die wichtigsten
Forderungen des DGB

Neues Faltblatt

Der DGB stellt sich vor

Anschriften, Telefonnummern und Internet-Adressen – mit zahlreichen Service-Infos präsentiert sich der DGB in einem neuen Faltblatt. Das kostenlose Leporello liefert Basisfakten zu Aufbau und Geschichte des Gewerkschaftsbundes und dient als Wegweiser zu Landesbezirken, Publikationen und Partnerorganisationen des DGB. Kurz beschrieben wird auch der geplante Zusammenschluss von DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG zur neuen Dienstleistungsgewerkschaft. •



Bestellungen:
toennes satz + druck GmbH
Fax: 0211/920 08 38

Arbeitskammer

„Stütze“ – Infos aus erster Hand

Wie wird Vermögen auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet, und was ändert das neue Sozialgesetzbuch? Auskunft aus erster Hand erteilt die Arbeitskammer des Saarlandes in ihrer Broschüre „Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe“. Aufgeführt ist alles, was sich bis August 1999 rund um die Unterstützung getan hat. Das Heft kostet zwölf Mark. •

Bestellungen (gegen Rechnung):
Fax: 0681/40 05 411

Sozialhilfe-Ratgeber

Hilfeanspruch geltend machen

Nur knapp die Hälfte aller Berechtigten beantragt Sozialhilfe. Wie Bedürftige ihren Anspruch geltend machen können, zeigt der Ratgeber „Tips und Hilfen im Umgang mit

den Sozialämtern“ von der IG Metall und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen- gruppen. SozialhilfeempfängerInnen erfahren, ob sie bekommen, was ihnen zusteht. Das Heft kostet mit Versand neun Mark. •

Bestellungen (mit Verrechnungsscheck oder Zehnmarkschein) an:
Koordinierungsstelle
Marktstraße 10, 33602 Bielefeld

Projekt TransAlt

Alt werden im Betrieb

Jung und dynamisch – so sollen die ArbeitnehmerInnen sein. Doch auch die Jüngsten kommen in die Jahre. Wie Betriebe mit älterer Belegschaft wettbewerbsfähig bleiben, das untersucht das Projekt „TransAlt – Transfer altersintegrativer Modelle in den Betrieb“. Die Forschungsstelle für Gerontologie der Uni Dortmund bietet Lösungen, wie Betriebe die Leistungsfähigkeit Älterer erhalten und deren Know-how nutzen können. •

Kontakt:
Frerich Frerichs
Tel.: 0231/72 84 88 17

Hans-Böckler-Stiftung

Arm und Reich in Deutschland

Das Volkseinkommen allein zeigt nicht die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung – wichtig ist die Einkommensverteilung. So sind die

interregio

••• Mit **schulpolitischen Aktionen** (Veranstaltungen, Publikationen) will der **DGB-Landesbezirk Bayern** das Volksbegehren „Die bessere Schulform“ im Freistaat unterstützen. Organisiert wird das Volksbegehren vom Bayerischen Eltern- sowie Lehrer- und Lehrerinnen-Verband. Mehr Infos: Robert Günthner, Tel. 089/54 33 02 56

Spendenaktion

Arbeitsstunde für Straßenkinder

Mit dem Lohn einer Arbeitsstunde wollen die Beschäftigten der Volkswagen AG Straßenkindern in Südamerika, Südafrika und Deutschland helfen. An der Aktion „Eine Stunde für die Zukunft“ sollen sich nach Vorstellung des Gesamtbetriebsrats möglichst alle

100 000 VW-MitarbeiterInnen in Deutschland beteiligen. Zusammen mit der Hilfsorganisation „terre des hommes“ könnten so langfristig Straßenkinderzentren an VW-Standorten in Südafrika, Brasilien, Mexiko und Deutschland unterstützt werden. •

Einkommensunterschiede zwischen Ost und West Thema des Kolloquiums „Verteilungsprobleme in Deutschland“ der Hans-Böckler-Stiftung am 19. November in Frankfurt/M. Weitere Schwerpunkte: die Verteilung von Geld- und Immobilienvermögen sowie der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut. •

Bildungsurlaub

Ohne Job in Frankreich

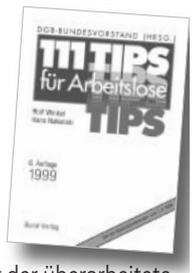
Die Erwerbslosenbewegung in Frankreich ist so stark wie nirgends sonst in Europa. Warum? Wer sind die OrganisatorInnen? Wie lauten ihre Forderungen? Diese Fragen klärt ein Seminar vom 5. bis 11. Dezember in Paris. Das Haus der Gewerkschaftsjugend organisiert die Fahrt in Kooperation mit der französischen Erwerbslosenorganisation AC!. Kosten: 500 Mark/380 Mark (Arbeitslose). •

Anmeldung und Infos:
Tel.: 061 71/59 03 21

DGB-Ratgeber

Wegweiser für Erwerbslose

Rund um die Arbeits- und Sozialämter wird der Paragrafendschungel immer dichter. Allein im ersten Halbjahr 1999 wurde das Arbeitslosenrecht dreimal geändert. Wegweiser im Regelgestrüpp ist der überarbeitete DGB-Ratgeber „111 Tips für Arbeitslose“. In sechster Auflage informiert das 250-seitige Brevier Erwerbslose über ihre Rechte und hilft, die Zeit im Arbeitsamt optimal zu nutzen. Preis: 18 Mark. •



Infos und Bestellungen:
Fax: 0 60 74/802 41
www.bund-verlag.de

Arbeitskammer

Frankreichs Recht für Grenzgänger

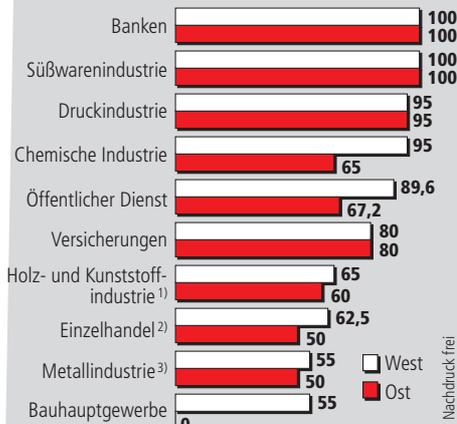
Saarländer, die ins benachbarte Lothringen oder Elsass zur Arbeit pendeln, unterliegen weitgehend den sozialen Bestimmungen Frankreichs. Worauf sie achten müssen, erklärt die erweiterte Broschüre „Die soziale Sicherheit von Grenzgängern“ der Arbeitskammer des Saarlandes. Preis: 12 Mark. •

Bestellungen (gegen Rechnung):
Tel.: 0681/40 05 444
Fax: 0681/40 05 411

GEWERKSCHAFTEN

Alle Jahre wieder

Tarifliche Jahressonderzahlung 1999 in West und Ost in Prozent eines Monatseinkommens



1) Westfalen-Lippe/Sachsen, 2) in den meisten Tarifbezirken, 3) in den meisten Tarifbezirken nach drei Beschäftigungsjahren
Quelle: Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI)

DGB einblick / Nachdruck frei

Das Weihnachtsgeld 1999 fällt je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich aus. Längst nicht überall besteht Anspruch auf ein volles 13. Monatseinkommen. Das ergibt ein Überblick des WSI-Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung.

Arbeit der Kontrolleure durch die Praxis zunichte gemacht.

Nach Recherchen der IG BAU fanden sich im SIS Stellenangebote, die den gesetzlichen Mindestlohn deutlich unterschritten. Dabei sei dies nur die Spitze des Eisbergs. In einem Fall sei man gar auf die Offerte einer Leiharbeitsfirma gestoßen, die in Sachsen und Brandenburg Maurer zu einem Lohn von 12 bis 13 Mark suchte. Leiharbeit am Bau ist gesetzlich verboten.

In einer Stellungnahme gegenüber *einblick* räumte die Bundesanstalt für Arbeit ein, dass es trotz entsprechender Anweisungen „vereinzelt“ solche Stellenangebote gegeben habe. Mit Mitarbeiterschulungen wolle man derartige Stellenangebote zukünftig verhindern, gleichwohl werde es Angebote „unter Tarif“ auch zukünftig geben. Allerdings hätten Bezieher von Leistungen der Bundesanstalt keine Konsequenzen zu befürchten, wenn sie eine solche Stelle ablehnen. •

kurz&bündig



Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Franz-Josef Möllenberg hat sich für eine klare Kennzeichnung aller Lebensmittel nach Herstellungsort ausgesprochen. Dieser sei im Zeitalter der Globalisierung kaum noch feststellbar, und das Vertrauen der Verbraucher bliebe „auf der Strecke“.



Der IG Metall-Bezirk Küste hat ein Intranet für seine ehrenamtlichen MitarbeiterInnen eingerichtet.

Über das „Netzwerk Küste“ können Betriebsräte und Vertrauensleute aktuelle Infos der Gewerkschaft abrufen. Außerdem besteht die Möglichkeit, eigene Materialien ins Netz zu stellen.



Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner

Deutschlands Norbert Hansen hat von Verkehrsminister Reinhard Klimmt eine Verkehrsabgabe für Lkw von einem Pfennig pro Tonnenkilometer gefordert. Durch diese Maßnahme würden bis zu vier Milliarden Tonnenkilometer des Güterverkehrs auf die Schiene verlagert.



Die ÖTV hat mit den privaten Energieversorgern in

Bayern die Einführung der 36-Stunden-Woche vereinbart, um den massiven Stellenabbau in der Branche zu mildern. Im Gegenzug sicherte die Gewerkschaft den Arbeitgebern milde Tarifabschlüsse in den nächsten beiden Jahren zu.

IG BAU zum Arbeitsamt

Stück aus dem Tollhaus

Während die Bundesanstalt für Arbeit illegale Beschäftigung am Bau durch gezielte Kontrollen

bekämpft, bietet sie in ihrem elektronischen Stelleninformationsservice (SIS) gleichzeitig solche Jobs an, die den gesetzlichen Mindestnormen nicht genügen. Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der IG BAU, sieht darin ein „Stück aus dem Tollhaus“. So werde die

?...nachgefragt



Die Skandinaviska Enskilda Banken (SEB), Stockholm, kaufen für 3,1 Milliarden Mark die BfG Bank AG (Haupteigentümer: Crédit Lyonnais). Die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), Frankfurt/M., erhält für ihren Anteil (25 Prozent minus zwei Aktien) an der fünftgrößten deutschen Privatbank 900 Millionen Mark.

Sind die Anteilseigner zufrieden? einblick fragte Bertin Eichler, 47, Hauptkassierer der IG Metall und Aufsichtsratsvorsitzender der BGAG.

Ja, wir sind zufrieden. Und ich denke, die BfG Bank kann es auch sein. Mehr als zwei Jahre, nachdem die Europäische Kommission es Crédit Lyonnais zur Auflage gemacht hat, sich von seinen wesentlichen Auslandsbeteiligungen zu trennen, wurde jetzt ein idealer Käufer gefunden. Die BfG Bank erhält mit den SE Banken einen international expandierenden Partner, der sich vor allem auf das Privatkundengeschäft, die private Geldanlage und das Internetbanking konzentriert. Damit werden die wichtigsten Geschäftsbereiche der BfG Bank weiter gestärkt. Für die Gewerkschaften stellt die endgültige Trennung

von der BfG sicherlich einen Schnitt dar. Aber da die BGAG sowieso nur noch einen Minderheitsanteil von knapp unter 25 Prozent gehalten hat, besaß die Beteiligung keine strategische Bedeutung mehr.

Für die Mitarbeiter ist sicherlich am wichtigsten, dass endlich die lange Zeit der Ungewissheit vorbei ist. Jetzt steht fest, dass die Bank als Ganzes erhalten bleibt und auch in Zukunft eine wichtige Rolle auf dem deutschen Markt spielen soll. Die Bank hat damit wieder eine klare Perspektive. Das eröffnet auch den Mitarbeitern gute Chancen für ihre persönliche Entwicklung.

Ob der Preis von 900 Millionen Mark, den die BGAG für ihren Anteil erhält, zu niedrig ist – darüber kann man geteilter Meinung sein. Immerhin ist dieser Preis deutlich höher als der, den Crédit Lyonnais von den SE Banken (1,3 Milliarden Mark für 50 Prozent) bekommt. Für mich stellt der Preis einen Kompromiss dar, auf den wir hauptsächlich deshalb eingegangen sind, weil wir einer guten Zukunft der Bank nicht im Wege stehen wollten. Der Verkauf wird Anfang des kommenden Jahres wirksam. Der Erlös stärkt die Finanzkraft der BGAG. Es geht vor allem darum, die Bankverbindlichkeiten abzubauen.

ver.di-Gründung

Kampf um die Mehrheit

Eine Zweidrittelmehrheit brauchen die Befürworter der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft, damit sich DPG, HBV, IG Medien, ÖTV und DAG auf ihren parallel, aber getrennt tagenden Gewerkschaftskongressen Mitte November in eingetragene Vereine umwandeln und so den Weg für ver.di freimachen.

Um die Zustimmung zur neuen Supergewerkschaft zu erhöhen, setzen die ver.di-Anhänger auf den Faktor Zeit: Die Eckpunkte des Zielmodells – das Grundlagenpapier der neuen Gewerkschaft – sollen nachgebessert werden. Statt bindender Beschlüsse sollen die Gewerkschaftskongresse Verhandlungsoptionen beschließen.

Strittig sind zwischen den beteiligten Gewerkschaften – trotz aller Annäherung – noch immer die Präsenz in der Fläche sowie das Verhältnis zwischen der neuen Gesamtorganisation und den geplanten 13 Fachbereichen. Hintergrund des Streits sind die unter-

schiedlichen, gewachsenen Strukturen der fünf Gründungsgewerkschaften. Während DAG, HBV und IG Medien auf Regionalebene rund fünfzig Bezirke haben, stehen ihnen 178 Kreisverwaltungen der ÖTV gegenüber. Ein Kompromiss, die Reduzierung der Bezirke auf 120, scheitert bislang am Widerstand der kleineren Gewerkschaften. Während die ÖTV argumentiert, dass die ver.di-Gründung die Präsenz der Gewerkschaften in der Fläche stärken solle und das Netz deshalb nicht ausgedünnt werden dürfe, fürchten die kleineren Gewerkschaften bei einer zu engmaschigen Gliederung um ihre

Zusätzliche Kongresse im Herbst 2000?

Spätestens bis Herbst 2000 müssen die letzten strittigen Fragen geklärt sein, wenn die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) wie geplant im Frühjahr 2001 offiziell gegründet werden soll. Die bis dahin erreichten Verhandlungsergebnisse müssen zuvor von den beteiligten Gewerkschaften bestätigt werden.

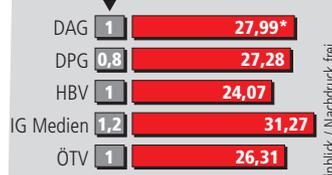
■ In der ÖTV soll diese Funktion der Gewerkschaftstag übernehmen, der turnusgemäß im November 2000 zusammentritt.

■ Wegen des noch nicht entschiedenen Zuschnitts der Bezirke sowie der ungeklärten finanziellen und personellen Ausstattung der Fachbereiche will zudem die HBV ihre Delegierten für September 2000 zu einem weiteren

außerordentlichen Gewerkschaftstag einberufen. ■ In den übrigen drei ver.di-Gewerkschaften gibt es noch keine Pläne, diesem Schritt zu folgen. Außerordentliche Kongresse werden aber nicht mehr ausgeschlossen. „Wir wollen das nicht“, meint Reinhard Gottorf von der DPG. Ein zusätzlicher Kongress könne allerdings notwendig werden, wenn sich abzeichnen sollte, „dass der ÖTV-Kongress im November Fakten setzt, mit denen wir nicht leben können“. Ansonsten sollen die Verhandlungsergebnisse in den drei Gewerkschaften vom Gewerkschaftsausschuss, dem höchsten Beschlussorgan zwischen den Gewerkschaftstagen, bestätigt werden.

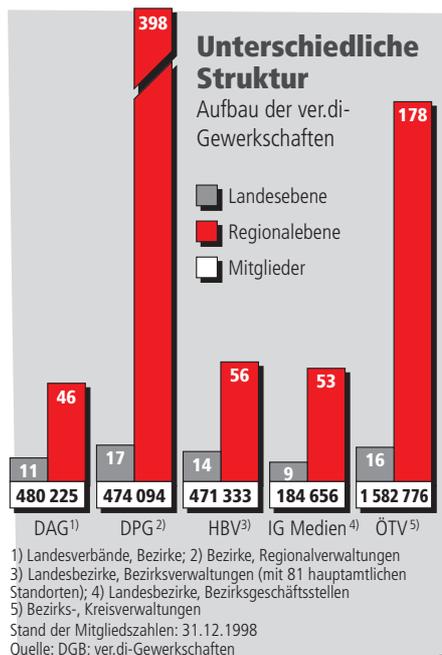
Ein Prozent angepeilt

Mitgliedsbeitrag in den fünf ver.di-Gewerkschaften (in DM/Monat) in Prozent des Bruttoeinkommens



* nur erwerbstätige Mitglieder
Quelle: ver.di-Gewerkschaften

In den fünf ver.di-Gewerkschaften liegt der durchschnittliche Beitrag aller Mitglieder zwischen 24,07 Mark (HBV) und 31,27 Mark (IG Medien). Der Beitragssatz schwankt zwischen 0,8 Prozent (DPG) und 1,2 Prozent des Bruttolohns (IG Medien). Bei ver.di soll er 1 Prozent betragen.



1) Landesverbände, Bezirke; 2) Bezirke, Regionalverwaltungen
3) Landesbezirke, Bezirksverwaltungen (mit 81 hauptamtlichen Standorten); 4) Landesbezirke, Bezirksgeschäftsstellen
5) Bezirks-, Kreisverwaltungen
Stand der Mitgliedszahlen: 31.12.1998
Quelle: DGB; ver.di-Gewerkschaften

Die Zahl der regionalen Gewerkschaftsbüros schwankt innerhalb der ver.di-Gewerkschaften zwischen 53 (IG Medien) und 398 (DPG). DAG und DPG unterhalten zudem Büros auf Orts- bzw. Betriebsebene (120 bzw. 782).

Gestaltungschancen auf regionaler Ebene. „Das ÖTV-Modell wird es nicht sein können“, umschreibt DAG-Sprecher Ingo Schwoppe eine mögliche Kompromisslinie, „aber mehr als 50 Bezirke müssen es schon sein.“ Der Zuschnitt müsse so gewählt werden, dass auch für kleinere Fachbereiche innerhalb der

neuen Gewerkschaft eine Mitarbeit auf Bezirksebene möglich sei.

Auch im zweiten Streitpunkt, der Verteilung der Finanzmittel zwischen der neuen Gesamtorganisation und den Fachbereichen, rechnen alle Beteiligten erst nach den außerordentlichen Kongressen mit einem Kompromiss. Die Extrempositionen werden hier von der IG Medien, die den Fachbereichen eine weitgehende Autonomie mit eigenständigen Finanzmitteln einräumen will, und der ÖTV, deren Kreisverwaltungen traditionell über starke autonome Rechte verfügen, eingenommen.

Um die ver.di-Gründung nicht an diesen Gegensätzen scheitern zu lassen, sollen die entsprechenden Anträge als Verhandlungsoption in die Gespräche über die ver.di-Gründung einfließen. Das schlagen die Antragsberatungskommissionen der fünf beteiligten Gewerkschaften in ihren untereinander abgestimmten Empfehlungen vor.

Abstimmungsbedarf gibt es auch in der Frage der Einrichtung einer vierten Ebene – die DPG möchte die örtliche Gewerkschaftsarbeit durch eigene Finanz-

budgets absichern – sowie bei der Seniorenarbeit. Auch die Entscheidung über die Integration des Rechtsschutzes in den DGB-Rechtsschutz oder dessen eigenständige Fortführung soll erst im kommenden Jahr fallen. Klarheit herrscht hingegen inzwischen bei der Frauenquote: Sie soll nicht, wie zunächst im Eckpunktepapier festgehalten, bis zum zweiten ordentlichen Bundeskongress ausgesetzt werden (einblick 19/99). „Dieser Satz ist gestrichen“, versichert Kirsten Frank, Leiterin der Abteilung Frauen beim DPG-Hauptvorstand. ●

Funktionäre und Mitglieder

Kein Gerangel um Posten und Positionen?

Das ehrgeizige Vorhaben der Gründung einer „Multi-Branchengewerkschaft“ nötigt Respekt ab. Es handelt sich nicht nur um das größte Reorganisationsprojekt in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften, sondern auch um den Versuch der Überwindung der zumindest in Teilbereichen überholten Trennung von privatem und öffentlichem Sektor. Dennoch stellt sich die Frage, ob das Konfliktpotenzial nicht größer ist, als es in den offiziellen Papieren den Anschein hat.

In Bezug auf den Grad der Betroffenheit lassen sich zumindest drei Gruppen unterscheiden: Hauptamtliche, Mitglieder, Ehrenamtliche.

Durchaus erstaunlich ist zumindest für den externen Beobachter die Tatsache, dass wenig (bis gar nicht) über Positionen und Funktionen in der Verbundgewerkschaft diskutiert wird. Damit sind nicht nur Zusammensetzung und Aufgabenverteilung des hauptamtlichen Vorstandes gemeint. Gerade die Interessen der Hauptamtlichen an der Verteilung der zukünftigen Positionen und Funktionen sind wesentlich, zumindest sofern sie nicht kurz vor der regulären Pensionierung stehen oder über attraktive Vorruhestandsangebote verfügen. Sie haben ein Interesse nicht nur am Erhalt ihres Arbeitsplatzes, sondern auch an den Inhalten ihrer zukünftigen Tätigkeit, die sich infolge des Zusammenschlusses mehr oder weniger deutlich ändern können, u.a. weil Doppelarbeit vermieden werden soll und eine Neuschneidung der Betreuungsschwerpunkte erfolgen wird. Aus Sicht der Gesamtorganisation ist die uneingeschränkte Kooperationsbereitschaft und Motivation der Hauptamtlichen unabdingbar für den „Erfolg“ des Zusammenschlusses, weil sie die Umsetzung des Zusammenschlusses auf den dezentralen Ebenen

„Kooperationsbereitschaft und Motivation der Hauptamtlichen sind entscheidend für den Erfolg des Zusammenschlusses“

leisten müssen, was schwieriger und langwieriger sein dürfte als die Zusammenarbeit auf der Ebene der Vorstände.

Die Entscheidung über die zukünftige Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit (u.a. Vertrauensleutarbeit als „betriebliche“ Gewerkschaftsarbeit) hat zugleich Einfluss auf die Binnenstruktur der neuen Organisation. Sie kann entweder zentral und einheitlich geregelt, d.h. in der Satzung festgeschrieben, oder in die Kompetenz der Fachbereiche verlagert werden. In den alten Organisationen sind die satzungsmäßigen Rechte und der Umfang der tatsächlich geleisteten ehrenamtlichen Arbeit unterschiedlich intensiv. Letz-

terer ist stark ausgeprägt bei DAG, HBV und IG Medien, schwächer hingegen bei DPG und ÖTV. Die generellen Fragen einer „Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen bzw. Prinzipien“ auf den verschiedenen Ebenen und in den Fachbereichen der neuen Gewerkschaft bzw. der Verteilung von Kompetenzen zwischen haupt- und ehrenamtlichen Gremien sind derzeit noch weitgehend ungeklärt.

Der derzeitige Diskussionsprozess erweckt den Eindruck, wesentlich von den Hauptvorständen (bzw. allenfalls den Hauptamtlichen) betrieben zu

„Der derzeitige Diskussionsprozess erweckt den Eindruck, die normalen Mitglieder kaum einzubeziehen“

werden und die „normalen“ Mitglieder kaum einzubeziehen. Wenn diese Wahrnehmung zutreffen sollte, entsteht ein Problem: Im Gegensatz zu anderen Fusionen (etwa von Unternehmen) müssen aufgrund der freiwilligen Mitgliedschaft in Gewerkschaften die Beziehungen zu den Mitgliedern besondere Beachtung finden. Zumindest die Einzelgewerkschaften müssten Vorstellungen nicht nur über ihre eigenen Präferenzen als Organisation, sondern auch über die Interessenlagen ihrer Mitglieder haben. Sind Letztere in ihren zentralen Erwartungen, die über die Tarifpolitik hinausgehen, überhaupt vom Zusammenschluss betroffen, und falls ja, wie? Möglicherweise sind Mitgliederverluste infolge nachlassender Bindungsfähigkeit und zunehmender Unzufriedenheit (oder wegen der fehlenden lebensweltlichen Bezüge bzw. sich auflösender „Milieus“) zu erwarten. Oder stehen die Mitglieder dem Ergebnis des Vereinigungsprozesses eher indifferent gegenüber und betrachten die neue Organisation unter anderen, nämlich reinen Kosten-Nutzen-Kalkülen, gewissermaßen als nunmehr größeren „ADAC für Arbeitnehmer“, der unproblematisch ist, jedenfalls solange sich seine Dienstleistungen im Verhältnis zu denen der alten Organisation nicht verschlechtern und die Mitgliedsbeiträge nicht merklich erhöht werden? Im Übrigen können verschiedene Mitgliedergruppen unterschiedliche Kalküle anstellen. ●

Noch ist ver.di eine Kopfgeburt, meint Berndt Keller, Professor für Arbeits- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz, in dem hier auszugsweise wiedergegebenen Beitrag aus den Gewerkschaftlichen Monatsheften (10/99). Die Rolle der Mitglieder und Funktionäre in der neuen Gewerkschaft müsse erst noch definiert werden.

Argumente im Internet

Auch im Internet verbreiten Gegner und Befürworter der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ihre Argumente. Neben den offiziellen Homepages der fünf ver.di-Gewerkschaften haben auch einzelne Landesbezirke eigene Positionspapiere ins Netz gestellt. Der schnellste Zugriff auf mehr als ein Dutzend offizieller Positionspapiere, Pro- und Kontra-Meinungen aus den Gewerkschaften findet sich unter:

<http://meltingpot.fortunecity.com/dusmuir/801/dlgewerkdglinks.htm>



Im Fax-Abwurf:

0211 / 43 01 678

**Auf dem Weg in die neue Gewerkschaft
Programmatisches
Positionspapier der
ver.di-Gewerkschaften
(Auszüge)**

0211 / 43 01 664

**Eckpunkte des Zielmodells
Das Grundlagenpapier
zu ver.di**

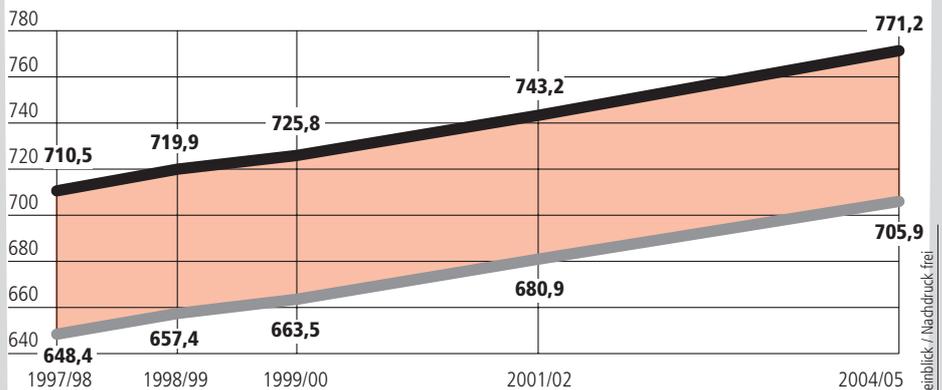
DIES & DAS

dieDGBgrafik

LEHRSTELLEN: Die Nachfrage steigt

Bis 2006 wird die Zahl der SchulabgängerInnen steigen. Das ergeben Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die deshalb wachsende Nachfrage nach Lehrstellen verlange „eine beträchtliche Steigerung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen“. Nach DGB-Auffassung liegt der Lehrstellen-Bedarf 12,5 Prozent über den DIW-Zahlen; erst dann sei „ein auswahlfähiges Angebot“ – eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts – garantiert.

Bedarf an Ausbildungsplätzen bis 2006 in Tausend — bezogen auf SchulabgängerInnen
 — bezogen auf SchulabgängerInnen und je 50 Prozent der Jugendlichen aus Berufsvorbereitungs- (BVJ) und -grundbildungsjahr (BGJ) ■ Bandbreite des voraussichtlichen Bedarfs an Lehrstellen



Quelle: DIW-Wochenbericht 42/99

DGB einblick / Nachdruck frei

Tip

Buch: Werner Fricke (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000 – Was die Gesellschaft bewegt, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 1999, 464 S., 35 DM.

Vor der Jahrtausendwende erhält vieles den Beinamen „Millennium“, meist nur aus werbestrategischen Gründen. Nicht so beim *Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000*: 37 AutorInnen beschreiben, „welche Konzepte unsere Gesellschaft an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend verändern und welche Themen sie bewegen“. Dabei hat

sich der Herausgeber nicht vom Titel „Arbeit und Technik“ einengen lassen, sondern Beiträge mit einem vielfältigen Themenspektrum zusammengetragen. So finden sich neben „Ökonomie und Ökologie“ auch die Überschriften „Gewalt in der Gesellschaft“ und „Perspektive Europa“: Die teils theoretischen, teils sehr praxisnahen Beiträge behandeln daher nicht nur das Bündnis für Arbeit oder die niederländische Niedriglohnstrategie, sondern auch die alltägliche Gewalt in den Städten und das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



personalien

14TAGE

••• **Friedel Heße**, 50, Leiter der Grundsatzabteilung des DGB, arbeitet seit 1. November in der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen. Sein Nachfolger ist **Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen**, 48, von März bis Oktober Leiter der Abteilung Politik beim SPD-Parteivorstand, davor Leiter des Sekretariats Vorsitzender beim DGB-Bundesvorstand.
 ••• **Peter Blechschmidt**, 59, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft ÖTV, soll stellvertretender Vorsitzender werden. Er folgt **Wolfgang Warburg**, 57, der zum 1. Januar 2000 als Personalvorstand zur Luft-hansa-Technik wechselt. Das hat der Hauptvorstand der ÖTV vorgeschlagen. Gewählt wird vom Beirat der ÖTV, der parallel zum außerordentlichen Gewerkschaftstag am 18. November tagt.

10.11. Fachtagung „Interessenvertretung und Betriebsverfassungsgesetz in der IT-Branche“, IG Metall, Rüsselsheim
17.-19.11. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft ÖTV zur Gründung der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Dortmund
18./19.11. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV (ver.di-Gründung), Würzburg
18.-20.11. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Medien (ver.di-Gründung), Kassel
18.-20.11. Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft (verdi-Gründung), Bremen
18.-20.11. Außerordentlicher Bundeskongress der DAG (ver.di-Gründung), Magdeburg

Schlusspunkt

„Wir haben uns nicht für einen Politikwechsel engagiert, um zu erleben, dass nicht alles anders, manches schlechter und nur weniges besser gemacht wird als zuvor.“
 ÖTV-Vorsitzender Herbert Mai auf der Beamten-Demo am 19. 10. in Berlin.

Ökosteuere reform

Kumpel stehen unter Strom

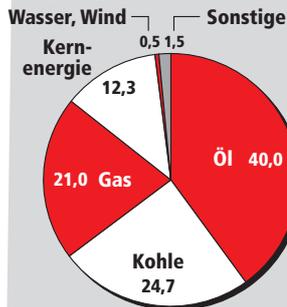
Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) kämpft weiter gegen die Mineralölsteuerbefreiung für hoch-effiziente Gas-und-Dampf-(GuD-) Kraftwerke, die mit der Ökosteuere reform vom Bundestag verabschiedet worden ist. Diese Steuerbefreiung sei „eine nachhaltige Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Braun- und Steinkohle“, so IG BCE-Vorsitzender Hubertus Schmoldt.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der RWE-Tochter Rheinbraun, Erwin Winkel, sieht deshalb das geplante 20-Milliarden-Mark-Investitionsprogramm des Konzerns sowie den Tagebau Garzweiler II „in Frage gestellt“. Allein im rheinischen Revier seien 20 000 Arbeitsplätze gefährdet, Zulieferbetriebe nicht mitgezählt.

Vor 8000 wütenden Bergleuten verteidigte Franz Müntefering, SPD-Vorsitzender in NRW und Bundesgeschäftsführer, die Ökosteuere reform – ohne Erfolg. Seiner Versicherung, die Steuerbefreiung für GuD-Kraftwerke gelte nur von Anfang 2000 bis Ende März 2002 und nur „für ein oder zwei Kraftwerke“, schenkt auch die IG BCE in Hannover keinen Glauben. „Tatsächlich

Kohle hat verloren

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 1998 in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energiedaten 1999

Stein- und Braunkohle decken noch knapp ein Viertel des Energieverbrauchs (1990: 37 Prozent). Erdgas hingegen hat Marktanteile hinzugewonnen: Sein Beitrag zur Energieversorgung stieg von 15,4 Prozent 1990 auf 21 Prozent 1998.

können in dieser Zeit Genehmigung und Bau von Anlagen abgewickelt werden, die aus heutiger Sicht noch nicht einmal geplant sind“, kontert Franz-Josef Wodopia, Vorstandssekretär von IG BCE-Vize Klaus Südhofer. „Zudem ist nicht sicher, dass die EU-rechtliche Genehmigung für die Steuerbefreiung der GuD-Anlagen tatsächlich nur bis 2002 gewährt wird.“ Laut Öko-

steuergesetz gilt die Steuerbefreiung für die Dauer von zehn Jahren.

Irritationen haben in der IG BCE Äußerungen des ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai ausgelöst. Laut *Handelsblatt* hält Mai die steuerliche Förderung moderner Gaskraftwerke für „absolut richtig“. Sie diene dem Umweltschutz. „Es muss jetzt nur eine Regelung gefunden werden, dass nicht Braun- oder Steinkohle dramatisch abbricht.“ Dass die Steuerbefreiung jedoch Investitionspläne auf den Kopf stelle, könne er „nicht nachvollziehen“.

Für den ÖTV-Energieexperten Branko Rakidzija ist mit der Steuerbefreiung für moderne Gaskraftwerke „noch keine unmittelbare Gefahr“ für die Kohle verbunden. Dennoch sehe auch die ÖTV Wettbewerbsnachteile zu Lasten der Kohle kommen. Denn die begünstigten High-Tech-Kraftwerke seien „auf dem Sprung zur Entwicklungsreife“. Im Mai 1998 hat der ÖTV-Hauptvorstand beschlossen: „Einseitige Belastungen dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Braunkohle nicht gefährden.“ Sie sei „die einzig langfristig verfügbare heimische Primärenergie, die subventionsfrei zur Verfügung steht“.

Ob der Bundesrat Einspruch gegen die Ökosteuere erhebt, ist höchst fraglich. Um die Einspruchsmehrheit zu erzielen, müsste auch das rot-grüne Nordrhein-Westfalen dagegen votieren. Das hat Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) zwar angekündigt, Umweltministerin Bärbel Höhn (B'90/Grüne) jedoch abgelehnt. Und der Koalitionsvertrag von NRW sieht bei Meinungsverschiedenheit Stimm-enthaltung vor. •

inhalt

Seite 3

IG Metall konkretisiert Marschroute

Klarstellungen zur Rente mit 60

Seite 5

Vorsichtige Entspannung

Das Verhältnis Gewerkschaften – PDS normalisiert sich

Seite 7

ver.di-Gründung

Baut die neue Gewerkschaft auf alten Strukturen und Konzepten auf? Auszüge aus einem Diskussionspapier

Seite 8

SPEZIAL: BÜCHER

ein- und ausblicke für GewerkschafterInnen

plusminusBERLIN

Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion, gratuliert der Evangelischen Kirche zu ihrer Unterschriftenaktion „Lasst den Sonntag in Ruhe“. An der Sonntagsruhe dürfe aus religiösen und sozialen Gründen „nicht gerüttelt werden“.

Klaus Brähmig, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Fraktion, will die Urheberrechte von MusikerInnen einschränken. Das Abspielen von Musik müsse nicht nur in Hotels gebührenfrei werden, sondern auch „in Personenaufzügen und Toiletten“.



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.diplom.de

Wirtschaftsstudien, Diplomarbeiten und andere wissenschaftliche Abschlussarbeiten



Im Faxabruf

0211 / 43 01 675

„Der versprochene Politikwechsel steht noch aus“ Die Kritik der fünf ver.di-Gewerkschaften DAG, ÖTV, DPG, HBV und IG Medien an der Politik der rot-grünen Bundesregierung

DGB-Erfolg vor Bundessozialgericht

Wie viel Urlaub haben Arbeitslose?

Haben Arbeitslose, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beziehen, Anspruch auf drei oder vier Wochen Urlaub? Im Rechtsstreit um diese Frage hat das Bundessozialgericht (BSG) auf DGB-Initiative jetzt die Revision zugelassen. Johannes Schaller, Leiter der Bundesrechtsstelle der DGB Rechtsschutz GmbH in Kassel, rechnet „innerhalb eines Jahres“ mit einer Entscheidung des Gerichts.

Laut Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit besitzen Arbeitslose Anspruch auf drei Wochen Urlaub. Nach dem Bundesurlaubsgesetz hingegen beträgt der Mindesturlaub für ArbeitnehmerInnen vier

Wochen. Gegen diese Ungleichbehandlung hat der DGB im Auftrag eines nordrhein-westfälischen Arbeitslosen geklagt. Das Landessozialgericht (LSG) Nordrhein-Westfalen entschied zu Ungunsten des Arbeitslosen und ließ keine Revision zu. Der DGB legte dagegen Beschwerde ein, das BSG hob die Entscheidung des LSG auf. „Ein Etappensieg“, so Schaller. „Wir konnten das BSG überzeugen, dass höchstrichterlich entschieden werden muss, ob Erwerbslose denselben Mindestanspruch auf Urlaub haben wie alle Arbeitnehmer.“

Schon 1997 hat das Bundessozialgericht festgestellt: Der Arbeits-

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit unter die Vier-Millionen-Grenze ist nach Ansicht des DGB noch kein Signal für eine Entspannung am Arbeitsmarkt. Schwierig bleibe die Lage vor allem in Ostdeutschland, wo allein zwei Millionen Arbeitsplätze fehlen. DGB-Vorstand Heinz Putzhammer rechnet dort erst in zehn Jahren mit einer Trendwende. Wenig Anlass zum Optimismus gibt auch ein internationaler Vergleich. Während in Dänemark jedem zweiten Arbeitslosen innerhalb der ersten sechs Monate der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gelingt, schafft das in Deutschland nur jeder dritte.

lose hat ein ähnliches Bedürfnis nach Erholung wie der Arbeitnehmer. 1995 wurde der gesetzliche Mindesturlaub von drei auf vier Wochen erhöht, die Urlaubsanordnung für Arbeitslose jedoch nicht

Dänemark: Kürzeste Jobsuche

Anteil der Wiedereinstellungen innerhalb von sechs Monaten nach Arbeitsplatzverlust (in Prozent)

Dänemark	58,5
Finland	57,9
Österreich	55,7
Großbritannien	52,5
Luxemburg	44,7
Portugal	42,8
Schweden	42,6
Frankreich	39,8
Spanien	30,5
Deutschland	30,4
Irland	26,5
Griechenland	25,1
Belgien	23,7
Italien	17,9
Niederlande	16,4

Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 1998

DGB einblick / Nachdruck frei

wie wardiewoche?

Begonnen hat die Woche mit einem Gespräch mit Beschäftigten von McPaper in Berlin. Die frühere Tochter des Büroartikelherstellers Herlitz ist seit Anfang 1998 eine hundertprozentige Tochter der Post. Bis Ende 2000 soll die Zahl der McPaper-Filialen von 317 auf 800 mehr als verdoppelt werden, gut 550 davon sollen auch Postdienstleistungen anbieten. McPaper ist nicht der einzige Versuch, Personalkosten durch die Auslagerung von Postdienstleistungen zu reduzieren. Neben den bereits 7000 Postfilialen in selbstständigen Schreibwarengeschäften und Lebensmittelläden werden Postdienste auch von den 165 Filialen der Deutschen Post Service- und Vertriebsgesellschaft (DPSV) sowie von fast 1000 Shop-in-Shop-Läden in Filialen großer Lebensmittelketten angeboten. Echte Postämter gibt es dagegen nur noch 5650.

Bei McPaper ist die Ausgliederung mit besonderen Nachteilen für die Beschäftigten verbunden: Es gibt weder einen Betriebsrat noch einen vernünftigen Tarifvertrag. Die Einkommen der Beschäftigten werden individuell mit der jeweiligen Geschäftsführung ausgehandelt. Das will die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) ändern. Innerhalb der nächsten zwei Jahre wollen wir zunächst Betriebsräte in den einzelnen Filialen aufbauen und dann einen Tarifvertrag durchsetzen. Kein einfacher Weg, weil wir zuvor die Beschäftigten als Mitglieder gewinnen müssen. Dienstag war mein Bürotag. Zusammen mit mehreren KollegInnen bin ich dabei, dezentrale Betreu-

Mit maßgeschneiderten Angeboten will die DPG die Inhaber der rund 7000 selbstständigen Postagenturen sowie die Beschäftigten der Posttöchter McPaper und Deutsche Post Service und Vertriebsgesellschaft (DPSV) organisieren. Lutz Eßlinger, 50, ist Leiter der DPG-Projekte Postagenturen und McPaper sowie zuständig für die Betreuung des Gesamtbetriebsrates der DPSV.



ungsstrukturen für die entstehenden Postagenturen zu entwickeln. In vier Wochen soll ein erster Erfahrungsbericht stehen.

Die restlichen drei Tage habe ich mich um den Betriebsrat der Post-Tochter DPSV gekümmert. Am Mittwoch habe ich den Beschäftigten der DPSV für den Geschäftsbereich Kiel den neuen Entgelttarifvertrag vorgestellt, Donnerstag hatten wir eine Sitzung des Gesamtbetriebsrats, und am Freitag haben wir mit der Geschäftsführung über eine Betriebsvereinbarung über Leistungszulagen für die Verkaufsstellenleiter verhandelt. Beim DPSV ist uns bereits gelungen, was wir bei McPaper noch schaffen müssen. Innerhalb von nur zwei Jahren haben wir nicht nur eine funktionierende Betriebsrätestruktur aufgebaut, sondern auch Tarifverträge durchgesetzt. 60 Prozent der Beschäftigten sind bereits Mitglied der DPG. Das ist zwar weniger als bei der Post, aber für den Anfang gar nicht so schlecht.

geplant... beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB (GBV) hat Eckpunkte für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes vorgelegt. Nach Willen des GBV sollen Personalräte in Zukunft über ein Mitbestimmungsrecht in Einzelfragen hinaus auch ein Recht auf „Prozessbeteiligung“ erhalten – insbesondere bei Fragen der Verwaltungsmodernisierung. Außerdem tritt der DGB dafür ein, dass Betriebsvereinbarungen nicht einseitig änderbar sind, sondern „Regelungen über Kündigungsfristen, -gründe und Nachwirkung“ enthalten müssen. Zudem müssten die rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten des Personalrates bei Verstößen gegen die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte „wirksam gestaltet“ werden. Der Bundesvorstand muss den GBV-Vorschlag noch formal beschließen.

IG Metall konkretisiert Marschroute

Die IG Metall baut zielsicher ihre „Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt“ aus. Während die Arbeitgeber die Rente mit 60 strikt ablehnen, ist die Bereitschaft der Beschäftigten groß, ihr zuliebe auf Lohn zu verzichten.

Müssen die ArbeitnehmerInnen nur einmal auf 0,5 Prozentpunkte ihrer Tarifierhöhung verzichten, um per Tariffonds die Rente mit 60 zu finanzieren? Die *Stuttgarter Zeitung* hatte dies kürzlich gemeldet. „Unfug“, kommentiert IG Metall-Sprecher Claus Eilrich dieses Missverständnis. Der Lohnverzicht solle zwar nur einmal vereinbart werden, diese Vereinbarung dann aber auch für die Folgejahre gelten. Nach wie vor will die IG Metall, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber für die Dauer von fünf Jahren je 0,5 Prozentpunkte in den Tariftopf einzahlen (das heißt, nach einer Tarifierhöhung von beispielsweise drei Prozent würden nur 2,5 Prozent an die Beschäftigten ausbezahlt). Diese Zeitschiene ist im Gespräch, weil die Bundesregierung zugesagt hat, nur für diesen Zeitraum das Sozialgesetzbuch zu ändern. Laut IG Metall-Vize Jürgen Peters will seine Organisation „keineswegs“ die Rente mit 60 nur auf fünf Jahre begrenzen.

Die Gesetzesänderung ist nötig, um den Kreis derjenigen, die vorzeitig mit 60 in Rente gehen können, um Arbeitnehmer mit 35 Versicherungsjahren zu erweitern. Bislang können nur Frauen, Langzeitarbeitslose, Schwerbehinderte und Alterszeitler früher ausscheiden. Paragraph 187a Sozialgesetzbuch (SGB) VI erlaubt es, den damit verbundenen Rentenabschlag von maximal 18 Prozent (0,3 Prozent pro Monat) durch eine Einmalzahlung in die Rentenkasse zu vermeiden.

Je nach Renteneintrittsalter beträgt diese Einzahlung zwischen 45 000 und 100 000 Mark pro Arbeitnehmer. Bezahlt werden

müsste sie – so die Vorstellung der IG Metall – vom Arbeitgeber, falls ein Beschäftigter seinen Anspruch auf früheren Ruhestand geltend macht. Falls der Arbeitgeber die freigewordene Stelle wieder besetzt, soll ihm das Geld aus dem Tariffonds erstattet werden.

Diese Pflicht zur Wiederbesetzung hat gleich mehrere Vorteile: Sie besitzt eine – im Unterschied zur Altersteilzeit – direkt durchschlagende Wirkung auf den Arbeitsmarkt, ermöglicht den Arbeitgebern, ihre Belegschaft zu verjüngen, und könnte sich sogar für sie rechnen, denn ein jüngerer Arbeitnehmer dürfte billiger sein.

Das IG Metall-Modell ist denn auch „in erster Linie ein Einstiegs-

Ja zur Rente mit 60

Die Bereitschaft zum Lohnverzicht zu Gunsten der Rente mit 60 insgesamt



Quelle: polis, Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung, München

61 Prozent der Beschäftigten sind bereit, in den nächsten beiden Jahren auf einen Teil des Einkommenszuwachses zu verzichten, um die Rente mit 60 möglich zu machen. Das hat eine Umfrage im Auftrag der IG Metall ergeben.

modell für junge arbeitslose Menschen und erst in zweiter Linie ein Ausstiegsmodell für Ältere“, erklärt Peters. Von einer Luxusrente könne zudem keine Rede sein. Denn die Älteren müssten in Kauf nehmen, nach ihrem Ausscheiden keine zusätzlichen Rentenansprüche mehr erwerben zu können. Sie verzichten pro Jahr, das sie früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden, auf 50

Mark Rente. Umgekehrt sei die Belastung Jüngerer im Durchschnitt nicht höher als monatlich 18 Mark. Das ist der Gegenwert von 0,5 Prozent des durchschnittlichen Facharbeiterlohns.

Der paritätisch mit jährlich einem Prozent der Lohnsumme finanzierte Tariffonds bringt jährlich 2,5 Milliarden Mark auf. Für diese Einzahlungen werden keine Steuern fällig, denn es entsteht „kein Besteuerungsvorgang“, so Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD). Der Finanzminister und er seien da „völlig einer Meinung“.

Rund 371 000 Metall-Beschäftigte sind zwischen 55 und 60 Jahre alt, aber nicht alle sind bzw. werden 35 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt sein. Berücksichtigt man noch die, die nicht vorzeitig in Rente gehen wollen oder schon gegangen sind, „dürften etwa 142 000 Menschen in der Metallindustrie für das Modell in Frage kommen“, so der IG Metall-Info dienst *direkt*. 100 000 Arbeitslose weniger bedeuten eine Kostenentlastung von jährlich 4,5 Milliarden Mark.

Die IG Metall geht davon aus, dass sie auf Bundeskanzler Gerhard Schröder und Arbeitsminister Riester zählen kann – und die Regierung die Sozialgesetzbuchänderung notfalls auch gegen den Widerstand der Arbeitgeber auf den Weg bringt. „Sonst läuft sich das Bündnis für Arbeit tot“, so IG Metall-Sprecher Eilrich. IG Metall-Chef Klaus Zwickel: „Wenn die Politik nicht handelt, können wir das Ausscheiden mit 60 nicht in der kommenden Tarifrunde organisieren.“ Dann wäre die IG Metall gezwungen, die Tarifrunde 2000 „ausschließlich über Lohnerhöhungen anzugehen“.

Einen Pilotbezirk zur Durchsetzung der Rente mit 60 wird es nicht geben. Dafür, heißt es, sei das Vorhaben zu groß. •

Rede und Antwort

0800 / 446 25 84 – unter dieser Rufnummer beantwortet IG Metall-Chef Klaus Zwickel und andere Experten am 24. November zwischen 16 und 18 Uhr gebührenfrei alle Fragen zur Rente mit 60.

Reaktionen

Auch in der ÖTV wächst das Interesse an der Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt. ÖTV-Vorsitzender Herbert Mai: „Ab 2001 wäre die Rente mit 60 auch im öffentlichen Dienst möglich, vorausgesetzt, die Tarifkommission will diesen Weg gehen.“ Für die IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE) hat nach den Worten ihres Vorsitzenden Hubertus Schmoldt die Altersteilzeit „oberste Priorität“. Das muss kein Gegensatz sein. So hält es Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) für denkbar, die Rente mit 60, Altersteilzeit und private Altersvorsorge per Tariffonds miteinander zu verknüpfen – „aber das ist Sache der Tarifvertragsparteien“. Auch IG Metall-Vize Jürgen Peters hält es für vernünftig, die Rente mit 60 einzuführen und gleichzeitig die Altersteilzeit zu verbessern: „eine sinnvolle Doppelstrategie“.

DGB-Bildungswerk

Veranstaltungen im Posterformat



Mausgrau und im Jackentaschenformat kommt das Jahr-2000-Programm des DGB-Bildungswerks daher. Doch der erste Eindruck täuscht: Ausgefaltet hat der völlig neu gestaltete Terminplan Postergröße. Auf knapp einem halben Quadratmeter Papier haben potenzielle SeminaristInnen alle 264 Veranstaltungen im Blick. Von „Arbeit und Recht“ über „Computer – Medien – Datennetze“ bis zu „Politik – Wirtschaft – Gesellschaft“ sind die Seminare in sechs farblich markierte Themengruppen gegliedert. Bei rund 30 Veranstaltungen weist ein roter Stern auf mögliche Kinderbetreuung hin. Los geht es im neuen Jahr unter anderem mit den Seminaren „Klappe riskieren? – Mitreden statt still ärgern“ (9. bis 14. Januar, Bildungszentrum Hattingen, 150 Mark) und „Einführung in die praktische Nutzung von Intranet und Internet für Betriebs- und PersonalrätInnen“ (16. bis 21. Januar, Bildungszentrum Hattingen, 1150 Mark). Wer schon den Jahreswech-

sel 2000/01 plant, dem sei das „Politische Silvester“ empfohlen (30.12.2000 bis 1.1.2001, Bildungszentrum Niederpöcking). •
Bestellung und Anmeldung
Fax: 0211/43 01 500

Hans-Böckler-Stiftung

Dokumentarfilme ausgezeichnet

Auf dem 42. Internationalen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm hat die Hans-Böckler-Stiftung erstmals einen Förderpreis verliehen. Den ersten Preis erfilmt sich die Berlinerin Nicole Volpert mit ihrem Doku-Streifen „Assessmentgecentert“, in dem laut Jury „einer der typischen Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt behandelt wird“. Volpert erhielt 3000 Mark Preisgeld sowie 40 000 Mark Produktionskostenzuschuss. Die beiden zweitplatzierten Filme von Bettina Braun, Almut Christiane Getto und Bettina Wandaogo (Köln) sowie Peter Dommaschk (Cottbus) wurden mit je 2000 Mark belohnt. Anerkennungspreise zu je 1000 Mark erhielten Markus Mischkowski (Köln) und Armin Biehler (Weil am Rhein). Im Jahr 2000 sind Filme zum Thema „Jobs! Jobs! Jobs!“ gefragt. FilmerInnen können bis zum 31. März ihre Werke einreichen. •

Bewerbungsunterlagen
Fax: 0211/77 78 225

Kampagne „children's hour“

Letzte Spende vor dem Millennium

Über acht Millionen Stunden hat ein Jahrtausend. Der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung geht es bei ihrer Kampagne „children's hour“ nur um eine davon: Sie ruft Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen dazu auf, den Verdienst der letzten Arbeitsstunde in diesem Jahrtausend für Kinder und Jugendliche zu spenden. Mit diesem Geld wird die Stiftung Projekte fördern,

die jungen Menschen berufliche und soziale Zukunftschancen eröffnen. Unterstützt wird die Aktion vom DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, von Boris Becker und mehreren Ministerpräsidenten. •

Tel.: 0800/40 40 123
Internet: www.childrenshour.de
Spendenkonto: Deutsche Bank, BLZ 100 700 00, Konto 1999, Stichwort „children's hour“.



„Helpline“ gestartet: Die DGB Rechtsschutz GmbH hat einen neuen Service für GewerkschafterInnen gestartet. Unter der Rufnummer 01803/118337 beantworten Rechtsschutzsekretäre von montags bis freitags zwischen 15 und 20 Uhr kostenlos Fragen des Arbeits- und Sozialrechts. Der Service wird testweise in den vier DGB-Kreisen Hamburg, Augsburg, Wesel und Dresden angeboten. Läuft's erfolgreich, soll der Service ab Frühsommer 2000 bundesweit angeboten werden.

Tagung

Multimedia für Betriebsräte

E-Mails an den Betriebsrat schreiben, Arbeitsrecht online diskutieren oder Betriebsratsinfos im Firmennetz präsentieren – wie können Personal- und Betriebsräte Multimedia für ihre Arbeit nutzen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung „Multimedia-gestützte Beteiligungsinstrumente für Betriebs- und Personalräte“ am 7. Dezember in Wuppertal. Veranstalter sind das Innovationsforum Multimedia und Arbeitswelt, die Technologieberatungsstelle NRW sowie ÖTV, HBV, IG Metall und DAG. Die Teilnahme kostet 45 Mark. •

Fax: 021 61/135 12

Berufsgenossenschaften

Neues Angebot im Internet

Rund um Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz informiert ein neues Internet-Angebot des

Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG). Enthalten sind Hilfen zur Gefährdungsbeurteilung, Datenbanken und Seminarangebote. Geplant ist auch die Zusammenarbeit mit dem Internet-Service der europäischen Arbeitsschutzagentur. •

www.bg-praevention.de

Kommunen der Zukunft

Modelle in der Praxis erproben

Nach zweijähriger Arbeit startet das Projekt „Kommunen der Zukunft“ in seine zweite Phase. Die rund 85 beteiligten Städte und Gemeinden haben bislang 14 Modelle rund um Kostensenkung und mehr Bürgerbeteiligung entwickelt. Diese wollen sie im kommenden Jahr umsetzen, weiterentwickeln und anderen Kommunen zur Verfügung stellen. Das Städte-Netzwerk wird gefördert von Bertelsmann Stiftung, Kommunaler Gemeinschaftsstelle und Hans-Böckler-Stiftung. •

Tel.: 0211/77 78 108
E-Mail: erika-mezger@boeckler.de

interregio

••• Ein **Benefizkonzert** hat am 20. November der **DGB-Kreis Zwickau** für die 9-jährige leukämiekranken Sandra aus Sachsen veranstaltet. Die Eltern des Mädchens benötigen dringend finanzielle Unterstützung, um eine geeignete Knochenmarkspende für ihre Tochter zu finden. Spenden an: Verein für Knochenmarkspenden Sachsen, Sparkasse Zwickau, BLZ 870 550 00, Konto 2 334 078 100, Kennwort „Sandra“.

••• Mit **Regionalen Gewerkschaftsblättern** will der **DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen** die Arbeit der DGB-Ortskartelle in den beiden Bundesländern unterstützen. Die Textsammlungen beschreiben praktische Erfahrungen aus der Kommunalpolitik und sollen den Erfahrungsaustausch zwischen gewerkschaftlichen Regionalverbänden fördern. Mehr Infos: Ulf Birch, Tel. 0511/126 01 32.

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften und PDS

Vorsichtige Entspannung

Fast ein Viertel aller ostdeutschen WählerInnen hat bei den Landtagswahlen 1999 der PDS ihre Stimme gegeben. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern liegt ihr Anteil sogar noch höher: zwischen 27 Prozent in Brandenburg und 29 Prozent in Sachsen. Müssen zehn Jahre nach der Wende, nach CDU und SPD, auch die Gewerkschaften ihr Verhältnis zur PDS überdenken?

Für die meisten Gewerkschaften spielt das Verhältnis zur SED-Nachfolgepartei zurzeit keine Rolle. „Es gibt keine offizielle Position zur PDS“, erklärt Dieter Pougin, für Parteien zuständiger Referatsleiter des DGB. Auch aus den Mitgliedsgewerkschaften sind die Stellungnahmen eher zurückhaltend: „Für uns ist die PDS kein Thema. Genauso wenig wie die Tatsache, dass vermutlich gut fünfzig Prozent unserer Mitglieder in Baden-Württemberg CDU wählen“, meint Claus Eilrich, Pressesprecher der IG Metall. Und Frank Schmidt, Referent für Grundsatzfragen der IG BAU, ergänzt, dass es in der Baubranche wichtigere Probleme gebe – zum Beispiel den steigenden Anteil ausländischer Arbeiter auf Baustellen, besonders durch illegale Arbeitsverleiher, und die parallel dazu wachsende Empfänglichkeit für rechtsextreme Parolen.

Michael Denecke, Pressesprecher der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), geht auf Distanz zur PDS: Es gebe zwar keine Ausschussverfahren gegenüber PDS-Mitgliedern, aber die IG BCE habe grundsätzliche „Bedenken in Bezug auf das Demokratieverständnis der PDS und deren Position zur Marktwirtschaft“.

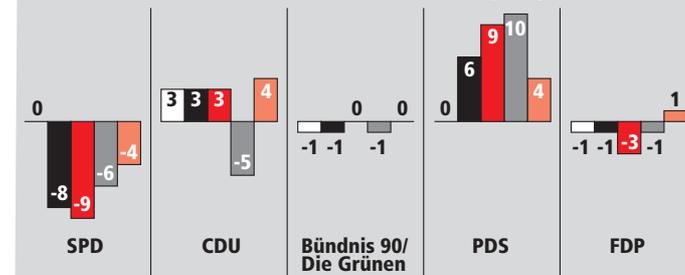
Auf Landesebene ist in den Gewerkschaften eine Zusammenarbeit mit der PDS hingegen kein Tabu mehr. „Nicht jede Forderung ist deshalb falsch, weil die PDS sie

Wahlsieger CDU und PDS

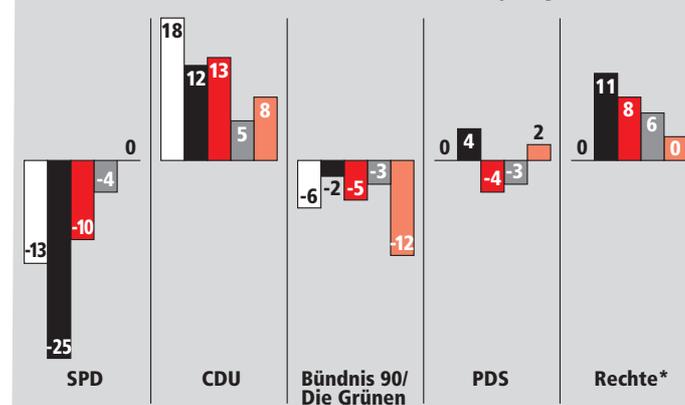
Ergebnisse der Landtagswahlen 1999

□ Saarland ■ Brandenburg ■ Thüringen ■ Sachsen ■ Berlin

Gewinne und Verluste der Parteien bei den über 60-jährigen (in Prozent)



Gewinne und Verluste der Parteien bei den unter 30-jährigen (in Prozent)



*Saarland: REP; Brandenburg/Thüringen: DVU; Sachsen/Berlin: REP und NPD
Quelle: Befragung von WählerInnen am Wahltag durch die Forschungsgruppe Wahlen

Während die PDS vor allem bei den über 60-jährigen erhebliche Stimmenzuwächse erzielen konnte, ist bei den unter 30-jährigen die CDU der eindeutige Wahlsieger.

erhebt“, meint Hasso Düvel, Bezirksleiter Brandenburg-Sachsen der IG Metall. „Wir arbeiten mit allen Parteien zusammen, die auf unsere Fragen überzeugende Antworten geben.“ Für die Gewerkschaften, begründet Düvel seinen pragmatischen Kurs, „reicht es nicht, die richtigen Vorschläge zu haben, man muss sie auch durchsetzen.“ Auch Jürgen Weißbach, DGB-Landesbezirksvorsitzender in Sachsen-Anhalt, sieht „kein prinzipielles Problem“ bei der Zusammenarbeit mit der PDS. Alle Verabredungen, die es bislang in Sachfragen gegeben habe, hätten einen „verlässlichen Charakter“ gehabt. Eva-Maria Stange (GEW), einzige Ostdeutsche unter den DGB-Vorsitzenden, rät ebenfalls zu einem differenzierten Umgang. Die PDS sei „genauso Nach-

folgeorganisation der SED, wie die CDU in Ostdeutschland Nachfolgeorganisation der Ost-CDU ist“. Entscheidend sei weniger die Vergangenheit, sondern die Frage, wie die PDS sich gegenüber den Positionen der Gewerkschaften verhalte.

Bewegung gibt es auch auf der anderen Seite. „Bei uns“, meint Ulla Lötzer, ehemalige Abteilungsleiterin der HBV und heute Bundestagsabgeordnete der PDS, „gibt es noch Probleme, gewerkschaftliche Positionen zu verankern.“ Als der DGB 1998 in Ostdeutschland auf der Einhaltung von Flächentarifverträgen als Voraussetzung für Subventionen bestand, seien noch lange Diskussionen in der PDS notwendig gewesen, bevor diese Forderung mitgetragen wurde. „Das hat sich inzwischen geändert.“ •

Soziale Gerechtigkeit

Seit den Landtagswahlen 1999 ist das Thema „soziale Gerechtigkeit“ wieder in das Zentrum der Politik gerückt. Was darunter konkret zu verstehen ist, ist jedoch auch unter ArbeitnehmerInnen umstritten – das zeigt eine DGB-Analyse: Während die Mehrheit auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit „Steuergerechtigkeit“ nennt und die geltende Abschreibungspraxis der Großkonzerne und Selbstständigen kritisiert, bringen FacharbeiterInnen häufig auch die „Umverteilung von unten nach oben“ zur Sprache. Jüngere Beschäftigte in Zukunftsbranchen stellen dagegen die „Leistungsgerechtigkeit in den Vordergrund.“

Neue Reihe der Grundsatzabteilung

Die vollständige Wahlanalyse ist unter dem Titel „Ergebnisse und Trends der Wahlen 1999“ in der neuen Reihe „Informationen und Positionen der Grundsatzabteilung des DGB“ nachzulesen.

Bestellung:

DGB-Bundesvorstand
Wally Hengsberger
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf



Im Faxabruf

0211 / 43 01 682

Was ist soziale Gerechtigkeit?

Analyse des DGB zu den Landtagswahlen 1999 (Auszug)

kurz & bündig



IG BAU und Greenpeace haben ein gemeinsames Gütesiegel für ökologische Altbau- und Neubausanierung entwickelt. Die Bundesregierung konzentrierte sich zu sehr auf Verordnungen für Neubauten, obwohl durch die Sanierung bestehender Gebäude wesentlich mehr Energie gespart werden könne und mehr Arbeitsplätze entstünden.



Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr der nach dem ehemaligen IG Metall-Vorsitzenden benannte Otto-Brenner-Preis für besonderes Engagement für Demokratie und Menschenrechte verliehen. Preisträgerin der mit 20 000 Mark dotierten Auszeichnung ist die 37-jährige Andrea Goldberg aus Elsterwerda, die einen jungen Russen vor rechtsextremen Angreifern geschützt hat.



Die GEW hat an Länder und Kommunen appelliert, das von der Bundesregierung erhöhte Kindergeld nicht durch Kindergartengebühren „wieder abzukassieren“. Das Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts fordere eindeutig eine finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern.



DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer hat die Bundesregierung aufgefordert, die Nutzung von EDV, E-Mail und Chipkarten am Arbeitsplatz datenrechtlich zu schützen. Ein entsprechendes Gesetz sei längst überfällig.

SeniorInnenzeitschrift

GEW setzt auf Dialog

Mit einer Nullnummer der Zeitschrift „Dialog“ unternimmt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Versuch, eine speziell an ältere Mitglieder gerichtete Publikation zu etablieren. „Dialog“ richtet sich an Menschen, „die schon aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind oder sich darauf vorbereiten“, so die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange. Themen der ersten Ausgabe sind Rente mit 60, Computer-Kurse für Ältere und die erste SeniorInnen-Uni in Deutschland. Wenn die Reaktionen

tete Publikation zu etablieren. „Dialog“ richtet sich an Menschen, „die schon aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind oder sich darauf vorbereiten“, so die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange. Themen der ersten Ausgabe sind Rente mit 60, Computer-Kurse für Ältere und die erste SeniorInnen-Uni in Deutschland. Wenn die Reaktionen

auf die „Nullnummer“ positiv ausfallen, soll „Dialog“ künftig viermal jährlich als Beilage in der Mitgliederzeitschrift *Erziehung und Wissenschaft* erscheinen. •

Neue Internet-Homepage

verdi-net.de

Was im Gewerkschaftsalltag noch gelingen muss, machen DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV im Internet schon vor: Seit Mitte November präsentieren sich die fünf ver.di-Gewerkschaften im Web unter einer gemeinsamen Adresse. Unter „www.verdi-net.de“ sind Basisinformationen über die neue Gewerkschaft und ihre Vorläufer-

organisationen abrufbar. Außerdem sollen die wichtigsten Ergebnisse der außerordentlichen Gewerkschaftstage eingestellt werden.

Klarheit herrscht inzwischen auch über den Namen der Gewerkschaft: Aufgelöst lautet das Kürzel „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“. Monatelang war „ver.di“ als „Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft“ durch die Presse gegeistert, auch im *einblick*. •

Schriftstellerverband

Grass feiert mit

Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) wird dreißig. Gefei-ert wird vom 2. bis 4. Dezember in Köln. Neben Lesungen stehen auch Diskussionen über die Rolle der Literatur im neuen Jahrtausend auf dem Programm des Jubiläumskongresses des in der IG Medien organisierten Verbandes. Unter den Gästen ist neben Bundespräsident Johannes Rau auch Literaturnobelpreisträger Günther Grass, der gemeinsam mit Heinrich Böll und Martin Walser eines der Gründungsmitglieder des Schriftstellerverbandes ist. •

Image-Kampagne 2000

Die heiße Vorbereitungsphase beginnt

DGB-intern gehen die Vorarbeiten für die Image-Kampagne voran, die am 1. Mai 2000 gestartet wird. Großflächen für die Plakatierung sind bundesweit gebucht. In Hannover – die Expo 2000 spielt im Kampagnen-Konzept eine wichtige Rolle – ist der Platz für ein Riesenposter („Blow-up“) schon ausgeguckt. Gerade werden Varianten geprüft, mit denen die Fassade der Berliner DGB-Zentrale im Kampagnen-Look geschmückt werden soll.

Noch nicht gefallen ist die Entscheidung über einzelne Plakat- bzw. Anzeigenmotive. Das Startmotiv wird zugleich das Maiplakat 2000 sein. Der Bundesvorstand wird darüber in seiner Dezember-Sitzung beschließen. Danach geht das Maiplakat seinen gewerkschaftlichen Gang: Die DGB-Kreise werden auf der Grundlage eines Prospekts bestellen können. Das Design der Kampagne steht. Auf

Informations- und Beratungstreffen mit den Gewerkschaften sowie den DGB-Landesbezirken wurde es kritischen Debatten ausgesetzt.

Zurzeit sind vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen: Erstens müssen die Themen der Kampagne konkretisiert und mit den realpolitischen gewerkschaftlichen Ansätzen für das Jahr 2000 verzahnt werden. Zu diesem Zweck werden sich im Dezember auch die Vorstandsekretäre der Gewerkschaften in Berlin treffen. Zweitens muss über die Kampagne und ihr Anliegen organisationsintern umfassend informiert werden.

In den Gewerkschaften und auf allen DGB-Ebenen steht die Frage an, wie vor Ort, in den Betrieben und Büros die Kampagne genutzt und umgesetzt werden kann. Für jede Gewerkschaft und jeden Landesbezirk wurde auf einer CD-ROM der gegenwärtige Entwicklungs-

stand des Kommunikations-Konzepts zusammengefasst. Die Vorbereitungsarbeiten kommen damit in ihre heiße Phase, denn ab jetzt entscheidet sich, ob die Kampagne im Gewerkschaftsbund Fuß fasst, Akzeptanz findet oder auf Ablehnung stößt.

Gabriele von Camen, Beraterin des DGB für die Image-Kampagne, sagt es so: „Die Werbung prägt das Gesicht der Kampagne. Deshalb ist es verständlich, dass die Entscheidung über Plakate und Slogan immer für Aufregung sorgt. Aber der Erfolg hängt von etwas anderem ab: ob die Kampagne Beine bekommt, ob die Gewerkschaften einsteigen. Ziel der Kampagne ist, den heutigen und künftigen Sinngehalt von Gewerkschaften zu vermitteln. Das können letztlich nur die Gewerkschaften selbst. Die Kampagne bietet ideale Chancen dafür.“ •

ver.di-Gründung

Neue Ideen aus alten Konzepten?

ver.di ist eine große Chance für einen neuen Aufbruch – davon sind Werner Albrecht, Steffen Kühhirt, Frank Steibli und Uschi Tamm, Beschäftigte der ÖTV-Hauptverwaltung, überzeugt. Aber sie befürchten, dass die neue Gewerkschaft auf alten Strukturen und Konzepten aufbaut. **einblick** präsentiert Auszüge ihres Diskussionspapiers.

Die Ablösung der Industriegesellschaft durch die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft schafft neue Arbeitsformen, neue Arbeitsbeziehungen und eine neue Ökonomie. In naher Zukunft werden sich neue Arbeitsplatzformen wie Telearbeit, aber auch neue Angestelltenberufe stark ausweiten, vor allem im industriebezogenen Dienstleistungssektor. Tarifgeschützte, fest genormte Arbeitsplätze werden abnehmen. Und die Informationsrevolution geht weiter. Das Internet wird neue Kommunikationswege hervorbringen und Arbeitsorte mit vielen Beschäftigten weiter schrumpfen lassen. Die klassischen Organisationswege der Gewerkschaften werden immer enger und immer holziger. Viele ver.di-Programmatiker verharren jedoch in der Zeit des Industriezeitalters, sie nehmen die neue Welt, ihre Chancen und Herausforderungen nicht wahr. Einige ver.di-Programmatiker können sich nicht vorstellen, dass Arbeit mit neuer Flexibilität bei Zeit und Ort, selbstverantwortlicher Auftragsfülle und individuellem UnternehmerInnengeist ein Gewinn sein könnte. Die Idee einer neuen Lebenskultur ist in Gewerkschaftskreisen noch nicht angekommen.

Das Neue ängstigt viele ver.dianer. Ein Zusammenschluss zur „Megagewerkschaft“ reicht nicht aus, wenn keine neuen Visionen, keine neue politische Orientierung, kein verbessertes Dienstleistungsangebot, kein neues ökonomisches Denken, keine neuen Strukturen und kein neues Nachdenken über das Verhältnis von Mensch und Arbeit Einzug halten. Die neuen Angestellten werden nicht mehr in dem Maße wie bisher nach kollektiven Rahmenbedingungen arbeiten – und sie wollen es auch nicht mehr! Die heutigen Gewerkschaften und ihre Angebote und Leistungen sind Erzeugnisse der Industriegesellschaft. Sie haben in der Postmoderne keine Zukunft mehr – wenn sie nicht fortentwickelt und ergänzt werden.

Über ihre Arbeitszeit entscheiden die neuen unternehmerischen Einzelnen zukünftig je nach Auftragslage und -dichte selbst. Die angenommenen Aufträge entscheiden auch über das jeweilige Einkommen. Trotzdem haben Gewerkschaften als Organisation vieler Einzelner unserer Meinung nach eine Zukunft: Sie müssen allerdings ihr Profil ändern, den neuen Herausforderungen mit neuen gewerkschaftlichen Angeboten begegnen.

ver.di sollte sich stark an den neuen Dienstleistungsbranchen orientieren. Neue Themen, neue gewerkschaftliche Leistungen könnten sein: Aushandeln von Honorarregeln oder Mindesteinkommen, Schaffung von Einkommenssicherheit in Zeiten von Berufswechseln, Familienphase oder schlechter Auftragslage, Vereinbarungen zur Weiterbildung und Freistellung für Qualifizierungen.

Wir müssen uns entscheiden: Gestaltung oder Daueropposition?

Wird man zu einer Reformkraft, indem man alte Ziele wiederholt? Sind Reformer diejenigen, die aus dem Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital ihr tägliches Feindbild definieren, die sich permanent zur „Gegenmacht“ ausrufen? Versteilt dies nicht den Blick auf den eigenen Gestaltungsauftrag? Gewerkschaften drohen sich mit der Rolle der Neinsager zufrieden zu geben. Schon macht die Runde, die neue Gewerkschaft solle nicht ver.di heißen, sondern „da.gegen“. Attraktivität gewinnt man nicht dadurch, dass man sie einfach ausruft, sie hat viel mit dem Erscheinungsbild zu tun.

Die bisherigen Strukturen der Fusionspartner halten wir nicht für die geeignete Antwort auf die Herausforderungen von morgen. Die neuen dienstleistungsorientierten Branchen werden in kleinen und mittelgroßen Betrieben oder gar mit Telearbeit organisiert. Vorstellungen, wie sie bei ver.di diskutiert werden – und die eine gestärkte vierte Ebene im Betrieb vorsehen –, stehen den neuen Arbeitsformen konträr gegenüber. Solche Überlegungen sind immer noch Abbilder einer traditionellen Gewerkschaftsstruktur und sind dem Mythos der „betrieblichen Verankerung“ verhaftet. Wir brauchen neue Strukturen. Das Projekt ver.di bietet eine gute Chance, Neues auszuprobieren, Neues anzubieten. Dazu muss ver.di aber neuem Denken Platz bieten, muss neues Denken fördern und nicht gleich abtun.

ver.di braucht Glaubwürdigkeit und Profil. Zwischen Reden und Handeln, zwischen Ankündigung und Ergebnis dürfen nicht tiefe, breite Gräben klaffen. Ein klassenkämpferischer, linksradikaler Gestus zu Gunsten von Arbeitslosen und Armen verärgert das Publikum, wenn am Ende nur eine satte Lohnerhöhung für die Insider der Arbeitswelt herauskommt. ●

„Manchmal müssen Dinge sich ändern, damit sich etwas bewegt“

Von der Plakatreklame eines Autohauses, die gegenüber der Stuttgarter ÖTV-Zentrale hängt, ließen sich Werner Albrecht, 38, Projektleiter Kommunikationsstrategie,



Steffen Kühhirt, 32, Bundesjugendsekretär, Frank Steibli 33, Referatsleiter Organisationsentwicklung, und Uschi Tamm, 35, Mitarbeiterin im Zentralen Organisationsbüro, inspirieren:

„Sind die Gewerkschaftstage das Ende oder nicht viel eher der Anfang eines Prozesses? Welche Fragen müssen noch an- und ausgesprochen werden? Brauchen wir eine andere Kommunikationskultur? Wird eine ‚virtuelle Gewerkschaft‘, eine Kombination aus Online-Gewerkschaft und Berater-Gewerkschaft, künftig notwendig? Brauchen wir ‚ver.di 24‘? Sind wir eine Mischung aus ADAC und PDS?“



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Fax-Abwurf:

0211/43 01 686

Diskussionspapier zur ver.di-Gründung

Vier Seiten ist dieser einblick umfangreicher. Platz, den die Redaktion für Bücher geschaffen hat. Für einblicke in das Innenleben der Gewerkschaften und ausblicke auf die Zukunft der Arbeit.

Europa – Labor der Weltgeschichte

Wer sich für Europas politische und kulturelle Vielfalt – deren Geschichte, Gegenwart und Zukunft – nicht nur am Rande interessiert und wer mit Zeitungswissen allein nicht mehr zufrieden ist, dem sei dieser Wälzer empfohlen (auch wenn der Europäische Gewerkschaftsbund nur beiläufig erwähnt wird). Denn Gesamtdarstellungen dieser Art sind Mangelware: Ein Team von 57 AutorInnen, allesamt WissenschaftlerInnen wie der Bremer Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, betrachtet den Kontinent als „Labor der Weltgeschichte“, zieht eine Bilanz der europäischen Integration und verschafft den LeserInnen einen „Überblick über die Akteure und Probleme, die die nahe Zukunft Europas prägen werden“. In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Bertelsmann-Forschungsgruppe Politik an der Uni München hat die Bertelsmann-Stiftung ein in sieben Kapitel gegliedertes Handbuch vorgelegt. Nach einem kurzen Rückblick auf die historische Ausgangslage werden die Staaten



Europas – und nicht nur die der Europäischen Union – skizziert. Das dritte Kapitel widmet sich der europäischen Einigung. Anschließend werden die Rolle Deutschlands, die Einstellungen zu Europa, dessen Außenbeziehungen und Zukunftsaussichten beleuchtet. Abkürzungsverzeichnis und Sachregister erleichtern den Umgang mit dem Handbuch. „Europa in Zahlen“ sowie eine ausführliche „Zeittafel der europäischen Integration“ runden das Mammutwerk ab. **Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1999, 960 Seiten, 68 DM**

Auf dem Prüfstand

Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist ins Gerede gekommen. 41,8 Milliarden Mark gibt die Bundesanstalt für Arbeit allein in diesem Jahr für Beratung und Vermittlung, Fortbildung und Umschulung, Arbeitsbeschaffungsprogramme und Lohnkostenzuschüsse aus – genug, um die Effizienz dieser Ausgaben ernsthaft zu prüfen. Die Autoren unternehmen diesen – längst überfälligen – Versuch, sichten eine Vielzahl von Studien und schauen sich im benachbarten Ausland um. Ihre Ergebnisse und Empfehlungen, übersichtlich geordnet, kurz gefasst und verständlich formuliert, mögen

überraschen. So plädieren sie für mehr Beratung und Vermittlung, stärkere Zielgruppenorientierung aller Qualifizierungsmaßnahmen und Wahrung des Lohnabstandsgebots. Das Buch ergreift nicht einseitig Partei, es ist als Einstieg in fundierte, ergebnisorientierte Diskussionen über sinnvolle arbeitsmarktpolitische Strategien hervorragend geeignet. **Martin Kröger, Ulrich van Suntum: Mit aktiver Arbeitsmarktpolitik aus der Beschäftigungskrise? Ansätze und Erfahrungen in Großbritannien, Dänemark, Schweden und Deutschland, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1999, 236 Seiten, 25 DM**

Wider den Tanz um das Goldene Kalb

„Kann denn Mammon christlich sein?“, fragte Klaus Zwickel anlässlich einer Laienpredigt im Februar 1999 in der St.-Katharinen-Kirche in Hamburg und hielt ein Plädoyer für eine gesellschaftliche Reformoffensive über das Bündnis für Arbeit hinaus. Der Vorsitzende der IG Metall in der leicht überarbeiteten gedruckten Fassung: „Zukunftsanst, soziale Deklassierung, Arbeitslosigkeit und Armut“ könnten zur Ablehnung der Demokratie führen und damit die Grundfesten unseres Staates erschüttern. Der „Tanz um das Goldene Kalb“, die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, führe dazu, dass unser System verarme. Ein Prozess, vor dem der Vorsitzende der welt-

größten Einzelgewerkschaft warnen möchte. Die Entscheidung, alles nur unter Kostengesichtspunkten zu werten, bedrohe die gesamtgesellschaftliche Orientierung. **Klaus Zwickel: Kann den Mammon christlich sein?, Steidl Verlag, Göttingen 1999, 30 Seiten, 10 DM**



Private Dienstleister – gewerkschaftliches Niemandsland

Die Handlungsbedingungen von ArbeitnehmerInnen und BetriebsrätInnen im privaten Dienstleistungs-

sen wahren. Gleichzeitig, so der Autor Wolfram Wassermann, ist dieser Bereich „gewerkschaftliches Niemandsland“. Arbeits- und sozialrechtliche Zusammenhänge seien häufig grundsätzlich gestört. Dabei stellt Wassermann fest, dass der Mangel an gewerkschaftsübergreifender Kooperation, die Beschränkung der Perspektive der betrieblichen Interessenvertretung auf den traditionellen Betriebsbegriff und die Begrenzung gewerkschaftlicher Betriebspolitik auf den Bereich der „eigenen Organisation“ den Anforderungen im Dienstleistungsbereich nicht mehr gerecht wird. Er gibt Beispiele und Hinweise zu zukünftig notwendig werdenden Betriebsratsstrukturen und analysiert den Entwicklungsbedarf bei den Gewerkschaften. **Wolfram Wassermann: Diener zweier Herren. Arbeitnehmer zwischen Arbeitgeber und Kunde, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1999, 270 Seiten, 48 DM**



sektor stehen im Fokus der Studie „Diener zweier Herren“. Der private Dienstleistungssektor ist ein wichtiger wirtschaftlicher Wachstumsbereich, schon heute stehen 2,5 Millionen Beschäftigte zwischen Auftrag- und Arbeitgebern in einer doppelten Abhängigkeit: Sie müssen im Dienstleistungsbereich versuchen, es beiden recht zu machen. Und sie müssen gegenüber beiden Herren eigene Interes-

Folgen der 35-Stunden-Woche

Auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung haben die Arbeitgeber mit einer nachdrücklich verfolgten Strategie der Arbeitszeitflexibilisierung geantwortet. Nach Einführung der 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Metallindustrie setzten die Unternehmen darauf, auch in den Kernbereichen der Branche vom Normalarbeitszeitstandard wegzukommen. Das wirft die Frage nach der praktischen Handhabung neuer Zeitmodelle und nach den Folgen für die betriebliche Arbeitszeitpolitik auf. Die AutorInnen der Studie „Forcierte Arbeitszeitflexibilisierung“ untersuchen empirisch, in welchen Arbeitszeitformen die 35-Stunden-Woche umgesetzt wurde, welche Chancen, aber auch welche Probleme für die Beschäftigten damit einhergehen. Sie zeigen, wie sich die zunehmende Verschiebung der Regulierungskompetenzen von der Tarif- auf die Betriebsebene auswirkt. Die umfassende Situationsanalyse zeigt die



möglichen Grenzen einer forcierten Arbeitszeitflexibilisierung auf. Die von den Gewerkschaften angestrebten Ziele – insbesondere ein spürbarer Beschäftigungseffekt und mehr Zeitwohlstand für die Beschäftigten – lassen sich im Ergebnis nur durch eine stärkere tarifvertragliche Regulierung erreichen.

Christa Herrmann u.a.: Forcierte Arbeitszeitflexibilisierung. Die 35-Stunden-Woche in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis, edition sigma, Berlin 1999, 220 Seiten, 27,80 DM

Zeit für Lebensqualität

Nach wie vor ist die Frage aktuell, ob anhaltender Arbeitslosigkeit nicht durch Umverteilung der Erwerbsarbeit mit einschneidenden kollektiven Arbeitszeitverkürzungen begegnet werden könnte. Im Mittelpunkt steht dabei ein neues Wohlstandsmodell, das eine existenzsichernde Erwerbsarbeit, hohe Lebensqualität und eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung miteinander verknüpft. Den damit

zusammenhängenden Fragen geht die Studie „Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung“ nach. Am Beispiel des Volkswagen-Tarifvertrages wird gezeigt, dass die Auswirkungen weit über die geplante solidarische Umverteilung von Arbeit und Einkommen hinausgehen. Sie berühren die Lebensqualität und die Lebensführung der Beschäftigten. Die Autoren zeichnen ein plastisches Bild der Veränderungen in Betrieb und Alltag, der subjektiven Wahrnehmung neuer Möglichkeiten, aber auch der Einschränkung privater Gestaltungschancen durch Rücknahme der Arbeitszeitverkürzung und die vielfache Flexibilisierung.

Volker Hielscher, Eckart Hildebrandt: Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung, edition sigma, Berlin 1999, 290 Seiten, 33 DM



Daten zur sozialen Lage

Die vor rund zehn Jahren nach dem Fall der Mauer hohe Erwartungshaltung der BürgerInnen in den neuen Bundesländern im Hinblick auf Veränderungen in allen Lebensbereichen hat sich inzwischen relativiert. Dabei bemisst sich die allgemeine Lebenszufriedenheit nach drei Einflussfaktoren: dem Vergleich von Lebensumständen aus dem unmittelbaren sozialen Umfeld, dem Vergleich zur Situation vor 1990 und zunehmend auch der „regionale“ Vergleich mit den alten Bundesländern. Wesentliche Veränderungen habe es in Bereichen gegeben, in denen die Zufriedenheit 1990 noch über dem Durchschnitt lag (soziale Sicherheit, Arbeit, Bildung, Leben mit Kindern). Dort sei die Zufriedenheit deutlich gesunken. Indes messen sich die Lebenslagebewertungen durch den



Einzelnen nicht vorrangig am Einkommen, sondern am Maß der Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse des Menschen, die ihm ein menschenwürdiges Dasein und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglichen. Diese Bedingungen zeichnet der Sozialreport 1999 in zahlreichen Analysen und Tabellen nach und gibt so Aufschluss über die Befindlichkeit der Bevölkerung in den neuen Ländern.

Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Verlag am Turm, Berlin 1999, 380 Seiten, 39,50 DM

Anekdoten rund ums große Geld

Einmal im Jahr tagen die Spitzenvertreter aus Diplomatie, Wirtschaft und Wissenschaft auf dem Weltwirtschaftsgipfel und diskutieren lediglich ein Thema: Geld. Was Außenstehenden als Treffen von globaler Bedeutung erscheint, entpuppt sich in der Beschreibung des amerikanischen Gipfelteilnehmers Lapham als Small Talk: Sein Buch „Die Agonie des Mammon“ ist keine Analyse von Positionspapieren und Beschlüssen. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Anekdoten rund ums große Geld. Die Beschreibung eines chinesischen Vertreters etwa, der die Wirtschaftskraft seines Landes an der Zahl der Handys misst. Dass er damit der Bedeutung des Gipfels durchaus gerecht wird, be-



stätigt ihm ein anderer Teilnehmer: „Wenn Sie glauben, dass Ihnen der Sinn der ganzen Veranstaltung entgeht, dann machen Sie sich keine Sorgen. Der entgeht allen.“

Lewis Lapham: Die Agonie des Mammon. Die Herrscher des Geldes tagen in Davos und erklären sich die Welt, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1999, 115 Seiten, 24,80 DM

Aufbruch aus erstarrten Strukturen

Noch nie in ihrer über einhundertjährigen Geschichte haben die Gewerkschaften in Deutschland über einen so langen Zeitraum in unveränderten Strukturen gearbeitet wie zwischen 1949 und Mitte der neunziger Jahre. Inzwischen ist Bewegung in die Strukturen geraten, zwingen das Ende des Industriezeitalters und die Globalisierung die Gewerkschaften zu immer neuen Fusionen. In mehr als einem Dutzend Einzelbeiträgen analysieren unter dem Titel „Bilanz mit Aussichten“ Industriosozologen und Gewerkschaftshistoriker den Erfahrungsschatz und die Modernisierungskonzepte der bislang größten Einzelgewerkschaft im DGB, der IG Metall. Dass dabei mit den Arbeitgeberverbän-

den ein oft zu wenig beachteter Faktor mit in den Blick gerät, gehört zu den Stärken des Buchs.

Hans O. Hemmer (Hrsg.): Bilanz mit Aussichten. Die neue IG Metall, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden 1999, 226 Seiten, 59,80 DM



Sozialpolitik: Von den Nachbarn lernen

Der Blick über die Grenzen öffnet Perspektiven – auch in der Sozialpolitik. Davon sind Lothar Lißner und Josef Wöss, die Autoren des Buches „Umbau statt Abbau“, überzeugt. In ihrer Studie vergleichen sie die Sozialstaatssysteme

und ihre Finanzierung in Deutschland, Österreich und Schweden. Drei Länder mit ausgeprägter Sozialstaatstradition und auf ähnlichem Wohlstandsniveau, doch die Unterschiede zwischen den einzelnen Systemen sind zum Teil erheblich.

Das Buch präsentiert zahlreiche Fakten, Praxisbeispiele und Analysen zu den Themenfeldern Rente, Familienpolitik, Krankenversicherung, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit. Sie zeigen: Es gibt keine Patentrezepte, doch es lohnt sich, voneinander zu lernen. Die Autoren sind davon überzeugt, dass soziale Ausgleichsmechanismen für den Zusammenhalt der Gesellschaften

unverzichtbar und die Horrorszenarien vom drohenden finanziellen Kollaps reichlich übertrieben sind. In einer sich ändernden Welt müssen aber auch die Sozialsysteme laufend an die Problemstellungen angepasst werden.

Lothar Lißner, Josef Wöss: Umbau statt Abbau. Ländervergleich über den Sozialstaat, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 1999, 321 Seiten, 49 DM

Fast zu schön zum Verschenken

Ein Buch ist mehr als nur ein Text zwischen zwei Umschlägen – das zeigt das KalenderBuch 2000. Das Projekt mit dem Thema „Buchgestaltung“ ist in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Künste Bremen durchgeführt worden. Der

Kalender stellt anschaulich die Möglichkeiten der Buchgestaltung anhand von Arbeiten früherer und heutiger Studierender der Bremer Hochschule dar. Das KalenderBuch steht für die Tradition der Gilde, die vor 75 Jahren vom Bildungsverband der deutschen Buchdrucker gegründet wurde: „Bücher voll guten Geistes und schöner Gestalt“ sollten zu günstigen Preisen Arbeiterfamilien zugänglich gemacht werden.

KalenderBuch 2000, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 1999, 64 Seiten Kalendarium und 28 vierfarbige, mehrfach ausklappbare Tafeln, 38 DM



Weiblicher Führungsstil ein Mythos?

Zum dritten Mal hat Sonja Bischoff, Professorin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, eine Studie zu Frauen und Männern in Führungspositionen vorgelegt. Das Buch fasst die Ergebnisse der 98er Studie zusammen und vergleicht sie mit denen der Jahre 1986 und 1991. Besonderer Schwerpunkt der neuen Untersuchung ist das Thema „Führung“. Das überraschende Ergebnis: Auch wenn das bessere Kommunikationsverhalten von Frauen gelobt wird, hat Bischoff keine Anhaltspunkte für geschlechtsspezifische Führungsstile entdeckt. Ihr Fazit: Noch stehen sich unbewusste Ablehnung und bewusste Befürwortung von Frauen in Führungspositionen meistens unterschwel-

lig, selten offen gegenüber. Männer und Frauen arbeiten gut zusammen, aber nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer in vergleichbaren Positionen. Wenn Unternehmen die Potenziale der Frauen ohne interne Reibungsverluste nutzen wollen, müssen Frauen die gleichen Ressourcen und die gleiche Bezahlung wie Männer erhalten. Bischoff empfiehlt, das zu realisieren, was Unternehmerinnen für sich in Anspruch nehmen können: ein Höchstmaß an Disponierbarkeit über Arbeitszeit und Ort.

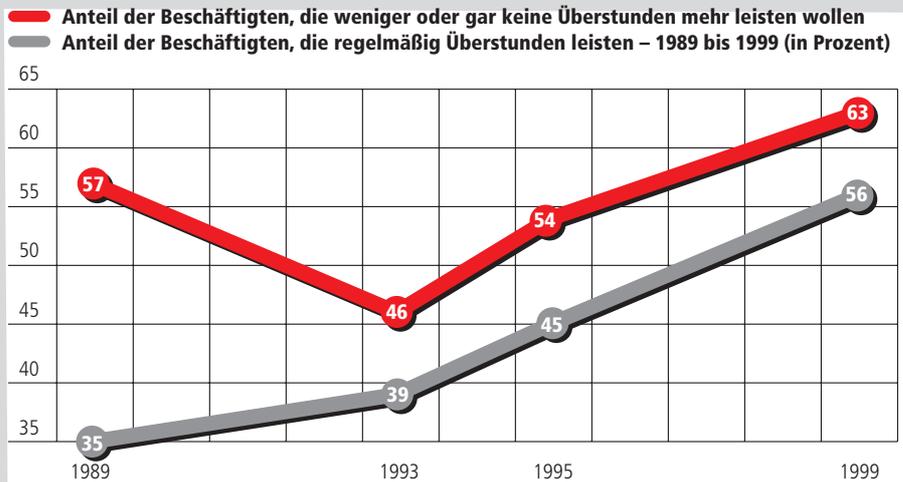
Sonja Bischoff: Männer und Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft in Deutschland. Neuer Blick auf alten Streit, Wirtschaftsverlag Bachem, Köln 1999, 167 Seiten, 48 DM

DIES & DAS

die DGB grafik

MEHRARBEIT: Zunahme trotz wachsender Abneigung

Exakt 4024 abhängig Beschäftigte hat ISO von Ennid interviewen lassen. Zwei interessante Ergebnisse: Der Anteil der Beschäftigten mit Mehrarbeit ist seit 1989 stark gestiegen – die Ablehnung von Überstunden aber auch. Das Überstundenvolumen hat sich im selben Zeitraum pro Beschäftigten von 2,0 auf 2,8 Wochenstunden erhöht. Laut ISO werden in diesem Jahr 1,98 Milliarden Überstunden geleistet. Würden sie um 40 Prozent abgebaut, könnten 500 000 Jobs gesichert oder geschaffen werden.



Quelle: ISO-Institut, Köln, Arbeitszeitbericht 1999

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

- **Klaus Schmitz**, 51, Leiter der Abteilung Struktur- und Umweltpolitik beim DGB-Bundesvorstand, wechselt zum 1. Januar 2000 als Unterabteilungsleiter Europäische Union/Sozialpolitik ins Bundesarbeitsministerium.
- **Alexandra Scheele**, 30, Diplompolitologin, ist ab dem 1. Dezember wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt EIRO. Die deutsche Redaktion des englischsprachigen Internet-Informationssdienstes für europäische Arbeitsbeziehungen ist im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung angesiedelt.
- **Fritz Schösser**, 52, DGB-Lan-

desbezirksvorsitzender in Bayern, ist für die Wahlperiode 1999 bis 2005 zum alternierenden Vorsitzenden der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) gewählt worden. Er nimmt das Amt im jährlichen Wechsel mit **Karl-Ernst Schmitz-Simonis**, 56, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie NRW, wahr. **Erich Standfest**, 56, Leiter der Abteilung Sozialpolitik des DGB, ist zum alternierenden Vorsitzenden des Vorstandes des VDR gewählt worden. Diese Funktion wird im ersten Jahr der Wahlperiode von **Jürgen Hus-**

mann, 60, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), wahrgenommen.

4 TAGE

- 22.11.** Arbeitsbeginn des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt
- 25./26.11.** Schöneberger Forum '99 des DGB: „Berufsbeamtentum im Wandel“, Berlin
- 25./26.11.** WSI-Herbstforum „Flexibilität und soziale Sicherheit?“, Düsseldorf
- 27.11.** 13. Journalistinnen- und Journalistentag der IG Medien, Mainz
- 7.12.** Arbeitsmarktbericht für November

Tipp

CD-ROM: Christian Schoof: Betriebsratspraxis von A bis Z. Version 3.0, Bund-Verlag, Frankfurt/IM. 1999, 178 Mark.

Die Betriebsratsarbeit wird jetzt erleichtert durch die digitale Version der aktuellen Ausgabe dieses Standardwerkes aus dem Bund-Verlag: Die übersichtliche Benutzeroberfläche ermöglicht eine schnellere Suche im Stichwortverzeichnis, und zu vielen Begriffen des Arbeitsrechts stehen mit einem Mausklick Musterschreiben und Checklisten zur Verfügung. Weiterer Vorteil der Software: Alle Gesetzesänderungen, die zum 1. April in Kraft traten, sind eingearbeitet.

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger (verantwortlich für diese Ausgabe), Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abwurf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Das Herz schlägt links ... aber das Hirn sitzt in der Mitte.“

Die Jungen Liberalen Düsseldorf auf ihrer Homepage zu Oskar Lafontaines Buch „Das Herz schlägt links“.

Poker um Mannesmann

Gewerkschaften entdecken Pensionsfonds

Der Versuch von Vodafone-Chef Chris Gent, die Mannesmann AG auch gegen den Widerstand des Managements für 242 Milliarden Mark zu übernehmen, hat in Deutschland eine neue Runde der Globalisierung eingeleitet. Die Gewerkschaften mit einem Verlust von Arbeitsplätzen – und setzen zum ersten Mal auf die Macht der Pensionsfonds. Sie wollen die Anteilseigner überzeugen, dass es auch ökonomisch attraktiv ist, auf eine Zerschlagung von Mannesmann zu verzichten.

Ganz neu ist der Konflikt um Mannesmann nicht. „Auch in Deutschland hat es bereits Versuche einer feindlichen Übernahme gegeben“, sagt Roland Köstler, Mitbestimmungsexperte der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied im Aufsichtsrat von Mannesmann. Und die Frage, ob ein Unternehmen von einem deutschen oder einem ausländischen Management geführt wird, ist „letztlich egal“, meint Gilbert Marchlewitz, Referatsleiter für Außenwirtschaft beim DGB. Eine ausländische Beteiligung „kann für die ArbeitnehmerInnen sogar von

Pensionsfonds: Unterschätzte Macht

Wert der Pensionsfonds im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)

Schweiz	83
Großbritannien	77
Niederlande	68
USA	49
Japan	42
15 Deutschland	

Quelle: Europäischer Gewerkschaftsbund

Pensionsfonds haben sich in den neunziger Jahren zu einem der wichtigsten institutionellen Anleger am Kapitalmarkt entwickelt. Während ihr Wert in Deutschland lediglich 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt, liegt er in der Schweiz bei 83 Prozent.

Vorteil sein“, weil sie nur getätigt wird, wenn die Investition als sicher gilt, weiß Folker Fröbel, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik bei der Gewerkschaft NGG, aus Erfahrung. „Aber die ArbeitnehmerInnen werden leichter erpressbar: Die Produktion kann ins Ausland verlagert werden, wenn die konzerninternen Kennzahlen zu schlecht sind.“

Dass IG Metall und Mannesmann-Betriebsrat gegen die Über-

nahme Sturm laufen, hat einen anderen Grund: Mannesmann habe sich „erfolgreich vom Röhrenhersteller zum kombinierten Telekommunikations-, Technologie- und Röhrenbaukonzern“ gewandelt, wie Rainer Schmidt vom Düsseldorfer Stahlbüro der IG Metall betont. Das Mannesmann-Konzept, das auf die Integration von Mobilfunk und Festnetz setzt, sei „erfolgversprechender als das von Vodafone“. Die Arbeitsplätze seien ohne Fusion sicherer.

Unterstützung erhält die IG Metall vom amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO. Dessen Pensionsverein beeinflusst über Fondsbeteiligungen 13 Prozent der Mannesmann-Aktien. Ende November hat AFL/CIO-Chef John Sweeney amerikanische Investmentmanager aufgefordert, auf das Vodafone-Angebot vorläufig nicht einzugehen. Das Beispiel könnte Schule machen: Auch in Deutschland werden Fondsbeteiligungen von ArbeitnehmerInnen an Bedeutung gewinnen. „Die Gewerkschaften müssen sie als Instrument nutzen“, fordert Roland Köstler. Dass die Renditeerwartungen der Fondsinhaber und die Interessen der Beschäftigten nicht im Gegensatz zueinander stehen müssen, zeigen Erfahrungen in den USA. Vier Billionen Dollar werden dort von Pensionsfonds verwaltet. Wegen der langfristigen Verpflichtungen ist „die schnelle Mark“ für die Fonds „sekundär“, erklärt Dieter Waizenegger, Mitarbeiter des Investment-Büros des AFL/CIO. Eine Partnerschaft zwischen Management und Gewerkschaften sei auch für Investmentmanager interessant: „Als Indikator, dass sich das Unternehmen langfristig auf dem Markt behaupten kann.“

plusminusBERLIN

FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhardt will, dass wie im Fall Holzmann die ArbeitnehmerInnen immer für Fehler des Vorstands haften. Die verblüffend simple Begründung: Es sei „nicht fair“, dass Löhne nicht angepasst werden können, bevor ein Unternehmen in die Pleite rauscht.

Wer in Orten mehr als 70 km/h zu schnell fährt, soll zwar eine „gerechte Strafe“ erhalten, mehrere Verkehrsverstöße dürften aber nicht addiert werden. Das fordert FDP-MdB Horst Friedrich. Die Bundesregierung wolle schließlich auch das Schwarzfahren im Nahverkehr entkriminalisieren.

inhalt

Seite 3

Der Prozess ist unumkehrbar

Bei den außerordentlichen Kongressen im nächsten Jahr geht es nicht mehr um die Frage, ob ver.di kommt, sondern nur darum, wer mitmacht, meint DPG-Vize Michael Sommer

Seite 5

Boom-Branche Call-Center

Boycott-Aufrufe, Stamm-tische und Online-Zeit-schriften – mit ungewöhnlichen Methoden kämpfen die Gewerkschaften für Tarifverträge in Call-Centern

Seite 7

Als Geheimbund chancenlos

Das Bündnis für Arbeit ist das zentrale innenpolitische Projekt der rot-grünen Koalition. Ohne Öffentlichkeit droht es zu scheitern



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ihk-ukis.de

Informationen der Industrie- und Handelskammer zu Umweltmanagement, betrieblichem Umweltschutz und Anlagenrecht



Im Faxabruf

0211/43 01 651

Eckpunkte des DGB zur Novellierung des Personalvertretungsrechtes

kurz & bündig



Die ÖTV hat ein Diskussionspapier zur Neuordnung des Länderfinanzausgleiches herausgegeben. Die Gewerkschaft setzt sich dafür ein, dass bundesweit annähernd gleiche soziale und wirtschaftliche Bedingungen herrschen. Die ÖTV-Broschüre kann für 3,50 Mark plus Porto per Fax bestellt werden: 0711 / 20 97 634.



Die IG Metall hat ihr Internet-Angebot für Vertrauensleute neu gestaltet. Neben allgemeinen Informationen zur gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb werden auch Seminartermine und Kontaktadressen angeboten. Außerdem informiert die IG Metall über die Vertrauensleutewahlen, die im ersten Halbjahr 2000 stattfinden. Im Internet: www.igmetall.de/vertrauensleute



Die JUNGE GEW plädiert in ihrer „Gothaer Erklärung“ dafür, die Arbeit von LehrerInnen anders zu gestalten. Ihre wesentlichen Forderungen sind die Pflicht zur ganztägigen Präsenz an der Schule sowie das Vor- und Nachbereiten des Schuljahres während eines Teils der Ferienzeiten.



DGB-Vorstandsmitglied Günter Dickhausen hat eine Modernisierung des Beamtenrechts gefordert. Behörden und Verwaltungen müssten „effizienter, dynamischer und innovativer“ arbeiten können.

DGB-Organisationsreform

Richtlinie für Kreise beschlossen

Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB hat am 30. November den Entwurf einer Richtlinie für die Arbeit auf Orts- und Kreisebene vorgelegt. Sie regelt Aufgaben und Finanzausstattung der vierten Ebene des DGB, die nach dem Aufbau der geplanten 100 Regionen in Zukunft nur noch ehrenamtlich arbeiten wird.

Nach den Empfehlungen des GBV können in jeder Region bis zu vier örtliche Untergliederungen gebildet werden. Sie verfügen nicht über ein eigenes politisches Mandat, sondern sind als „integraler Bestandteil“ der neu zu bildenden DGB-Regionen „in die Meinungs- und Willensbildung der Gewerkschaften der Region eingebettet“. Schwerpunkte der politischen Arbeit sollen die gewerkschaftliche Interessenvertretung in der Kom-

munalpolitik, die Mitarbeit in kommunalen sozialen Netzwerken sowie die Unterstützung wohnbereichsbezogener Gewerkschaftsgruppen und die Mobilisierung für zentrale Kampagnen des DGB sein. Für die Grundfinanzierung der Organisa-

tionsarbeit, die technische Ausstattung sowie die Aufwandsentschädigung der Vorsitzenden der Orts- und Kreisverbände sollen die Regionen zweckgebundene Finanzmittel erhalten. Der Bundesvorstand will die Richtlinie am 7. Dezember beraten. •

*Im Faxabruf: 0211 / 43 01 658
Richtlinie für die Binnenstruktur der Regionen des DGB (Entwurf)*

Ideenwettbewerb

GdED sucht neuen Namen

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat ihre Mitglieder in einem Wettbewerb dazu aufgerufen, einen neuen Namen und ein neues Logo für die Gewerkschaft zu entwerfen. Hintergrund für die geplante Umbenennung ist ein entsprechender Beschluss des Gewerkschaftstages

von 1996. Der neue Name soll geschlechtsneutral sein und den sich wandelnden Organisationsbereich der GdED zu einer „Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft“ widerspiegeln. Die Bezeichnung „Eisenbahner“ sei zu einseitig geworden, heißt es in der Mitgliederzeitschrift *GdED inform*. Über die Namensgebung entscheidet der Beirat der Gewerkschaft im kommenden Jahr. Das Kürzel GdED soll allerdings auch in Zukunft als „Markenzeichen“ bestehen bleiben. •

vorgestellt



Foto: Bernhard Eifrig

Ingrid Sehrbrock, 51, stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), kandidiert für die Nachfolge von Regina Görner (CDU) im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Gewählt werden soll sie auf einer außerordentlichen Sitzung des DGB-Bundesausschusses am 7. Dezember in Berlin. Regina Görner ist seit September Sozialministerin im Saarland.

„Natürlich nicht“, lachte Regina Görner, als *einblick* sie im September fragte, ob sie anderen die Regelung ihrer Nachfolge überlasse. Einen Namen verriet Görner jedoch nicht. Jetzt hat DGB-Chef Dieter Schulte den Namen der Kandidatin im Bundesvorstand bekannt gegeben: Ingrid Sehrbrock, Sozialreferentin an der Deutschen Botschaft in Prag (Tschechien) und Bratislava (Slowakei).

Sehrbrock, geboren am 1. Juni 1948 in Offenbach (Hessen), hat nach ihrer Lehre als Drogistin an einem Abendgymnasium ihr Abitur gemacht und anschließend in Frankfurt/M. Anglistik, Politikwissenschaft, Chemie und Pädagogik studiert. Sie war Studienrätin an einem Gymnasium, dort als Personalratsvorsitzende aktiv, ging als Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union nach Bonn und war gleichzeitig stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik in der CDU-Zentrale – bis zu ihrem Wechsel in den Auswärtigen Dienst 1997. Gewerk-

schaftlich organisiert ist Ingrid Sehrbrock seit 1976: erst in der HBV, dann der GEW, jetzt in der ÖTV. Mitglied der Jungen Union wurde sie 1968, Mitglied von CDU und CDA 1975. Höhepunkt ihrer Parteilaufbahn: ihre Wahl zur CDA-Vize 1987.

„Als ich auf die Kandidatur für den DGB-Vorstand angesprochen wurde, habe ich um Bedenkzeit gebeten“, erzählt Sehrbrock. „Denn wer immer diesen Posten innehatte, ob Görner, Ulf Fink, Gustl Fehrenbach, Irmgard Blätzel oder Maria Weber – sie hatten es nicht leicht: In den Gewerkschaften ist man die Schwarze, in der CDU die Rote.“ Dennoch will sie sich zwischen alle Stühle setzen. Nicht nur weil ihr die Einheitsgewerkschaft wichtig ist – „das lernt man gerade in osteuropäischen Ländern, wo die Gewerkschaftsbewegung in Richtungsgewerkschaften zersplittert ist“ –, sondern auch, weil die Bedeutung der Gewerkschaften trotz Mitgliederverlust wachse: „Denn in Politik und Wirtschaft machen sich immer stärker neoliberale Tendenzen breit.“ Und da will Ingrid Sehrbrock gegenhalten.

POLITIK AKTUELL

Bilanz der ver.di-Gewerkschaftstage

Der Prozess ist unumkehrbar

ver.di kommt – das ist für Michael Sommer nach den Gewerkschaftstagen der fünf beteiligten Organisationen sicher. Entscheidend sei nun, so der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), wie ver.di kommt.

■ Fortsetzung der Verhandlungen, aber keine Begeisterung über bisher Erreichtes. So könnte man die Botschaft zusammenfassen, die von den Gewerkschaftstagen ausgeht. Was muss geschehen, damit die neue Gewerkschaft nicht nur von den Vorständen gewollt ist?

■ *Erst einmal: Unser Kongress hat einstimmig beschlossen, dass wir ver.di wollen. Und das begeistert uns schon, das ist mehr als nur vom Vorstand gewollt. Für mich gibt es keine Zweifel mehr, dass ver.di kommt. Deshalb geht es nun darum, konkret zu sagen, wie ver.di kommt. Aber wir dürfen über die Details, etwa wie viele Bezirksgeschäftsführer man hat und ob die gewählt oder eingesetzt werden, die Faszination dieses Vorhabens nicht außer Acht lassen. Wenn wir nicht deutlich machen, dass wir die Zukunft der Gewerkschaften in Deutschland entscheidend mit-sichern, lohnt das Unterfangen nicht.*

■ Bis wann rechnest du mit einer Klärung der strittigen Fragen?

■ *Wir haben uns vorgenommen, das ganze Paket – einschließlich Satzung und Personalfragen – bis zum 30. Juni 2000 fertig zu bekommen. Sonst ist der Termin Februar 2001 nicht zu halten. Bei den – insbesondere von der HBV gewollten – außerordentlichen Gewerkschaftstagen im Herbst 2000 wird nicht mehr über Sachfragen entschieden, sondern erneut darüber, ob die Gewerkschaft mitmacht oder nicht. Ich finde das nicht ganz glücklich. Wir sind auf einem Weg, wo jeder wissen muss, dass die Prozesse unumkehrbar sind. Wer sie umkehren will, schadet der ganzen Idee – und auch sich selbst. Bis Juni müssen die Entscheidungen über die Budgetierung, die*

Beitragshöhe und den Sitz von ver.di gefallen sein. Für uns ist die Frage entscheidend, ob die vierte Ebene, der Betrieb und der Ort, eigenständig über Geld verfügt. Geklärt werden muss auch, ob sich die früheren Gewerkschaften in der neuen repräsentiert sehen.

■ Welche Auswirkung haben die Konzepte zum Bezirkszuschnitt auf die Budgetierung?

■ *Eine ganz große. Ohne die Grundlagen der Organisationsstruktur und die Aufgaben der Ebenen zu kennen, kann ich schlecht Geld zuweisen.*

■ Der Unternehmensberater Peter Strüwen bemängelte in der Süddeutschen Zeitung, dass er bei der geplanten Dienstleistungsgewerkschaft keine strategische Logik erkennen könne.

■ *Es gibt eine strategische Logik. Wir wollen für den bald größten Bereich unserer Volkswirtschaft eine Gewerkschaft aufbauen, die verschiedene Branchen und Berufe logisch zusammenfasst, die die Schlagkraft von Gewerkschaften erhöht, Fachlichkeit ermöglicht und Solidarität stärkt. Das ist unsere Logik. Die strategische Logik geht noch weiter. Diese Gewerkschaft wird nicht mehr Spielball von Unternehmer-Strategien sein, sondern wir werden selbst in der Lage sein, auf Prozesse in der Wirtschaft die organisationspolitisch notwendige Antwort zu geben.*

■ Das heißt, ver.di soll mehr sein als die Summe der fünf Gründungsgewerkschaften?



Michael Sommer, 47, ist stellvertretender Vorsitzender der DPG

■ *ver.di ist mehr, ver.di ist das große Startsignal dafür, dass wir die Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften ausschließen und uns auf die Konkurrenz zu den Arbeitgebern und Unternehmen konzentrieren.*

■ Auch in der DPG gibt es Ängste, von einer größeren Gewerkschaft geschluckt zu werden. Hat es Fehler gegeben in der Kommunikation von ver.di?

■ *Nein. Unsere Mitglieder und Funktionäre wissen sehr genau, dass wir mit ver.di der Gewerkschaft im Telekommunikations- und*

Postsektor sowie bei der Postbank eine Zukunft bieten. Dass unsere KollegInnen sagen, wir wollen als stolze starke Gewerkschaft nicht Anhängsel einer anderen werden, ist logisch. Nicht vier gehen in einer fünften Gewerkschaft auf, sondern fünf bilden gemeinsam eine neue. Das Prinzip der Gleichberechtigung unterschiedlich großer Gewerkschaften ist die Grundlage des ver.di-Prozesses.

■ Mit ver.di entsteht innerhalb des DGB ein neuer Dachverband ...

■ *Nein. Es entsteht eine neue Gewerkschaft.*

■ Wenn am Ende drei Gewerkschaften übrig blieben, was soll dann der DGB noch leisten? Wäre es nicht ehrlicher zu sagen, wir brauchen den DGB nicht mehr?

■ *Im Gegenteil. Wenn man von der Idee der Einheitsgewerkschaft ausgeht, von der Verallgemeinerungsfähigkeit gewerkschaftlicher Politik, dann brauchen gerade große Gewerkschaften eine starke Spitzenorganisation. Damit wird verhindert, dass diese – du sagst drei, ich sage, wahrscheinlich sechs – Gewerkschaften nicht in Blöcke zerfallen oder gar eine Vorform von Richtungsgewerkschaften werden. •*

ver.di – der Fahrplan

Der Zug Richtung ver.di ist auf dem Weg. Doch bis Februar 2001 ist noch eine Reihe von Aufgaben abzuarbeiten. Am 17. Dezember 1999 trifft sich zum letzten Mal der Lenkungsausschuss der fünf Gewerkschaften.

Vier Tage später, am 21. Dezember, findet die erste, konstituierende Mitgliederversammlung des Vereins ver.di statt. Sitz des Vereins ist Hamburg, Niederlassungen gibt es in Düsseldorf, Frankfurt/IM. und Stuttgart.

Die Mitgliederversammlung setzt sich zusammen aus je neun VertreterInnen der Gewerkschaften:

- ✳ **zwei Delegierte aus den Landesbezirken und Bezirken**
- ✳ **fünf Ehrenamtliche pro beteiligte Gewerkschaft**
- ✳ **der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied des jeweiligen Hauptvorstandes.**

Bis Ende 2000 sind zehn Vorstandssitzungen sowie drei Mitgliederversammlungen anberaumt.

Die Entscheidungen über zentrale Sachfragen werden spätestens im Mai/Juni 2000 fallen. Ordentliche Gewerkschaftstage (ÖTV) und außerordentliche (bisher HBV und IG Medien) sollen nach der Sommerpause 2000 endgültig entscheiden.



Im Internet

www.einblick.dgb.de



Im Faxabruf

0211 / 43 01 655

Interview-Langfassung

NS-ZwangsarbeiterInnen

Firmenliste im Internet

Hat mein Arbeitgeber im Dritten Reich ZwangsarbeiterInnen beschäftigt? ArbeitnehmerInnen von rund 2500 Firmen erfahren im Internet jetzt mehr über die mögliche NS-Vergangenheit ihrer Unternehmen. Der Frankfurter Zweitausendeins-Verlag hat eine entsprechende Liste ins Netz gestellt. Die Aufzählung

stammt aus dem 1990 im Verlag erschienenen Buch „Das Lager-system des Nationalsozialismus“ (1329 Seiten, 35 DM). Die Firmenliste könnte die Diskussion um die Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen weiter anheizen. Nach Vorstellungen des Bundes soll ein Fonds von acht Milliar-

den Mark die Opfer entschädigen. Davon sollen Unternehmen fünf Milliarden Mark übernehmen. Die Anwälte der NS-SklavenarbeiterInnen fordern indes eine zweistellige Milliarden-summe, dann erhalte jede/r Betroffene zumindest 10 000 Mark. Bislang haben weniger als zwei Dutzend Firmen sich bereit erklärt, in den Wiedergutmachungs-Topf einzuzahlen. •

Die Liste im Internet:
www.zweitausendeins.de

Arbeitskammer

Zwei Ratgeber neu aufgelegt

Die neueste Auflage der Broschüre „Schwerbehinderte und ihr Recht“ erklärt leicht verständlich aktuelle Regelungen zum Antragsverfahren, Kündigungsschutz und Steuerrecht. Das 272-seitige Heft der Arbeitskammer des Saarlandes kostet 12 Mark. Ebenfalls überarbeitet worden ist der Ratgeber zum „Umgang mit Gefahrstoffen“, der auch über Mitbestimmungsrechte informiert. Preis: 10 Mark. •

Bestellungen
Fax: 0681/4005411

DGB-Bildungswerk

Bildungsurlaub im neuen Jahr

Das DGB-Bildungswerk NRW hat sein Bildungsurlaubs- und Seminarprogramm für das kommende Jahr herausgegeben. Den Schwerpunkt des Programms bilden Studienseminare im Ausland. •

Bestellungen
Tel.: 0211/3683138

kehrnetze“, „Neue Arbeitsformen“, „Arbeits- und Lebenszeiten“ sowie „Großstadtarmut“ zusammenarbeiten. Geplant sind grenzübergreifende Arbeitsgruppen und lokale Konferenzen. Das geht aus der Abschlusserklärung der 3. Metropolkonferenz im November in Frankfurt/M. hervor. •

struktureller Wandel“ am 2./3. Dezember in Bochum. Sie wird u.a. organisiert vom Forschungsinstitut für Arbeiterbildung Recklinghausen. •

Infos und Anmeldungen
Fax: 02361/183362

Seminarprogramm 2000

Gentechnik, Euro und Fußball

Welche Lebensphilosophie hinter dem Film-Klassiker „Krieg der Sterne“ steckt, erfahren die TeilnehmerInnen eines Seminars vom 27. Februar bis 3. März 2000 im Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Die Veranstaltung ist Teil des Seminarprogramms 2000. Insgesamt 60 Tagungen, Workshops und Studienreisen zu Themen wie Gentechnik, Euro und Fußball sind geplant. •

Bestellungen
Fax: 06171/590327

Metropolkonferenz

Teamarbeit ohne Grenzen

Gewerkschaftsorganisationen der Großstädte Barcelona, Frankfurt/M., Lyon und Mailand – darunter der DGB – wollen in den Bereichen „Öffentliche Verwaltung/Ver-

Arbeit und Leben

Bildungsurlaub im EU-Vergleich

Regeln für den Bildungsurlaub in Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien hat der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben von DGB und Volkshochschule verglichen. Die Ergebnisse sind im Heft „Bildungsfreistellung in Europa – Eine Strategie zur Förderung lebenslangen Lernens?“ gebündelt (96 Seiten, kostenlos). Ebenfalls druckfrisch ist das Bildungsprogramm „Jugendseminare 2000“. TeilnehmerInnen bis 26 Jahre stehen rund 100 Seminare und Workshops offen. •

Infos und Bestellungen
Fax: 0211/459593

IQ-Consult

Arbeitsschutz im Internet

Die Beratungsgesellschaft für Innovation und Qualifikation (IQ-Consult) hat im Rahmen ihres Projektes KompAS ein Internet-Forum zum Arbeits- und Gesundheitsschutz eröffnet. Auf der Homepage können Fragen gestellt und bereits verwirklichte Ideen zum Arbeitsschutz vorgestellt werden. Internet-User erreichen das KompAS-Forum über www.iq-consult.de/kompas unter der Rubrik „Dialog“. •

interregio

••• Eine **Kooperationsstelle** des **DGB-Landesbezirks Niedersachsen/Bremen** und zweier Göttinger Hochschulen wird ihre Arbeit Anfang nächsten Jahres aufnehmen. Ziel ist es, den Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitswelt und Wissenschaft zu intensivieren. Entsprechende Einrichtungen bestehen in Niedersachsen unter anderem bereits in Hannover, Osnabrück und Braunschweig. Mehr Infos: Petra Kirchhoff, Tel. 0511/1202604.

Veranstaltung

Arbeiten im Ruhrgebiet

Schafft Dienstleistung neue Arbeitsplätze im Ruhrgebiet? Antworten sucht die Veranstaltung „Berufskulturen im Ruhrgebiet – Ausbildung, Ausbildungspolitik und

werden 1999/2000

Bunte Texte, harte Fakten

Von Talkshows übers Matterhorn zum Melonenverkäufer reichen die Themen der Beiträge in *werden*, dem Jahrbuch für die deutschen Gewerkschaften. Darüber hinaus beantwortet der Sammelband (366 Seiten, kostenlos) Kernfragen gewerkschaftlicher Politik: So schreibt DGB-Chef Dieter Schulte über das Bündnis für Arbeit, der SPD-Politiker Erhard Eppler äußert sich zu



Ethik und Politik, der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Dreßler plädiert für den Sozialstaat. •

Bestellungen (Einzelexemplare):
Fach Media Service GmbH
Postfach 2551
61295 Bad Homburg

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften und Call-Center

Mit Boykott gegen Tarifflicht

Call-Center boomen: Immer mehr Firmen setzen auf telefonischen Kundenservice rund um die Uhr. Die Beschäftigten haben mit klassischer Gewerkschaftsklientel wenig gemein, und die betrieblichen Strukturen fordern von den Gewerkschaften ganz neue Handlungsstrategien.

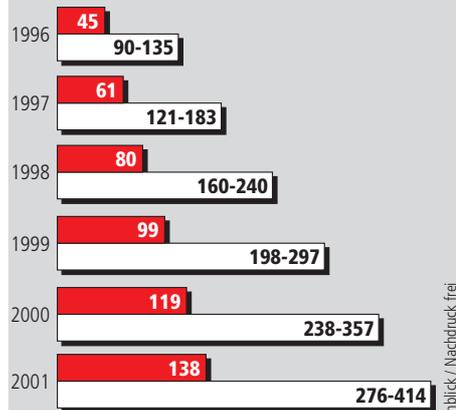
„Eröffnen Sie kein Konto bei der Citibank.“ Ungewöhnlich war das Signal, das am 19. November vom Gewerkschaftstag der HBV ausging. Mit großer Mehrheit forderten die Delegierten den Hauptvorstand auf, auch Boykottmaßnahmen in den Protest gegen den Citibankkonzern einzubeziehen. Der Hintergrund des Konfliktes: Als Beschäftigte in Duisburg und Bochum die HBV-Forderung nach Tarifverhandlungen mit dem weltweit ersten Call-Center-Streik unterstützten, schloss das Management die beiden Niederlassungen kurzerhand und setzte die ArbeitnehmerInnen auf die Straße, die sich an den Streiks beteiligt hatten.

Call-Center boomen überall in Europa. In vielen Branchen – bei Finanzdienstleistungen, im Versandhandel, in der Telekommunikation und bei Telefondienstleistungen aller Art. So vielfältig wie die Aufgaben sind die Strategien der Unternehmen, Call-Center einzusetzen. Rund 50 bis 60 Prozent der Call-Center-Arbeitsplätze sind derzeit noch Inhouse-Arbeitsplätze, zum größten Teil tarifvertraglich abgesichert. Wenn Tochtergesellschaften ausgegliedert oder neu gegründet werden, treten die neuen Unternehmen nicht mehr im Arbeitgeberverband ein. Für die eigenständigen Telefondienstleistungsanbieter fehlen Tarifverträge gänzlich. Das vorrangige Ziel der Gewerkschaften: gewerkschaftliche Strukturen aufbauen und Betriebsräte etablieren.

Nach wie vor stößt die Bildung eines Betriebsrates oft auf massi-

Call-Center boomen

■ Arbeitsplätze und □ Beschäftigte in Call-Centern von 1996 bis 2001 (in Tausend, geschätzt)



Quelle: Call-Center-Marktstudie der Gemini Consulting GmbH, Bad Homburg

Enorme Steigerungsraten: Laut Gemini Consulting wird sich die Zahl der multimedialen Telefonarbeitsplätze innerhalb von fünf Jahren mehr als verdreifachen: von 45 000 im Jahr 1996 auf 138 000 im Jahr 2001. Bedingt durch den Rund-um-die-Uhr-Service und den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigung geht Gemini von zwei bis drei Beschäftigten pro Arbeitsplatz aus.

ven Widerstand der Betreiber, auch die Beschäftigten haben mit kollektiver Interessenvertretung wenig am Hut. Die Fluktuation ist hoch, der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering. „Call-Center-Beschäftigte sind für die Gewerkschaften ein neues soziales Phänomen“, so Mathias Flickschu vom Direktbanken-Projekt der DAG, DPG, HBV und ÖTV. „Beschäftigte in Call-Centern haben eine ausgeprägte individuelle Arbeitsethik, sind häufig zu Teilzeit-, Wochenend- und Schichtarbeit bereit. Viele von ihnen sehen ihre Arbeit nur als Job. Stress wird zwar als Belastung empfunden, aber als Begleitscheinung akzeptiert.“ Der Wunsch nach kollektiver Interessenvertretung sei wenig ausgeprägt. Dennoch, so Flickschu, „dürfen die Gewerkschaften nicht abwarten, dass die Call-Center-Beschäftigten von selbst zu ihnen kommen.“ Stattdessen müsse man individuelle Hilfe leisten. „Dazu gehören Informationen zur Arbeitsplatzgestaltung

und zum Stressabbau ebenso wie Weiterbildung.“ In einigen Städten gibt es bereits eigene Stammtische, die Projekt-Zeitschrift „login – and find out“ ist ganz auf die Zielgruppe zugeschnitten, und seit kurzem gibt es auch eine eigene Homepage. „Mittelfristiges Ziel des Projektes ist der Abschluss von Haustarif-, langfristiges der von Branchentarifverträgen“, erläutert Rolf Stocken (HBV). Doch bisher erinnere die Aufforderung zu Tarifverhandlungen eher an kollektives Betteln denn an klassische Arbeitskämpfe.

Eine wesentliche Voraussetzung für guten Service in Call-Centern ist die Mitarbeiterzufriedenheit. Experten geben deshalb nur denjenigen Call-Centern langfristig eine wirtschaftliche Chance, die die Bedürfnisse ihrer Beschäftigten berücksichtigen. Das hat zum Beispiel die BHW-Holding erkannt. Bereits im November 1998, fast ein halbes Jahr, bevor die BHW Direktservice GmbH, ihr ausgegliedertes Service-Call-Center, die Arbeit aufnahm, war bereits der Haustarifvertrag unter Dach und Fach. Kurz nach Gründung der Tochter wählten die 100 Beschäftigten einen Betriebsrat. Bewusst verzichtet das BHW-Call-Center auf geringfügig Beschäftigte. Und man bemüht sich, das Unternehmensinteresse an größtmöglicher Flexibilität mit den Bedürfnissen der Beschäftigten nach Zeitsouveränität in Einklang zu bringen. Insgesamt soll das Call-Center für mehr als 200 neue Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region sorgen. •

Direktservice: Traumjob oder Alptraum

Diese gewerkschaftliche Branchenkonferenz vom 2. bis 4. Februar 2000 in Kassel richtet sich an Betriebs- und Personalräte in Direktbanken, Direktversicherungen und Telefongesellschaften.

Themen:

- ✳ **Wie steht es um die Arbeitsbedingungen in den Call-Centern?**
- ✳ **Arbeiten rund um die Uhr – muss das sein?**
- ✳ **Welche Qualifizierung brauchen Call-Center-Agents?**

Anmeldungen:

BTQ Kassel, Akazienweg 22, 34117 Kassel

Tel.: 0561 / 77 60 04

Fax: 0561 / 77 60 57

E-Mail: btqks@bwbtq.de

Anmeldeschluss: 22.12.99

Die Broschüre „Arbeiten im Call-Center. Handlungshilfe für Betriebs- und Personalräte“ fasst die Ergebnisse der ersten gewerkschaftlichen Call-Center-Tagung von November 1998 zusammen.

Sie ist erhältlich bei:

Kooperationsbüro Multimedia + Arbeitswelt von DPG, HBV und IG Medien

Fax: 069 / 66 95 32 32

E-Mail:

**info@multimediabuero.de
(Einzelexemplare kostenlos)**



Im Internet

- **www.hbv.org**
 - **www.multimediabuero.de**
 - **www.login-news.de**
- Infos zum Citibank-Konflikt und zu gewerkschaftlichen Call-Center-Projekten**

DGB Baden-Württemberg

Gegen Rüstungsexport

Im DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg regt sich Widerstand gegen die Zustimmung des Arbeitskreises Wehrtechnik der IG Metall zum Export des Kampfpanzers Leopard 2 in die Türkei (einblick 20/99). In einem Brief an die einblick-Redaktion, der von 13 der 25 Kreisvorsitzenden unterschrieben ist, fordern die süddeutschen GewerkschafterInnen dazu auf, die gewerkschaftlichen Positionen zur Abrüstung „offensiv“ zu vertreten. „Die Erkenntnis, dass Geld, das weltweit für Waffen ausgegeben wird, fehlt, um die sozial gerechte und demokratische Entwicklung

von Gesellschaften zu fördern, dass Rüstungsexporte insbesondere in Krisengebiete die Eskalation der Gewalt befördern“ habe sich in vielen Beschlüssen von Gewerkschaftstagen niedergeschlagen. Kritisiert wird nicht nur die IG Metall-Forderung nach Panzerlieferungen in die Türkei, sondern auch die Unterstützung des Bundeswehreininsatzes im Kosovo durch den DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte. •

Berufsausbildung

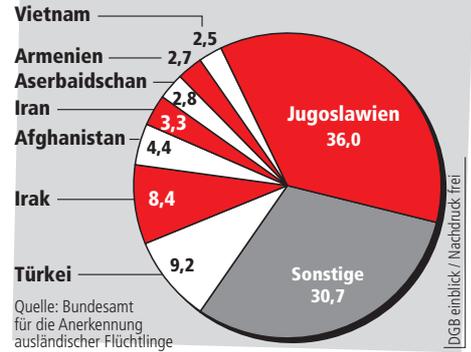
EU-weiter Bildungspass

In der EU gibt es ab kommenden Jahr einen europaweiten Bildungspass. In dem neuen Pass sollen alle Formen betrieblicher und

Über ein Drittel der AsylbewerberInnen in Deutschland ist 1999 aus der Bundesrepublik Jugoslawien gekommen, darunter viele Kosovo-Albaner. Dies belegen aktuelle Zahlen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. In der Rangliste der Herkunftsländer folgen die Krisengebiete Türkei, Afghanistan und Irak. Mehr als zehn Prozent der AntragstellerInnen haben Asyl oder Bleiberecht auf Grund drohender Verfolgung in ihrem Heimatland erhalten. Die Daten des Bundesamtes widerlegen die Äußerungen von Innenminister Otto Schily, 97 Prozent der AsylbewerberInnen seien „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Ein Drittel aus Jugoslawien

Anteil der AsylbewerberInnen nach Herkunftsland Januar bis Oktober 1999 (in Prozent)



betriebsnaher Ausbildung sowie Informationen über die Lerninhalte und den Ausbildungsverlauf dokumentiert werden. Der in mindestens

zwei Sprachen ausgestellte Bildungsnachweis soll den Arbeitsplatzwechsel in ein anderes europäisches Land erleichtern. •

wiewardiewoche?



Seit 40 Jahren ist der Lübecker Björn Engholm, 60, Schriftsetzer und Politologe, Mitglied der IG Medien. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete (1969–1982), Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1981/82), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (1988–1993) und SPD-Vorsitzende (1991–1993) arbeitet heute freischaffend und widmet sich ehrenamtlich vor allem kulturellen Aufgaben.

Diese Woche hatte ich zwei Begegnungen sehr unterschiedlicher Art mit der Gewerkschaft. Zuerst erreichte mich eine schlichte Einladung der IG Medien zu einer Jubilarsehrung. Da ich an dem Datum keine Zeit habe, wollte ich das Schreiben gerade entsorgen – als mir zufällig mein Name auf einem hektographierten Blättchen ins Auge fiel. Dort waren insgesamt 50 Jubilare der IG Medien aufgeführt, die für 30-, 40- und 50-jährige Mitgliedschaft geehrt werden sollen. Nach so langer gemeinsamer Arbeit hat die Gewerkschaft für die Kollegen nicht mal eine persönliche Anrede übrig. Das ist für eine Gewerkschaft, die mit Kultur, Kommunikation und nicht zuletzt Dienstleistung zu tun hat, ein Armutszeugnis und ein Beispiel dafür, wie man in den Gewerkschaften nicht miteinander umgehen sollte. Da vermisste ich Respekt und persönliche Nähe. Deshalb

war es mir ganz recht, dass ich an dem Termin nicht kann, und ich habe – noch immer sauer – lapidar auf die Einladung notiert: „Bin nicht da. Engholm.“ Der zweiten Einladung bin ich dagegen gern gefolgt. Unter dem Motto „Hanse der Zukunft“, ein Projekt für die Expo 2000, lud der DGB Nord zu einer Zukunftswerkstatt Kultur ein – auf ein Segelschiff in der Ostsee! Wer aus dem Norden kommt, weiß, wie aberwitzig es ist, Ende November auf einen Zweimastschoner zu steigen, wenn es stürmt und piezelt. Aber weil es so verrückt war, machte es mich schon neugierig. Prompt konnten wir dann auch wegen Nebel und Regen nicht auslaufen. In einem Kreis von Künstlern und Kulturschaffenden aller Altersgruppen haben wir aber trotz des uns umgebenden Nebels in die Zukunft geschaut. Wir haben zwei Tage lang Ideen entwickelt, wie Kultur wieder mehr Gewicht in der Gesellschaft erhalten kann. Kultur ist eine der wesentlichen Wurzeln von Kreativität, Fantasie und damit auch von Innovation. Sie bedeutet aber auch Selbstbestimmung und Muße. Letztlich ist sie im

Bündnis für Arbeit

Als Geheimbund chancenlos

Das Bündnis für Arbeit steht in der öffentlichen Meinung auch deshalb nicht gut da, weil es sich selbst schlecht darstellt. Das meinen die DGB-Öffentlichkeitsarbeiter Hans-Jürgen Arlt, 51, und Sabine Nehls, 42.

Das Bündnis für Arbeit ist für den Journalismus und umgekehrt der Journalismus für die Bündnis-Akteure eine permanente Herausforderung. Die Bündnis-Spitzentreffen erfüllen die Selektionskriterien der Massenmedien optimal: Prominente streiten sich mit Aussicht auf Neuigkeiten um das wichtigste Problem der Bevölkerung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zusätzliche massenmediale Attraktivität bieten die vor- und eingelagerten Konfliktstoffe.

Das Bündnis ist an und für sich schon eine prekäre Konstruktion, denn jeder der drei Akteure verfügt über eine Exit-Option. Die Drohung, das Bündnis platzen zu lassen, spielt auf allen drei Kommunikationsebenen, der internen, der interaktiven und der öffentlichen, eine ständige Rolle.

Aus dieser höchst störanfälligen Konflikt- und Kommunikationslage haben die Bündnis-Verantwortlichen die Konsequenz gezogen, jede öffentliche Darstellung der Verhandlungskommunikation in der Steuerungsgruppe und auf der Arbeitsgruppenebene zu verbieten. Die Bündnis-Arbeit soll nicht durch vorzeitige Publikationen und Debatten beschädigt werden. Aber ein so bedeutsames öffentliches Ereignis wie die Bündnis-Politik lässt sich nicht durch Kommunikationsverweigerung vor journalistischer Dauerbeobachtung bewahren. Gut überlegte Kommunikationsangebote bilden einen weitaus besseren Schutz vor unwillkommenen Recherchen.

Zwar kann temporär eine solche „Nachrichtensperre“ als Schutzschild für eine konkrete Einzelmaßnahme Sinn machen. In der Praxis führt sie freilich regelmäßig dazu, dass die politischen Akteure ihre Interpretationshoheit verlieren: Die Maßnahme wird von anderen entdeckt, aufgedeckt und entsprechend negativ in der Öffentlichkeit eingeführt. Wer auf die Chance verzichtet, nachhaltig und gezielt ausgewählte Schwierigkeiten des Bündnis-Prozesses zu vermitteln und so öffentliches Verständnis zu wecken für die schwer erträgliche Langsamkeit des Erfolgs, verunsichert auf Dauer sogar seine Sympathisanten.

Schließlich verleiht die Verweigerung öffentlicher Darstellungen zwischen den Spitzentreffen diesen den Charakter einer weihnachtlichen Bescherung. Die Spannung steigt mit dem Herannahen des Termins. Spätestens in der Vorwoche beginnen die Spekula-

tionen. Die Recherchen nach eventuellen „Geschenken“ intensivieren, die Indiskretionen häufen sich. Das Versteckspielen schürt kaum erfüllbare Erwartungen und erhöht das Risiko von Enttäuschungen.

Gegen unsere Bewertung spricht vordergründig das sehr positive mediale Echo auf die bisherigen Spitzentreffen. Es verdankt sich folgender Dramaturgie: Den Hintergrund bildet die prinzipielle öffentliche Zustimmung zur Bündnis-Idee. Das Bündnis ist nach wie vor ein Hoffnungsträger. Eine Mischung aus lärmender Langeweile, Kommunikationsverweigerung und Indiskretionen lässt auf diesem positiven Resonanzboden Skepsis, Kritik und schlechte Noten wachsen, bis hin zur Einschätzung, das Bündnis sei stehend k.o. Im Kontrast zu dieser akuten öffentlichen Missstimmung tritt nach dem Spitzentreffen ein gelöster, zufriedener Kanzler vor die versammelten Medien, flankiert von einem Arbeitgeber- und einem Gewerkschaftsvertreter, die, nicht ohne Klagen in Details, den gemeinsamen Erfolgskurs bekräftigen. Das (Medien-)Publikum ist froh, seine akuten Befürchtungen zerstreut und seine prinzipiellen Hoffnungen bestätigt zu finden – und klatscht Beifall. Auf Dauer ist diese Inszenierung nicht wiederholbar.

Als Objekt öffentlicher Kommunikation gibt das Bündnis für Arbeit ein Bild ab, das seiner Rolle als innenpolitisches Großprojekt nicht gerecht wird. Zu diesem Bild hat das Bündnis-Trio mit seinen Kommunikationsdefiziten wesentlich beigetragen. Noch hat das Bündnis insgesamt ein positives Echo. Noch kann vieles gelingen. Aber Deutungen und Bedeutungen bilden sich im Kommunikationsprozess. Es ist illusorisch, auf den großen Durchbruch in den Verhandlungen zu warten und zu erwarten, dass er die Bündnis-Geschichte automatisch in eine Erfolgsstory verwandelt. Als Geheimbund hat das Bündnis keine Chance. Zwei Bedingungen müssen erfüllt werden: Zum einen muss an der öffentlichen Darstellung des Bündnis-Prozesses kontinuierlich gearbeitet werden. Nur so wird auch die andere Bedingung erfüllbar: das Bündnis im gesellschaftlichen Diskurs zu verankern. Struktureller Wandel kann nicht als bloße Politikerpolitik stattfinden. Wenn die Absicht ernst ist, im Bündnis Strukturveränderungen zu gestalten, dann muss sich die Auseinandersetzung als offener Meinungs- und Willensbildungsprozess in zahllosen kleinen und großen Öffentlichkeiten vollziehen. Nicht als Objekt der Begierde, nur als Brennpunkt der gesellschaftlichen Zukunftsdiskussion kann das Bündnis die Erwartungen an das politische Großprojekt erfüllen. ●



„Bündnis für Arbeit – Konstruktion, Kritik, Karriere“. In diesem von Hans-Jürgen Arlt und Sabine Nehls herausgegebenen Buch kommen Spitzenaktive des Bündnisses, Berater sowie Kritiker zu Wort. Das Buch ist im Westdeutschen Verlag, Wiesbaden, erschienen und kostet 49,80 Mark.

Runde vier

Ein Jahr nach dem Start des Bündnisses für Arbeit findet am 12. Dezember in Berlin das vierte Spitzentreffen der Bündnispartner statt. Die Tagesordnung stand Ende November auch nach der Sitzung der Steuerungsgruppe, die das Treffen vorbereitet, noch nicht fest. Mit Sicherheit aber wird das Thema Rente mit 60 eine Rolle spielen – verknüpft mit hohen Erwartungen: „Scheitert die Rente mit 60 in der Dezember-Bündnisrunde, dann läuft sich das Bündnis tot“, so IG Metall-Chef Klaus Zwickel. Nach Auffassung von Dieter Philipp, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, darf die Rente mit 60 bei den Bündnisgesprächen keine Rolle spielen, sondern ist Sache der Tarifparteien. Die Bundesregierung will nach den Worten von Bundeskanzler Schröder nur die steuerlichen Rahmenbedingungen für eine tarifvertragliche Lösung schaffen.

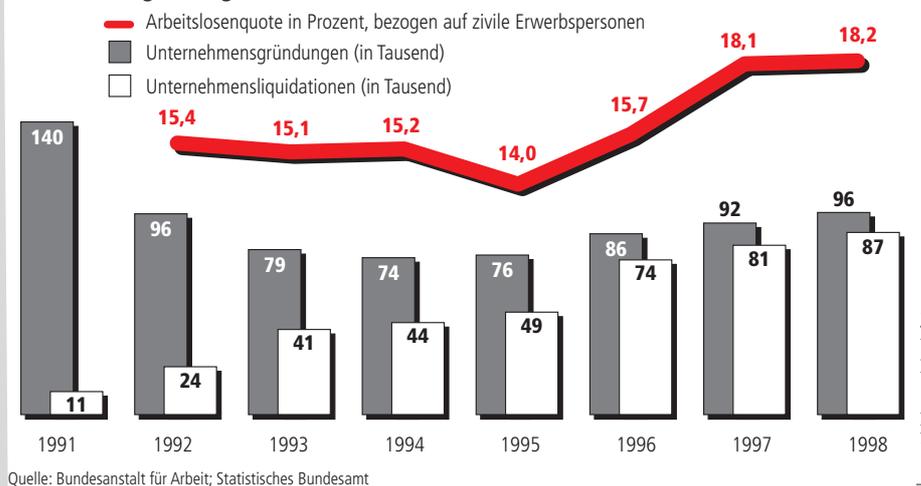
DIES & DAS

die DGB grafik

NEUE LÄNDER: Immer mehr Liquidationen

Der Abwärtstrend am Arbeitsmarkt in den neuen Ländern hält an. Erschwerend kommt hinzu, dass die Euphorie der unmittelbaren Nachwendezeit abnimmt. Lagen die Unternehmensgründungen 1991 noch um 129 000 über der Zahl der Liquidationen, so ist der Abstand 1998 auf 9 000 geschrumpft. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote – auch als Folge des Rückgangs öffentlich geförderter ABM-Stellen – von 15,4 auf 18,2 Prozent.

Unternehmensgründungen und Arbeitsmarkt in den neuen Ländern



personalien

••• **Klaus Beck**, 47, Leiter der noch bis Ende 1999 bestehenden Verbindungsstelle Bonn des DGB, wechselt zum 1. Januar 2000 ins neue Verbindungsbüro des DGB beim Europäischen Parlament in Straßburg und Brüssel.

••• **Thomas Reissberg**, 30, Abteilungsleiter Interaktive Anwendungen bei C-Factory in Duisburg, ist ab 1. Januar Leiter des vom DGB-Bildungswerk, von der IG Metall, der IG BCE und der ÖTV Dortmund getragenen Kooperationsprojektes BIKE. Er folgt **Andreas Linders**, 37, der ab März als Referent in der neuen „E-kademie“ des DGB-Bildungswerks in Düsseldorf arbeitet.

••• **Peter Blechschmidt**, 59, Tarifvorstand der ÖTV, ist auf Vorschlag des außerordentlichen Gewerkschaftstages vom Beirat der ÖTV zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. **Jan Kahmann**, 52, Vorsitzender der ÖTV Bezirksverwaltung Weser-Ems, ist in den Vorstand gewählt worden.

••• **Franziska Wiethold**, 53, HBV-Vorstand für Tarif- und Einzelhandelspolitik, ist vom außerordentlichen Gewerkschaftstag zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Sie übernimmt ihr Amt am 1. März 2000, wenn HBV-Vize **Jürgen Schatta**, 59, aus Altersgründen ausscheidet.

Tipp

Buch: Beate Messerschmidt: Hinter doppelten Mauern. Büchergilde Gutenberg, 1999, 240 S., 39,90 DM

„Ich bin hart geworden, um überhaupt existieren zu können“, so beschreibt Beate Messerschmidt in ihrem Buch „Hinter doppelten Mauern“ ihre Überlebensstrategie als politischer Häftling in der DDR. Ein Camping-Urlaub in Ungarn endete für sie und ihren Mann mit zweijähriger Haft wegen versuchter Republikflucht. Kühl und fast distanziert schildert die Autorin, wie sie durch Abschottung von der Außenwelt die Schikanen ertrug.

14 TAGE

- 7.12.** Außerordentliche Sitzung des DGB-Bundesausschusses, Berlin
- 7.12.** Arbeitsmarktbericht für November
- 7.12.** Veranstaltung zum 10. Jahrestag des „Runden Tisches“ der ehemaligen DDR, Berlin
- 7.-9.12.** Bundesparteitag der SPD, Berlin
- 9.12.** 50. Jahrestag Deutscher Journalistenverband (DJV), Bonn
- 10.12.** Tag der Menschenrechte
- 12.12.** Viertes Spitzentreffen des Bündnisses für Arbeit, Berlin
- 22.12.** Bundesparteitag der CDU, Berlin

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef, Stephan Hegger, Norbert Hüsson (verantwortlich für diese Ausgabe), Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abruf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.



Schlusspunkt

„Während die letzten Arbeiterinnen und Arbeiter den Kongressraum verlassen, eröffne ich wieder den Kongress.“

Heide Malchartzek, Tagungsleiterin des ÖTV-Gewerkschaftstages am 17.11. in Dortmund, nachdem im Kongresssaal ÖTV-ArbeiterInnen für den Erhalt ihrer Personengruppe in der neuen Gewerkschaft ver.di demonstriert hatten.

Holzmann-Krise

Flächentarife erneut unter Beschuss

Die Flächentarifverträge sind einmal mehr unter massiven Beschuss aus dem Arbeitgeberlager geraten. Dabei war die Holzmann-Krise nur ein willkommener Anlass. Denn das „Märchen vom starren Flächentarifvertrag“, wie es Reinhard Bispinck vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung auf den Punkt bringt, ist so neu nicht. Bispinck: „Die Behauptung vom starren Flächentarifvertrag hat mit der tarifpolitischen Realität nichts zu tun.“

Erst kürzlich hat das WSI eine Analyse vorgelegt, der zufolge tarifliche Öffnungsklauseln in über hundert Tarifbereichen mit mehr als 13 Millionen Beschäftigten längst tarifpolitische Realität sind. In einer Reihe von Fällen erreichten die Öffnungsklauseln Ausmaße, die die Gestaltungskraft von Tarifverträgen spürbar schwächten.

Konsequent sieht demzufolge auch Klaus Wiese, Vorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), nach den Vorgängen um den Baukonzern Holzmann die Rolle der Gewerkschaft darin, „brechen-

Flexible Tarifverträge

Zahl der Beschäftigten in Tarifbereichen mit Öffnungsklauseln

Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	24 000
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	147 240
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	953 100
Investitionsgütergewerbe	6 620 900
Verbrauchsgütergewerbe	902 700
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	95 300
Baugewerbe	1 187 000
Handel	2 650 300
Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung	437 600
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	697 200
Private Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck	390 660
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2 719 100

Tarifliche Öffnungsklauseln gibt es in über hundert Tarifbereichen mit mehr als 13 Millionen Beschäftigten.

de Dämme“ zu stützen. Zwar freute er sich nach wie vor, dass so viele Arbeitsplätze gerettet worden seien. Aber: „Auch im Falle von Holz-

mann duldet die IG BAU keine Betriebsvereinbarung und keinen Haustarifvertrag, der gegen geltendes Recht verstößt.“ In der IG BAU gibt es kaum Bereitschaft, den mit dem Holzmann-Betriebsrat vereinbarten Sanierungsplan mitzutragen.

Betriebsrat und Vorstand der Holzmann AG haben – ohne Beteiligung der IG BAU – eine „Regelungsabrede“ getroffen. Die 3000 Beschäftigten der Holzmann AG stunden dem Unternehmen danach für 18 Monate die Auszahlung von sechs Prozent ihres Lohns sowie die Bezüge für 17 Überstunden im Monat. Die anderen Holzmann-Betriebe sollen diesem Beispiel folgen.

Wenn die IG BAU bei Holzmann Ja sage, so Wiese, dann werde sich wohl bald kein Betrieb in der Branche mehr an den Tarifvertrag halten. Dafür, dass diese Befürchtung kaum von der Hand zu weisen ist, spricht auch die Reaktion des Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie. Ignaz Walter, unmittelbarer Konkurrent von Holzmann im Ringen um Deutschlands Großbaustellen, forderte die Einhaltung des Flächentarifvertrags – oder Öffnungsklauseln mit Mehrarbeit ohne Lohnausgleich und Lohnsenkungen für alle.

Dass die IG BAU sich gegen die Perspektive zur Wehr setzt, dass künftig Betriebsräte allein die Verhandlungen um die Details von Tarifverträgen führen, ist angesichts der Betriebsgrößenstruktur in der Baubranche – und damit auch der Vertretungsmacht von Betriebsräten und Gewerkschaften – nur zu verständlich. Denn der Großteil der Betriebe hat weniger als 20 Beschäftigte. •

inhalt

Seite 3

Busse in der Kostenfalle

Trotz wachsender Attraktivität gerät der Nahverkehr in die Krise. Sinkende Strompreise könnten Verkehrsunternehmen zur Aufgabe zwingen

Seite 5

Gut fürs Image

Ein Riesenspektakel verspricht die Expo 2000 in Hannover zu werden. Und die Gewerkschaften sind mitten drin

Seite 7

Schöne Bescherung

Die Bündnispartner müssen nachsitzen – Reifepfropfung am Tag vor Heiligabend. Misslingt sie, droht ein Armutszeugnis



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.mcunion.de

Informationen über den Umgang mit Arbeitnehmerrechten bei McDonald's sowie Aktionen von Gewerkschaften und Betriebsräten gegen die Fastfood-Kette



Im Faxabruf

0211/43 01 653

Vermögensbesteuerung für mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung, Sondermemorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Auszüge)

plusminusBERLIN



Die stellvertretende FDP-Vorsitzende

Cornelia Pieper fordert, die Lebensverhältnisse in Ost und West endlich anzugleichen. Besonders kritisiert sie, dass ostdeutsche Soldaten nach dem Kosovo-Einsatz wieder auf 86,5 Prozent der West-Besoldung zurückgestuft wurden.



Die Vorsitzende der Frauengruppe in der CDU/CSU-Fraktion

Bärbel Sothmann fordert vom Internationalen Olympischen Komitee Sanktionen gegen Staaten, die Sportlerinnen diskriminieren. Es gebe nach wie vor eine Reihe von Ländern, die Frauen den Zugang zum Nationalteam verwehren.

DGB einblick / Nachdruck frei

wiewardiewoche?



Foto: Hans-Michael Trapp

IG Medien und Deutscher Journalisten-Verband bestreiken die Sächsische Zeitung (SZ). 250 Redakteure, Verlagsangestellte und freie Journalisten haben die Arbeit niedergelegt. Der Hintergrund: Sechs Lokalredaktionen und Treffpunkte sind bereits in Regionalunternehmen ausgegliedert worden, die restlichen 13 sollen bis Mitte 2000 folgen. Für die Betroffenen soll kein Tarifvertrag mehr gelten, der Betriebsrat nicht mehr zuständig sein. Die SZ erscheint im Dresdner Druck- und Verlagshaus, das zu 60 Prozent der Bertelsmann-Tochter Gruner + Jahr, zu 40 Prozent der SPD gehört. Michael Kopp, 43, ist Streikleiter und stellvertretender Vorsitzender der IG Medien Südost. Der Arbeitskampf hat am 26. November begonnen und dauerte bei Redaktionsschluss an. Aktuelle Infos unter www.igmedien.de

Hin und wieder verliere ich das Zeitgefühl, weil so viel passiert. Ich laufe den ganzen Tag mit dem Handy am Ohr herum. Agenturen, Zeitungen und Rundfunksender, Betriebsräte und Gewerkschafter rufen an. Ein Zeitungsstreik ist ja auch etwas Exotisches, zumal in Ostdeutschland. Zudem bestreiken wir gewissermaßen Gruner + Jahr und die SPD, denen die Sächsische Zeitung gehört.

Die vollstreckten und geplanten Ausgliederungen der Lokalredaktionen und Treffpunkte sind ein einzigartiger, radikaler Schnitt. Was hier passiert, kann vielerorts geschehen. Alle Zeitungshäuser schauen deshalb nach Dresden. Verleger, Betriebsräte und Beschäftigte. 150 Solidaritätsadressen liegen uns schon vor.

Die Stimmung schwankt zwischen Wut und Entschlossenheit, manchmal hängt man selbstverständlich durch. Deshalb ist es wichtig, dass wir täglich zu Streikversammlungen zusammenkommen. Es gibt außerdem viel zu tun, die Streik-Zeitung muss erscheinen, Streikfest und Mahnwache müssen organisiert werden.

Am Montag haben die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung begonnen, am Wochenende sind sie fortgesetzt worden – vorerst ohne Aussicht auf Erfolg. Am Dienstag waren wir auf dem SPD-Parteitag in Berlin. „SPD – Tarif ade!“ schallte es den Delegierten entgegen. Franz Müntefering hat zugegeben, dass die SPD einen Fehler gemacht und sich zu spät mit den Konsequenzen der Ausgliederung befasst hat. Ihre Zustimmung dazu müsse neu durchdacht werden. Diese Erklärung war überfällig, verpflichtet uns aber noch nicht zu Dank. Seinen Worten müssen jetzt Taten folgen. Der IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche hat die Parteitagsdelegierten aufgefordert, uns nicht im Stich zu lassen; wenn das Beispiel SZ Schule mache, wäre damit ein „schleichender Wandel der Presselandschaft“ verbunden. Ich hoffe, das wirkt. Die Lösung des Konflikts erwarten wir aber nicht von der SPD, unser Streikdruck muss es bringen. Deshalb war’s eine ungeheure Erleichterung und regelrechte Befreiung, als das Arbeitsgericht am selben Tag nach fünfständiger Verhandlung und Beratung die einstweilige Verfügung gegen unseren Arbeitskampf abgewiesen hat. Diese Entscheidung haben wir mit tosendem Jubel quittiert.

Als Erfolg verbuchen wir auch, dass am Freitag die fünf Streikbrecher – Redakteure der Koblenzer Rhein-Zeitung – abgezogen und nicht durch neue ersetzt worden sind. Kein Verleger will zurzeit mit den Vorgängen in Dresden in Verbindung gebracht werden.

WSI-Tarifbilanz

Reallohn gestiegen

Erstmals seit Jahren konnten die Gewerkschaften in der Tarifrunde 1999 deutliche Reallohnsteigerungen durchsetzen. Die Abschlussraten lagen in den meisten Branchen bei rund drei Prozent und damit deutlich über der zu erwartenden Preissteigerung von knapp einem Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in seiner jüngsten Tarifbilanz. Gefordert hatten die Gewerkschaften zwischen 5,5 und 6,5 Prozent. •

Ausbildungskonsens

Wirtschaft hielt Zusage nicht ein

Die Wirtschaft hat ihr Lehrstellenversprechen bislang nicht erfüllt. Insgesamt haben die Betriebe und Verwaltungen bis zum Stichtag 30. September rund 9500 weniger Lehrverträge als im Vorjahr abgeschlossen und in den folgenden zwei Monaten den Arbeitsämtern weitere 11 000 Lehrstellen zur Vermittlung angeboten. Handwerkspräsident Dieter Philipp versicherte nach dem Bündnis-Gespräch am 12. Dezember, dass die Wirtschaft bis Ende 1999 weitere Lehrstellen bereitstellen wolle. Zugesagt waren insgesamt 16 000 zusätzliche Ausbildungsplätze.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist weiterhin angespannt. Ende November waren, so dpa, aus dem Bewerberjahrgang 1998/99 bundesweit noch immer knapp 33 000 unvermittelte BewerberInnen bei den Arbeitsämtern registriert. Ihnen standen rund 16 900 offene Lehrstellen zur Verfügung. Zwar konnte von den zum gesetzlichen Stichtag 30. September registrierten 29 400 Ausbildungssuchenden knapp die Hälfte bis zum 30. November vermittelt werden, gleich-

zeitig meldeten sich aber nachträglich weitere Jugendliche aus diesem Schulabgängerjahrgang für die sofortige Vermittlung an.

Zu den Vermittlungserfolgen der vergangenen zwei Monate habe auch die aktive Unterstützung des DGB und der Gewerkschaften vor Ort beigetragen, so DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Betriebs- und Personalräte halfen, zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen. DGB-Kreise haben Patenschaften für Jugendliche übernommen oder gemeinsam mit dem Arbeitsamt und außerbetrieblichen Ausbildungsträgern Internet-Cafés eingerichtet und Bewerber-Trainings angeboten. Vereinzelt wurden regionale oder lokale Ausbildungsnetzwerke gegründet, GewerkschafterInnen im Ruhestand warben zusätzliche Ausbildungsplätze ein. •

Im Internet:

www.einblick.dgb.de

Im Fax-Abwurf: 0211/43 01 656

Gewerkschaftliche Aktivitäten zum Ausbildungskonsens

geplant... beschlossen

Die Bezahlung der DGB-Beschäftigten soll stärker nach Leistung erfolgen. Das hat der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB als Zielsetzung für die Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat (GBR) über eine neue Gehaltsstruktur beschlossen. Gehaltssteigerungen innerhalb einer Gruppe und/oder die Durchlässigkeit zwischen Gehaltsgruppen sollen in Zukunft „von Leistungen und dem Erwerb von Zusatzqualifikationen“ abhängig sein. Für Aushilfs- und befristete Tätigkeiten sollen „besondere Gehaltsgruppen“ eingeführt werden, bei Neueinstellungen sollen „Eingangs-Gehaltsgruppen“ gelten.

Sinkende Strompreise gefährden Busse

Busse und Bahnen haben Konjunktur. 7,27 Milliarden Fahrgäste stiegen 1999 ein, 1,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Auch wirtschaftlich hat sich der öffentliche Personennahverkehr erholt. Seit 1993 ist die Kostendeckung um 10 auf 68 Prozent gestiegen. Doch wachsender Konkurrenzdruck und sinkende Strompreise gefährden die Zukunft des Nahverkehrs.

Mit drei Milliarden Mark subventionieren die Kommunen über Gewinne aus dem Energiesektor den Nahverkehr. Dieser Querverbund droht wegzubrechen, seitdem die Stadtwerke mit sinkenden Strompreisen auf die wachsende Konkurrenz auf dem Energiesektor reagieren. Gleichzeitig wollen die Bundesländer ihre Zuschüsse für Schülerfahrkarten um 300 Millionen Mark reduzieren. Und die ökologische Steuerreform beschert den Verkehrsbetrieben Mehrkosten von 600 Millionen Mark pro Jahr.

Der verschärfte Kostendruck könnte nach Ansicht des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) bereits im kommenden Jahr etliche Verkehrsbetriebe zur Aufgabe zwingen. Nach Schätzungen der ÖTV sind in den kommunalen Energie- und Verkehrsbetrieben in den nächsten Jahren 100 000 Arbeitsplätze gefährdet. Gemeinsam mit dem Bundesverkehrsministerium, dem Deutschen Städtetag und dem VDV sucht die ÖTV deshalb nach Möglichkeiten, wie die wegbrechende Finanzierungsgrundlage des Nahverkehrs durch neue Einnahmen ersetzt werden kann, denn durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen allein lässt sich das Defizit nicht beheben.

Um 13,5 Prozent ist seit 1995 die Produktivität der Verkehrsbetriebe gestiegen – durch Reduzierung von Wartungsintervallen und Verkürzung von Vorbereitungszeiten bei der Betriebsaufnahme, aber auch in erheblichem Umfang durch Gehaltsabbau bei den Beschäftigten. Fast alle Verkehrsunternehmen haben Restrukturierungsprogramme aufgelegt. Die Produktivität wird deshalb weiter wachsen – „aber

Gewaltige Unterschiede

Bruttolöhne von BusfahrerInnen in NRW nach sechs Beschäftigungsjahren, ein Kind (in DM/Jahr)

Tarifgehalt für den öffentlichen Personennahverkehr (1. Tarifebene)

68 055

abgesenkter Tarifgehalt für den öffentlichen Personennahverkehr (2. Tarifebene)

59 132

Tarifgehalt für private Busunternehmen (NWO-Tarif)

47 754

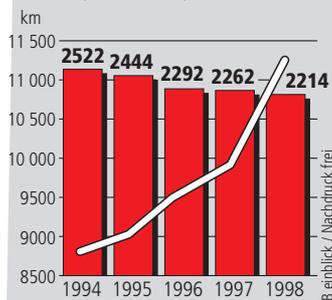
Quelle: ÖTV Bezirksverwaltung NRW II

DGB einblick / Nachdruck frei

Immer mehr kommunale Nahverkehrsunternehmen vergeben einen Teil ihrer Dienstleistungen an private Busunternehmen. Dort bekommen die FahrerInnen 20 000 Mark weniger für die gleiche Arbeit. Auch die 1995 eingeführte 2. Tarifebene für die öffentlichen Nahverkehrsunternehmen hat diesen Trend nicht stoppen können.

Produktivitätsschub im Nahverkehr

■ Mitarbeiter und ◯ gefahrene Kilometer je Mitarbeiter bei den Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen (BOGESTRA)



Quelle: BOGESTRA

DGB einblick / Nachdruck frei

Fast alle kommunalen Nahverkehrsunternehmen haben in den vergangenen Jahren erhebliche Produktivitätsfortschritte erzielt. Bei den Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen wurden zwischen 1994 und 1998 über 300 Stellen abgebaut. Gleichzeitig stieg die Fahrleistung je MitarbeiterIn von 8700 auf 11 200 Kilometer.

Die EU und der Nahverkehr

Seit Januar 1996 gilt in Deutschland ein neues Personenbeförderungsgesetz, das die Anwendung der „Verdingungsordnung“ der EU im öffentlichen Personennahverkehr vorschreibt.

Nach dieser noch von der Kohl-Regierung beschlossenen Gesetzesnovelle wird zwischen „eigenwirtschaftlichen Leistungen“, die die Verkehrsbetriebe über den Verkauf von Fahrscheinen und gesetzliche Ausgleichs- und Erstattungsbeiträge finanzieren, und „gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen“ unterschieden. Kann der Aufwand für den Nahverkehr nicht durch eigene Erträge erwirtschaftet werden, muss die Leistung öffentlich ausgeschrieben werden. Ausgeschrieben werden können einzelne Buslinien aber auch ganze städtische Netze.

Nach Ansicht der ÖTV wird die EU-Verordnung oft nur vorgeschoben, um Verschlechterungen beim Nahverkehr durchzusetzen: Die Anwendung der Verdingungsordnung auf den Nahverkehr ist nicht durch EU-Recht vorgeschrieben, sondern durch ein Bundesgesetz, das der Bundestag wieder ändern könnte. Zudem können die Kommunen auch bei EU-weiten Ausschreibungen Qualitätsstandards für ihren Nahverkehr vorgeben.

DiBa

Marken-Kampagne geplant

Mit einem neuen Gesicht will die Allgemeine Deutsche Direktbank (DiBa), Frankfurt/M., zu 51 Prozent im Besitz der Gewerkschafts-Holding BGAG, ins nächste Jahrtausend starten. Nachdem sich mit Übernahme der Bank GiroTel im Herbst die Zahl der DiBa-Kunden auf knapp 500 000 erhöht hat



und, so Vorstandssprecher Bernhard Hafner, „ein weiteres Etappenziel beim Ausbau der Marktführerschaft“ erreicht wurde, will die Direktbank nun neue Kundengruppen

gewinnen. Um den Bekanntheitsgrad von DiBa zu erhöhen, soll der Werbeetat im Jahr 2000 auf 40 Millionen Mark aufgestockt werden. Im Mittelpunkt des neuen Auftritts steht das überarbeitete Firmen-Logo. Ihr Angebot im Internet hat die DiBa bereits ausgebaut. Für das nächste Jahr bereitet die Bank eine groß angelegte Markenkampagne in Printmedien vor, begleitet von TV- und Radiospots. • www.direktbank.de

Hans-Böckler-Stiftung

Folgen kurzer Arbeitszeiten

Die 35-Stunden-Woche der Metall verarbeitenden Industrie hat Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig ist jedoch seit ihrer Einführung 1995 die Zahl der Überstunden gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Autoren-Team, das die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung untersucht hat. Ihr Buch ist in der Reihe „Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung“ erschienen: Christa Herrmann u.a., *Forcierte Arbeitszeitflexibilisierung – Die 35-Stunden-Woche in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis*, edition sigma, 220 S., 27,80 Mark •

Projekt BIKE

Ins Internet ohne HTML

Betriebs- und Personalräte sowie BildungsreferentInnen der Gewerkschaften können ab Januar Word-Dokumente, Grafiken und Animationen auch ohne Kenntnisse der

Programmiersprache HTML ins Internet stellen. Ermöglicht wird der neue Service durch eine

Software, die das gewerkschaftliche Bildungs- und Informationsnetz BIKE entwickelt hat. Nutznießer sind die am Projekt beteiligten haupt- und ehrenamtlichen Funktionsträger von IG Metall, IG BCE und ÖTV in Nordrhein-Westfalen. Sie können ihre Lernmodule auf einem eigens eingerichteten Bildungs-Server ins Netz stellen. Nach der Erprobungsphase soll der neue Service auch anderen GewerkschafterInnen sowie MitarbeiterInnen von Non-Profit-Organisationen offen stehen. •

www.dgb-bildungswerk.de/bike

zu Themen wie Call-Center, Telearbeit oder die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Firmenkapital. Ein Redaktionsteam stellt Pro und Kontra gegenüber und versieht verwandte Themen mit Querverweisen. Stellungnahmen aus Politik und Wirtschaft sollen in die Themen-Chats einführen. Ein „InfoPool“ liefert ausführliche Hintergrund-Infos. Zusätzlich wird die kostenlose Broschüre „Arbeiten in der Informationsgesellschaft“ angeboten. •

www.forum-arbeit.de
Broschüren-Bestellung
Fax: 0211/43 01 111

TBS NRW

Programm 2000 erschienen

Mit einem Kurs zum „PC-Einsatz im Betriebsrat“ beginnt das Seminarprogramm 2000 der Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk NRW. Die Veranstaltung vom 25. bis 27. Januar in Hagen kostet inklusive Kost und Logis 1170 Mark. Weitere Themen im ersten Halbjahr 2000 sind Mobbing, Bildschirmarbeit oder Datenschutz. •

Fax: 0208/820 76 41

ver.di-Projekt

Branchen vernetzen

Mit einem gemeinsamen Projekt präsentieren sich die ver.di-Gewerkschaften im Internet. Das virtuelle Angebot „T.I.M.“ richtet sich an Beschäftigte der Branchen Telekommunikation, Informationstechnologie und Medien. Es wird derzeit ausgebaut und soll auch über die Arbeit von ver.di informieren. •

www.tim-online.net

interregio

••• Der **DGB Rheinland-Pfalz** beteiligt sich mit 4000 Euro an der **Pfaff – Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft** (PAG). Die Gesellschaft bietet 270 ehemaligen Pfaff-MitarbeiterInnen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Weitere Gesellschaftler der PAG sind u. a. die IG Metall, der Arbeitgeberverband PfalzMetall und die Stadt Kaiserslautern. Infos: Michael Detjen, Tel. 0631/36 66 53.

••• Zum siebten Mal will der **DGB Berlin-Brandenburg** am 11. Mai 2000 gemeinsam mit anderen Verbänden der Region das **„Band für Mut und Verständigung“** im Rahmen des „Bündnis gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ verleihen. Bis zum 1. Februar können Berliner und Branden-

burger BürgerInnen, die besondere Zivilcourage gezeigt haben, als Preisträger vorgeschlagen werden. Vorschläge an: Bündnis gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, c/o DGB, Stichwort „Mut“, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin.

••• Eine **Kooperationsstelle** des **DGB-Kreises Starkenburg** und der Technischen Universität Darmstadt hat ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Ziel ist der Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt. Die Kooperationsstelle ist Teil des Modellprojektes „Kooperation Hochschulen – Gewerkschaften“ in der Region Starkenburg/Südhessen, an dem sich seit kurzem auch die Fachhochschule Darmstadt beteiligt. Infos: Wolfgang Schäfer-Klug, Tel. 061 51/223 08.

Wettbewerb

Betriebsräte gefragt

Eine Befragung von Betriebs- und PersonalrätInnen zu ihrer Arbeit hat der Sachbuch-Verlag Klaus Kellner gestartet. Die besten Antworten sollen veröffentlicht werden. Gefragt wird: Was will der Betriebs- oder Personalrat erreichen? Welche Umstände behindern die Interessenvertretung? Was wurde zur Durchsetzung von Beschlüssen unternommen? •

SachBuchService Klaus Kellner
St.-Pauli-Deich 3
28199 Bremen

Neues DGB-Angebot

Cyber-Talk zur Zukunftsarbeit

Diskussionsplattform für Fragen rund um die Informationsgesellschaft ist das Internet-Angebot „forum Arbeit“. Das aus EU-Mitteln geförderte DGB-Projekt ist zugleich virtuelle Talk-Runde und Info-Datenbank

GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaften auf der Expo 2000

Gut fürs Image

Endspurt für die Expo 2000: Nur noch rund 150 Tage, dann wird am 1. Juni in Hannover die erste Weltausstellung in Deutschland eröffnet. Als offizielle „Förder-Partner der Expo“ mit dabei: der DGB, die Gewerkschaften und die DAG.

153 Tage lang werden multimediale, spektakuläre Inszenierungen und Events auf dem 170 ha großen Expo-Gelände Zukunft erlebbar machen. Gigantisch ist nicht nur die Ausstellungsfläche, ein Rekord ist auch die Zahl von mehr als 190 Nationen und internationalen Organisationen, die sich an der Weltausstellung neuen Typs beteiligen. Leitthema: „Mensch – Natur – Technik“. Die Expo 2000 soll mehr als eine Schau industrieller Höchstleistungen sein. Ihr Anspruch: Den rund 40 Millionen erwarteten BesucherInnen soll ein weltweites Forum für Begegnung, Präsentation und Diskussion geboten werden.

Langsam nehmen die Konzeptformen an, wachsen die Pavillonen auf der Großbaustelle – langsam entdecken auch die Medien die Faszination der Expo-Show, nachdem jahrelang Häme über dreistellige Millionenlöcher und verfehlte Marketing-Strategien die Berichterstattung beherrschten. Allen Unken-

rufen zum Trotz glauben immer mehr, dass die Expo ein Erfolg wird.

Gut fürs Image der Firmen und Verbände, die sich frühzeitig entschieden, mitzumischen. Wie die Gewerkschaften. Schon 1995 legten sie ein Diskussionspapier zur Beteiligung vor. Seit 1996 managt ISA Consult den Expo-Auftritt, wurde in dem dafür eingerichteten Expo 2000 Büro der Gewerkschaften an Projekten gefeilt, wurden Partner gesucht, Finanzierungsmodelle entwickelt und die Verträge mit der Expo GmbH ausgehandelt. Im Februar 1999 beschloss der DGB-Bundesvorstand endgültig die Beteiligung der Gewerkschaften an der Expo. Die Chance, sich über die Medien weltweit einem Milliardenpublikum als innovative Organisationen zu präsentieren, gab den Ausschlag, den gewerkschaftlichen Expo-Auftritt zu einem zentralen Bestandteil der für das Jahr 2000 geplanten Image-Kampagne zu machen.

Mitte Dezember wurde nach den Verträgen über die Mitgliedschaft im Themenpark und im „Global House“ (Haus der weltweiten Projekte) der Rahmenvertrag mit der Expo GmbH unterzeichnet. Er sichert dem DGB zu, den Titel „Förder-Partner der Expo 2000 in

Hannover“ in seiner Imagewerbung führen zu können.

Was die Gewerkschaften auf der Expo bieten, kann sich sehen lassen. Im „Global House“ zeigen sie unter dem Motto „The way it works“ sieben Projekte zu Themen wie internationale Gewerkschaftsrechte, Gleichstellung, Zeitpolitik oder Fabrik der Zukunft. Die Hans-Böckler-Stiftung wird vom 3.-5. Oktober den „Globalen Dialog: Arbeiten im 21. Jahrhundert – Nachhaltiges Wirtschaften und soziale Verantwortung“ durchführen. Die Gewerkschaftsjugend ist beim zentralen Jugendprojekt Big Tipi dabei.

Mit vier Projekten beteiligen sich die Gewerkschaften am Themenparkbereich „Zukunft der Arbeit“. Er ist mit seinen elf Einzelausstellungen das Herzstück der Weltausstellung. Der Bereich „Zukunft der Arbeit“ wird von dem französischen Architekten Jean Nouvel inszeniert. Seine Mischung aus Welttheater der Arbeit und Information verspricht faszinierende Eindrücke. Eine für GewerkschafterInnen gewöhnungsbedürftige Präsentation der Thematik – das ging auch Egon Schäfer, dem Vorsitzenden des Expo-Arbeitsausschuss der Gewerkschaften, anfangs so: „Die Gespräche mit den Ausstellungsmachern haben mich überzeugt, dass bei den riesigen Besucherzahlen besondere Darstellungsformen erforderlich sind.“ •

Tag der Gewerkschaften

Der 2. September 2000 ist als Tag der Gewerkschaften Teil des offiziellen Expo-Programms. Die Vorbereitungen dazu laufen derzeit auf Hochtouren. Im Gespräch sind u. a. Veranstaltungen verschiedener Gewerkschaften auf Außen- und Innenbühnen, die Teilnahme am täglichen Umzug auf dem Expo-Gelände, ein großes Abschlusskonzert in der Arena (15 000 Plätze).

Ideen gefragt!

Unter allen, die uns bis zum 7. Januar 2000 ihre Idee für einen starken Auftritt der Gewerkschaften am 2.9. zusenden, verlosen wir zwei Expo-Eintrittskarten.

Redaktion einblick

Stichwort: Expo 2000

Fax: 0211 / 43 01 587

E-Mail:

red.einblick@t-online.de

Infos: Expo 2000 Büro der Gewerkschaften

Küsterstr. 8, 30519 Hannover

Tel.: 0511 / 84 834 0

E-Mail: isa-h@isa-consult.de

Dort können auch größere Mengen Expo-Karten mit Gewerkschaftsrabatt (ab 10 Stück) bestellt werden (undatierte Tageskarte 62,10 DM statt 69 DM). Wer Einzelkarten benötigt, sollte sich an seine Gewerkschaft wenden

?...nachgefragt



Was haben die Gewerkschaften davon, sich an dem Mega-Event Expo 2000 zu beteiligen?

Peter Wilke, 45, leitet das von DGB und DAG gemeinsam eingerichtete Expo-Büro der Gewerkschaften in Hannover.

Die Gewerkschaften sind bewusst das Risiko eingegangen, sich mit einem offenen Konzept an einer spektakulären Show zu beteiligen. Sie verbinden damit die Erwartung, gewerkschaftliche Themen wie Zukunft der Arbeit oder Solidarität auf eine ungeübte Art zu kommunizieren und ihr Image als mo-

derne, innovative Organisationen zu stärken. Die Expo bietet eine einmalige Chance, ein offenes, kommunikationsfreundliches Bild der Gewerkschaften zu zeigen. Die Voraussetzungen sind mit den vielfältigen Expo-Projekten geschaffen. Der Expo-Auftritt wird ein Erfolg – wenn es den Gewerkschaften gelingt, ihn im Rahmen der Image-Kampagne 2000 öffentlichkeitswirksam zu präsentieren – innerhalb ihrer Organisationen, aber auch gegenüber dem allgemeinen Medienpublikum. Es kommt jetzt darauf an, dass die Gewerkschaften für den 2. September, den Tag der Gewerkschaften, ein attraktives Programm gestalten – unter breiter Beteiligung der Mitglieder.

kurz & bündig



Auf Initiative der GdED haben 19 Verbände eine „Allianz pro Schiene“ gegründet. Sie soll die Position des Schienenverkehrs im Bereich Güterverkehr verbessern. Mitglieder der Allianz sind die Umweltverbände BUND und Deutscher Naturschutzring sowie der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Auto Club Europa (ACE).



Gemeinsam mit dem Zentralrat der Sinti und Roma fordert die GEW die verbindliche Aufnahme des Themas Holocaust in die Richtlinien für den Schulunterricht. Außerdem müsse die Minderheitensprache der Sinti und Roma genauso gefördert werden wie die der Sorben, Friesen und Dänen.



IG Metall-Vorstandsmitglied Horst Schmitt-henner hat gefordert, den Kündigungsschutz für behinderte ArbeitnehmerInnen zu verbessern. Ansonsten würde die Arbeitslosigkeit unter Behinderten weiter steigen. Schon jetzt sind 191 000 Schwerbehinderte arbeitslos.



Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat sich gegen staatlich subventionierte Niedriglöhne ausgesprochen. „Wir brauchen kein neues Subventionsfass für Unternehmen.“ Dadurch gerieten tarifliche Niedriglöhne weiter unter Druck. Gegen „Arbeit in Armut“ fordert Möllenberg einen gesetzlichen Mindestlohn von 2500 Mark.

Neue DGB-Struktur

Organisationsreform im Endspurt

Die Struktur des DGB wird gestrafft: Statt zwölf Landesbezirke soll der Dachverband künftig acht haben, die 139 DGB-Kreise sollen durch 97 Regionen ersetzt werden. Das sieht ein Entwurf vor, den der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) des DGB Anfang Dezember beraten hat. Der DGB-Bundesvorstand wird die neue Struktur während seiner Klausur im Januar beraten und gegebenenfalls beschließen.

Mit der Reduzierung der Zahl der Landesbezirke sowie der Bildung der Regionen zieht der DGB die Konsequenzen aus den seit Jahren rückläufigen Beitragseinnahmen. Durch die Konzentration der Mittel sollen „Strukturen geschaffen werden, die – statt dauernder Spareinschnitte – über einen längeren Zeitraum Bestand haben“, so DGB-Vorstand Günter Dickhausen.

Auf Kritik gestoßen ist die geplante Organisationsreform vor allem bei den DGB-Landesbezirksvorsitzenden. Diese hatten am 6. Dezember vorgeschlagen, vor einer Zusammenlegung von Landesbezirken zunächst die Erfahrungen mit der erst 1999 vollzogenen

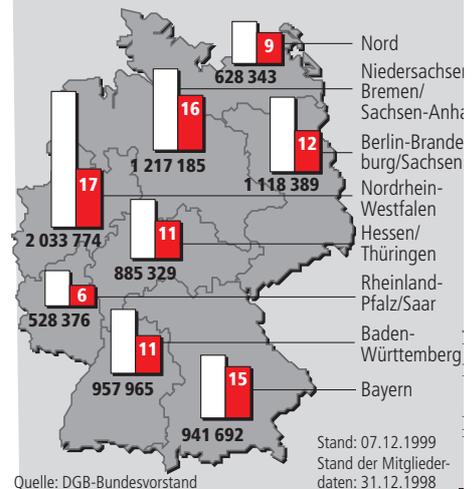
Gründung des Landesbezirks Nord abzuwarten. Ostdeutsche GewerkschafterInnen haben zudem die geplante Zusammenlegung der drei Landesbezirke Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Berlin-Brandenburg, Niedersachsen/Bremen bzw. Hessen kritisiert. Dies führe zur Schwächung des DGB in den neuen Ländern und sei zu stark an die IG Metall-Strukturen angelehnt.

Dem widerspricht Günter Dickhausen. Ausschlaggebend seien „Ländergrenzen, nicht Tarifbereiche“. Die DGB-Reform zerschneide, anders als die IG Metall, kein Bundesland. Zudem hätte eine Zusammenlegung ostdeutscher Landesbezirke deren Position wegen der zu erwartenden Mitgliederrückgänge „eher geschwächt als gestärkt“. Während für die DGB-Regionen eine personelle Mindestausstattung von zwei politischen SekretärInnen und ei-

nem Verwaltungsangestellten vorgesehen ist, ist über die Ausstattung der Bezirke noch nicht entschieden. In jedem Fall sollen die Bezirke aber an mehreren Standorten präsent sein: In dem vom GBV vorgelegten Organisationskonzept ist vorgesehen, dass am Sitz einer

Neue Struktur

□ Mitglieder und ■ Regionen der geplanten acht DGB-Bezirke



Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den geplanten acht Bezirken schwankt zwischen 2 033 774 in Nordrhein-Westfalen und 528 376 in Rheinland-Pfalz/Saar, die der Regionen in den Bezirken zwischen 17 und 6.

Landesregierung, der nicht Sitz eines DGB-Bezirks ist, „Landesbüros einzurichten sind“.

Im Faxabruf: 0211/43 01 666
Eckpunkte der DGB-Struktur

Grenzkonflikte im DGB

Lösung im 2+2+2-Gespräch

Parallel zur DGB-Organisationsreform suchen die Gewerkschaften seit Mitte September nach einem Weg, wie die Probleme bei der Organisationsabgrenzung innerhalb des DGB nach dem Übergang der DAG in die geplante Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gelöst werden können. Beteiligt sind an den Gesprächen je zwei Vertreter von ver.di (DAG, ÖTV), den Industriegewerkschaften (IG Metall, IG BCE) sowie des DGB. Entschieden werden soll nicht nur über die Zuord-

nung der industrienahen Dienstleistungen, sondern auch über die Frage, ab welchem Zeitpunkt die DAG keine neuen Mitglieder mehr in den Bereichen aufnimmt, die nicht in ver.di übergehen sollen. Zudem wollen die Gewerkschaften Vorschläge erarbeiten, wie die seit Jahren strittige Frage gelöst werden kann, welche Gewerkschaft für die Organisation neuer Zukunftsbranchen wie der Informationstechnologie zuständig ist. In den bislang drei Verhandlungsrunden hat es eine Annäherung in wesentlichen Punkten gegeben. Die Ergebnisse sollen jedoch erst präsentiert werden, wenn alle strittigen Fragen geklärt sind.

GHK und IG Metall

Aus zwölf werden elf

Mit Beginn des Jahres 2000 wird die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in die IG Metall integriert. Damit wächst die derzeit noch größte Einzelgewerkschaft der Welt um 132 867 Mitglieder. Die IG Metall übernimmt 137 Beschäftigte der traditionsreichen Holzarbeitergewerkschaft, deren Vorgängerorganisation sich 1868 als „Gewerkverein Deutscher Holzarbeiter“ gründete. Damit reduziert sich die Zahl der DGB-Gewerkschaften von zwölf auf elf.

BÜNDNIS FÜR ARBEIT

Bündnispartner müssen nachsitzen

Schöne Bescherung

Die Spannung wächst, und mit ihr der Erfolgsdruck: Klappert am Tag vor Heiligabend, was am 3. Advent beim 4. Spitzentreffen der Bündnispartner nicht gelingen wollte – das Tauschgeschäft langfristige, moderate Tarifpolitik gegen Rente ab 60, Altersteilzeit oder ein sonstwie gestaltetes vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben?

Schon Mimik und Gestik ließen erkennen: Der Mann war sauer. Und tatsächlich verteilte Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Bündnisrunde erst einmal verbal Ohrfeigen an Arbeitgeber und Gewerkschaften. Hatten ihn doch beide Seiten im Vorfeld zum Eingreifen aufgefordert. Sollte er, Schröder, verantwortlich gemacht werden dafür, dass die Tarifparteien sich in eine verfahrenere Situation manövriert haben, die Fronten verhärtet sind und die Gespräche auf der Kippe stehen? DGB-Vorsitzender Dieter Schulte nahm die Schelte gelassen. Er mag sich nämlich gar nicht erst vorstellen, was dabei herauskäme, wenn Schröder auf dem Minenfeld der Tarifpolitik wie gefordert ein Machtwort spräche.

Seine bösen Vorahnungen haben Hand und Fuß. Als die Bündnis-Diplomaten des Kanzlers ein Kompromiss-Papier zum Reizthema Rente ab 60 präsentierten, baten die Arbeitgeber um eine Auszeit. In der Besprechung setzten sich die Hardliner durch. Der Rückfall in einen fast überwundenen Grabenkrieg war perfekt. Trotz Aussicht auf mehrjährige Tarifverträge und obwohl die Regierung die Forderung der IG Metall ablehnte, sofort, also noch bevor ein Tarifvertrag vorliegt, die gesetzliche Voraussetzung für ein vorzeitiges Ausscheiden zu schaffen, musste Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt die Kompromisslinie strikt ablehnen. Ihre Formulierung sei „ungleichgewichtig“: zu Gunsten der Arbeitgeber „vage“, zu Gunsten der Gewerkschaften „deutlich konkreter“. Kurzzeitig sah es so aus, als würde die Runde platzen. In dieser kritischen Situation hätte ein Machtwort des Kanzlers mehr geschadet als genützt. Stattdessen vereinbarte Schröder eine Vertagung um ein-einhalb Wochen. Jetzt musste DGB-Chef Schulte das umstrittene Papier selbst nicht mehr kommentieren. Er war darüber nicht unfroh. Was er von den Tarifexperten im Kanzleramt hält, verriet er beim Rausgehen: „Die müssen erst mal lernen, was ich über Tarifpolitik schon vergessen habe.“

Man ging auseinander, ohne alle Spielräume ausgereizt zu haben. Die Arbeitgeber ignorierten die einmalige Chance, Tariflaufzeiten von 18 bis 24 Monaten plus eine Option auf Verlängerung ins

Auge zu fassen. Auch darüber, welcher Altersjahrgang nach wie vielen Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung vorzeitig in Rente gehen kann, lassen die Gewerkschaften mit sich reden. Auch dass nicht jeder Arbeitsplatz, den ein Älterer freimacht, von einem Jüngeren wieder besetzt werden kann, akzeptieren sie. Und sie haben geschluckt, dass der Gesetzgeber ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben erst dann ermöglicht, wenn die Tarifparteien dazu einen Tarifvertrag geschlossen haben, er bestenfalls parallel dazu die Gesetzesänderung vorbereitet. Die Rente ab 60 wäre also nur im Konsens möglich und damit nicht streikfähig.

So entsteht der fatale Eindruck, dass die Bündnispartner ihren Job nicht ernst nehmen.

Bärbeißig berichtete Schröder in der Pressekonferenz von einer „ungewöhnlich schwierigen Situation“. Hatte er doch selbst mit „greifbaren Ergebnissen“ gerechnet. Schröder weiß, dass der Misserfolg im Bündnis ihm ein mieses Medienecho beschert. Das verhagelt die Stimmung. Regierungssprecher Uwe Karsten Heye machte denn auch kurzen Prozess. Nach 15 Minuten, das heißt nach den Statements der Matadore und der Antwort auf eine Frage, sagte er in einem Atemzug: „Noch Fragen? Nein. Danke.“ Ende der Vorstellung – und alle JournalistInnen ließen's sich gefallen.

Überraschendes Kontrastprogramm in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ zwei Stunden später: Arbeitsminister Riester gibt sich locker und entspannt. Ob er nicht enttäuscht sei? „Nein, schau ich so aus?“ Riester mag sich nicht vor laufenden Kameras streiten. Streit komme nicht gut an, erklärt er später. Er betont lieber Gemeinsamkeiten. Man sei einer Lösung „noch nie so nahe“ gewesen, sagt er. Unverständlich bleibt, wieso die Bündnisrunde dann nicht ein bisschen länger getagt und sich zusammengekauft hat. Der Konflikt ist nicht mehr vermittelbar. So entsteht der fatale Eindruck, dass die Bündnispartner ihren Job nicht ernst nehmen. Sie reden zwar von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, springen aber in keinem Punkt über ihren Schatten.

Alle Akteure verbreiten Hoffnung und Zuversicht, doch ihr Harmoniebedürfnis hat Grenzen – trotz Weihnachten. Sollte jetzt kein Kompromiss gelingen, ist zwar das Bündnis nicht gescheitert, das Publikum aber dürfte sein Interesse an der Veranstaltung verlieren. Es ist Bündnis – und keiner guckt hin. ●

Magere vier Zeilen und fünf Buchstaben

Kurz ist die entscheidende Passage in der Erklärung der 15 TeilnehmerInnen der Bündnisrunde zum Spitzengespräch am 12. Dezember: „Die Beteiligten des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit haben zu den Inhalten einer beschäftigungsfördernden Tarifpolitik auf Basis des DGB-BDA-Papiers vom Juli 1999 diskutiert. In Einzelfragen konnte noch keine Einigung erzielt werden. Das Gespräch dazu wird am 23. Dezember 1999 fortgeführt.“

Zwei Stunden hatte man ergebnislos diskutiert. Die anderen drei Tagesordnungspunkte waren in nur einer Stunde abgehakt:

✳ **„Die Bündnispartner bekräftigen ihr Ziel, jedem Jugendlichen, der kann und will, ein konkretes Ausbildungsangebot zu machen.“**

✳ **Zwei Modellversuche zur „Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten gering qualifizierter Arbeitnehmer und Langzeitarbeitsloser“ werden in je einem ost- und westdeutschen Bundesland drei Jahre lang erprobt.**

✳ **Die Eckpunkte der Unternehmensteuerreform stellen „einen Schritt in Richtung einer international wettbewerbsfähigen Besteuerung deutscher Unternehmen“ dar.**

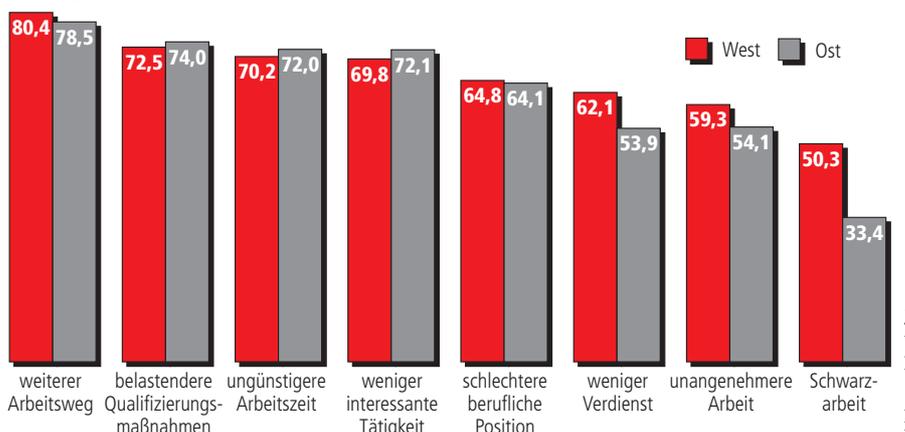
DIES & DAS

die DGB grafik

AUF JOB-SUCHE: Was Arbeitslose alles in Kauf nehmen

Die Arbeitslosen sind bereit, für einen neuen Arbeitsplatz stärkere Belastungen und Verschlechterungen im Vergleich zu ihrem früheren Arbeitsplatz in Kauf zu nehmen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung, veröffentlicht im Arbeitslosenreport 1999. Schützenhilfe erwarten die relativ meisten Arbeitslosen – 40 Prozent – von keiner Partei oder Organisation. Nur 7,5 bzw. 4,3 Prozent der Arbeitslosen in West- und Ostdeutschland sehen in den Gewerkschaften ihre Interessenvertreter.

Belastungsbereitschaft Arbeitsloser und Unterbeschäftigter* (in Prozent)



*TeilnehmerInnen an Fortbildung und Umschulung, ABM-Beschäftigte, AltersübergängerInnen
Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. und INFO GmbH, Berlin, Arbeitslosenreport 1999

DGB einblick / Nachdruck frei

personalien

- **Ingrid Sehrbrock**, 51, stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), ist vom DGB-Bundesausschuss als Nachfolgerin von Regina Görner in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt worden. Sie erhielt 90 von 93 Stimmen.
- Dr. Sabine Graf**, 39, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Arbeiterbildung in Recklinghausen, ist seit Mitte November Assistentin des IG BAU-Vorsitzenden Klaus Wiesehügel.
- Arbeitsminister **Walter Riest**, 56, hat sich von seiner Pressesprecherin **Franziska Fitting**, 44, getrennt. Fitting war zuvor Riesters

Büroleiterin in der IG Metall-Zentrale. Sie wechselt als Sozialreferentin an die deutsche Botschaft in Rom. Ihr Nachfolger wird **Klaus Vater**, 53, Büroleiter von Rudolf Dressler (SPD).

••• **Kurt van Haaren**, 61, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, ist am 8. Dezember zum Präsidenten der Union Network International (UNI) gewählt worden. Die UNI vereint ab dem 1. Januar 2000 die Kommunikations-Internationale (KI), die Internationale der Privatangestellten (FIET), die Internationale Grafische Föderation (IGF) und die Internationale der Beschäftigten im Mediensektor (MEI).

Impressum einblick erscheint vierzehntäglich als kostenloser gewerkschaftlicher Info-Service **Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Dr. Hans-Jürgen Arlt, Christian Paulsen **Redaktion:** Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Ulrike Schenken (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Postfach 10 21 45, 40012 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 01 544, Fax: 0211/43 01 497, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: red.einblick@t-online.de **Anzeigen:** Dietrich Engler, Tel.: 069/96 20 63 39, Fax: 069/96 20 63 38, E-Mail: d.engler@t-online.de **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Grafiken:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** toennes satz+druck gmbh, Niemannsweg 3-5, 40699 Erkrath, Tel.: 0211/9 20 08-26, Fax: 9 20 08-38 Alle aktuellen einblick-Hintergrundtexte im Überblick: Fax-Abwurf 0211/43 01 689 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. einblick 1/00 erscheint am 17. Januar 2000.



Tipp

Buch: Antonin Wagner, Teilen statt umverteilen: Sozialpolitik im kommunikativen Wohlfahrtsstaat, Verlag Paul Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 1999, 290 S., 54 DM

Die „Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt“ ist seit über 150 Jahren in der Verfassung der Schweiz verankert. Antonin Wagner zieht eine positive Bilanz dieses „kommunitarischen Wohlfahrtsstaates“. Sein Fazit: Das System der sozialen Sicherung in der Schweiz könnte ein Modell für Europa sein.

28 TAGE

- 23.12.** Fünftes Spitzentreffen des Bündnisses für Arbeit, Berlin
- 31.12.** Sternmarsch des DGB und der Initiative für Demokratie, Toleranz und Gewaltlosigkeit gegen eine geplante Demonstration der NPD, Halle
- 1.1.** Übergang der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in die IG Metall
- 5.1.** Arbeitsmarktbericht für den Monat Dezember
- 9.1.** Zentralrat der Juden in Deutschland, Wahl des Nachfolgers von Ignaz Bubis
- 18./19.1.** Klausurtagung des DGB-Bundesvorstands, Hattingen

Schlusspunkt

„Es kann nur eine Demonstration ohne Bart geben. Alles andere wäre eine Vermummung.“

Norbert Spinrath, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), in einem Interview der Berliner tageszeitung (taz) auf die Frage, ob die Polizei humorlos sei, weil Berliner Studenten nicht als Weihnachtsmänner mit Bart demonstrieren dürfen.